Wiener Stadt-Bibliothek
72420 B
Q 0299 III. Expl.

DAS NEUE WIEN



DAS NEUE WIEN

DAS NEUE WIEN

STÄDTEWERK

HERAUSGEGEBEN

UNTER OFFIZIELLER MITWIRKUNG DER
GEMEINDE WIEN

WIEN 1928
»DAS NEUE WIEN«, WIEN, VIII., JOSEFSTÄDTERSTRASSE 29

Geschäftsstelle des Städtewerkes „Das neue Wien"
Wien, VIII., Josefstädterstraße 29, Fernruf 26-8-20

B 72420
3.4.

Copyright 1927 by Elbemühl Papierfabriken und Graphische Industrie A. G., Vienna III



IV 186772

Den Druck besorgte die Elbemühl Papierfabriken und Graphische Industrie A. G., Wien, III. Bezirk, Rüdengasse Nr. 11. Zur Erlangung eines geeigneten Entwurfes für den Einband dieses Werkes wurde ein Preisausschreiben veranstaltet. Die eingelaufenen 141 Entwürfe wurden im Rahmen einer Sonderausstellung der Städtischen Sammlungen des Wiener Rathauses in der Zeit vom 4. bis 11. Oktober 1925 der öffentlichen Besichtigung zugänglich gemacht. Der zur Ausführung gebrachte Entwurf der Einbanddecke des Werkes stammt von Josef Demetz. Als Hauptschriften für den textlichen Teil dieses Buches wurden die Walbaumschriften der Schriftgießerei und Messinglinienfabrik H. Berthold, Ges. m. b. H., Wien, V. Bez., Margaretenstraße Nr. 94, verwendet

Verlag: Elbemühl Papierfabriken und Graphische Industrie A. G., Wien, III. Bez., Rüdengasse Nr. 11

Inhaltsverzeichnis des vierten Bandes

Seite

Vorwort des Redaktionskomitees VIII

IX. Abschnitt: Die Unternehmungen der Gemeinde 1

Die städtischen Unternehmungen 3

Organisationsstatut für die Unternehmungen der Gemeinde Wien 5

Die Gaswerke 13

Überblick bis zum Jahre 1919 13

Die Aufbauarbeit seit 1919 15

Die Ordnung des Unternehmungshaushaltes S. 15 — Die Instandsetzung der Betriebsanlagen S. 16 — Die technischen Maßnahmen zur Niedrighaltung der Gaserzeugungskosten S. 16 — Umbau von Gaserzeugungsöfen und Ausbau der Zentral-Generatorenanlage im Werke Simmering S. 18 — Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wassergasanlage im Werke Simmering — Bau einer Wassergasanlage im Werke Leopoldau S. 21 — Bau einer neuen Dampferzeugungsanlage im Werke Simmering. Ausgestaltung der Dampfkesselanlage im Werke Leopoldau S. 24 — Bau von Kohlenaufbereitungsanlagen in den beiden Werken S. 26 — Herstellung einer neuen Kokslösch- und Verladeanlage im Werke Leopoldau S. 29 — Bau von zentralen Warmwasserheizanlagen in den beiden Werken S. 31 — Bau einer Benzolanlage im Werke Leopoldau S. 32

Die Hebung des Gasabsatzes 34

Anderweitige Ausgestaltungen von Betriebsanlagen 41

Verbreitung der Gasverwendung in den Wiener Wohnungen S. 35 — Jährliche Gasabgabe in Millionen Kubikmetern von 1900 bis 1926 S. 36 — Anzahl der Gasmesser von 1900 bis 1926 S. 38 — Der Ausbau der Gasverteilungsanlagen S. 41 — Das Hauptrohrnetz S. 41 — Die Gebläseanlage Brigittenau S. 41 — Die Gebläseanlage Simmering S. 41 — Das Hochdrucknetz S. 42 — Die Druckregleranlagen S. 42 — Die Vergrößerung der Schwefelentfernungsanlagen S. 43 — Die Entcyanisierungsanlage für Leichtöl im Werke Simmering S. 43 — Die Gasförderanlage, Werk Simmering — Gasbehälter Brigittenau S. 43 — Der Ausbau von Arbeiter-Wohlfahrtsanlagen S. 43 — Die Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung S. 43 — Die Weiterverarbeitung des Teeres S. 44

Die Wiener städtischen Gaswerke und die österreichische Volkswirtschaft 45

Die Elektrizitätswerke 47

Die Zeit vom Kriegsende bis 1926 S. 49 — Ausbau der Wärmekraftwerke und der werkseigenen Bergbaue S. 51 — Die neuen Wasserkraftwerke und ihre Leistungsfähigkeit S. 52 — Die Bedeutung der Wasserkrafterzeugung für die Volkswirtschaft S. 54 — Die Förderung des Stromabsatzes durch die Tarifpolitik der Gemeinde Wien S. 56 — Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung S. 60 — Technische Entwicklung der kalorischen Werke S. 64 — Der technische Aufbau der neuen Wasserkraftwerke S. 67 — Das neue System der Stromerzeugung und -verteilung S. 70

Die städtischen Straßenbahnen 73

Bahnbau und Bahnerhaltung S. 75 — Elektrische Anlagen S. 78 — Wagenpark im elektrischen Betriebe S. 81 — Reklamewesen S. 84 — Hochbauten S. 85 — Verkehr und Betrieb S. 89 — Unfälle S. 91 — Tarif und Fahrpreisbegünstigungen S 91 — Kraftstellwagenbetrieb S. 93 — Benzinstelle der Gemeinde Wien S. 96 — Personal S. 96 — Wohlfahrtseinrichtungen S. 97

Stadtbahn 98

Bahnhofsbauten und Geleiseanlagen S. 100 — Fahrleitungsanlage S. 105 — Tunnelbeleuchtung S. 108 — Stations- und Haltestellenbeleuchtung S. 108 — Telephonanlagen S. 109 — Die selbsttätige Signalanlage S. 109 — Wagenpark S. 111 — Verkehr und Betrieb S. 113 — Zusammenfassung S. 115

Das Brauhaus der Stadt Wien 117

Die städtische Leichenbestattung 127

Die Ankündigungsunternehmung 135

Seite

Die städtische Versicherungsanstalt 145
Die Versicherten der städtischen Anstalt S. 150 — Urteile der Fachpresse über die Anstalt S. 154 — Die Anstalt im geschäftlichen Wettbewerb S. 156
Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 159
Die Geschäftszweige der Anstalt S. 163 — Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien S. 165
Die städtischen Lagerhäuser 169
Das Kontrollamt der Bundeshauptstadt Wien 175
Nachträge und Veränderungen während des Druckes 179
Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform 181
Personalstand, Personalverteilung und Personalaufwand 181
Verwaltungsreform 197
Die Finanzen 198
Sozialpolitik und Wohnungswesen 199
Wohnungswesen 199
Die städtische Häuserverwaltung S. 202
Approvisionierung und Gemeinde 206
Die Veterinärverwaltung Wiens 208
Städtische Bodenpolitik 213
Die Fürsorgeaufgaben der Gemeinde 214
Die städtische Mutterberatung 214
Die Säuglingswäscheaktion der Stadt Wien 215
Die Lehrlingsheime der Stadt Wien 216
Die Kleinkinderabteilung im Zentralkinderheime 216
Das Kinderheim Wilhelminenberg 217
Die Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe 220
Gesundheitswesen und Bevölkerungswesen 220
Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes S. 220 — Sanitätspersonen und Sanitätsgewerbe S. 220 — Öffentliche und private Heilanstalten S. 222 — Öffentlicher Rettungsdienst S. 224 — Die Zentralstelle für Sport und Körperkultur der Gemeinde Wien S. 225 — Der schulärztliche Dienst S. 225 — Verschiedene Fürsorgemaßnahmen S. 227 — Gesundheitsverhältnisse in Wien S. 228
Friedhofswesen 231
Die technischen Aufgaben der Gemeinde 232
Die Stadtregulierung 232
Städtisches Gartenwesen 232
Die Nutzbauten der Gemeinde Wien 244
Nutzbauten für die Lebensmittelversorgung S. 244
Die Volkswohnungen der Gemeinde Wien 247
Das städtische Bäderwesen 251
Das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad „Am Kongreßplatz" S. 251 — Das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad „Hohe Warte" S. 252
Erhaltung der Gebäude 253
Kanalisationswesen 254
Die Wasserversorgung 254
Die Baupolizei 261
Die Fremdenverkehrsförderung 263
Darstellungen wirtschaftlicher Unternehmungen 273
Inhaltsverzeichnis über den Abschnitt: Darstellungen wirtschaftlicher Unternehmungen

REDAKTIONSKOMITEE:

Vorsitzender:

GEORG EMMERLING

Vizebürgermeister der Bundeshauptstadt Wien

Mitglieder:

KARL RICHTER
Amtsführender Stadtrat der Bundeshauptstadt Wien

Dr. KARL HARTL
Magistratsdirektor der Bundeshauptstadt Wien

HERMANN REUTHER
Direktor der Städtischen Sammlungen

KARL HONAY
Sekretär des Deutschösterreichischen Städtebundes

KARL GROÁK
Verwaltungsrat und Direktor der Elbemühl Papierfabriken und Graphische Industrie A. G.

CURT KRONFELD
Direktor der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich

Außer den im Text namentlich angeführten Autoren haben an dem vierten Bande u. a. mitgearbeitet:

Oberstadtbaurat Ing. Johann Barousch
Betriebskontrollor Ing. Josef Dinzl
Oberstadtbaurat Ing. Friedrich Dörfler
Oberstadtbaurat Ing. Josef Fürst
Oberveterinärrat Dr. Franz Hnolik
Magistratssekretär Dr. Hermann Just
Oberinspektor Josef Kirner
Obermagistratsrat Dr. Viktor Kritscha
Magistratsoberkommissär Hans Manker
Obermagistratsrat Dr. Rudolf Neumayer
Magistratssekretär Dr. Hans Paradeiser
Physikatsrat Dr. Josef Pörner
Oberstadtbaurat Moriz Reichart
Zentralinspektor Josef Schneeweiß
Magistratsrat Dr. Josef Schindler
Dr. Karl Denk
Oberstadtbaurat Ing. Daniel Doppelreiter
Oberstadtbaurat Ing. Gustav Adolf Fuchs
Vizedirektor Ing. Hans Güntner
Veterinärrat Dr. Hans Hitzker
Veterinäramtsdirektor Dr. Hans Juritsch
Oberstadtbaurat Ing. Anton Kolbe
Verwaltungsoberkommissär Hans Gröger
Obermagistratsrat Dr. Viktor Nather
Oberinspektor Richard Pilz
Obermagistratsrat Dr. Heinrich Pawlik
Direktor Hermann Schwarz
Oberstadtbaurat Franz Schönbrunner
Magistratsrat Dr. Friedrich Wilhelm
Redakteur Ernst Felix Weiß

Vorwort zum vierten Band

Mit dem vorliegenden Bande findet das Städtewerk „Das neue Wien" seinen vorläufigen Abschluß. In seiner Gesamtheit stellt das Werk — wie anläßlich des Erscheinens des ersten Bandes angekündigt wurde — die größte Publikation über das Wien der Nachkriegszeit dar. Dank der unermüdlichen Arbeit des Beamtenkörpers des Wiener Magistrates, der sich trotz seiner mannigfachen Arbeiten mit emsigem Eifer der zweifellos dankbaren Aufgabe, die Wiener Kommunalpolitik der Nachkriegszeit und ihre Auswirkungen zum erstenmal zusammenfassend darzustellen, unterzogen hat, ist es möglich geworden, das große Werk in dem verhältnismäßig knappen Zeitraum von drei Jahren programmgemäß fertigzustellen.

An dem Tage, da das Redaktionskomitee den letzten Band des Werkes der internationalen Öffentlichkeit übergibt, die weit über die Fachkreise hinaus für das Werk so außerordentliches Interesse bekundet hat, ist es ihm Bedürfnis, allen jenen zu danken, die die Herausgabe dieses Werkes ermöglicht und seine Verbreitung gefördert haben.

Dieser Dank gebührt in erster Linie dem Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien, Karl Seitz, der der Herausgabe bei jeder sich ergebenden Gelegenheit seine Förderung angedeihen ließ. Das Redaktionskomitee dankt ferner dem Stadtsenat, der vor gerade drei Jahren — im Frühjahr 1925 — den Beschluß faßte, „Das neue Wien" erscheinen zu lassen.

Für die starke publizistische Resonanz, die das Werk schon lange vor Beginn seines Erscheinens und nach Erscheinen der einzelnen Bände erzielt hat, sind wir der Tages- und Fachpresse des In- und Auslandes dankbar. Die eingehende Würdigung des Werkes durch die gesamte Weltpresse wäre wohl nicht in solchem Ausmaße erfolgt, wenn nicht der Leiter des Bundespressedienstes, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Eduard Ludwig, immer wieder auf die Wichtigkeit des Werkes hingewiesen hätte.

Endlich danken wir auch allen Unternehmungen, die für das Werk Darstellungen ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt haben. Gerade die Erfahrung der letzten Zeit hat uns immer wieder bestätigt, daß die Darstellungen dieser Unternehmungen, die sich einen Anteil an der großen Verbreitung, die das Werk erlangt hat, gesichert haben, insbesondere bei auswärtigen Gemeindeverwaltungen großes Interesse gefunden und so die Bedeutung des Werkes für die kommunalpolitischen Kreise noch gesteigert haben.

Wien, im April 1928

Das Redaktionskomitee

IX. Abschnitt

Die Unternehmungen der Gemeinde

Vizebürgermeister Georg Emmerling,
amtsführender Stadtrat der Bundeshauptstadt Wien

Die städtischen Unternehmungen

Im folgenden soll die technische Ausgestaltung und die kommerzielle Entwicklung der Unternehmungen der Stadt Wien nach dem Zusammenbruche dargestellt werden.

Das Dienst- und Arbeitsrecht der städtischen Unternehmungen ist bereits im Band I dieses Werkes (Seite 63 ff, Seite 108 ff und Seite 140 ff) im Zusammenhange mit den Personalangelegenheiten der städtischen Verwaltung näher behandelt worden, so daß die einleitenden Bemerkungen zu diesem Bande auf die Kennzeichnung der Stellung der städtischen Unternehmungen im Organismus der Gemeinde Wien und auf eine zusammenfassende Hervorhebung jener wirtschaftspolitischen Grundsätze beschränkt werden können, die für die heutige Führung der städtischen Unternehmungen bestimmend sind. Aus der gesamten Darstellung soll ja nicht nur die große Bedeutung der Unternehmungen der Stadt Wien für die Volkswirtschaft Österreichs entnommen werden, sondern auch zu ersehen sein, wie die gegenwärtige Gemeinderatsmehrheit mit Erfolg bemüht war und ist, die Unternehmungen trotz der Ungunst der Zeiten im weitesten Umfange der Allgemeinheit dienstbar zu machen und sie im sozialen Geiste zu verwalten.

Während in den westlichen Staaten Europas die Gemeinden erst verhältnismäßig spät das Recht zur Errichtung industrieller Unternehmungen erhalten haben, ist in Österreich und Deutschland den Gemeinden schon in den ersten Gemeindegesetzen die Verwirklichung der örtlichen Interessen ziemlich unbeschränkt anheimgegeben worden. Sie waren zweifellos auch von Anfang an zur Errichtung industrieller Betriebe berechtigt, nur haben die Gemeinden Österreichs und insbesondere auch die Gemeinde Wien von ihrer Autonomie, soweit die Schöpfung von Unternehmungen in Frage kommt, bekanntlich erst sehr spät Gebrauch gemacht, weil die damals herrschende liberale Partei vermöge ihrer wirtschaftlichen und politischen Anschauungen der Unternehmertätigkeit öffentlicher Körperschaften feindselig gegenüber gestanden ist. Als dann um die Wende des Jahrhunderts die großen Unternehmungen der Stadt Wien erstanden, galt es, ihre Verwaltung in den Organismus der

Gemeinde nach den Bestimmungen des Gemeindestatutes vom Jahre 1890 einzugliedern. Dabei ist man den natürlichen Bedürfnissen der Unternehmungen nach einer im Vergleich zur Hoheitsverwaltung größeren Selbständigkeit nur zögernd entgegengekommen. Die Direktionen der Unternehmungen hatten damals nicht mehr Selbstentscheidungsrecht als die Abteilungen des Magistrates. Sie unterstanden unmittelbar dem Bürgermeister, mußten aber alle an den Stadtrat und Gemeinderat gerichteten Berichte und Anträge vorerst der Magistratsdirektion vorlegen und wurden in ihrer finanziellen Gebarung in manchen Belangen von der Stadtbuchhaltung überwacht. Später ist den Direktionen der städtischen Unternehmungen das Recht zu Ausgaben in etwas höherem Maße als dem Magistrat zugebilligt worden. Zur Vereinfachung des Geschäftsganges hat man besondere Gemeinderatsausschüsse für einige Unternehmungen eingesetzt, denen die endgültige Entscheidung in vielen Angelegenheiten zugewiesen war. Der Verwaltungsgerichtshof hat aber solche Ausschüsse als dem Gesetz widersprechend erkannt. Die damalige Gemeindeverfassung und ihre Auslegung sind also der Eigenart industrieller Unternehmungen und ihren Bedürfnissen nach einer gewissen Bewegungsfreiheit nicht gerecht geworden. Dafür wurden erst durch die Gemeindeverfassung der Bundeshauptstadt Wien vom 10. November 1920 die entsprechenden Grundlagen geschaffen. Diese neue Verfassung bezeichnet in § 77 als Unternehmungen „wirtschaftliche Einrichtungen der Gemeinde, die von ihr unmittelbar verwaltet werden und denen der Gemeinderat die Eigenschaft einer Unternehmung zuerkennt“*. Alle Unternehmungen der Stadt sind zu einer Geschäftsgruppe unter der Leitung eines amtsführenden Stadtrates zusammengefaßt und unterstehen wie die übrigen Geschäftsgruppen des selbständigen Wirkungsbereiches einem besonderen Gemeinderatsausschuß. Dem Kontrollamt steht auch hinsichtlich der Unternehmungen die Rechnungs- und Gebarungskontrolle zu. Die grundsätzliche Regelung aller übrigen Verwaltung der Unternehmungen überläßt die Gemeindeverfassung einem besonderen Organisationsstatut. Diese Sondernormen wurden vom Gemeinderat mit Beschluß vom 28. Mai 1921 erlassen und hinsichtlich der ziffernmäßigen Wertgrenzen mit den Beschlüssen vom 24. März 1922 und vom 27. Juni 1923 abgeändert.

* In diesem Sinne sind gegenwärtig Unternehmungen: die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, die Straßenbahnen, das Brauhaus, die Leichenbestattung und die Ankündigungsunternehmung. Der Zentralsparkassa und der Versicherungsanstalt, die gleichfalls in diesem Bande behandelt werden, kommt schon vermöge der für sie geltenden besonderen gesetzlichen Vorschriften größere Selbständigkeit zu.

Organisationsstatut für die Unternehmungen der Gemeinde Wien

I. Abschnitt

Begriff, Zweck und Umfang der Unternehmungen

§ 1.

Unternehmungen der Gemeinde Wien sind wirtschaftliche Einrichtungen, denen der Gemeinderat die Eigenschaft einer Unternehmung zuerkennt und die von der Gemeinde unmittelbar verwaltet werden.

Sie werden nach den handelsgesetzlichen Bestimmungen unter entsprechender Firmenbezeichnung in das Handelsregister eingetragen.

§ 2.

Zweck und Umfang der Unternehmungen werden vom Gemeinderat bestimmt.

II. Abschnitt

Die Organe der Unternehmungen

§ 3.

Zur Beaufsichtigung, Verwaltung und Geschäftsführung der Unternehmungen sind folgende Organe berufen:

1. Der Gemeinderat,
2. der Bürgermeister,
3. der Stadtsenat,
4. der amtsführende Stadtrat,
5. der Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen,
6. die Direktionen.

I. Abteilung

Vom Gemeinderate

§ 4.

Dem Gemeinderate steht die Oberaufsicht über die Unternehmungen zu. Ihm sind vorbehalten:

1. Die Abänderung des Organisationsstatutes,
2. die Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes der Unternehmungen durch Angliederung neuer Betriebszweige,
3. der Abschluß und die Auflösung von Verträgen, die eine Ausdehnung des Betriebes auf andere Gemeinden betreffen,
4. die Prüfung und Erledigung der jährlichen Wirtschaftspläne und Bilanzen,
5. die Beschlußfassung über die Tarife,
6. die Erwerbung unbeweglicher Güter oder ihnen gleichgestellter Rechte, wenn der Kaufpreis oder Tauschwert 20.000 Schilling übersteigt,
7. die Veräußerung und Verpfändung unbeweglicher Vermögenschaften im Werte von mehr als 6000 Schilling,
8. die Genehmigung von Anschaffungen und Herstellungen — ausgenommen für die Instandhaltung der Baulichkeiten und Betriebsmittel —, wenn sie das Erfordernis von 100.000 Schilling übersteigen, mit Ausschluß des Ankaufes von Roh- und Betriebsstoffen für den laufenden Betrieb,
9. der Abschluß und die Auflösung aller sonstigen, nicht in den Rahmen des normalen Geschäftsbetriebes fallenden Verträge, wenn das bedungene Entgelt einmalig mehr als 200.000 Schilling oder jährlich mehr als 20.000 Schilling beträgt oder die Dauer des Vertrages zehn Jahre übersteigt, außerdem die Aufnahme von Darlehen,
10. die Nachsicht von Mängelersätzen von mehr als 10.000 Schilling,
11. die Stellensystemisierung sowie die Beschlußfassung über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter,
12. die Beschlußfassung in allen Angelegenheiten, deren Vorlage an den Gemeinderat der Bürgermeister anordnet oder der Stadtsenat beschließt.

II. Abteilung

Vom Bürgermeister

§ 5.

Der Bürgermeister steht an der Spitze der Unternehmungen, vertritt sie nach außen und hat über die Einhaltung der durch dieses Statut für die einzelnen Organe der Unternehmungen bestimmten Wirkungskreise zu wachen; er ist berechtigt und verpflichtet, Beschlüsse von Organen zu sistieren, wenn sie über deren Wirkungskreis hinausgehen oder gesetzlichen Vorschriften oder behördlichen Anordnungen zuwiderlaufen.

§ 6.

Der Bürgermeister hat Sitz und Stimme im Gemeinderatsausschusse für die städtischen Unternehmungen. Ihm sind der amtsführende Stadtrat, die Direktoren und alle anderen Angestellten und Arbeiter der Unternehmungen untergeordnet. Ihm steht die Zuweisung des Personales zu; er übt die ihm in den Dienstordnungen und sonstigen Dienstvorschriften vorbehaltenen Rechte aus. Er kann dienstliche Weisungen allgemeiner Natur im Einvernehmen mit dem amtsführenden Stadtrat der Unternehmungen auch für diese erlassen.

§ 7.

Der Bürgermeister ist berechtigt, in Angelegenheiten, die in den Wirkungskreis des Gemeinderates, des Stadtsenates oder des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen fallen, über Vorschlag des amtsführenden Stadtrates unter seiner Verantwortung Verfügungen zu treffen, wenn die Entscheidung dieser Organe ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann. Er hat jedoch seine Verfügung unverzüglich den zuständigen Organen zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Er ist weiters berechtigt, in dringenden Fällen dann die nötigen Verfügungen zu treffen, wenn eine dem amtsführenden Stadtrat zustehende Entscheidung nicht eingeholt werden kann.

III. Abteilung

Vom Stadtsenate

§ 8.

Dem Stadtsenate obliegt die Vorberatung der in den Wirkungskreis des Gemeinderates fallenden Angelegenheiten (§ 4), insbesondere die Prüfung der jährlichen Wirtschaftspläne und Bilanzen. Er hat die Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Unternehmungen. Ihm steht ferner zu:

1. Der Ankauf von Roh- und Betriebsstoffen für den laufenden Betrieb, sofern sie den voraussichtlichen Bedarf von drei Jahren überschreiten, und die Genehmigung von sonstigen Anschaffungen und Herstellungen, ausgenommen für die Instandhaltung der Baulichkeiten und Betriebsmittel, wenn sie das Erfordernis von 60.000 Schilling übersteigen,
2. der Verkauf von Betriebserzeugnissen, wenn sich die Lieferungspflicht auf mehr als sechs Jahre erstreckt, und die Genehmigung sonstiger Veräußerungen, wenn der Gegenwert den Betrag von 100.000 Schilling übersteigt,
3. die Abschreibung einer uneinbringlichen Forderung über 5000 Schilling,
4. die Nachsicht einer Forderung über 5000 Schilling,
5. der Abschluß eines Vergleiches, wenn der Wert des aufgegebenen oder anerkannten Anspruches mehr als 20.000 Schilling oder bei fortlaufenden Leistungen mehr als jährlich 5000 Schilling beträgt,
6. die Zustimmung zu Ausschußbeschlüssen in den in § 17 angeführten Fällen,
7. die Ernennung und Stellenbesetzung der definitiv Angestellten, die Zuerkennung nicht systemisierter Zulagen, die Bewilligung von Remunerationen und Aushilfen über 10 Schilling, von Vorschüssen über 50 Schilling, die Bewilligung höherer Jahresbezüge als 60 Schilling für vertragsmäßig Anzustellende und höherer Anfangsbezüge, als das Bezugsschema festsetzt, für nach der Dienstordnung Anzustellende, in beiden Fällen vor der Aufnahme, die Entlassung der definitiv Angestellten, die Versetzung in den zeitlichen oder bleibenden Ruhestand und die Bewilligung außerordentlicher Versorgungsgenüsse,
8. die Entscheidung über die Einbringung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof,
9. die Entscheidung, welcher Gemeinderatsausschuß im Streitfalle zuständig ist, und die Entscheidung in Angelegenheiten, soferne übereinstimmende Beschlüsse von Gemeinderatsausschüssen nicht zustande kommen,
10. die Ausübung der Befugnisse des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen im Falle seiner Auflösung (§ 13).

IV. Abteilung

Vom amtsführenden Stadtrat

§ 9.

Sämtlichen Unternehmungen steht ein amtsführender Stadtrat vor.

Er führt den Vorsitz in den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen.

Bei vorübergehender Verhinderung des amtsführenden Stadtrates — mit Ausnahme im Vorsitz bei den Sitzungen der Gemeinderatsausschusses — betraut der Stadtsenat ein Mitglied des Gemeinderates mit der Vertretung.

§ 10.

Der amtsführende Stadtrat hat die Geschäftsführung der Unternehmungen zu überwachen und ist zu diesem Zwecke über den Gang aller Angelegenheiten zu unterrichten. Alle Berichte an die zur Entscheidung berufenen Organe sind ihm vorzulegen. Er kann von den Direktionen jederzeit Auskünfte und Berichte verlangen und selbst oder durch beauftragte Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse unter Beiziehung des Direktors die Bücher einsehen sowie den Bestand der Kassen und Vorräte prüfen. Ihm sind die Direktoren und alle anderen Angestellten und Arbeiter der Unternehmungen untergeordnet. Weiters steht ihm zu:

1. Die Einberufung der Ausschußsitzungen und die Festsetzung ihrer Tagesordnungen,
2. die Berichterstattung über die Angelegenheiten der Unternehmungen im Stadtsenate und im Gemeinderat; er ist berechtigt, dem Ausschuß ein anderes Mitglied als Berichterstatter vorzuschlagen;
3. die Erstattung von Vorschlägen an den Bürgermeister wegen Zuziehung der Direktoren oder ihrer Vertreter oder des Vorstandes seines Bureaus zu Beratungen und zur Berichterstattung im Stadtsenat,
4. die Erstattung eines Vorschlages wegen Bestellung eines Vertreters für den Fall seiner Verhinderung,
5. die Antragstellung wegen Sistierung von Beschlüssen des Gemeinderatsausschusses in den im § 5 genannten Fällen,
6. die Vertretung der Unternehmungen gegenüber den übrigen Gemeinderatsausschüssen,
7. die Behandlung von Beschwerden gegen die Direktionen,
8. die Erstattung von Vorschlägen an den Stadtsenat für die Besetzung einer Direktorstelle;
9. die Betrauung eines Beamten mit der Vertretung des Direktors auf kurze Frist,
10. die Genehmigung der Aufnahme und Entlassung vertragsmäßig Angestellter mit einem Jahresbezug von mehr als 60 Schilling, die Verleihung des Definitivums an Angestellte nach den bestehenden Vorschriften und die Zuerkennung der normalen Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen nach Angestellten,
11. die Entsendung von Beamten zur Vertretung der Unternehmungen bei auswärtigen Veranstaltungen,
12. die Bestellung eines Vertreters in Fällen des Anwaltszwanges.

Der amtsführende Stadtrat ist verpflichtet, in den in den Punkten 8 und 9 genannten Fällen seine Verfügungen dem Ausschusse zur Kenntnis zu bringen.

V. Abteilung

Vom Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen

§ 11.

Die Unternehmungen sind in eine Geschäftsgruppe zusammengefaßt. Sie unterstehen einem Gemeinderatsausschusse.

§ 12.

Der Bürgermeister hat Sitz und Stimme im Ausschusse.

Die amtsführenden Stadträte der Personal- und der Finanzgruppe des Magistrates sowie der Magistratsdirektor sind berechtigt, den Sitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen und Anträge zu stellen.

Der Direktor jeder Unternehmung hat beratende Stimme und das Recht der Antragstellung in allen Angelegenheiten, die seine Unternehmung betreffen.

Außerdem können den Ausschußsitzungen andere Unternehmungsbeamte beigezogen werden. Ihre Bestimmung obliegt dem amtsführenden Stadtrat im Einvernehmen mit dem zuständigen Unternehmungsdirektor.

Der Vorstand des Bureaus des amtsführenden Stadtrates ist berechtigt, den Ausschußsitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen.

§ 13.

Im Falle der Auflösung des Ausschusses werden seine Befugnisse vom Stadtsenate ausgeübt.

§ 14.

Vorsitzender ist der amtsführende Stadtrat; der Ausschuß wählt aus seiner Mitte nach den Bestimmungen des § 67 der Gemeindewahlordnung drei Stellvertreter des Vorsitzenden.

§ 15.

Die Sitzungen des Ausschusses sollen in der Regel vertraulich sein. Doch ist die Vertraulichkeit für die einzelnen Verhandlungsgegenstände ausdrücklich zu beschließen.

Die Stadträte sind berechtigt, auch den vertraulichen Sitzungen anzuwohnen. Sie sind zu allen Sitzungen einzuladen.

§ 16.

In den Wirkungskreis des Gemeinderatsausschusses fallen:

1. Die Vorberatung aller in den Wirkungskreis des Gemeinderates oder Stadtsenates fallenden Angelegenheiten (mit Ausnahme der im § 8, Punkt 7, angeführten);
2. die Aufstellung der jährlichen Wirtschaftspläne und die Prüfung der Bilanzen;
3. die Erwerbung unbeweglicher Güter oder ihnen gleichgestellter Rechte, wenn der Kaufpreis oder Tauschwert 1000 Schilling übersteigt;
4. die Veräußerung oder Verpfändung unbeweglicher Güter bis zum Werte von 6000 Schilling;
5. der Ankauf von Roh- und Betriebsstoffen für den laufenden Betrieb, sofern sie den voraussichtlichen Bedarf eines Jahres überschreiten, und die Genehmigung von sonstigen Anschaffungen und Herstellungen — ausgenommen für die Instandhaltung der Baulichkeiten und Betriebsmittel — wenn sie das Erfordernis von 20.000 Schilling übersteigen; in beiden Fällen auch unter diesen Grenzen, wenn die verfügbaren eigenen Mittel der Unternehmung zur Bestreitung der Ausgabe nicht ausreichen.

Der Ausschuß stellt fest, was als Roh- und Betriebsstoff zu gelten hat;

6. die Abgabe von Gas und Elektrizität, wenn sich die Lieferungsverpflichtung auf mehr als fünf Jahre erstreckt, der Verkauf der sonstigen Betriebserzeugnisse, wenn sich die Lieferungsverpflichtung auf mehr als ein Jahr erstreckt, und die Genehmigung anderer Veräußerungen, wenn der Gegenwert den Betrag von 2000 Schilling übersteigt;
7. der Abschluß und die Auflösung aller sonstigen nicht in den Rahmen des normalen Geschäftsbetriebes fallenden Verträge, wenn das bedungene Entgelt jährlich den Betrag von 1000 Schilling oder die Dauer des Vertrages fünf Jahre übersteigt;
8. die Abschreibung einer uneinbringlichen Forderung über 10 Schilling;
9. die Nachsicht von Forderungen bis zum Betrage von 5000 Schilling;
10. der Abschluß eines Vergleiches, wenn der Wert des aufgegebenen oder anerkannten Anspruches mehr als 500 Schilling beträgt oder wenn fortlaufende Leistungen vereinbart werden; soferne sich aber solche Leistungen auf eine Haftpflicht gründen, nur dann, wenn die Leistung mehr als 250 Schilling jährlich beträgt;
11. die Nachsicht von Mängelersätzen bis zum Betrage von 10.000 Schilling;
12. die Entscheidung in das öffentliche Interesse berührenden Angelegenheiten des Wirkungskreises einzelner Direktoren, die sich der Ausschuß vorbehält.

§ 17.

Reichen zur Bestreitung der im § 16 bezeichneten Ausgaben die verfügbaren eigenen Mittel der Unternehmung nicht aus, so ist die Zustimmung des Stadtsenates einzuholen.

Die aus den eigenen Geldern der Gemeinde zur Verfügung gestellten Mittel dürfen nur widmungsgemäß verwendet werden.

§ 18.

Zur Vorberatung einzelner oder gleichartiger Angelegenheiten kann der Ausschuß aus seiner Mitte Unterausschüsse wählen; ihnen muß der amtsführende Stadtrat als Mitglied angehören. Der Direktor der betreffenden Unternehmung ist den Sitzungen beizuziehen.

VI. Abteilung

Von den Direktionen der Unternehmungen

§. 19.

Die Geschäfte der Direktionen werden von den Direktoren, beziehungsweise von ihren Stellvertretern, in deren Verhinderung von den durch den amtsführenden Stadtrat mit der Vertretung auf kurze Frist betrauten Beamten geführt.

§ 20.

Die Angestellten müssen die für den Dienst bei der betreffenden Unternehmung erforderliche fachliche Vorbildung und praktische Eignung aufweisen.

§ 21.

Sämtliche Angestellte und Arbeiter sind dem Direktor unterstellt; ihr Dienstverhältnis sowie die aus ihm entstehenden Rechte und Pflichten werden in den Dienstordnungen, allgemeinen Arbeits- und Lohnverträgen und sonstigen grundsätzlichen Bestimmungen über das Dienst- und Arbeitsverhältnis oder durch besondere Dienst- und Arbeitsverträge geregelt.

§ 22.

Die Direktionen besorgen die gesamte Geschäfts- und Betriebsführung der Unternehmungen selbständig innerhalb der durch dieses Statut gezogenen Grenzen und nach Maßgabe der von den zuständigen Gemeindeorganen gefaßten Beschlüsse und getroffenen Verfügungen. Sie sind dabei an die gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Anordnungen gebunden.

Insbesondere obliegt ihnen:

1. Die Erstattung von Berichten, Vorschlägen und Anträgen in allen Angelegenheiten, die der Beschlußfassung anderer Organe vorbehalten sind;
2. die Anschaffung von Roh- und Betriebsstoffen für den laufenden Betrieb sowie Anschaffungen und Herstellungen für die Instandhaltung der Baulichkeiten und Betriebsmittel, insolange die verfügbaren eigenen Mittel der Unternehmung ausreichen, und die Veräußerung der Betriebserzeugnisse;
3. die Aufnahme von Angestellten und Arbeitern, die Kündigung und Entlassung provisorisch Angestellter und der Arbeiter, die Diensteszuweisungen und Versetzungen, die Zuerkennung systemisierter Zulagen, die Bewilligung von Remunerationen und Aushilfen bis zum Betrage von 10 Schilling im Rahmen des im Wirtschaftsplane vorgesehenen Ansatzes, von Vorschüssen bis zum Betrage von 50 Schilling und die Durchführung der Zeitbeförderung und Zeitvorrückung.

VII. Abteilung

Besondere Bestimmung, betreffend Personalangelegenheiten

§ 23.

In allen wichtigeren Personalangelegenheiten, die Fälle des § 10, Punkt 10, und die Aufnahme von Angestellten (§ 22, Punkt 3) eingeschlossen, dann bei der Durchführung von Maßnahmen, die sowohl für den Magistrat als auch für die Unternehmungen gelten, ist das Einvernehmen mit dem amtsführenden Stadtrat der Personalgruppe, beziehungsweise mit dem Magistratsdirektor zu pflegen. Die Form dieses Einvernehmens ist nach Zweckmäßigkeit zu vereinbaren.

In grundsätzlichen Personalangelegenheiten, insbesondere beim Abschluß von Kollektivverträgen, ist das Einvernehmen mit dem Ausschusse für Personalangelegenheiten zu pflegen.

III. Abschnitt

Über die Kontrolle der Unternehmungen

§ 24.

Die Unternehmungen unterliegen der Rechnungs- und Gebarungskontrolle durch das Kontrollamt und durch den Ausschuß für Finanzverwaltung nach den Bestimmungen des § 76 der Gemeindeverfassung.

IV. Abschnitt

Firmazeichnung

§ 25.

Die Firmazeichnung erfolgt nach Maßgabe der handelsgesetzlichen Bestimmungen durch den Bürgermeister oder den amtsführenden Stadtrat.

V. Abschnitt

Wirksamkeitsbeginn und Aufhebung widersprechender Vorschriften

§ 26.

Die Bestimmungen dieses Organisationsstatutes treten am 1. Juni 1921 in Kraft. Gleichzeitig verlieren alle bisherigen Vorschriften, insbesondere Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüsse, welche Gegenstände behandeln, die in diesem Organisationsstatut geregelt sind, ihre Wirksamkeit.

Ein Vergleich des Organisationsstatutes mit den Bestimmungen der Gemeindeverfassung über die Agenden der Hoheitsverwaltung (vergleiche Seite 38 ff. des Bandes I) zeigt, daß der Sonderstellung der Unternehmungen in der Tat Rechnung getragen worden ist. Während bei der Hoheitsverwaltung für alle Agenden, die nicht dem Gemeinderat, dem Stadtsenat oder Magistrat vorbehalten sind, der betreffende Gemeinderatsausschuß zuständig ist, haben bei den Unternehmungen die Direktionen die generelle Kompetenz, das heißt, es steht ihnen das Recht der Entscheidung in allen Angelegenheiten zu, die nicht ausdrücklich dem Gemeinderat, Stadtsenat oder dem Gemeinderatsausschuß vorbehalten sind. Überdies sind die Wertgrenzen, innerhalb deren die einzelnen Organe Käufe und Verkäufe, Anschaffungen und Herstellungen bewilligen sowie Verträge und Vergleiche genehmigen können, wesentlich weiter gezogen als bei der Hoheitsverwaltung. Das gilt insbesondere für Herstellungen und Anschaffungen zur Instandsetzung der Baulichkeiten und Betriebsmittel und von Ankäufen von Roh- und Betriebsstoffen und von Betriebsmitteln aller Art. Dabei ist dem amtsführenden Stadtrat als unmittelbarem Vorgesetzten aller Unternehmungen das Recht der Überwachung ihrer Geschäftsführung eingeräumt und den Direktionen die Pflicht auferlegt, ihm fortlaufend über den Gang aller Einzelheiten des Unternehmens zu berichten. Mehrjährige Erfahrungen haben bewiesen, daß durch das Organisationsstatut einerseits der gewünschte, einer demokratischen Verwaltung entsprechende enge Zusammenhang zwischen den Volksbeauftragten und den beamteten Leitern der Unternehmungen, andererseits aber auch die den Bedürfnissen des geschäftlichen Verkehrs genügende Bewegungsfreiheit der Direktionen gewährleistet ist.

Beim IV. internationalen Wirtschaftskurs, der im Jahre 1910 in Wien abgehalten worden ist, erstattete Obermagistratsrat Dr. Max Weiß, damals Gruppenvorstand der städtischen Unternehmungen, einen sehr interessanten Bericht über die industriellen Unternehmungen der Gemeinden, insbesondere in Österreich. Darin untersucht er unter anderem die Vorbedingungen, die gegeben sein müssen, ehe es zur Errichtung von städtischen Unternehmungen kommen kann, und er erörtert die Ursachen, die diese Entwicklung mehr oder weniger zwingend herbeigeführt haben. „Als Ursachen", heißt es dort, „können im allgemeinen gelten: Die Zunahme der kommunalen Verwaltungsaufgaben und damit der Verwaltungsauslagen, sowie das Bestreben, eine Erhöhung der öffentlichen Abgaben zu vermeiden, der innige Zusammenhang gewisser Unternehmungen mit Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und ihre daraus entspringende Bedeutung für das allgemeine Wohl, die in rechtlichen oder tatsächlichen Verhältnissen begründete Monopoleigenschaft mancher Unternehmungen, nicht selten auch sozialpolitische Tendenzen." Diese möglichen Beweggründe werden sachkundig und objektiv klargestellt, wobei der Verfasser ausdrücklich hervorhebt, daß den in der Gemeindeverwaltung jeweils herrschenden Anschauungen selbstverständlich ein bestimmender Einfluß zukommt. Und gerade im Geiste jener Zeit und gemäß den für die damaligen Kommunalisierungsbestrebungen wesentlichen Anschauungen stellt er fest, daß die städtischen Unternehmungen durch die Absicht der Gemeinden, auf privatwirtschaftlichem Wege einen Gewinn zu erzielen, gekennzeichnet sind. Wenngleich diese Unternehmungen den öffentlichen Anstalten, deren Errichtung und Betrieb die direkte Förderung öffentlicher Interessen bezweckt, nahestehen, sei doch unverkennbar das Bedürfnis nach Erschließung neuer Einnahmsquellen ein wesentlicher Antrieb zur Schöpfung städtischer Unternehmungen gewesen. Ein Blick in die Rechnungsabschlüsse der letzten Friedensjahre zeigt, daß die Stadt Wien damals bei der

Führung ihrer Unternehmungen auf die Gewinnerzielung gar sehr bedacht gewesen ist, daß gerade auch die Monopolbetriebe ganz bedeutende Reingewinne abführen mußten. In der Polemik gegen die städtische Fürsorgeabgabe wird oft behauptet, daß die Dinge angeblich deshalb nicht anders geworden seien, weil gegenwärtig die städtischen Unternehmungen eben in der Form der Fürsorgeabgabe erhebliche Beträge an die Stadt zu leisten hätten. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergibt sich aus der folgenden Tabelle mit aller Deutlichkeit.

Zusammenstellung

der von den städtischen Monopolbetrieben im Jahre 1925 entrichteten Zahlungen an die Gemeinde Wien im Vergleiche mit den im Jahre 1913 von diesen Unternehmungen abgeführten Beträgen.

	1925	1913	
	Schilling	Goldkronen	Schilling
Gaswerke:			
Fürsorgeabgabe	550.120		
Gewinnabfuhr		5,804.081	8,357.877
Elektrizitätswerke:			
Fürsorgeabgabe	606.540		
dreiprozentige Abgabe (Kabelzins)	2,141.807	1,059.153	1,525.180
Gewinnabfuhr		9,747.320	14,036.141
Straßenbahnen:			
Fürsorgeabgabe	2,970.856		
Gewinnabfuhr		2,750.000	3,960.000
Zusammen	6,269.323	19,360.554	27,879.198

Die neue Gemeindeverwaltung hat grundsätzlich und konsequent den städtischen Monopolen gemeinnützigen Charakter gegeben und daher die Tarife ununterbrochen derart erstellt, daß sie lediglich die Kosten der Erzeugung und der notwendigen Erneuerungen decken. Auf angemessene Überschüsse, die aber der Unternehmung verbleiben, kann nicht dauernd verzichtet werden. Ohne Kapitalsreserve für die Erneuerung und Ausgestaltung käme man zu dem gleichfalls unerwünschten Gegenstück der fiskalischen Gewinnabschöpfung, zum Zwange der Alimentierung der städtischen Unternehmungen aus Gemeindemitteln, das heißt aus Steuergeldern. Die Ausgestaltung der Unternehmungen ist, wenn es irgend möglich war, auf eine Weise bewirkt worden, die die weitere Beibehaltung niedriger Tarife gestattete oder sogar eine Verbilligung erlaubte. So ist es gelungen, die Elektrizitätswerke von ausländischer Kohle mehr und mehr unabhängig zu machen. Der Bergbaubetrieb Zillingsdorf ist derart erweitert worden, daß im Jahre 1925 41 Prozent des erzeugten Stromes aus inländischer Kohle gewonnen sind, während im Jahre 1913 98 Prozent der Stromerzeugung aus Kohle des heutigen Auslandes stammten. Die Wasserkraftwerke wurden nicht etwa aus einem hochverzinslichen Anlehen, falls ein solches überhaupt erlangbar gewesen wäre, sondern aus dem Erträgnis der mäßigen Wasserkraftabgabe geschaffen. Von der Stromerzeugung des Jahres 1925 waren bereits 32 Prozent Wasserkraftenergie. Und in dem Augenblick, wo das erste Wasserkraftwerk den Betrieb begann (1924), wurde der Kraftstrom um

12·5 Prozent verbilligt. In den letzten Friedensjahren hat der Konsument für die Hektowattstunde sieben Goldheller für Licht, drei Goldheller für Kraft bezahlt. Heute betragen die Preise 5·2 und 2·5 Groschen, das heißt 3·91 Goldheller für Licht und 1·73 Goldheller für Kraft.

Die Gaswerke, die auf ausländische Kohle angewiesen sind, haben durch die fortgesetzt ausgestaltete Erzeugung chemischer Nebenprodukte ihre Rentabilität derart zu erhöhen vermocht, daß der Gaspreis trotz Erhöhung des Kohlenpreises um rund 60 Prozent bei der Beschränkung auf das Selbstkostendeckungsprinzip von 17 Goldhellern (24·5 Groschen) auf 19 Groschen pro Kubikmeter, also um nahezu 25 Prozent, herabgesetzt werden konnte. Die Verwendung von Gas und elektrischem Strom im Haushalte war noch in den letzten Friedensjahren sozusagen Luxus. Durch die Verbilligung der Tarife und durch die erleichterte Einrichtung der Gas- und Stromversorgung (Mietgasanlagen, Rateninstallationen für Gas und elektrisches Licht, Beistellung von Gas- und elektrischen Geräten gegen Ratenzahlungen) ist Hand in Hand mit einer großzügigen Werbetätigkeit die große Masse der Bevölkerung Gas- und Stromkonsument geworden. Die billigen Tarife, die weitherzige Rabattierung (für Großverbraucher von Gas und elektrischer Energie, für die Abnehmer von Nachtstrom, für die Reklamebeleuchtung) und die zielbewußte Förderung der heimischen, das inländische Gewerbe belebenden Erzeugung und des Absatzes zweckmäßiger neuer Koch- und Heizapparate (Gasbackofen für verschiedene Gewerbe auch gegen Teilzahlungen, Warmwasserspeicher) haben auch eine sehr bedeutende Ausdehnung der Verwendung von Gas und Elektrizität im Gewerbe bewirkt. So wird es verständlich, daß die Gaserzeugung von 191,000.000 Kubikmeter im Jahre 1913 auf 269,000.000 Kubikmeter im Jahre 1926 und der Gasverkauf in derselben Zeit von 170,000.000 Kubikmeter auf 256,000.000 Kubikmeter gestiegen ist. Für die Elektrizitätswerke lauten die Vergleichsziffern: Erzeugung im Jahre 1913 199,000.000 Kilowattstunden, im Jahre 1926 448,000.000 Kilowattstunden.

Während Ende 1913 92.500 Elektrizitätszähler in Verwendung standen, ist in den letzten Tagen des Jahres 1926 bereits der 500.000. Konsument angeschlossen worden. Diese Steigerung des Absatzes ist das erwünschte Mittel, die Gestehungskosten herabzusetzen. Von besonderem Interesse ist die Zunahme des Gas- und Stromverbrauches im Privathaushalt. Ende 1913 gab es in Wien 150.000 gasversorgte Wohnungen, Ende 1926 waren von den rund 547.000 Wiener Wohnungen bereits 327.630 mit Gas versorgt. Zur gleichen Zeit gab es 331.000 Elektrizitätszähler in Wohnungen. Nach einer Mitteilung des preußischen Handelsministeriums hat im Jahre 1925 der Stromkonsum in Deutschland pro Kopf 142 Kilowattstunden betragen; für Wien lautet diese Ziffer 200 Kilowattstunden. Man wird auch in Zukunft nur in Märchen davon sprechen dürfen, daß jeder Mitbürger sein Huhn im Topfe habe, aber die Zeit ist nicht mehr ferne, wo auch im einfachen Wiener Haushalt die bescheidene Kost reinlich und hygienisch auf dem Gaskocher bereitet wird und wo die stinkende Petroleumlampe durch die helle, saubere elektrische Birne verdrängt ist.

Die Straßenbahnen hatten in der Vorkriegszeit einen Zonentarif. Daraus erwuchsen den arbeitenden Schichten der Bevölkerung, die auf die tägliche Benützung dieses Verkehrsmittels von der Peripherie hin zur Arbeitsstätte angewiesen sind, erhebliche Auslagen. Der Einheitsfahrpreis auf den Straßenbahnen mit beliebiger Umsteigmöglichkeit auf die nunmehr elektrifizierte, vordem jahrelang verlassene und verödete Stadtbahn wird der sozialen Funktion unseres Massenbeförderungsmittels auf der ganzen, bereits der Entfernung von Wien bis

Salzburg gleichkommenden Streckenlänge gerecht. Während die Tarifsätze im Frieden 12, 14, 20 und 30 Heller betragen haben, ergibt der heutige Einheitstarif den durchschnittlichen Fahrpreis von 18 Groschen, das ist 12·5 Goldheller, gegen 16 Goldheller im Jahre 1913. Daß die gegenwärtige Tarifpolitik der Gemeinde Wien vorwiegend vom sozialen Gesichtspunkte geleitet wird, zeigt sich auch in der begünstigten Behandlung der Sonderfahrpreise. Die Anordnung eines Mindestfahrpreises von 20 Hellern an Sonn- und Feiertagen ist längst aufgehoben. Dagegen wurde der Preis der Frühfahrscheine von 12 Goldheller (17·25 Groschen) auf 14 Groschen (9·8 Heller), jener der Kinderfahrscheine von 12 Heller auf 3 Groschen, im Vorverkauf auf 2 Groschen (2·1, beziehungsweise 1·4 Heller) herabgesetzt. Hin- und Rückfahrscheine, die früher 30 Heller (43·2 Groschen) kosteten, werden jetzt um 30 Groschen (21 Heller) abgegeben. Neu eingeführt wurde die Wochenkarte, giltig für je eine Hin- und Rückfahrt an Werktagen und kleinen Feiertagen. Sie wird von Arbeitern und Angestellten ob ihrer Billigkeit (S 1·40) viel begehrt. Die Verbilligung im Vorverkauf durch die Zeitkarten wird vom Publikum in zunehmendem Maße ausgenützt. Von 100 Fahrten entfallen auf

	1924	1926
Schaffnerfahrscheine	55	52
Vorverkaufsscheine	24	24
Zeitkarten	21	24

Die Verbilligung des Tarifes und die Ausgestaltung des Verkehres hatten eine enorme Steigerung der Frequenz zur Folge. Der Beförderungsleistung von 322,600.000 im Jahre 1913 steht die Beförderung von mehr als 600,000.000 Fahrgästen im Jahre 1925 gegenüber. Die Fahrtleistung hat im Jahre 1913 99,000.000 Trieb- und Beiwagenkilometer betragen; sie dürfte im Jahre 1927 auf den Straßenbahnen und auf der Stadtbahn zusammen rund 157,000.000 Kilometer betragen.

Der Fahrpreis für so manche Strecke der Straßenbahn ist, zumal bei Benützung einzelner Kategorien der Sonderfahrscheine, kaum mehr ein Entgelt, sondern fast nur noch eine Gebühr zu nennen. Eine deutliche Mahnung, daß die bei einer ökonomischen Führung der Unternehmungen überhaupt noch mögliche untere Grenze der Tarifsätze vielfach schon erreicht ist.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Die Kommunalisierung der Monopolbetriebe war das Ergebnis berechtigter Abwehr gegen die Nachteile und Schäden ihrer privatkapitalistischen Führung. Gar viele Städte, so auch die Gemeinde Wien, gerieten aber, von dem Bestreben nach möglichst hohem Reingewinn geleitet, auf den Irrweg einer fiskalischen Ausbeutung der Monopole. Der Konsument, der vor der Kommunalisierung Gas, Elektrizität und Straßenbahnfahrt teuer bezahlt hatte, damit ein Privatunternehmer einen ansehnlichen Profit erzielen konnte, hatte nun der Stadt für die gleiche Leistung nicht viel weniger zu zahlen. Gas, Strom und Straßenbahnfahrpreise waren mit einer indirekten Steuer belastet. Die Idee, daß die Monopolbetriebe der Allgemeinheit gehören, daß sich an ihnen niemand bereichern darf, daß sie der gesamten Bevölkerung so billig als möglich zur Verfügung stehen sollen, weil sie der Befriedigung allgemeiner Lebens- und Kulturbedürfnisse dienen, diese Idee hat erst die gegenwärtige Gemeindeverwaltung durch ihre Tarifpolitik verwirklicht. Dadurch sind diese Unternehmungen den öffentlichen Anstalten im engeren Sinne mehr und mehr angenähert worden.

Die Gaswerke.

Von Ing. Franz Menzel, Direktor der Städtischen Gaswerke.

Überblick bis zum Jahre 1919.

Im Jahre 1817 wurde in Wien eine Gaserzeugungsanlage zur Beleuchtung einiger Straßen der Inneren Stadt von dem Direktor des Polytechnischen Institutes Prechtl errichtet. Wien war damit die erste Stadt am europäischen Festlande, in der, wenn auch nur während einiger Monate, Straßen mit Gas beleuchtet wurden. Eine bleibende Einrichtung wurde die öffentliche Gasbeleuchtung nach Erbauung eines Gaswerkes durch eine Gas auch an Abnehmer liefernde Gesellschaft im Jahre 1830. In der Folge teilten sich zwei Gesellschaften in die Gasversorgung Wiens und seiner Vororte.

Im Jahre 1872 beschäftigte die Frage der Übernahme der Gasversorgung in die eigene Verwaltung zum erstenmal den Wiener Gemeinderat und in den folgenden Jahrzehnten kam sie wiederholt auf die Tagesordnung. Der entscheidende Schritt wurde erst in den letzten Oktobertagen des Jahres 1896 getan, als der Gemeinderat nach heftigen Kämpfen die Nichterneuerung des mit dreijähriger Kündigungsfrist am 31. Oktober 1899 ablaufenden Gasbeleuchtungsvertrages und die Übernahme der Gasversorgung beschloß.

So bedeutungsvoll dieser Beschluß für die Gemeinde Wien auch war, so war er an sich nichts Neues. Andere Städte waren mit der Verstadtlichung ihrer Gasversorgung schon vorausgegangen. Noch nicht dagewesen war es aber, daß der Gemeinderat von dem im Vertrage vorgesehenen Rechte der Ablösung der bestehenden Gaswerke und ihrer sonstigen Anlagen keinen Gebrauch machte, sondern beschloß, alle zur Gaslieferung und Beleuchtung notwendigen Anlagen bis zum Vertragsablaufe neu herzustellen.

Dieser Beschluß hatte das von anerkannten Fachmännern als unmöglich erklärte Gelingen einer ganz außerordentlichen und vorbildlosen technischen Leistung zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung wurde voll erfüllt. Nach kaum dreijähriger Bauzeit, am 31. Oktober 1899, dem Tage des Vertragsablaufes, übernahm das für eine Tagesleistung von 430.000 Kubikmeter erbaute Gaswerk Simmering mit einem neuen Hauptrohrnetze von 579 Kilometer Länge die Gaslieferung und die Straßenbeleuchtung. Für einige Vorortebezirke, die aus der Zeit ihrer früheren Selbständigkeit Beleuchtungsverträge mit längerer Laufdauer hatten, mußte eine Vertragsverlängerung bis Ende 1911 zugestanden werden, weil die Gemeinde Wien in einem während der Bauausführung mit den Gasgesellschaften geführten Prozesse unterlag.

Für die Verwaltung und den Betrieb der neugeschaffenen Anlagen wurde ein besonderer, nach kaufmännischen Grundsätzen zu führender Wirtschaftskörper „Gemeinde Wien-Städtische Gaswerke“ geschaffen, der die öffentliche Beleuchtung der Stadt ohne Entgelt zu besorgen und seine Gebarungsüberschüsse an die Stadtkasse abzuführen hatte.

Die Loslösung von der engeren Gemeindeverwaltung und weitgehende Selbständigmachung des Unternehmens, ein für die damaligen Verhältnisse immerhin ungewöhnlicher Entschluß, haben sich in der Folge sehr bewährt.

Das Gelingen dieser Verstadtlichung machte es der Gemeinde Wien möglich, auch an die Übernahme der Elektrizitätsversorgung und der Straßenbahnen, die sich im wesentlichen nicht von dem üblichen, anderwärts eingeschlagenen Vorgehen unterschied, zu schreiten.

Im Gegensatze zu anderen Großstädten war der Gasabsatz in Wien in dem Jahrzehnte vor der Verstadtlichung vollständig zum Stillstande gekommen. Die Gasgesellschaften hatten nämlich jedwede, übrigens auch schon früher sehr geringe Förderung der Gasverwendung gänzlich unterlassen, weil sie für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit ihrer ganz unzureichend gewordenen Anlagen nichts mehr aufwendeten. Das hatte unter anderem zur Folge, daß selbst die in diesem Jahrzehnte regster Bautätigkeit zahlreich errichteten Häuser mit sehr wenigen Ausnahmen keine auch nur halbwegs entsprechende Gasleitung erhielten. Von einer Ausstattung älterer Häuser mit Leitungsanlagen, die die andernorts schon stark verbreitete Verwendung des Gases als Heizstoff ermöglicht hätten, war schon gar keine Rede.

Es war eine wichtige Aufgabe des städtischen Unternehmens, diese Unterlassungen möglichst gutzumachen.

Durch rege Werbung, verbunden mit einer gute Gasgeräte umfassenden ständigen Ausstellung und insbesondere auch durch die Ausführung sogenannter Automat-(Münzgasmesser)-Anlagen stieg die Zahl der angeschlossenen Gasmesser von 59.932 am Ende des Jahres 1899 auf 124.925 Ende 1911 und die Gaserzeugung von 78 Millionen Kubikmeter des Jahres 1900 auf 131 Millionen Kubikmeter im Jahre 1911.

Der stark wachsende Gasabsatz und der Anschluß der Ende 1911 anfallenden restlichen Teile des Versorgungsgebietes der Gesellschaften erforderten den Ausbau des Werkes Simmering auf eine Tagesleistung von 700.000 Kubikmeter und die Errichtung eines zweiten Gaswerkes, des Werkes Leopoldau.

Dieses Werk kam Ende Dezember 1911 mit einer Leistungsfähigkeit von 250.000 Kubikmeter in 24 Stunden in Betrieb. Die letzten der acht Gesellschaftsgaswerke wurden stillgelegt.

Das neue Werk wich in vieler Hinsicht von der für Gaswerke bisher üblich gewesenen Ausführung ab. Schon beim Ausbau des Werkes Simmering wurde der bei den Wiener städtischen Gaswerken entstandene Gedanke des Baues von Großraumöfen mit Beheizung durch eine Zentralgeneratorenanlage zum erstenmal verwirklicht. Da sich diese Neuerung betriebstechnisch und wirtschaftlich als ein bedeutender, auch heute noch nicht überholter Fortschritt in der Gaserzeugungstechnik erwies, erhielt das Leopoldauer Werk, als erstes Gaswerk überhaupt, ausschließlich Horizontalkammeröfen mit Zentralgeneratoren. Diese Neuerung war die wichtigste, aber nicht die einzige, durch die sich das Werk von anderen Gaswerken unterschied.

In der Folge wurde die Leistungsfähigkeit des Werkes Leopoldau auf 300.000 Kubikmeter in 24 Stunden erhöht, so daß die beiden Werke beim Ausbruch des Krieges für eine Gesamtleistung von rund 1 Million Kubikmeter in 24 Stunden eingerichtet waren. Im Kriegswinter 1916/17 waren sie bis an die äußerste Grenze dieser Leistungsfähigkeit beansprucht.

Bis hieher befand sich das Unternehmen in aufsteigender Entwicklung.

Von da an trat Kohlennot ein, die, immer größer werdend, nach dem Zerfalle des Staates die Gefahr einer Betriebseinstellung in bedrohliche Nähe rückte. Durch Monate hindurch war das Unternehmen von seinen zur Gänze ausländisch gewordenen Rohstoffquellen vollständig abgeschnitten. Der Gasverbrauch der Abnehmer und die öffentliche Beleuchtung mußten durch behördliche Maßnahmen auf das schärfste



Gaswerk Simmering
Fliegeraufnahme

gedrosselt werden. Von 245 Millionen Kubikmeter des Jahres 1916/17 wurde die Gaserzeugung auf 153 Millionen Kubikmeter im Jahre 1919/20 herabgedrückt, das ist um fast acht Jahre zurückgeworfen. Die Betriebsanlagen hatten, trotz aller Bemühungen, sie in gutem Zustande zu erhalten, infolge Mangels an vollwertigen Stoffen und geschulten Arbeitskräften erheblich gelitten. Von Erneuerungen und Ausgestaltungen konnte seit Jahren natürlich keine Rede sein. Aber auch der wirtschaftliche Zustand des Unternehmens war schwer erschüttert. An Stelle der bisher alljährlich der Stadtkasse zugeflossenen bedeutenden Reinerträge war im Geschäftsjahr 1918/19 ein sehr erheblicher Gebarungsabgang getreten, weil die Stadtverwaltung sich zu einer entsprechenden Gaspreiserhöhung nicht entschließen konnte.

Auf lebenswichtigen Gebieten des Unternehmens war daher eine große Wiederaufbauarbeit dringend notwendig geworden.

Diese von der neuen Gemeindeverwaltung geforderte Arbeit und ihre Ergebnisse bedeuten für die Wiener Gaswerke einen neuen Abschnitt in ihrer Entwicklung.

Die Aufbauarbeit seit 1919.

Die Ordnung des Unternehmungshaushaltes.

Die dringendste der aus der vorstehend gekennzeichneten Lage des Unternehmens sich ergebenden Aufgaben war die Ordnung seines Haushaltes. An sie wurde denn auch von der Gemeindeverwaltung



Gaswerk Leopoldau
Fliegeraufnahme

ohne Verzug und tatkräftig geschritten. Durch weitestgehende, nur an den Grenzen des Notwendigen, nicht aber des Erwünschten Halt machende Sparsamkeit in der Ausgabenwirtschaft und Aufstellung des Grundsatzes der unbedingten Selbstkostendeckung unter gleichzeitigem Verzicht auf die bisher für die Stadtkasse geforderten Barleistungen der Unternehmung gelang es, schon im Geschäftsjahre 1919/20 Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Jedoch der rasch fortschreitende Verfall der österreichischen Währung, der erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 bei einer Entwertung der Währungseinheit auf ein Fünfzehntausendstel der Vorkriegszeit aufgehalten werden konnte, drohte den Unternehmungshaushalt neuerlich zu zerrütten. Dem konnte nur begegnet, das Unternehmen vor Ausblutung und drückender Verschuldung bewahrt werden, wenn vor allem an dem Grundsatze der unbedingten Selbstkostendeckung festgehalten wurde. Dazu waren notwendig: eine mit dem Verfalle der Währung und dessen Auswirkungen immer Schritt haltende, verläßliche Erfassung der Gasgestehungskosten und die Forderung von Gaspreisen, die zumindest diesen Selbstkosten entsprachen. Das erste war Aufgabe der Leitung der Gaswerke, das zweite war die schwerere Aufgabe der hiefür zuständigen Stadtverwaltung.

Die rascheste Erfassung der jeweiligen Selbstkosten des Gases war ohneweiters möglich, weil beim Unternehmen die hiezu notwendigen organisatorischen Voraussetzungen in der kaufmännischen und in der sie ergänzenden technischen Buchhaltung schon seit vielen Jahren geschaffen waren. Die Selbstkosten wurden allwöchentlich ermittelt und ihnen entsprechend wurde auch allwöchentlich der Gasverkaufspreis von der hiefür zuständigen städtischen Körperschaft festgesetzt.

Eine weitere Maßnahme war die Forderung unverzinslicher Vorauszahlungen für den Gasverbrauch. Diese waren angesichts der täglich fortschreitenden Geldentwertung nicht nur eine wichtige Ergänzung der wöchentlichen Gaspreisfestsetzung, sie lieferten auch dem Unternehmen einen erheblichen Teil des notwendigen Betriebskapitals. Diese Vorauszahlungen waren aber nicht nur für das Unternehmen eine Notwendigkeit, da dieses selbst für alle seine Bezüge Vorauszahlungen leisten mußte. Sie waren auch im Interesse der Gasabnehmer gelegen, da anderenfalls der durch den Währungsverfall bedeutend gestiegene Bedarf an Betriebskapital durch außerordentlich teure Anlehen hätte gedeckt werden müssen, deren Verzinsung und Tilgung nirgends anders als in einer Erhöhung des Gasverkaufspreises sich hätten auswirken müssen.

Daß diese beiden Maßnahmen, die die Abwehr der sonst unausbleiblichen Wirkungen des Währungssturzes auf das Unternehmen erforderte, nicht nur als notwendig erkannt, sondern unbeirrt durch den an sich begreiflichen starken Widerstand der Gasabnehmer und die heftigsten Angriffe in der Öffentlichkeit von den die Verwaltung der Stadt Führenden auch angewendet wurden, war das Entscheidende.

Der Erfolg rechtfertigte dieses zielbewußte, unerschrockene Vorgehen. Die Wiener Städtischen Gaswerke kamen im Gegensatze zu gleichartigen Unternehmungen anderer Städte wirtschaftlich heil über die gefahrvolle Währungskrise hinweg, ja mehr noch, sie sind gestärkt aus ihr hervorgegangen.

An dieser Stelle ist — weil in derselben Richtung wie die vorbesprochenen Maßnahmen wirkend — der Übergang zu dem Verfahren erwähnenswert, bei dem in einem Dienstgange beim Gasabnehmer der Gasverbrauch ermittelt, die Rechnung ausgestellt und der Rechnungsbetrag eingehoben wird. Dadurch ist das Abrechnungsgeschäft sehr vereinfacht und der Rückstand am Monatsende unbeglichener Rechnungen von 13 bis 15 von Hundert auf 1 von Hundert herabgesetzt worden.

Die Instandsetzung der Betriebsanlagen.

Die Ordnung des Unternehmungshaushaltes und ihre Festigung ermöglichte eine durchgreifende Behebung der an den Betriebsanlagen entstandenen Schäden. Diese Instandsetzungsarbeiten beschränkten sich zumeist nicht auf bloße Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der Anlagen. Sie waren auch darauf gerichtet, ihn durch Nutzbarmachung der seither gewonnenen Erfahrungen zu verbessern. Dadurch wurde in sehr vielen Fällen die Betriebssicherheit der Anlagen erhöht und deren weitere Instandhaltung verbilligt.

Die technischen Maßnahmen zur Niedrighaltung der Gaserzeugungskosten.

Aus der Entwicklung der neuen Verhältnisse ergab sich für das Unternehmen noch eine andere, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sehr wichtige Aufgabe: Die möglichste Niedrighaltung der Erzeugungskosten des Gases und damit des Gasverkaufspreises.

Städtische Gaswerke gelten in der öffentlichen Meinung als „Monopolbetriebe", die daher für das Gas einfach den Preis fordern können, den sie jeweils benötigen. Dabei wird aber ganz übersehen, daß ihr „Monopol" sich auf das ihnen vorbehaltene Recht, die öffentlichen Verkehrswege zur Gasverteilung zu benützen, beschränkt und daß ihr Haupterzeugnis in einem scharfen Wettbewerbe mit zahlreichen anderen festen, flüssigen und selbst auch an der Verwendungsstelle erzeugbaren gas- oder dampfförmigen Wärmeträgern steht. In diesem Wettbewerbe kann das Gas nur Erfolg haben, wenn es nicht nur durch seine technischen Vorzüge, sondern auch durch seinen Preis dem Benützer wirtschaftliche Vorteile gegenüber den anderen Heizstoffen bietet. Diesen Preis möglichst niedrig zu halten, liegt daher im größten wirtschaftlichen Interesse des Unternehmens. Die Höhe des Gaspreises aber ist bedingt durch die Selbstkosten, die nicht bloß von den Ausgaben, sondern auch von den Einnahmen aus den bei der Gaserzeugung gewonnenen anderen Erzeugnissen abhängig sind.

Dies ist die wirtschaftliche Seite der eingangs genannten Aufgabe. Ihre Bedeutung in sozialer Hinsicht liegt in der Forderung, die Vorteile der Gasverwendung den breiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Auch das hat einen möglichst niedrigen Gaspreis zur Voraussetzung.

Nun war aber der Hauptrohstoff, die Kohle, bedeutend teurer geworden, die Erlöse aus den Beierzeugnissen (Koks, Teer usw.) gingen nach Aufhören der an diesen Waren bestandenen Knappheit zurück, die Lohnkosten waren durch die Verkürzung der Arbeitszeit und wiederholte Erhöhung der Lohnsätze über den Vorkriegsstand gestiegen.

Diese vom Unternehmen unbeeinflußbare Entwicklung der wichtigsten Gaspreisbildner mußte zu einer bedeutenden Erhöhung der Selbstkosten und zu Gaspreiserhöhungen führen, wenn ihr nicht durch im Betriebe des Unternehmens durchführbare Maßnahmen entgegengewirkt wurde.

Als solche kamen hauptsächlich in Betracht: Verminderung des Verbrauches an Kohle zur Gaserzeugung, möglichste Steigerung von Zahl, Menge und Güte der



Gaswerk Simmering
Generatorenanlage, Gesamtansicht

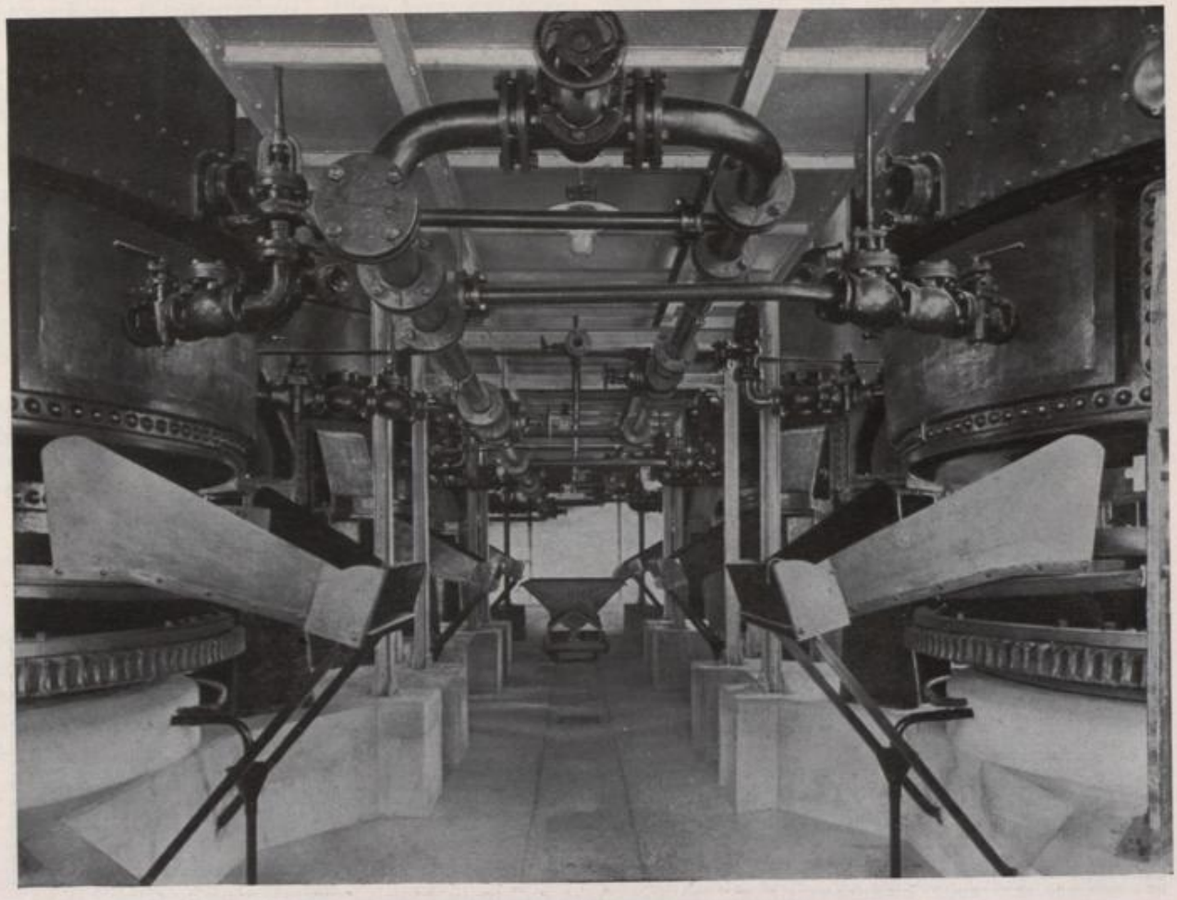
Beierzeugnisse, weitere Verbesserung der Wärmewirtschaft, Arbeitskräfte ersparende Einrichtungen und schließlich, aber nicht zuletzt Hebung des Gasabsatzes.

In den folgenden Abschnitten wird mit der gebotenen Beschränkung auf das Wesentliche gezeigt, was seit 1919 in diesen Belangen durch Ausgestaltungen der Betriebsanlagen und zur Steigerung des Gasabsatzes geschehen ist.

Umbau von Gaserzeugungsöfen und Ausbau der Zentral-Generatorenanlage im Werke Simmering.

Den weitaus größten Verbrauch an Rohstoff (Kohle) und Wärme (Unterfeuerung) im Gaswerksbetriebe haben die Gaserzeugungsöfen. Von ihnen ist auch die Ausnützung des Rohstoffes, das ist die Ausbeute an Gas, Koks, Teer usw. abhängig, bei ihnen können auch bedeutende Ersparungen an Wärmeaufwand und Arbeitskosten erzielt werden.

Hier war es das Werk Simmering, das durch zweckmäßige Ofenumbauten die größten wirtschaftlichen und betriebstechnischen Erfolge erwarten ließ, weil in ihm im Gegensatze zum später erbauten Werke Leopoldau die Hauptmenge des Gases in Retortenöfen erzeugt wird. Das Werk Simmering besaß nur in den während seines Ausbaues errichteten Horizontalkammeröfen mit 140.000 Kubikmetern Tagesleistung eine Gaserzeugungsanlage, die dem derzeitigen Stande der Gaserzeugungstechnik voll entsprach. Diese Ofenart, die im Werke Leopoldau ausschließlich zur Anwendung gekommen ist, zeichnet sich durch ihre großen Entgasungsräume, den geringen Unterfeuerungsverbrauch von nur zehn Kilogramm Reinkoks

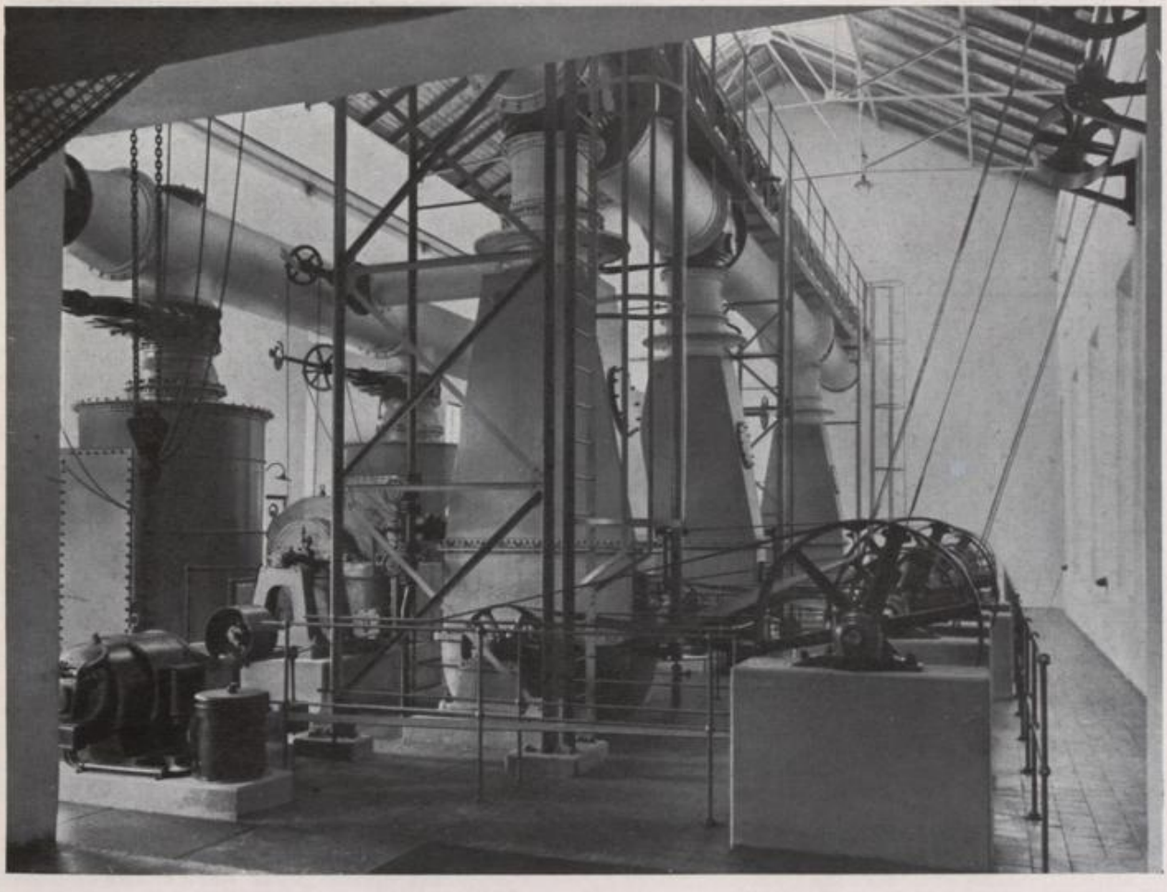


Gaswerk Simmering
Generatorenanlage, Schlackenraum

auf 100 Kilogramm Rohkohle, die gute Beschaffenheit des erzeugten Kokses und den geringen Bedarf an Bedienungsmannschaft aus. Die Retortenöfen des Werkes Simmering hingegen, 180 an der Zahl, und seit Inbetriebsetzung des Werkes mit einer Leistungsfähigkeit von rund 400.000 m^3/24 Stunden bestehend, erforderten schwere Schlackarbeit bei den Einzelgeneratoren, waren abhängig von der Beschaffenheit des verfeuerten Kokses, hatten den großen Unterfeuerungsverbrauch von 22 Kilogramm Reinkoks je 100 Kilogramm Rohkohle bei unbefriedigender Gasausbeute und einen im Vergleich zu ihrer Leistung unverhältnismäßig großen Personalbedarf.

Ein Ersatz dieser Schrägretortenöfen durch Öfen ganz anderer Art hätte eine vollständige und sehr kostspielige Änderung der bestehenden Kohlenbeschickungs- und Koksförderanlagen erfordert. Auch hatten die in den Zeiten des Kohlenmangels gemachten Erfahrungen gezeigt, daß diese Ofenart hinsichtlich Kohlenbeschaffenheit sehr anspruchslos ist, wenn die Beheizung statt durch die bisherigen Einzelgeneratoren durch eine Zentralgeneratorenanlage stattfindet. Dieser auch für die Kohlenbeschaffung günstige Umstand war mitbestimmend, daß nur ein Umbau dieser Ofenart durchgeführt wurde. Er erstreckte sich vorerst auf 20 Öfen, dem bald darauf der Umbau von weiteren zwanzig folgte. Die Retortengröße wurde beibehalten, jedoch statt Schamotte das höhere Hitzegrade gestattende und eine bessere Wärmeleistungsfähigkeit besitzende Dinas verwendet. Dadurch können die Retorten mit einer größeren Kohlenmenge beschickt werden, liefern je Kohleneinheit eine größere Gasausbeute, Koks von besserer Beschaffenheit und benötigen eine kürzere Garungszeit. An Stelle der Rekuperativbeheizung durch Einzelgeneratoren trat Regenerativbeheizung durch die Zentralgeneratorenanlage.

Die Leistungsfähigkeit der umgebauten Öfen erhöhte sich um 22 v. H., der Unterfeuerungsverbrauch verminderte sich um 32 v. H., der Personal-



Gaswerk Simmering
Generatorenanlage, Gasreinigung

bedarf je erzeugte Gasmengeneinheit ging der höheren Leistung entsprechend zurück und die Schlackarbeit kam ganz in Wegfall.

Dieser günstige Erfolg veranlaßte den im Wesen gleichartigen Umbau von weiteren 40 Retortenöfen, wobei die Retorten um das bei den gegebenen Verhältnissen noch mögliche Maß von einem Meter verlängert wurden. Die neuen Öfen besitzen gegenüber denen, die sie ersetzen, eine um 100 Prozent größere Leistungsfähigkeit, einen um 50 v. H. kleineren Unterfeuerungsverbrauch und einen durch ihre höhere Leistung bedingten geringeren Personalbedarf für die erzeugte Gasmengeneinheit.

Mit dem Umbau der 80 Retortenöfen auf Regenerativbeheizung gingen Hand in Hand eine Vergrößerung und teilweise Umgestaltung der Zentralgeneratorenanlage.

Diese Anlage war seinerzeit zur Beheizung der Horizontalkammeröfen errichtet worden. Sie besaß zwölf sich selbst entschlackende Dampfkesselgeneratoren, von denen zehn die von den Wiener städtischen Gaswerken geschaffene und bewährte Ausführungsart hatten, während vier erstaufgestellte anderer Herkunft waren und Schwierigkeiten im Betriebe machten. Diese vier Generatoren wurden durch solche der bewährten Ausführung ersetzt und weitere acht Generatoren neu aufgestellt.

Zu dem Zwecke wurde die bestehende Generatorenhalle durch einen Eisenfachwerksbau von 19·8 Meter Länge, 14·4 Meter Breite und 9·8 Meter lichte Höhe vergrößert. Die Halle enthält außer den neuen Generatoren die Transmissionen für den Antrieb der Drehroste, die Geleise für die Schlackenabfuhr, die Wasserreiniger für die Speisung der Generatorendampfkessel und die Manometertafeln.

Das bestehende Ventilatorengebäude erhielt einen in Rohziegelmauerwerk ausgeführten Zubau von 24 Meter Länge, 15·5 Meter Breite und 8·8 Meter lichte Höhe. In diesem Raume stehen eine 150 pferdige



Gaswerk Simmering
Generatorenanlage, Gichtbühne

Ventil-Dampfmaschine für 150 Touren je Minute, drei Reinigungssätze für Dampf- oder elektrischen Antrieb, jeder Satz bestehend aus Desintegrator, Gebläse und Wasserabscheider, drei an das städtische Kabel angeschlossene Drehstrom-Schleifring-Ankermotore von je 68 PS und 975 Touren je Minute und die notwendigen Manometertafeln.

Für den Betriebsstoff der Generatoren wurde an der einen Längsseite des Generatorengebäudes ein in Eisenfachwerk ausgeführter Koksturm von 14·4 × 9 Meter Grundfläche und 23·6 Meter Höhe errichtet. Er enthält vier hochgelegene, 240 Tonnen Koks, den 24stündigen Bedarf der gesamten Anlage fassende Bunker. Die Bunkerfüllung erfolgt durch zwei Kübelaufzüge, die den Koks aus einer entsprechend großen, durch Feldbahnzüge versorgten Grube entnehmen. Die Aufzüge, deren jeder eine Laufkatze mit vierpferdigem Lauf- und einem 17·7pferdigen Hubmotor besitzt, können mit 160 Fahrten in acht Stunden 284 Tonnen Koks in die Bunker fördern. Von den Bunkern aus bringt auf der Gichtbühne eine kleine Elektrohängebahn, deren durch 0·8pferdige Motore bewegte Kübel je 730 Kilogramm Koks fassen, den Koks zu den Generatoren.

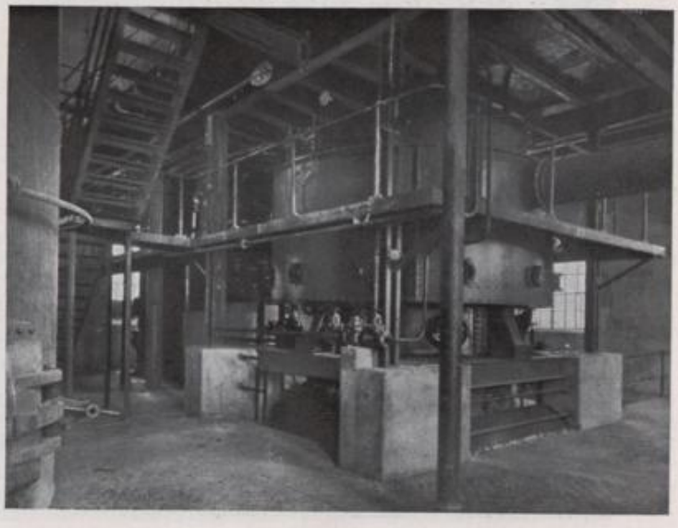
Im Erdgeschoße des Koksturmes sind die für die gesamte Anlage zur Unterwinderzeugung und zum Antrieb der Generatorenroste notwendigen Maschinen untergebracht. Es sind dies eine 110pferdige Einzylinder-Dampfmaschine für 450 Umdrehungen je Minute, vier Hochdruckgebläse von je 400 Kubikmeter Minutenleistung und 300 Millimeter WS Überdruck, ein von der Dampfmaschine angetriebenes 39pferdiges Drehstromaggregat, zwei liegende, vierfach wirkende Duplex-Dampfpumpen für 400 Liter Minutenleistung zur Speisung der Generatorenkessel, eine elektrisch angetriebene Zentrifugalspeisepumpe derselben Leistung und vier 39pferdige, an das städtische Kabelnetz angeschlossene Drehstrommotore.

Die Zentralgeneratorenanlage deckt nicht nur durch den bei den Generatoren kostenlos anfallenden Dampf ihren gesamten Bedarf an Vergasungsdampf und Kraft, sondern liefert noch Überschußdampf an die zentrale Warmwasserheizanlage und die Wassergasanstalt, die ihr beide benachbart sind. Die an das städtische Kabelnetz angeschlossenen Motore sind nur als Reserveantrieb vorgesehen. Die ausgebaute Anlage hat heute eine Leistungsfähigkeit von rund einer Million Kubikmeter Generatorengas/24 Stunden, erfordert einschließlich Aufsicht nur 25 Mann/24 Stunden und hat die früher 70 Mann erfordernde schwere Schlackarbeit bei den umgebauten Retortenöfen in Fortfall gebracht.

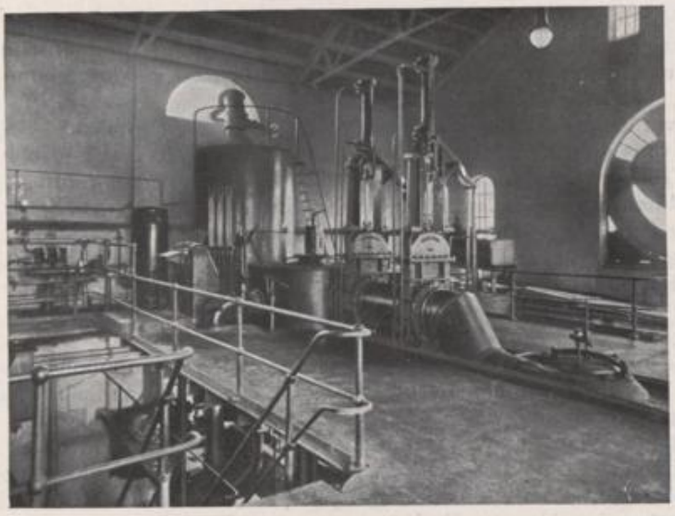
Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wassergasanlage im Werke Simmering.
Bau einer Wassergasanlage im Werke Leopoldau.

Eine sehr einschneidende Verminderung des Kohlenverbrauches war weiters durch stärkere Verwendung des selbst erzeugten Kokses zur Gaserzeugung zu erzielen. Damit war auch eine Verminderung der Koksmenge, die auf den Markt zu bringen ist, verbunden. Ein Umstand, der bei dem überall sich geltend machenden Überangebote an Koks von nicht minder großer Bedeutung ist.

Im Werke Simmering wurde zunächst die schon seit dem Jahre 1905 bestehende Wassergasanlage durch Aufstellung eines neuen Generators leistungsfähiger gemacht. Abweichend von der üblichen Bauart der Wassergasgeneratoren ist dieser Generator auf Grund der Ergebnisse von Versuchen, die im Gaswerke Leopoldau durchgeführt wurden, als selbstentschlackender und Dampf erzeugender Generator ausgeführt. Während bei den anderen Wassergasgeneratoren die Schlacke durch Handarbeit entfernt und der für den Betrieb der Generatoren notwendige Dampf in einer eigenen, Brennstoff verbrauchenden Kesselanlage erzeugt werden muß, besorgt der neue Generator beides selbst. Ein Drehrost trägt die Schlacke selbsttätig



Gaswerk Simmering
Wassergenerator mit Abwärmeverwertung

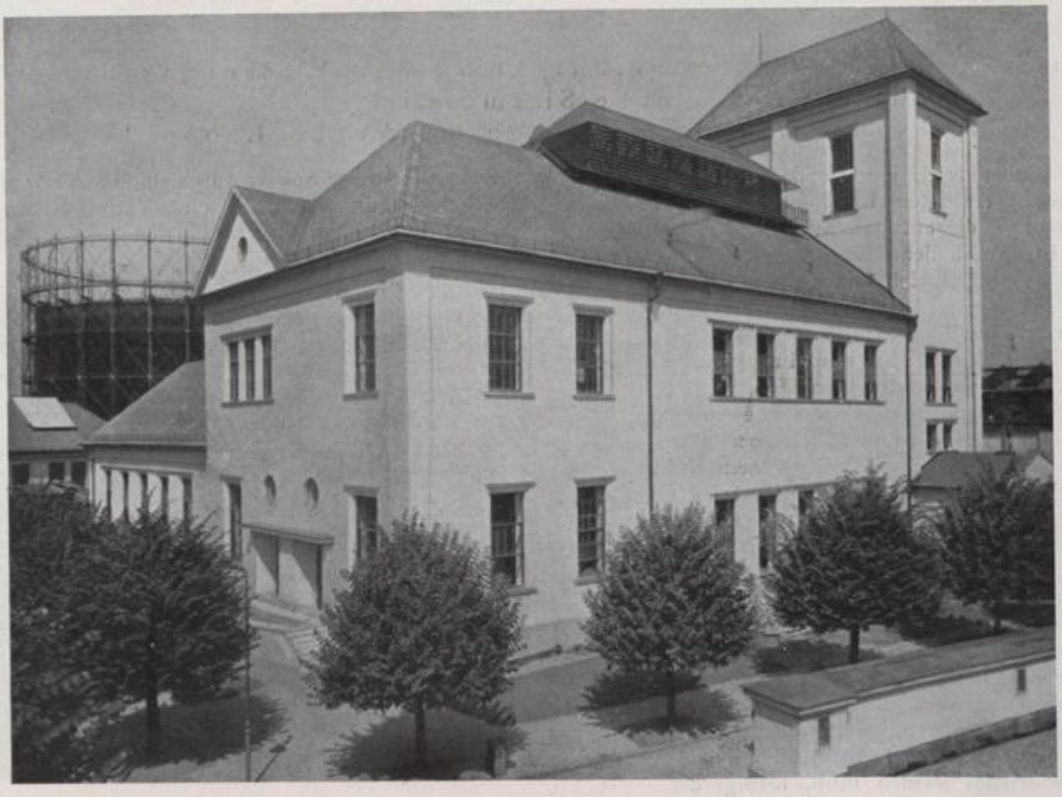


Gaswerk Simmering
Wassergasanlage mit Abwärmeverwertung

aus und durch Ausnützung der strahlenden Wärme der glühenden Kokssäule und der Wärme der beim Betriebe entstehenden Abgase in einem seinen Mantel bildenden Dampfkessel erzeugt er den für den chemischen Prozeß der Wassergasherstellung notwendigen Dampf und die für die mechanischen Antriebe erforderliche Kraft.

Seine Leistungsfähigkeit ist bei einem, dem der vorhandenen Generatoren ungefähr gleichen Schachtdurchmesser doppelt so groß als die eines der anderen Generatoren. Die beim Generatorbetrieb in kurzen Zeitabschnitten erfolgende Umsteuerung der Schieber und Ventile geschieht nicht durch Handarbeit, sondern durch eine Preßölanlage von einem Schalttische aus.

Im Werke Leopoldau wurde insolange keine Wassergasanlage errichtet, als nicht eine Ausführungsart gefunden war, die die Entschlackung durch Hand und Kraftbedarfes durch Ausnützung der zuverlässig entbehrlich machte und die Deckung des Dampf- beim Wassergasprozesse anfallenden Abfallwärme gewährleistete.



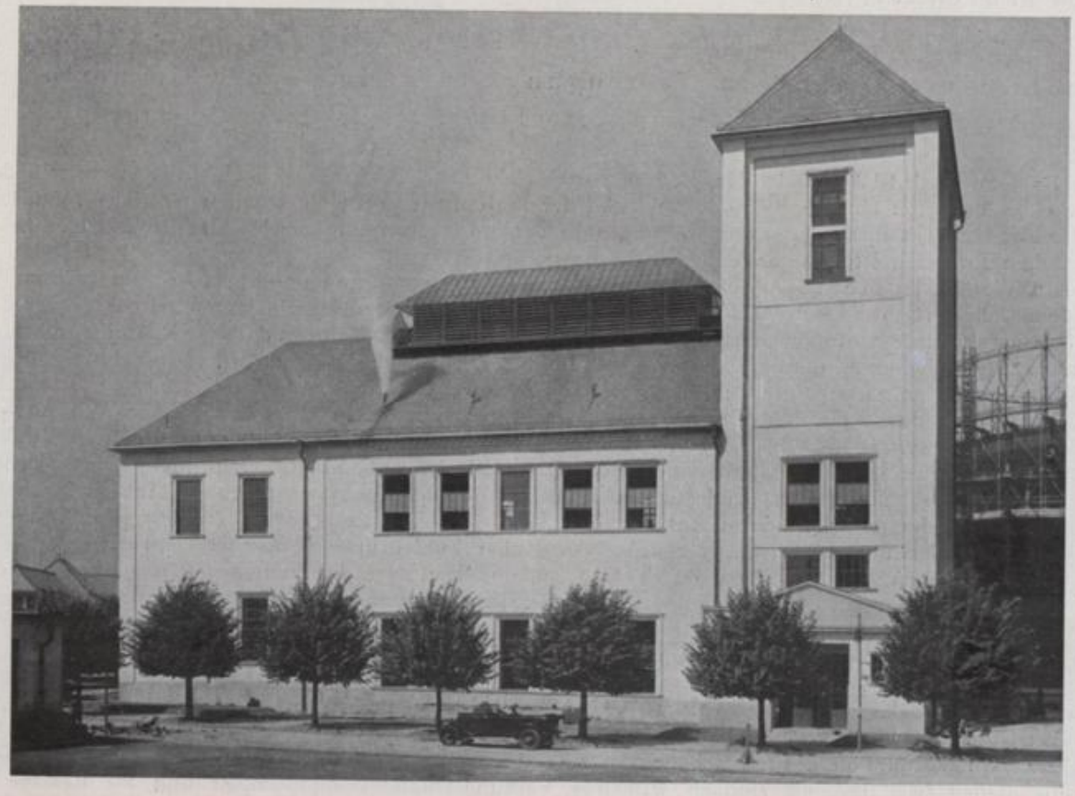
Gaswerk Leopoldau
Wassergasanlage mit Abwärmeverwertung. Vorderansicht

Diese in wirtschaftlicher und arbeitshygienischer Hinsicht wichtigen Forderungen waren durch den neuen Simmeringer Wassergasgenerator im Betriebe erfüllt worden. Für die Leopoldauer Anlage waren aber, um bei gegebener Tagesleistung die Generatorenzahl und mit ihr die Anlage- und Betriebskosten möglichst zu beschränken, Generatoren mit einem um 50 v. H. größeren Durchmesser als der des Simmeringer Generators vorteilhafter. Außerdem war es erwünscht, daß die neue Anlage statt eines Dampfes von sechs Atmosphären, den der Simmeringer Generator liefert, einen solchen von zwölf Atmosphären erzeuge, um den von der Wassergasanlage selbst nicht benötigten Überschußdampf für andere, mit zwölf Atmosphären Spannung arbeitende Betriebsanlagen des Werkes verwerten zu können. Die technischen Schwierigkeiten, die sich bei der Ausarbeitung eines diesen Forderungen entsprechenden Generators der neuen Simmeringer Ausführung ergaben, konnten bisher nicht mit der nötigen Sicherheit gelöst werden. Es wurde daher bei dem ersten Ausbau der Wassergasanlage im Werke Leopoldau eine Ausführungsart gewählt, die diese Sicherheit gewährleistete, wenn auch die Simmeringer Lösung eine technisch schönere gewesen wäre.

Die derzeit im Bau befindliche Wassergasanlage des Werkes Leopoldau hat eine Leistungsfähigkeit von 150.000 bis 180.000 m^3/24 Stunden. Durch Ausbau kann ihre Leistung verdoppelt werden. Die Generatoren tragen die Schlacke selbsttätig aus. Durch Ausnützung der beim Heißblasen des Kokses entstehenden brennbaren Gase wird eine Dampfmenge erzeugt, die nicht nur den Bedarf des sich in den Generatoren vollziehenden chemischen Prozesses und den Kraftbedarf der für den Anlagebetrieb notwendigen Maschinen deckt, sondern in der Regel noch Überschußdampf von zwölf Atmosphären in das Kesselhaus liefert. Zum Unterschied von dem neuen Simmeringer Wassergasgenerator wird der Dampf nicht unmittelbar in einem den Generatorschacht umgebenden Dampfkessel, sondern in zwei mit den Abgasen beheizten Abhitzekesseln erzeugt.

Die Anlage besteht im wesentlichen aus dem Koksturme, der Generatorenhalle, dem Maschinenraume, dem Kesselraume und einem Gasbehälter.

Der in Eisenbeton ausgeführte Koksturm enthält zwei je 300 Kubikmeter Koks fassende Bunker zur Deckung des 24stündigen Koksbedarfes der seinerzeit auf die doppelte Leistung ausgebauten Anlage.



Gaswerk Leopoldau
Wassergasanlage mit Abwärmeverwertung. Hofansicht

Er ist 28 Meter hoch und wird durch Kübel beschickt, die, auf Laufgestellen von der Koksaufbereitungsanlage anrollend, durch Führerstandslaufkatzen abgehoben und in die Bunker entleert werden.

In der an den Turm sich anschließenden Generatorenhalle sind drei Drehrost-Wassergasgeneratoren mit Kühlmantel für je 50.000 bis 60.000 Kubikmeter Tagesleistung an Gerüsten in einer Höhe aufgehängt, daß sie durch Elektrohängebahnwagen von dem Koksturme aus begichtet und die anfallenden Schlackenmengen zu ebener Erde in Wagen abgeführt werden können. Die Halle enthält weiters zwei Verbrennungskammern für die beim Heißblasen des Kokses entstehenden Abgase und drei stehende Gaswäscher.

Im Maschinenraume sind die Unterwindgebläse der Generatoren, die Gasfördergebläse, ein Dampfspeicher und die Gasmesser aufgestellt. Die Unterwindgebläse liefern je 600 Kubikmeter Luft je Minute bei einem Drucke von 700 Millimeter WS, einer minutlichen Umlaufzahl von 3200 und einem Kraftverbrauche von 140 PS. Die Gasgebläse fördern je 125 Kubikmeter Wassergas je Minute bei einem Drucke von 950 Millimeter WS, einer minutlichen Umdrehungszahl von 4600 und einem Kraftverbrauche von 75 PS. Der Antrieb aller Gebläse erfolgt durch Gegendruck-Dampfturbinen, deren Auspuffdampf in den Dampfspeicher strömt. Die Gasmesser können mit je 5000 m^3/Stunden beansprucht werden und sind eine durch ihre geringe Größe bemerkenswerte Erstaufführung.

Der Kesselraum enthält zwei liegende Abhitzekessel von je 350 Quadratmeter Heizfläche für zwölf Atmosphären Spannung und eingebaute Dampfüberhitzer. Sie werden durch die bei früheren Ausführungsarten unausgenützten Heißblasegase beheizt.

Der Gasbehälter von 2000 Kubikmeter Nutzraum dient zur Ausgleichung der stoßweise vor sich gehenden Gaserzeugung.

Die Umsteuerung der beim Wassergasbetriebe zu betätigenden Schieber und Ventile geschieht von einem Schalttische aus durch Dampf.

Der Betrieb dieser dem derzeitigen Stande der Technik entsprechenden Anlage benötigt 33 Mann in 24 Stunden.

Durch die Erweiterung der Wassergasanlage des Werkes Simmering und den Bau der neuen Anlage im Werke Leopoldau werden der Kohlenverbrauch des Unternehmens um jährlich 55.000 Tonnen und die auf den Markt zu bringende Koksmenge um jährlich 45.000 Tonnen verringert.

Bau einer neuen Dampferzeugungsanlage im Werke Simmering. Ausgestaltung der Dampfkesselanlage im Werke Leopoldau.

Im Gaswerksbetriebe spielt der Dampf sowohl als Antriebskraft als auch in den verschiedenen chemischen Prozessen eine große Rolle. Als Antriebskraft ist er dem elektrischen Antriebe vorzuziehen, weil er das Gaswerk unabhängig von Störungen in der Stromversorgung macht, als Mitwirkender bei den chemischen Prozessen ist er unersetzlich.

Im Werke Simmering erfolgte der größte Teil der Dampferzeugung in einer zum größten Teile aus dem Jahre 1899 stammenden Anlage, die aus fünf Hochdruckkesseln verschiedener Systeme für zwölf Atmosphären Spannung von zusammen 835 Quadratmeter Heizfläche und 10 Zweiflammenrohrkesseln für sechs Atmosphären von zusammen 700 Quadratmeter Heizfläche bestand. Mit Ausnahme von zwei Hochdruckkesseln mit mechanischen Rosten waren die Kessel handgefeuerte. Die Zufuhr des Brennstoffes geschah ebenfalls durch Hand, die Kesselspannungen waren unzureichend geworden, die Wirkungsgrade schlecht. Ein zweites Kesselhaus, bestehend aus sechs handgefeuerten Flammrohrkesseln für acht Atmosphären Spannung von zusammen 680 Quadratmeter Heizfläche, Brennstoffzufuhr von Hand, arbeitete für die 1903 erbaute Wassergasanlage. Auch diese Kesselanlage war technisch und wirtschaftlich überholt. Die Bedienung der beiden Anlagen erforderte 72 Mann/24 Stunden, als Brennstoff mußte bei stärkeren Beanspruchungen hochwertiger Koks oder großer Kohlenzusatz verwendet werden.

Diese beiden Anlagen wurden durch eine zu den Hauptdampfverbrauchsstellen günstig gelegene neue Kesselanlage ersetzt. Sie besteht aus fünf Wasserröhrenkesseln, System Babcok-Wilcox, für 14 Atmosphären Spannung von zusammen 1500 Quadratmeter Heizfläche, 720 Quadratmeter Wasservorwärmern und 400 Quadratmeter Überhitzern. Vier Kessel sind mit Pluto-Stoker-Rosten, ein Kessel ist mit einem Vesuvio-Roste ausgerüstet. Auf den vier erstgenannten Rosten wird Koksgrieß (Korngröße unter zehn Millimeter) mit 15 v. H. Staubkohlenzusatz zur Erleichterung der Zündung, auf dem Vesuvio-Roste wird ausschließlich Koksgrieß verbrannt.

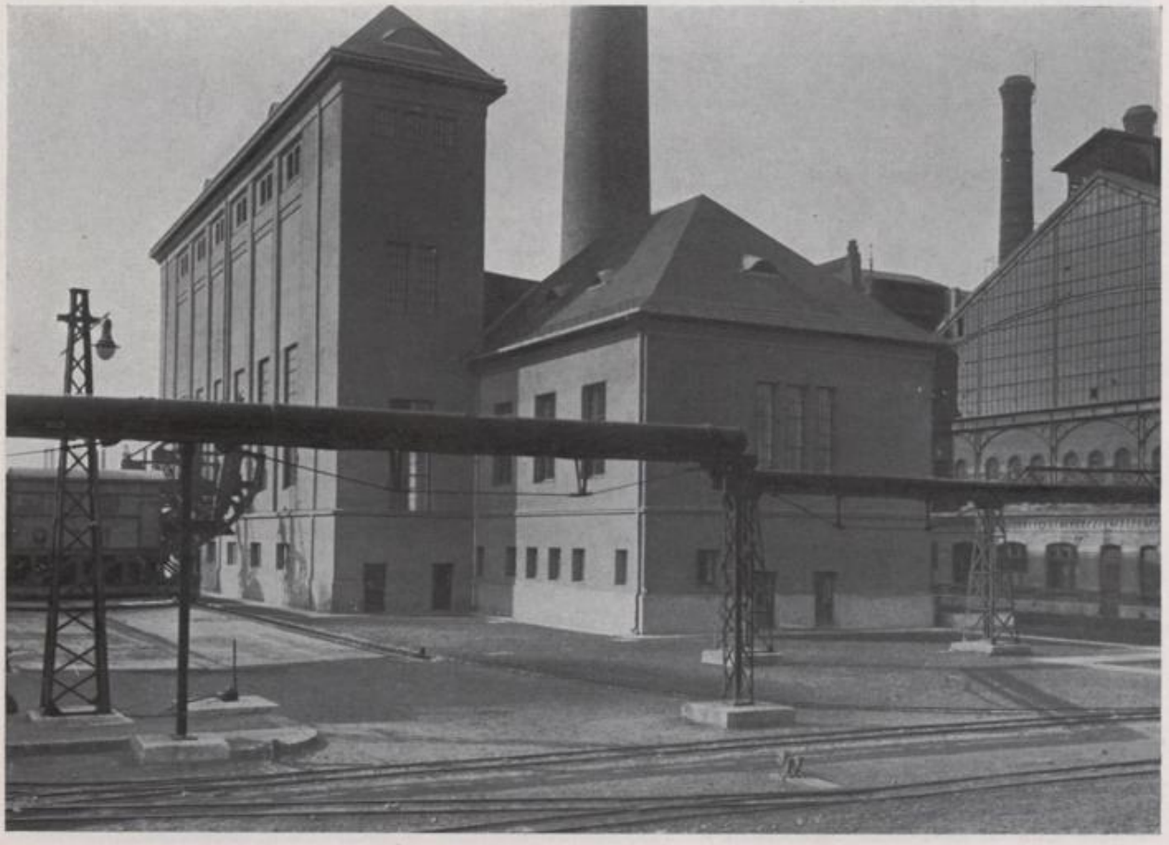
Den Unterwind liefern fünf Gebläse von zusammen 5780 Kubikmeter Minutenleistung, zur Kesselspeisung dienen zwei liegende, vierfach wirkende Verbund-Duplex-Dampfpumpen und als Reserve eine elektrisch angetriebene, vierstufige Hochdruck-Zentrifugalpumpe. Wassermesser, Kohlensäureprüfer und Thermometer gestatten die dauernde Betriebsüberwachung. Vier hochgelegene, durch ein senkrecht und

wagrecht geführtes Becherwerk oder durch einen Reserve-Doppelaufzug für Kippwagen beschickte Brennstoffbunker von je 48 Kubikmeter Fassungsraum liefern den Brennstoff für 24 Stunden in sechs Stunden Förderzeit. Der aufgegebene Brennstoff wird bei jedem Kessel durch eine automatische Waage gewogen, ehe er auf den Rost gelangt. Die Entschlackung erfolgt nach der Ausführungsart Schwabach selbsttätig unter gleichzeitiger Befeuchtung der Schlacke und dadurch vollständig hitze- und staubfrei. Die Kessel und der Heizerstand liegen nicht in ebener Erde, sondern in viereinhalb Meter Höhe. Dadurch sind die Kessel von allen Seiten frei zugänglich, der gesundheitswidrige und betriebstechnisch unzweckmäßige Aschenkeller ist vermieden.

Um die Stromversorgung der elektrisch angetriebenen Roste, Gebläse usw. bei Stromstörungen sicherzustellen, ist ein stromerzeugendes Benzin-Elektroaggregat betriebsbereit aufgestellt.

Das in Eisenbeton ausgeführte, außen mit Edelverputz versehene Kesselhaus gliedert sich in drei Hauptteile, von denen der die Brennstoffbunker enthaltende eine Grundfläche von 6·8×43·4 Meter und 26·65 Meter Höhe, der die Kessel umfassende eine Grundfläche von 13·1×38·5 Meter bei 13·7 Meter lichter Höhe und der die Pumpen, Wasserbehälter, Wasserreiniger, Aufenthaltsräume und Bäder enthaltende eine Grundfläche von 13·1×17·8 Meter mit 17·5 Meter lichter Höhe besitzt.

Die Bedienung der neuen Anlage erfordert 19 Mann in 24 Stunden gegenüber — wie bereits erwähnt — 72 Mann in den früheren Betrieben. Jegliche schwere oder gesundheitsschädliche Arbeit ist entfallen, der Brennstoff bedeutend verbilligt, der Wirkungsgrad von 50 v. H. und weniger bis auf 70 v. H. erhöht, der brennbare Anteil in Asche und Schlacke übersteigt nicht 2 Prozent, die Verbrennungsgase ziehen ohne Rauchbildung mit 150 bis 200 Grad Celsius durch den Schornstein in 80 Meter Höhe ab



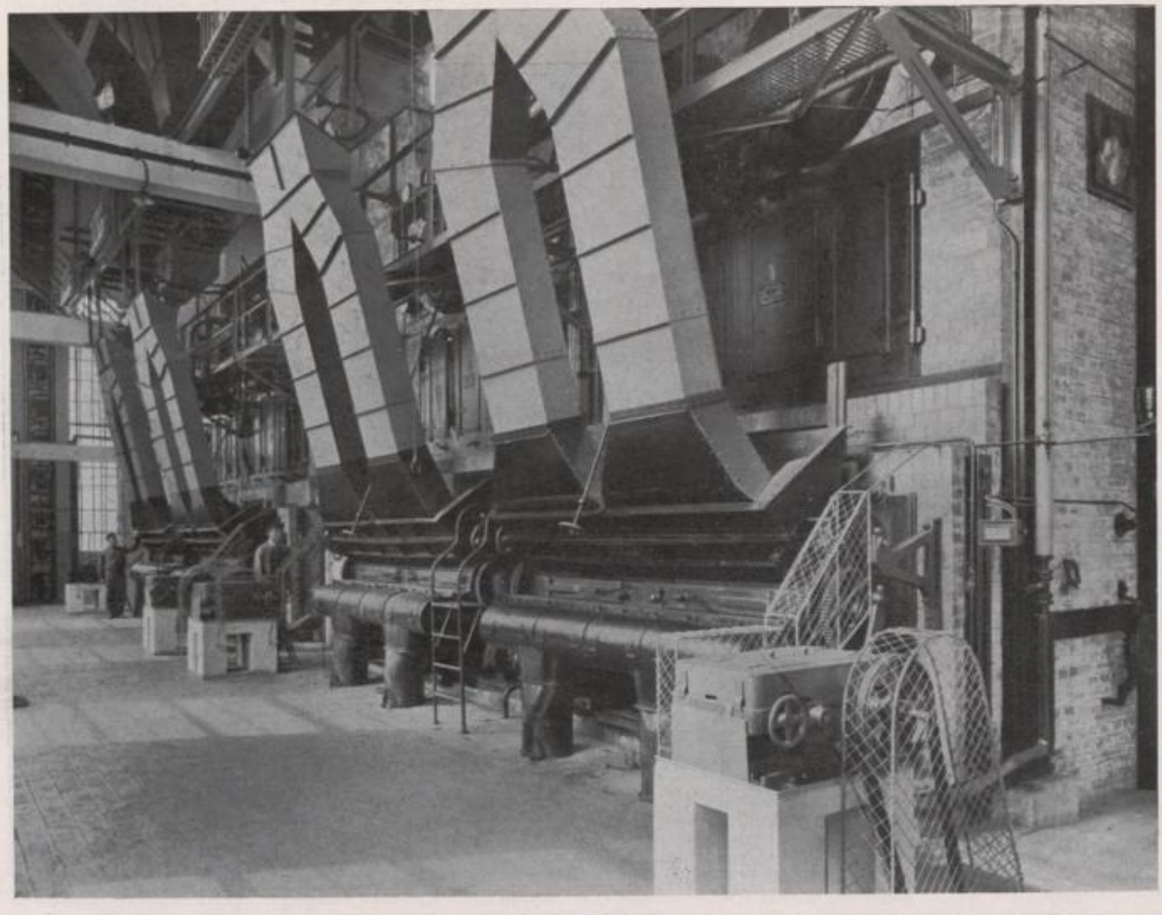
Gaswerk Simmering
Dampfkesselanlage

Diese neue Anlage ist daher durch Verwertung des im eigenen Betriebe anfallenden Abfallbrennstoffes rohstoffsparend und gehört in wärmetechnischer, wirtschaftlicher und sozialhygienischer Hinsicht zu den besten ihrer Art. Im Werke Leopoldau, dessen Dampferzeugungsanlage nicht veraltet ist, erhielten zwei Kessel an Stelle der Pluto-Stoker-Roste Vesuvio-Roste. Diese neuartigen, für Koksgrieß nach eingehenden Versuchen zum erstenmal im Werke Leopoldau ausgeführten Roste tragen der schweren Entzündbarkeit dieses Brennstoffes voll Rechnung. Sie bringen durch Umwälzung den frischen Brennstoff ständig in innige Berührung mit dem glühenden und machen dadurch jede Beimischung von Kohle zur Zündung überflüssig.

Durch die Roste wird daher der Kohlenverbrauch des Werkes verringert und eine in der Regel schwer absetzbare, minderwertige Kokssorte im eigenen Betriebe verwertet. Da überdies die Leistungsfähigkeit dieser zwei Kessel durch die neuen Roste mehr als verdoppelt wurde, konnte die sonst notwendig gewesene Erweiterung der Kesselanlage dieses Werkes unterbleiben.

Bau von Kohlenaufbereitungsanlagen in den beiden Werken.

Zu den Erzeugnissen eines Gaswerkes, bei denen die Beschaffenheit sowohl für die wirtschaftliche Verwendbarkeit im eigenen Betriebe als auch insbesondere für die Absatzfähigkeit ausschlaggebend ist, gehört in erster Reihe der Koks. Seine Beschaffenheit ist nicht nur abhängig von der verarbeiteten Kohle, sondern auch von den Gaserzeugungsöfen und der Aufbereitung der zu destillierenden Kohle.



Gaswerk Simmering
Dampfkesselanlage. Kesselraum



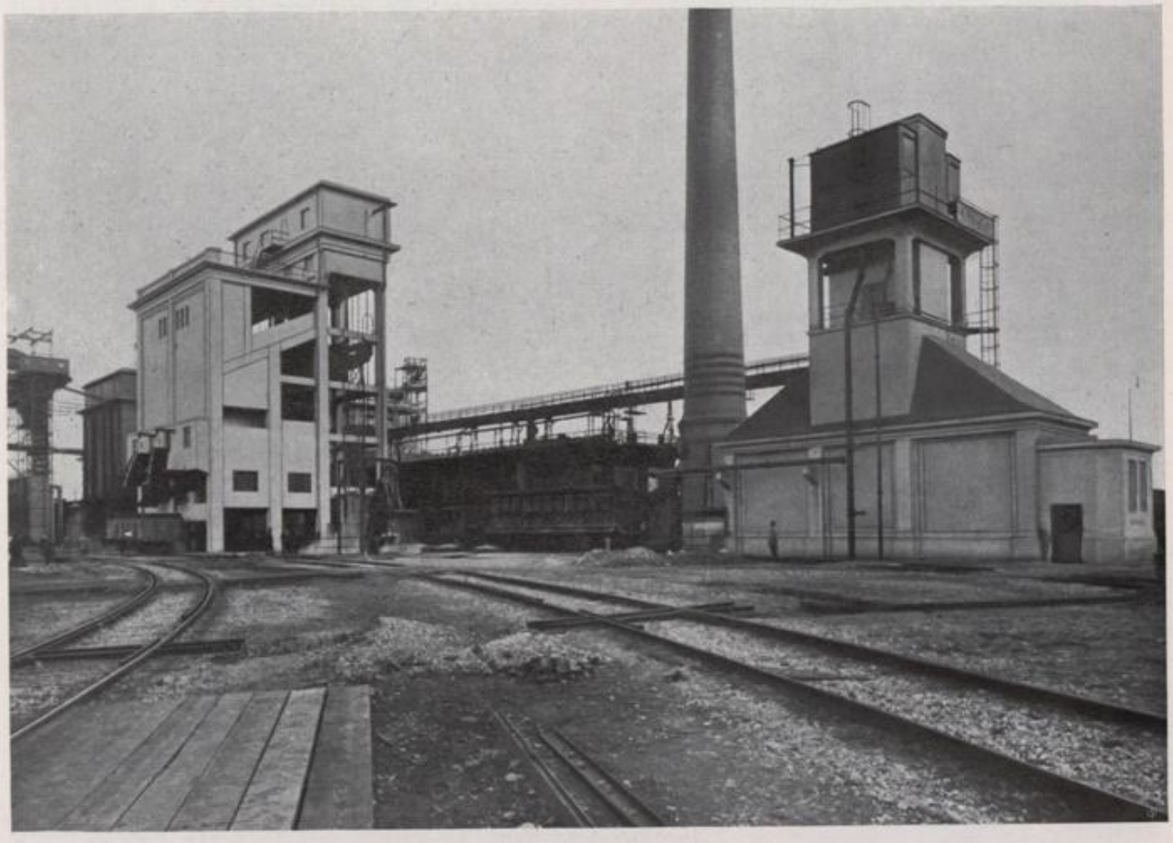
Gaswerk Leopoldau
Kohlenmahl- und Mischanlage

Was die Gaserzeugungsöfen anlangt, so wurden, wie bereits erwähnt, schon beim Ausbau des Werkes Simmering, soweit als technisch und wirtschaftlich angängig, Horizontalkammeröfen angewendet. Diese Ofenart ist allen anderen Öfen hinsichtlich Beschaffenheit des erzeugten Kokses überlegen. Eine weitere Güteverbesserung dieses Erzeugnisses ist durch Aufbereitung der zu entgasenden Kohle, bestehend in einer Mahlung und, wenn durchführbar, in Verbindung der Mahlung mit der entsprechenden Mischung sich in ihren Eigenschaften ergänzender Kohlensorten erzielbar.

Im Werke Simmering konnte eine Kohlenmischanlage wegen Platzmangels nicht errichtet werden. Wohl aber war es möglich, eine Kohlenmahlanlage, die erste in einem Gaswerk überhaupt, auszuführen. Sie liefert für die Horizontalkammeröfen des Werkes die Kohle und besteht aus zwei Hammermühlen, deren jede die größten Kohlenstücke in Mengen von 36 Tonnen pro Stunde bis zu 80 v. H. unter fünf Millimeter Korngröße mit geringem Kraftbedarf zerkleinert. Diese Mahlung ist genügend, um aus der nach der Mahlung mit fünf bis sieben v. H. mit Wasser angefeuchteten Kohle einen harten, großstückigen und wenig Löschwasser aufnehmenden Koks zu gewinnen. Für die schonende Verladung des großstückigen Kokses in Eisenbahnwagen wurden zwei Rollenroste von je 50 Tonnen Stundenleistung im Anschlusse an die Koksbunker der Ofenanlage aufgestellt. Die Rollenroste liefern zwei Drittel des Koksanfalles in einer Stückgröße von über 60 Millimeter.

Die sehr gute Beschaffenheit dieses derart erzeugten Kokses hat eine rege Nachfrage nach ihm zur Folge und machte es sogar möglich, ein Hochofenwerk monatelang zu beliefern.

Dieser Erfolg veranlaßte den Bau einer Kohlenmahl- und -Mischanlage im Werke Leopoldau. Die Anlage schließt sich an den Antriebsturm der bestehenden Kohlenförderung zu den Kammeröfen an. Dadurch kann unter Benützung der vorhandenen Kohlenbrecher als Vorzerkleinerer die



Gaswerk Leopoldau
Kokslösch- und Verladeanlage

gemahlene Kohle mittelst des vorhandenen Quergurtförderers in die Kohlenbunker der Ofenanlage geschafft werden.

Die neue Anlage besteht aus einem in vier Geschoße unterteilten Eisenbetongebäude von 24·8×8·5 Meter Grundfläche und 29·5 Meter Höhe. Es enthält im Erdgeschoße zwei Hammermühlen von je 120 Tonnen Stundenleistung, im ersten Geschoße drei Aufgabe- (Misch-) Teller, über ihnen die Vorratsbunker für die vorgebrochene Kohle und das Verteilerband und im vierten Geschoße den Antrieb für zwei Becherwerke und die Entstaubungsanlage. An der Stirnseite des Gebäudes ist ein Personen- und Lastenaufzug angeordnet.



Gaswerk Leopoldau
Koksverladeanlage

Die vorgebrochene Kohle gelangt über den vorhandenen Längsgurt auf das Verteilerband, das die Kohle in drei, verschiedene Kohlensorten aufnehmende Bunker abwirft. Aus den Bunkern fällt die Kohle auf die Aufgabeteller, die sie in den jeweils zugemessenen Mengen den unter ihnen liegenden Hammermühlen zuführen. Aus den Mühlen rutscht die gemahlene und innig durchgemischte Kohle in eines der zwei Becherwerke, das sie über die bereits vorhandenen Quergurten in die Beschickungsbunker der Ofenanlage fördert.

Die bewegten Anlageteile werden durch Elektromotore von 5 bis 150 Pferdekräften angetrieben. Durch diese Anlage, deren Leistungsfähigkeit den Bedarf der derzeit vorhandenen 93 Kammeröfen übersteigt, erfährt die schon vorher gute Beschaffenheit des Leopoldauer Kammerofenkokses eine weitere bedeutende Verbesserung.

Herstellung einer neuen Kokslösch- und Verladeanlage im Werke Leopoldau.

Die Ablöschung des aus den Kammeröfen ausgestoßenen Kokses geschah im Werke Leopoldau in entlang der Ofenanlage verfahrbaren, den Kokskuchen (rund sieben Tonnen) aufnehmenden Turmwagen. In

ihnen wurde der glühende Koks durch aufgepumptes Wasser von oben gelöscht. Die hohe Schichthöhe, in der der Koks in diesen Wagen lagerte, erforderte einen großen Wasseraufwand, um auch die unteren Kokslagen vor ihrer Aufgabe auf das abfördernde Koksbecherwerk abzulöschen. Dadurch wurde die Koksbeschaffenheit in Bezug auf Wassergehalt und Stückgröße ungünstig beeinflußt. Die Turmwagen verursachten auch sehr erhebliche Instandhaltungskosten.

Es wurde daher eine neue Kokslöschanlage erbaut, die in neuester Zeit sich in ähnlicher Ausführung in großen Kokereien bewährt hat.

Die Anlage besteht aus einem durch eine Lokomotive verfahrbaren Löschwagen, einem Löschturm und einer Aufgabevorrichtung für den gelöschten Koks.

Der Löschwagen ist eine auf Schienen laufende, zwölf Meter lange schräge Rampe, die auf der Entladeseite mittels zweier durch Druckluft von der Lokomotive aus zu betätigende Klappen abschließbar ist. Der Wagen fährt während des Ausstoßens des Kokses an der Kammer vorüber, wobei der Koks in geringer Schichthöhe auf der Rampe ausgebreitet wird. Hierauf wird der Wagen in den Löschturm, ein Eisenbetonbauwerk von 15 × 6·1 Meter Grundfläche und 20·1 Meter Höhe, eingefahren und der Koks durch regenartig verteiltes Wasser abgelöscht. Der gelöschte Koks rutscht nach Öffnung der Wagenklappen auf eine feststehende, 12·5 Meter lange schräge Rampe, die ihn mittels vier selbsttätiger Aufgabevorrichtungen an das bestehende Koksbecherwerk zur weiteren Aufbereitung nach Sorten abgibt.

Die neue Anlage ersetzt zwei Turmwagen und liefert stückigen Koks von sehr geringem Wassergehalte, der die Herstellung staubfreier und dadurch höherwertiger Kokssorten ermöglicht.

Um den Koks von über 60 Millimeter Stückgröße ohne lange Förderwege und unter Ausschaltung der Kokssieberei unmittelbar in Eisenbahnwagen verladen zu können, wurde der neuen Löschanlage eine Verladeanlage angegliedert.

Sie ist ein in Eisenbeton hergestelltes Bauwerk von 15 × 8·5 Meter Grundfläche und 27 Meter Höhe. Zwei in ihm eingebaute Eisenbetonrampen, von denen die eine 8·7 Meter, die andere 16·7 Meter hoch liegt, werden vom Löschwagen aus durch zwei Kübelaufzüge mit dem gelöschten Koks beschickt.



Gaswerk Leopoldau
Warmwasserheizanlage mit Abdampfverwertung

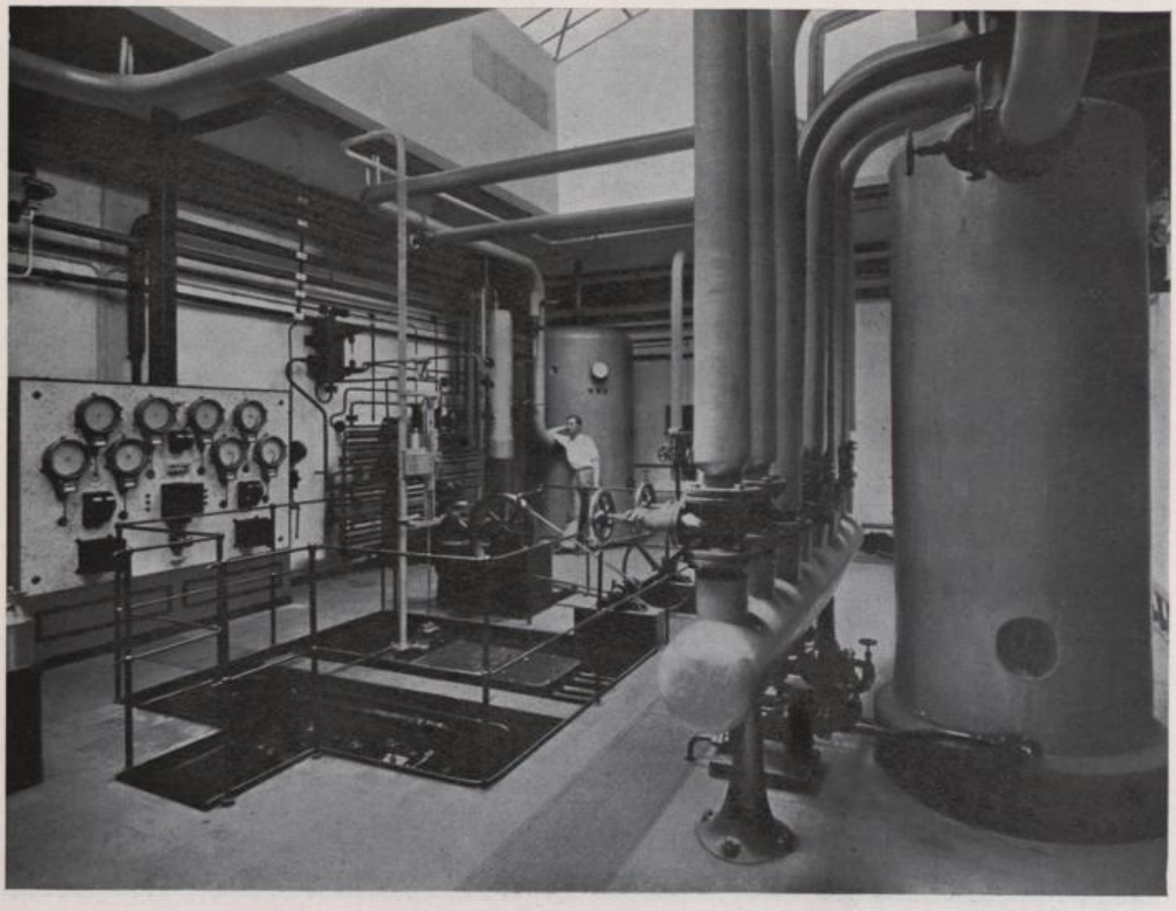
Von der unteren Rampe gleitet der Koks auf zwei Rollenroste, die den großstückigen Anteil mittels Schurren in die zu beladenden Eisenbahnwagen abgeben. Der auf der oberen Rampe abgeschüttete Koks gelangt in Ausgleichsbunker und aus ihnen durch Schurren über die untere Rampe und die Rollenroste zur Verladung. Der bei den Rollenrosten ausgeschiedene kleinstückige Koks wird in schmalspurigen Kippwagen zur weiteren Aufbereitung der Kokssieberei zugeführt.

Diese Verladeanlage behandelt den Koks sehr schonend, sie entlastet bedeutend die Kokssieberei und vervollkommnet dadurch ebenfalls die für den Wert des Kokses wichtige reine Absiebung. Sie ist auch eine wertvolle Reserve bei Störungen am Koksbecherwerk oder in der Sieberei.

Bau von zentralen Warmwasserheizanlagen in den beiden Werken.

In den Werken erfolgte die Beheizung der Betriebsgebäude, Kanzleien und Gasbehälter und die Bereitung des Warmwassers für die Küchen, Wasch- und Badeanlagen durch feste Brennstoffe, Dampf oder Gas. Diese Beheizungsarten wurden zuerst im Werke Leopoldau und hierauf im Werke Simmering durch eine zentrale Warmwasserheizanlage ersetzt, die den kostenlos anfallenden Dampf ausnützt. Im erstgenannten Werke wird der Auspuffdampf der Dampfmaschinen der Gassauger und der Zentralgeneratorenanlage und — wenn nötig — ein Teil des bei den Generatoren anfallenden Dampfes, mit dem auch die Ammoniakfabrik versorgt wird, zur Warmwasserbereitung verwendet.

Im Werke Simmering besorgen der Überschußdampf der Zentralgeneratorenanlage und der Auspuffdampf ihrer Dampfmaschinen die Warmwasserbereitung.



Gaswerk Simmering
Warmwasserheizanlage mit Abdampfverwertung

Die nur einen sehr geringen Raumbedarf (105 Quadratmeter Fläche bei 7·5 Meter Höhe) beanspruchenden Heizzentralen bestehen jede im wesentlichen aus dem Dampfsammler, den Warm- und Heißwasserbereitern, Sicherheitsventilen, die den Druck nicht über 0·2 Atmosphären ansteigen lassen, selbsttätigen Kondenswasserableitern, einer Zentrifugalpumpe und Schaltungstafeln. Die das Warmwasser in den Werken verteilenden Rohrnetze liegen in mit Platten abgedeckten Betonkanälen. In beiden Werken sind zusammen 580 Heizkörper, 39 Badewannen, 110 Duschen und 230 Waschbecken an die Zentralen angeschlossen.

Die Bedienung der automatisch arbeitenden Heizzentralen besorgt in jedem der beiden Gaswerke ein nur tagsüber beschäftigter Mann.

Durch die beiden Anlagen werden rund 4000 Tonnen hochwertige Kohle jährlich erspart.

Die Anlagekosten haben sich in zwei Jahren bezahlt gemacht.

Bau einer Benzolanlage im Werke Leopoldau.

Schon vor dem Kriege beschäftigten sich die Wiener städtischen Gaswerke mit der Frage der Gewinnung der Benzolkohlenwasserstoffe aus dem Gase. Zu Kriegsbeginn schlugen sie der Heeresverwaltung im Hinblicke auf die Wichtigkeit, die diese Stoffe für die Kriegsführung gewinnen mußten, die Errichtung der hiezu erforderlichen Anlagen vor. Die Heeresverwaltung verhielt sich zunächst ablehnend, schloß aber dann doch ein Abkommen, das zur Erbauung von Leichtöl- (Vorprodukten-) Anlagen in beiden Werken führte.



Gaswerk Leopoldau
Benzolanlage. Gesamtansicht

Als nach Kriegsende die Weiterverarbeitung des Leichtöles durch die Heeresverwaltung aufhörte, erwarben die städtischen Gaswerke den größten Teil der hiefür in Verwendung gestandenen Einrichtungen, errichteten im Anschlusse an die Leichtölanlage im Werke Leopoldau eine Fabrik zur Gewinnung von Motorenbenzol, 90er Benzol, Reinbenzol, Reintoluol und anderen Benzolkohlenwasserstoffen aus dem Leichtöl der beiden Werke und bauten sie im Laufe der Jahre noch weiter aus. Sie ist nicht nur die einzige Benzolfabrik in Oesterreich, sondern auch die einzige an ein Gaswerk angegliederte derartige Anlage überhaupt.

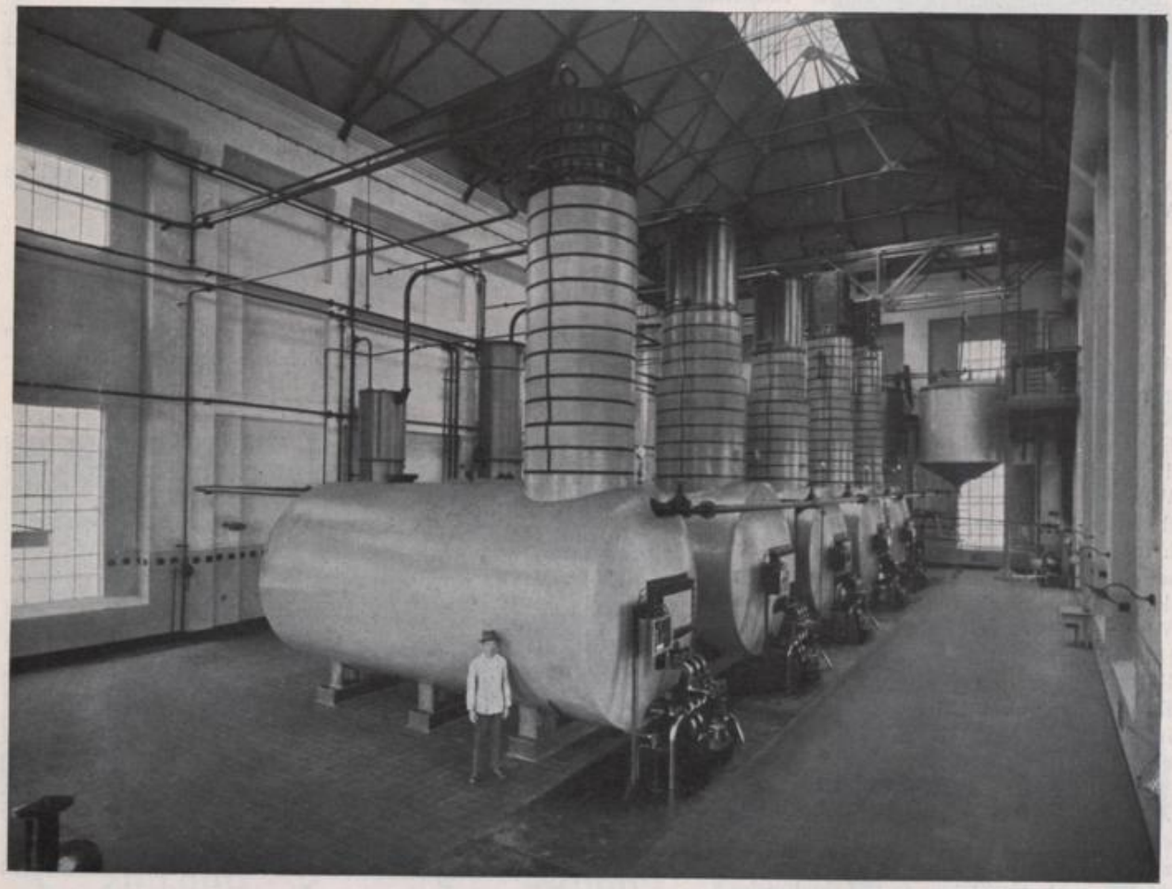
An dieser Stelle kann nur in großen Umrissen eine Beschreibung dieser Anlage gegeben werden.

Die Fabrik bedeckt eine Fläche von 20.000 Quadratmetern. In dem Hauptgebäude befinden sich die unmittelbar und mittelbar mit Dampf beheizten, mit Destillierkolonnen, Dephlegmatoren, Dampfmessern, Manometern und Fernthermometern ausgerüsteten sechs Destillierblasen von 38 bis 46 Kubikmeter nutzbarem Füllraum, ferner die Kühler, Rührwerkswäscher, Erzeugnisseverteiler, Zwischenbehälter für die chemisch-analytische Untersuchung der Reindestillate und Pumpen.

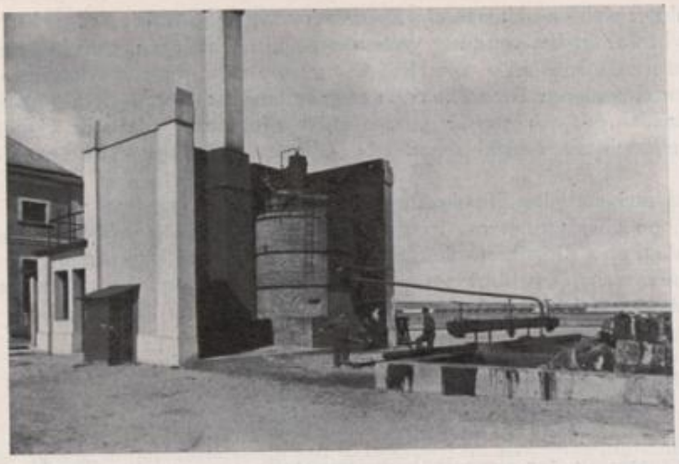
Im Freien sind untergebracht ein Schwefelsäure- und ein Laugenvorratsbehälter, ein Behälter für die Destillationsrückstände, die Naphthalinausscheidungspfannen und dreißig in betonierten Gruben liegende Behälter von zusammen 1233 Kubikmeter Fassungsraum für die Halb- und Fertigerzeugnisse.

Die Fabrik besitzt weiters eine Schutzgas- und eine Verladeanlage, eine Waschölregenerieranlage zur Wiedergewinnung des zur Auswaschung der Benzolkohlenwasserstoffe verwendeten Teeröles und eine Anlage, in der die entstehende unverkäufliche Abfallschwefelsäure nach deren Entharzung zur Erzeugung von Zink- und Eisenvitriol verwertet wird.

Dem Versand der Benzolerzeugnisse dienen 31 fabrikseigene Eisenbahnwagen und einige hundert Eisenfässer.



Gaswerk Leopoldau
Benzolanlage. Destillierraum



Gaswerk Leopoldau
Waschölregenerieranlage

In den ersten Betriebsjahren wurde die weitüberwiegende Menge des Leichtöls, des in den beiden Werken gewonnenen Vorerzeugnisses, auf Motorbenzol verarbeitet. Dadurch konnten die Kraftfahrbetriebe der Stadt und insbesondere die der Gemeinde selbst in den Zeiten großen Benzinmangels vor der Not an Betriebsstoff bewahrt bleiben. Die Erzeugung an Reinware beschränkte sich damals hauptsächlich auf Reintoluol für die österreichischen Saccharinfabriken. Als der Benzinmangel behoben war, wurde die Herstellung von Reinwaren verstärkt und der Nachfrage entsprechend bis zur höchst erreichbaren Grenze gesteigert.

Von den Reinwaren ist das Reinbenzol das wichtigste und wertvollste Erzeugnis. Es dient zur Herstellung von Anilin, Anilinfarben und Heilmitteln und gelangt größtenteils zur Ausfuhr. 90er Benzol, Xylol, Solventnaphtha und einige Zwischenerzeugnisse werden in der Kautschuk-, Lack-, Farben- und graphischen Industrie verwendet und ebenfalls zu einem erheblichen Teile ins Ausland geliefert.

Im Jahre 1926 wurden rund 54.000 Zentner Benzolkohlenwasserstoffe hergestellt; von dieser Menge sind 72 v. H. im Auslande, in dem die Erzeugnisse wegen ihrer Güte einen besonderen Ruf genießen, abgesetzt worden. Dem Verkaufserlöse nach nehmen bei den Wiener städtischen Gaswerken die Benzolkohlenwasserstoffe heute unter den sogenannten Nebenerzeugnissen die erste Stelle nach dem Koks ein.

In der Benzolfabrik ist demnach sowohl eine für das städtische Gaswerksunternehmen selbst als auch für die österreichische Volkswirtschaft wichtige Anlage geschaffen worden.

Die Hebung des Gasabsatzes.

Im Dezember 1918 war die Kohlennot des Gaswerksunternehmens so groß geworden, daß ohne Rücksicht auf Kopfzahl und Art der vorhandenen Gaseinrichtung von der Behörde der zulässige Tagesgasverbrauch eines Haushaltes auf einen Kubikmeter, bei Strafe des Entzuges der Gaslieferung im Falle der Ueberschreitung dieser Menge, beschränkt wurde. Im Winter 1919/20 wurden die für Betriebe, Ladengeschäfte, Gast- und Kaffeehäuser sowie Kanzleien bereits verfügten sehr empfindlichen Sparmaßnahmen von der Behörde noch weiter verschärft. Die Verwendung von Gas als Heizstoff wurde ihnen überhaupt, die Verwendung zur Beleuchtung in Ladengeschäften und Kanzleien ab drei Uhr nachmittags und in Gast- und Schanklokalen ab acht Uhr abends verboten.

Diese Maßnahmen erfüllten ihren Zweck, den Gasverbrauch weitestgehend einzuschränken. Sie hatten aber auch zur Folge, daß in den Geschäften, Werkstätten und Kanzleien fast ausnahmslos von der Gasbeleuchtung zur elektrischen Beleuchtung übergegangen wurde. Diese



Gaswerk Leopoldau
Eisen- und Zinksolfatanlage

VERBREITUNG DER GASVERWENDUNG IN DEN WIENER WOHNUNGEN

1913: Von insgesamt 531.000 Wohnungen entfielen auf:

Kleinwohnungen



Mittelwohnungen



Grosswohnungen



1926: Von insgesamt 572.000 Wohnungen entfielen auf:

Kleinwohnungen

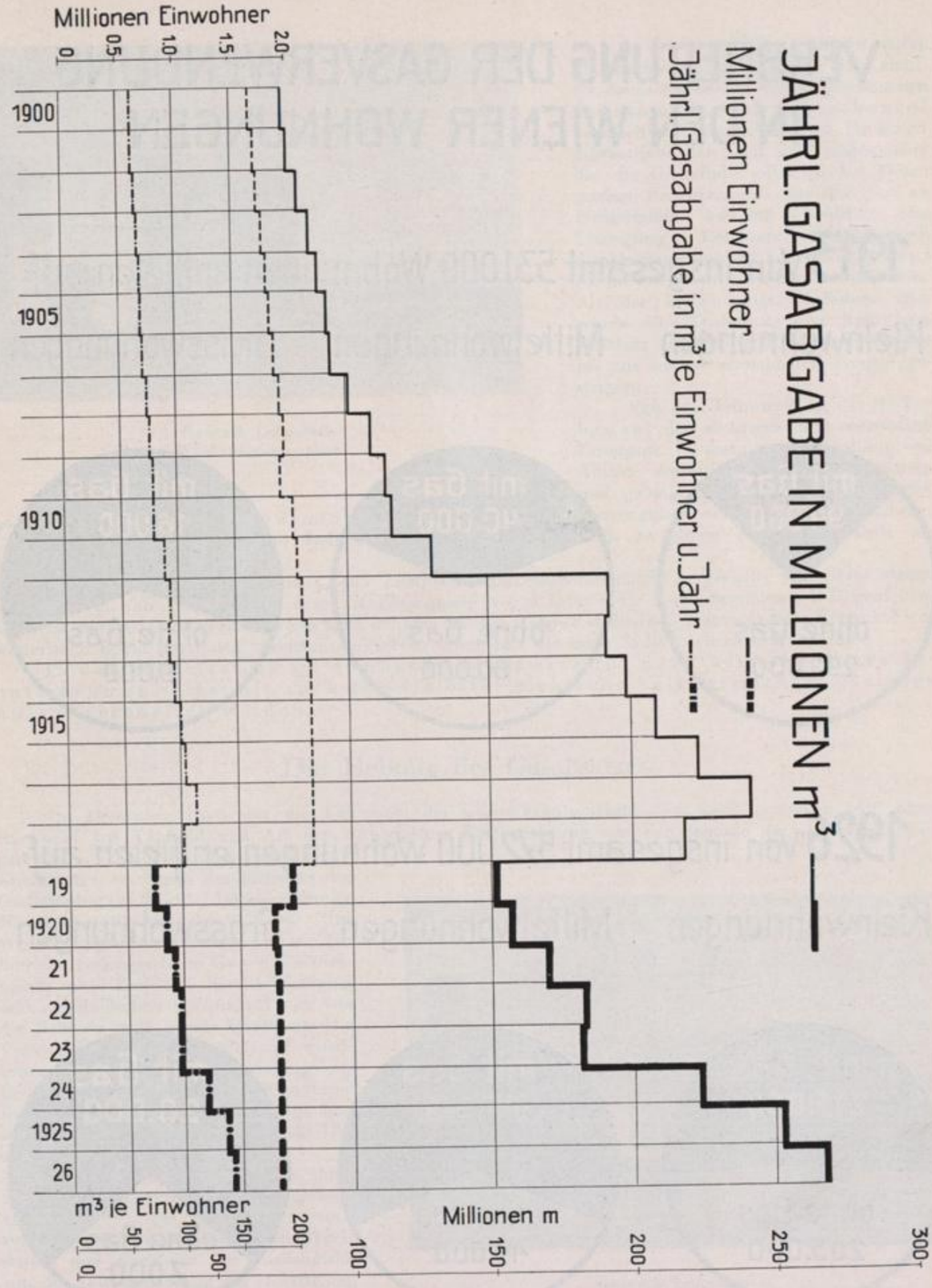


Mittelwohnungen



Grosswohnungen





Jährliche Gasabgabe in Millionen Kubikmeter 1900 bis 1926.

Abkehr vollzog sich aber auch in zahlreichen Haushalten, um die so knapp zugemessene Gasmenge ausschließlich für Kochzwecke verwerten zu können. Dies war trotz der auch hinsichtlich der Verwendung elektrischer Energie bestehenden behördlichen Beschränkungen möglich, weil diese bei weitem nicht so weitgehend waren als die für Gas. Die Drosselung des Gasverbrauches wurde von der Behörde in ihrer vollen Schärfe bis in die erste Hälfte des Jahres 1921 aufrechterhalten, mit der fortschreitenden Besserung der Kohlenlage nach und nach gemildert und erst mit Beginn des Jahres 1922 aufgehoben.

Von 245 Millionen Kubikmeter im Jahre 1916/17 war die Gaserzeugung auf 153 Millionen Kubikmeter im Jahre 1918/19 gesunken, die Ergebnisse der erfolgreichen Werbearbeit eines Jahrzehntes waren zum größten Teile vernichtet und eine durch die notwendig gewesenen behördlichen Eingriffe verursachte und begreifliche Mißstimmung der Gasabnehmer war zurückgeblieben, die in einer freiwilligen, aber andauernden Einschränkung der Gasverwendung zum Ausdrucke kam.

Dieser, die weitere Entwicklung des Unternehmens bedrohende Zustand war nur zu beseitigen durch einen möglichst niedrig gehaltenen Gaspreis, eine rege, neue Mittel anwendende Werbetätigkeit in den Kreisen der schon Gas beziehenden Haushalte, durch Herstellung von Gasanlagen in den Häusern, die bisher noch keine oder nur unzureichende hatten und durch Gewinnung der vielen gewerblichen Betriebe, in denen Gas mit Vorteil verwendet werden kann.

Der ersten Voraussetzung für den Wiederaufbau des Gasabsatzes wurde durch den von der neuen Gemeindeverwaltung aufgestellten und festgehaltenen Grundsatz, durch den Verkaufspreis nur die Selbstkosten zu decken, in Verbindung mit den betriebstechnischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Herabsetzung der Gestehungskosten des Gases entsprochen.

Um die Gasverwendung bei den schon Gas beziehenden Haushaltungen wieder zu beleben, wurde zunächst die während der Sparmaßnahmen naturgemäß ganz zum Erliegen gekommene Werbetätigkeit neuerlich und in verstärktem Maße aufgenommen. Durch die wieder eröffnete und ausgestaltete Ausstellung von Gasgeräten, durch Werbevorträge und zahlreiche Werbeschriften konnte das Interesse für die Vorteile der Gasbenützung neu erweckt werden.

Da während des Krieges und der ihm folgenden Jahre gute und preiswerte Gasgeräte für die Hauswirtschaft nicht erhältlich waren, wurden Gaskochgeräte eigener Konstruktion von dem Unternehmen in den Verkehr gebracht, die zu mäßigen und günstigen Teilzahlungsbedingungen abgegeben wurden. Dadurch war es den Haushaltungen möglich gemacht, ihre veralteten und abgenützten, daher nicht mehr zufriedenstellenden Gasgeräte gegen neuzeitliche, im Gasverbrauche sparsame zu ersetzen. Das hatte zur Folge, daß viele Haushalte, die Gasgeräte bisher nur aushilfsweise neben dem Kohlenherde verwendeten, vollständig zum Kochen mit Gas übergingen. Seit dem Vertriebe von Gasgeräten durch die Gaswerke, der auch den Gasgeräteabsatz der anderen Verkäufer außerordentlich vergrößerte, ist die Zahl dieser Haushalte in stetem, starkem Steigen.

Es war aber — nicht zuletzt auch aus sozialen Gründen — jenen noch immer sehr zahlreichen Haushalten die Gasverwendung möglich zu machen, die bisher einen Gasanschluß überhaupt nicht besaßen.

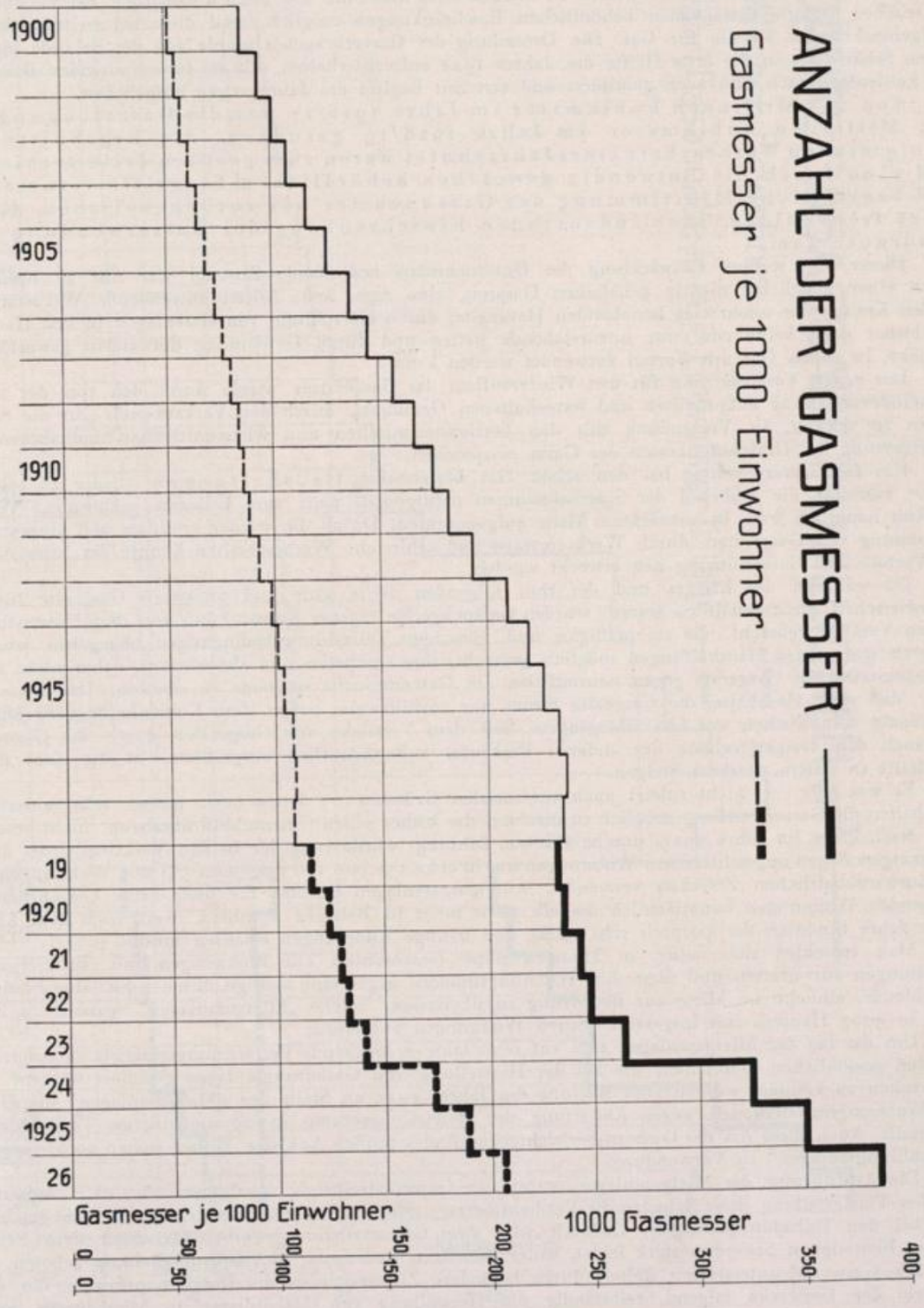
Nach einer im Jahre 1913 durchgeführten Zählung wurde trotz der in den Vorkriegsjahren durch Automatgasanlagen angeschlossenen Wohnungen nur in etwa 150.000 von insgesamt 531.000 Wohnungen Gas zu hauswirtschaftlichen Zwecken verwendet. Automatgasanlagen konnten für diese keine Gaseinrichtung besitzenden Wohnungen hauptsächlich deshalb nicht mehr in Betracht kommen, weil nach dem Kriege durch Jahre hindurch der Gaspreis sehr starke und häufige Änderungen erfahren mußte.

Man entschied sich dafür, in Häusern ohne Gasanschluß alle Wohnungen mit ausreichenden Gasleitungen auszustatten und diese den Wohnungsmietern gegen eine mäßige, durch zehn Jahre hindurch zu zahlende, einheitliche Miete zur Benützung zu überlassen. Solche „Mietgasanlagen" wurden bis Ende 1924 in 3707 Häusern mit insgesamt 68.978 Wohnungen ausgeführt.

Um das bei den Mietgasanlagen sich auf zehn Jahre erstreckende Verrechnungsgeschäft zu vermeiden und den persönlichen Wünschen, die bei der Herstellung von Gasleitungsanlagen geäußert werden, voll entsprechen zu können, werden vom Beginne des Jahres 1925 an Stelle der „Mietgasanlagen" die Haus- und Wohnungsinstallationen gegen Abstattung der Herstellungskosten in 20 monatlichen Teilzahlungen hergestellt. Auch diese Art der Gasbezugserleichterung findet großen Anklang. Bisher stehen 10.975 solcher „Teilzahlungsanlagen" in Verwendung.

Die Ausführung der Mietgasanlagen wurde an Gewerbetreibende übertragen, die nach ordnungsgemäßer Fertigstellung ihrer Arbeiten die Verdienstbeträge sofort bar ausbezahlt erhielten. Dasselbe geschieht auch bei den Teilzahlungsanlagen. Dadurch wird dem Gasinstallationsgewerbe, das unter dem Fehlen privater Bautätigkeit besonders stark leidet, unter günstigen Bedingungen Arbeitsmöglichkeit geboten.

Die Gaswerke unterstützen weiters durch besondere Zugeständnisse die Installationsfirmen, die, dem Beispiele der Gaswerke folgend, selbständig die Herstellung von Gasleitungen in Miethäusern gegen Teilzahlungen ausführen. Derartige Anlagen sind bisher 25.914 hergestellt worden.



Anzahl der Gasmesser 1900 bis 1926.

Die Ausführung von Mietgasanlagen und die Herstellung von Gasleitungen in Miethäusern gegen Teilzahlungen trugen in außerordentlichem Maße zur Verallgemeinerung der Gasverwendung in den Haushalten bei.

Neben diesen Maßnahmen wurde und wird auch weiterhin eine sehr rege Werbetätigkeit für die Verwendung des Gases im Haushalte durch regelmäßige, mit Vorführungen verbundene Vorträge, allen einschlägigen Bedürfnissen entsprechenden ständigen Ausstellungen von Gasgeräten, aufklärende und belehrende Merkblätter und sachkundige, unentgeltliche Beratung in allen Gasverwendungsfragen durchgeführt.

Diese Werbemittel werden auch für die Ausbreitung der Gasverwendung in gewerblichen Betrieben angewendet. Von den Haushalten unterscheiden sich aber diese Betriebe durch ihre große Vielgestaltigkeit. Dies bedingt genaue Kenntnis der verschiedenen Betriebsverhältnisse und sachkundige Ausmittlung der in betriebstechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht entsprechenden Gasgeräte. Diesen Bedingungen tragen die Wiener städtischen Gaswerke bei ihrer Werbetätigkeit auf dem großen und zukunftsreichen Gebiete gewerblicher Gasverwendung durch besonders ausgebildete Techniker mit Erfolg Rechnung.

Viele gewerbliche Betriebe gingen zum Gas als Heizstoff über, viele aber konnten ihre Absicht hiezu nicht ausführen, weil ihnen bei der bestehenden ungünstigen wirtschaftlichen Lage die Aufbringung der Mittel zur Beschaffung der Gasanlage unmöglich war. Das Gaswerksunternehmen hat daher die Einrichtung getroffen, daß es den Erzeugern gewerblicher Gasgeräte, technischer Gasfeuerstätten aller Art und von Gasgroßküchen die Beschaffungskosten bei Ablieferung an die Besteller bar bezahlt, die Abstattung an die Gaswerke vom Besteller aber in zehn bis zwanzig monatlichen Teilzahlungen fordert.

Von dieser Möglichkeit, ohne sofortige größere Barauslage die Betriebseinrichtung neuzeitlich auszugestalten, macht eine große Zahl gewerblicher und industrieller Betriebe Gebrauch.

So stieg zum Beispiel die Zahl der schankgewerblichen Betriebe (Gast- und Kaffeehäuser, Hotels), in deren Küchen statt fester Brennstoffe nur mehr Gas verwendet wird, von 25 Anlagen im Jahre 1919 auf 705 bis Oktober 1926, die Zahl der ausschließlich Gasbacköfen benützenden Zuckerbäckereibetriebe von 62 auf 232, der Wäschereibetriebe von 161 auf 252.

Der Übergang von der Verwendung fester Brennstoffe auf Gas zu gewerblichen Zwecken bringt aber nicht nur den betreffenden Betrieben technische und wirtschaftliche Vorteile. Durch die Kreditgewährung seitens der städtischen Gaswerke wird auch bewirkt, daß die Lieferung der gewerblichen Gasgeräte nahezu restlos einheimischen Erzeugern, die sich über Veranlassung der Gaswerke auf die Erzeugung dieser Geräte eingerichtet haben, übertragen werden kann. Die vordem wegen des geringen inländischen Bedarfes an gewerblichen Gaseinrichtungen bestandene Abhängigkeit Wiens von ausländischen Erzeugern ist dadurch beseitigt und die neu geschaffene heimische Industrie ist infolge der befriedigenden Beschäftigung sogar befähigt, auch im Auslande den Wettbewerb in gewerblichen Gasgeräten mit Erfolg zu bestehen.

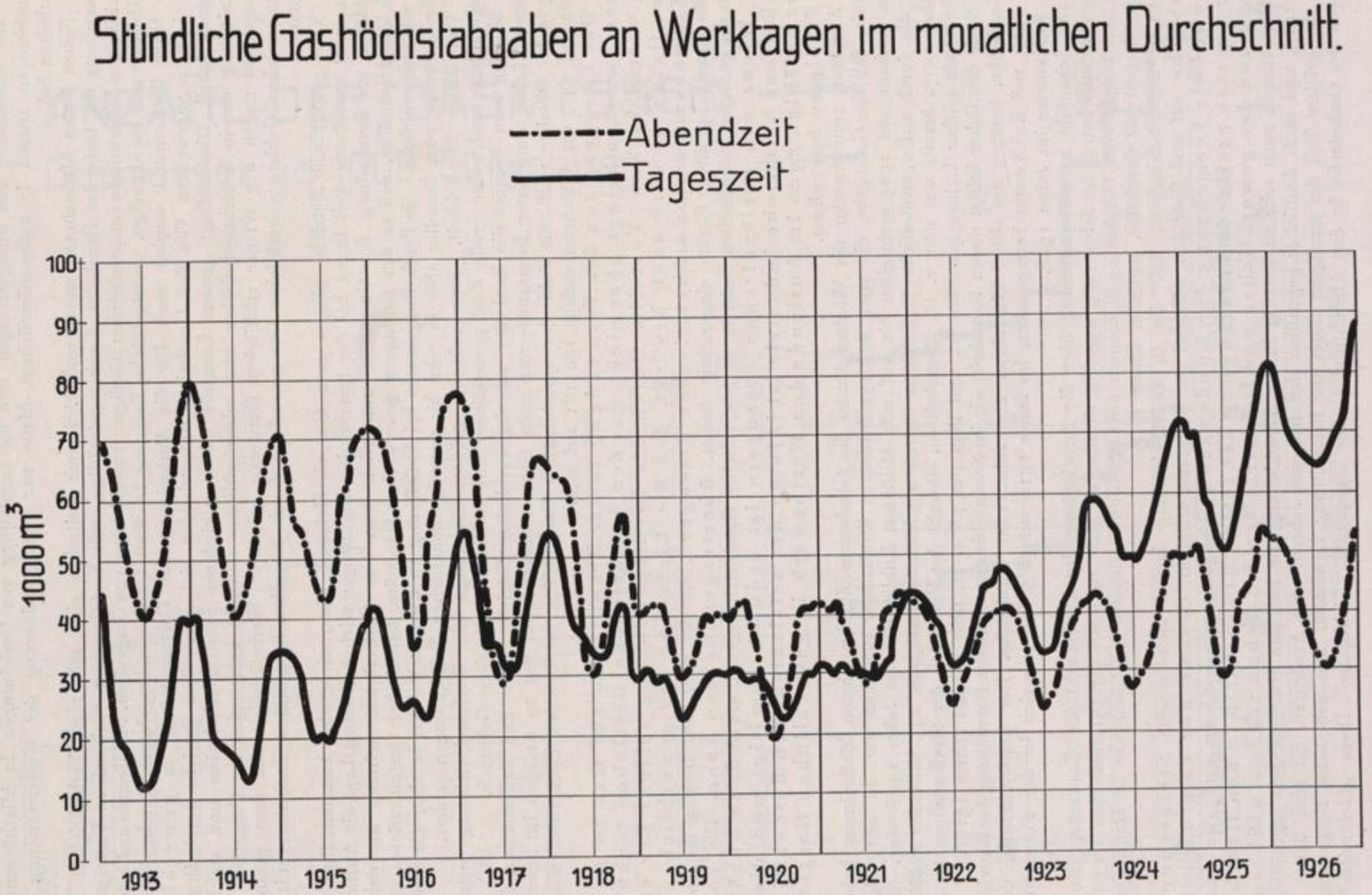
Alle diese zum Zwecke des Wiederaufbaues des Gasabsatzes durchgeführten Maßnahmen haben das Ergebnis, daß die Gasabgabe, die 1919 auf 153 Millionen Kubikmeter gesunken war, in den folgenden Jahren langsam, seit 1924 sprunghaft bis auf 269 Millionen Kubikmeter im Jahre 1926 stieg. Sie hat damit die durch außergewöhnliche Verhältnisse verursachte höchste Gasabgabe, 245 Millionen Kubikmeter im Jahre 1917, bereits um zehn v. H. überschritten, obwohl der Verbrauch der Straßenbeleuchtung und der Gemeinde seither kleiner geworden ist, und liegt um 76 v. H. über der des Jahres 1919.

Noch deutlicher bringt diesen Fortschritt die im Schaubilde 23 enthaltene Darstellung der Entwicklung der Gasabgabe, bezogen auf einen Einwohner und Jahr, zum Ausdrucke. Der Kopfverbrauch, der im Jahre 1917 108 Kubikmeter betragen hat, im Jahre 1919 auf 76·5 fiel, hob sich in der Folge bis auf 144·5 Kubikmeter im Jahre 1926.

Das Schaubild 24 gibt Aufschluß über die Entwicklung der Kundenzahl der Gaswerke. Die Zahl der Gasabnehmer betrug im Jahre 1919 239.085, sie stieg bis Ende 1926 auf 387.151, demnach um 62 v. H. Nach dem Stande vom Oktober 1926 dienten etwa 330.000 Gasmesser zur Gasabgabe in Haushalten, die restliche Anzahl für Geschäfte, Betriebe, Ämter u. a.

Es ist hervorhebenswert, daß die in verhältnismäßig kurzer Zeit erzielte Steigerung der Gasabgabe auf und über den während der Kriegszeit erzielten Gasabsatz nur zum kleineren Teile auf die Vermehrung der Kundenzahl, überwiegend aber auf die immer mehr um sich greifende Verdrängung der festen Brennstoffe in den Haushaltsküchen und den gewerblichen und industriellen Betrieben zurückzuführen ist.

Dies kommt auch sehr augenfällig in der Verschiebung der höchsten Stundenabgabe gegenüber dem Jahre 1919, und noch deutlicher gegenüber den früheren Jahren, zum Ausdrucke. Bis zum Jahre 1917 wurde der größere Teil des erzeugten Gases zur Beleuchtung verwendet. Die natürliche Folge war ein Ansteigen des Gasbedarfes in den Abendstunden, eine sogenannte „Lichtspitze". Diese „Lichtspitze" war



Stündliche Gashöchstabgaben an Werktagen im monatlichen Durchschnitt 1913 bis 1926.

wesentlich höher als die stündliche Gashöchstabgabe in den Vormittagsstunden, die „Kochspitze", die durch den gegen Mittag einsetzenden Verbrauch von Gas zu Kochzwecken entsteht. Die durch die behördlichen Sparmaßnahmen ausgelöste Abwanderung von der Gasbeleuchtung zur elektrischen Beleuchtung führte zu einer bis zum Jahre 1920 anhaltenden stetigen Senkung der „Lichtspitze", die zunehmende Verwendung des Gases zu Kochzwecken dagegen seit dem Jahre 1921 zu einem raschen und andauernden Steigen der „Kochspitze". Es trat somit eine vollständige Umkehrung des vordem bestandenen Größenverhältnisses dieser beiden stündlichen Gashöchstabgaben ein.

Durch die planmäßig durchgeführte Werbearbeit ist es demnach innerhalb weniger Jahre gelungen, die durch den Abfall an Beleuchtungsgas erlittenen Verluste durch die Steigerung der Gasabgabe für Kochzwecke und für gewerbliche und industrielle Verwendung mehr als wettzumachen.

Die Steigerung der Gasabgabe ist nicht Endzweck der Werbetätigkeit der Wiener städtischen Gaswerke. Sie ist, wie die Werbetätigkeit selbst, nur eines der Mittel, die Gestehungskosten des Gases trotz ständig wachsender Unkosten möglichst niedrig zu halten und dadurch immer breiteren Kreisen der Bevölkerung die großen Vorteile der Gasverwendung dienstbar machen zu können.

Das Gaswerksunternehmen erfüllt damit eine der sozialen Aufgaben der Gemeinde.

Anderweitige Ausgestaltungen von Betriebsanlagen.

Der Ausbau der Gasverteilungsanlagen.

Die Gasverteilungsanlagen bestehen aus dem unter Verbrauchsdruck stehenden Hauptrohrnetze, den Gasgebläseanlagen, den von ihnen gespeisten Hochdruckleitungen und den Druckregleranlagen, die den Druck des ihnen durch diese Leitungen zugeführten Gases selbsttätig auf den jeweils im Hauptrohrnetze benötigten Verbrauchsdruck herabsetzen.

Während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren war weder in der Höchststundenbeanspruchung noch in der örtlichen Verteilung des Gasbedarfes — den die erforderliche Leistungsfähigkeit der Anlagen bestimmenden Umständen — eine wesentliche Änderung eingetreten. Dies änderte sich durch die stark steigende Verwendung des Gases zu Kochzwecken und durch die Erbauung ausschließlich mit Gasherden eingerichteter Wohnbaugruppen in den äußeren Stadtbezirken.

Dem dadurch hervorgerufenen sehr starken Gasbedarfe in den späteren Vormittagsstunden mußte durch eine Anpassung der Gasverteilungsanlagen entsprochen werden.

Das Hauptrohrnetz.

Das unter Verbrauchsdruck stehende Hauptrohrnetz hatte zu Beginn des Jahres 1919 eine Gesamtlänge von 1,523.137 Metern. Es erfuhr eine Verlängerung um 30.105 Meter und überdies wurden 25.579 Meter des Netzes durch Rohrstränge größerer Leistung ersetzt.

Die Gebläseanlage Brigittenau.

Die Gasgebläseanlage beim 250.000 Kubikmeter Gas fassenden, vom Werke Leopoldau gespeisten Behälter Brigittenau wurde durch Aufstellung von zwei Turbo-Gebläsen erweitert. Jedes dieser Gebläse hat eine stündliche Förderleistung von 10.000 Kubikmeter bei 3000 Millimeter Wassersäule Ausgangsdruck und wird durch Drehstrommotore mit einer Betriebsspannung von 3000 Volt angetrieben, die an das Netz der städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen sind.

Die frühere Förderleistung von 16.000 Kubikmeter je Stunde ist dadurch auf 36.000 Kubikmeter je Stunde erhöht worden.

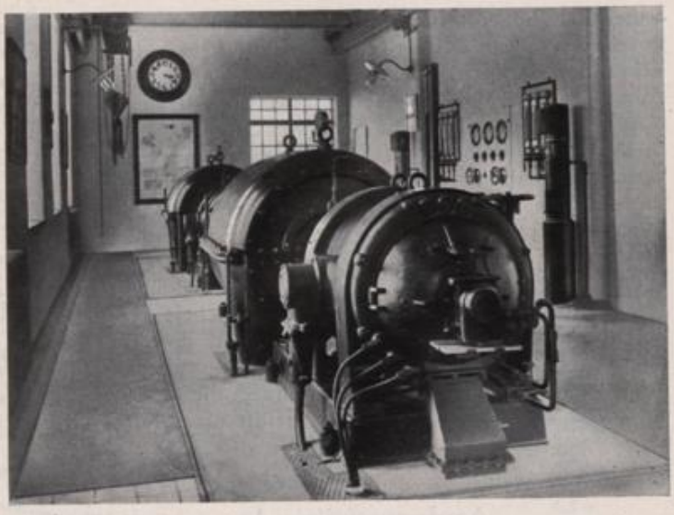
Die Gebläseanlage Simmering.

Im Werke Simmering war die aus dem Jahre 1910 stammende Gebläseanlage, die Gas zur Regleranlage am Margaretengürtel förderte, ebenfalls nicht mehr genügend leistungsfähig und überdies unwirtschaftlich arbeitend geworden. Sie wurde in Reserve gestellt und durch eine neue Anlage ersetzt.

Das in der Nähe des Kesselhauses gelegene Gebäude von 16·4 × 10 Meter Grundfläche und 7 Meter Höhe enthält vorläufig zwei mit Dampfturbinen unmittelbar gekuppelte Turbogebläse. Jede der mit Oberflächenkondensatoren ausgestatteten Turbinen arbeitet mit zwölf Atmosphären Dampfspannung und

300 Grad Celsius Überhitzung, einer Umdrehungszahl von 3800 bis 5100 je Minute und einer Höchstleistung von 350 PS. Die Gebläse liefern je 15.000 Kubikmeter in der Stunde bei einem Enddruck am Gebläseausgang von 1·5 Atm. abs. Das Gas wird aus Werksrohrsträngen von je 1200 mm l. W. angesaugt und in zwei Rohrstränge von je 700 mm l. W. gedrückt. Für die Rückkühlung des Kühlwassers der Kondensatoren ist ein Kaminkühler von 250 Kubikmeter Stundenleistung aufgestellt. Für ein drittes Gebläse von doppelter Leistung ist der erforderliche Platz im Gebäude vorgesehen.

Die neue Anlage ist auch deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie, mit dem im Werke selbst erzeugten Dampf angetrieben, die durch Stromstörungen gefährdete Gebläseanlage beim Gasbehälter Brigittenau im Notfalle vorübergehend ersetzen kann.

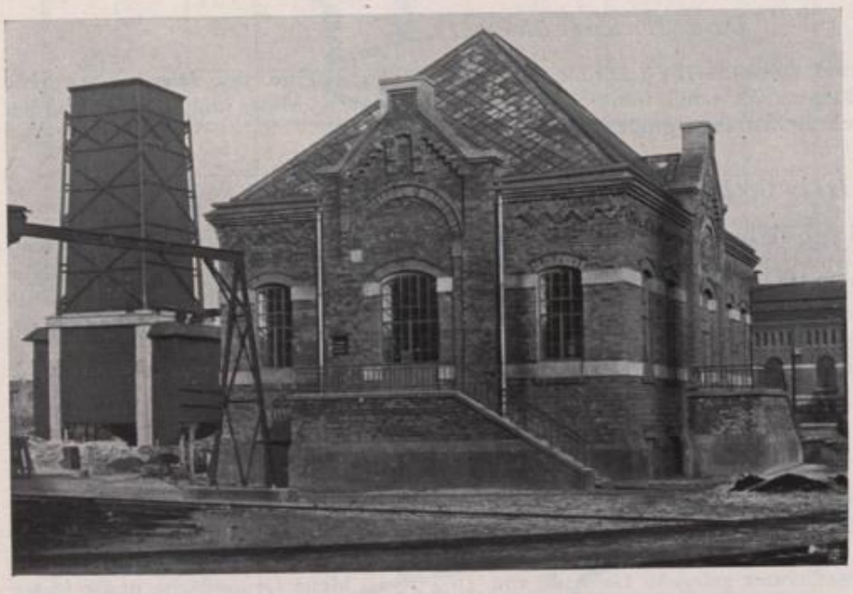


Gebläseanlage, XX., Forsthausgasse
Maschinenraum

Das Hochdrucknetz.

Das bestandene Hochdruckrohrnetz wurde durch die Verlängerung des von der Gebläseanlage beim Behälter Brigittenau ausgehenden Hochdruckrohrstranges von 500 Millimeter Durchmesser über den Gürtel von der Nußdorferstraße bis zur Druckregleranlage am Margaretengürtel erweitert und damit zugleich eine betriebstechnisch sehr wertvolle zweite Hochdruckverbindung der beiden Gaswerke Simmering und Leopoldau geschaffen. Von dieser Hochdruckringleitung und ihren bereits bestandenen Ausläufern wurden Rohrstränge für die Zubringung des Gases unter hohem Druck zu neu errichteten Gasregleranlagen abgezweigt.

Durch den Ausbau des Hochdruckrohrnetzes wurde dessen Ausdehnung, die zu Beginn des Jahres 1919 56.349 Meter betrug, auf 70.849 Meter im Jahre 1926 erhöht.



Gaswerk Simmering
Gebläseanlage

Die Druckregleranlagen.

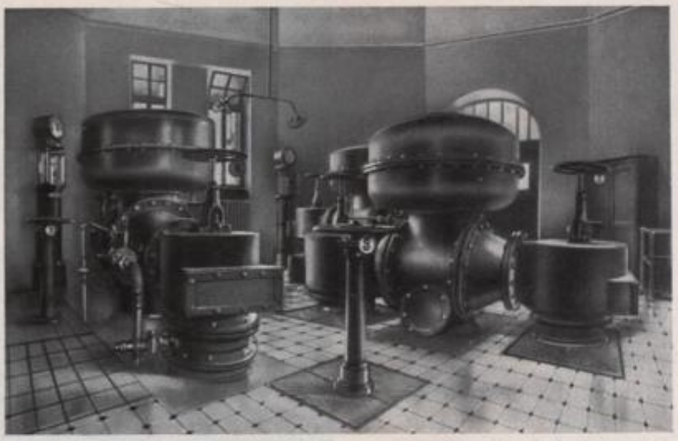
Die im Gasversorgungsgebiete verteilten Gasdruckregler-Anlagen, die den Druck des ihnen durch die Hochdruckleitungen zugeführten Gases auf den jeweils im Niederdruckrohrnetze erforderlichen Verbrauchsdruck selbsttätig herabmindern, wurden von 17 Anlagen, die 1919 bereits bestanden, auf 29 vermehrt.

Durch diese Ausgestaltungen der Gasverteilungsanlagen sind im Versorgungsgebiete der städtischen Gaswerke die für die Gasverwendung günstigsten Druckverhältnisse geschaffen worden.

Die Vergrößerung der Schwefelentfernungsanlagen.

Eine Vergrößerung der Schwefelentfernungsanlage des Werkes Leopoldau und derjenigen der Wassergasanlage des Werkes Simmering war schon vor dem Kriege beabsichtigt. Die Durchführung konnte erst in den letzten Jahren erfolgen.

Abweichend von der allgemein üblichen und bisher auch in den Wiener Gaswerken angewandten Ausführung wurden die die Gasreinigungsmasse enthaltenden kastenförmigen Behälter nicht aus Gußeisenplatten, sondern in Eisenbeton, der zur Erzielung der Gasdichtheit torkretiert wurde, hergestellt. Diese Ausführungsart stellte sich erheblich billiger und hat sich im Betriebe vollkommen bewährt.



Druckregleranlage, XIII., Eduard-Klein-Gasse
Innenansicht

Im Werke Leopoldau sind vier solcher Kasten von je 9 × 12 Meter Grundfläche und zwei Meter Tiefe, im Werke Simmering von 7·5 × 8·5 Meter Grundfläche und 1·86 Meter Tiefe an die bestehenden Anlagen angegliedert worden.

Die Entcyanisierungsanlage für Leichtöl im Werke Simmering.

Im Werke Leopoldau konnten die Benzolwäscher nach der Schwefelentfernungsanlage geschaltet werden, so daß die Auswaschung der Benzolkohlenwasserstoffe aus dem cyanfreien Gase erfolgt. Im Werke Simmering war eine solche Schaltung nicht möglich. Das daselbst gewonnene Leichtöl enthielt daher Cyanwasserstoffe, die bei der Weiterverarbeitung in der Benzolfabrik einzelne Anlageteile stark angriffen.

Um die dadurch entstehenden erheblichen Instandhaltungskosten zu vermeiden, wurde im Werke Simmering eine Anlage zur Entcyanisierung des Leichtöls durch Waschung mit verdünnter Ätznatronlauge errichtet.

Sie besteht aus einem Eisenfachwerksbau von 4 × 10·8 Meter Grundfläche und 7·6 Meter lichter Höhe, der ein Rührwerk und die erforderlichen Meß-, Laugen- und Vorratsbehälter und Pumpen enthält.

Die Gasförderanlage Werk Simmering — Gasbehälter Brigittenau.

Vom Gasbehälter Brigittenau und dadurch vom Werke Leopoldau konnte Gas in die Behälter des Werkes Simmering unter erhöhtem Druck geblasen werden. Der umgekehrte Vorgang war aber nicht möglich. Es konnte daher das Werk Leopoldau im Bedarfsfalle zwar das Werk Simmering unterstützen, nicht aber letzteres das erstere. Dies erwies sich aber zur Sicherung der Gasversorgung notwendig.

Zu dem Zwecke wurde im Werke Simmering eine Gebläseanlage erbaut. Sie besteht aus einem kleinen, an das große Reglerhaus des Werkes angebauten Raume von 7·9 × 5·7 Meter Grundfläche und 3·6 Meter lichter Höhe. In ihm sind ein Turbogebläse, Bauart Jäger, mit einer Stundenleistung von 10.000 Kubikmeter bei 1200 Millimeter Wassersäule Überdruck, das mit einem 75pferdigen Drehstrommotor gekuppelt ist und ein Spartransformator mit 80 KVA Durchgangsleistung und Spannungsverminderung von 5000 auf 3000 Volt aufgestellt.

Der Ausbau von Arbeiter-Wohlfahrtsanlagen.

Die im Werke Simmering bestandene Speisehalle für die Werksbediensteten von 11·25 Meter Länge, 15·15 Meter Breite und 4·5 Meter lichter Höhe wurde innen vollständig erneuert, um 14·95 Meter verlängert und für Lichtbildervorführungen eingerichtet. An sie anschließend wurden ein Kanzleiraum und ein Sitzungszimmer für den Betriebsrat geschaffen. Die Speisehalle im Wohlfahrtsgebäude des Werkes Leopoldau erfuhr ebenfalls eine Vergrößerung und erhielt eine Theaterbühne.

Die Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung.

Die behördlich verfügten Beschränkungen des Gasverbrauches erstreckten sich auch auf die Straßenbeleuchtung. Die Flammenzahl mußte auf etwa die Hälfte des Vorkriegsstandes herabgemindert, die

verbleibende mit Sparbrennern versehen werden. Erst im Jahre 1922 kamen 1200 der aufgelassenen Gasflammen wieder in Verwendung. Im Jahre 1923 wurden weitere 5600 der außer Betrieb gestandenen öffentlichen Gasflammen wieder gezündet und mit der Auswechslung der Sparbrenner gegen Brenner mit normaler Lichtstärke begonnen. Eine vollständige Wiederherstellung der öffentlichen Gasbeleuchtung auf den Vorkriegsstand unterblieb, weil die Gemeindeverwaltung sich bestimmt fand, wegen der Heranziehung von Wasserkräften zur städtischen Stromversorgung schrittweise zur elektrischen Straßenbeleuchtung überzugehen.



Gaswerk Simmering
Speise- und Kinosaal

Für die weitere Inbetriebsetzung von Gasflammen wurde in der Hauptsache die Zahl der durch die Herstellung der elektrischen Straßenbeleuchtung jeweils freiwerdenden Gaslaternen maßgebend. Im folgenden Jahre wurden alle Sparbrenner durch Normalbrenner ersetzt und bis Ende 1925 die Zahl der Gasflammen um etwa 4800 vermehrt.

Im Frühjahr 1926 erhielten unter anderem die Seitenfahrbahnen und Gehwege der Ringstraße statt der anfänglich beabsichtigten elektrischen Beleuchtung 415 zweiflammige Niederdruck-Starklichtlampen von je rund 600 Hefnerkerzen Leuchtkraft.

Ende 1926 standen 25.038 Gaslaternen im Wiener Gemeindegebiete in Verwendung. In den derzeit noch mit Gas beleuchteten Straßenzügen ist die Zahl der Gasflammen wieder auf den Vorkriegsstand gebracht worden.



Gaswerk Leopoldau
Speisesaal und Theaterbühne

Die Weiterverarbeitung des Teeres.

Das Gaswerksunternehmen besitzt in seinen Werken selbst keine Teerdestillationsanlage. Es ist aber seit 1922 Mitbesitzerin einer solchen Anlage.

Von der schon seit langem geplant und vorbereitet gewesenen Errichtung einer eigenen Teerdestillationsanlage wurde aus einer Reihe von Gründen Abstand genommen und eine enge Interessengemeinschaft mit der größten österreichischen Teerverarbeitungs-Gesellschaft, der „Teerag" A. G. in Wien, hergestellt. Die Gesellschaft trat 40 v. H. ihres Aktienkapitals unentgeltlich an die Stadt ab. Sie hat ungefähr 80 v. H. der Teererzeugung zu den der jeweiligen Marktlage entsprechenden, von den städtischen Gaswerken festgesetzten Preisen zu übernehmen und eine von ihrem Gebarungsergebnisse unabhängige Abgabe vom

Erlöse aus ihren Teer-Erzeugnissen an die Gaswerke zu leisten. In der Leitung der Gesellschaft ist die Stadt maßgebend vertreten. Die „Teerag" A. G. besitzt eine neuzeitig eingerichtete, in der Nähe des Gaswerkes Simmering gelegene Teerdestillationsanlage und eine Bauabteilung für Dachdeckungen, Holzimprägnierung, Asphaltierungen, Isolierungen, Straßenherstellungen und dergleichen.

Durch diesen Anteil an der Weiterverarbeitung eines seiner wichtigen Erzeugnisse ist zwar keine unmittelbare, wohl aber eine zweckmäßige mittelbare Ausgestaltung der Anlagen des Gaswerksunternehmens erfolgt.

Die Wiener städtischen Gaswerke und die österreichische Volkswirtschaft.

Das in St. Germain geschaffene Österreich besitzt nur geringfügige, minderwertige Steinkohlenvorkommen. Die zur Gaserzeugung erforderliche Kohle muß aus dem Auslande bezogen werden. Daraus schließen verhältnismäßig weite Kreise auf eine ungünstige Beeinflussung der Handelsbilanz Österreichs durch die Gaswerke und demzufolge auf deren zumindest zweifelhaften Wert für die heimische Volkswirtschaft. Diese Anschauung ist unrichtig.

Die Wiener städtischen Gaswerke haben im Jahre 1926 erzeugt und verkauft:

Gas	256,000.000	Kubikmeter	im Werte von Schilling 73,850.000·—
Koks	265.000	Tonnen	
Teer	22.100	„	
Benzolkohlenwasserstoffe	5.530	„	
Ammoniakerzeugnisse	5.400	„	

Hiefür wurde ausländische Kohle eingeführt . . . . . im Werte von Schilling 27,600.000·—

Der Überschuß zugunsten der österreichischen Volkswirtschaft betrug daher . . . . . Schilling 46,250.000·—

Wäre das Gas zum Vorkriegspreise verkauft worden, so würde der Überschuß Schilling 60,200.000·— betragen haben.

In diesen Ziffern kommt aber der Einfluß des Bestandes der Wiener Gaswerke auf die österreichische Volkswirtschaft noch nicht vollständig zum Ausdrucke. Es ist die Frage auch unter der Annahme eines Nichtvorhandenseins des Unternehmens zu betrachten. In diesem Falle müßte — von anderen Folgen abgesehen — die als Heizstoff verwendete Gasmenge durch Kohle ersetzt werden und die Gewinnung von Koks, Teer usw. im Inlande fände nicht statt.

Da von der verkauften Gasmenge rund 180,000.000 Kubikmeter als Heizstoff verwendet wurden und 1 Kubikmeter Gas als Heizstoff 4 Kilogramm Steinkohle gleichwertig ist, müßten eingeführt werden:

Kohle	im Werte von mindestens	Schilling	37,750.000·—
Koks, Teer usw.	„ „ „ „	„	25,210.000·—
Zusammen daher Stoffe	im Werte von mindestens	Schilling	62,960.000·—
In Wegfall käme die eingeführte Gaskohle	„ „ „ „	„	27,600.000·—

Die österreichische Handelsbilanz würde daher eine Verschlechterung erfahren um . . . . . Schilling 35,360.000·—

Das Unternehmen beschäftigt unmittelbar 3400 Personen und mittelbar weitere Tausende, die bei der Verwertung seiner Erzeugnisse und bei den Arbeiten und Lieferungen für das Unternehmen ihren Erwerb im Inlande finden; der Wettbewerb seiner Erzeugung an Koks, Teer, Benzolen und Ammoniak, Stoffen, die sonst zur Gänze aus dem Auslande bezogen werden müßten, wirkt preisregelnd und erspart dadurch der österreichischen Volkswirtschaft sehr große Beträge; der Wärmeträger Gas verbilligt und erleichtert wie kein anderer bedeutend die Hauswirtschaft und ist für zahlreiche Gewerbe ein unentbehrliches Betriebsmittel.

Zusammenfassung:

Die Gaswerke der Stadt Wien haben

a) der österreichischen Volkswirtschaft im Jahre 1926 Werte geliefert im Betrage von 46·25 Millionen Schilling;

b) eine Verschlechterung der Handelsbilanz vermieden um 35·36 Millionen Schilling;

c) durch ihre Erzeugung von Koks, Teer usw. preisregelnd und dadurch vorteilhaft für die Volkswirtschaft gewirkt;

d) unmittelbar 3400 und mittelbar weiteren Tausenden für ihren Bedarf tätigen und ihre Erzeugnisse verarbeitenden Personen im Inlande Erwerb geschaffen.

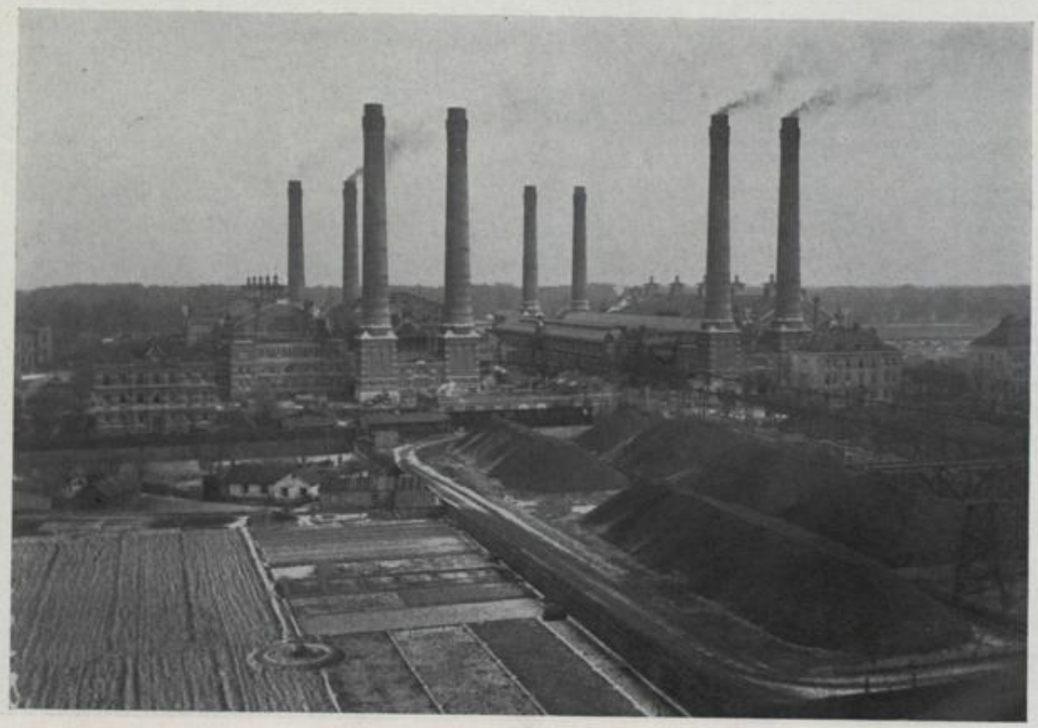
Die Elektrizitätswerke

Von Ing. Eugen Karel, Direktor der Städtischen Elektrizitätswerke

Das erste elektrische Kraftwerk der Gemeinde Wien wurde im Jahre 1902 eröffnet. Den unmittelbaren Anlaß zu seiner Erbauung auf der Simmeringerlände gab die Elektrisierung der von der Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen betriebenen Tramway. Die Gemeinde stellte sich bei dieser Gelegenheit auch die Aufgabe, Strom für Licht- und Kraftzwecke zu erzeugen, da die drei in Wien damals vorhandenen privaten Elektrizitätswerke nicht imstande waren, alle Stadtteile mit elektrischer Energie zu versorgen. Sie errichtete zu diesem Zwecke neben dem Bahnwerke ein zweites Werk, das schon im Jahre 1903 in Betrieb gelangte.

Es kam bald zu Unstimmigkeiten mit den damals bestehenden drei privaten Elektrizitätsgesellschaften, die in der Gemeinde als Erzeugerin elektrischen Stromes eine gefährliche Konkurrentin sahen. Noch im Jahre 1903 kam es zu einem Konkurrenzkampfe, der durch ein Übereinkommen beendigt wurde, das der Gemeinde wesentliche Vorteile sicherte.

Im Jahre 1905 brach der Konkurrenzkampf zwischen der Gemeinde, welche das Stromlieferungsmonopol in Wien erreichen wollte, und den privaten Elektrizitätswerken neuerdings aus und endigte damit, daß die drei Gesellschaften gezwungen wurden, Verträge einzugehen, in welchen sie sich verpflichten mußten, ihre Anlagen zu einem der Gemeinde genehmen Zeitpunkte an diese abzutreten. Die städtischen Werke erfreuten sich eines lebhaften Zuspruches der Bevölkerung und mußten deshalb ständig vergrößert werden, im Jahre 1906 in besonders großem Maßstabe durch die Aufstellung von zwei je 10.000 Pferdestärken leistenden Dampfturboaggregaten. Schon im Jahre 1907 löste die Gemeinde das kleinste der



Das Kraftwerk an der Simmeringerlände

drei privaten Elektrizitätswerke, jenes der Wiener Elektrizitätsgesellschaft (W. E. G.) ein. Die Leistung dieser Dampfzentrale betrug 3000 Pferdestärken, die Stromerzeugung im letzten Jahre 2·4 Millionen Kilowattstunden, die in 4502 Anlagen abgegeben wurden. Die im VI. Bezirke in der Kaunitzgasse gelegene veraltete Dampfzentrale wurde aufgelassen und in dem Gebäude eine Unterstation eingerichtet, die an das Stammwerk der städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen wurde.

Ein Jahr später (1908) wurde die zweite private Gesellschaft, die Internationale Elektrizitätsgesellschaft (I. E. G.), von der Gemeinde übernommen und den städtischen Elektrizitätswerken angegliedert. Die Leistung des neugewonnenen Dampfkraftwerkes betrug 16.200 Pferdestärken, die Jahreserzeugung 15·2 Millionen Kilowattstunden, die Zahl der Stromverbraucher 18.338. Die günstige Lage dieses im zweiten Bezirke, Engerthstraße, gelegenen Kraftwerkes bewog die städtischen Elektrizitätswerke, es zur Anspeisung der eigenen Netze auszubauen.

Aber auch der Ausbau dieses zweiten Kraftwerkes genügte in kurzer Zeit nicht mehr den Anforderungen, die an die städtischen Elektrizitätswerke gestellt wurden, und da diese immermehr zu der Überzeugung kamen, daß es notwendig sei, in den Besitz eigener Kraftquellen zu gelangen, kauften sie im Jahre 1912 die Braunkohlenbergbaugewerkschaft Zillingdorf, durch die sie in den Besitz von Lagern lignitischer Braunkohle in der Umgebung von Ebenfurth kamen. Sie errichteten in diesem Orte ein neues für Feuerung mit Lignit eingerichtetes Kraftwerk, das durch eine Freileitung mit Wien verbunden wurde, die im zwölften Bezirke in einem Umspannwerke endigt und ermöglicht, die Kabelnetze Wiens auch vom Süden her anzuspeisen. Der im Jahre 1913 begonnene Bau des Kraftwerkes und der Freileitung wurde durch den Krieg sehr verzögert; erst Ende 1916 konnte die Stromlieferung nach Wien aufgenommen werden, die aber mangels geschulten Personales, namentlich von Bergleuten, nicht auf eine entsprechende Höhe gebracht werden konnte.

Im Jahre 1914, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, gelang es der Gemeinde, durch den Ankauf des letzten bestehenden privaten Elektrizitätswerkes, der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-



Maschinenhalle der Unterstation Kaunitzgasse

gesellschaft (A. Ö. E. G.), ihr Ziel, die Stromerzeugung Wiens in ihrer Hand zu vereinigen, zu verwirklichen. Das in der Oberen Donaustraße gelegene Kraftwerk dieser Gesellschaft hatte eine Leistung von 18.100 Pferdestärken und erzeugte im Jahre 1913 zehn Millionen Kilowattstunden, die an 14.039 Konsumenten geliefert wurden. Jetzt hatten die Elektrizitätswerke freie Bahn und konnten darangehen, die Anlagen und den Betrieb ihrer Werke, die durch Übernahme der mit anderen Stromsystemen arbeitenden, meist sehr veralteten Anlagen der drei privaten Gesellschaften die ursprüngliche Klarheit ihres Aufbaues verloren hatten, zu vereinfachen und zu vervollkommnen.

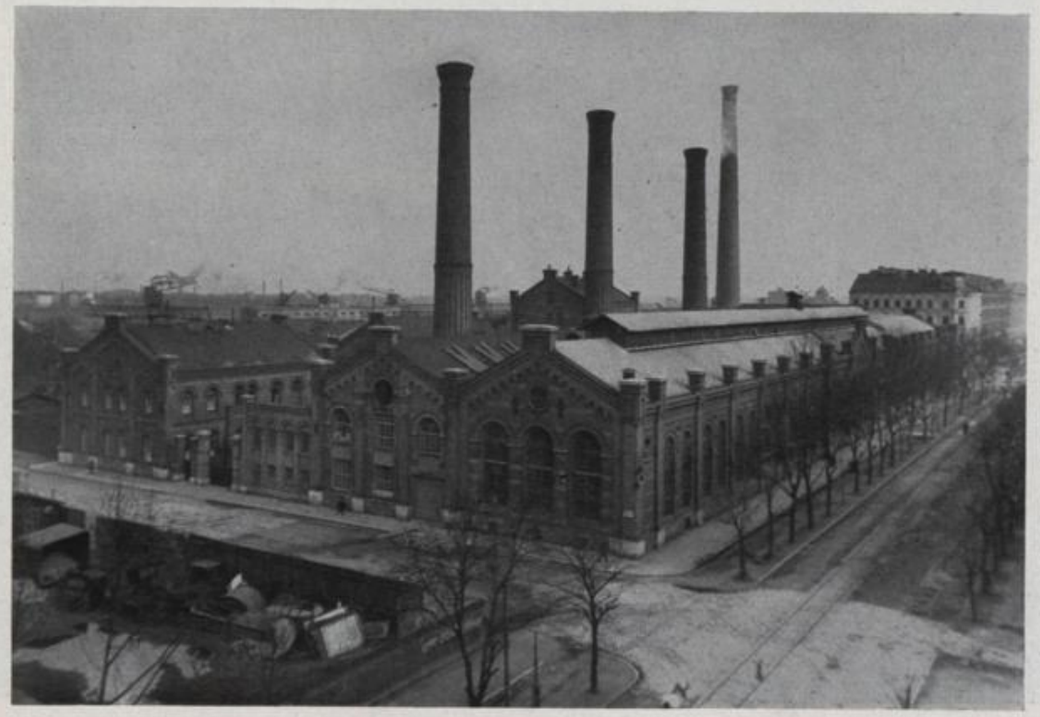
Bei den Anlagen der A. Ö. E. G. sollte dies durch Stillegung der Zentrale und Anschaltung des Netzes auf die benachbarte Unterstation Leopoldstadt der städtischen Elektrizitätswerke erreicht werden. Diese Arbeiten unterbrach jäh der im August 1914 ausgebrochene Weltkrieg; erst nach dem Kriege konnten sie beendigt werden.

Nunmehr mußten sich die Elektrizitätswerke während der Kriegszeit den Bedürfnissen des Krieges anpassen.

In der ersten Zeit mußte die Leistung der Werke bis zum Äußersten gesteigert werden, um den starken Bedarf der Kriegsindustrie bewältigen zu können, aber der sich bald fühlbarmachende Mangel an Kohle zwang die Gemeinde, der Bevölkerung immer stärkere Einschränkungen im Gebrauche des elektrischen Stromes aufzuerlegen, um die Industrie in der Erzeugung des Kriegsmateriales nicht zu behindern. Die Aufnahme der Stromlieferung durch das neue Überlandkraftwerk Ebenfurth brachte wohl eine kleine Erleichterung, die aber nicht ausschlaggebend war, da die Förderung im Zillingdorfer Bergbaue und dem vom Fürsten Esterhazy im Jahre 1913 zugepachteten Neufelder Tagbau des Arbeiter- und Holzmangels wegen sehr eingeschränkt und im letzten Kriegsjahre vollständig eingestellt werden mußte.

Die Zeit vom Kriegsende bis 1926

Während des Krieges war es den Elektrizitätswerken noch möglich, mit Unterstützung des Staates, der an der Belieferung der Kriegsindustrie mit elektrischem Strom hochgradig interessiert war, den



Kraftwerk Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke

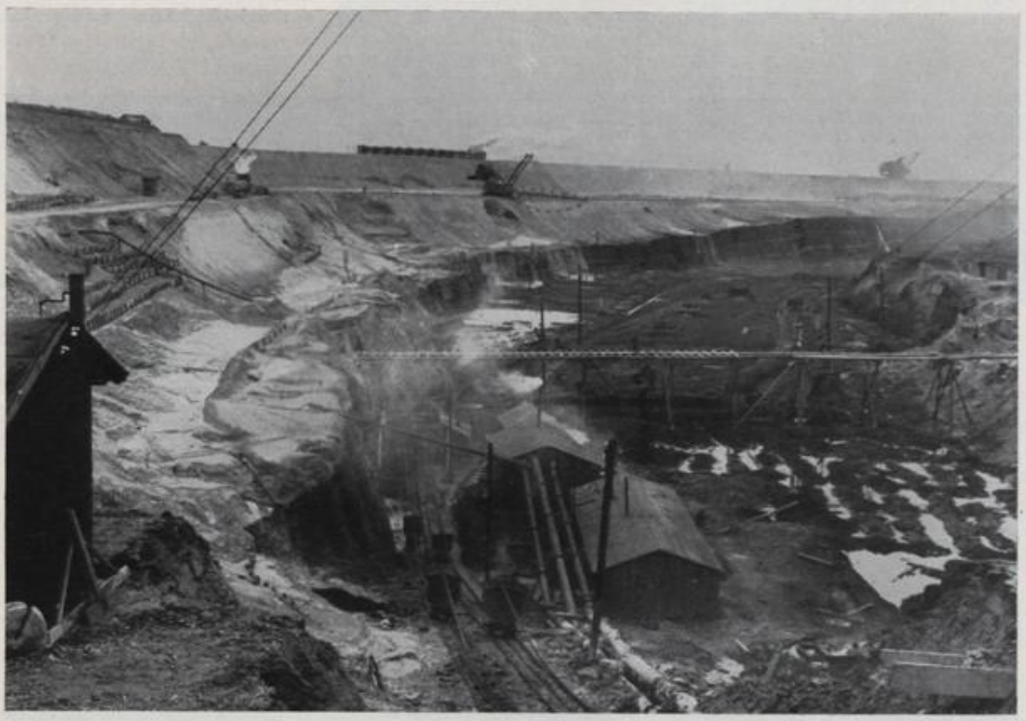
Betrieb, wenn auch zuletzt in verringertem Ausmaße, aufrecht zu erhalten. Der Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie entrückte aber die Kohlenbezugsgebiete Wiens ins neue Ausland, das sich sofort durch Ausfuhrverbote hermetisch gegen Österreich abschloß, und die städtischen Elektrizitäts werke sahen sich plötzlich der Kohle, ihres wichtigsten Betriebsmittels, beraubt. Der Gemeindeverwaltung gelang es erst nach langen und mühseligen Verhandlungen, geringe Mengen Kohle schlechtester Qualität nach Wien geliefert zu bekommen, und sie mußte sich zu drakonischen Sparmaßnahmen entschließen, um wenigstens die lebenswichtigsten Betriebe zu versorgen und die notwendigsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Die Stromlieferung an Wohnungen wurde auf zwei Hektowattstunden täglich beschränkt, was dem Verbrauche einer einzigen fünfundzwanzigkerzigen Glühlampe bei zirka sechseinhalbstündiger Brenndauer entspricht. Die Geschäfte und Bureaus mußten mit Einbruch der Dunkelheit geschlossen werden und den Gast- und Kaffeehäusern wurde die Acht-Uhr-Sperre vorgeschrieben. Die Industrie durfte nur an einigen Tagen der Woche Strom aus dem städtischen Netze entnehmen. Die Straßenbeleuchtung mußte auf ein so geringes Ausmaß beschränkt werden, daß gerade noch die Sicherheit der Passanten gewährleistet war. Am stärksten bekam aber die Bevölkerung die Kohlennot durch die Einschränkungen und die zeitweilige gänzliche Einstellung der Straßenbahn zu fühlen. Die Erzeugung der städtischen Elektrizitätswerke verringerte sich in diesen Jahren gegenüber 1917 um 20 Prozent.

Um das Unternehmen aus dieser kritischen Lage herauszuführen, mußte das Übel an der Wurzel gefaßt werden, und die Raschheit, mit der die Stadt Wien aus dieser Katastrophe gerettet wurde, beweist, daß die Stadtverwaltung den richtigen Weg eingeschlagen hat. Der oberste Grundsatz, von dem sie sich hiebei leiten ließ, war, den Bezug ausländischer Kohle möglichst auszuschalten und durch inländische Betriebsmittel zu ersetzen. An solchen sind in Österreich hinreichend Wasserkräfte und, wenn auch in geringerem Maße, Braunkohlen vorhanden, von denen ein recht ansehnliches Lager der Gemeinde in ihrem Zillingdorfer Freischurfgebiete zur Verfügung stand. Nun erfordert der Ausbau von Wasserkräften



Neufelder Tagbau vor dem Auspumpen

verhältnismäßig viel Zeit und große finanzielle Aufwendungen. Wesentlich schneller und billiger lassen sich kalorische Anlagen erbauen und Tagbaue einrichten, aber auch dies erschien viel zu langsam im Hinblick auf die himmelschreiende Not Wiens. Das Auskunftsmittel bot der Ankauf von 6000 Zisternen polnischen Rohöles, das damals viel leichter als Kohle zu erhalten war. In der größten Eile wurden in den zwei Wiener Kraftwerken 14 große Kessel für Ölfeuerung eingerichtet, die Zufuhr des Öles organisiert und für dessen Lagerung große Zisternenanlagen geschaffen. Gleichzeitig schritten die Elektrizitätswerke an die Vergrößerung ihrer Lignitbergbaue sowie des Ebenfurther Kraftwerkes und setzten in intensiver Weise die Studien für die Erbauung geeigneter Wasserkraftwerke fort.



Neufelder Tagbau

Ausbau der Wärmekraftwerke und der werkseigenen Bergbaue

Wie schon erwähnt, hatten die Elektrizitätswerke im Kriege vom Fürsten Esterhazy einen alten aufgelassenen Tagbau gepachtet und nach mühseligem Auspumpen der 30 Meter tiefen und zweikilometerlangen Gruben in Betrieb gesetzt. Sie steigerten nunmehr die Leistung dieses Tagbaues durch seine Unterteilung in zwei Tagbaue. Aber kaum war dies geschehen, kam in Ungarn der Umsturz und die ungarische Räteregierung beschlagnahmte die beiden Tagbaue. Dieser Zustand dauerte ungefähr ein halbes Jahr und verhinderte alle weiteren Arbeiten der städtischen Elektrizitätswerke in Neufeld. Da die Räteregierung nur 60 Prozent der Neufelder Produktion an die Elektrizitätswerke lieferte, mußten innerhalb der österreichischen Grenze in der Nachbarschaft des alten Zillingdorfer Tagbaues zwei weitere Tagbaue eröffnet und eine kleine Schachtanlage abgeteuft werden. Mit der im August 1920 vollzogenen Angliederung des Burgenlandes an Österreich zog endlich Ordnung in diese durch die politischen Verhältnisse so lange gestörten Bergbaue ein. Ihre Tagesleistung, die im Jahre 1917 vorübergehend bis auf 300 Tonnen stieg, dann aber fast auf Null fiel, erreichte nunmehr 1500 Tonnen im Tage, eine Menge, die nicht nur ausreichte, das Ebenfurther Kraftwerk, das in der Zwischenzeit eine beträchtliche Erweiterung erfahren hatte, mit Kohle zu beliefern, sondern auch noch den noch immer unter dem Kohlenmangel leidenden Wiener Kraftwerken Kohle zu schicken.

In der gleichen Zeit wurde das Kraftwerk in der Engerthstraße vergrößert und von der Verwendung ausländischer Kohle auf die Verwendung von Inlandkohle umgestellt, indem die Kettenroste beseitigt

und Pluto-Stocker-Roste eingebaut wurden, die zusammen mit dem Umbau der Kesseleinmauerung die Beschickung mit minderwertigen Inlandkohlen ermöglichten. Als Heizmaterial wurde neben Zillingdorfer Kohle vorwiegend Steinkohle aus dem Ybbstaler „Steinkohlenwerke de Majo, Betrieb Gemeinde Wien", verwendet, einer Unternehmung, die von der Stadt Wien zusammen mit der Stadt St. Pölten und anderen Interessenten im Jahre 1921 gegründet worden war und fördertäglich bis zu 130 Tonnen Steinkohle nach Wien abgeben konnte.

Im Kraftwerke Simmering wurde vorläufig noch die Verwendung ausländischer Kohle beibehalten und die Entwicklung des Hochdruckkesselbaues abgewartet. Als dieser soweit gediehen war, daß die betriebssichere Herstellung von Kesselanlagen, die statt wie die bisherigen mit 14 Atmosphärenüberdruck, mit 35 bis 40 Atmosphärenüberdruck arbeiten konnten, möglich war und der Turbinenbau sich gleichzeitig in betriebsökonomischer Hinsicht wesentlich weiter entwickelt hatte, erfolgte auch bei



Neu eröffneter zweiter Tagbau in Neufeld

diesem Werke ein großer Schritt nach vorwärts durch die Bestellung von zwei Dampfturboaggregaten, für eine Betriebsspannung von 35 Atmosphärenüberdruck samt zugehörigen, mit Kohlenstaubfeuerung versehenen Hochdruckkesselanlage. Da diese neue Anlage eine Leistung von 50.000 bis 64.000 Pferdestärken entwickeln wird und infolge der Einführung der Kohlenstaubfeuerung die Verwendung minderwertigster Kohlen erlaubt, wird die Auslandkohle auch in diesem Kraftwerke Ende 1927 verschwinden. Aber schon heute ist der Bezug ausländischer Kohle auch in diesem Werke wesentlich dadurch eingeschränkt, daß es als Spitzendeckungswerk verwendet wird, während die Grundbelastung die mit ausländischen Kohlen und Wasserkraft betriebenen Anlagen bestreiten.

Die neuen Wasserkraftwerke und ihre Leistungsfähigkeit

In der Zwischenzeit gelang es der Gemeinde Wien im Jahre 1921 im Verein mit den Wiener Großbanken an den Ausbau von Wasserkräften zu schreiten, es erfolgte die Gründung der Wasserkraftwerke A. G. (WAG), bei welcher Gemeinde und Banken zu je 50 Prozent beteiligt waren. Da durch die neue Wasserkraftgesetzgebung die Wasserkräfte Österreichs in den Besitz der Länder gelangten, hatte

die Gemeinde Wien, die sich schon vor dem Kriege wegen des Ausbaues der Ennswasserkräfte und der Wasserkräfte in den Niederen Tauern bemüht hatte, die Konzession aber wegen der Konkurrenz der Staatsbahnen nicht erlangen konnte, keine andere Wahl, als zwei Wasserkräfte auszubauen, die nicht in den Besitz der Länder übergegangen waren, nämlich den Ausbau der Wasserkraft der Ybbsschleife zwischen Göstling und Opponitz und des Gefälles der zweiten Wiener Hochquellenleitung bei Kienberg-Gaming.

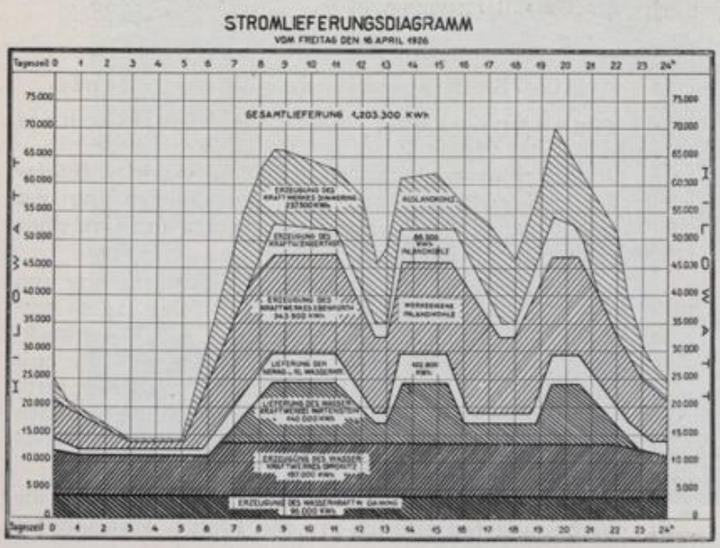


Mammutbaumrest im Zillingdorfer Tagbau

Die neue Gesellschaft begann sofort mit dem Bau des Opponitzer Kraftwerkes, das am 28. Dezember 1924 trotz großer baulicher und finanzieller Schwierigkeiten beendet wurde. Infolge des eingetretenen Währungsverfalles konnte sich nämlich die Gesellschaft die erforderlichen Geldmittel durch die beteiligten Banken nicht verschaffen, dies gelang erst durch das Eingreifen der Gemeinde, die den Bau bevorschußte und im September 1922 eine bis 1932 gültige Wasserkraftabgabe einführte. Sie beträgt 4 Prozent auf den Preis der Kilowattstunde und $2^1/_2$ Prozent auf den Preis des Kubikmeters Leuchtgases. Da die Eingänge aus dieser Steuer nicht ausreichten, die Baukosten voll zu bestreiten, gewährte die Gemeinde Wien der WAG weiterhin Vorschüsse aus ihren eigenen Mitteln und war schließlich derart überwiegend an der Gesellschaft beteiligt, daß sie sich entschloß, das gesamte Aktienkapital zu erwerben.

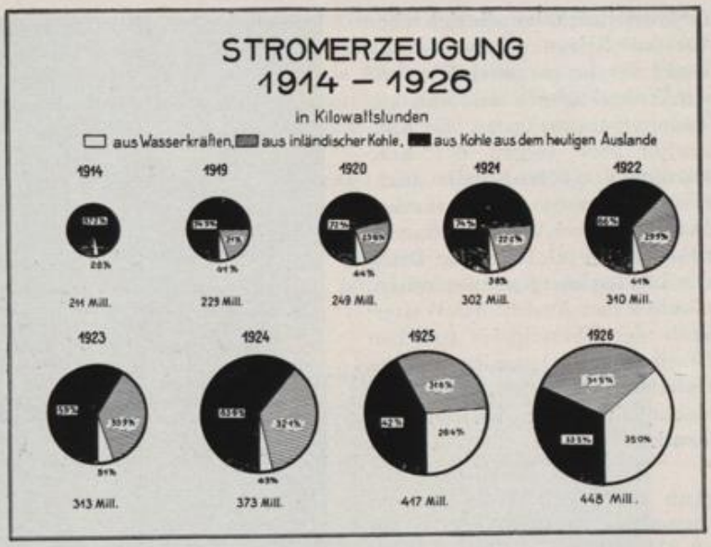
Das Opponitzer Werk wurde den städtischen Elektrizitätswerken, an welche es in 30 Jahren anheimfällt, zum Betriebe übergeben. Es ist für eine Leistung von 15.000 Pferdestärken ausgebaut und erzeugt im Mittel zirka 50 Millionen Kilowattstunden jährlich.

Der Bau des zweiten im Bauprogramm der WAG vorgesehenen Kraftwerkes, welches das Gefälle der zweiten Wiener Hochquellenleitung zwischen Lunz und Kienberg-Gaming ausnützen sollte, wurde im Frühjahre 1924 begonnen, ohne Schwierigkeiten 1926 beendet und den städtischen Elektrizitätswerken zum Betriebe übergeben. Auch dieses Werk fällt nach 30 Jahren den städtischen Elektrizitätswerken anheim. Das Kraftwerk in Gaming hat den besonderen Vorteil, daß es während des ganzen Jahres ohne Speicherung eine konstante Wassermenge zur Verfügung hat und liefert jährlich 30 Millionen Kilowattstunden. Es ist durch eine zirka 10 Kilometer lange Freileitung an die Doppelfreileitung des Kraftwerkes Opponitz nach Wien in der Schaltstation Gresten angeschlossen.



Mit der Errichtung der Freileitung nach Gresten verband aber die Gemeinde auch die Absicht, die oberösterreichischen Wasserkräfte für Wien aufzuschließen, und tatsächlich trat auch sofort die oberösterreichische

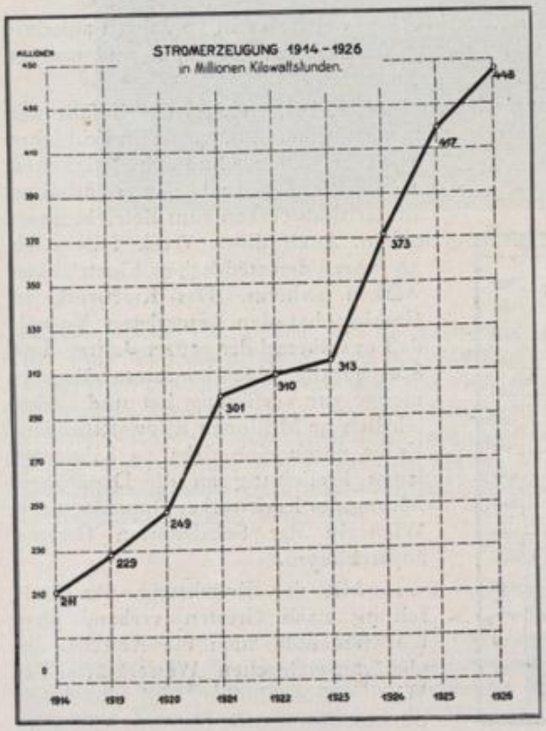
Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.-G. (OWEAG) an die Gemeinde Wien mit dem Anbote heran, Wien möge ihrem im Entstehen begriffenen Wasserkraftwerke Partenstein die halbe Leistung von etwa 12.000 Pferdestärken abnehmen.



Der mit dieser Gesellschaft in der Folge abgeschlossene Lieferungsvertrag rechtfertigte nunmehr den Bau der 140 Kilometer langen Hochspannungsfernleitung, die, seit im Partensteiner Werke noch eine dritte Turbine aufgestellt wurde, jährlich 128 Millionen Kilowattstunden nach Wien bringt. Die Gemeinde bereitete aber auch in dem Vertrage mit der OWEAG den Boden vor für den späteren Ausbau weiterer Wasserkräfte, indem sie sich von der OWEAG eine Option für den gemeinsamen Ausbau der mittleren Enns geben ließ und diese Wasserkräfte dadurch für Wien sicherte. Für den Anschluß des Partensteiner Werkes an die Freileitung der WAG nach Wien erbauten die städtischen Elektrizitätswerke eine 72 Kilometer lange 110.000-Volt-Freileitung, die in Wegscheid bei Linz den Anschluß an das Netz der OWEAG und in der Schaltstation Gresten an die WAG-Freileitung findet.

Von Gresten besorgt eine 110.000-Volt-Doppelleitung die Fortleitung des Stromes aller drei Wasserkraftwerke nach Wien.

Bei einer jährlichen Gesamterzeugung von 448 Millionen Kilowattstunden fällt die Lieferung der in so kurzer Zeit ausgebauten Wasserkraftwerke von rund 128 Millionen Kilowattstunden schon sehr ins Gewicht. Hiezu kommt noch der von der Niederösterreichischen Elektrizitäts-Wirtschafts A. G. (NEWAG) und den kleinen Wasserkraftanlagen am Steinfelde, die an das Ebenfurther Freileitungsnetz angeschlossen sind, bezogene Wasserkraftstrom von 21 Millionen Kilowattstunden, und die rund 8 Millionen Kilowattstunden, welche die sechs kleinen Hochquellenwasserleitungswerke in Wien liefern. Damit erhöht sich der Anteil des Wasserkraftstromes an der Stromerzeugung auf 157 Millionen Kilowattstunden, das sind 35 Prozent der Gesamterzeugung.



Die Bedeutung der Wasserkrafterzeugung für die Volkswirtschaft

Der so erreichte bedeutende Erfolg wird infolge der gleichzeitigen Steigerung der Verwendung der Inlandkohle in den kalorischen Werken der Gemeinde noch wesentlich größer.

Von der schon erwähnten Gesamterzeugung von 448 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1926 entfielen 157 Millionen Kilowattstunden auf Wasserkraftwerke, 140 Millionen Kilowattstunden auf die mit inländischer Kohle arbeitenden Kraftwerke Ebenfurth und Engerthstraße und 151 Millionen Kilowattstunden auf das Kraftwerk Simmering, das bisher überwiegend ausländische Kohle verwendete.

Die Lieferung der Wasserkraftwerke ersetzt die Verheizung von jährlich 219.000 Tonnen ausländischer



Kohle. Der Bezug weiterer 195.000 Tonnen Auslandkohle wird dadurch erspart, daß die kalorischen Kraftwerke zum größten Teile Inlandkohle verarbeiten. Dabei wurde für die Ermittlung des Minderbezuges ein Heizwert von 5700 Kalorien der in Simmering zur Verfeuerung kommenden ausländischen Mischkohle zugrunde gelegt.

Die hiedurch erzielte Ersparnis im Bezuge von Auslandskohle beträgt S 18,300.000, um welchen Betrag sich die österreichische Handelsbilanz bessert. Aber ganz abgesehen von diesem Nutzen sind die städtischen Elektrizitätswerke hiedurch vom Auslande unabhängiger geworden, was sich im Herbste 1926, als infolge des englischen Kohlenarbeiterstreiks die Anlieferung der oberschlesischen und der westböhmischen Kohle stockte, in sehr wohltuender Weise bemerkbar machte.

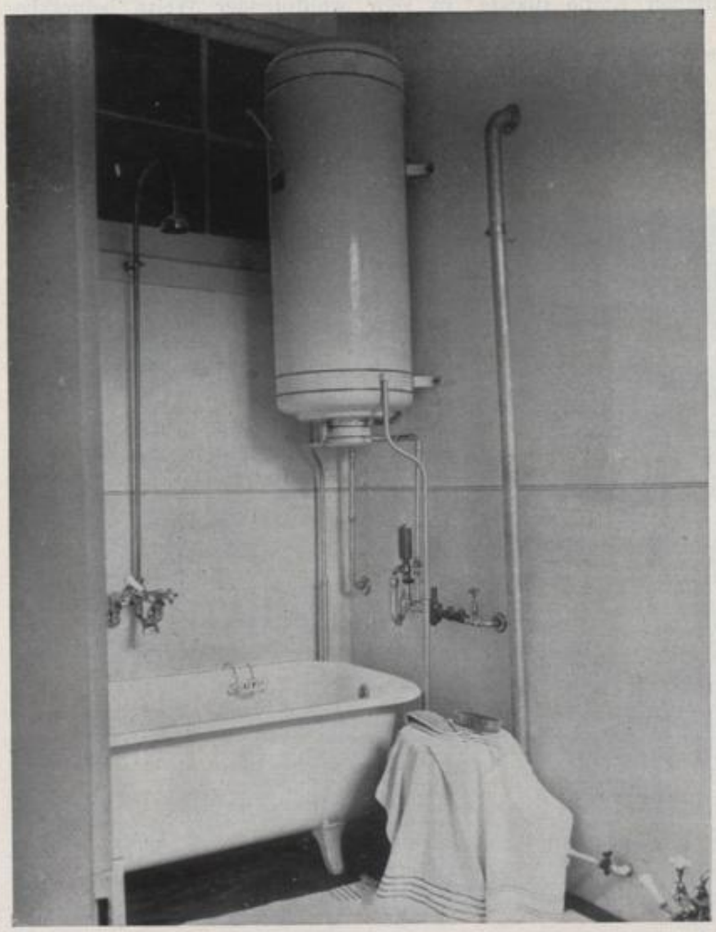
Ein interessantes Bild von der schrittweisen Erreichung des angestrebten Zieles gibt die schematische Darstellung der Stromerzeugung. Die Größe des Kreises zeigt die in den einzelnen Jahren erzeugte Strommenge, die verschiedenen Felder sind die Anteile der einzelnen Energiequellen. Im Jahre 1914 waren die städtischen Elektrizitätswerke mit 97·2 Prozent ihres Bedarfes auf Kohle des heutigen Auslandes



Reparaturwerkstätte für Elektrizitätszähler

angewiesen. Die restlichen 2·8 Prozent stellen die Lieferung der in Wien in der Hochquellenwasserleitung eingebauten kleinen Wasserkraftanlagen dar. Bis zur Aufnahme der Lieferung der Großwasserkraftwerke geht der Verbrauch der Auslandkohle wegen Verwendung der werkseigenen inländischen Zillingdorfer Kohle zurück, die im Jahre 1923 bereits 35·9 Prozent der Gesamterzeugung decken konnte. Das Jahr 1924 endlich bringt das erstemal die Stromlieferung der Großwasserkraftwerke und von da ab geht der Anteil der ausländischen Kohle sprunghaft zurück, bis er im Jahre 1926 trotz 26·5prozentiger Steigerung der Gesamterzeugung nunmehr 33½ Prozent beträgt. Bei gleichbleibender Leistung von 373 Millionen Kilowattstunden wäre der Anteil der Auslandkohle auf 20½ Prozent gesunken. Aus dem Schema kann man ferner entnehmen, daß schon im Jahre 1922, in dem die aus Wasserkräften bezogene Energie noch einen ganz verschwindenden Anteil an der Erzeugung hatte, dank der von der neuen Stadtverwaltung durchgeführten Vergrößerung der Zillingdorfer Bergbaue die Verwendung inländischer Kohle schon soweit vorgeschritten war, daß weniger ausländische Kohle verheizt wurde als im Jahre 1913, obwohl die Gesamterzeugung seither um mehr als die Hälfte gestiegen ist. Das Aufteilungsverhältnis wird sich Ende 1927 noch weiter zugunsten der inländischen Energiequellen ändern, weil mit der Inbetriebnahme der Staubfeuerung im Simmeringer Kraftwerke, welche die Verwendung von Inlandkohle ermöglicht, der Bezug ausländischer Kohle nahezu gänzlich aufhören wird.

Auf Seite 54 ist die Entwicklung der Stromerzeugung noch einmal, und zwar ohne Rücksichtnahme auf die verschiedenen Betriebsmittel dargestellt. Man sieht das gewaltige Ansteigen der Produktion nach dem Kriege, das mit dem Jahre 1921 beginnt, indem die Einschränkungen im Bezuge elektrischer Energie wegen der erleichterten Einfuhr der Kohle aus den Nachbarstaaten größtenteils aufgehoben wurden. In den folgenden Jahren nimmt der Konsum mit dem gänzlichen Abbau der Sparmaßnahmen langsam zu, bis er im Jahre 1924 infolge Besserung der Wirtschaftslage momentan hinaufschnellt. Von da ab setzt sich die Aufwärtsbewegung sprunghaft von Jahr zu Jahr fort.



In Wien gebauter Elektro-Heißwasserspeicher

Die Förderung des Stromabsatzes durch die Tarifpolitik der Gemeinde Wien

Diese starke Konsumsteigerung nach Freigabe der Stromentnahme wurde aber nur zum geringeren Teil durch den natürlichen Mehrbedarf der alten Konsumenten, die in den Jahren der Sparmaßnahmen auf eine Erweiterung ihrer Anlagen verzichten mußten, hervorgerufen; den Hauptanteil an dem gewaltigen Anstieg des Strombedarfes haben vielmehr die erst nach dem Kriege zum Anschlusse an die Netze der städtischen Elektrizitätswerke gekommenen Kleinwohnungen.

Während vor dem Kriege die Benützung des elektrischen Stromes der hohen Kosten halber nur den Wohlhabenden möglich war, wurde es nach dem Kriege durch die Preispolitik der Elektrizitätswerke auch den Ärmeren möglich gemacht, sich diese Annehmlichkeit zu verschaffen.

Der Grundsatz der Gemeindeverwaltung, die Erzeugnisse ihrer Unternehmungen ohne Gewinn an die Bevölkerung abzugeben, tritt in seinen befruchtenden Folgen hier besonders augenfällig in Erscheinung.



Reklameplakat für Heißwasserspeicher



Ausstellungsraum im Direktionsgebäude

Die städtischen Elektrizitätswerke gewährten, als im Jahre 1924 die Großwasserkraftwerke an der Erzeugung teilzunehmen begannen, allen Kraftstromkonsumenten in Wien einen $12^1/_2$ prozentigen Superrabatt. Mit dem Ausbau der Wasserkraftwerke wurde also nicht bloß eine starke Reduktion des Verbrauches an Auslandkohle, sondern auch eine Verbilligung der Strompreise erreicht. Die Stromabnehmer der städtischen Elektrizitätswerke zahlen heute für den elektrischen Strom um zirka 48 Prozent weniger als vor dem Kriege. Der damalige Lichtstrompreis betrug 70 Heller = 101 Groschen und der Kraftstrompreis 30 Heller = 43 Groschen pro Kilowattstunde netto. Demgegenüber sind die Ansätze des heutigen Tarifes für Lichtstrom 52 Groschen und für Kraftstrom 25 Groschen brutto, und zwar einschließlich Warenumsatzsteuer und Elektrizitätssteuer, demnach netto für Lichtstrom 49·4 Groschen, für den Kraftstrom 23·4 Groschen. Auf den Kraftstrompreis wird je nach Größe, Benützungsdauer und Anschlußwert den Konsumenten ein tarifmäßiger Rabatt bis zu 13 Prozent gewährt, bei größerer Ausnützung und für Strombezug bei Nacht aber noch weitere Sonderrabatte.

Der Lichtstrompreis für Auslagen und Außenbeleuchtung von Geschäften und sonstigen Reklamebeleuchtungen wird rabattiert, und zwar bietet das Elektrizitätswerk den bezüglichen Konsumenten folgende Möglichkeiten: jene, welche ihre Beleuchtungsanlagen nach 6 Uhr abends noch weiter benützen, ohne aber bezüglich der Brenndauer eine Bindung einzugehen, erhalten je nach der Größe des Strombezuges der betreffenden Anlage einen Nachlaß von 5 bis 20 Prozent auf den nach 6 Uhr abends bezogenen Strom. Konsumenten aber, die sich verpflichten, ihre Auslagen-, beziehungsweise Reklamebeleuchtung das ganze Jahr hindurch alltäglich mindestens bis 10 Uhr abends zu benützen, erhalten 50 Prozent Nachlaß für den nach 6 Uhr abends erfolgten Strombezug.

Bei Saisonbetrieben mit mindestens sechsmonatiger Dauer wird unter sonst gleichen Bedingungen ein 35prozentiger Nachlaß gewährt. Für die Innen- und Außenbeleuchtung von ganztägig betriebenen Gast- und Schanklokalitäten und von Kaffeehäusern wird für den in der Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr früh verbrauchten Strom auf den jeweiligen Lichtstrompreis ein Nachlaß von 50 Prozent eingeräumt.



Reklamelichtsäule der städtischen Elektrizitätswerke

Schließlich gewähren die städtischen Elektrizitätswerke für den Betrieb elektrischer Warmwasserspeicher, ähnlicher Anlagen und elektrischer Wärmespeicheröfen, wenn für diese nur während der Nachtstunden von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh Strom bezogen wird, je nach der Größe des Anschlußwertes der betreffenden Anlage einen ermäßigten Strompreis von 5 bis 7 Groschen pro Kilowattstunde.

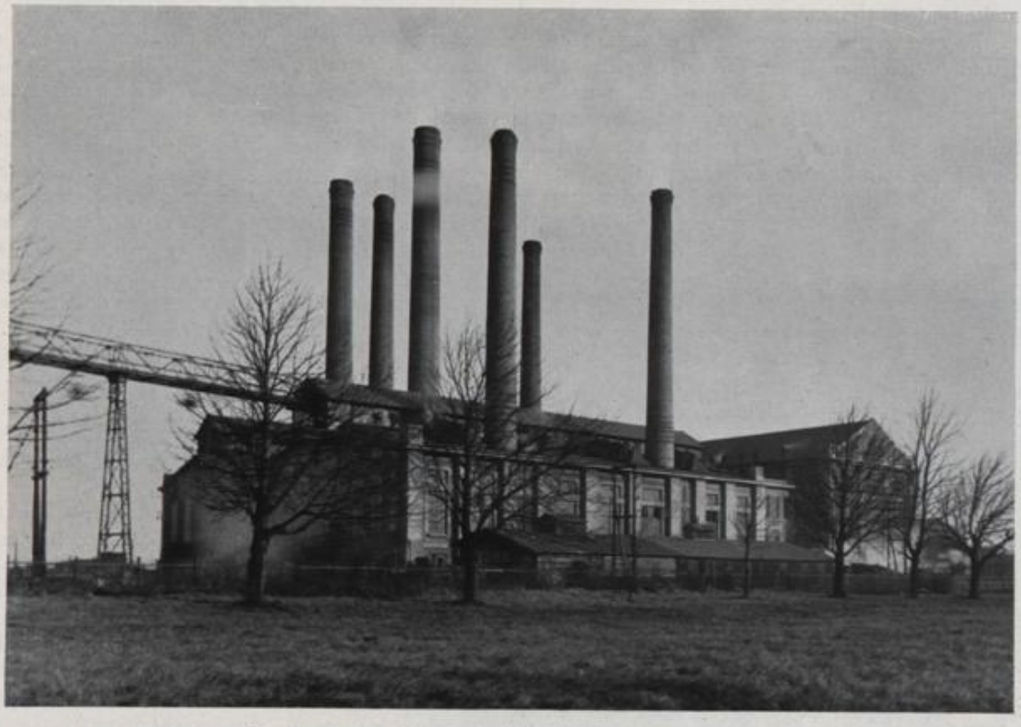
Die Gemeinde ließ es aber bei Tarifermäßigungen nicht bewenden, sondern ermöglichte auch die Herstellung der Wohnungsinstallationen zu billigen Preisen und auf Ratenzahlungen. Zur Ausführung der Installationen bedienen sich die städtischen Elektrizitätswerke der konzessionierten Elektrotechniker und befruchten dadurch das Installateurgewerbe. Die Ratenzahlungen werden auf 12 bis 20 Monate, und zwar auch für den Bezug von elektrischen Apparaten gewährt.

Auch durch Vergrößerung der Kabelnetze bemühten sich die Elektrizitätswerke den Stromverbrauch zu heben. Alle diese Maßnahmen bewirkten, daß die Zahl der Hausanschlüsse seit 1919 um 9680 stieg; die Zahl der

Konsumenten in Wien selbst ist in demselben Zeitraume von 176.000 auf 500.843 angestiegen. Hiezu kommen noch etwa 30.000 Konsumenten in den von den Elektrizitätswerken mit Strom versorgten Städten und Dörfern in Niederösterreich.

Der niedere Strompreis der Nachkriegszeit bewirkte auch den Anschluß fast aller Wiener Industrien an die Elektrizitätswerke, da sich ihnen die Erhaltung eigener Kraftanlagen angesichts der billigen Strompreise nicht mehr lohnte. Aber auch die Gemeinde selbst trug durch ihre großen Investitionen und Wohnhausbauten sowie durch die Ausgestaltung der städtischen Straßenbahnen zum hauptsächlichsten Massenbeförderungsmittel Wiens und die Elektrifizierung der seit dem Kriege eingestellt gewesenen Stadtbahn zur Vergrößerung der Stromerzeugung bei.

Da sämtlicher abgegebener Strom nach Zählertarif verrechnet wird, hat das sprunghafte Anwachsen der Abnehmerzahl auch im gleichen Maße eine Vermehrung der aufgestellten Elektrizitätszähler zur Folge



Kraftwerk Ebenfurth der städtischen Elektrizitätswerke

gehabt. Um die regelmäßige gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung dieser Zähler und die Instandhaltung unbrauchbar gewordener vornehmen zu können, wurde eine modern eingerichtete Zählereichstation und Zählerreparaturwerkstätte geschaffen. In diesen beiden Werkstätten können bei voller Ausnützung jährlich zirka 60.000 Zähler überprüft und justiert und 45.000 Zähler repariert werden.

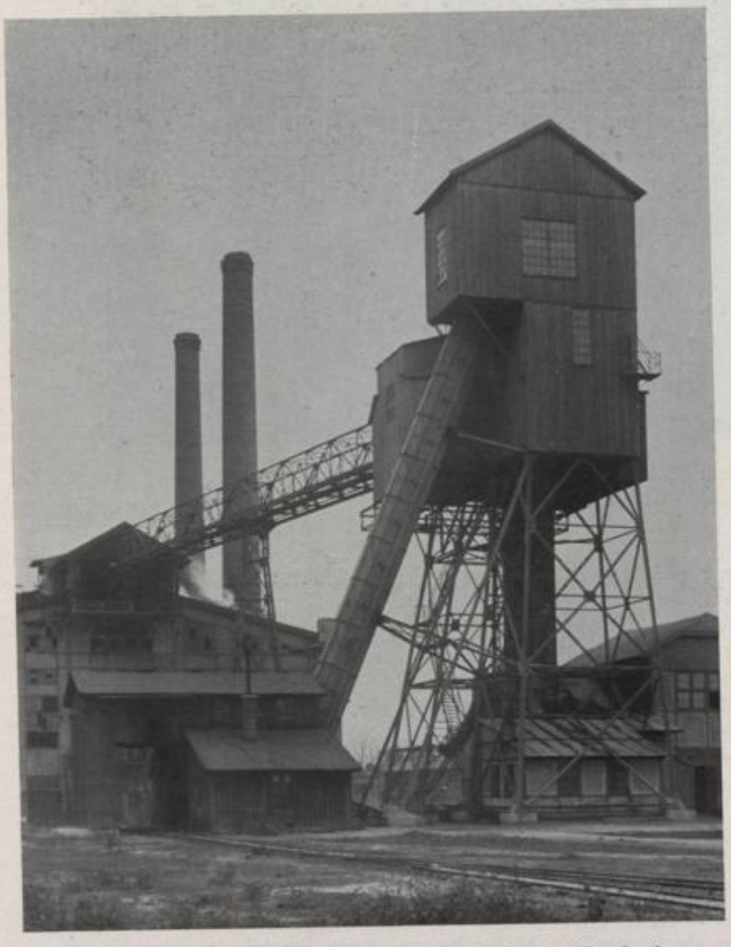
Die Vermehrung der Konsumentenzahl vergrößerte wohl gewaltig die Stromerzeugung der Elektrizitätswerke, aber leider zum überwiegenden Teile in den Tagesstunden und je mehr Wasserkraft die Elektrizitätswerke zur Stromerzeugung verwendeten, desto größer wurden die Schwierigkeiten, den in der Nacht zur Verfügung stehenden Strom zu verkaufen. Die Elektrizitätswerke haben dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zugewendet und die Hebung des Nachtstromkonsumes auf mehreren Wegen zu fördern getrachtet, vor allem durch Gewährung von Nachtstromrabatten an Industrien und Gewerbe durch die Herabsetzung des Strompreises für die Ladung von elektrischen Akkumulatoren und für Wärmespeicherung auf elektrischem Wege. Dann aber auch durch eine äußerst rege und zielbewußte Aufklärungspropaganda und durch einträchtiges Zusammenarbeiten mit der Industrie, um die Herstellung jener Apparate in Wien zu ermöglichen, die zu vorstehenden Zwecken nötig sind. Was die Speicherung der elektrischen Energie in den Akkumulatoren anbelangt, so kann sie in großem Maßstabe nur dann erreicht werden, wenn es

gelingt, den Automobilbetrieb in weitgehenderem Maße zu elektrifizieren. Die elektrischen Autodroschken für den Stadtverkehr, Kurswagen für den Zustellungsdienst der Post, der Spediteure und der Geschäfte, die Elektrifizierung der Kehrichtabfuhr und die Einfuhr der elektrischen Traktion im Autobusbetriebe kommen hier in Frage. Sie befinden sich gegenwärtig im Stadium des Versuches, doch sind auch hier schon Erfolge sichtbar.

Die Speicherung der elektrischen Energie in Form von Wärme läßt sich schon leichter durchführen. Hier ist es die elektrische Warmwasserspeicherung, mit der namentlich in der Schweiz große Erfolge erzielt wurden, die auch in Wien zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

Neben den Warmwasserspeichern haben sich auch die Ofenspeicher gut bewährt. Der elektrische Wärmespeicher für die Erzeugung von Warmwasser für den Haushalt, das Gewerbe, Industrie, für Ärzte, öffentliche Bäder usw. war bisher in Wien unbekannt und solche Apparate kaum erhältlich. Heute werden sie bereits, dank der Zusammenarbeit der Elektrizitätswerke und der Industrie in Wien in großem Maßstabe erzeugt und ihre Verwendung wird immer allgemeiner, wozu der billige Nachtstrompreis und die lebhafte Propaganda hauptsächlichst beitragen.

Was die elektrischen Speicher anbelangt, sind die Elektrizitätswerke selbst mit gutem Beispiel vorangegangen und haben den neuen Zubau bei ihrem Direktionsgebäude mit einer solchen Heizung ausgerüstet. Das Wasser wird in der Nacht in einer großen Speicheranlage mit einem Wasserfassungsraum von 66.000 Liter elektrisch aufgeheizt und erwärmt tagsüber die Räume des Hauses im Ausmaße von 16.000 Kubikmeter. In dem vorerwähnten Zubau hat die Direktion einen Ausstellungsraum eingerichtet, in dem Sonderausstellungen für die verschiedenen Gebiete der Elektrizitätsverwendung im Haushalte, in den verschiedenen Gewerben, in der Landwirtschaft und dergleichen veranstaltet werden. Die ausgestellten Apparate und Maschinen können von den Elektrizitätswerken auch auf Teilzahlungen bezogen werden.



Kohlenförderturm mit Schrägaufzug im Kraftwerk Ebenfurth

Im Direktionsgebäude befindet sich auch ein Vortragssaal, in welchem die bezüglichen Apparate demonstriert und im Betriebe vorgeführt werden. Insbesondere finden allwöchentlich Vorträge für Gewerbetreibende und für die Hausfrauen über die Verwendung der Elektrizität im Gewerbe und Haushalt, besonders beim Kochen statt, das auch praktisch vorgeführt wird.

Um die Verwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft zu heben, veranstalten die Elektrizitätswerke alljährlich Wandervorträge und Wanderausstellungen, bei denen sie eben sowie in dem vorerwähnten Vortragssaale von der Filmdarstellung ausgiebig Gebrauch machen. Dieser Art der Propaganda messen die Elektrizitätswerke einen großen Wert bei, da sie geeignet ist, elektrotechnische Kenntnisse zum Gemeingute des werktätigen Volkes zu machen. Sie wird ergänzt durch ausgiebige Lichtreklame und das Plakat.

Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung

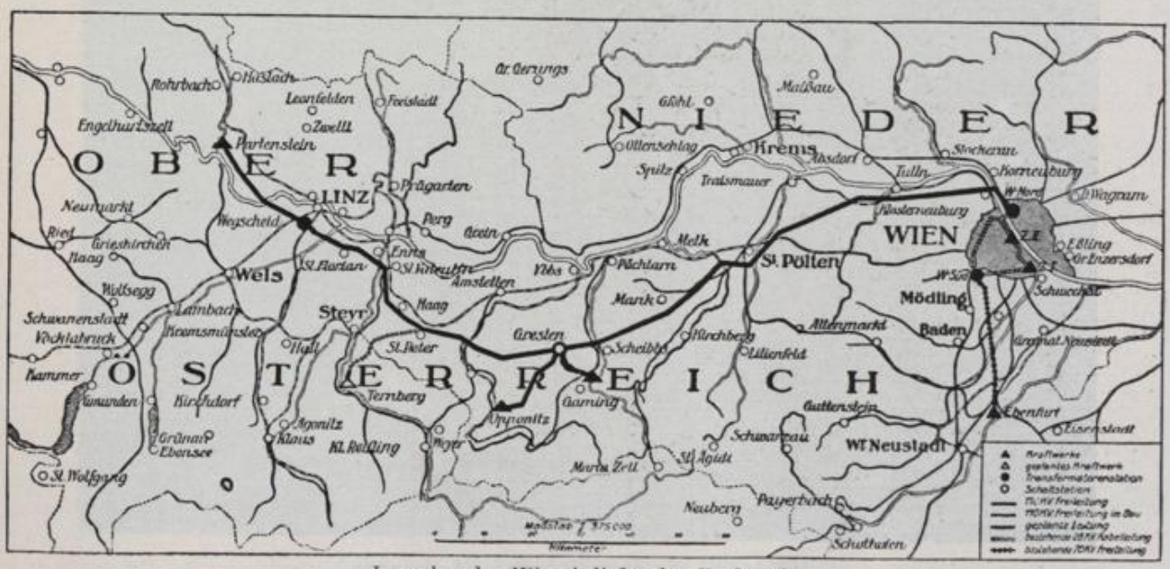
Durch den Ausbau der Wasserkräfte wurde der Gemeinde Wien eine weitgehende Ausgestaltung der öffentlichen Beleuchtung und ihre Elektrifizierung ermöglicht. Da der Stromverbrauch der öffentlichen Beleuchtung zu 76 Prozent in die konsumschwache Zeit zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens fällt,

wurde durch eine umfangreiche Vergrößerung der bis zum Jahre 1920 noch sehr kleinen elektrischen Beleuchtungsanlagen ein Konsum geschaffen, der zur Nachtbelastung der Wasserkraftwerke wesentlich

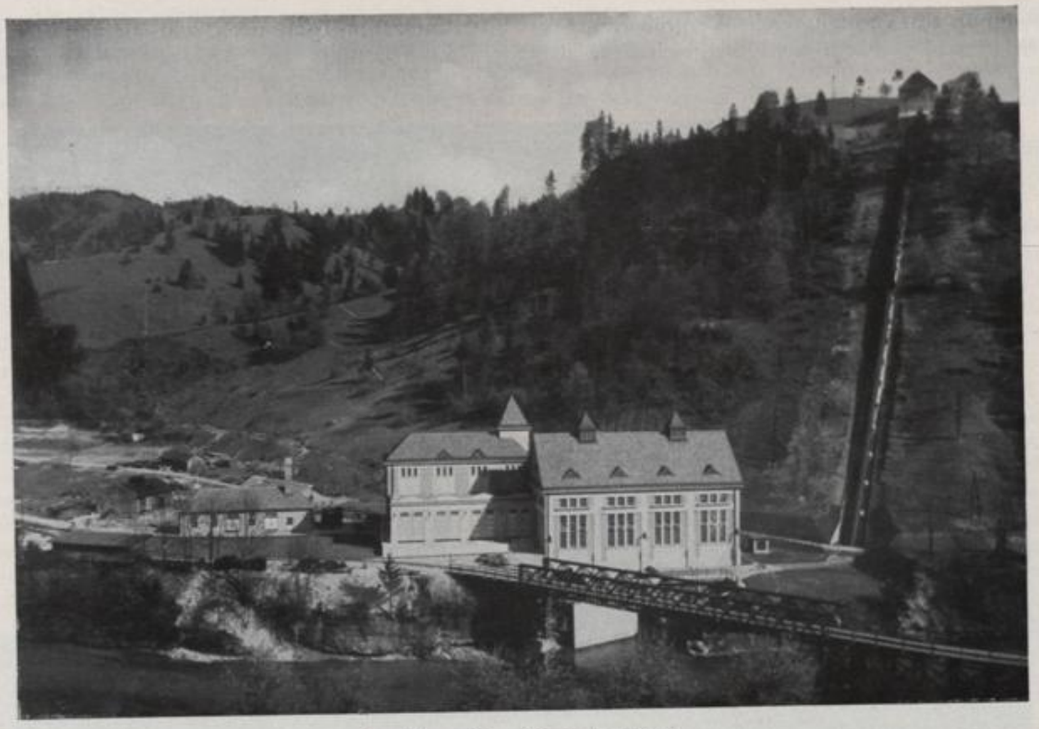


Umspannwerk „Süd"

beiträgt. Im Jahre 1923 wurde die Vergrößerung der elektrischen Straßenbeleuchtung begonnen und bereits anfangs 1926 die 10.000ste Lampe montiert und damit der Umfang der öffentlichen elektrischen



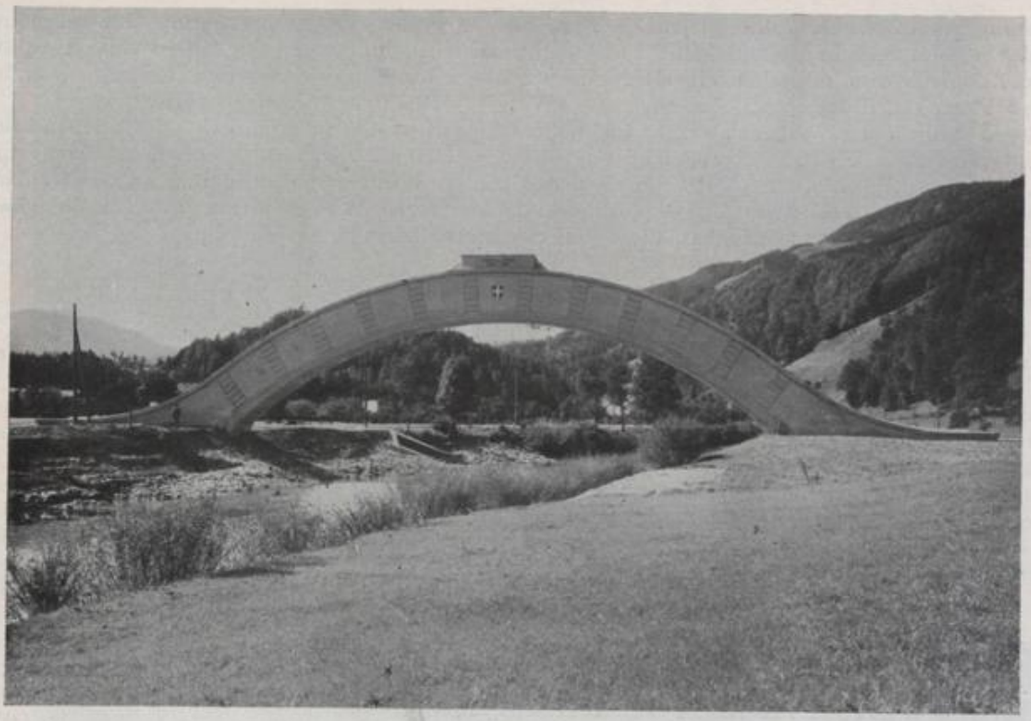
Lageplan der Wien beliefernden Kraftwerke



Das Opponitzer Wasserkraftwerk



Einlaufwehr in Göstling mit Entsandungsanlage



Überquerung des Ybbsflusses bei St. Georgen a. Reith



Aufstellung eines Abspannmastes bei Hilm-Kematen

Beleuchtung gegenüber den Jahren 1919 bis 1922 um das Sechsfache gesteigert. Im Winter 1926 waren neben der noch immer in weitem Maße vorhandenen Gasbeleuchtung 500 Straßen in einer Gesamtlänge von 370 Kilometer, das entspricht einer Strecke von Wien bis Krakau, elektrisch beleuchtet, außerdem noch 110 Plätze, 22 Brücken, 12 Siedlungen, 40 Wege, 16 Parkanlagen und 28 Höfe.

Gegenwärtig sind etwa 11.300 elektrische Straßenlampen installiert, die jährlich 7·3 Millionen Kilowattstunden verbrauchen. Sie strahlen ungefähr 4·2 Millionen Hefnerkerzen aus. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß vor dem Kriege die Beleuchtung der gesamten Wiener Straßen durch 45.500 Gasflammen mit einer Lichtstärke von zusammen 3·4 Millionen Hefnerkerzen besorgt wurde, so wird die gewaltige Verbesserung der Beleuchtung offenbar, die durch die Elektrifizierung erreicht worden ist.

Technische Entwicklung der kalorischen Werke

Zu Ende des Krieges betrieben die städtischen Elektrizitätswerke drei Kraftwerke, von denen die beiden größeren, Simmering und Engerthstraße, ausschließlich auf den Betrieb auswärtiger Kohle eingerichtet waren, während das mit werkseigener Kohle arbeitende Kraftwerk Ebenfurth noch nicht ausgebaut war. Überdies war noch ein kleiner Teil der Dampfanlage der im Jahre 1914 übernommenen Zentrale der ehemaligen Allgemeinen Österreichischen Elektrizitätsgesellschaft in Betrieb. Heute, sieben Jahre nach dem Zusammenbruche, arbeiten in die Netze der städtischen Elektrizitätswerke das Simmeringer Kraftwerk, aber nicht mehr zur Gänze mit Auslandkohle, sondern unter Verwendung inländischer Braunkohle zum Zumischen, ferner das nunmehr auf Inlandkohle umgestellte Kraftwerk Engerthstraße und das voll ausgebaute Kraftwerk Ebenfurth, das Zillingdorfer Kohle verheizt; weiters die beiden von der Wasserkraftwerke A. G. erbauten Wasserkraftwerke Opponitz und Gaming und mehr als die Hälfte des von der oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-A. G. erbauten Kraftwerkes Partenstein. Da das Netz der OWEAG mit dem Stromversorgungsnetze der Wasserkraftwerke der Stern & Hafferl A. G. zusammenhängt, so kommt auch Strom aus dem Salzburgischen nach Wien.

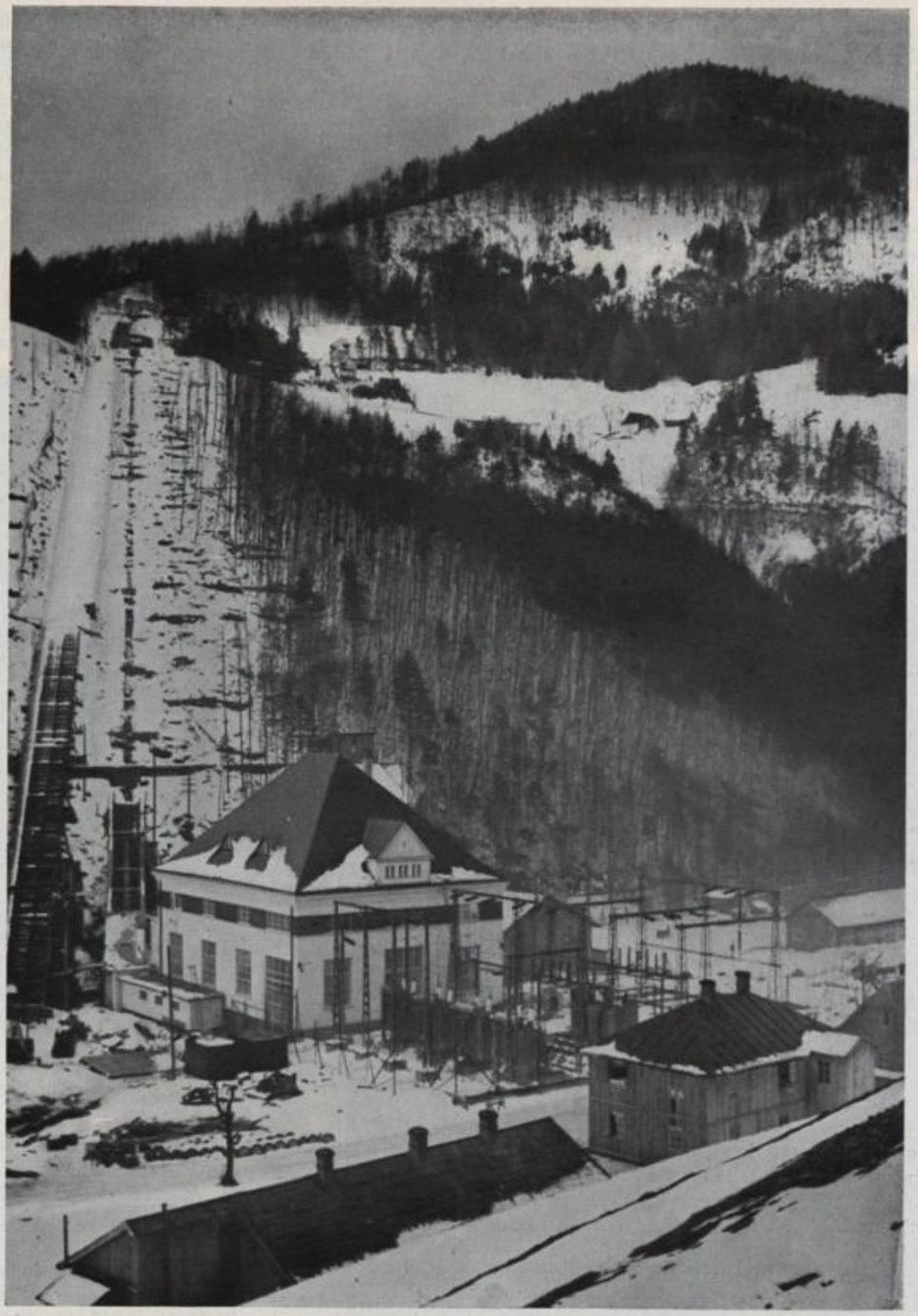


Mast im Inundationsgebiet der Donau bei Klosterneuburg

Nebst diesen Großkraftwerken beliefern noch sechs kleine, im Stadtgebiete gelegene Wasserkraftanlagen der Wiener Hochquellenleitung und die an das Fernleitungsnetz des Ebenfurther Kraftwerkes angeschlossenen kleinen Wasserkraftanlagen sowie die Niederösterreichische Elektrizitätswirtschafts-A.G. die Stadt Wien.

Dies stellt eine Verbundwirtschaft dar, die sich schon jetzt über die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg sowie teilweise über das Burgenland erstreckt. Der Anschluß an das steirische Stromversorgungsgebiet ist nur eine Frage der Zeit.

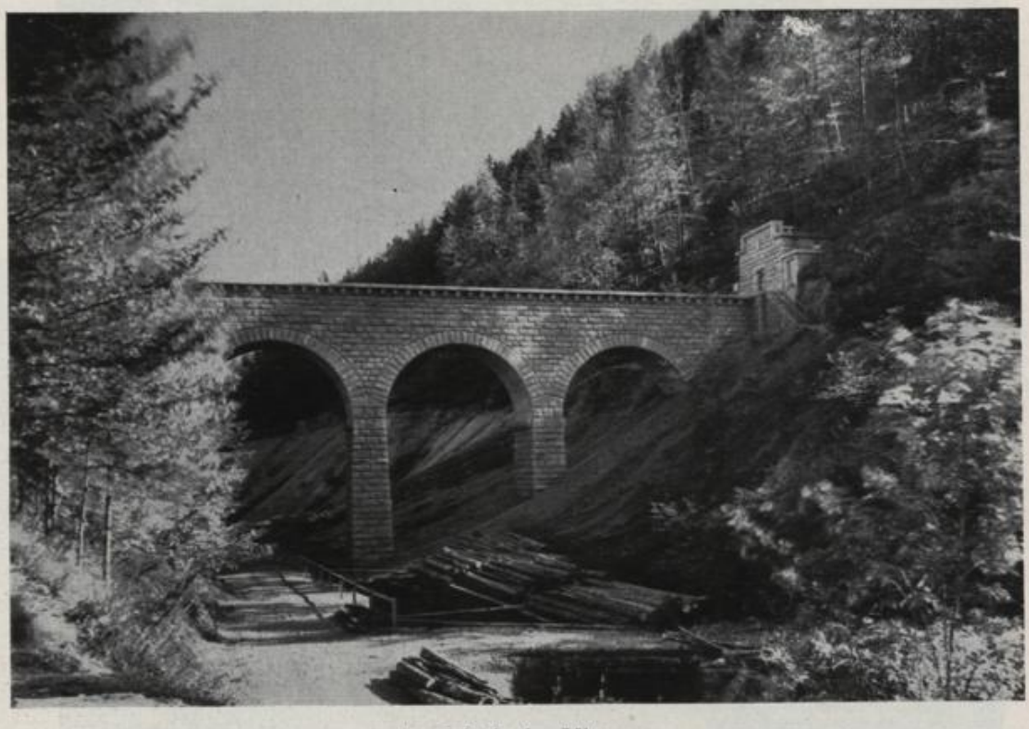
Das Kraftwerk Simmering, auch heute noch die größte Zentrale der städtischen Elektrizitätswerke, leistet effektiv rund 60.000 Kilowatt. Es sind 62 Kessel mit 23.000 Quadratmeter Heizfläche vorhanden, die installierte Maschinenleistung beträgt 110.500 Pferdestärken. Die Anlage arbeitet mit Mitteldruck von 14 Atmosphären in den Kesseln bei einer Temperatur von



Kraftwerk Gaming und Freiluftschaltanlage

300 Grad Celsius. Die Generatoren erzeugen 5500voltigen Drehstrom, der mit dieser Spannung in die Stadt geleitet und dort in Unterwerken, beziehungsweise Transformatorenanlagen in Gleichstrom, beziehungsweise Drehstrom der bezüglichen Verbrauchsspannung umgewandelt wird. Die Zentrale beliefert auch die beiden Lokalbahnen Wien—Preßburg und Wien—Baden mit Strom. Während sie ursprünglich die Grund-

belastung lieferte, besorgt sie seit dem Ausbau der Wasserkraftwerke den größten Teil des Jahres über nur die Spitzendeckung und dient auch als Reserve bei Störungen in der Fernversorgung. Gegenwärtig erfährt sie, wie schon erwähnt, einen Umbau. Zwölf alte Kessel werden durch vier mit Staubfeuerung versehene Steilrohrkessel von je 1150 Quadratmetern wasserbespülter Heizfläche, 700 Quadratmetern Überhitzerfläche und 1000 Quadratmetern Vorwärmerfläche ersetzt, die Dampf von 35 Atmosphärenüberdruck und 400 Grad Celsius Überhitzung liefern werden. Mit diesen werden zwei Dampfturbinenaggregate betrieben werden, und zwar eine dreigehäusige Zweidruck-Anzapfdampfturbine von je 21.500 Pferdestärken normaler und 27.000 Pferdestärken maximaler Dauerleistung und eine dreigehäusige Eindruck-Anzapfdampfturbine von 30.000 Pferdestärken normaler und 37.500 Pferdestärken maximaler Dauerleistung. Beide für eine Umdrehungszahl von 3000 Minutentouren gebaut und mit selbstbelüfteten und eigen erregten Generatoren von 18.700 Kilovolt-Amperen, beziehungsweise 25.000 Kilovolt-Ampereleistung gekuppelt, deren Kühlluft in mit Frischwasser beaufschlagten, glattrohrigen Rückkühlanlagen im Kreislauf gekühlt wird. Die Zweidrucksteuerung der kleineren



Aquedukt in der Mitterau

Turbinen ermöglicht es, den Mitteldruckdampf der alten Anlagen mitzuverwenden und dadurch die große Speicherkapazität der bestehenden Mitteldruckkesselanlage für Stoßbeanspruchungen heranzuziehen. Die Einführung der Staubfeuerung ermöglicht hinwieder, wie schon bemerkt wurde, die Verwendung inländischer minderwertigen Kohlen auch in diesem Kraftwerke. Die neue Anlage wird 1927/28 dem Betrieb übergeben werden.

In dem von der Internationalen Elektrizitätsgesellschaft übernommenen Kraftwerke Engerthstraße wurde für die Netze dieser Gesellschaft 2000voltiger Wechselstrom erzeugt. Die städtischen Elektrizitätswerke haben die alten Dampfmaschinen schon vor dem Kriege durch Dampfturbinen ersetzt und auch die Erzeugung von Drehstrom in diesem Kraftwerke schon im Jahre 1912 unter Aufstellung von drei neuen Dampfturbinen in Angriff genommen. Nach dem Kriege erfolgte ein weitgehender Umbau der veralteten Kesselanlagen und die Einführung von Pluto-Stocker Rosten, wodurch die Verwendung ausländischer Kohle in diesem Werke schon im Jahre 1923 entfallen konnte. Die grundlegendste Änderung in diesem Kraftwerke war die Auflassung der direkten Erzeugung des Zweiphasen-Wechselstromes. Sie erfolgt heute ausschließlich durch Umwandlung des in allen Kraftwerken nunmehr allein erzeugten 5000voltigen Drehstromes in Zweiphasen-Wechselstrom mittels Transformatoren mit Skottscher Schaltung.

Statt einer demontierten alten 7000-Pferdestärken leistenden Dampfturbine wurde eine moderne, schnellaufende von 7500 Pferdestärken Leistung und im abgelaufenen Jahre noch eine weitere Dampfturbine von 17.000 Pferdestärken Leistung aufgestellt.

Die Kesselanlage wurde durch Aufstellung größerer Kessel auf 6814 Quadratmeter bei 2224 Quadratmeter Überhitzerheizfläche und 3632 Quadratmeter Vorwärmerheizfläche gebracht. Die Leistungsfähigkeit der Maschinenanlage beträgt nunmehr 55.800 Pferdestärken. Überdies wurde ein Werkstättengebäude und ein Wohlfahrtshaus neu erbaut.

Auch das Überlandkraftwerk Ebenfurth wurde seit dem Kriege wesentlich ausgebaut und die Leistung der Zillingdorfer Bergbaue in entsprechender Weise gesteigert. Es wurde ein neues Kesselhaus für acht Hochleistungskessel von je 500 Quadratmetern Heizfläche errichtet, ein Dampfturbinenaggregat von 20.000 Pferdestärken Leistung aufgestellt und so die nach dem Kriege bestandene Kraftwerksleistung von 16.000 Pferdestärken auf 52.000 Pferdestärken erhöht. Die nunmehr zur Verfügung stehende wasserbespülte Kesselheizfläche beträgt 8030 Quadratmeter, die Überhitzerheizfläche 2760 Quadratmeter, die Vorwärmerheizfläche 4688 Quadratmeter.

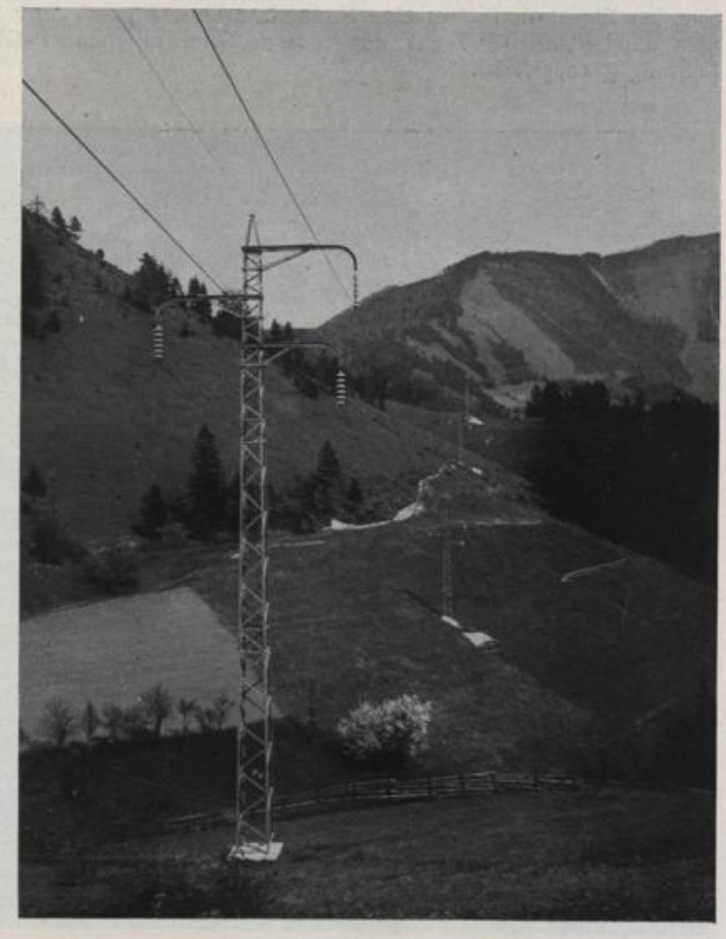
Um die vergrößerte Leistung nach Wien übertragen zu können, wurde die Spannung der 39 Kilometer langen Fernleitung von 35.000 Volt auf 70.000 Volt erhöht. Die Transformatorenleistung in Ebenfurth sowie der Endstation der Fernleitung in Wien, dem Umspannwerk Süd, wurde von 20.000 auf 40.000 Kilovolt-Ampere erhöht.

Das 16.000-Volt-Freileitungsnetz, das zur Versorgung der Ortschaften zwischen Wien und Ebenfurth zum Teil noch während des Weltkrieges erbaut wurde, ist vergrößert und mit einer Anzahl von kleineren privaten Wasserkraftanlagen verbunden worden, die ihren von den Besitzern nicht benötigten Strom in dieses Netz abgeben.

Der technische Aufbau der neuen Wasserkraftwerke

Das Bild auf Seite 61 zeigt den Zusammenhang der nach dem Kriege neu erbauten Großwasserkraftwerke und der zur Stromlieferung nach Wien verpflichteten oberösterreichischen Wasserkräfte mit dem Wiener Netz.

Das Wasserkraftwerk Opponitz begann Ende 1924 mit der Stromlieferung nach Wien. Seine konsentierte Höchstwassermenge beträgt 10 Kubikmeter je Sekunde, woraus sich bei einem Nutzgefälle von 112 Metern eine Höchstleistung von 12.000 Pferdestärken oder 10.500 Kilowatt ergibt. Die mittlere Jahresleistung beträgt ungefähr 9000 Pferdestärken, was einer Lieferung von 50 Millionen Kilowattstunden jährlich entspricht. Zur Gewinnung dieser Energie wird die Ybbs in der zweiten Biegung der S-Schlinge, oberhalb des Ortes Opponitz, gefaßt und in einem 11 Kilometer langen Oberwasserstollen dem Kraftwerke zugeführt. In diesem Kraftwerke sind drei Einfach-Spiral-Francis-Turbinen aufgestellt, die bei voller Beaufschlagung je 5000 Pferdestärken leisten und mit Drehstromgeneratoren von 5000-Kilovolt-Ampere-Leistung gekuppelt sind. Die von den Generatoren mit 5000 Volt gelieferte Strommenge wird zum kleineren Teile zur Versorgung des Ybbs-



Freileitung Gaming-Gresten

tales auf 20.000 Volt und zum überwiegend größeren Teile für die Fortleitung nach Wien auf 110.000 Volt transformiert.

Zwei 20.000-Volt-Transformatoren speisen zwei Freileitungen für das Ybbstal an und haben eine Leistung von je 600 Kilovolt-Ampere. Die Transformierung auf 110.000 Volt besorgen drei Einphasentransformatoren mit einer Leistung von je 4000 Kilovolt-Ampere, die zu einer Drehstromgruppe von 12.000-Kilovolt-Ampere-Leistung vereinigt sind. Für den Eigenbedarf dient ein 85-Kilovolt-Ampere-Transformator. Eine Doppelfreileitung führt über das Schaltwerk Gresten nach Wien, wo sie am linken Donauufer im Schaltwerke „Nord" im XXI. Bezirke endigt.

Im Jahre 1926 übernahmen die städtischen Elektrizitätswerke das zweite Wasserkraftwerk der WAG, das in Kienberg-Gaming liegt, zum Betriebe. Dieses Wasserkraftwerk nützt das Gefälle der zweiten Wiener Hochquellenleitung aus, das auf einer Länge von 8 Kilometer zwischen Lunz und Gaming 211 Meter beträgt. Das effektive Nutzgefälle des Kraftwerkes beträgt 188 Meter und liefert bei einer Wassermenge von 2·315 Kubikmeter/Sekunden und einem Wirkungsgrade der Turbine von 87 Prozent eine Leistung von 5050 Pferdestärken an der Turbinenwelle. Die Leistung der Drehstromgeneratoren beträgt 3500 Kilowatt und die Gesamtleistung des Kraftwerkes 4200 Kilowatt. Da die Wassermenge der Wasserleitung nahezu während des ganzen Jahres konstant ist, beträgt die Jahreserzeugung des Kraftwerkes 30 Millionen Kilowattstunden. Die Wasserführung mußte mit Rücksicht auf die Verwendung des Betriebswassers als Trinkwasser durchwegs in Stollen erfolgen. Der Oberwasserstollen von einer Länge von 7950 Metern endet in einem Wasserschloß, das durch eine Druckrohrleitung mit dem Kraftwerke verbunden ist, die wiederum mit Rücksicht auf die Trinkbarkeit unterirdisch verlegt wurde. Der ebenfalls vollständig gedeckte Unterwasserkanal mündet in den alten Trinkwasserleitungsstollen. Die beiden Francis-Spiralturbinen des Werkes wurden aus der gleichen Rücksicht besonders sorgfältig konstruiert und ausgeführt.

Die Leistung der Generatoren beträgt 6000 Kilovolt-Ampere, sie erzeugen 5000 Volt Drehstrom. Für den Eigenbedarf dient eine Freistrahlturbine, die auf einer Seite mit einem Drehstromgenerator von 37·5 Pferdestärken und auf der anderen Seite mit einem Gleichstromdynamo von 17 Pferdestärken Leistung gekuppelt ist.



Freiluftschaltanlage Gresten

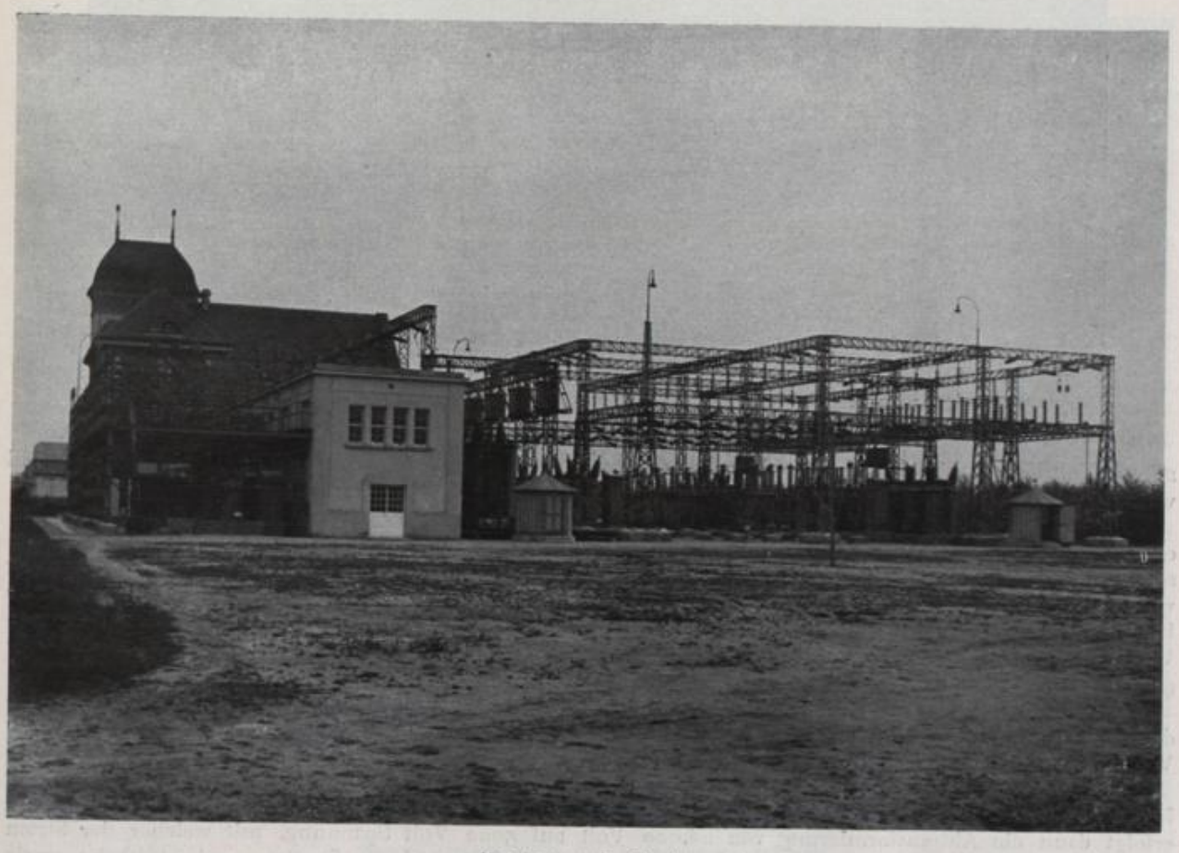
Zur Transformierung des 5000-Volt-Drehstromes auf 110.000 Volt wurden wie im Kraftwerke Opponitz 5000/66.000-Volt-Einphasentransformatoren aufgestellt, von denen jeder eine Leistung von 2000 Kilovolt-Ampere hat, was eine verkettete Leistung von 6000 Kilovolt-Ampere ergibt. Die 5000/66.000-Volt-Transformatoren sowie die 110.000-Volt-Schaltanlage sind im Freien montiert. Vom Kraftwerk zieht eine 9·5 Kilometer lange Einfachfreileitung bis zur Schaltanlage in Gresten, wo sie an die Freileitung Opponitz—Wien angeschlossen ist.

Der Anschluß an das Wasserkraftwerk Partenstein der OWEAG erfolgt in Wegscheid bei Linz. Von Wegscheid führt zur Schaltanlage Gresten eine von den städtischen Elektrizitätswerken errichtete, 72 Kilometer lange Freileitung, die im Teile St. Peter—Gresten unter Berücksichtigung des später noch auszubauenden Ennskraftwerkes als Doppelleitung ausgebaut ist.

Die Schaltanlage Gresten bildet den Knotenpunkt des 110.000-Volt-Freileitungsnetzes und ist, wie aus der Abbildung ersichtlich, als Freiluftstation ausgeführt. Für den Eigenbedarf wurde die Schaltanlage an die 10.000-Volt-Freileitung des Elektrizitätswerkes Ybbsitz angeschlossen. Zur Reserve dient überdies ein Dieselaggregat. Von dieser Schaltanlage führt die schon erwähnte 120 Kilometer lange Doppelfreileitung nach Wien und mündet in der in Floridsdorf errichteten Freiluftstation des Umspannwerkes Nord.

Im Umspannwerke Nord erfolgt die Überleitung des Wasserkraftstromes in das Wiener Netz derzeit durch zwei aus Einphasentransformatoren bestehenden Transformatorengruppen von insgesamt 36.000 Kilovolt-Ampere-Leistung, welche die Betriebsspannung des einlangenden Drehstromes von 110.000 Volt auf 28.000 Volt umwandeln. Mit Rücksicht auf die erhöhte Stromlieferung aus dem Partensteiner Kraftwerke wird diese Transformatorenanlage durch eine dritte im Bau befindliche Gruppe von 18.000 Kilovolt-Ampere-Leistung ergänzt. Die gesamte 110.000-Volt- und 28.000-Volt-Schaltanlage ist im Freien auf Eisengerüst als sogenannte Freiluftanlage ausgeführt. Der Kraftstrom wird vom Umspannwerk teils in das 28-000-Volt-Kabelnetz, teils nach neuerlicher Transformierung, in das 5000-Volt-Kabelnetz geliefert.

Die zur Betriebsführung unbedingt notwendige Verständigung zwischen Wien und dem Kraftwerke wird durch leitungsgerichtete Hochfrequenztelephonie bewirkt, die nach dem Prinzipe der drahtlosen



Umspannwerk „Nord"

Telephonie arbeitet, bei der jedoch die Wellen sich nicht durch die Luft, sondern längs der Hochspannungsleitung fortpflanzen. Außerdem sind noch die Kraftwerke an das staatliche Fernsprechnetz angeschlossen.

Das neue System der Stromerzeugung und -verteilung

Aus den Kraftwerken wurde früher der Drehstrom mit 5000 Volt Spannung und 50 Perioden, der Wechselstrom aus dem I. E. G.-Werke mit 2000 Volt Spannung und 50 Perioden fortgeleitet. Bei der Errichtung des Ebenfurther Kraftwerkes wurde der Endpunkt der bezüglichen Fernleitung in Wien, das Umspannwerk Süd, durch 28.000-Volt-Kabel mit dem Simmeringer Kraftwerke verbunden. Nach Erbauung der Wasserkräfte wurde auch das Umspannwerk Nord, mit dem sie in Wien enden, durch



Umspannwerk „Schmelz"

28.000-Volt-Kabel mit den Kraftwerken Engerthstraße und Simmering sowie dem Umspannwerke Süd verbunden. Dies war der Anfang einer weitgehenden Änderung des gesamten Stromlieferungssystems.

In Wien ist es wie in anderen Großstädten nicht mehr möglich, die großen in den Kraftwerken erzeugten Energien mit 5000-Volt-Spannung in das Konsumgebiet zu bringen. Wirtschaftliche Rücksichten sowie die Bedachtnahme auf die Betriebssicherheit machen es nötig, auch in Wien auf die höhere Spannung von 28.000 Volt überzugehen. Zu diesem Zwecke werden in den Kraftwerken Simmering und Engerthstraße Umspannwerke erbaut, in welchen der Strom von der Erzeugungsspannung von 5500 Volt auf 28.000 Volt auftransformiert und durch Kabel in eine Anzahl von Umspannwerken geleitet wird, die im Stadtgebiete erbaut werden sollen.

Vorläufig sind es fünf solcher Werke, die durch 28.000-Volt-Kabel derart angespeist werden sollen, daß die Stromlieferung immer von mindestens zwei Kraftquellen aus erfolgen wird, derart, daß beim Versagen der einen die andere die gesamte Stromlieferung übernehmen kann.

In den fünf Umspannwerken, von welchen zwei, nämlich das auf der Schmelz und jenes in Michelbeuern schon teilweise fertig und in Betrieb sind, sowie in den Umspannwerken Süd und Nord erfolgt dann die Abtransformierung von 28.000 Volt auf 5000 Volt Spannung, mit welcher der Strom den Umformerwerken für das mit Gleichstrom versorgte Gebiet und die Straßen- und Stadtbahn sowie

in die Transformatorenstationen der mit Drehstrom versorgten Gebiete geleitet werden soll, und zwar derart, daß jedes der Umformerwerke an zwei Umspannwerke angeschlossen wird, um eine größere Betriebssicherheit zu erzielen. Zur Erhöhung der Betriebssicherheit wird auch der im Zuge befindliche Einbau von Strombegrenzungsreaktanzen, Erdschlußlöschern und Selektivschutzrelais in die Kabelnetze dienen, während zur Verbesserung des Wirkungsgrades im Drehstromgebiete auch eine Anzahl von sogenannten Phasenschiebern aufgestellt wird, von denen zwei in den beiden Umspannwerken Nord und Süd bereits mit bestem Erfolg in Betrieb sind. Der Erhöhung des Konsumes entsprechend, wird auch die Zahl der Umformerwerke und der Transformatorenstationen ständig vermehrt. Eines dieser Umformerwerke, das ist jenes in Sechshaus, ist bereits fertiggestellt, ein zweites in Ottakring im Bau.

Während die städtischen Elektrizitätswerke früher nur Motorgeneratoren für die Umwandlung des Drehstromes in Gleichstrom für Beleuchtung, Kraftübertragung und die Straßenbahnen verwendeten, werden jetzt solche Maschinen nur noch für die Beleuchtung und Kraftübertragung benützt. Die in den Jahren 1924/25 elektrifizierte Stadtbahn erhält ihren Gleichstrom von 700 Volt Spannung aus Quecksilberdampfgleichrichteranlagen, vier an der Zahl, und von einem fahrbaren Einankerumformer von zusammen 10.480 Kilowattleistung. Die Motorgeneratoren für die Belieferung der Straßenbahnen werden allmählich durch Quecksilberdampfgleichrichter ersetzt, womit in dem Umspannwerke Schmelz, in den Umformerwerken Speising, Döbling und Sechshaus bereits begonnen wurde, während in der für Stadtbahnzwecke errichteten Gleichrichteranlage Hauptzollamt auch noch Quecksilberdampfgleichrichter für den Betrieb der Straßenbahnen aufgestellt wurden.

Neuestens verwenden die städtischen Elektrizitätswerke auch Quecksilberdampfglasgleichrichter zur Verbesserung der Spannungsverhältnisse in den Gleichstromnetzen der alten Gemeindebezirke.

Die im Vorstehenden geschilderten Änderungen und Neuerungen werden noch einige Jahre dauern und erfordern ebenso wie die als erste Etappe des Ausbauprogrammes der städtischen Elektrizitätswerke bereits durchgeführte Vereinheitlichung der primären Stromerzeugung in den verschiedenen von den bestandenen Gesellschaften übernommenen Werken (5000 Volt Drehstrom mit 50 Sekunden-Perioden)

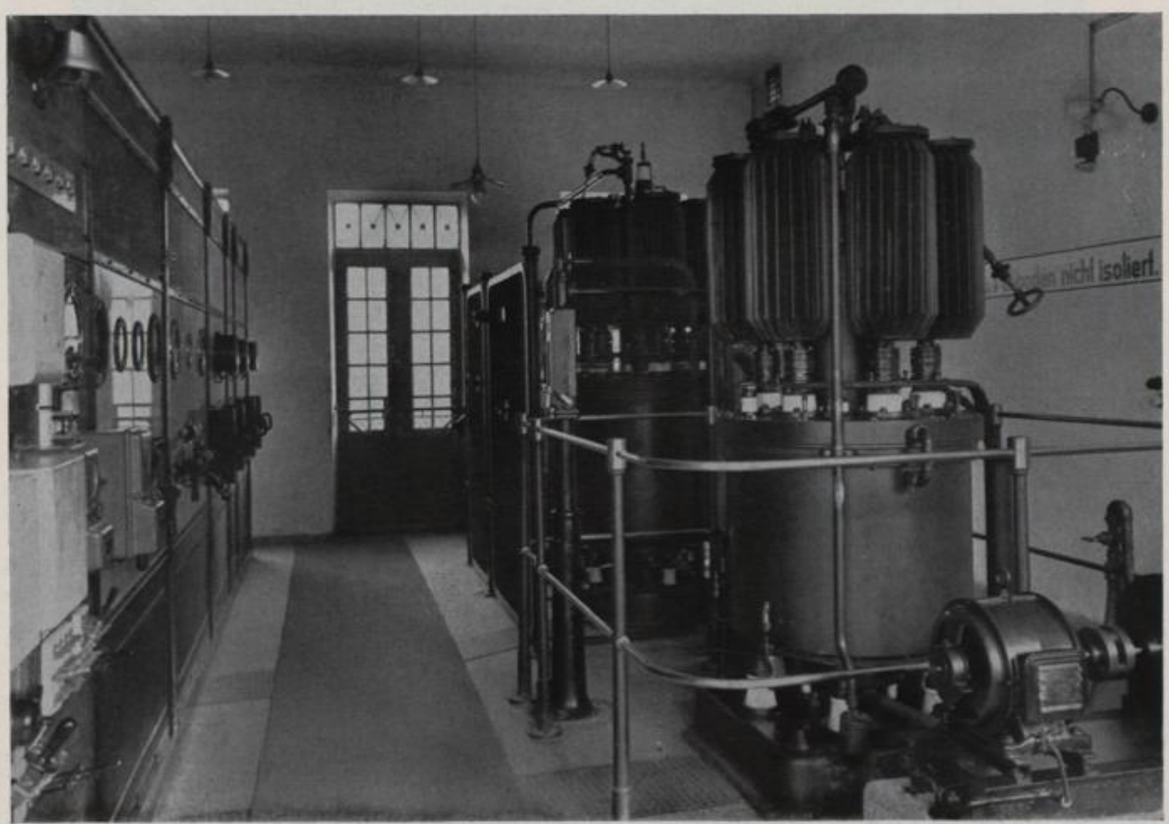


Sammelschienenraum im Umspannwerk Schmelz

ganz ungeheuere Kosten. Sie werden aber die städtischen Elektrizitätswerke in die Lage setzen, die nach Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs zu gewärtigenden Stromkonsumerhöhungen bewältigen zu können und im übrigen die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und seine Sicherheit in hohem Maße erhöhen. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß die von der Wiener Elektrizitätsgesellschaft übernommene 2×110-Volt-Gleichstromverteilung vollkommen aufgelassen wird, die von der Allgemeinen Österreichischen Elektrizitätsgesellschaft herrührende 4×110-Volt-Verteilung aber bis auf weiteres noch bleiben soll, weil die Kosten der Abänderung heute noch unwirtschaftlich wären.

Um das Bild zu vervollständigen, sei erwähnt, daß sich die Zahl der Unterwerke für den Kraft-, Licht- und Bahnbetrieb nach dem Kriege von 12 auf 19 Stationen mit 82 Umformern mit einer Gesamtleistung von 75.600 Kilowatt erhöhte, daß 32 Quecksilberdampfgleichrichter mit einer Leistung von 20.900 Kilowatt neu aufgestellt und die Kapazität der in den Umformerwerken für das Gleichstromnetz eingebauten 29 Akkumulatorenbatterien auf 14.163 Kilowatt erhöht wurde. Die Leistungen der Transformatorenanlagen wurden von 35.154 Kilovolt-Ampere auf 107.730 Kilovolt-Ampere bei einer Vermehrung der Transformatorenzahl von 395 auf 1525 gesteigert. Die Länge des Kabelnetzes vermehrte sich um 540 auf 6055 Kilometer und überdies wurden an der Peripherie der Stadt etwa 55 Kilometer Freileitungsnetze ausgeführt.

Immerzu schreitet der Ausbau der Elektrizitätswerke, die gezwungen sind, sich jetzt schon wieder mit den Projekten für den Ausbau neuer Kraftwerke und mit der Sicherung weiteren Fremdstrombezuges zu beschäftigen. Diese Arbeiten erstrecken sich unter anderem auch auf eine für ein künftiges Wasserkraftwerk oder den neuen Hochdruckblock verwendbare Pumpenakkumulierungsanlage in der Nähe von Wien zur Erzeugung von Spitzenstrom mit überschüssiger, bei Nacht nicht verkäuflicher Energie sowie mit der eventuellen Wiedererrichtung eines Kraftwerkes auf der Area der bestandenen ehemaligen Allgemeinen Österreichischen Elektrizitätsgesellschaft in der Oberen Donaustraße in Verbindung mit einem Fernheizwerk für die inneren Stadtbezirke, durchwegs Studien, die notwendig sind, um alles vorkehren zu können, wenn der in Österreich so sehnlichst erwartete Wiederaufstieg beginnt und der Strombezug stärker anwächst.



Quecksilberdampfgleichrichter-Anlage in Speising

Die städtischen Straßenbahnen

Von Ing. Ludwig Spängler, Direktor der Städtischen Straßenbahnen

Der Werdegang der Wiener Straßenbahnen ist einerseits durch die Umwandlung des Pferde- und Dampfbetriebes in den elektrischen Betrieb, andererseits durch die Verstadtlichung sämtlicher Linien gekennzeichnet.

Die erste Pferdebahnlinie wurde im Jahre 1865 von einer belgischen Firma erbaut und führte vom Schottentor über eine Strecke von dreieinhalb Kilometern nach Hernals. Die Linien dieses Unternehmens gingen im Jahre 1868 in den Besitz der Wiener Tramway-Gesellschaft über, welche ihr Netz ständig erweiterte und am 28. Jänner 1897 die erste elektrische Linie eröffnete. Die Wiener Tramway-Gesellschaft liquidierte ihr Unternehmen im Jahre 1899 und wurde durch die Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen ersetzt. Diese Gesellschaft war, nachdem die Gemeinde Wien am 24. März 1899 die Konzession für ein Netz normalspuriger, mit elektrischer Kraft zu betreibender Kleinbahnlinien erhalten hatte, unter denen sich neben den Linien der Wiener Tramway-Gesellschaft viele neu zu erbauende Linien befanden, von der Firma Siemens & Halske A. G. zum Umbau der Pferdebahnlinien auf den elektrischen Betrieb und zum Bau eines Teiles der neuen Linien ins Leben gerufen worden und hatte in dem hierüber mit der Gemeinde Wien am Ende des Jahres 1899 abgeschlossenen Vertrage diese Aufgaben nebst der Betriebsführung auf allen Linien übernomman.

Da die Gesellschaft den Anforderungen der Gemeinde nicht nachkommen konnte und die Gemeinde überdies im selben Jahre den Entschluß gefaßt hatte, neben einem Werke für Beleuchtungs- und Kraftstrom ein eigenes Bahnwerk zu errichten, zielte die natürliche Entwicklung auf die vollständige Verstadtlichung der Straßenbahnen. Sie wurde noch durch die Erwägung gefördert, daß das Betriebsunternehmen in der Hand der Gemeinde die wichtigen Begünstigungen des Kleinbahngesetzes, nämlich die neunzigjährige Konzessionsdauer, die Steuer- und Gebührenbefreiung und den Verzicht auf das staatliche Einlösungs- und Heimfallsrecht zu gewärtigen hatte und ferner all dem gerecht werden konnte, was die Bevölkerung von einem Hauptverkehrsmittel verlangen muß. Die Gemeinde Wien kaufte daher ab 1. Jänner 1902 die Linien der Bau- und Betriebsgesellschaft samt dem ganzen Wagenpark und betraute die Siemens & Halske A. G. mit dem Ausbau des Netzes und dem Betriebe des ganzen Unternehmens bis längstens 31. Dezember 1903. Gleichzeitig ließ die Gemeinde Wien das Unternehmen im Handelsregister unter der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" eintragen.

Der nächste Schritt zur Verstadtlichung der Wiener Straßenbahnen war die Erwerbung der nächstgrößten Straßenbahn, nämlich der im Jahre 1873 gegründeten Neuen Wiener Tramway. Am 25. Juli 1902 erwarb die Gemeinde die Konzession für das Netz dieser Gesellschaft und schloß am 5. August desselben Jahres mit der Österreichischen Länderbank einen Vertrag über den Umbau der Linien auf den elektrischen Betrieb und mit der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft einen Ablösungs- und Betriebsvertrag ab. Den Umbau hatten die Österreichischen Schuckertwerke zu besorgen, der Betrieb sollte durch die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft im Vollmachtsnamen und auf Rechnung der Gemeinde Wien, so wie dies auch mit der Siemens & Halske A. G. vereinbart worden war, bis längstens 31. Dezember 1903 geführt werden.

Da sich die betriebsführenden Gesellschaften nicht entschließen konnten, gewisse Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete, insbesondere eine Besserstellung ihrer Angestellten, durchzuführen, übernahm die Gemeinde Wien schon vom 1. Juli 1903 an alle Straßenbahnlinien in den Eigenbetrieb, unbeschadet der bestehenden Verträge über den restlichen Ausbau der Linien.

In Weiterverfolgung der Verstadtlichungsbestrebungen kaufte die Gemeinde Wien im Jahre 1904 die von der Bahnbau- und Betriebsunternehmung Ritschl & Co. im Jahre 1898 gebaute elektrische Bahn nach Kagran und erhielt noch im gleichen Jahre die Konzession für diese Linie.

Im Weichbilde der Stadt standen jetzt nur mehr drei Lokalbahnunternehmungen in privatem Betrieb: die Dampftramway vormals Krauß & Co., die Lokalbahn Wien—Guntramsdorf der Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen und die Zahnradbahn auf den Kahlenberg. Für den großstädtischen Verkehr kam nur die erste in Betracht. Sie bestand einerseits aus einer Linie Wien—Augartenbrücke—Floridsdorf—Stammersdorf mit einer Abzweigung von Floridsdorf über Kagran und Aspern nach Groß-Enzersdorf, andererseits aus der Linie von Hietzing über Mauer, Rodaun und Perchtoldsdorf nach Mödling mit dem Flügel Hietzing—Ober-St. Veit. Nach langwierigen Verhandlungen ging im Jahre 1907 dieses Netz der Dampfstraßenbahnen in das Eigentum der Gemeinde Wien über, welche die erforderlichen Konzessionen erwarb und den Betrieb am 1. Jänner 1908 durch die Direktion der städtischen Straßenbahnen aufnahm.

Was die Lokalbahn Wien—Guntramsdorf anbelangt, so benützte die Gemeinde den Anlaß, daß diese Bahn von Wien-Matzleinsdorf nach Guntramsdorf als elektrische Bahn umgestaltet und nach beiden Richtungen, bis zur Inneren Stadt einerseits, nach Baden andererseits verlängert werden sollte, um durch einen Vertrag mit der A. G. der Wiener Lokalbahnen vom 2. Dezember 1905 über die Mitbenützung der Straßenbahngeleise in der Wiedener Hauptstraße durch die neue Bahn der Gemeinde einen Anteil an den Einnahmen, ferner den Absatz des elektrischen Stromes und das Recht zu sichern, Teile der fremden Bahnanlage mit Straßenbahnwagen zu befahren. Durch dieses Übereinkommen, das seither mehrfach erneuert und verbessert worden ist wurde die Annehmlichkeit geschaffen, mit der Lokalbahn ohne Umsteigen bis zur Ringstraße zu gelangen.

Zugleich mit den Dampfstraßenbahnen hatte die Direktion der städtischen Straßenbahnen auch den Betrieb der Niederösterreichischen Landesbahn Stammersdorf—Auersthal übernommen, die im Jahre 1909 bis nach Schweinbarth ausgedehnt wurde. Im Jahre 1911 gab die Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen die Betriebsführung wieder an die Niederösterreichischen Landesbahnen ab, was um so eher geschehen konnte, als die eigene Linie bis Stammersdorf im selben Jahre auf den elektrischen Betrieb umgebaut worden war.

Seit der Vereinigung der Wiener Straßenbahnen in den Händen der Gemeinde ist der Betrieb der Straßenbahnen in ständiger Entwicklung begriffen, die nur durch den Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen Hemmungen erlitt, um sodann wieder in den Händen der neuen Gemeindeverwaltung zu höchster Entfaltung emporgeführt zu werden.

Die Umwandlung der Dampfstraßenbahnlinien auf den elektrischen Betrieb, mit der sofort nach Erwerbung der Dampfstraßenbahnen begonnen worden war, wurde streckenweise durchgeführt und in den Jahren 1920 bis 1922 mit der Elektrifizierung der letzten Dampfstraßenbahnstrecken Mauer—Mödling und Kagran—Groß-Enzersdorf abgeschlossen.

Das Netz ist, abgesehen von zweigeleisigen Ausgestaltungen, von Geleiseschleifen und sonstigen Ergänzungen, vor allem durch den Bau neuer Linien, die teils in den vorhandenen Konzessionen vorgesehen waren oder für die teils erst Konzessionen erworben werden mußten, ständig ausgestaltet worden. Außer den noch in der Vorkriegszeit und während des Krieges fertiggestellten Linien verdienen die Linienneubauten der Jahre 1923 und 1924 besondere Erwähnung, von denen insbesondere die Linie nach Strebersdorf, ferner durch die Triesterstraße bis gegen Inzersdorf, durch die Engerthstraße und Wehlistraße bis zur Ostbahn und die Rundlinie vom Neubaugürtel über die Schmelz zum Betriebsbahnhof Währing mit einer Fortsetzung nach Gersthof neue Gebiete dem Verkehre und damit zum Teil auch der Siedlung erschlossen.

Der Bau neuer und die Vergrößerung bestehender Betriebsbahnhöfe und Wagenhallen, die Vervollkommnung der Werkstättenanlagen, insbesondere der Hauptwerkstätte für die regelmäßige Untersuchung der Wagen und für Wagenreparaturen sowie der Oberbauwerkstätte, ferner die Vermehrung des Wagenparkes durch Anschaffung moderner Personenwagen, welche allen Erfordernissen der Betriebssicherheit und der Bequemlichkeit der Fahrgäste in hohem Maße entsprechen, geben ein beredtes Zeugnis von dem Streben der Gemeinde, das Unternehmen einerseits den Fortschritten der Technik auf dem Gebiete des Verkehrswesens, andererseits dem Verkehrsbedürfnisse der Großstadt ständig anzupassen.

Außer den elektrischen Straßenbahnlinien betreibt die Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen seit dem Jahre 1908 auch eine geleislose Bahn mit elektrischer Oberleitung nach dem System Stoll zwischen Pötzleinsdorf und Salmannsdorf und hat seit der Übernahme des Kraftstellwagenbetriebes von der im Jahre 1922 aufgelösten Unternehmung „Gemeinde Wien — städtische Kraftstellwagenunternehmung“ ein Netz von Kraftstellwagenlinien ausgebaut, welche teils als Taglinien dem innerstädtischen Verkehre dienen, teils als Nachtlinien über belebte Straßenzüge äußere Bezirke mit der Inneren Stadt verbinden.

Der Umstand, daß die städtischen Straßenbahnen das einzige Massenverkehrsmittel für die Wiener Bevölkerung bilden, während sich in anderen Großstädten in diese Aufgabe noch Hochbahnen, Untergrundbahnen, Omnibus- und zahlreiche Kraftstellwagenunternehmungen teilen, führte zu einer Beanspruchung der Straßenbahnen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Da zur Entlastung der Straßenbahnen unbedingt Maßnahmen getroffen werden mußten, an den Bau einer Untergrundbahn, für den die Vorarbeiten vor dem Kriege schon ziemlich weit vorgeschritten waren, jedoch mangels der erforderlichen Geldmittel und mit Rücksicht auf das bei dem hohen Zinsfuß zu erwartende unvermeidliche große Defizit vorläufig nicht gedacht werden konnte, faßte die Gemeinde Wien zunächst die Elektrifizierung der innerstädtischen Linien der seit dem Jahre 1918 eingestellten Wiener Stadtbahn, welche in Friedenszeiten immerhin eine nennenswerte Frequenz aufzuweisen hatten, ins Auge, um durch die Einrichtung eines Schnellbahnbetriebes auf diesen Stadtbahnstrecken unter engem Zusammenschluß mit dem Straßenbahnnetz und unter Verwendung gemeinsamer Fahrbetriebsmittel wenigstens eine teilweise Entlastung der Straßenbahnen zu erzielen.

Nach Abschluß eines bezüglichen Übereinkommens zwischen der Gemeinde und dem Bund führte die Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen die Elektrifizierung der Gürtel-, Wiental- und Donau-

kanallinie einschließlich des Verbindungsbogens Friedensbrücke (Brigittabrücke)—Nußdorferstraße der Wiener Stadtbahn in den Jahren 1924 und 1925 durch und übergab die erste Teilstrecke am 3. Juni 1925, die letzte Teilstrecke am 20. Oktober 1925 dem Betriebe. Mit der Eröffnung des Gesamtbetriebes trat ein Einheitstarif für die Straßenbahnen und für die Wiener elektrische Stadtbahn in Kraft, der eine bedeutende Frequenzsteigerung auf der letzteren zur Folge hatte.

In jüngster Zeit hat sich die Gemeinde entschlossen, den Kraftstellwagenbetrieb großzügig auszugestalten und zu diesem Zwecke 150 Kraftstellwagen modernster Bauart anzuschaffen. Mit dem neuen Wagenpark, zu dessen Unterbringung drei neue Garagen gebaut werden müssen, wird eine Reihe von Taglinien ins Leben gerufen werden, die teils bestehende Straßenbahnlinien entlasten, teils Straßenzüge dem Verkehre erschließen sollen, die keine Straßenbahn besitzen.

Die Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn sowie der Ausbau des Kraftstellwagennetzes bedeutet wohl eine wesentliche Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse; eine völlige Gesundung dieser Verkehrsverhältnisse wird jedoch erst die Erbauung neuer, von der Straßenoberfläche unabhängiger Verkehrsmittel durch die Hauptverkehrsadern der Stadt bringen, welcher Aufgabe nunmehr das Augenmerk der Gemeinde Wien zugewendet ist.

Was die für die Betriebsführung sämtlicher städtischen Verkehrsmittel, also der Straßenbahnen, der Wiener elektrischen Stadtbahn und des Kraftstellwagens maßgebenden wirtschaftlichen Gesichtspunkte betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß sich die neue Gemeindeverwaltung zum Wohle der Wiener Bevölkerung, die insbesondere durch die Wohnungs- und Erwerbsverhältnisse seit dem Kriege mehr denn je auf die städtischen Verkehrsmittel angewiesen ist, niemals von erwerbswirtschaftlichen Erwägungen, sondern immer nur von dem Grundsatze leiten ließ, die Tarife stets nur so hoch zu erstellen, als es unbedingt notwendig ist, um die Bedürfnisse der einzelnen Betriebe aus deren eigenen Einnahmen zu bestreiten.

Bahnbau und Bahnerhaltung

Gegen Ausgang des Krieges war die Bahnbau- und Bahnerhaltungstätigkeit durch Material- und Personalmangel sehr beeinträchtigt. Obwohl später Arbeitskräfte in genügender Zahl eingestellt werden konnten, blieben die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung lange Zeit bestehen. Da sich hiezu auch noch die durch die Geldentwertung hervorgerufene sprunghafte Verteuerung aller Verbrauchsstoffe und die Steigerung der Personalauslagen gesellte, mit denen die Einnahmen nicht Schritt zu halten vermochten, konnte in den ersten Nachkriegsjahren eine durchgreifende Verbesserung des Bahnzustandes nicht erzielt und an eine großzügige Ausgestaltung des Netzes nicht gedacht werden.

Erst vom zweiten Halbjahr 1921 angefangen nahm mit der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage des Unternehmens auch die Bautätigkeit allmählich wieder zu, bis sie im Jahre 1923 und 1924 im Rahmen der von der Gemeinde Wien und ihren Unternehmungen ausgeführten Notstandsarbeiten und sodann in den folgenden Jahren in den Arbeiten für die Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn ihren Höhepunkt erreichte.

Bis zum Jahre 1923 wurden zwar keine neuen Linien gebaut, dafür aber zahlreiche Umgestaltungen der Geleiseanlagen, wie Geleiseschleifen, Ausweichen, Verbindungslinien, Umlegung von Linien, kleinere zweigeleisige Ausgestaltungen und dergleichen ausgeführt, um die Abwicklung des Verkehres zu erleichtern und zu verbessern, ferner eine Reihe von Geleiseanlagen für die Lastenbeförderung teils für eigene, teils für fremde Zwecke hergestellt. Eine größere Arbeit von allgemeiner Bedeutung war der in den Jahren 1920 und 1921 ausgeführte Umbau der Dampfstraßenbahnlinien Mauer—Mödling und Kagran—Groß-Enzersdorf auf den elektrischen Betrieb.

Eine außerordentliche Bautätigkeit setzte im Jahre 1923 mit dem Bau einer Anzahl von neuen Linien ein, deren Herstellung zum Teil auch noch das Arbeitsprogramm des folgenden Jahres bildete. Diese Neubauten, ferner eine große Reihe anderer Arbeiten und Anschaffungen im Bereiche des Unternehmens sowie schließlich die Elektrifizierung der Stadtbahn sind Notstandsmaßnahmen, welche in erster Linie zu dem Zwecke beschlossen wurden, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen und der vor allem durch die Absatzstockung in der Industrie zunehmenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern.

In dem an Fabriken und Arbeitsstätten reichen Bezirksteil der Leopoldstadt längs des rechten Donauufers erstanden von der Innstraße bis zur Ostbahn drei neue Linien, und zwar eine von der Ausstellungsstraße durch die Engerthstraße und Wehlistraße bis zur Ostbahn, eine zweite durch die Engerthstraße vom Volkswehrplatz bis zum Anschluß an die erstgenannte und eine dritte von der Walcherstraße durch die Engerthstraße bis zur Innstraße. Weiters wurde eine neue Linie von der Endstation in der Pragerstraße nach Strebersdorf, eine Rundlinie über die Schmelz, von einer Schleife am Neubaugürtel um das Hesser-Denkmal ausgehend, durch die Felberstraße, Schweglerstraße bis zur Herbststraße, ferner eine Linie vom Betriebsbahnhof Kreuzgasse durch die Simonygasse nach Gersthof,

wo sie in einer Geleiseschleife endet, und eine Linie durch die Triesterstraße bis zur Gemeindegrenze gegen Inzersdorf gebaut.

Außer den neuen Linien sind seit dem Jahre 1923 auch noch zur Verbesserung des Verkehres zahlreiche Schleifen an Stelle von Stockgeleisen bei Endstationen oder Endpunkten der Linienführungen, ferner zweigeleisige Ausbauten, Vergrößerungen oder Verbesserungen der Bahnhofsanlagen und einige Schleppgeleise ausgeführt worden.

So erhielten die Linien in der Eschenbachgasse und in der Babenbergerstraße eine gemeinsame Geleiseschleife über den Ring und durch die Elisabethstraße, auf der nun die Züge der Linien durch die Gumpendorferstraße und Mariahilferstraße, ähnlich wie dies im Jahre 1922 durch die Schleife bei der

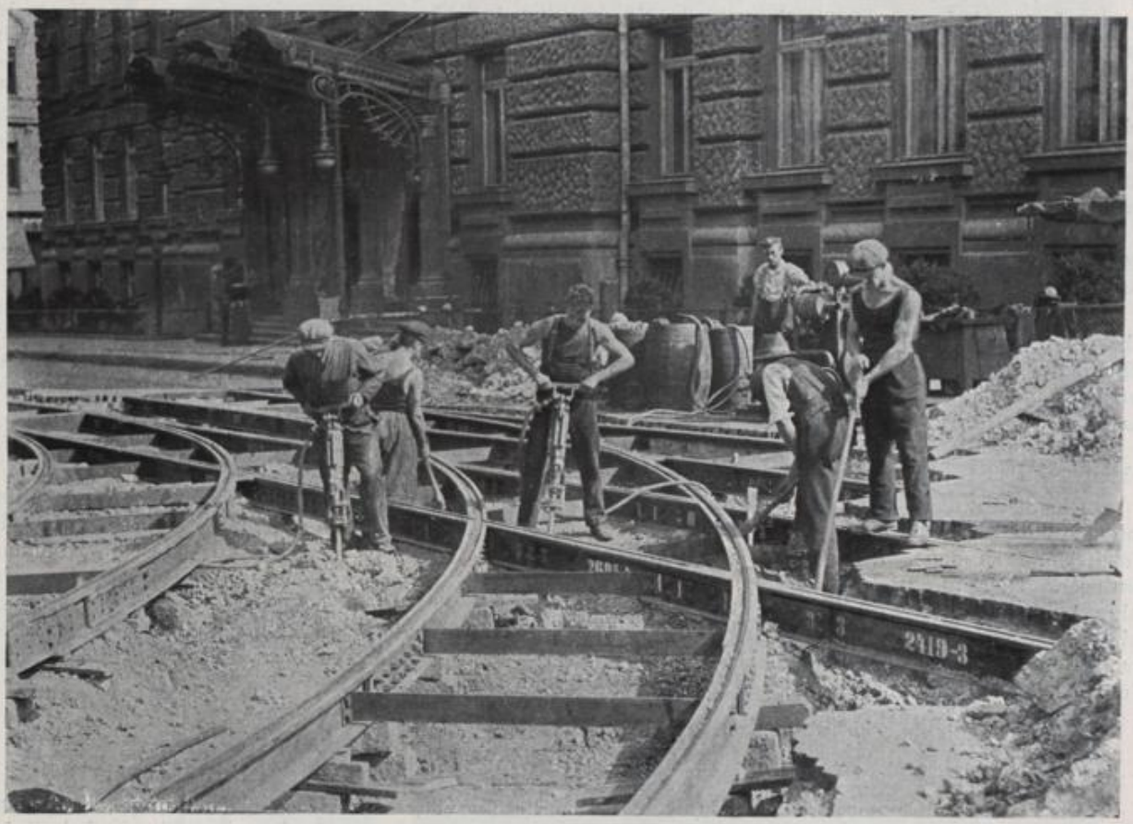


Linie Engerthstraße—Wehlistraße

Bellaria erzielt worden war, ohne Berührung der Geleise auf der Ringstraße umkehren können. Zur Verbesserung des Verkehres zum und vom Gänsehäufel während der Badesaison wurden am Schüttauplatz in Kaisermühlen eine Geleiseschleife gebaut und die Ausweichgeleise auf der Reichsbrücke verlängert. Das Stockgeleise in der Wipplingerstraße, das den Erfordernissen des gesteigerten Verkehres, namentlich bei sportlichen Veranstaltungen auf der Hohen Warte, nicht mehr genügte, wurde durch eine Schleife um die Gartenanlage am Börseplatz ersetzt, ferner die Teilstrecke von der Alserbachstraße bis zur Viriotgasse aus wirtschaftlichen Gründen ganz aufgelassen und für die Züge der Linie D eine Umkehrschleife durch die Newaldgasse und Liechtensteinstraße geschaffen. Im X. Bezirk wurde wegen des gesteigerten Verkehres bei sportlichen Veranstaltungen am Laaerberg ein Schleifengeleise durch die Lehmgasse—Weldengasse—Katharinengasse im Anschluß an die Geleise in der Favoritenstraße errichtet. Einem dringenden Verkehrsbedürfnisse entsprechend, wurde die Linie 2, die bisher in der Schwarzspanierstraße bei der Währingerstraße endete, über die Währingerstraße und über eine neu hergestellte Verbindungslinie durch die Kolingasse zur Peregringasse geführt. Zur Entlastung des Verkehres auf

der Ringstraße und der Schleife Mölkerbastei dient eine neue Geleiseschleife Kolingasse—Wasagasse—Heßgasse—Schottenring, welche die neue Verbindungslinie durch die Kolingasse mitbenützt. Eine großzügige Umgestaltung erfuhr die Linie 2 in der Teilstrecke zwischen Sezession und Akademiestraße. Durch Verlegung dieser Teilstrecke von der linken auf die rechte Seite des eingewölbten Wienflusses sind die bestehenden Streckenteile vor der Sezession und in der Friedrichstraße entlastet und bedeutende Verkehrsverbesserungen erzielt worden, so daß nunmehr die Peagierung der Linie vor der Sezession durch die Züge der Linie 2 entfällt.

Eine Geleiseschleife wurde ferner noch im XI. Bezirk am Gräßlplatz gebaut. An verschiedenen Stellen des Netzes wurden neue Ausweichen angelegt und bestehende entsprechend verlängert.



Betonaufbruch mit pneumatisch angetriebenen Meißeln

Zweigeleisige Ausgestaltungen wurden in größerem Umfange in der Triesterstraße von der Gudrunstraße bis zur Troststraße und in der Strecke Breitenfurterstraße—Hetzendorferstraße durchgeführt. Desgleichen wurde im Zuge der Linie Hietzing—Mödling außer einer Ausweiche in Perchtoldsdorf beim Brunner Felsenkeller auch bei der Speisingerstraße die Zweigeleisigkeit durch Errichtung eines Geleises über die Gallgasse und Fehlingergasse hergestellt, weil die Zulegung eines zweiten Geleises in der Speisingerstraße wegen der dort bestehenden Straßenenge nicht möglich war. Im Jahre 1926 ist die zweigeleisige Ausgestaltung der Linie Mauer—Mödling in der Teilstrecke zwischen Mauer und Rodaun in Angriff genommen und im Jahre 1927 vollendet worden. Im Verlaufe dieser Arbeiten mußten zwei eiserne Bahnbrücken neu gebaut und zwei bestehende eiserne Bahnbrücken ausgewechselt werden, außerdem war die Verbreiterung des im Gemeindegebiete von Mauer und Liesing liegenden Bahneinschnittes und die Regulierung des Liesingbaches im Bereiche des Bahnbaues notwendig, was eine Erdbewegung im Ausmaße von rund 11.000 Kubikmeter erforderte.

Schon im Jahre 1924, noch mehr aber in den beiden folgenden Jahren trat der Ausbau des Netzes der Straßenbahnen gegenüber der Vorbereitung und Durchführung der Elektrifizierung der von den

städtischen Straßenbahnen übernommenen Strecken der Wiener Stadtbahn zurück, weil diese Arbeiten die physischen und wirtschaftlichen Kräfte des Unternehmens voll in Anspruch nahmen. In den Jahren 1925 und 1926 sind daher außer den Geleiseerhaltungs- und Geleiseerneuerungsarbeiten, die nach wie vor einen ansehnlichen Umfang erreichen — die Geleiseauswechslungen betrugen im Jahre 1924 rund 29 Kilometer, im Jahre 1925 rund 27 Kilometer und im Jahre 1926 rund 23 Kilometer — nur mehr geringfügige Geleiseneubauten im Straßenbahnnetz zu verzeichnen.

Bei den Bahnbau- und Bahnerhaltungsarbeiten kamen vielfach moderne Arbeitsgeräte und neue technische Verfahren zur Anwendung, was zur Verbesserung des Geleisezustandes und zur raschen Ausführung der Geleisearbeiten, insbesondere auch auf den Stadtbahnstrecken, wesentlich beitrug.

Das verbesserte alumino-thermische Verfahren zur Schweißung der Schienen an den Stößen an Stelle der Laschenverbindungen fand nicht bloß wie früher bei Schienenstoßreparaturen, sondern allgemein, insbesondere bei Geleiseverlegungen, Verwendung; die Zahl der zu diesem Zwecke im Straßenbahnnetz ausgeführten Thermitschweißungen stieg bis zu 3600 im Jahre. Zur wirtschaftlichen Durchführung dieser Arbeiten wurden vier Schweißwagengarnituren aus je zwei Wagen angeschafft, mit denen alle für die Schweißungen notwendigen Werkzeuge, Geräte und Materialien von einer Baustelle zur anderen geschafft werden können. Auch im Netz der Wiener elektrischen Stadtbahn fand das gegenständliche Verfahren Eingang. Im Jahre 1926 wurden bereits gegen 3000 Schienenstöße an Vignolschienen auf diese Weise geschweißt.

Eine neu angekaufte fahrbahre elektrische Schweißumformeranlage dient dazu, die Knotenpunkte des Straßenbahnnetzes durch Aufschweißen von Stahl auf elektrischem Wege an Ort und Stelle instandzusetzen. Auf diese Weise wurden im Jahre 1926 3668 Knotenpunkte wieder hergestellt.

Zahlreiche Preßluftwerkzeuge, wie Pflasteraufreißer, Bohrhämmer und Geleisestopfer, die durch eine fahrbare Preßluft- und eine leicht transportable Kompressoranlage betrieben werden, ferner eine Betonmischmaschine leisten bei den Geleisearbeiten ausgezeichnete Dienste. Zum Reinigen der alten Schienen von Rost und dergleichen werden in der Oberbauwerkstätte zwei neue mit Preßluft betriebene Anlagen verwendet.

Zur Beseitigung der Riffeln auf den Fahrflächen der Straßenbahnschienen stehen vier Schienenschleifwagen fast das ganze Jahr im Betriebe.

Die Streckenlänge der Straßenbahnlinien ist von 264·911 Kilometer am Ende des Jahres 1913 und von 273·666 Kilometer am 30. Juni 1918 auf 287·828 Kilometer am Ende des Jahres 1926, die Geleiselänge zu den gleichen Zeitpunkten von 541·548 und 585·732 Kilometer auf 599·379 Kilometer gestiegen. Die im Straßenbahnnetz nach dem Kriege ausgeführten Geleiseneubauten erreichten im Jahre 1923 mit 22.793·68 Meter ihren größten Umfang. Durch die Einbeziehung der Stadtbahnlinien mit einer Streckenlänge von 26·262 Kilometer und einer Geleiselänge von 58·636 Kilometer vergrößerte sich das gesamte Netz der Straßenbahnen auf 314·090 Kilometer Streckenlänge und 658·015 Kilometer Geleiselänge am Ende des Jahres 1926.

Elektrische Anlagen

Die Instandhaltung und Überwachung des Oberleitungsnetzes sowie der Beleuchtungs-, Kraft- und Schwachstromanlagen, ferner die Ausführung der Oberleitungsanlagen für die neuen Straßenbahnlinien besorgte das Unternehmen in eigener Regie.

Der während des Krieges in das Oberleitungsnetz eingebaute Eisenfahrdraht wurde allmählich durch Kupferfahrdraht ersetzt. An Stelle des bisher benützten Profildrahtes wird nunmehr vielfach Rundkupferdraht von 9 Millimeter Durchmesser verwendet. Eine Neuerung ist auch die ausgedehnte Verwendung von Fahrdrähten aus Kadmiumkupfer, das infolge seiner größeren Festigkeit und Zähigkeit eine wesentlich längere Lebensdauer des Fahrdrahtes gewährleistet.

Bei den neuerbauten Linien wurden an Stelle von Holzmasten oder gußeisernen Rohrmasten für die Aufhängung der Oberleitung häufig gebrauchte Straßenbahnschienen verwendet, die den Vorteil großer Billigkeit und Dauerhaftigkeit besitzen. Bei der Elektrifizierung der südlichen Dampfstraßenbahnlinie Mauer—Mödling wurden statt isolierter Aufhängungen eiserne Fahrdrahthalter eigener Erzeugung eingebaut und als doppelte Isolation gegen Erde je zwei Porzellannüsse beiderseits des Fahrdrahtes in den Spanndrähten eingebunden. Infolge der großen Entfernung dieses neuen Stromgebietes von der zunächst gelegenen Unterstation der städtischen Elektrizitätswerke erfolgte die Stromversorgung dieser Linie zunächst durch eine in der bestehenden Wagenhalle in der Station Rodaun errichtete provisorische Umformerstation mit einem Umformer von 550 Kilowatt Leistung auf der Gleichstromseite. Nachdem im Jahre 1922 in Rodaun eine neue Gleichrichterstation mit einem Quecksilberdampf-Großgleichrichter für eine Leistung von 270 Kilowatt gebaut worden war und im Jahre 1924 noch einen zweiten Quecksilberdampf-



Straßenbahn-Turmwagen

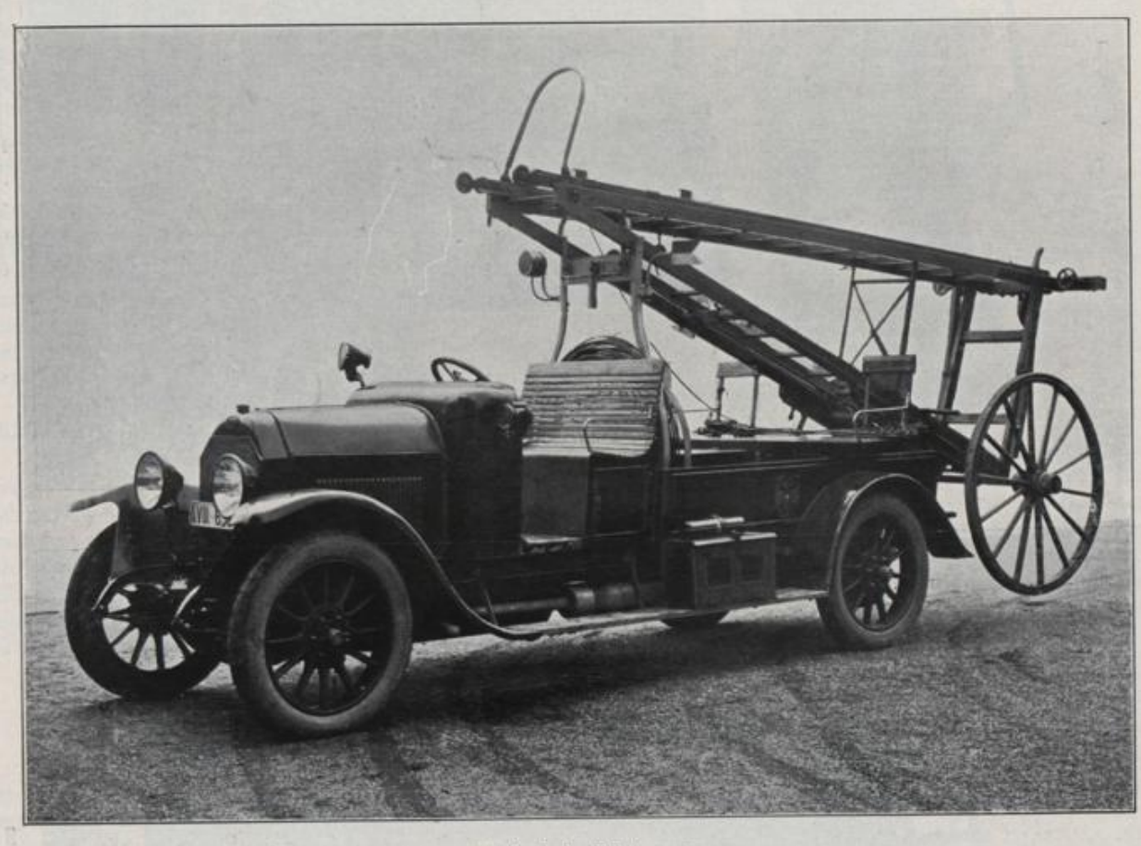


Straßenbahn-Turmwagen neuer Bauart

Gleichrichter für eine Leistung von 570 Kilowatt erhalten hatte, wurde der provisorische Umformer abgetragen.

Im Jahre 1922 begann das Unternehmen mit dem Einbau von Weichen mit elektromagnetischer Zugvorrichtung, welche vom Fahrer des Zuges während der Fahrt dadurch gestellt werden, daß er eine bestimmte Strecke vor der Weiche mit Strom, bei richtiger Weichenstellung dagegen stromlos durchfährt. Am Ende des Jahres 1926 standen bereits 53 solche elektrische Weichenstellvorrichtungen, welche sich bestens bewähren und gleichzeitig Weichenwärter ersparen, im Betriebe.

Ein Teil des Straßenbahnnetzes wurde für den Dreileiterbetrieb umgebaut, bei dem die Schiene den stromlosen Mittelleiter bildet. Der Dreileiterbetrieb ist wirtschaftlicher als das Zweileitersystem, weil



Straßenbahn-Rüstwagen

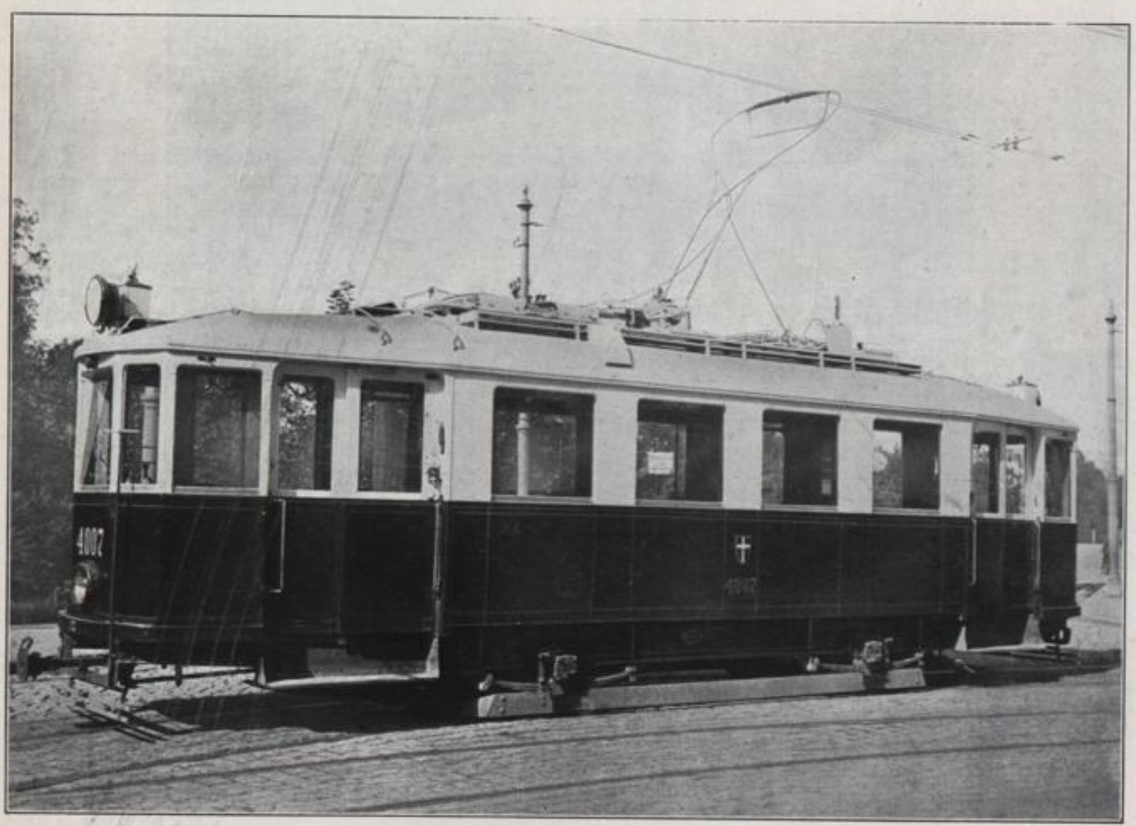
die Energieverluste in den Leitungen geringer sind und dadurch eine bedeutende Stromersparnis erzielt wird. Ebenso hat er den Vorteil, daß die Möglichkeit der Beschädigung unterirdischer leitender Einbauten durch vagabundierende Ströme geringer ist und bei Neuanlagen auch die Kosten für die Kabelleitungen niedriger sind. Der letztere Vorteil wird allerdings dadurch aufgehoben, daß eine größere Maschinenreserve für die Unterstationen notwendig ist.

In dem Bestreben, die stark belasteten Unterstationen der städtischen Elektrizitätswerke von der Lieferung des Straßenbahnstromes zu entlasten, wurden seit dem Ende des Jahres 1925 mehrere bis dahin von den Unterstationen „Rudolfsheim", „Landstraße", „Leopoldstadt" und „Mariahilf" versorgte Straßenbahnstromgebiete an die neu errichteten Gleichrichterstationen „Großmarkthalle", „Sechshaus", „Speising", „Döbling" und „Schmelz" angeschlossen und die Lieferung des Bahnstromes durch die Unterstation „Alsergrund" von den rotierenden Umformern auf zwei daselbst aufgestellte Gleichrichter für eine Leistung von je 900 Kilowatt übertragen.

Die veraltete Fernsprechanlage im Direktionsgebäude IV. Bezirk, Favoritenstraße 9, mit deren 140 Anschlüssen nicht mehr das Auslangen gefunden werden konnte, wurde im Jahre 1920 durch einen modernen Fernsprechumschalter mit Zentralbatteriebetrieb, Glühlampensignalisierung und Multipelschaltung ersetzt und ebenso im Jahre 1923 der gleichfalls veraltete Fernsprechumschalter mit Handbetrieb im Direktionsgebäude VI. Bezirk, Rahlgasse 3, gegen einen neuen freistehenden Zentralumschalter für Zentralbatteriebetrieb und Glühlampensignalisierung ausgetauscht.

Wagenpark im elektrischen Betriebe

Während an Personenwagen Ende 1913 1451 Trieb- und 1550 Anhängewagen mit zusammen 64.115 Sitz- und 56.709 Stehplätzen und am Ende des ersten Halbjahres 1918 1493 Trieb- und 1549 Anhänge-



Straßenbahntriebwagen der Type „M“

wagen mit zusammen 65.466 Sitz- und 58.448 Stehplätzen vorhanden waren, stieg die Wagenzahl durch Neuanschaffungen und Umbauten auf 1662 Trieb- und 2075 Anhängewagen mit zusammen 82.658 Sitz- und 97.202 Stehplätzen gegen Ende des Jahres 1927. Von diesen Wagen sind 1482 Trieb- und 1805 Anhängewagen mit Hand- und elektrischer Bremse, die übrigen 180 Trieb- und 270 Anhängewagen mit Hand- und Druckluftbremse ausgerüstet. Die Wagen mit Hand- und elektrischer Bremse finden ausschließlich im Straßenbahnbetrieb Verwendung.

Die Neuanschaffungen seit dem Kriege setzen sich zusammen aus 90 Straßenbahntriebwagen der Bauart „L“, die schon im Jahre 1916 bestellt worden waren, ferner aus 30 modernen Straßenbahntriebwagen der Bauart „M“, aus 130 modernen Straßenbahnanhängewagen und aus 180 Trieb- und 270 Anhängewagen der Type, die für den Straßenbahn- und Stadtbahnverkehr bestimmt und in dem Abschnitt „Stadtbahn“

beschrieben ist. Schließlich wurden in letzter Zeit auch noch 30 Straßenbahntrieb- und 50 Straßenbahnanhängewagen in Bestellung gegeben. Bei der erwähnten Triebwagentype „L" ist die Verkleinerung des Radstandes in Verbindung mit einem besonders abgefederten eigenen Untergestell, wodurch die Abnützung der Radreifen und Schienen vermindert und ein sanfterer Gang erzielt wird, hervorzuheben; zur Raumersparnis auf den Plattformen ist der Fahrschalter ganz an die Brustwand herangerückt, wozu eine Räderübersetzung für die Schaltkurbel notwendig war. Schließlich sind bei dieser Type durch die Verwendung vierflügeliger Türen für den Abschluß der Ein- und Ausstiegöffnungen der freie Raum und die Bewegungsfreiheit auf den Plattformen vergrößert, durch die Anbringung von Längsbänken im Wageninnern neben den zweiflügeligen Schubtüren dortselbst größere Ansammlungsräume geschaffen und dabei überdies noch



Einhängbarer Schneepflug

zwei Sitzplätze gewonnen worden. Die neue Triebwagentype bietet 24 Sitzplätze und 22 Stehplätze bei einem Eigengewicht von 12·3 Tonnen und einer Länge von 10 Meter zwischen den Brustwänden.

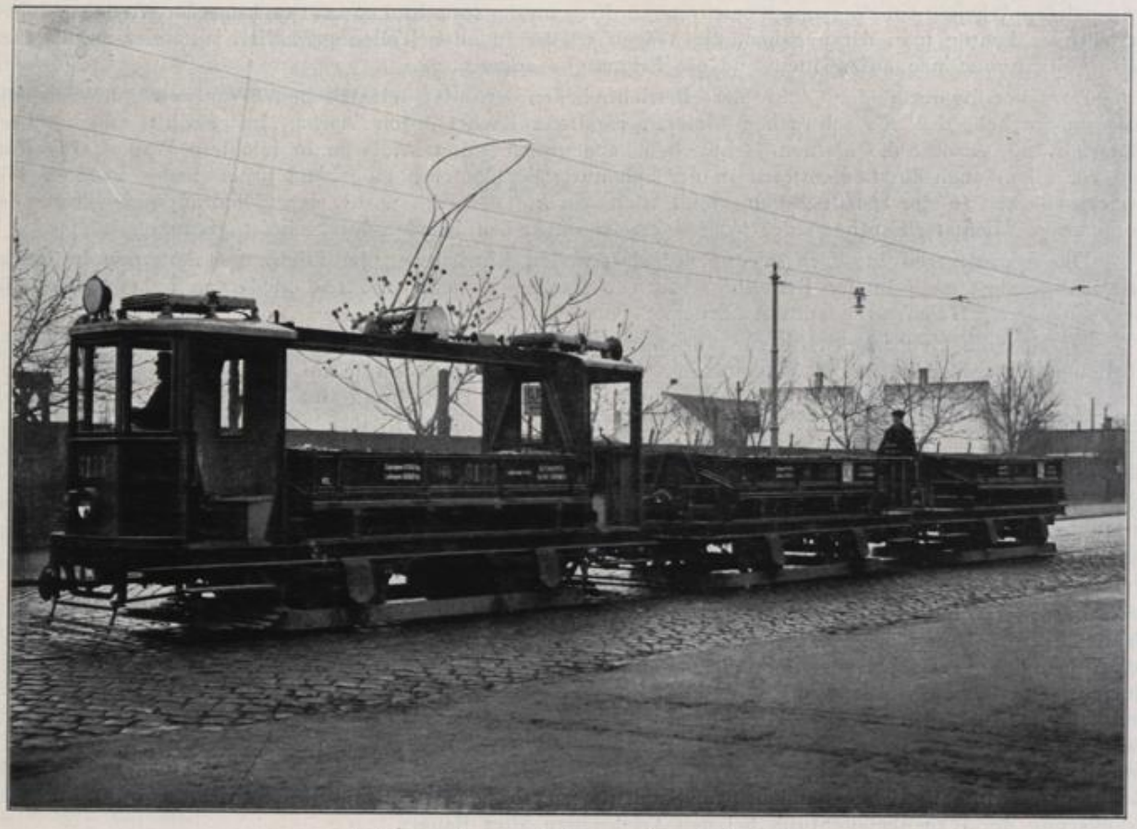
Die neue Type „M" der Straßenbahntriebwagen weist eine Vergrößerung des Fassungsraumes gegenüber den alten Bauarten auf und lehnt sich in der Ausführung eng an die Stadtbahnwagen an. So wurde die Doppelschiebetür in den Seitenwänden übernommen, wodurch breite Ein- und Ausgänge entstehen und beim Umkehren in einem Stockgeleise die Umstellung für die andere Fahrtrichtung in der kürzesten Zeit durchgeführt werden kann. Die Fenstersäulen sind breit und kräftig gehalten und geben dem Wagen im Verein mit der glatten Seitenwand den Ausdruck größerer Widerstandsfähigkeit.

Auch bei der Ausrüstung wurden alle wünschenswerten Neuerungen berücksichtigt. Als Handbremse dient eine auf der Ankerwelle sitzende Trommelbremse, deren Backen eine große Lebensdauer aufweisen und dadurch wenig Instandhaltung erfordern. Da die Backen nicht unmittelbar auf die Räder wirken,

entfällt das lästige Knarren der Bremse. Um einen ruhigen Lauf des Wagens zu erreichen, wurden lange Federn und eine pendelnde Aufhängung des Wagenkastens nach Peckham verwendet. Die Stromabnehmer weisen eine neue Bauart auf, die einen gleichmäßigen Anpreßdruck an die Oberleitung in allen Stellungen ergibt. Die Wagen sind mit elektrischer Widerstandsheizung ausgerüstet.

Die Zahl der Anhängewagen wurde außer durch die erwähnten Neuanschaffungen insbesondere durch den Umbau von 52 Personenwagen des ehemaligen Dampfstraßenbahnbetriebes und durch den Umbau von 128 Straßenbahntriebwagen älterer Bauart auf Anhängewagen vergrößert.

100 Triebwagen älterer Bauart erhielten neue einfache Untergestelle mit einem größeren Achsstande und zum Schutze des Fahrpersonales gegen die Unbilden der Witterung verglaste Plattformen.



Seitenkipper, System Ochsner, während der Fahrt

Die Verglasung der Plattformen wurde auch noch bei 50 anderen Straßenbahntriebwagen durchgeführt. Eine Reihe von Triebwagen wurde in der Weise umgebaut, daß sie nunmehr auf jeder Plattform beiderseits mit Klapptüren verschließbare Doppeleinstiege so wie alle modernen Trieb- und Anhängewagen besitzen.

Eine bemerkenswerte Neuerung für den Schneedienst sind die einhängbaren Schneepflüge, von denen gegen Ende 1927 bereits 93 zur Verfügung standen. Diese Schneepflüge lassen sich bei jedem Triebwagen in kurzer Zeit anbringen, so daß nicht mehr eine größere Zahl von Triebwagen ausschließlich für Schneereinigungszwecke bereitgestellt werden muß, sondern gerade verfügbare Triebwagen fallweise dazu herangezogen werden können.

Eine Anzahl von Trieb- und Anhängewagen mit Seitenkippeinrichtungen, Patent Ochsner, sind neu beschafft und eine Reihe von vorhandenen Fahrbetriebsmitteln mit solchen Seitenkippeinrichtungen ausgerüstet worden. Diese Wagen sind vor allem zur Beförderung von Sand und Schutt für die eigenen

Zwecke des Unternehmens bestimmt, weil das Abladen rasch und ohne Störung des Betriebes an beliebigen Stellen des Netzes vor sich geht und dadurch die teure nächtliche Materialzufuhr erspart wird.

Die Zahl der Trieb-, beziehungsweise Anhängelastwagen beträgt gegenwärtig 60, beziehungsweise 219 gegenüber 57, beziehungsweise 102 am Ende des ersten Halbjahres 1918 und 29, beziehungsweise 25 am Ende des Jahres 1913. Außer den Wagen für die Personen- und Lastenbeförderung besitzt das Unternehmen eine große Anzahl von Hilfsfahrzeugen für die verschiedensten Verwendungszwecke.

Das Augenmerk des Unternehmens war darauf gerichtet, den durch die übermäßige Beanspruchung während und nach dem Kriege und durch die Verwendung unzulänglicher Ersatzstoffe arg mitgenommenen Wagenpark möglichst rasch wieder in die Höhe zu bringen und ihn weiter auszugestalten. In den ersten Nachkriegsjahren mußte man sich allerdings wegen des noch herrschenden Mangels an vollwertigen Materialien und wegen der unerschwinglich hohen Gestehungskosten auf die für die Betriebssicherheit notwendigen Arbeiten am Wagenpark beschränken. Erst mit der fortschreitenden Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte man daran gehen, die Wagen wieder in allen Teilen gründlich instandzusetzen, zum Teile vollkommen neu aufzubauen und die Ersatzstoffe auszumerzen.

Zur Verringerung der Zahl der Betriebsschäden an der elektrischen Wageneinrichtung trug insbesondere bei, daß die schwachen Motoren veralteter Bauart durch starke, luftgekühlte mit höhere Dauerleistung ersetzt, die kleinen, schwachen, aber sonst guten Motoren in leichtere Wagen eingebaut und vor allem auch die Bediensteten in der Schonung der Motoren eingehend unterwiesen wurden. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen zeigt sich darin, daß die Zahl der Motoranstände trotz der gesteigerten Kilometerleistungen der Wagen bereits unter den Friedensdurchschnitt gesunken ist.

Die Bestrebungen zur Verbesserung der elektrischen Einrichtung der Triebwagen kommen in letzter Zeit insbesondere auch in der Bestellung von 100 starken Motoren und 120 modernen Fahrschaltern für die vorhandenen Triebwagen zum Ausdruck.

Da sich die Hauptwerkstätte zur Vornahme der Generalreparaturen und Erneuerungen neben den jährlichen Hauptrevisionen des Wagenparkes als zu klein erwies, wurde sie erweitert, ihre Einrichtung durch Anschaffung leistungsfähiger Arbeitsmaschinen zur Herstellung und Zurichtung der Wagenbestandteile und durch sonstige moderne Arbeitsbehelfe bereichert, ihre Organisation den geänderten Verhältnissen angepaßt, insbesondere das Bestellwesen und die Kalkulation neu geordnet. Da trotz aller dieser Maßnahmen die Wagenreparaturen und Umbauten nicht zur Gänze in den eigenen Werkstätten vorgenommen werden konnten und schließlich insbesondere seit der Aufnahme des Stadtbahnbetriebes immer mehr Werkstättenpersonal an den Betrieb abgegeben werden mußte, wurde die Privatindustrie in immer größeren Umfange zur Ausführung solcher Arbeiten am Wagenpark herangezogen und dadurch gleichzeitig die produktive Arbeitslosenfürsorge gefördert.

In den letzten Jahren war die Hauptwerkstätte mit zahlreichen Versuchen und Vorarbeiten für die elektrische Ausrüstung der Stadtbahnwagen und nach deren Ablieferung mit der Montage und später mit der Anbringung verschiedener im Betriebe für zweckmäßig erkannter Neuerungen an diesen Wagen beschäftigt. Daneben wurden zahlreiche Verbesserungen an den Straßenbahnwagen ausgeführt, wie zum Beispiel die Ausrüstung der Lichtleitungen mit Kurzschlußsteckern, die es ermöglichen, durchgebrannte Lampen zu überbrücken, während bisher bei Durchbrennen einer Lampe die ganze Lampenreihe erlosch und der Wagen in Dunkel gehüllt war, ferner die Verlegung der Fahrwiderstände auf das Wagendach, die Montage von Spiralwiderständen, von Sandstreuern für die Vor- und Rückwärtsbewegung und die Erneuerung der Wagenbeleuchtung bei den Triebwagen alter Bauart.

Auf Grund längerer, zufriedenstellender Versuche wurden sämtliche Triebwagen der Stadtbahntype sowie eine große Anzahl von Straßenbahntriebwagen mit dem Fischerschen Plattenstromabnehmer aus Blech ausgerüstet. Durch die Verwendung dieser Stromabnehmer ist eine Schonung der Oberleitung und eine Ersparnis an Stromabnehmerlamellen erzielt worden.

An Erprobung technischer Neuerungen sind Versuche mit aufgeschweißten Zahnkränzen, mit gemeinsamer Licht- und Bremsleitung in einem Kabel, mit verschiedenen Kupplungssystemen, mit Stromabnehmern, hölzernen Bremsklötzen, mit Bremsklotznachstellvorrichtungen, mit Zangen- und Getriebebremsen, mit Zahnrad- und Lagerschmierungen, mit Lagern und Zahnrädern hervorzuheben.

Reklamewesen

Eine neue Einnahmsquelle für das Unternehmen bildet die Einführung einer großzügigen Innen- und Außenreklame an den Fahrbetriebsmitteln der Straßenbahnen und des Kraftstellwagens sowie an den sonstigen Bahnanlagen, wie Wartehallen, Vorverkaufs- und Weichenwärterhütten usw. Die Ankündigungen

bestehen im Wageninnern aus Papieranzeigen und Abziehbildern, welche teils auf den Wagenfenstern, teils auf Sperrholztafeln an den Fenstersäulen angebracht sind, und außen auf den Wagen in bemalten hölzernen Dachtafeln; an den übrigen Bahnobjekten werden Ankündigungen verschiedenster Art und Ausführung verwendet. Eine Neuerung in den Reklameeinrichtungen sind seit dem Jahre 1924 Reklameanhängeriemen in den Wagen mit weiß emaillierten blechernen Handgriffen, welche Ankündigungen tragen, und seit dem Jahre 1925 verglaste, mit Ankündigungen versehene Haltestellensäulen der Straßenbahn, die mit Eintritt der Dunkelheit von innen elektrisch beleuchtet werden.

Der gegenständliche Geschäftszweig wurde zuerst von dem Ende 1920 errichteten, dem Unternehmen angegliederten „Reklamebüro der städtischen Verkehrsmittel" betrieben und sodann in den bedeutend erweiterten Geschäftskreis der im Jahre 1921 gegründeten handelsgerichtlich protokollierten Firma „Gemeinde Wien — städtische Ankündigungsunternehmung" einbezogen.

Durch die Übernahme der Strecken der Wiener Stadtbahn zur Elektrifizierung und Betriebführung vermehrten sich die Ankündigungsobjekte der städtischen Straßenbahnen um die Baulichkeiten auf den übernommenen Stadtbahnstrecken, deren Auswertung für Ankündigungszwecke nunmehr ebenfalls der städtischen Ankündigungsunternehmung obliegt.

Hochbauten

Zur Erweiterung der Hauptwerkstätte wurden durch bauliche Umgestaltungen eine Reihe von Werkstätten, ferner ein zweistöckiger Neubau für die Holzbearbeitung, ein Handlager für Tischlereihölzer und ein Holzlagerplatz geschaffen.

Auch in der Ausgestaltung der Oberbauwerkstätte sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Schienenmontierungshalle wurde durch Erbauung eines dritten Hallenschiffes und das Kanzleigebäude durch einen Zubau wesentlich erweitert, ein Holzschuppen für die autogene Schweißerei und Schienenputzerei aufgestellt, das alte Gebäude der Schmiede und Werkzeugmacherei abgetragen und dafür an der Längenfeld- und Ostrachgasse ein Neubau mit einer verbauten Fläche von 310 Quadratmeter errichtet, der im Erdgeschoß die zum Teil neu eingerichtete Schmiede und Werkzeugmacherei und im ersten Stock die Garderobe-, Mannschafts-, Wasch- und Aborträume enthält. Der bis dahin von Schrebergärtnern benützte Platz Ecke Aßmayergasse und Flurschützstraße wurde in einen Schienenlagerplatz umgewandelt und mit einer Geleiseanlage, mit einem Bockkran von 43 Meter Spannweite, einer Rollgewichtsbrückenwage, einer Schienenbiegemaschine und den hiezu nötigen Baulichkeiten ausgestattet.

Die Elektrifizierung der südlichen und nördlichen Dampfstraßenbahnlinie erforderte ebenfalls eine Reihe von Bauten und Umänderungen. Vor allem wurden die Werkstätten und Hallen im Bahnhofe Perchtoldsdorf-Brunnergasse geändert und instandgesetzt und im Garten der neu erworbenen Liegenschaft Liesingerstraße 20 ein Gebäude zur Aufnahme einer Quecksilberdampf-Gleichrichteranlage aufgeführt. Auch die hölzernen Lokomotiv- und Wagenschuppen in Floridsdorf und Groß-Enzersdorf sowie der rückwärtige Teil der Eisenbetonhalle im Bahnhofe Floridsdorf, der als Werkstätte für den Dampfbetrieb diente, wurden für den elektrischen Betrieb umgestaltet. Schließlich wurde zur bestehenden Wagenhalle in diesem Bahnhofe ein 40 Meter langer Zubau errichtet, der auf sechs Geleisen Standplätze für 24 Wagen enthält.

Mit der Verdichtung des Verkehres und der hiezu notwendigen Vergrößerung des Wagenparkes der Straßenbahn mußte auch für die Unterbringung der Fahrbetriebsmittel Vorsorge getroffen und an den Bau neuer Wagenhallen sowie der erforderlichen Bahnhofsanlagen geschritten werden.

Als erste Anlage wurde Ende 1922 eine neue Wagenhalle im Bahnhofe Ottakring in Angriff genommen und im September 1923 der Benützung übergeben. Der Neubau erstreckt sich von der alten Halle I zwischen der Maroltingergasse und Montleartstraße bis zur Geleiseschleife an der Wernhardtstraße und hat auf 14 Geleisen einen Fassungsraum für 100 Wagen. Die verbaute Fläche beträgt 3734 Quadratmeter, wovon 1730 Quadratmeter mit Putzgruben versehen sind. Die vorhandenen Unterschiede in der Höhenlage wurden zur Anlegung eines 3 Meter hohen Untergeschoßes von 800 Quadratmeter Fläche unter dem rückwärtigen Teil der Wagenhalle ausgenützt, das zur Unterbringung von Lagerräumen für die Bahnerhaltung, von Sand und Brennstoffen und von Schneepflügen dient.

In einem Anbau der Halle von 97 Quadratmeter Baufläche sind im Erdgeschoß Diensträume und sanitäre Anlagen, im Untergeschoß Schulzimmer untergebracht.

Die Wagenhalle wird durch eine Reihe von Eisenbetonsäulen in zwei Schiffe von je 24·10 Meter Spannweite geteilt, welche von hölzernen Dachbindern des Systems „Stephan" überdeckt sind.

Anschließend an die neue Wagenhalle wurde ein zweistöckiges Verwaltungsgebäude errichtet, das bei einer verbauten Fläche von 455·4 Quadratmeter im Erdgeschoß Diensträume, im ersten Stock Kassenräume und einige Wohnungen enthält. Im Untergeschoß sind die Hausbesorgerwohnung, die Waschküche, das Kesselhaus der für die Diensträume bestimmten Zentralheizung und die Parteienkeller untergebracht. Ein ebenerdiger Anbau an der Wernhardtstraße umfaßt ein Öl- und Sandlager, eine Fahrscheinverkaufsstelle und einen Warteraum für Fahrgäste.

Ein neuer Betriebsbahnhof, bestehend aus einer Wagenhalle samt Nebenräumen und aus den erforderlichen Geleiseanlagen, wurde in Rudolfsheim auf dem von der Mariahilferstraße, Zollernsperggasse und Avedikstraße begrenzten Platze erbaut. Hiebei mußten das alte Marktamtsgebäude mit der Brückenwage und ein Teil des alten Magazinsgebäudes in der Zollernsperggasse abgetragen und ein neues Marktamtsgebäude samt Brückenwage an der Kreuzung der Linzerstraße mit der Avedikstraße errichtet werden.



Neuer Schienenlagerplatz Aßmayergasse

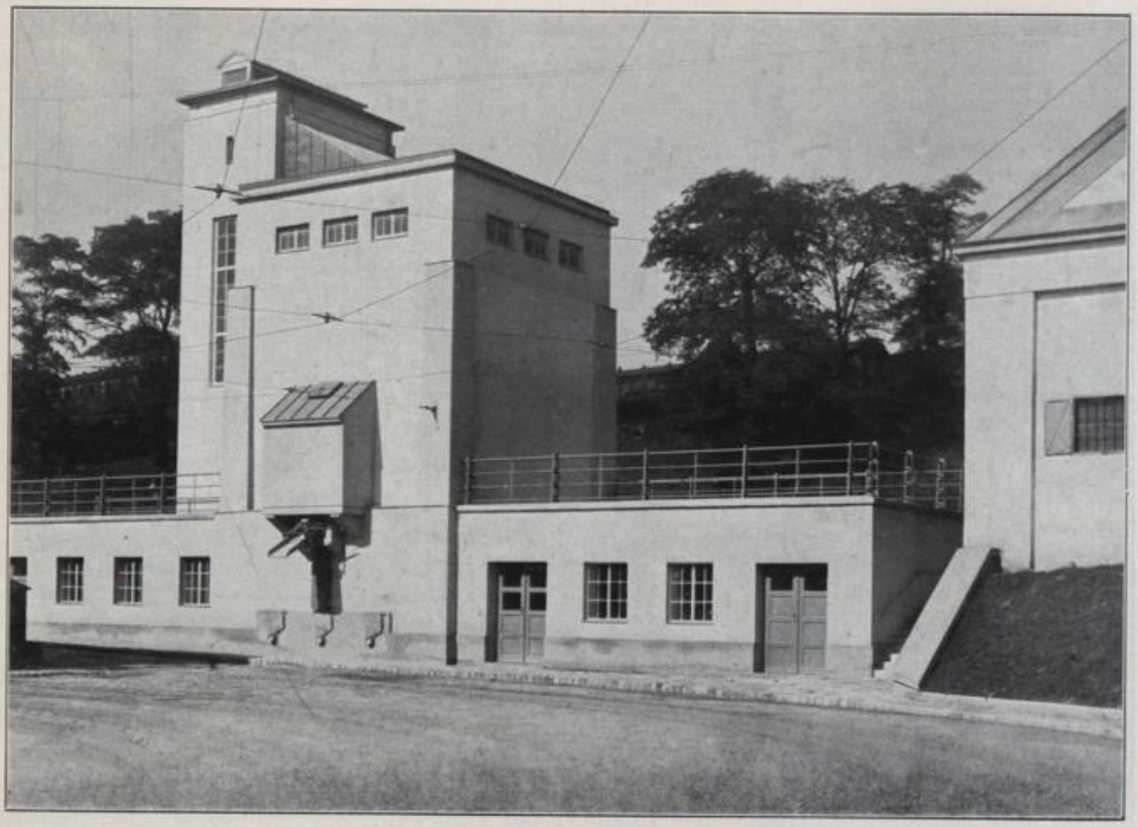
Die neue Wagenhalle besitzt eine verbaute Fläche von 4695 Quadratmeter und einen Fassungsraum für 122 Wagen. Sie wird durch zwei Reihen von Eisenbetonsäulen in drei Schiffe mit zusammen 13 Geleisen unterteilt. Das Mittelschiff wird von einer sieben Geleise überspannenden Holzdachkonstruktion von 23 Meter Spannweite gebildet, während die beiden Seitenschiffe je drei Geleise mit einer Torkret-Betonkonstruktion überdecken. In einem unterkellerten Anbau von 707 Quadratmeter verbauter Fläche sind Kanzleien, Werkstätten, Mannschaftsräume und sanitäre Anlagen untergebracht sowie drei Stiegenhäuser für einen möglichen späteren Aufbau von Stockwerken vorgesehen.

Neben der neuen Wagenhalle wurde ein Sandsilo mit einer Trockenanlage gebaut.

Die Zufuhr des zur Unterstützung der Bremswirkung benötigten Sandes erfolgt von der Avedikstraße aus auf einem erhöht liegenden Geleise, von wo aus der angelieferte Sand unmittelbar in den Vorratsraum abgekippt werden kann. Damit der Sand im Winter in den Behältern der Wagen nicht einfriert, muß er vollkommen trocken sein. Dies wird dadurch erreicht, daß er durch einen geheizten Trockenturm rieselt und dann nach Abscheidung des freien Staubes in einem hochgelegenen Behälter gelagert wird, aus dem er durch die Motorführer leicht entnommen werden kann. Eine Rutsche ermöglicht ferner die

unmittelbare Verladung des trockenen Sandes aus dem Hochbehälter auf Automobile oder Straßenbahnlastwagen zum Zwecke der Zufuhr des Sandes zu den im ganzen Netz verteilten Sandkisten.

Weiters wurde eine neue Wagenhalle im Betriebsbahnhofe Erdberg zwischen der Erdbergstraße und der Lechnerstraße erbaut, die auf einer verbauten Fläche von 2380 Quadratmeter sechs Geleise für 60 Wagen enthält. Hievon sind vier Geleise mit einer Eisenbetonkonstruktion und zwei Geleise provisorisch mit einem Holzdach überdeckt. In einem Anbau der Halle von 208 Quadratmeter sind eine Garage für Rüstwagen samt Nebenräumen, ferner Waschräume, Aborte und ein Salzlager untergebracht. Außerdem erhielt die alte Halle II in Erdberg als Anbau einen Werkstättentrakt, der auf 542 Quadratmeter



Sandsilo und Sandtrocknungsanlage in Rudolfsheim

verbauter Fläche eine Tischlereiwerkstätte, ein Öllager, einen Mannschafts- und Garderoberaum, Brausebäder und Aborte für den Werkstättenbetrieb und eine Schmiede, Bahnmeisterkanzlei, Mannschaftsraum, Aborte und Materialmagazin für die Bahnerhaltung enthält und zum großen Teile unterkellert ist.

Schließlich ist noch im Jahre 1927 im Betriebsbahnhofe Breitensee mit dem Bau einer neuen Wagenhalle für 54 Wagen und im Betriebsbahnhofe Floridsdorf mit dem Bau einer Wagenhalle für 88 Wagen begonnen worden.

Um die Bureaus, Werkstätten, Wagenschuppen und Magazine der Abteilung für Leitungsanlagen zu vereinigen, wurde im XII. Bezirk zwischen der Längenfeldgasse, Flurschützstraße und Böckhgasse eine neue Anlage geschaffen. Das an der Längenfeldgasse liegende Hauptgebäude hat eine verbaute Fläche von 500 Quadratmeter und besteht aus Erdgeschoß, zwei Stockwerken und Unterkellerung; es enthält die Kanzleien der Abteilung und 14 Wohnungen. An der Ecke der Flurschützstraße und Böckhgasse erhebt sich ebenfalls ein zweistöckiges Gebäude von 230 Quadratmeter verbauter Fläche, welches im

Erdgeschoß zwei kleine Wagenhallen für den Schienenstoßmeßwagen und die Benzindraisinen und in den Stockwerken sieben Wohnungen enthält. Zwischen diesen zwei Gebäuden liegen, einen großen Hof umschließend, die ebenerdigen Werkstätten, Magazine und Garagen mit zusammen 1300 Quadratmeter verbauter Fläche.

Für die Zwecke des Kraftstellwagenbetriebes wurden die als solche nicht mehr verwendeten Wagenhallen VI und VII des Bahnhofes Favoriten zu einem Materiallager, zu Werkstätten usw. ausgestaltet und anschließend an die erstgenannte Halle ein Benzinlager nach der Bauart Martini-Hüneke mit einem Fassungsraum von 50.000 Liter errichtet.



Moderne Straßenbahnwartehalle (Bellaria)

Zur Deckung des Bedarfes aller städtischen Dienststellen an Trieb- und Schmierstoffen wurde im II. Bezirk am Dürnkrutplatz ein großes Benzinlager der oben erwähnten Bauart zur feuersicheren Lagerung von 440.000 Liter Benzin und ein Zentralöllager erbaut. Das Gebäude des letzteren besitzt eine verbaute Fläche von 740 Quadratmeter und besteht aus einer Halle von 16·5 Meter Spannweite, das ist der eigentliche Lagerraum, in dem 130.000 Liter Mineralöle zweiter Klasse eingelagert werden können, und aus einem Anbau, in dem außer Werkstätten- und Mannschaftsräumen auch ein chemisches Laboratorium zur Untersuchung der Triebstoffe eingerichtet ist. Für den Umschlag der Ölfässer dienen ein Transportgeleise und ein Handlaufkran von 500 Kilogramm Tragkraft.

Zur Unterbringung des Wagenparkes des Kraftstellwagenbetriebes ist ein Teil der ehemaligen Markthalle in der Zedlitzgasse und Liebenberggasse im I. Bezirk durch Einbau einer feuersicheren Zwischendecke sowie durch Schaffung von Werkstätten, Lagerräumen und einer Einrichtung zur Lagerung von 30.000 Liter Triebstoff in eine Garage verwandelt worden, die 30 Kraftstellwagen Aufnahme bietet.

Eine große Zahl neuerrichteter Wartehallen moderner Bauart an verschiedenen Punkten des Netzes und die Vermehrung der Fahrscheinvorverkaufsstellen dient der Bequemlichkeit der Fahrgäste.

Das im Jahre 1917 zur Vergrößerung des Direktionsgebäudes angekaufte Nachbarhaus IV. Bezirk, Favoritenstraße 11, wurde im Laufe der Jahre für den neuen Zweck entsprechend umgestaltet. An neuen Liegenschaften erwarb das Unternehmen die Gasthausrealität Simader in Rodaun, Liesingerstraße 18, mit einem Gesamtflächenausmaße von 3825 Quadratmeter sowie die anstoßende Liegenschaft Liesingerstraße 20, im Ausmaße von 4057 Quadratmeter zur seinerzeitigen Vergrößerung der Bahnhofs- und Geleiseanlagen und zur Unterbringung von Wohnungen für Bedienstete, ferner die vormals Löffler'sche Gasthausrealität Wien, XIII. Bezirk, Penzingerstraße 72, in der sodann längere Zeit eine Gemeinschaftsküche zur Ausspeisung von 1500 Bediensteten, insbesondere der Hauptwerkstätte und des Betriebsbahnhofes Wienzeile, unterhalten wurde.

Durch Freigabe entbehrlicher Räume in eigenen und fremden Gebäuden sowie durch entsprechende bauliche Umgestaltungen wurden Wohnungen geschaffen und teils wohnungsbedürftigen Angestellten des Unternehmens überlassen, teils dem allgemeinen Wohnungsmarkte zugeführt. Die vom Unternehmen besorgte Verwaltung der aus den Mitteln der „Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen" erbauten Bedienstetenwohnhäuser ging im Zusammenhange mit der Einverleibung dieser Anstalt in die neu gegründete „Pensionskasse für die Bediensteten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen" vom 30. Juni 1923 an auf den Verwaltungsausschuß der neuen Pensionskasse über.

Verkehr und Betrieb

Infolge des Sinkens des Standes an betriebsfähigen Wagen und infolge des Kohlenmangels bei den städtischen Elektrizitätswerken, welchen die Lieferung des Bahnstromes obliegt, mußten nach dem Kriege zur Schonung des noch betriebstauglichen Wagenparkes und zur Ersparnis von Bahnstrom wiederholt einschneidende Verkehrseinschränkungen Platz greifen. Diese Maßnahmen bestanden hauptsächlich in der Kürzung der täglichen Betriebsdauer, in der Verlängerung der Zugfolge, in der Auflassung von Haltestellen, in der Kürzung von Linien und in der Einschränkung oder gänzlichen Einstellung des Verkehres an Sonntagen; die Ungunst der Verhältsse ging sogar soweit, daß zeitweise der gesamte Betrieb ruhte.

Die ungünstige Verkehrslage, von der übrigens auch die Vollbahnen infolge der allgemeinen Kohlennot in nicht geringerem Maße betroffen waren, erreichte am Beginne des Jahres 1920 ihren Höhepunkt; sie wurde noch dadurch verschärft, daß bei einem Tiefstand der Fahrleistung und der Zahl der betriebstauglichen Wagen die Frequenz ungleich hoch blieb, was mit einer Überfüllung und Überlastung der Wagen gleichbedeutend war. Erst mit der im Laufe des Jahres 1920 einsetzenden Entspannung in der Kohlenversorgung der städtischen Elektrizitätswerke und mit der fortschreitenden Wiederherstellung und Erneuerung des Wagenparkes konnte ein Teil der aufgelassenen Haltestellen wieder errichtet, die Betriebszeit ausgedehnt, der Verkehr verdichtet und durch ähnliche Maßnahmen schrittweise verbessert und dem Verkehrsbedürfnisse angepaßt werden.

Einige Ziffern werden die Entwicklung des Verkehres seit dem Kriege am besten beleuchten.

Die Fahrleistung im elektrischen Straßenbahnbetrieb und im Dampfstraßenbahnbetrieb (bis zur Elekrifizierung), welche im Jahre 1913 rund 100 Millionen Wagennutzkilometer betrug, sank von rund 108 Millionen Wagennutzkilometer im Jahre 1917/18 auf rund 88 Millionen Wagennutzkilometer im Jahre 1919/20, stieg in den folgenden Jahren allmählich wieder an und erreichte im Jahre 1924 rund 124 Millionen Wagennutzkilometer.

Die Zahl der im elektrischen Straßenbahnbetrieb und im Dampfstraßenbahnbetrieb (bis zur Elektrifizierung) beförderten Fahrgäste, welche im Jahre 1913 rund 525 Millionen betrug und im Jahre 1917/18 rund 562 Millionen erreicht hatte, verminderte sich nach einigen Schwankungen auf 441 Millionen im Jahre 1922, um dann bis auf rund 567 Millionen im Jahre 1924 anzusteigen.

Während im Jahre 1913 im elektrischen Straßenbahnbetrieb durchschnittlich 1014 Trieb- und 1092 Anhängewagen täglich im Verkehr standen, sank dieser Tagesdurchschnitt infolge der Kriegsverhältnisse im Jahre 1917/18 auf 931 Trieb- und 1215 Anhängewagen und im Jahre 1918/19 sogar weiter auf 816, beziehungsweise 1107 Wagen; von da an ist ein ständiges Ansteigen des Tagesdurchschnittes bis auf 1169 Trieb- und 1471 Anhängewagen im Jahre 1924 zu verzeichnen.

In den Jahren 1925 und 1926 schließlich betrug im elektrischen Betriebe die Fahrleistung rund 141 und 153 Millionen Wagenkilometer, die Zahl der beförderten Fahrgäste rund 602 und 615 Millionen und die Zahl der täglich im Betriebe stehenden Wagen durchschnittlich 1248 und 1276 Triebwagen und 1612 und 1676 Anhängewagen. In diesen Ziffern sind die Verkehrsleistungen auf der im Jahre 1925 eröffneten

Wiener elektrischen Stadtbahn und die neu beschafften Fahrbetriebsmittel der Stadtbahntype bereits inbegriffen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der auf der elektrischen Straßenbahn und Stadtbahn sowie mittels Kraftstellwagen in den einzelnen Monaten des Jahres 1926 im fahrplanmäßigen Verkehr beförderten Personen im Vergleiche zur Bevölkerungsziffer Wiens:

Monat	Wien (1·87 Millionen Einwohner)	
	Straßenbahn einschließlich elektrischer Stadtbahn	Kraftstellwagen
Jänner	48,983.042	837.388
Februar	45,561.224	830.712
März	51,057.138	958.125
April	52,389.843	890.147
Mai	54,410.803	845.502
Juni	51,735.199	840.796
Juli	50,693.778	801.341
August	45,932.681	617.953
September	51,554.755	806.355
Oktober	55,872 405	942.920
November	52,467.057	886.528
Dezember	54,201.228	1,039.240
Zusammen	614,859.153	10,297.007

In dieser Aufstellung sind auch Fahrten mit ein- oder mehrmaligem Umsteigen nur einfach gezählt.

Die Frachtenbeförderung für die eigenen Zwecke des Unternehmens und für die Gemeinde Wien erreichte im Jahre 1924 infolge der von der Gemeinde Wien und ihren Unternehmungen entfalteten erhöhten Bautätigkeit einen ansehnlichen Umfang, während die Frachtenbeförderung für fremde Parteien, insbesondere seit dem Wegfall der Frachtenbeförderung für die Heeresanstalten, wohl auch infolge der zunehmenden Konkurrenz des privaten Lastkraftwagenverkehres in stetem Rückgang begriffen ist.

Die ununterbrochen anwachsende Zahl der Fahrgäste erfordert fortwährend Verkehrsverstärkungen, die auf vielen Linien bereits bis zur Grenze des technisch möglichen oder mit Rücksicht auf den Wagenstand erreichbaren Ausmaßes gesteigert worden sind. Der Bäder- und Ausflugsverkehr, der seit dem Jahre 1921 wieder außerordentlich große Allerheiligenverkehr zum Zentralfriedhof und zu den übrigen Friedhöfen, ferner zahlreiche Fußballwettspiele und ähnliche Anlässe stellen den Betrieb noch überdies vor die Aufgabe, in verhältnismäßig kurzer Zeit große Menschenmassen zu bewältigen und störungslos abzubefördern. Verkehrsbelebend wirkt auch die seit dem Herbst des Jahres 1921 im Frühjahr und Herbst eines jeden Jahres stattfindende Wiener Internationale Messe.

Unfälle

Die fortschreitende Automobilisierung des Personen- und Lastenfuhrwerkes, die zunehmende Verdichtung des Straßenbahnverkehres, das starke Anwachsen der Beförderungsziffern ließen eine Vermehrung der Unfälle besorgen. Die Tatsache, daß dennoch ein günstiger Verlauf in der Unfallsentwicklung bei den städtischen Straßenbahnen erreicht wurde, ist nicht nur auf die ständige Vervollkommnung der Sicherheitseinrichtungen und auf die gründliche Unterweisung des Fahrpersonales, sondern auch auf die Aufklärung des Publikums zurückzuführen, das, wie die Erfahrung lehrt, durch unrichtiges, auf seine Sicherheit nicht bedachtes Verhalten die Straßenbahnunfälle zum überwiegenden Teile selbst verschuldet. Wenngleich die absolute Zahl der Unfälle mit der Zunahme der Frequenz gestiegen ist, so zeigen doch die auf eine bestimmte Beförderungszahl bezogenen Vergleichsziffern eine abnehmende Tendenz. Während im Jahre 1913 auf eine Million Fahrgäste 23·61 Unfälle und 1·54 Verletzte und auf eine Million Wagenkilometer 76·8 Unfälle und 5 Verletzte, im Jahre 1918 auf eine Million Fahrgäste noch 15·26 Unfälle und 1·33 Verletzte und auf eine Million Wagenkilometer 88·3 Unfälle und 7·7 Verletzte entfielen, sind diese Ziffern im Jahre 1926 unter Berücksichtigung des elektrischen Stadtbahnbetriebes auf 9·05 Unfälle und 0·74 Verletzte und auf 36·13 Unfälle und 2·97 Verletzte zurückgegangen.

Als im Sommer 1926 die „Arbeitsgemeinschaft für das Kraftfahrwesen in Österreich" die Veranstaltung einer Verkehrsschutzausstellung ins Auge faßte, fand dieser Gedanke auch bei den Wiener Straßenbahnen Anklang und führte zur Beteiligung des Unternehmens an der Ausstellung unter Verwendung eines ziemlich reichhaltigen Materiales. Graphische Darstellungen, durch entsprechende Bilder belebt, erweckten die Aufmerksamkeit der Besucher, denen überdies ein neu verfaßter Unfallsfilm vorgeführt wurde. Um das Interesse der Bevölkerung an diesen gemeinnützigen Bestrebungen in erhöhtem Maße zu wecken, führten die Wiener städtischen Straßenbahnen zu Beginn der Ausstellung eine Unfallverhütungswoche durch. Fußgänger, Fahrgäste, Eltern und Fuhrwerkslenker wurden schon einige Zeit vorher durch die Tagespresse, durch Plakate, durch Anzeigen in den Wagen und durch Radiomitteilungen immer wieder auf die Gefahren des Großstadtverkehres aufmerksam gemacht und ermahnt, sich besonders in dieser Woche richtiger Gewohnheiten im Großstadtverkehr zu befleißigen; Verkehrskörperschaften und Behörden wurden um ihre Unterstützung ersucht. An die eigenen Bediensteten erging die dringende Aufforderung, sich in der Unfallsverhütungswoche ganz besonders in den Dienst der Sicherheit zu stellen. Um all diese Mahnungen noch in auffälliger Weise zur Geltung zu bringen, befuhr während der Unfallverhütungswoche ein mit entsprechenden Bildern und Aufschriften geschmückter Sondertriebwagen ganztägig das Netz.

Wenn auch noch abgewartet werden muß, bis die in das Publikum getragenen Belehrungen wirkungsvoll in Erscheinung treten, so ist doch auch jetzt schon eine Wendung zum Bessern eingetreten.

Tarif und Fahrpreisbegünstigungen

Von dem Grundsatze der Selbstkostendeckung ausgehend, war das Unternehmen genötigt, die Einnahmen ständig den infolge der unaufhaltsam fortschreitenden Geldentwertung sprunghaft ansteigenden Ausgaben, welche hauptsächlich durch die Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände und durch die in der Verteuerung der Lebenshaltung begründeten wiederholten Lohnforderungen der Angestellten beeinflußt wurden, anzupassen. Zu diesem Zwecke mußten in der Zeit vom Juni 1919 bis Ende 1922 nicht weniger als 18 allgemeine Tarifänderungen vorgenommen werden, von denen fünf Tariferhöhungen auf das Jahr 1921 und nicht weniger als sieben Tariferhöhungen und zwei Tarifermäßigungen auf das wirtschaftliche Krisenjahr 1922 entfallen. Die allmähliche Stabilisierung der Verhältnisse kommt darin zum Ausdruck, daß in den Jahren 1923 und 1924 nur mehr je eine Tariferhöhung notwendig war. Die Tariferhöhungen hatten im großen und ganzen nicht einmal vorübergehend nennenswerte Rückgänge in der Frequenz zur Folge. Anläßlich der Tariferhöhung vom 26. Jänner 1921 wurde die Anrechnung der Zone 5 für die Bemessung des Fahrpreises fallen gelassen und damit zum reinen Einheitstarif übergegangen.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der ersten Teilstrecke der in Elektrifizierung begriffenen Wiener Stadtbahn vom Bahnhofe Hütteldorf-Hacking bis zur Haltestelle Alserstraße am 3. Juni 1925 trat ein besonderer Stadtbahntarif in Kraft. Außer Fahrscheinen, die zur Fahrt auf der Stadtbahn allein oder auf dieser und zu einer Weiterfahrt auf einer unmittelbar anschließenden Straßenbahnlinie innerhalb des Tarifgebietes I oder umgekehrt berechtigten, wurden Netzkarten mit einmonatiger und halbjähriger Gültigkeit für die Stadtbahn und das Tarifgebiet I der Straßenbahnen, ferner Streckenkarten mit

einmonatiger Gültigkeit für Fahrten auf der Stadtbahn oder teils auf der Stadtbahn und teils auf den Straßenbahnen ausgegeben. Für den Verkehr zwischen der Stadtbahn und den anschließenden Lokalstrecken der Bundesbahnen wurden im Tagestarif gültige durchgehende Fahrkarten für die einfache Fahrt in der dritten Wagenklasse der Vollbahn eingeführt, welche in der Fahrtrichtung von den Bundesbahnstrecken nach der Stadtbahn auch zur Fortsetzung der Fahrt auf einer unmittelbar anschließenden Straßenbahnlinie berechtigten, dagegen in der Fahrtrichtung von der Stadtbahn nach den Bundesbahnstrecken auf den Straßenbahnlinien keine Gültigkeit hatten.

Durch die Zulassung des einmaligen Umsteigens zwischen einer Straßenbahnlinie und der Stadtbahn war den Straßenbahnfahrgästen die Möglichkeit geboten, gegen Entrichtung eines etwas höheren Fahrpreises das bedeutend schnellere Verkehrsmittel schon vom Tage der Eröffnung der ersten Teilstrecke an zu benützen.

Der gegenständliche Tarif wurde ohne weiteres auf die am 22. Juli und am 7. September 1925 dem Verkehre übergebenen weiteren Teilstrecken der Stadtbahn ausgedehnt und blieb bis zur Eröffnung der letzten Teilstrecke der Stadtbahn unverändert in Geltung. Mit der Eröffnung der letzten Teilstrecke der Stadtbahn am 20. Oktober 1925 wurde das Stadtbahnnetz in das Straßenbahnnetz einbezogen und wurden beide Verkehrsmittel durch Schaffung eines gemeinsamen Tarifes verschmolzen, der dem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung entsprechend einen unbeschränkten Umsteigverkehr zwischen Straßenbahn und Stadtbahn, soweit es zur Erreichung des Fahrzieles auf dem kürzesten Wege notwendig ist, zuließ.

Der neue Einheitstarif ermäßigte den bis dahin geltenden Stadtbahnfahrpreis für den an den Stadtbahnkassen gelösten Tagesfahrschein um 20 Prozent, erhöhte dagegen den in Geltung stehenden Straßenbahnfahrpreis für den beim Schaffner gelösten Tagesfahrschein um 20 Prozent. Die mittlere Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises betrug 9·6 Prozent. Diese unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt notwendige Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises wurde jedoch einerseits durch die Einbeziehung des neuen Verkehrsmittels, andererseits dadurch wettgemacht, daß der Abendtarif aufgehoben, der Nachttarif etwas herabgesetzt und das Tarifgebiet I unter Auflassung der restlichen Sondertarifstrecken — der Sondertarif auf der Linie Flötzersteig war schon im Jahre 1924 aufgehoben worden — bis zur Gemeindegrenze von Wien ausgedehnt wurde.

Schon bei der Einführung dieses Einheitstarifes war man sich bewußt, daß die damit verbundene Fahrpreiserhöhung nicht ausreichen würde, um das finanzielle Gleichgewicht im Haushalte des Unternehmens herzustellen und zu erhalten. Trotzdem wurde erst im Jahre 1927, als die finanzielle Lage des Unternehmens ein längeres Zuwarten nicht mehr gestattete, zu einer neuerlichen Tarifregulierung geschritten, die am 4. Oktober 1927 in Kraft trat und die Fahrpreise durchschnittlich um ein Sechstel erhöhte.

Gleichzeitig mit der Aufnahme des Vollbetriebes auf der Wiener elektrischen Stadtbahn ist die Ausgabe der durchgehenden Fahrkarten im Verkehre zwischen der Stadtbahn und den anschließenden Lokalstrecken der Bundesbahnen vorübergehend eingestellt und erst nach Abschluß der bezüglichen Verhandlungen mit den Bundesbahnen und nach Schaffung neuer, auch dem Umsteigverkehr mit den Straßenbahnen entsprechender durchgehender Fahrscheine mit 1. Juli 1926 wieder aufgenommen worden.

Seit Anfang September 1926 können auf der Wiener elektrischen Stadtbahn unter gewissen Beschränkungen Hunde gegen Entrichtung des Personenfahrpreises mitgenommen werden.

Die Zahl der Fahrpreisbegünstigungen hatte vor allem infolge der Freigebigkeit mit diesen Begünstigungen während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit einen Umfang angenommen, der im Interesse des Unternehmens dringend einen Abbau erheischte. Durch strenge Handhabung der vom Stadtrate im Jahre 1919 festgelegten neuen Richtlinien für die Gewährung von Fahrpreisbegünstigungen gelang es, den Stand an Fahrpreisbegünstigungen von rund 26.000 Freikarten und 50.000 Ermäßigungsanweisungen (einschließlich der Schüleranweisungen) zu Ende des Jahres 1919 auf rund 2000 Legitimationen und Freikarten, 30.000 Ermäßigungsanweisungen und 20.000 Schüleranweisungen im Jahre 1926 zu verringern. In der letztgenannten Zahl der Ermäßigungsanweisungen sind dabei jene der städtischen Angestellten bereits inbegriffen, denen der Gemeinderat im Jahre 1920 eine fünfzigprozentige Fahrpreisermäßigung auf den Straßenbahnen zugestanden hatte. Diese fünfzigprozentige Fahrpreisermäßigung wurde im Jahre 1925 durch den Gemeinderat auch auf den Bezug von Zeitkarten ausgedehnt.

Seit dem Jahre 1921 werden schließlich auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses jährlich ungefähr 50.000 Fahrten für Gruppen von Volks- und Bürgerschulen anläßlich von Lehrausflügen unentgeltlich geleistet.

Im Jahre 1927 hat die Gemeinde den Arbeitslosen die unentgeltliche Beförderung mit der Straßenbahn und Stadtbahn zu den Meldungs- und Zahlstellen, ferner zu den Um- und Nachschulungskursen und zu den Arbeitsstätten im Falle der Arbeitsvermittlung gewährt.

Kraftstellwagenbetrieb

Nachdem der Pferdestellwagenbetrieb im Laufe des Krieges infolge des Pferde- und Futtermangels und infolge seiner Unwirtschaftlichkeit vollkommen eingestellt worden war, gab die im Jahre 1919 besonders dringende Verkehrsnot und der Wunsch, auch die Innere Stadt wieder einem allgemeinen öffentlichen Massenverkehrsmittel zu erschließen, den unmittelbaren Anlaß zur Einrichtung eines Kraftstellwagenverkehres, der als Probebetrieb bereits vor und auch während des Krieges auf einigen Strecken geführt worden war. Mit der Einrichtung und Durchführung des Verkehres betraute der Gemeinderat



Autobus

eine hiezu ins Leben gerufene handelsgerichtlich protokollierte Firma „Gemeinde Wien — städtische Kraftstellwagenunternehmung", welche vom Magistrate am 16. August 1919 die Betriebskonzession erhielt.

Der Betrieb wurde noch im selben Jahre aufgenommen, die Linienführung, die sich nicht bloß auf die Innere Stadt beschränkte, in der Folgezeit versuchsweise wiederholt geändert, um vor allem verläßliche Unterlagen für die Einrichtung der endgültigen Linien zu schaffen, weil sich als Kriegsfolge eine Änderung in den wichtigsten Verkehrsbeziehungen ergeben hatte. An Fahrbetriebsmitteln standen eine beschränkte Anzahl von Benzinkraftwagen und einige Elektrokraftwagen zur Verfügung.

Der Umstand, daß die Tarife im Tagverkehr mit Rücksicht auf die Abhängigkeit vom Fahrpreise der Straßenbahn nicht so hoch gehalten werden konnten, als es die Betriebskosten erfordert hätten, führte zu einer anfänglichen Einschränkung und schließlich im Jahre 1922 zur gänzlichen Einstellung des Tagverkehres; der elektrische Betrieb war schon früher wegen Unwirtschaftlichkeit eingestellt worden.

Im Zuge der von der Gemeinde Wien eingeleiteten Sparmaßnahmen wurde gegen Ende des Jahres 1922 die Firma „Gemeinde Wien — städtische Kraftstellwagenunternehmung“ aufgelöst und der gesamte Betrieb den städtischen Straßenbahnen übertragen. Nach Bestellung von 30 modernen Kraftstellwagen ist gegen Ende des Jahres 1923 wieder versuchsweise auf einer Linie durch die Innere Stadt ein Tagverkehr mit kurzen Zwischenräumen (1·5 bis 3 Minuten) aufgenommen worden. Da der Probebetrieb die Erwartungen erfüllte, wurde dieser innerstädtische Tagverkehr entsprechend der Lieferung der neuen Kraftstellwagen immer mehr und mehr ausgestaltet, so daß gegenwärtig außer sechs Nachtlinien drei innerstädtische Taglinien im Betriebe stehen. Abgesehen davon wird bei verschiedenen Anlässen,



Niederrahmenautobus

insbesondere in den Sommermonaten an schönen Sonntagen zum städtischen Strandbad Gänsehäufel, ein Sonderwagenverkehr durchgeführt.

Die beabsichtigte Ausgestaltung des Tagverkehres des Kraftstellwagens durch Einstellung von 150 modernen Kraftstellwagen, von denen 100 bereits bestellt wurden und der Rest später bestellt wird, ist bereits in einem anderen Zusammenhange erwähnt worden.

Eine einschneidende Veränderung im Kraftstellwagenbetriebe bedeutete die Einführung des Ein-Mann-Betriebes, zu der aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und nach dem Vorbilde anderer Städte zuerst im Tagverkehr und dann auch im Nachtverkehr geschritten wurde. Diese Betriebsform, bei der der Fahrer auch die Aufgaben des Schaffners erfüllt, machte bei einer Anzahl von Wagen Änderungen an den Wagenkasten notwendig und mußte auch bei der Tariferstellung und Fahrscheinbehandlung berücksichtigt werden.

So wie im Straßenbahnbetrieb hatten auch im Kraftstellwagenbetrieb die unaufhörlich steigenden Preise für Triebstoffe und Verbrauchsmaterialien sowie die wiederholten Zuwendungen an das Personal im Laufe der Jahre zahlreiche Tariferhöhungen im Gefolge. Gemeinsame Fahrtausweise (Fahrscheine und Netzkarten) für die Straßenbahn einschließlich der Stadtbahn und für den Kraftstellwagen erleichtern und fördern den Übergangsverkehr zwischen den beiden Verkehrsmitteln.

Der Wagenpark umfaßte Ende 1926 32 moderne Benzinkraftwagen, von denen im Tagverkehr (7 Uhr 30 Minuten bis 19 Uhr 30 Minuten) in den Frühstunden 27, während der übrigen Zeit 22 und im Nachtverkehr (24 Uhr bis 3 Uhr) 15 bis 21 Wagen in Verwendung standen. Die Netzlänge beträgt 26 Kilometer.



Autobus-Innenansicht (vorderer Wagenteil)

Im Laufe des Jahres 1926 sind alle Wagen mit Luftreifen an Stelle der Luftkammerreifen ausgerüstet worden; sämtliche Wagen erhalten ferner nach und nach Anlaßvorrichtungen eingebaut. Unter den Wagen sind als modernste Type zwei Niederrahmenautobusse mit eingeschoßiger Karosserie, welche den Fahrgästen ein bequemes Ein- und Aussteigen ermöglicht, bemerkenswert. Schließlich ist die versuchsweise Aufstellung von Fahrscheinautomaten für Tagfahrscheine an stark frequentierten Haltestellen zu erwähnen, welche Neuerung einerseits der Bequemlichkeit der Fahrgäste, andererseits der raschen Wagenabfertigung dient und, wenn sie sich bewährt, entsprechend ausgestaltet werden wird.

Im Jahre 1926 betrugen die Verkehrsleistungen im Kraftstellwagenbetriebe im Tagverkehr 657.539 Kilometer, im Nachtverkehr 159.349 Kilometer und mit Sonderwagen 32.016 Kilometer, wobei im Tagverkehr 9,654.497 Personen, im Nachtverkehr 615.406 Personen und mit Sonderwagen 66.174 Personen befördert wurden.

Benzinstelle der Gemeinde Wien

Da sich die im Kriege notgedrungen eingeführte, durch den Magistrat besorgte Bewirtschaftung des Bedarfes der Gemeinde Wien an Trieb- und Schmierstoffen als zweckmäßig erwies, wurde hiefür im Jahre 1919 eine eigene Verwaltungsstelle, nämlich die Benzinstelle der Gemeinde Wien, errichtet, welche nunmehr die gesamte Gebarung mit den Trieb- und Schmierstoffen für alle Ämter, Anstalten, Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde Wien zu besorgen hatte. Sie war ursprünglich der städtischen Kraftstellwagenunternehmung angeschlossen, wurde jedoch vom zweiten Halbjahr 1921 an den städtischen Straßenbahnen angegliedert. Zur Lagerung, Verteilung und Zuführung der Trieb- und Schmierstoffe standen ihr die großen Trieb- und Schmierstofflager im II. Bezirk am Dürnkrutplatz, ferner zahlreiche Eisenfässer sowie einige Straßenbahn- und Autotankwagen zur Verfügung.

Im Jahre 1926 wurden unter Beibehaltung des Grundsatzes der einheitlichen Bewirtschaftung der Trieb- und Schmierstoffe für die Gemeinde Wien die Geschäfte der Benzinstelle insoferne geteilt, als nunmehr die Triebstoffbeschaffung und -verteilung wieder der Magistrat übernahm, während diese Aufgaben hinsichtlich der Schmierstoffe weiterhin die städtischen Straßenbahnen besorgen.

Personal

Mit dem Zurückströmen der eingerückten und kriegsgefangenen Angestellten wurde die Außerdienststellung der weiblichen Ersatzkräfte begonnen und derart gefördert, daß Ende 1920 fast alle weiblichen Ersatzkräfte mit Ausnahme berücksichtigungswürdiger Kriegerwitwen ausgeschieden waren; von den männlichen Kriegsaushelfern ist dagegen ein großer Teil als Ersatz für die Abgänge an männlichen Angestellten in den Stand des Unternehmens aufgenommen worden.

Nachdem im Jahre 1921 im Interesse der Wiederherstellung des Wagenparkes vorübergehend Neuaufnahmen von Bediensteten und Arbeitern für die Hauptwerkstätte stattgefunden hatten, wurde in den folgenden Jahren im Zusammenhange mit Verwaltungsreformen und insbesondere seit der Einführung der achten Dienststunde für die der Allgemeinen Dienstordnung unterstehenden Angestellten der seit Kriegsende betriebene Personalabbau sowohl hinsichtlich der Beamten und Beamtinnen als auch hinsichtlich der Bediensteten und Arbeiter wesentlich verschärft. Er vollzog sich teils durch freiwilligen Austritt, der durch Abbaubegünstigungen gefördert wurde, teils durch Versetzungen in den Ruhestand, die durch die Regelung und Verbesserung der Pensionsverhältnisse erleichtert wurden, teils durch Versetzungen zu anderen Verwaltungszweigen der Gemeinde Wien.

Erst seit dem Jahre 1924 setzten wieder Neuaufnahmen bei den Bediensteten und Arbeitern ein, weil außer für die gewöhnliche Ergänzung des Personalstandes insbesondere auch für den Verkehrsdienst Vorsorge getroffen werden mußte, für den sich durch das stete Anwachsen des Verkehres und durch die Aufnahme des Stadtbahnbetriebes ein erhöhter Bedarf geltend machte. Um jedoch mit Vorkenntnissen versehenes Betriebspersonal zu gewinnen, wurden zunächst Werkstättenbedienstete zum Betriebsdienst geschult und durch Neuaufgenommene für den Werkstättendienst ersetzt. Auf diese Weise erfolgte auch eine namhafte Verringerung des Personalstandes der Hauptwerkstätte, wo der Personalabgang aber nicht durch Neuaufnahmen, sondern durch Vergebung von Wagenreparaturen an Privatfirmen wettgemacht wurde. Gemäß dem Übereinkommen über die Elektrifizierung der Stadtbahn mußte auch eine Anzahl von Bundesbahnangestellten in den Dienst des Unternehmens übernommen werden. Der Beamtenstand erfuhr trotz des durch die Wiener elektrische Stadtbahn bedeutend erhöhten Arbeitsgebietes nur durch die Aufnahme einiger Techniker, ferner einiger Beamtinnen für den Streckenkassendienst der Stadtbahn einen unbedeutenden Zuwachs, während die Abgänge durch Reformen in der Geschäftsführung ausgeglichen wurden.

Am Ende des Jahres 1926 waren beim Unternehmen insgesamt 16.372 Personen beschäftigt, von denen 873 Angestellte der Allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien unterstanden, 15.311 Bedienstete und Arbeiter nach dem mit dem „Freien Gewerkschaftsverband in Österreich" abgeschlossenen Arbeitsvertrage, 183 Saisongeleisearbeiter nach dem Arbeitsvertrage der Bauarbeiter Österreichs und 5 Angestellte auf Grund eines gesonderten Vertragsverhältnisses entlohnt wurden.

Hand in Hand mit der fortgesetzten Verteuerung der Lebensführung mußten sowohl den aktiven als auch den pensionierten Angestellten des Unternehmens wiederholt Zuwendungen teils in Form von einmaligen Aushilfen, teils in Gestalt von Erhöhungen der festen und der veränderlichen Bezüge gewährt werden.

Die Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung und die Teuerung der Lebensmittel, die auch nach dem Kriege noch lange Zeit andauerten, veranlaßten das Unternehmen, umfassende Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung seiner Angestellten vorzukehren. Zu diesem Zwecke wurde eine eigene Verpflegsstelle geschaffen, die gemeinsam mit einem von den Angestellten gewählten Verpflegsbeirat den Einkauf und die Verteilung von Lebensmitteln sowie den Betrieb zahlreicher Gemeinschaftsküchen, Kaffeeküchen, ferner Verkaufsstellen von Lebensmitteln und Haushaltungsgegenständen für das Personal zu besorgen hatte, wobei natürlich der größte Teil der Auslagen, insbesondere die Bezüge des im Verpflegsdienste verwendeten Personales sowie die bauliche Einrichtung, Ausstattung und Erhaltung der Gemeinschaftsküchen und schließlich der bei derartigen Fürsorgeeinrichtungen nicht zu vermeidende Gebarungsabgang dem Unternehmen zur Last fiel.

Mit der Gründung der „Wirtschaftsgenossenschaft für die Bediensteten der Gemeinde Wien" im Jahre 1920 wurden die Lebensmittelverkaufsstellen aufgelassen und der Betrieb auf die Mittags- und Kaffeeküchen beschränkt. Als sodann mit der fortschreitenden Besserung in der allgemeinen Lebensmittelversorgung der Bevölkerung die Notwendigkeit für die umfangreichen und kostspieligen Einrichtungen zur Lebensmittelversorgung der Angestellten immer mehr schwand, wurden diese Fürsorgeeinrichtungen nach und nach abgebaut und schließlich im Jahre 1922 vollständig abgestoßen.

Wohlfahrtseinrichtungen

Da die Gemeinde Wien auf Grund der mit Gemeinderatsbeschluß vom 24. April 1919, Pr. Z. 8798, erlassenen „Allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien" auch den Beamten und Beamtinnen der städtischen Straßenbahnen weit höhere Ruhe- und Versorgungsgenüsse gewährleistet, als das eigene „Pensionsinstitut der Beamten und Beamtinnen der städtischen Straßenbahnen" zu leisten in der Lage war, und damit der wirtschaftliche Zweck dieses Pensionsinstitutes als Verein mit versicherungstechnischer Grundlage aufhörte, beschloß der Verein im Jahre 1919 die Auflösung des Pensionsinstitutes und die Übergabe des Vermögens in das Eigentum der Gemeinde Wien, wobei das Vermögen als besonderer Fonds bis zu seiner Erschöpfung durch die laufenden Pensionen, Erziehungsbeiträge und durch die Anwartschaften auf künftige Ruhegenüsse weiter zu bestehen hatte.

Die „Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen" ist im Jahre 1922 unter Einbringung ihres Vermögens in der von der Gemeinde Wien neu gegründeten „Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, deren Arbeitsverhältnis durch kollektive Arbeitsverträge geregelt ist", aufgegangen.

Die Betriebskrankenkasse der städtischen Straßenbahnen, deren Verwaltung insoferne eine bemerkenswerte Änderung erfuhr, als seit dem Jahre 1920 der Obmann der Kasse für eine jeweils vierjährige Tätigkeitsdauer abwechselnd von den Versicherten gewählt oder von dem Unternehmen ernannt wird, war von dem Bestreben geleitet, ihre freiwilligen Leistungen zu erhöhen, den Versicherten stets die modernsten Heilbehelfe zu bieten, die Fürsorgeeinrichtungen auszubauen und nach Möglichkeit eigene Heilstätten zu schaffen.

Zu diesem Zwecke wendete die Krankenkasse ihr Augenmerk zunächst der Errichtung spezialärztlicher Ambulatorien zu. Seit dem Jahre 1922 erstanden in rascher Aufeinanderfolge Ambulatorien für Chirurgie nebst einem mit den modernsten Apparaten ausgestatteten Zandersaal, für Röntgenbehandlung, für Lungenleiden, für Kehlkopf-, Nasen- und Ohrenleiden, für zahnärztliche Behandlung, für physikalische Heilmethoden (Hydrotherapie), für Haut- und Geschlechtskrankheiten, für Magen- und Darmleiden, für Sehschärfebestimmung, für Elektrotherapie und für Frauenleiden.

Der lang gehegte Plan der Krankenkasse, ihren Mitgliedern eine Lungenheilstätte zu errichten, wurde durch den Ankauf des Gutes Strengberg bei Puchberg am Schneeberg im Gesamtausmaße von 330 Joch und durch den Bau einer Heilstätte dortselbst, die im Frühjahr 1927 eröffnet worden ist, zur Wirklichkeit. Außerdem erstand die Krankenkasse in Bad Schallerbach in Oberösterreich im Jahre 1925 ein Grundstück im Ausmaße von 3676 Quadratmeter zwecks späterer Erbauung eines Kurhauses und im Jahre 1926 im gleichen Kurorte ein Gebäude samt Einrichtung, das sofort als Kurheim in Benützung genommen werden konnte.

Die Krankenkasse beteiligte sich sowohl im Jahre 1925 an der Hygienischen Ausstellung in Wien als auch im folgenden Jahre an der Ausstellung für Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Leibesübungen (Gesolei) in Düsseldorf.

Die Zahl der versicherungspflichtigen und der freiwilligen Mitglieder der Krankenkasse ist in ständigem Anwachsen begriffen und belief sich am Ende des Jahres 1926 auf rund 17.900 Personen.

Stadtbahn

Der Bund konnte dem immer dringenderen Wunsche der Bevölkerung nach Wiedereinführung des Stadtbahnbetriebes, der seit Anfang Dezember 1918 infolge Kohlennot vollständig eingestellt und erst seit dem Jahre 1922 wieder in Gestalt eines für den innerstädtischen Verkehr fast gänzlich wertlosen, nur zur Entlastung des Westbahnhofes dienenden beschränkten Übergangsverkehres von Hütteldorf über Meidling-Hauptstraße und über die Gürtellinie aufgenommen worden war, mangels der für die Wiedereinrichtung des Dampfbetriebes oder aber für die Umwandlung auf einen elektrischen Schnellbahnbetrieb erforderlichen Geldmittel nicht nachkommen. Daher faßte die Gemeinde Wien den Entschluß, die

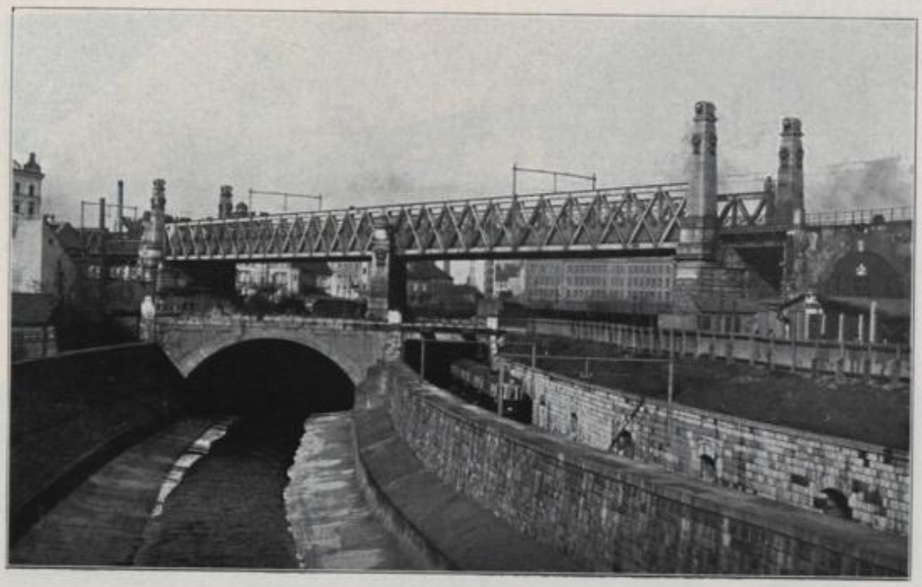


Stadtbahn auf eigene Kosten zu elektrifizieren und zu betreiben, um auf diese Weise den kaum mehr zu bewältigenden Straßenbahnverkehr zu entlasten und die Wiener Verkehrsverhältnisse zu verbessern.

Zur Verminderung der Anlagekosten mußte sich die Elektrifizierung zunächst auf die wichtigsten innerstädtischen Linien, also auf die Wientallinie, Gürtellinie und Donaukanallinie, mit den Endpunkten in Hütteldorf und Heiligenstadt, beschränken, die übrigens auch schon im Dampfbetriebe für die Wiener Bevölkerung und für die finanzielle Gebarung des Stadtbahnbetriebes von ausschlaggebender Bedeutung waren, weil von den 41·2 Millionen Fahrgästen, die im Jahre 1913 auf diesen innerstädtischen Linien verkehrten, nur 6·25 Millionen auf die anschließenden Lokalstrecken der Westbahn und Franz-Josefs-Bahn übergingen. Die Gemeindeverwaltung gewann ferner auf Grund reiflichen Studiums der Sachlage durch die Straßenbahndirektion die Überzeugung, daß einerseits nur der vollkommene Zusammenschluß der Stadtbahn mit der Straßenbahn in betriebstechnischer und tarifarischer Beziehung und die Schaffung eines gemeinsamen Wagenparkes die Grundbedingungen waren, um mit erschwinglichen Mitteln und Aussicht auf einen wirtschaftlichen Erfolg die Elektrifizierung durchzuführen, andererseits nur ein möglichst dichter und rascher Verkehr auf der elektrischen Stadtbahn den Verkehrsbedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden konnte. Die Richtigkeit dieser grundlegenden Erwägungen, nach denen die Elektrifizierung

konsequent durchgeführt und der Betrieb eingerichtet wurde, ist durch die Erfahrungen seit der Betriebseröffnung glänzend bestätigt worden.

Nichtsdestoweniger war sich die Gemeindeverwaltung stets darüber im klaren, daß die Elektrifizierung der Stadtbahn mit Straßenbahnbetriebsmitteln keine endgültige dauernde Lösung des Stadtbahnproblems bedeutet, wohl aber unter den gegebenen Verhältnissen die einzige in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht mögliche, um die Stadtbahn rasch zum Leben zu erwecken, ohne einer künftigen Änderung bei einem weiteren Wachstum der Stadt und bei einer dann möglichen großzügigen Entwicklung des Verkehres unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Elektrifizierung der Stadtbahn mit Straßenbahnwagen, die jederzeit auf der Straßenbahn wieder verwendet werden können, sowie der Einbau der selbsttätigen, auch für den elektrischen Vollbahnverkehr geeigneten Signalanlage gibt vielmehr alle Zukunftsmöglichkeiten frei, sei es für die Einrichtung eines elektrischen Vollbahnverkehres, sei es für einen engen Zusammenschluß der Stadtbahn mit späteren Untergrundschnellbahnen.



Kreuzung der Unteren Wientallinie und der Gürtellinie

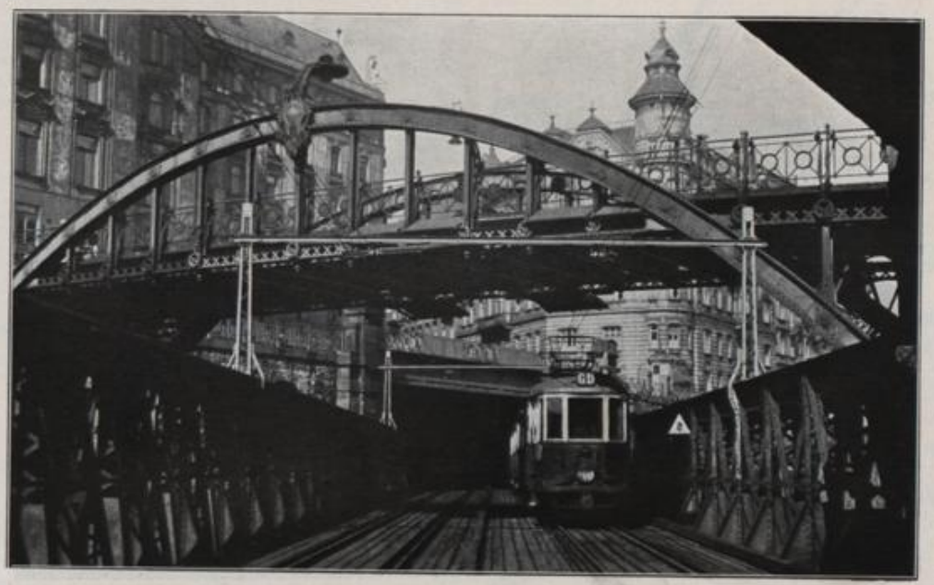
Nachdem die Gemeindeverwaltung das von den städtischen Straßenbahnen ausgearbeitete Projekt gebilligt und die notwendigen Geldmittel im veranschlagten Ausmaße von 18·5 Millionen Schilling im Zuge der Notstandsarbeiten bereitgestellt hatte, unterbreitete sie Ende August 1923 der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien, beziehungsweise dem Bunde den Antrag, die Wiental-, Donaukanal- und Gürtellinie sowie die Verbindungslinie Brigittabrücke—Nußdorferstraße der Wiener Stadtbahn auf alleinige Kosten der Gemeinde zu elektrifizieren und zu betreiben. Nach Überprüfung der Vorlage durch die berufenen Fachmänner der Bundesverwaltung entschloß sich die Regierung im Dezember 1923, den Antrag der Gemeinde Wien anzunehmen.

Da die Wiener Stadtbahn Eigentum der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien ist, erforderte die Durchführung des Gemeindeprojektes in rechtlicher Beziehung drei inhaltsgleiche Gesetze des Bundes, des Landes Niederösterreich und des Landes Wien, in denen die erwähnten Stadtbahnlinien der Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen zur Elektrifizierung und Betriebsführung überlassen wurden. Diese Gesetze traten am 21. Dezember 1923 in Kraft.

Nach Schaffung dieser Grundlagen konnte an den Abschluß des Vertrages mit dem Bund und der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen geschritten werden, der in Gestalt einer vorläufigen Formulierung der Übergabsbedingungen und eines Schlußprotokolles über die Bedingungen und Modalitäten für die Durchführung des Anbotes der Gemeinde Wien im März 1924 zustande kam. Mit diesem

vorläufigen Übereinkommen wurden der Gemeinde Wien die innerstädtischen Linien der Wiener Stadtbahn, nämlich die Wiental-, Donaukanal- und Gürtellinie einschließlich des Verbindungsbogens Brigittabrücke—Nußdorferstraße auf dreißig Jahre behufs Umwandlung auf den elektrischen Betrieb und zur Betriebsführung durch die Gemeinde auf deren alleinige Kosten überlassen. Die Gemeinde Wien mußte sich hiebei bereit erklären, in eine Kündigung des Vertrages nach zehn Jahren einzuwilligen, soferne der Bund dies zum Zwecke der Einrichtung eines elektrischen Vollbahnbetriebes auf der Stadtbahn verlangen sollte.

Die Übernahme der zu elektrifizierenden Stadtbahnstrecken wurde mit Rücksicht darauf, daß die Bundesbahnen den Dampfbetrieb auf der Strecke Michelbeuern—Hütteldorf bis zum Herbst 1924 aufrecht erhielten, in zwei Abschnitten durchgeführt. Die außer Betrieb stehenden Teile der Gürtellinie von Michelbeuern bis Heiligenstadt, die Donaukanallinie samt dem Verbindungsbogen Friedensbrücke (früher Brigittabrücke)—Nußdorferstraße und die Untere Wientallinie wurden am 18. und 25. April 1924, der



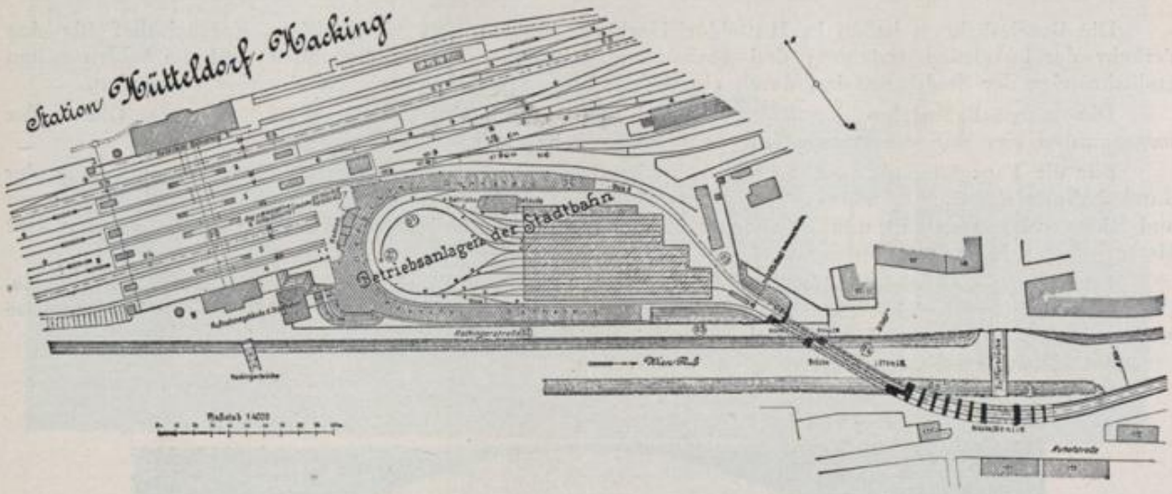
Brücke über den Wienfluß unter der Zollamtsbrücke

restliche Teil, nämlich die Gürtellinie bis Meidling-Hauptstraße und die Obere Wientallinie, dagegen erst nach Einstellung des Dampfbetriebes der Bundesbahnen am 6. und 8. Oktober 1924 an die Straßenbahn übergeben. Da der elektrische Betrieb auf der Strecke Hütteldorf-Hacking—Meidling-Hauptstraße—Michelbeuern auf Grund einer Vereinbarung mit den Bundesbahnen zu Beginn des starken Ausflugsverkehres 1925 eröffnet werden sollte, stand für die Arbeiten auf dieser Strecke nur eine verhältnismäßig kurze Bauzeit zur Verfügung.

Bahnhofsbauten und Geleiseanlagen

Die Endpunkte der Wiener elektrischen Stadtbahn liegen in den Stationen Hütteldorf-Hacking und Heiligenstadt der Bundesbahnen.

In Hütteldorf-Hacking wurde der am Südostrand der Wienflußbrücke gelegene Teil dieser Station für die Zwecke des Stadtbahnbetriebes frei gemacht und dortselbst die nachfolgend beschriebene Anlage geschaffen. Sie besteht zunächst aus einer Geleiseschleife, deren Bogen 32 Meter Halbmesser hat. An den beiden Längsseiten der Schleife sind der Ankunfts- und der Abfahrtsbahnsteig angelegt.





Bahnsteig in Hütteldorf: Ankunftseite

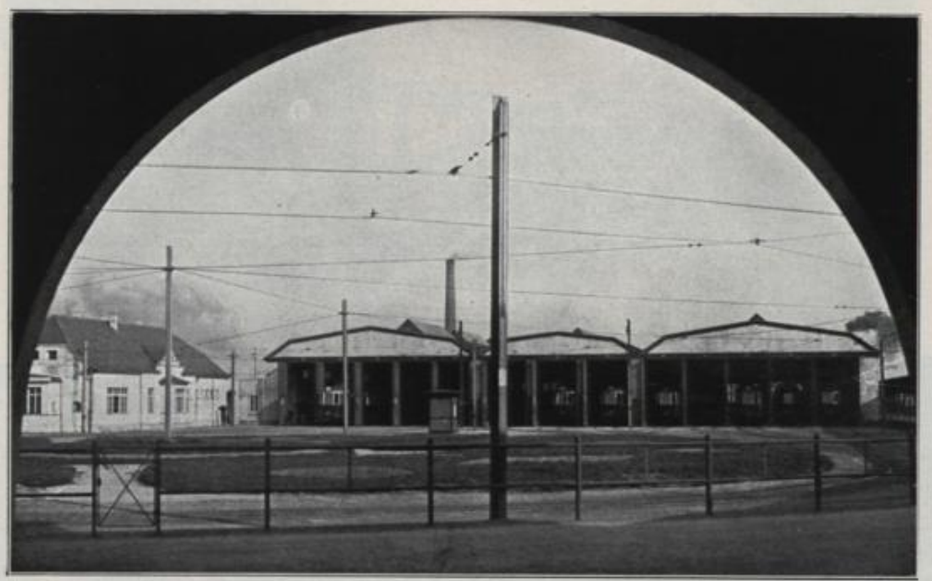
Die Bundesbahnen haben in Hütteldorf-Hacking einen neuen viergeleisigen Kopfbahnhof für den Verkehr der Lokalzüge errichtet; drei vorhandene Bahnsteige der Bundesbahnen und die beiden neuen Endbahnsteige der Stadtbahn sind durch einen sehr breiten Querbahnsteig miteinander verbunden.

Die neuen Bahnsteige der Stadtbahn sind gedeckt und schließen deren Dächer an die Dächer der vorgenannten vier Bundesbahnsteige für den Lokalverkehr an.

Für die Fahrgäste, die nur die Stadtbahn benützen, ist neben dem Hackinger Stationsgebäude der Bundesbahnen ein eigenes kleines Aufnahmsgebäude errichtet worden, welches die Kassen, die Sperren und Klosettanlagen enthält und an welches sich eine Stiege anschließt, zur Verbindung mit den um vier Meter höher gelegenen Bahnsteigen.

Innerhalb der Geleiseschleife steht die Wagenhalle samt Werkstättenanbau und das Betriebsgebäude. Die Halle enthält 13 Geleise, die durch zwei Weichenstraßen mit dem äußeren und inneren Schleifengeleise sowie mit dem im Bogen liegenden Auszugsgeleise verbunden sind.

Sie bietet Raum zur Aufstellung von 99 Wagen.



Wagenhalle und Betriebsgebäude Hütteldorf-Hacking

In Heiligenstadt stand nur der verhältnismäßig schmale Raum zur Verfügung, der zwischen der Vorortelinie und den Geleisen des Frachtenbahnhofes liegt.

Hier wurde eine Geleiseschleife untergebracht, in welche die Geleise der Gürtel- und Donaukanallinie zusammengeführt sind, wobei sich eine Geleisedurchschneidung ergibt, die durch eine Signalanlage samt Stellwerk und Fahrsperren gesichert ist. Der Halbmesser des Bogens, der die beiden Schleifenhälften verbindet, beträgt 22 Meter.

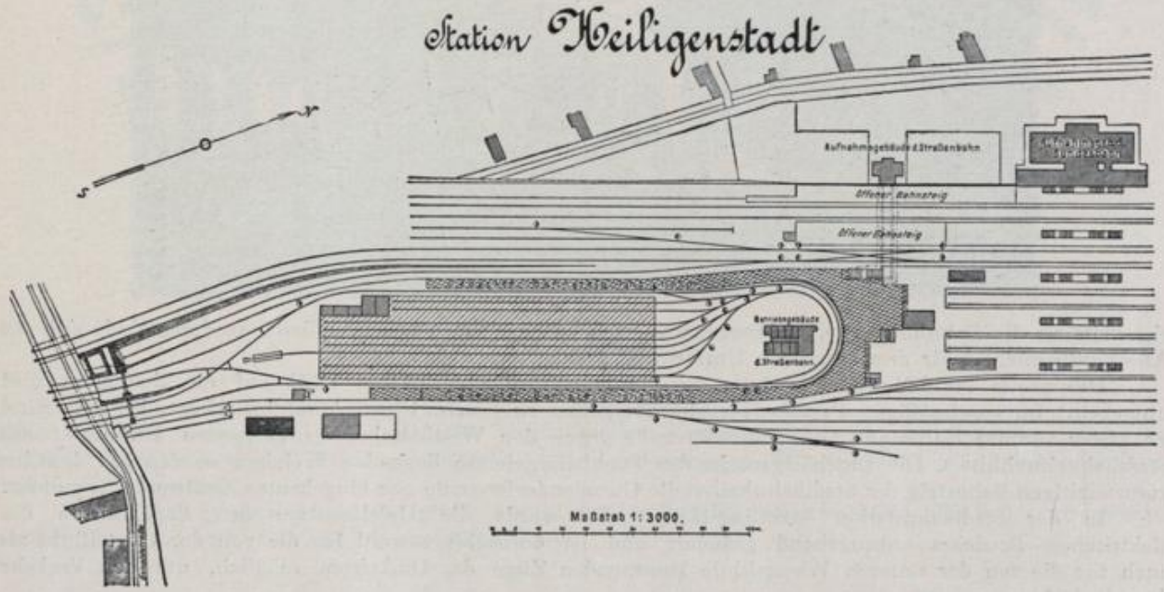
Innerhalb der Geleiseschleife liegen die zur Wagenhalle führenden Weichenstraßen, das Betriebsgebäude und die Wagenhalle, deren neun Geleise Raum zum Aufstellen von 102 Wagen bieten. Die Halle enthält an einer Längsseite Werkstättenanbauten, Mannschaftsräume und Klosettanlagen.

Außen, an den Längsseiten der Geleiseschleife, sind Bahnsteige angelegt, die, wie in Hütteldorf, in einen Querbahnsteig einmünden, der auch die Verbindung mit den in gleicher Höhe liegenden Bahnsteigen der Bundesbahnen für die Abfahrts- und Ankunftsgeleise der Bundesbahnlokalzüge bildet. Eine eigene Verbindung mit dem Bahnhofsvorplatz gegen die Heiligenstädterstraße zu wurde durch Anlage eines Tunnels geschaffen, der — fünf Meter breit und durchschnittlich drei Meter hoch — unter den Geleisen der Franz-Josefs-Bahn und Vorortelinie durchführt und von dem man mittels einer Stiege auf den Querbahnsteig der Stadtbahn gelangt. Gegen den Bahnhofsvorplatz ist dieser Tunnel durch ein kleines Aufnahmsgebäude abgeschlossen, das die Sperren und Kassen enthält.



Wagenhalle Heiligenstadt: Außenansicht

In der Station Hauptzollamt, welche nunmehr Gemeinschaftsstation mit den Bundesbahnen ist, mußten gleichfalls Einrichtungen geschaffen werden, welche durch die getrennte Betriebsführung bedingt sind. Der Stadtbahn verblieb der stadtseitig gelegene Bahnsteig I ganz und Bahnsteig II in seiner halben Breite, während die übrigen Teile der vorhandenen Bahnsteige von den Bundesbahnen benützt werden.



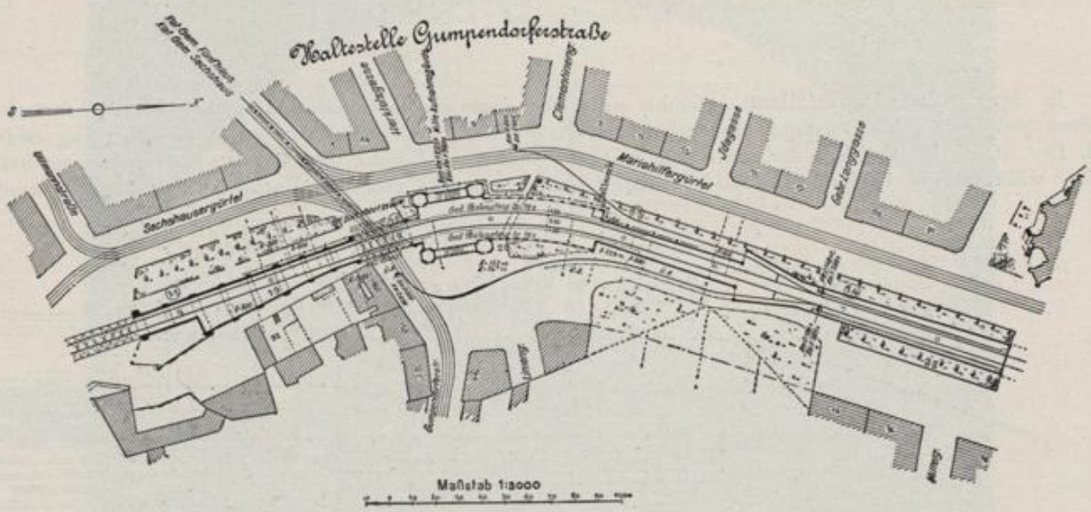
Die obere Wientallinie hat in der Strecke Hietzing—Hütteldorf meistens einen viel schwächeren Verkehr als der stadtwärts gelegene Teil dieser Linie, weshalb die Verkehrsdichte in dem erstgenannten Streckenteil zu diesen Zeiten verringert werden kann. Um den Zugverkehr dementsprechend regeln zu können, wurde am Hietzinger Kai, zwischen der Hietzinger Brücke und dem Dommayersteg, der Stadtbahneinschnitt derart verbreitert, daß Raum für ein drittes Geleise gewonnen und damit die Möglichkeit geschaffen wurde, Züge in Hietzing umkehren zu lassen. Hiebei wurde die straßenseitig vorhandene Stützmauer abgetragen und dahinter eine Stützmauer in Stampfbeton hergestellt.

Da mit Rücksicht auf den gesteigerten Verkehr und auf die Wagenbestellungen mit den beiden Betriebsbahnhöfen in Hütteldorf und Heiligenstadt nicht mehr das Auslangen gefunden werden konnte,

wurde auf dem Gebiete des ehemaligen Frachtenbahnhofes Michelbeuern der Stadtbahn ein dritter Betriebsbahnhof gebaut. Der neue Betriebsbahnhof umfaßt eine im Bogen liegende, 200 Meter lange Wagenhalle für 72 Wagen, ferner Werkstättengebäude, ein Betriebsgebäude mit Stellwerksanlage und Aufstellungsgeleise für die Unterbringung von ungefähr 50 Wagen im Freien.

Eine Schleifenanlage, die vom Geleise II der Gürtellinie der Stadtbahn vor dem Betriebsbahnhof Michelbeuern abzweigt, gegenüber der Schumanngasse am äußeren Währingergürtel in das Geleise II der Straßenbahn einmündet, diese bis zur Schopenhauerstraße peagiert, sodann nach Unterfahrung der Stadtbahn über den inneren Währingergürtel zum Betriebsbahnhof Michelbeuern zurückkehrt und dortselbst in das Geleise I der Gürtellinie der Stadtbahn einmündet, stellt eine Verbindung der Stadtbahn mit der Straßenbahn dar und ermöglicht insbesondere das Umkehren der Stadtbahnzüge der Linie 18 G, die bisher bis Heiligenstadt weitergeführt werden mußten.

Weitere Verbindungen zwischen der Stadtbahn und dem Straßenbahnnetz bestehen am Währingergürtel gegenüber der Hofmanngasse und am Mariahilfergürtel bei der Gumpendorferstraße. Die erstere Verbindung, die schon vor der Erbauung des neuen Betriebsbahnhofes Michelbeuern vorhanden war und hauptsächlich zur Ueberstellung von Wagen diente, führt auf das Gebiet des Betriebsbahnhofes Michelbeuern, wo sie



einerseits an die Bahnhofgeleise, andererseits an eine Stockgeleiseanlage anschließt, an deren Ende sich ein Anschlußtürmchen für den fahrbaren Umformer befindet.

Die zweite Verbindung dient dazu, die Straßenbahnzüge der Linie 18 G auf die Stadtbahn und umgekehrt im regelmäßigen Personenverkehr übergehen zu lassen. Dieser Anschluß erfolgte bei dem rund 70 Meter vor der Haltestelle Gumpendorferstraße gegen den Westbahnhof zu gelegenen Nullpunkt des Stadtbahneinschnittes. Die zugehörigen, in den Stadtbahngeleisen liegenden Weichen werden von dem im vororteseitigen Bahnsteig der Stadtbahnhaltestelle Gumpendorferstraße neu eingebauten Stellwerk aus gestellt.

In der Stadtbahnstation Meidling-Hauptstraße wurde die Geleiseanlage den Bedürfnissen des elektrischen Betriebes entsprechend geändert und ist dortselbst sowohl für die von der Gürtellinie als auch für die von der unteren Wientallinie kommenden Züge das Umkehren möglich, um den Verkehr dem Bedarf anzupassen.

In der Stadtbahnstation Friedensbrücke (früher Brigittabrücke) ist für die Züge der Donaukanallinie in der Richtung gegen das Hauptzollamt zu das Umkehren möglich.

Wegen der geringeren Breite, welche die im elektrischen Betrieb zur Verwendung gelangenden Straßenbahnfahrzeuge gegenüber den bisher im Dampfbetrieb benützten Fahrbetriebsmitteln aufweisen — 2·26 Meter gegenüber 3 Meter — und wegen des unmittelbaren Überganges der Wagen von der Straßenbahn auf die Stadtbahn mußte die Lage der Geleise an den Bahnsteigen sämtlicher Stadtbahnstationen entsprechend geändert werden; es bestehen nunmehr ungefähr dieselben Verhältnisse zwischen der untersten Wagentrittstufe und der Bahnsteigkante, wie sie bei den Stadtbahnfahrzeugen im Dampfbetrieb seinerzeit vorhanden waren, mit dem Unterschied, daß man damals über drei Stufen auf die Wagenplattform steigen mußte, jetzt aber nur über eine Stufe.

Es wurden die Geleise in den meisten Stationen näher an den Bahnsteig herangerückt und gleichzeitig etwas gehoben. Die neuen Bahnsteige in den Endstationen Hütteldorf-Hacking und Heiligenstadt wurden gleichfalls auf diese Weise angelegt.

Die Schienenstöße sind, soweit sie nicht alumino-thermisch geschweißt wurden, durch Kupferseile von 100 Quadratmillimeter Querschnitt überbrückt, die in Kupferbolzen endigen; sie wurden mit Handpressen in die Kontaktlöcher der Schienenstege sorgfältig eingepreßt, so daß eine gute Schienenrückleitung gewährleistet ist. Außerdem sind in Abständen von rund 200 Metern kupferne Querverbindungen angebracht, die je einen Schienenstrang des Doppelgeleises leitend verbinden.

Die Stationsgebäude, ebenso die Stiegenanlagen und Bahnsteige wurden einer durchgreifenden Instandsetzung unterzogen. An den Kassen- und Sperrenanlagen der voraussichtlich schwächer frequentierten Haltestellen wurden Änderungen vorgenommen, die es ermöglichen, die Stationsbesetzung mit einem geringeren Personalaufwand zu besorgen als bei den früher bestandenen Anlagen.

Bei der Anbringung der Oberleitung waren umfangreiche Verstärkungsarbeiten an dem Mauerwerk der Viaduktstrecken erforderlich, bedingt durch den oft nicht ganz einwandfreien Zustand dieser Objekte.



Stadtbahnhaltestelle Gumpendorferstraße

Dieser äußerte sich auch darin, daß an vielen Stellen Feuchtigkeit durch die Gewölbe drang. Es mußten daher kostspielige Sanierungsarbeiten zur Trockenlegung der Gewölbe im großen Umfang durchgeführt werden.

Ebenso war es notwendig, eine große Anzahl von Schwellen auszuwechseln, die Brückentragwerke zu entrosten und zum Teil neu zu streichen.

Fahrleitungsanlage

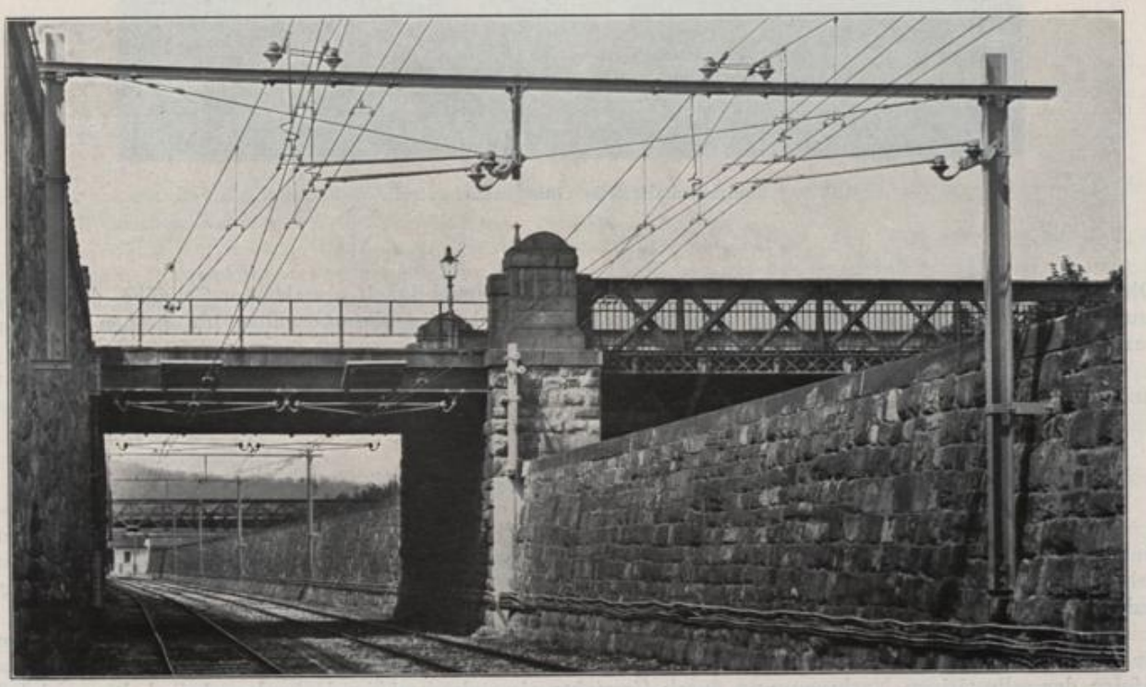
Mit Rücksicht auf die vorgesehene höhere Geschwindigkeit konnten die Fahrleitungen nicht in der einfachen Weise wie jene der Straßenbahnen ausgeführt werden, da eine gleichmäßige Höhenlage des Fahrdrahtes unbedingt erforderlich ist, die aber nur durch die sogenannte Vielfach- oder Kettenaufhängung erzielt werden kann.

Die Vorzüge dieser Bauart bestehen darin, daß infolge der hiebei möglichen großen Spannweiten die Anzahl der Stützpunkte und Isolatoren eine geringere ist, daß die Fahrdrähte bei allen Temperaturen infolge der selbsttätigen Nachspannung durch Gewichte eine gleichmäßige Höhenlage beibehalten und daß bei Bruch eines Fahrdrahtes das Tragwerk nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Ein weiterer wesentlicher

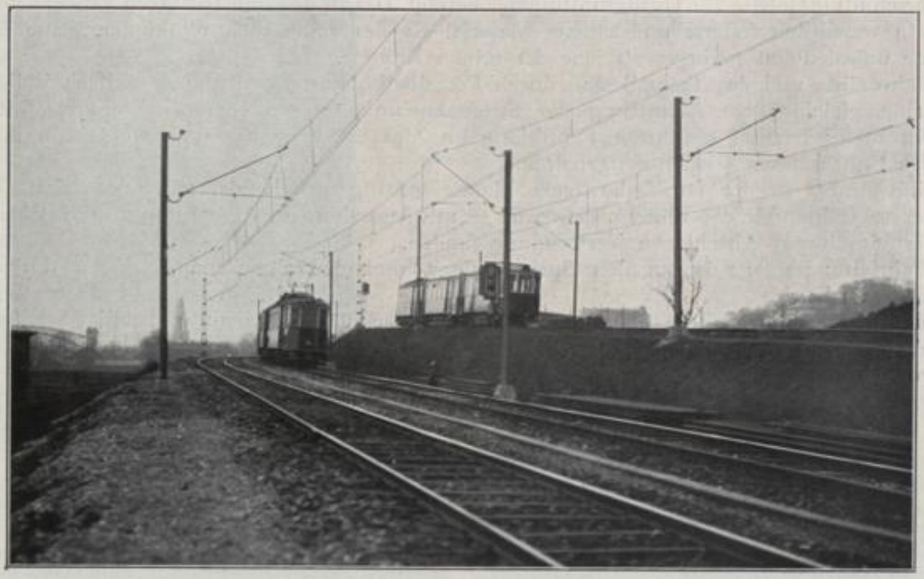


Kreuzung der Donaukanallinie mit dem Verbindungsbogen Friedensbrücke—Nußdorferstraße

Vorzug dieser Fahrleitungsbauart besteht darin, daß sie eine fast unbedingte Bruchsicherheit gewährleistet, weil das Tragseil keiner Abnützung unterworfen ist und weil der Fahrdraht, in kurzen Abständen mittels Hängedrähten oder Seilen an dem Tragseil aufgehängt, mechanisch gering beansprucht wird. Die Fahrdrahthöhe über Schienenoberkante beträgt mindestens 4·80 Meter in der offenen und mindestens 4·35 Meter in den gedeckten Strecken. Als Fahrdrähte wurden Rillendrähte von 65 Quadratmillimeter

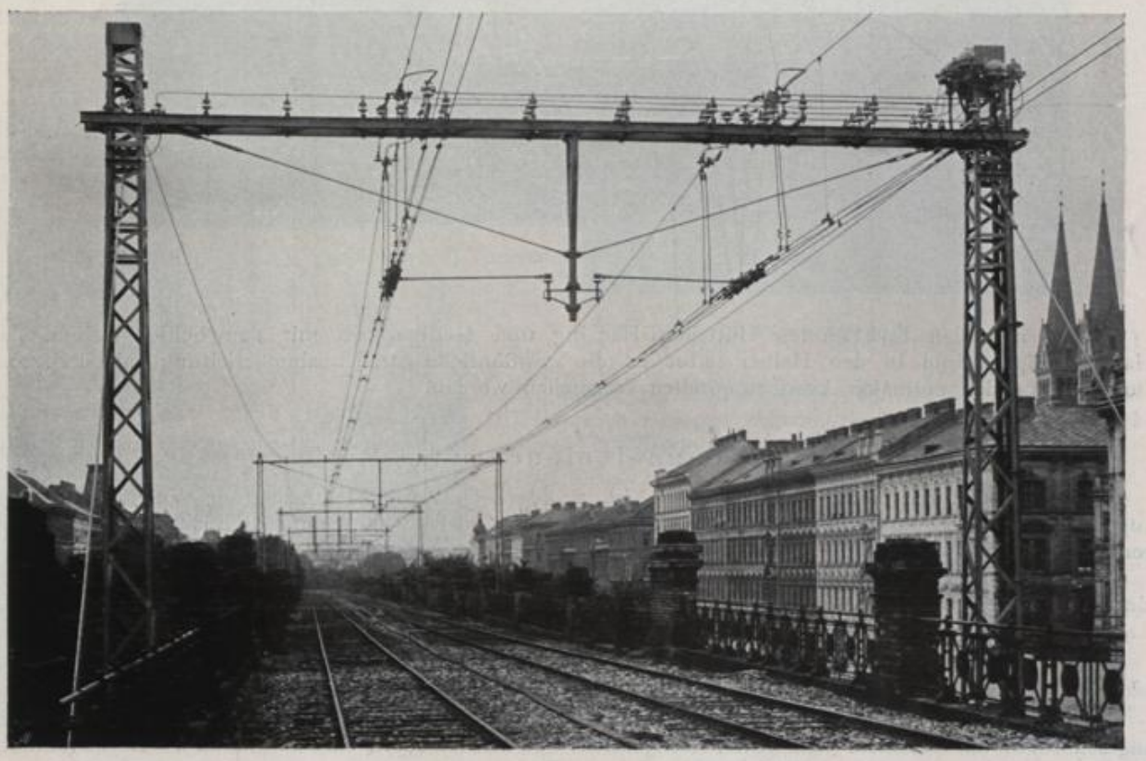


Fahrleitung auf der Strecke nach Hütteldorf



Fahrleitung der Donaukanal- und der Gürtellinie vor Heiligenstadt

Querschnitt aus Kadmiumkupfer verwendet, und zwar durchlaufend zwei Drähte je Geleise, während das Tragseil aus Kadmiumkupfer einen Querschnitt von 70 Quadratmillimeter besitzt, so daß der gesamte



Speisepunkt Währingergürtel

Leitungsquerschnitt je Geleise 200 Quadratmillimeter beträgt. Das zu den Fahrleitungen verwendete Kadmiumkupfer ist ein wesentlich festeres und zäheres Material als das reine Elektrolytkupfer. Seine Leitfähigkeit ist dabei nur unbedeutend geringer als jene des reinen Kupfers.

Die Fahrdrähte und das Tragseil sind durch Porzellanisolatoren gegen Erde einfach isoliert.

Um eine gleichmäßige Abnützung der Stromabnehmer zu erreichen, sind die in einem Abstand von 150 Millimeter parallel geführten Fahrdrähte im Zickzack verspannt und werden in der richtigen Lage bei den Stützpunkten seitlich festgehalten.

Als Stützpunkte in der Hochbahnstrecke dienen gefällig aussehende, möglichst leicht konstruierte Eisengittermaste, während in den Einschnittstrecken — mit Ausnahme der Abspann- und stärker beanspruchten Maste — fast durchwegs Altschienen Verwendung fanden.

Die Fahrleitungsanlage ist an den Speisepunkten und den Streckenausschaltern durch Streckenisolatoren unterbrochen.

Von den Streckenausschaltern können drei durch elektrische Fernschaltung betätigt werden, während die übrigen von Hand zu bedienen sind. Jeder von Streckenisolatoren begrenzte Abschnitt ist durch eine Blitzschutzvorrichtung geschützt.



Tiefbahnstrecke

In den beiden Endstationen Hütteldorf-Hacking und Heiligenstadt mit den Schleifgeleisen, den Hallenvorköpfen und in den Hallen selbst ist die gewöhnliche Straßenbahnoberleitung mit dreifacher Isolation und den normalen Ausrüstungsteilen vorgesehen worden.

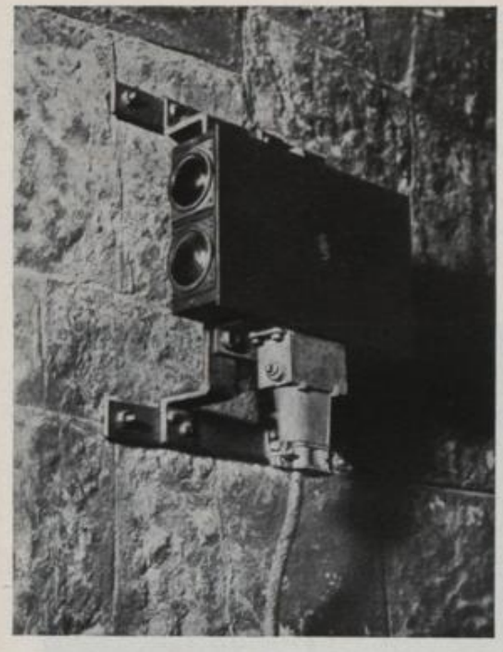
Tunnelbeleuchtung

Die Beleuchtung der Stadtbahntunnels ist an das städtische Lichtnetz (220 Volt Gleichstrom) angeschlossen; sie erfolgt unter Verwendung von wasserdichten Porzellanarmaturen mit Metalldrahtlampen von 32 H. K. Leuchtkraft, die wechselseitig in Entfernungen von je 15 Meter angebracht sind.

Das Einschalten dieser Beleuchtung erfolgt entweder bedarfsweise mit Hilfe der in Abständen von zirka 100 Meter montierten Wechselschalter oder automatisch bei Ausbleiben des Bahnstromes.

Stations- und Haltestellenbeleuchtung

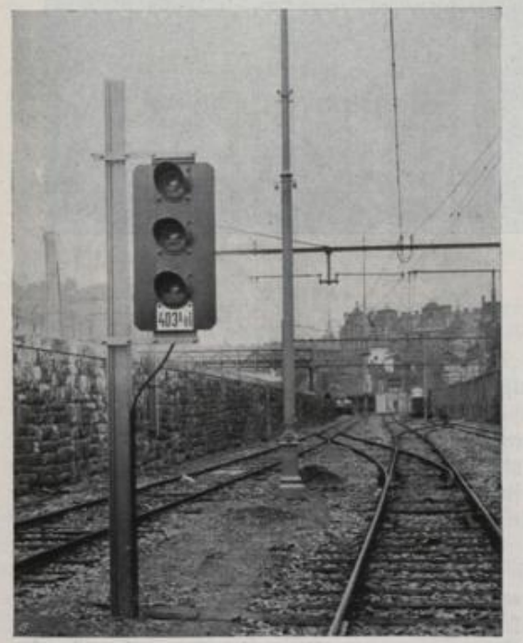
Die gesamte Stations- und Haltestellenbeleuchtung ist an das städtische Lichtnetz (220 Volt) angeschlossen; die Bahnhöfe Hütteldorf, Heiligenstadt und Michelbeuern sind normal an das Drehstromnetz, die übrigen Haltestellen an das Gleichstromnetz angeschlossen.



Tunnellichtsignal

Bei Drehstromstörungen kann ein Teil der Lichtanlage der Bahnhöfe Hütteldorf, Heiligenstadt und Michelbeuern auf das Gleichstromnetz umgeschaltet werden.

Für die Beleuchtung der Bahnsteige werden Lampen mit 40 bis 75 Watt, für die Wagenhallen solche mit 100 Watt verwendet.



Doppelsignal für zwei Richtungen

Telephonanlagen

Unter Benützung der alten Telephon- und Signalkabel und deren Ergänzung sind auf der Stadtbahn eigene Telephonnetze eingerichtet worden, und zwar:

a) Für den telephonischen Verkehr der einzelnen Bahnhöfe, Stationen und Haltestellen untereinander und mit dem Direktionsgebäude in der Favoritenstraße.

b) Zur Sicherung des Stromversorgungsdienstes zwischen den Gleichrichteranlagen und den Direktionsgebäuden der Elektrizitätswerke und der Straßenbahn.

Eine vom Betriebstelephon vollständig getrennte Blocktelephonanlage vermittelt den telephonischen Verkehr



Tageslichtsignal

der Stellwerke untereinander, ferner mit dem Bahnhof Hütteldorf-Hacking und der Signalwerkstätte nächst der Station Meidling-Hauptstraße.

Die selbsttätige Signalanlage

Die selbsttätige Signalanlage der Wiener elektrischen Stadtbahn ermöglicht es, durch Verminderung der für die Signalgebung nötigen Zeiten auf ein Mindestmaß die Züge bis zu anderthalb Minuten auch bei großer Fahrgeschwindigkeit folgen zu lassen; sie hat gegenüber den von Hand bedienten Blocksignalanlagen den Vorteil, daß das Bedienungspersonal verringert und entlastet wird. Überdies wird durch die Ausschaltung der Handbedienung die Sicherheit erhöht.

Die selbsttätige Signalisierung erfolgt nach dem bekannten Prinzip der Blocksicherungsanlagen in der Weise, daß sich auf einem Geleiseabschnitt immer nur ein Zug befinden darf, wodurch Zusammenstöße verhindert werden. Ein Zug darf nur dann in den Geleiseabschnitt einfahren, wenn das Einfahrtsignal die Strecke als „frei" erkennen läßt; in dem Augenblick, als der Zug auch nur mit einer Achse in dem zum Signal gehörigen Geleiseabschnitt eingefahren ist, geht das Signal selbsttätig auf „Halt" und die Strecke ist für jeden anderen Zug blockiert oder gesperrt.

Hat sich der Zug auf „Sichtstrecke" — rund 150 Meter — einem Signal genähert und zeigt dieses Grünlicht, also „Fahrt frei", dann kann er mit ungeminderter Geschwindigkeit weitergeführt werden. Sobald die erste Zugachse den zum Signal gehörigen Geleiseabschnitt befährt, werden die beiden Schienen



Fahrsperre

des Geleises durch die Wagenachsen kurz geschlossen, der Grünlichtstromkreis wird unterbrochen, das Rotlicht — „Haltsignal" — erscheint und „deckt" den Zug gegen einen Folgezug, der vor dem auf „Halt" stehenden Signal stehenbleiben muß.

Als Signale kommen ausschließlich Lichtsignale in Anwendung, die in den Tunnels als gewöhnliche Lampen, auf den Einschnitt- und Hochbahnstrecken aber als sogenannte Tageslichtsignale an Stelle der früher gebräuchlichen Armsignale ausgebildet sind. Tageslichtsignale haben keine bewegten Teile wie die letzteren und sind daher einfacher und betriebssicherer. Sie sind selbst bei stärkster Sonnenbestrahlung auf mehrere hundert Meter deutlich als Signale sichtbar.

Das Doppelsignal kann nicht selbsttätig, sondern muß durch einen Wächter gestellt werden, weil es an das Vorhandensein einer Weiche gebunden ist, die entweder einzeln oder mit anderen Weichen gemeinschaftlich von einem Stellwerk aus durch eine Aufsichtsperson, also von Hand, betätigt werden muß. Die Doppelsignale, ebenso wie alle von einem Stellwerk aus gestellten Signale, stehen in der Grundstellung auf „Halt". Sie stehen aber insofern in Abhängigkeit von der Geleiseanlage, als der

Wächter einem Zug nur dann die Einfahrt auf ein Geleise erlauben kann, wenn dieses nicht von einem anderen Zug besetzt ist; sie werden durch den Wächter auf „Fahrt frei“ gestellt, während sie vom Zug selbst beim Befahren der betreffenden Strecke wieder auf „Halt“ gebracht werden; diese Signale werden als halbselbsttätige bezeichnet.

Überall dort, wo wegen der Möglichkeit von Geleisekreuzungen oder Flankenfahrten eine besondere Sicherheit gegen das Überfahren von Haltsignalen gewährleistet sein muß, ist eine sogenannte „Fahrsperre“ angebracht. Beim Überfahren des auf „Halt“ stehenden Signales durch den Zug soll dieser selbsttätig zum Stehen gebracht werden; zu diesem Zwecke ist der führende Triebwagen am Untergestell mit einem seitlich herausragenden drehbaren Hebel ausgerüstet, der beim Überfahren der nächst dem Haltsignal liegenden hochgehobenen Fahrsperre an diese anstößt und dadurch gedreht wird; durch diese Drehung wird der Steuerstrom und dadurch der Fahrstrom unterbrochen, gleichzeitig wird aber auch die Druckluftbremse in Tätigkeit gesetzt; der Zug kommt also rasch zum Stillstand.

Im Stellwerksraum hängt die „Fahrschautafel“, die, ein getreues Bild der Geleiseabschnitte und Signale, den Stellwerkswärter durch Aufleuchten oder Verdunkeln der verschiedenen Geleise- und Signalfelder in die Lage versetzt, alle Zugfahrten und jeden Signalwechsel im Stellbezirk von seinem Standort aus bequem zu verfolgen.

Wagenpark

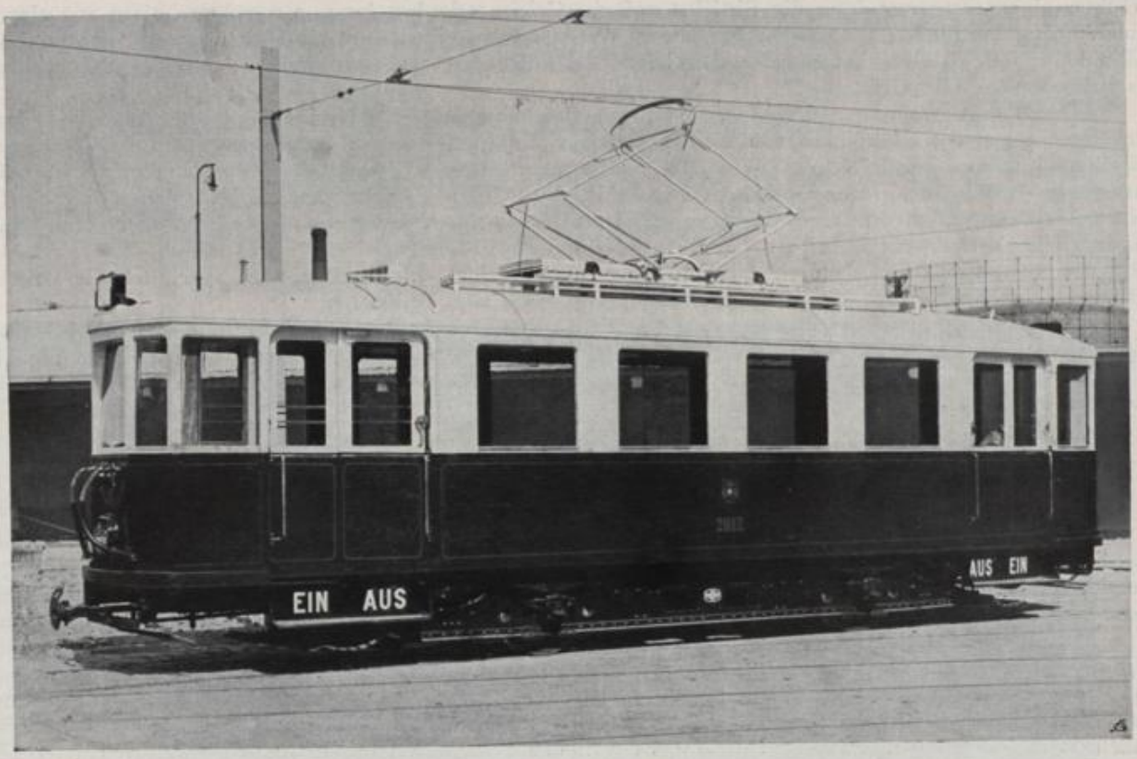
Als Richtlinien bei der Beschaffung des Wagenparkes waren die Verwendbarkeit nicht nur auf der Stadtbahn, sondern auch auf den Straßenbahnstrecken, eine Fahrgeschwindigkeit von 40 Kilometer je Stunde, die Ermöglichung eines raschen und bequemen Ein- und Aussteigens und schließlich die glatte Bewältigung des Anschlußverkehres an die Bundesbahnstrecken in Hütteldorf und Heiligenstadt gegeben.

Durch diese Gesichtspunkte war vor allem die äußere Form des Wagenkastens bestimmt, die im allgemeinen jener der neuesten Straßenbahnwagen angepaßt werden mußte. Die Kasten der Triebwagen und der Anhängewagen sind gleich groß. Die Länge des hölzernen Wagenkastens beträgt 10·7 Meter und die Wagenlänge zwischen den Puffern 11·6 Meter. Die sehr langen Plattformen (2·3 Meter) sind an den Enden stark eingezogen. Das Wageninnere ist von den Plattformen durch breite Doppeltüren getrennt. Es enthält 24 Sitzplätze und mit den Stehplätzen auf den Plattformen zusammen 47, beziehungsweise bei den Anhängewagen 53 Stehplätze. Bei Überfüllung stellt sich der Fassungsraum auf 84, beziehungsweise 99 Personen. Die Zusammenziehung der Fenster auf die halbe Zahl (vier auf jeder Seite) hat es ermöglicht, sehr breite Fenstersäulen anzuordnen. Die Seitenfenster machen einen gefälligen Eindruck und haben eine Entlastungsvorrichtung, die ein leichtes Öffnen und Schließen gewährleistet. Das Wagendach ist ein Tonnendach, welches über den beiden Querwänden je eine Stirnventilation trägt. Im Wageninnern sind mehrere Gepäcksträger angeordnet. Die verglasten Plattformen sind auch zur Wagenlängsachse symmetrisch ausgebildet und vollkommen abschließbar. Der Plattformfußboden liegt 745 Millimeter über Schienenoberkante, so daß auf den Straßenbahnstrecken dieselben Verhältnisse bestehen wie bei allen anderen Wagen. 1·2 Meter breite Türöffnungen führen von den Plattformen ins Freie. Dieser Wagenkasten ruht mittels Blattfedern auf einem zweiachsigen Laufgestell von 3·6 Meter Radstand, dessen Räderpaare 870 Millimeter Laufkreisdurchmesser haben. Sämtliche Wagen sind mit einer achtklötzigen Handbremse ausgerüstet und haben als Betriebsbremse die selbsttätige, vereinfachte Kunze-Knorr-Druckluftbremse eingebaut. Bei Notbremsung erfolgt automatisch die Betätigung des Sandstreuers. In jedem Wagen sind zwei Notbremshandgriffe angebracht, durch deren Betätigung im Falle der Gefahr der Zug zum Stillstand gebracht werden kann.

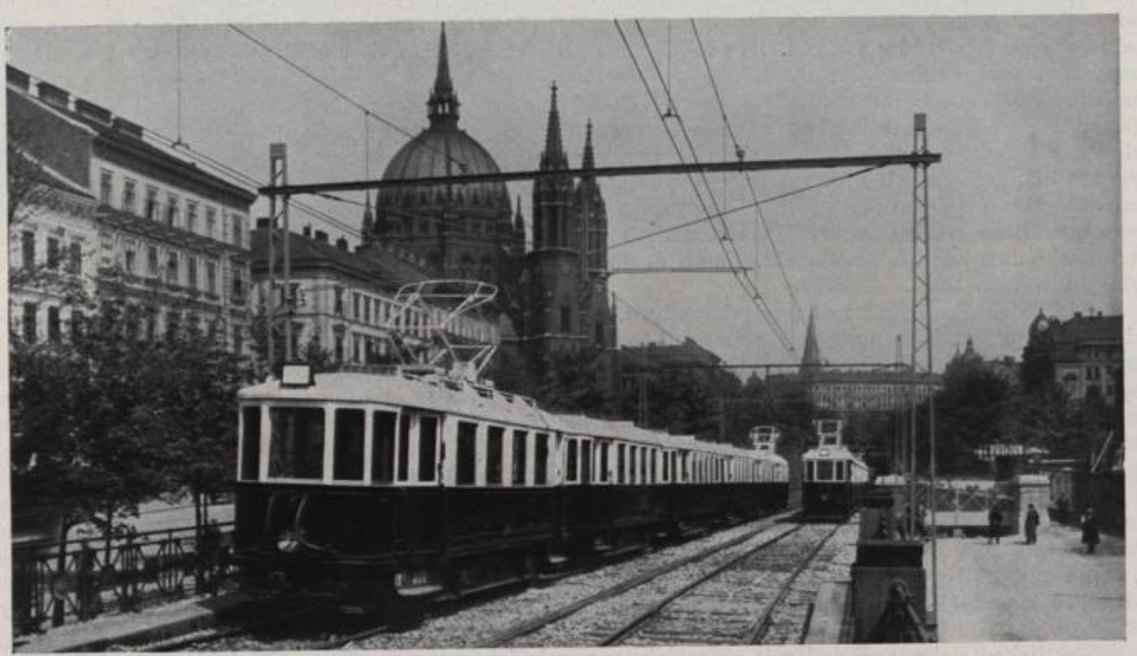
Die Triebwagen sind mit zwei vierpoligen, gelüfteten Gleichstrom-Hauptschlußmotoren mit Wendepolen für 750 Volt Spannung ausgerüstet. Die Stundenleistung beträgt ungefähr 70 Kilowatt und die Umdrehungszahl in der Minute etwa 680. Bei 550 Volt Spannung beträgt die Stunden- und Dauerleistung ungefähr 73½ Prozent der vorstehend angeführten Leistungen. Die Leistung der Motoren ermöglicht eine Anfahrbeschleunigung von 0·5 Sekunden/Meter; damit und unter Annahme einer Bremsverzögerung von 0·7 Sekunden/Meter kann bei 20 Sekunden Stationsaufenthalt und 38 Kilometer Höchstgeschwindigkeit eine Reisegeschwindigkeit von 24 Kilometer je Stunde erzielt werden.

Die Spiraldrahtwiderstände sind auf dem Wagendach und ein zweiter Satz im Wageninnern unter den Sitzbänken angebracht. Durch Umschaltung wird der letztgenannte im Winter zu Heizzwecken herangezogen. Die Verwendung der Vielfachsteuerung mittels elektro-pneumatischer Betätigung erlaubt es, nach Bedarf Zugeinheiten bis zu neun Wagen herzustellen. Die Fahrschalter sind sehr leicht und gedrungen ausgebildet, weil sie nur den Steuerstrom zu führen haben, dessen Höchstausmaß vier Ampere beträgt.

Sämtliche Triebwagen sind mit einer Fahrsperreneinrichtung ausgerüstet. Durch Vor- oder Rückwärtsbewegen eines seitlich in der Mitte des Laufgestelles angebrachten Hebels wird der Steuerstromkreis



Stadtbahntriebwagen



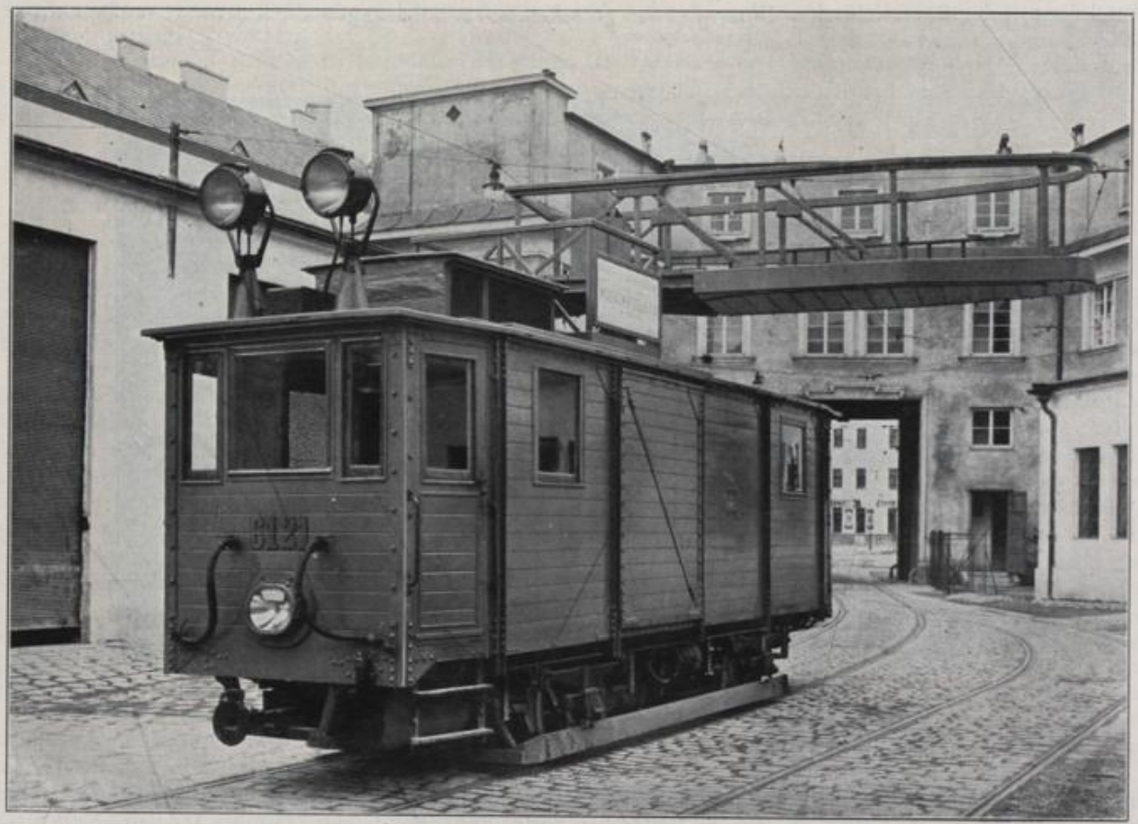
Stadtbahnzug

unterbrochen und gleichzeitig die Vollbremsung eingeleitet. Die Betätigung dieses Hebels geschieht automatisch durch die Fahrsperren und ist so eingerichtet, daß die Überfahrung gewisser Signale dadurch unmöglich wird.

Das Gewicht der vollständig ausgerüsteten Triebwagen beträgt 16.400 Kilogramm, das der Anhängewagen 9200 Kilogramm, somit wiegt ein Dreiwagenzug 34.800 Kilogramm.

Verkehr und Betrieb

Wie bereits erwähnt, war der Grundgedanke bei der Elektrifizierung der Stadtbahn der vollkommene Zusammenschluß der Stadtbahn mit der Straßenbahn und die Schaffung eines gemeinsamen Wagen-



Stadtbahn-Turmwagen

parkes, um für die auf der Stadtbahn nur an den schönen Sonn- und Feiertagen auftretenden sehr großen Verkehrsspitzen genügende Wagenreserven zur Verfügung zu haben, welche zur Zeit des schwachen Verkehres auf der Stadtbahn im Straßenbahnbetriebe zweckmäßige Verwendung finden können.

Die Verwendung einer einheitlichen Wagentype für beide Verkehrsmittel ermöglicht auch einen unmittelbaren Übergang der Fahrbetriebsmittel von der Stadtbahn auf die Straßenbahn und umgekehrt, wodurch neue, wichtige Verkehrsbeziehungen geschaffen und der Bevölkerung erschlossen werden. Dies ist hinsichtlich einer Linie, nämlich der Linie 18 G, die als Straßenbahnlinie vom Südbahnhof über den Wiedener Gürtel und Margaretengürtel bis zur Stadtbahnhaltestelle Gumpendorferstraße geführt wird, dort auf den Bahnkörper der Stadtbahn übergeht und als Stadtbahnlinie bis nach Heiligenstadt verkehrt, verwirklicht worden.

Die Züge bestehen auf der Stadtbahn aus drei bis neun Wagen, darunter zufolge der Vielfachsteuerung bis zu drei Triebwagen. Die Linie 18 G wird vorläufig nur mit Dreiwagenzügen betrieben.

Die Züge sind auf der Stadtbahn mit einem Wagenführer und einem zweiten Mann, dem Zugführer, besetzt, der seinen Platz auf der vorderen Plattform des führenden Motorwagens neben dem Wagenführer hat und die Zugabfertigung besorgt. Alle übrigen Wagen des Zuges sind nicht mit Bahnpersonal besetzt, so daß die Fahrgäste selbst das Öffnen und Schließen der Wagentüren zu besorgen haben.

Die Überprüfung der Fahrtausweise erfolgt auf der Stadtbahn bei den Bahnsteigsperren der Bahnhöfe und Haltestellen; die Fahrscheinausgabe wird teilweise ebenfalls von diesen Bediensteten, den sogenannten Sperrenschaffnern, besorgt, teilweise sind hiefür besondere Kassen eingeführt.

Bei den Zügen der Einschleifungslinie 18 G ist auf der Straßenbahnstrecke jeder Wagen mit einem Schaffner besetzt. Beim Einfahren auf die Stadtbahnstrecke besteigt der Zugbegleiter den Zug, während die Schaffner die Überprüfung der Fahrtausweise noch bis zur Haltestelle Burggasse fortsetzen und hier erst den Zug verlassen. In der umgekehrten Fahrtrichtung wird der Zug gleichfalls in dieser Haltestelle von den Schaffnern besetzt, während der Zugbegleiter den Zug nach der Ausfahrt aus der Stadtbahnstrecke verläßt.

Der Stadtbahnbetrieb wurde entsprechend dem Fortschritte der Elektrifizierungsarbeiten und auf Grund der mit den österreichischen Bundesbahnen getroffenen Vereinbarungen abschnittsweise aufgenommen,



Zug der Linie 18 G auf der Straßenbahnstrecke

und zwar am 3. Juni 1925 auf der Strecke Hütteldorf-Hacking—Alserstraße, am 22. Juli 1925 auf der Strecke Alserstraße—Heiligenstadt, am 7. September 1925 auf der Strecke Meidling-Hauptstraße—Wien-Hauptzollamt und am 20. Oktober 1925 auf der Strecke Wien-Hauptzollamt—Heiligenstadt einschließlich des Verbindungsbogens Nußdorferstraße—Friedensbrücke (früher Brigittabrücke); am gleichen Tage wurde auch die Einschleifungsstelle 18 G zwischen Heiligenstadt und Ostbahnhof eröffnet.

Betrieben werden die Linien WD „Hütteldorf—Wientallinie—Donaukanallinie—Heiligenstadt“ und zurück, DG „Hietzing—Wientallinie—Donaukanallinie—Gürtellinie—Meidling-Hauptstraße“, GD „Meidling-Hauptstraße—Gürtellinie—Donaukanallinie—Wientallinie—Hietzing“ und die Einschleifungslinie 18 G „Heiligenstadt—Gürtellinie—Ostbahnhof“ und zurück.

In tarifarischer Beziehung wurde, um bei der abschnittsweisen Betriebseröffnung eine Überlastung der jeweils in Betrieb gesetzten Strecken hintanzuhalten und der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich an das neue, schnelle Verkehrsmittel allmählich zu gewöhnen, das Stadtbahnnetz vorerst vom Straßenbahnnetz getrennt behandelt. Erst nach Aufnahme des vollen Betriebes auf der Stadtbahn am 20. Oktober 1925 wurden Stadtbahn- und Straßenbahnnetz, so wie es schon von allem Anfang an in Aussicht genommen war, vollkommen verschmolzen, ein Einheitstarif geschaffen und damit die bisherige Beschränkung des Umsteigverkehres aufgehoben. Die Möglichkeit, beide Verkehrsmittel zu einem gemeinschaftlichen, wohlfeilen Tarif benützen zu können, mildert die Mängel der ungünstigen Trassenführung der Stadtbahn und hat zu

einer Inanspruchnahme der elektrischen Stadtbahn geführt, die schon im Jahre 1926 eine Jahresfrequenz von 90 Millionen Fahrgästen gegenüber 41 Millionen im früheren Dampfbetrieb ergab.

Infolge der Frequenzsteigerung war ein Umbau der für den elektrischen Betrieb eingerichteten Sperrenanlagen notwendig, der zuerst in den Hochstationen und dann auch in allen Tiefstationen durchgeführt wurde. Um die rasche Abfertigung der Fahrgäste bei den Sperren noch zu beschleunigen, sind in allen Fahrscheinausgabestellen der Stadtbahn Datumstempelpressen in Dienst gestellt worden, die alle für die Weiterfahrt nötigen Angaben, wie Einsteigeort, Datum und Stunde auf den ausgegebenen Fahrschein drucken. Die Vorverkaufs- und Umsteigfahrscheine werden bei der Sperre durch einmalige Lochung mittels einer Zange mit verschieden geformtem Dorn gekennzeichnet. Diese Einrichtungen haben die Fahrscheinbehandlung vereinfacht und die hiefür notwendige Zeit auf ein Mindestmaß herabgedrückt. In den Bahnhöfen Hütteldorf und Heiligenstadt und in der Stadtbahnhaltestelle Meidling-Hauptstraße wurden schließlich Automaten zur Erprobung aufgestellt, von denen die einen Tagesfahrscheine in Päckchen zu fünf Stück, die anderen einzelne Wochenkarten gegen Einwurf des entsprechenden Geldbetrages ausgeben. Für den im Übereinkommen über die Elektrifizierung der Stadtbahn vorgesehenen Übergangsverkehr zwischen der Stadtbahn und den anschließenden Lokalstrecken der Bundesbahnen, welche sich in den Bahnhöfen Hütteldorf-Hacking, Heiligenstadt und Wien-Hauptzollamt, in den beiden ersteren über gemeinsame Sperrenanlagen, vollzieht, werden zur Bequemlichkeit der Fahrgäste im Einvernehmen mit den Bundesbahnen durchgehende Fahrscheine ausgegeben.

Zusammenfassung

Aus der vorstehenden Darstellung möge entnommen werden, daß es der Gemeindeverwaltung innerhalb der Grenzen der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezogenen finanziellen Tragfähigkeit gelungen ist, die durch den Krieg und die Nachkriegszeit schwer geschädigten Verkehrsanlagen nicht nur auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen, sondern diese auch entsprechend dem gesteigerten Verkehr auszugestalten.

Wenn es auch zufolge der Notwendigkeit, die Weiterentwicklung Wiens abzuwarten, und mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse bisher unmöglich war, der Ausführung der schon vor dem Krieg geplanten Untergrundbahn näher zu treten, so ist es andererseits doch gelungen, die Wiener Stadtbahn durch die Elektrisierung zu modernisieren und sie durch die Einbeziehung in den Straßenbahnbetrieb der Bevölkerung erfolgreich dienstbar zu machen; das Straßenbahnnetz wurde durch wichtige neue Linien erweitert, der Fahrplan verbessert und vermehrt, die Innere Stadt wurde dem Autobusverkehr erschlossen und dessen Ausdehnung auf das dichter bevölkerte Stadtgebiet in die Wege geleitet. Der niedrige Tarif, welcher insbesondere bei Berücksichtigung seiner Ausdehnung auf die Stadtbahn auch nach der letzten Tariferhöhung vom 4. Oktober 1927 noch weiter unter der Friedensparität verbleibt, ist dem auch aus anderen bekannten Gründen entstandenen, gegenüber der Friedenszeit bedeutend größeren Verkehrsbedürfnisse außerordentlich entgegengekommen; als Ergebnis zeigt sich eine Steigerung des gesamten innerstädtischen Verkehres von rund 380 Millionen Fahrgästen (Straßenbahn, Stadtbahn und Stellwagen) im Jahre 1913 auf 627 Millionen (Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus) im Jahre 1926.

Während also im Jahre 1913 bei einer Bevölkerung Wiens von 2·13 Millionen auf jeden Einwohner rund 178 jährliche Fahrten entfallen, kommen im Jahre 1926 bei einer Bevölkerung Wiens von nur rund 1·87 Millionen insgesamt 335 jährliche Fahrten auf jeden Einwohner, eine Ziffer, welche sonst nur in bedeutend größeren Weltstädten erreicht wird. Dieses außerordentlich große Verkehrsbedürfnis ist sicherlich ein gutes Zeichen, ein Beweis für die wirtschaftliche Lebenskraft der Wiener Bevölkerung und gestattet einen erfreulichen Ausblick auf die weitere günstige Entwicklung der Stadt.

Das Brauhaus der Stadt Wien

Von Adolf Stanka, Direktor des Brauhauses der Stadt Wien

Das Brauhaus in Rannersdorf ist in den Jahren 1901 und 1902 von einer hauptsächlich aus Wiener Wirten bestehenden Genossenschaft erbaut worden. Die technische Anlage war für eine Jahresproduktion von ungefähr 100.000 Hektolitern eingerichtet. Aber schon die ersten Betriebsjahre zeigten, daß die Rentabilität erst bei einer Jahresproduktion von mindestens 200.000 Hektolitern eintreten würde. Die Genossenschaft, die die Mittel zum weiteren Ausbau des Unternehmens nicht aufzubringen vermochte, geriet bald in Schwierigkeiten und trat an die Gemeinde Wien wegen Übernahme des Brauhauses heran. Die Verhandlungen führten im März 1905 zu dem Ergebnis, daß sich die Gemeinde Wien bereit erklärte, das Wiener Brauhaus samt dem rund 154 Hektar umfassenden Gut Wallhof zu übernehmen und den Ausbau des Unternehmens für eine Mindesterzeugung von jährlich 250.000 Hektolitern durchzuführen. Die Verstadtlichung wurde mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 27. Juni 1905 genehmigt.

Nahezu ein Jahrzehnt bildete das Stadtbrauhaus ein Sorgenkind der Wiener Gemeindeverwaltung und noch das Jahr 1912 weist einen bilanzmäßigen Verlust von 251.550·14 Goldkronen aus.

Um so erfreulicher ist der Aufstieg, den das Unternehmen seit dem Jahre 1922 genommen hat. In diese Zeit fällt die technische Ausgestaltung des Brauhauses zu einem modernen Großbetriebe.

So wurde die Gerstenputzanlage in der Mälzerei des Brauhauses bedeutend vergrößert und leistungsfähigere Maschinen angeschafft.

Zur restlosen Ausnützung der im Brauereibetriebe vorhandenen Wärmequellen wurde im Sudhaus ein Schwadenkondensator und an Stelle der seit alters her üblichen Kühlschiffe eine Setzbottichanlage mit



Direktionsgebäude und Mälzerei.

Anwendung des Gegenstromprinzipes errichtet und dadurch eine wesentliche Brennstoffersparnis erzielt. Die in fast allen Brauereien in Verwendung stehenden kleinen Holzgärbottiche wurden durch Großgärbottiche aus Eisenbeton und Aluminium ersetzt, wodurch eine bessere Raumausnützung und damit ein verminderter Kälteverbrauch erreicht wurde.

Im Lagerkeller wurden zum größeren Teil die Holzlagerfässer durch Großgefäße, sogenannte Tanks aus Aluminium und emailliertem Stahl, ersetzt.

Die vorhandenen Apparate zum Abfüllen des Bieres in die Transportfässer wurden durch moderne ersetzt und die ganze Anlage vergrößert.

Die angeschafften neuen Bierpumpen, Luftpumpen und Bierfilter vervollständigen das Bild einer zeitgemäßen und zweckentsprechenden Abfüllhalle.

Das zurückkehrende Transportgebinde wird im Waschhaus auf drei großen automatischen Faßwaschmaschinen neuester Konstruktion einer intensiven Innen- und Außenreinigung mit heißem und kaltem Wasser unterzogen.

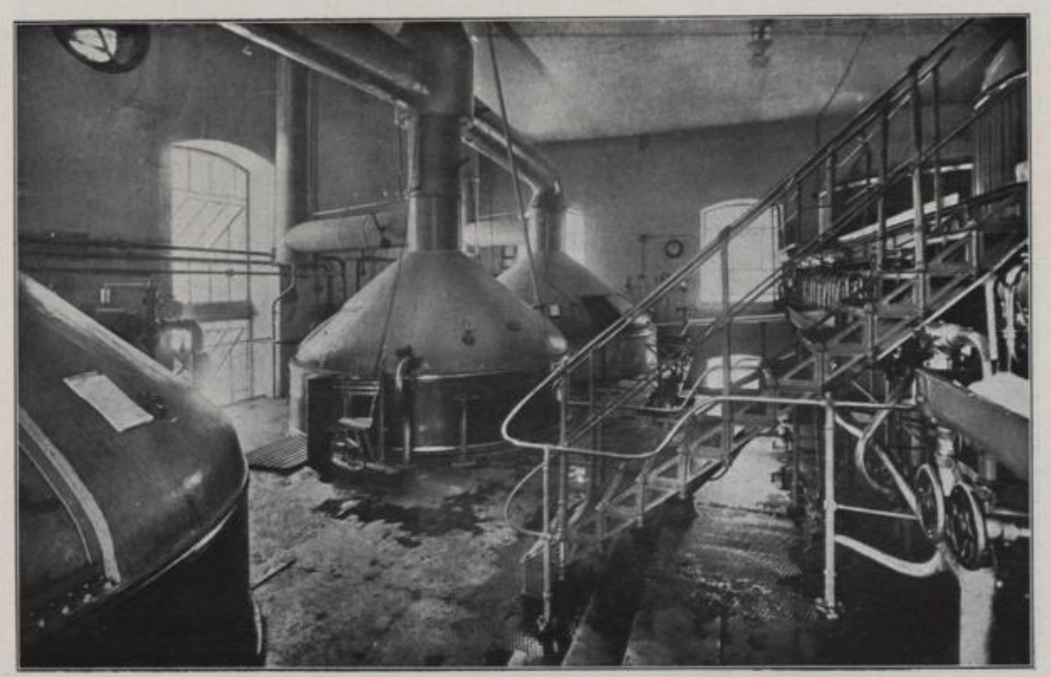
In der Pichhalle wurde eine automatische Pichmaschine zum Pichen des Transportgebindes aufgestellt.

Gleichzeitig wurden die eigenen Reparaturwerkstätten, die durch die Vergrößerung und Ausdehnung des Betriebes eine wesentlich größere Bedeutung erhalten haben, erweitert und durch Aufstellung zweckentsprechender Maschinen rentabler gestaltet.

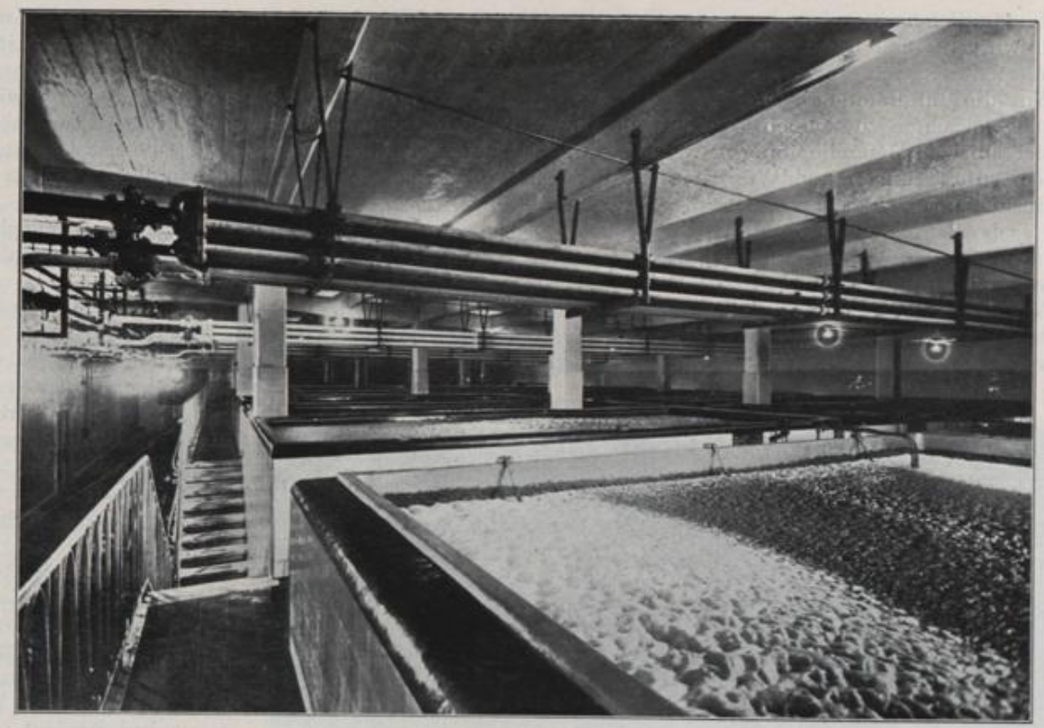
So wurde die Binderei und Tischlerei mit den neuesten Holzbearbeitungsmaschinen, die Schlosserei, Automobilreparaturwerkstätte, Schmiede und Anstreicherei mit Drehbänken, Hobelmaschinen, Schleifmaschinen, automatischen Hämmern, Mühlen usw. ausgestattet.

Das Transportwesen wurde zeitgemäß fast zur Gänze von der Pferdebespannung auf den Automobilbetrieb umgestellt. Der Automobilpark umfaßt gegenwärtig 33 Lastkraftwagen, zu deren Unterbringung im Jahre 1924 eine große, allen Anforderungen entsprechende Garage aus Eisenbeton, in Zellenform unterteilt, erbaut wurde.

Die Automobilisierung des Transportwesens brachte den großen Vorteil, daß das Bier infolge des raschen Transportes, besonders während der heißen Jahreszeit, vor der Erwärmung geschützt wird und in gut gekühltem Zustande vom Brauhause in die Niederlagen und von den Niederlagen zur Kundschaft gebracht werden kann.



Das Sudhaus



Der neue Gärkeller



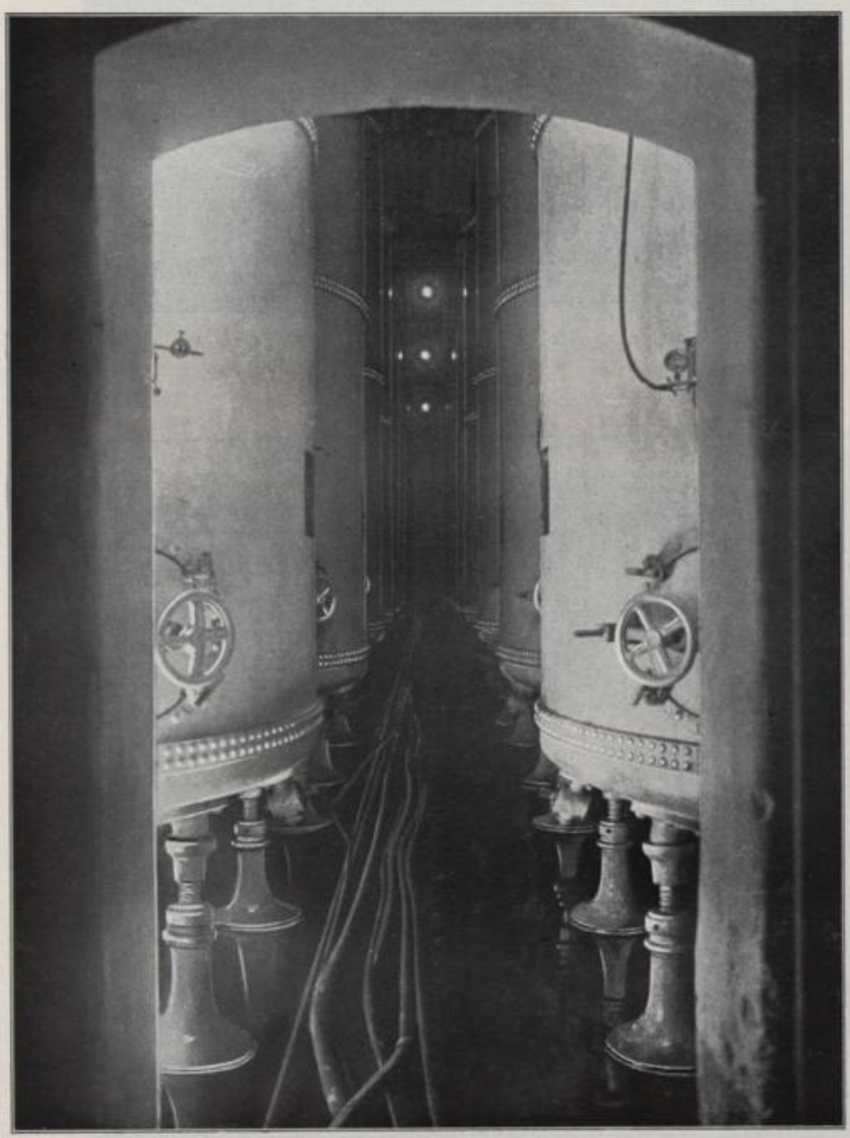
Lagerkellerabteilung

In sämtlichen Bierniederlagen des Brauhauses der Stadt Wien, die bisher mit Natur- und Kunsteis gekühlt wurden, sind Kühlmaschinen eingebaut worden, wodurch die Kundschaft auch in den heißesten Sommertagen stets mit gut gekühlten Bieren beliefert werden kann.

Um die im Brauhause benötigte Hefe möglichst selbst in der für die Gärung des Bieres nötigen Menge heranzüchten zu können, wurde eine Hefereinzuchtanlage eingerichtet. Dadurch ist es möglich, aus einer einzigen Hefezelle unter Anwendung präziser wissenschaftlicher Methoden im Betriebslaboratorium eine den Anforderungen und Wünschen des Betriebes zusagende Heferasse in den großen Apparaten der Hefereinzuchtanlage heranzuzüchten.

Für das Betriebslaboratorium des Brauhauses wurden zur chemischen, technologischen und biologischen Untersuchung der Rohmaterialien und zur biologischen Überwachung des Betriebes neue wissenschaftliche Apparate angekauft.

Um den Kunden mit im Brauhause direkt abgefüllten Flaschenbieren dienen zu können, wurde das Flaschenbiergeschäft des Brauhauses, das früher einige Großabfüller über hatten, in eigene Regie übernommen. Zu diesem Behufe mußte die Flaschenfüllerei ausgebaut und modernisiert werden. Ferner wurde eine eigene Flaschenbierzentrale in Wien errichtet. Das Flaschenbiergeschäft des Brauhauses hat durch diese Maßnahme einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen.



Eine Tankabteilung

Um die als Reserve dienenden, im Betriebe lagernden Transportbierfässer, deren Zahl oft eine sehr bedeutende ist, vor den Unbilden der Witterung, insbesondere vor direkter Sonnenbestrahlung, zu schützen, wurde an der Längsfront des bestehenden Lagerkellers eine aus Holzfachwerk erbaute Gebindehalle mit einer Länge von 56 Metern und einer Breite von 14 Metern errichtet.

Da mit den im Brauhause vorhandenen drei Betriebsbrunnen das Auslangen nicht gefunden werden konnte, mußte ein vierter Betriebsbrunnen gebohrt werden.

Um den gesteigerten Absatzverhältnissen weiterhin Rechnung tragen zu können, ist derzeit die Erweiterung der Sudhausanlage in Durchführung. Bei Ausführung des Hochquellenwasserleitungs-Projektes der Stadtgemeinde Schwechat und der Ortsgemeinde Rannersdorf beteiligte sich das Brauhaus der Stadt Wien mit einer wesentlichen Beitragsleistung zu den Baukosten, so daß das städtische Brauhaus auch mit genügenden

Mengen Hochquellenwasser versorgt wird. Es ist klar, daß durch diese Maßnahmen nicht nur eine erhöhte Leistungsfähigkeit, sondern auch eine bessere Rentabilität bewirkt wurde.

Im Hinblicke auf den Wohnungsmangel, der zur Folge hatte, daß ein großer Teil der Angestellten und Bediensteten zerstreut in den umliegenden Ortschaften zu wohnen gezwungen war, hat sich die Gemeindeverwaltung entschlossen, in Rannersdorf 20 Arbeiterwohnhäuser mit 28 Wohnungen und 4 Beamtenwohnhäuser mit 8 Wohnungen zu erbauen.

Um der Wohnbausiedlung des Brauhauses ein gefälligeres Aussehen zu geben, wurde anschließend an die Beamtenwohnhausgruppe eine auch der Bevölkerung von Rannersdorf frei zugängliche Parkanlage auf Brauhausgrund errichtet.

Zur besonderen Fürsorge für die Angestellten und Bediensteten des Brauhauses der Stadt Wien wurde in jüngster Zeit ein Wohlfahrtsgebäude, in welchem eine Kantine mit Speisesälen sowie eine allen hygienischen Anforderungen entsprechende Badeanlage, bestehend aus zahlreichen Wannen- und Brausebädern, und eine Zentralgarderobe untergebracht sind, erbaut.

Außerdem wurden in mehreren Niederlagen Wohnungen für den Niederlagenleiter und Kutscherzimmer errichtet. Technische Vervollkommnung, sparsamste Gebarung und kaufmännisch kulante Führung haben es bewirkt, daß der Bierausstoß, der im Jahre 1922 noch 184.746 Hektoliter betrug, in den Jahren 1924 und 1925 auf über 281.000 Hektoliter stieg. Das Stadtbrauhaus, das vor dem Kriege an fünfter Stelle unter den Wiener Brauereien rangierte, hat nicht nur das Höchstausmaß der eigenen Friedensjahresproduktion (257.981 Hektoliter) überschritten, sondern ist auch zur zweitgrößten Brauerei Wiens vorgerückt.

Ein nicht minder erfreuliches Bild zeigen die Rechnungsabschlüsse.

Der ausgewiesene Reingewinn betrug:

	Goldkronen
1922	34.400
1923	365.000
1924	339.000
1925	115.000

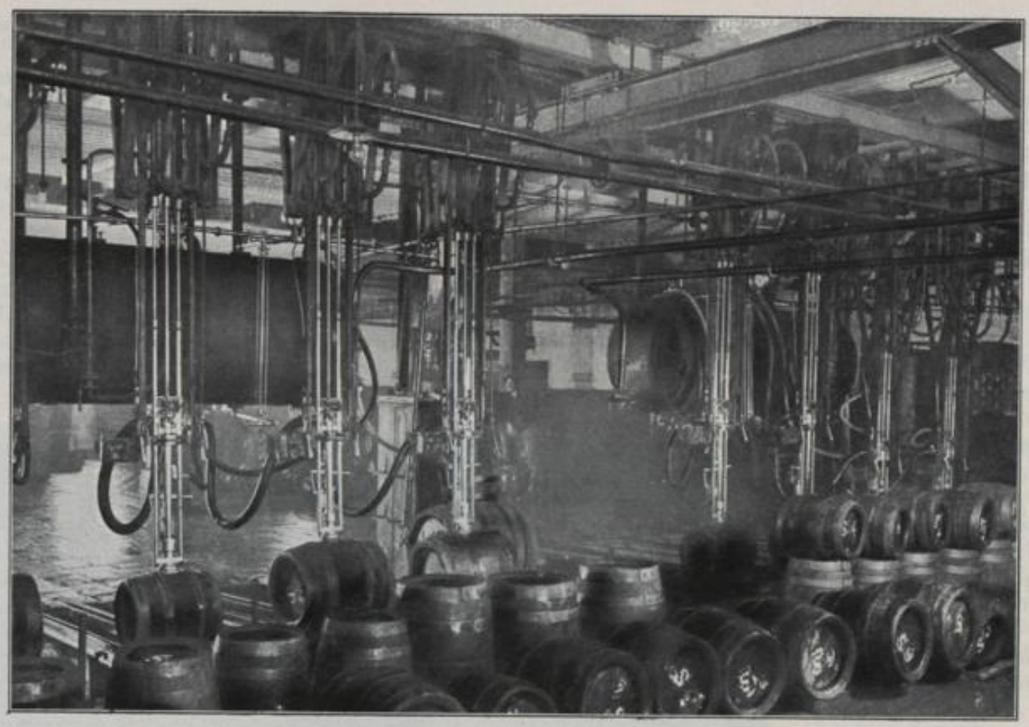
Die offenen Reserven betrugen:

	Goldkronen
1922	144.000
1923	1,030.000
1924	995.000
1925	1,510.000

Dieser Entwicklung des Unternehmens zum Großbrauhause wurde in



Hauptgang des Lagerkellers



Die Abfüllhalle



Das Waschhaus



Die Pichhalle



Schlosser- und Autoreparaturwerkstätte

organisatorischer Hinsicht durch den Ausbau des Wiener Stadtbureaus Rechnung getragen, wodurch eine innigere Fühlungnahme mit der Kundschaft und eine intensivere Pflege des Geschäftes ermöglicht ist.

Dem gleichen Zwecke dient die zum Teil noch im Zuge befindliche Umwandlung der Provinzdepositeure, die den Vertrieb des Bieres bisher ganz selbständig und auf eigene Rechnung besorgten, in Kommissionäre nach dem Handelsgesetze, wodurch auch mit der Provinzkundschaft die unmittelbare Geschäftsverbindung hergestellt und die zentrale Leitung des Provinzgeschäftes ermöglicht wird.

Die weitere Entwicklung vollzieht sich unter den günstigsten Auspizien. Der Bierausstoß betrug im Jahre 1926 380.000 Hektoliter, die Erzeugung 430.000 Hektoliter.

Die günstige Geschäftslage ermöglicht es dem Stadtbrauhause, den seit Jahren in Geltung stehenden Bierpreis von 44 Schilling per Hektoliter Lagerbier beizubehalten, während die kartellierten Wiener und alpenländischen Brauereien im April 1926 sich gezwungen sahen, den Bierpreis um mehr als 10 Prozent zu erhöhen.

Das Unternehmen beschäftigt durchschnittlich 70 Beamte und 370 Arbeiter.

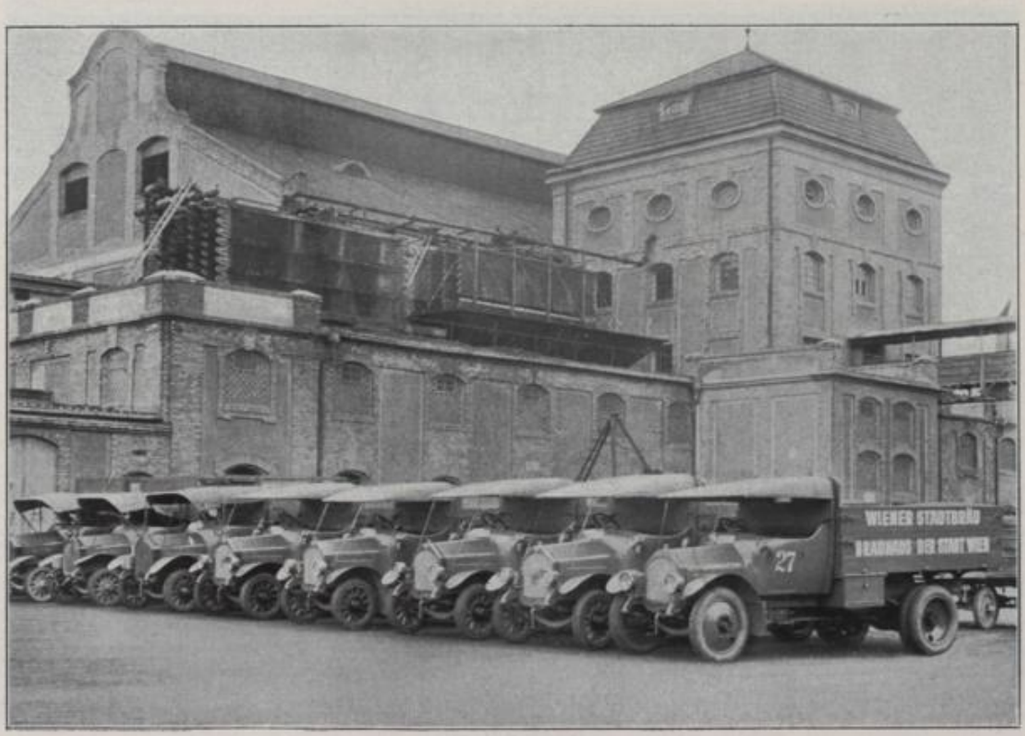
Den Bierausstoß besorgen 28 Bierniederlagen, wovon 10 auf Wien und 18 auf die Provinz entfallen, und zwar: Aspang, Baden, Bruck a. d. Leitha, Dobermannsdorf, Ebenfurth, Gänserndorf, Groß-Siegharts, Klosterneuburg, Maria-Lanzendorf, Mödling, Neulengbach, Oberlaa, Schwadorf, St. Andrä-Wördern, Steyr an der Enns, Waidhofen a. d. Ybbs, Weißenbach a. d. Triesting, Wolkersdorf und Wiener-Neustadt.

Außerdem wird das Wiener Stadtbräu in Linz a. d. Donau und in Berlin in Spezial-Ausschankstellen mit gutem Erfolge zum Ausschanke gebracht.

Das Brauhaus der Stadt Wien erzeugt gegenwärtig drei Biersorten: das Schankbier (ein billiges Abzugbier), das Spezial-Wiener-Stadtbräu (ein lichtes Lagerbier) und das Borromäusbräu (ein dunkles Lagerbier nach Münchner Art).

Der Ausstoß an Spezialbräu beträgt ungefähr 95 Prozent des Gesamtausstoßes. Diese Marke, die dem Wiener Geschmack besonders zusagt, hat sich vielfach auch gegenüber dem Pilsner und anderen böhmischen Bieren erfolgreich durchgesetzt.

Dieser Umstand sowie der um 6 Schilling per Hektoliter billigere Preis erklären die große Nachfrage nach diesem Produkte, die weit über die Erzeugungsmöglichkeit (Kapazität) der Betriebsanlage hinausgeht.



Lastautofahrpark



Automobilgarage



Das Betriebslaboratorium



Beamtenwohnungen



Arbeiterwohnungen

Die städtische Leichenbestattung

Von Ingenieur Eduard Lasch, Leiter der städtischen Leichenbestattung

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 12. März 1907 wurden die beiden größten Wiener Privatleichenbestattungen, die „Entreprise des pompes funebres" und die „Concordia", angekauft und in die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" umgewandelt. Am 15. März erteilte die niederösterreichische Statthalterei die Konzession und am 1. Juli desselben Jahres wurde der Betrieb eröffnet.

Der Errichtung dieser Unternehmung ist ein heftiger Feldzug der damals herrschenden Rathauspartei um Änderung der Gewerbeordnung vorangegangen, die der Kommunalisierung des Leichenbestattungsgewerbes und schließlichen Monopolisierung durch die Gemeinde Wien die Wege ebnen sollte. Interessant ist die Rede des seinerzeitigen Magistratsdirektors und Reichsratsabgeordneten im österreichischen Abgeordnetenhause Doktor Richard Weiskirchner vom 27. März 1906, in der alle die Übelstände der Privatwirtschaft und freien Konkurrenz auf dem Gebiete der Leichenbestattung gegeißelt werden: Agenten und Provisionsunwesen, Ausnützung der Zwangslage, Umgehung der behördlich festgesetzten Tarife, Unmöglichkeit einer wirksamen behördlichen Kontrolle usw.; alles Mängel der Privatwirtschaft, die auf dem Gebiet des Begräbniswesens nur besonders kraß in Erscheinung treten. Die besonderen Umstände des Leichenbestattungswesens, die für seine Kommunalisierung ins Treffen geführt wurden, sind keine besonderen dem Wesen, sondern nur dem Grade nach und kehren auf allen Gebieten des freien Handels mehr oder weniger wieder. Gemäß dem Antrage Doktor Weiskirchners wurde der § 21 g der Gewerbeordnung dahin geändert, daß künftighin vor Konzessionsverleihungen darauf Bedacht zu nehmen ist, ob und inwieweit die Gemeinde für die Leichenbestattung Vorsorge getroffen hat; auch wurde ihr das Recht der Beschwerde gegen Konzessionsverleihungen an Private eingeräumt.

Streng genommen bedurfte die Gemeinde zur Ausübung der Bestattung keiner Konzession. Die Verpflichtung zur Vorsorge für die Bestattung ist ihr bereits durch das Reichssanitätsgesetz vom Jahre 1870 auferlegt, sie ist im Rahmen der Hoheitsverwaltung in jedem Umfange denkbar und wurde in beschränktem Umfange auch seit langem geübt. Die Vorsorgen der Gemeinde für die Leichenbestattung, auf die nach § 21 g der Gewerbeordnung Bedacht zu nehmen ist, müssen also keineswegs die Form eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens besitzen; der Motivenbericht zur Gesetzesnovelle läßt eher das Gegenteil als wünschenswert erscheinen. Wenn die Gemeinde Wien seinerzeit trotzdem die Form eines Gewerbebetriebes wählte, so mag der Gedanke maßgebend gewesen sein, auf diese Weise das namhafte Erträgnis dieses Zweiges kommunaler Tätigkeit leichter vertreten zu können. Erst seit dem Jahre 1919 wurde die Absicht der Gewinnerzielung auch bei dieser städtischen Unternehmung grundsätzlich aufgegeben, was natürlich nicht ausschließt, daß auch dieser Betrieb sich selbständig erhalten muß. Gleichzeitig wurde der Tarif behufs Anpassung an die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bevölkerungsschichten tiefgreifend umgestaltet, was angesichts des Fortbestandes der durch solche Rücksichten nicht beschwerten Privatunternehmungen als besondere Leistung hervorzuheben ist. Die Zahl dieser Unternehmungen ist zwar in den Jahren 1907 bis 1926 von 80 auf 22 zusammengeschrumpft, das bedeutet jedoch für die soziale Staffelung der Tarife nur eine Verminderung, aber keine Aufhebung der Hemmungen.

Der gewöhnliche Vorgang bei einem Todesfalle ist folgender: Der Haushaltungsvorstand meldet den Eintritt des Todes beim magistratischen Bezirksamt, welches die Totenbeschau veranlaßt. In einigen entlegenen Randgebieten erfolgt die Anmeldung direkt beim Totenbeschauer. Tritt der Todesfall in Spitälern oder ähnlichen Anstalten ein, die über einen eigenen Totenbeschauer verfügen, so entfällt die Anzeige beim Bezirksamt. Die Bezirksämter und genannten Anstalten führen Todfallsanmeldeprotokolle. Vielfach übertragen die Parteien bereits die Veranlassung der Totenbeschau der Leichenbestattung. Die Filialen der städtischen Leichenbestattung übernehmen die Anmeldung und vollständige Durchführung auch jener Leichenbegängnisse, die armutshalber auf Gemeindekosten durchgeführt werden.

Wenn die Todesursache nicht einwandfrei feststeht oder der Verdacht einer verbrecherischen Handlung vorliegt, ist die Polizeibehörde vom Todesfall zu verständigen.

Mit dem Totenbeschaubefund begibt sich die Partei oder deren Beauftragter ins Totenbeschreibamt, welches die Bestattungsanweisung ausstellt, auf Grund deren die Bestattung erst vorgenommen werden kann. Bei Bestattung auf einem Gemeindefriedhofe weist das Totenbeschreibamt gleichzeitig die Grabstelle an. Die magistratischen Bezirksämter und die oberwähnten Krankenanstalten übersenden dem Totenbeschreibamt täglich Auszüge aus dem Todfallsanmeldeprotokoll. An Hand dieser Auszüge sowie der einlaufenden Totenbeschaubefunde überprüft das Totenbeschreibamt, ob alle Leichen der ordnungsmäßigen

Bestattung zugeführt werden. Das Totenbeschreibamt führt das Totenprotokoll über alle in Wien verstorbenen Personen und übersendet tägliche Ausweise den Gerichten und sonstigen interessierten Amtsstellen, insbesondere auch den Matrikenstellen zur Veranlassung der ihnen obliegenden Amtshandlungen.

Die geregelte Totenbeschau durch die Stadtverwaltung und das Totenbeschreibamt sind seit Beginn des XVII. Jahrhunderts nachweislich. Der erste namentlich nachweisbare geschworene Totenbeschreiber hieß Wolf Kaltenhauser und amtierte schon im Jahre 1607 auf dem Heiltumstuhl bei St. Stephan. Das älteste erhaltene Totenprotokoll stammt aus dem Jahre 1648.

Die Vornahme der Totenbeschau war anfänglich auf die alte Stadt beschränkt, wurde jedoch seit Beginn des XVIII. Jahrhunderts nach und nach auf sämtliche Vorstädte und Vororte innerhalb der Linien-



Totenbeschreibamt

wälle ausgedehnt. Die Totenprotokolle, die seit 1648 fast lückenlos erhalten sind, befinden sich im Archiv der Stadt Wien. Sie sind ursprünglich chronologisch, später alphabetisch geführt. Das Tagesdatum bezog sich, soweit Ableben und Beschau nicht auf denselben Tag fielen, auf den Tag der Beschau. Nach der Beschreibung des Verstorbenen, die Name, Stand, Alter, Todesursache und Sterbeort ausweist, erhielt das Amt die Bezeichnung „Totenbeschreibamt". Gegenwärtig wird das Totenprotokoll wieder chronologisch geführt; es besteht aber nur mehr aus den gesammelten und nach der Reihenfolge der Ausfertigung der Bestattungsanweisung geordneten Totenbeschaubefunden. Das Totenbeschreibamt ist somit eigentlich keine Evidenzstelle der Todesfälle, sondern eine solche der erfolgten Bestattungen.

Die Zentrale der städtischen Leichenbestattung und deren Betriebsanlagen, das sind Stallungen, Garagen, Remisen und Depots, befinden sich im eigenen Hause IV. Bezirk, Goldeggasse 19, E. Z. 193 des Grundbuches Wieden. Nur für den Zentralfriedhof wird ein Depot am Friedhof selbst, für den XXI. Bezirk werden separate Stallungen und Depots teils in der Filiale XXI. Bezirk, Pragerstraße 1, und teils in jener, XXI. Bezirk, Donaufelderstraße 5, unterhalten. Die Gesamtfläche der E. Z. 193 beträgt

5470 Quadratmeter, wovon 3423 Quadratmeter, und zwar 738 Quadratmeter eingeschoßig, 2098 Quadratmeter zweigeschoßig und 587 Quadratmeter viergeschoßig verbaut sind.

Der Zentrale mit ihren Betriebsmitteln obliegt die Durchführung der Leichenbegängnisse, soweit sie nicht den genannten Subdepots zugewiesen werden. Dort befinden sich die Stallungen, Wagenremisen, Autogaragen, Uniformdepots, Sargmagazine usw. Zweigstellen der städtischen Leichenbestattung bestehen innerhalb des Wiener Gemeindegebietes 35. Davon sind 12 in magistratischen Bezirksämtern untergebracht, und zwar im I., III., IX.. X., XI., XII., XV., XVI., XVII., XVIII., XIX. und XX. Bezirk. An 23 Filialen sind Dienstwohnungen angeschlossen, um den Parteien auch außerhalb der normalen Dienststunden die Anmeldung eines Todesfalles zu ermöglichen. Aufgabe der Filialen ist die Aufnahme des Leichen-



Blick in den Hof

begängnisses, die Besorgung aller Erfordernisse und Leistungen, beziehungsweise die Weiterleitung der Aufträge an die Zentrale zur Durchführung.

Außerdem bestehen 68 Anmeldestellen, welche nur die Anmeldung der Parteien entgegennehmen und an bestimmte Filialen zur weiteren Veranlassung übergeben.

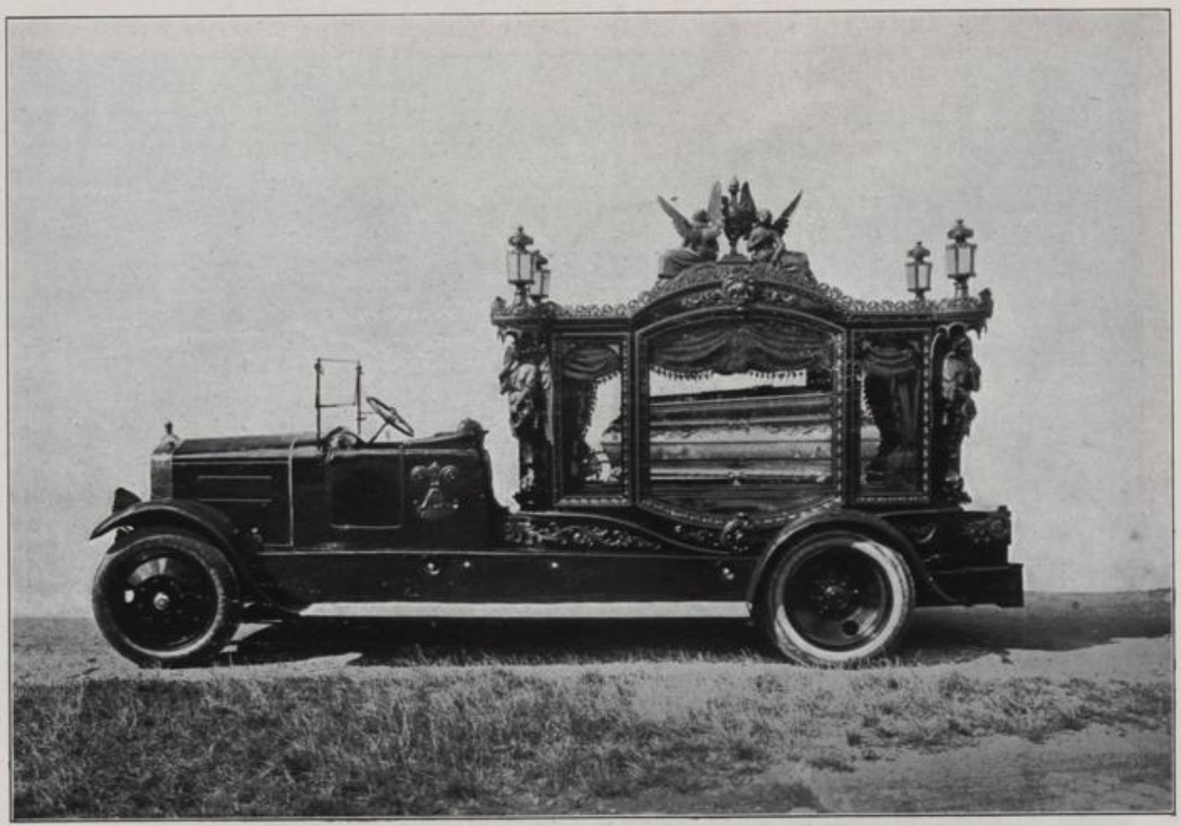
Außerhalb des Wiener Gemeindegebietes befinden sich 3 Filialen, beziehungsweise Anmeldestellen, und zwar in Breitenlee, Lang-Enzersdorf und Liesing. Den zwei letztgenannten sind kleine Depots angegliedert. Der immer engere wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Wien und zahlreichen Umgebungsgemeinden macht eine parallele Ausdehnung des Betriebes der städtischen Leichenbestattung auf diese Gemeinden empfehlenswert.

Am 31. Dezember 1926 zählte die Leichenbestattung a) 103 dienstordnungsmäßige Angestellte, b) 10 mit Einzelvertrag Angestellte und c) 159 Bedienstete, deren Anstellungsverhältnis durch Kollektivvertrag geregelt ist. Die Dienstordnung ist die gleiche wie für die Monopolunternehmungen der Gemeinde Wien und bedeutet ebenfalls keine zu unterschätzende Mehrbelastung gegenüber den privaten Leichenbestattungen. Der Kollektivvertrag der unter c) genannten Bediensteten wurde mit dem freien Gewerkschafts-

verband für Österreich geschlossen und sichert ihnen gegenüber privaten Betrieben gleichfalls schwerwiegende Vorteile. Die gesamten Personallasten einschließlich der Pensionen und Beiträge zur Pensionskasse beliefen sich im Jahre 1925 bereits auf 1,544.835 Schilling und bewegen sich noch immer in aufsteigender Linie.

Zu den ständig Bediensteten kommen noch die fallweise Beschäftigten, deren ein Betrieb mit so schwankender Inanspruchnahme nicht vollständig entraten kann. Jedoch ist diese Art des Dienstverhältnisses lediglich auf den Trägerdienst eingeschränkt worden.

Die Betriebsmittel der Leichenbestattung haben sich entsprechend dem Übergang vom Pferde- zum Automobilbetrieb geändert. Der Pferdestand, der einmal bis 80 Pferdepaare betrug, ist auf 15 Pferdepaare gesunken. Im Bedarfsfalle werden fremde Gespanne eingestellt. Auch die Zahl der verfügbaren Pferde-



Glasauto

geschirre wurde dementsprechend auf 130 Paar, der Pferdeleichenwagen für Kondukte auf 44, der Fourgone auf 9, der Transportwagen auf 10 und der Personenfuhrwerke auf 42 vermindert. Dafür wurden 14 Kraftwagen eingestellt, und zwar 2 Glasautos, 2 Säulenautos, 7 Autofourgons, 2 Transportauto und 1 Personenauto. Sogar für Blumen- und Kranzautos ist bereits Vorsorge getroffen. Im Jahre 1926 wurden mit den Leichenautos 175.000 Kilometer geleistet. Die Automobilisierung ermöglichte wesentliche Betriebsersparnisse, zumal wegen der von einem Tage zum anderen innerhalb weiter Grenzen schwankenden Zahl der Transporte.

Weiters verfügt die städtische Leichenbestattung über rund 150 Aufbahrungen samt den erforderlichen Tumben, Leuchtern, Kandelabern, Spaliertüchern, Teppichen, Dekorationen, über rund 1200 Monturen aller Kategorien für Kutscher, Träger, Wächter, über rund 180 Bahrtücher, einfach schwarz bis zur reichsten Gold- und Silberstickerei usw.

Ein großer Teil der Aufbahrungen befindet sich ständig in den Leichenhallen der städtischen Friedhöfe. Um den aus sanitären Gründen sicherlich nicht erhaltungswürdigen Usus der Aufbahrung in

den oft sehr beschränkten Wohnungen zu beseitigen, hat die Gemeinde Wien als Sanitätsbehörde seit dem Jahre 1920 planmäßig auf allen Friedhöfen Beisetz- und Aufbahrungsräume erbaut; die städtische Leichenbestattung hat sie entsprechend den örtlichen Gebräuchen eingerichtet und durch eine angemessene Tarifpolitik die Umstellung von den sogenannten Hausleichen auf Friedhofsleichenbegängnisse, das heißt



Aufbahrungshalle

solche, bei denen die Leiche nach Eintritt des Todes in die Friedhofshalle gebracht und dort aufgebahrt wird, derart gefördert, daß erstere auf weniger als ein Zehntel aller Leichenbegängnisse gesunken sind. Der Zeitpunkt, zu dem solche Hausleichen behördlicherseits überhaupt untersagt werden können, ist nicht mehr fern.

Die Zahl und Größe der Aufbahrungsräume wechselt mit der Bedeutung des Friedhofes. Aber auch auf den kleinsten Friedhöfen übertreffen natürlich die Abmessungen jene von Wohnräumen beträchtlich. Die Katafalkbeleuchtung ist selbstverständlich elektrisch. Das Recht der Aufbahrung in den Friedhofs-

hallen steht der städtischen Leichenbestattung allein zu; doch stellt sie die Aufbahrungen auch Privatbestattern zur Verfügung.

Im Jahre 1918 hat die städtische Leichenbestattung auch eine Sargerzeugung eingerichtet, die ursprünglich in einem Miethause, III. Bezirk, Rennweg 79—81, untergebracht war, und im Jahre 1922 in das jetzige Betriebsgebäude, X. Bezirk, Laimäckergasse 1, übersiedelt ist und dort auf wesentlich verbreiterter Grundlage als Tischlereibetrieb geführt wird. Der Betrieb ist vorwiegend maschinell. Jede Maschine besitzt ihren eigenen elektrischen Antriebsmotor; die Motoren sind in einem durch die Mitte des Maschinensaales laufenden überdeckten Kanal versenkt, die Riemen in Holzkasten angeordnet. Alle Maschinen sind an die mechanische Späneabsaugung angeschlossen. Neben dem Fabriksgebäude befindet



Sargtischlerei

sich der Holzlagerplatz. Die Laden werden von da mittels Rollwagen zur Pendelsäge gebracht, dort auf die erforderliche Länge abgeschnitten, kommen dann zur Abrichtmaschine und darauf in die Leimkammer, wo sie zu Platten zusammengeleimt und nachgetrocknet werden. Dann kommen sie zur Kreissäge, Fräsmaschine usw. und schließlich in die Handtischlerei, wo sie zu Särgen zusammengebaut werden, und in die Anstreicherei und Tapeziererei, wo sie die letzte Ausstattung erhalten. Die Anordnung der Maschinen und Räume ist natürlich eine solche, daß jeder unnütze Handgriff und Weg erspart wird.

Normalerweise werden ein Werkmeister und 25 Arbeiter beschäftigt, die nach dem Kollektivvertrag in der Holzindustrie entlohnt werden; selbstverständlich ebenfalls mit gewissen, darüber hinausgehenden Benefizien. Die Tischlerei erzeugt sämtliche von der Leichenbestattung benötigten Holzsärge, im Jahre 1926 über 10.000 Stück, sowie verschiedene Artikel, wie Schalterbretter, Kisten und ähnliches für andere städtische Unternehmungen.

Der Tischlerei ist eine Spenglerei angefügt, in der die erforderlichen Metallsärge erzeugt werden. Die Selbsterzeugung der Metall- wie der Holzsärge hat sich bisher als rationell erwiesen und es ist kein

Grund anzunehmen, daß sich dies ändern könne, so lange die Arbeitsmethoden und die Arbeitsbedingungen selbst keine wesentliche Änderung erfahren.

Die Tarifpolitik der städtischen Leichenbestattung war seit dem Jahre 1920, wie erwähnt, von zwei Momenten beherrscht: einerseits von der Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, andererseits von dem Bestreben, die Leichenbegängnisse von der Friedhofshalle aus so billig und würdig als möglich zu gestalten. Vorher war sonderbarerweise hinsichtlich der Friedhofsleichenbegängnisse das Umgekehrte angestrebt. Daß die städtische Leichenbestattung seither auf Vereinbarungen mit den Privatbestattern hinsichtlich der Tarife und Zahlungsbedingungen verzichtete, sei nur deshalb erwähnt, weil sie früher einem Verband der Leichenbestatter angehörte, dessen Ziele solche Kartellbestimmungen waren. Trotz der erhöhten Personallasten und trotz der Übervalorisierung aller Materialpreise, wozu noch die Kosten für die sogenannten Freileichen von mehr als 100.000 Schilling im Jahr kommen, war es möglich, im Jahre 1922 die Kosten eines Leichenbegängnisses durchschnittlich auf 60 Prozent der Vorkriegskosten herabzudrücken und ungeachtet aller seither erwachsenen Mehrlasten auf diesem Niveau zu erhalten. Sie konnten bisher hauptsächlich durch fortwährende Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und dadurch bedingte Herabsetzung der relativen Regien paralysiert werden. Die Entwicklung der Leichenbestattung im Verhältnis zur Zahl der Sterbefälle zeigt die nachstehende Tabelle:

Jahr	Gesamtsterbefälle in Wien	Von der städtischen Leichenbestattung ausgeführte				Die städt. Leichenbestattung war durch gewisse Einzelleistungen beteiligt bei Leichenbegängn.						Ausschließlich v. Privatbestattern durchgef. Leichenbeg.	
		Gratisleichen		komplette Zahlleichen		Spitäler		Privatbestattern		Isr. Kult.			
		Anzahl	in % der G.-St.	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1923	32 314	4103	12·7	9.448	29·2	2323	7·3	2902	9·0	—	—	13.538	41·8
1924	25.177	2115	8·4	10.231	40·7	—	—	5034	20·0	2693	10·8	5.104	20·1
1925	24.373	1984	8·1	10·272	42·2	—	—	5812	23·9	2476	10·1	3 829	15·7
1926	25.380	1938	7·6	11·406	45·0	—	—	5608	22·1	2496	9·8	3·932	15·5

Die absolute und relative Inanspruchnahme der städtischen Leichenbestattung durch die Bevölkerung ist in ständiger Zunahme.

Aus der nachstehenden Tabelle ist ersichtlich, wie ungleichmäßig die Zahl der Leichenbegängnisse über das ganze Jahr verteilt ist.

Betriebsjahr 1925:

Leichen	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Summe
Eigene . .	1088	1043	1046	1129	926	909	973	796	931	1012	1077	1326	12.256
Private . .	473	290	444	318	307	252	208	283	312	286	299	357	3.829
Gemisch.	730	680	756	730	687	660	653	565	621	653	730	823	8.288

Die Tagesschwankungen sind natürlich noch viel größer als die Monatsschwankungen. An einzelnen Tagen übersteigt die Inanspruchnahme den Jahresdurchschnitt um das Drei- und Vierfache.

Die städtische Leichenbestattung hat unmittelbar nach dem Umsturze krisenhafte Zeiten durchgemacht. Sie wurden in erster Linie durch innere und äußere Umgestaltung überwunden. Nicht vergessen darf aber werden, daß auch die Herstellung einer Verbindung zwischen Leichenbestattung und Friedhofsbetrieb zum Vorteile beider Betriebe manches beigetragen hat. Einen Markstein auf dem Wege der Entwicklung bildet die im Jahre 1926 erfolgte Übersiedlung des Totenbeschreibamtes in die Zentrale der städtischen Leichenbestattung, IV. Bezirk, Goldeggasse 19, einer Entwicklung, die letzten Endes zu einer Vereinigung des Leichenbestattungs- und Friedhofsbetriebes führen dürfte, wie es eigentlich im Wesen der Sache liegt und in einigen deutschen Großstädten schon lange der Fall ist.

Die Ankündigungsunternehmung

Von Karl Pikolon, Direktor der städtischen Ankündigungsunternehmung

Die Kaufmannschaft hatte seit jeher den Wunsch, die Verkehrsmittel für ihre Propagandazwecke benützen zu können, ein Wunsch, dem die Straßenbahnen in vielen Städten Rechnung getragen hatten. In Wien wurde vor dem Jahre 1920 aus verschiedenen Gründen die Straßenbahn zur Benützung für Reklame im allgemeinen nicht freigegeben. Nur in besonderen Ausnahmsfällen und vereinzelt wurde ein Plakat, das zur Werbung für einen eminent wohltätigen Zwecke diente, zum Anschlag genehmigt. Der Kaufmannschaft aber blieb dieses Objekt verschlossen.

Einer freier denkenden, den Forderungen der Zeit zugänglichen Gemeindeverwaltung blieb es vorbehalten, hier das erlösende Wort zu sprechen und auch dieses Gebiet der Reklame zu erschließen.

Im Herbste 1919 wurde im Wiener Gemeinderat der Antrag auf Ausschreibung eines Anbotes, betreffend Straßenbahnreklame, gestellt und angenommen. Die dann im Jahre 1920 erfolgte öffentliche Offertverhandlung brachte so wenig befriedigende Resultate, daß beschlossen wurde, in eigener Regie an die Ausnützung der Straßenbahn für Ankündigungen zu schreiten.

Zu diesem Zwecke genehmigte der Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen im November 1920 die Errichtung einer eigenen Dienststelle bei der städtischen Straßenbahn zur Besorgung des Ankündigungsgeschäftes mit der Bezeichnung „Reklamebüro der städtischen Verkehrsmittel" und mit der Aufgabe, die Objekte der Straßenbahn (Wagen innen und außen, Wartehallen, Weichenwärterhütten, Vorverkaufshütten) der Reklameverwertung zuzuführen. Das Reklamebüro nahm seine Tätigkeit am 1. Dezember 1920 auf. In erster Linie wurde an die Ausnützung der Fenster in der Straßenbahn und in



Straßenbahnwagen, innen



Straßenbahnwagen mit Dachtafel



Wartehalle



Gaskandelaber mit unbeleuchteter Reklame

den Kraftstellwagen als Reklameträger gedacht, weil hiezu keine weiteren Einrichtungen notwendig waren, die den Beginn der Arbeit verzögert hätten.

Mitte Jänner 1921 hatte sich die Reklame an den Fensterscheiben bereits so weit durchgesetzt, daß die Geschäftswelt an dieser Art der Reklame Interesse gewonnen hatte. Zur Plakatierung übernommen wurden auf Plakatpapier in Buch- oder Steindruck hergestellte Plakate im Formate 17/37 cm (Querformat) und auch Abziehbilder in diesem Format. Diese zwar einfache, aber reklametechnisch gut wirkende Plakatierungsart hatte den Nachteil, daß die Sichtbarkeit der Plakate während der Sommermonate durch das Herablassen der Fenster stark litt. Es mußte daher versucht werden, die Innenreklame von dem Herablassen der Fenster unabhängig zu machen. Die Lösung wurde in Ankündigungstafeln aus Sperrholz, an den Fenstersäulen angebracht, gefunden. Die Fenster selbst sollten nur kurzfristigen Ankündigungen während der Wintermonate und der Abziehbilderreklame vorbehalten bleiben. Die Holztafeln gaben die Möglichkeit, ein und dasselbe Format für Holz oder Fenster zu verwenden und, da sie im Format 34/37 cm angefertigt sind, durch Verwendung der ganzen Holztafel Plakate vom doppelten Formate zu bringen.

Weiters wurde die Außenreklame an den Straßenbahn- und an den Kraftstellwagen sowie die Verwertung der Wartehallen, Vorverkaufshütten usw. in das Arbeitsfeld einbezogen.

Gute Erfolge bei der Kaufmannschaft ließen es wünschenswert erscheinen, auch andere, außerhalb der Verkehrsmittel gelegene, der Gemeinde gehörige Objekte in eigener Regie für Reklamezwecke auszuwerten (Laternen, Bogenlampenmaste, städtische Bäder, Feuermauern usw.). Einer Dienststelle der Straßenbahn war es aus formalen Gründen unmöglich, ihr Arbeitsfeld über den Rahmen der Verkehrsmittel hinaus auszudehnen. Von dieser Erwägung ausgehend, faßte der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 30. September 1921 folgenden Beschluß:

„Der Gemeinderat beschließt die Errichtung einer ‚Städtischen Ankündigungsunternehmung' und erkennt ihr die Eigenschaft einer Unternehmung der Gemeinde gemäß § 77 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien zu. Zweck der Unternehmung ist der Betrieb des Ankündigungsgeschäftes und aller dazu notwendigen Einrichtungen unter Verwendung der hiezu geeigneten Objekte der Gemeinde, ihrer Unternehmungen, Anstalten und Betriebe, insbesondere auch des öffentlichen Gutes, die Wahrung und Auswertung der privatrechtlichen und finanziellen Interessen der Gemeinde hinsichtlich der Ankündigungsflächen auf Holzschalung an Hausmauern und Einfriedungen, auf Bauplanken und Gerüsten, auf Verkaufshütten, Kiosken und dergleichen, die Abgabe von Gutachten an die zuständigen magistratischen Dienststellen hinsichtlich platzzinspflichtiger Objekte aller Art, sowie die Beteiligung an Ankündigungsgeschäften privater Unternehmer und die Erwerbung solcher Unternehmungen. Der Betrieb der Unternehmung erfolgt unter der Firma ‚Gemeinde Wien, städtische Ankündigungsunternehmung' (Gewista)".

Mit diesem Beschluß wurde dem neugegründeten Unternehmen nicht nur die Auswertung der städtischen Objekte für Reklame übertragen, sondern auch die Verpflichtung auferlegt, die Interessen der Gemeinde hinsichtlich der Ankündigungsflächen auf Holzschalung an Häusermauern und Einfriedungen (ein Gebiet, auf dem sich bis zu diesem Zeitpunkte nur private Gesellschaften betätigten) zu wahren.

Zur Erledigung dieser Aufgaben nahm die „Gewista" die Verwertung der Gaskandelaber, Bogenlampenmaste usw. auf und begann gleichzeitig Verhandlungen mit den das öffentliche Ankündigungsgeschäft (Plakatierung) betreibenden Privatfirmen. Es wurden mit den Inhabern dieser Firmen Verhandlungen eingeleitet, deren Ziel es war, neben der bereits bestehenden „Gewista" eine Gesellschaft zu bilden, in der die Gemeinde die Sicherung des Übergewichtes für sich beanspruchte. Das gesteckte Ziel wurde erreicht und eine neue Gesellschaft gegründet, die unter den Namen „Wipag" (Wiener Plakatierungs- und Anzeigengesellschaft) im März 1923 registriert wurde. Als besonders bemerkenswerter Punkt des Gesellschaftsvertrages sei die Bestimmung, daß nach einer Reihe von Jahren die Gemeinde kostenlos Alleininhaberin des Unternehmens wird, hervorgehoben.



Kraftstellwagen mit Dachtafelkranz



Gaskandelaber mit Reklamelaterne, Dreieckform



Gaskandelaber mit Reklamelaterne, Pfeilform

Die wichtigsten Reklameobjekte der „Gewista“ sind: Auf den Dächern der Motorwagen bieten Schilder aus Holz eine gute Reklamemöglichkeit für Markenartikel.

Tafeln an Wartehallen, Vorverkaufshütten sind namentlich in den äußeren Bezirken Wiens eine willkommene Reklamemöglichkeit für den Kaufmann.



Bogenlampe mit Transparent

In ähnlicher Weise wie die Straßenbahnwagen werden die Kraftstellwagen innen und außen zu Reklamezwecken herangezogen. Die bei dem Bau der Karosserie mitkonstruierten Dachaufsätze sind keine dem Objekte aufgezwungenen Reklameflächen, sondern bilden mit den Wagen ein einheitliches Ganzes.

Der im Jahre 1924 wieder einsetzende Bedarf nach Lichtreklame, deren Entwicklung der Ausbruch des Krieges ein jähes Ende bereitet hatte, brachte die Idee, auch diesem Zweck städtisches Gut dienstbar zu machen. Die beginnende Elektrifizierung der Straßenbeleuchtung machte die Gaskandelaber überflüssig. Die zwecklos auf den Straßen stehenden Stangen boten ohnehin keinen ästhetischen Anblick, waren aber

als sofort für Lichtreklame verwendbare Reklameträger willkommen. Alle Voraussetzungen waren gegeben, es mußte nur die geeignete Form für die Laterne gefunden werden. Nach verschiedenen Versuchen wurde die Dreieck- und Pfeilform gewählt.



Haltestellesäule bei Tag

Die Dreieckform bietet drei gleichgroße Reklameflächen und kann alle Schaurichtungen gleichwertig bestreuen. Zwei Seiten stehen im schiefen Winkel zur Hausfront und wirken auf die Passanten in der Gehrichtung, die dritte Seite, der Straße zugewendet, ist auf Fernwirkung berechnet. Die Pfeilform, eine typische Wegweiserform, eignet sich zur Aufstellung hauptsächlich an Straßenecken und auf freien Plätzen. In beiden Fällen steht die Reklame gleichzeitig im Dienste der Öffentlichkeit, indem sie zur Aufhellung der Straße beiträgt.

Doppelseitige Ovalscheiben an Gaskandelabern dienen für unbeleuchtete Reklame. Eine weitere Möglichkeit zur Entfaltung von Lichtreklame an städtischen Objekten boten die Bogenlampenmaste. Auch hier trägt die Reklame in ästhetisch einwandfreier Form zur Belebung des Straßenbildes namentlich in den Abendstunden bei.



Haltestellesäule bei Nacht

Die Eröffnung der Stadtbahn bot der „Gewista" ein neues Betätigungsfeld. Die Waggons sind im Innern mit Holztafeln ausgerüstet und bieten die gleiche Plakatierungsmöglichkeit wie die Straßenbahnwagen. Von der bisherigen Art, an den Wänden der Perrons Papierplakate zu affichieren, wurde Abstand genommen. Dort vorhandenen Rahmen sollen Gemälde von ersten Künstlern eingefügt werden und dem beigefügten Reklametexte als Blickfang dienen. Aus der Abbildung ist zu ersehen, wie Kunst und Reklame in Verbindung gebracht werden können, ohne daß eine die andere stört.

Ein lang erwogener Plan kam Ende 1925 durch die Aufstellung von beleuchteten Haltestellensäulen zur Ausführung. Abends und des nachts zeigen die Lichtsäulen weithin die Haltestellen der Straßenbahn an und geben dem Fahrgast durch einen Linienplan und ein Haltestellenverzeichnis die Möglichkeit, sich leicht zu orientieren. Die Wirkung ist, wie die Abbildungen zeigen, bei Tag und Nacht ausgezeichnet.



Stadtbahnperron mit Bild

Dies ist in großen Zügen der derzeitige Wirkungskreis der „Gewista", so manche Idee wird in kommenden Jahren seine Verwirklichung noch finden.

Die „Wipag" besorgt die Plakatierung auf den Plakatwänden und Litfaßsäulen. Hier hat moderner Geist und sorgsamer Geschmack gegenüber der Vorkriegszeit erfreulichen Wandel geschaffen.

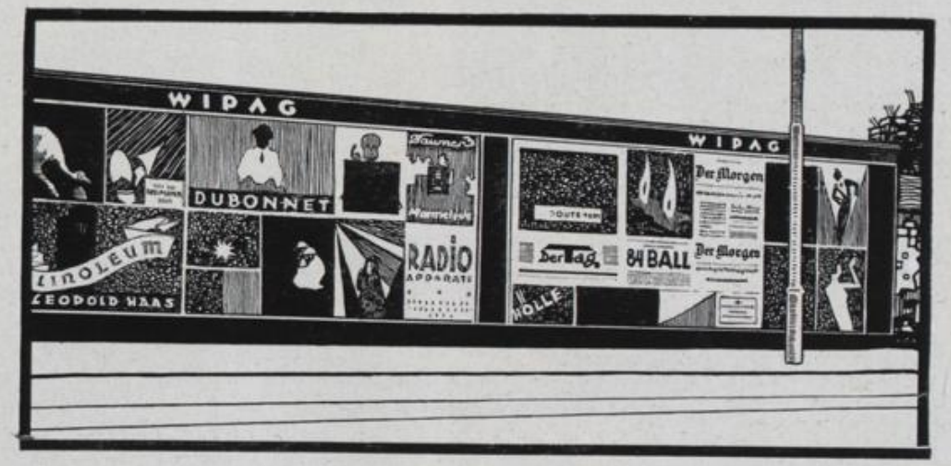
Heute beschäftigt sich ein Architekt mit der Einordnung der Plakattafeln in die Umgebung und bringt durch Gesimse. Sockelleisten und Trennungsflächen die angeschlagenen Plakate zur größtmöglichsten

Wirkung. Die Zeit der alten Bauplanken mit ihren zahl- und regellosen Schildern ist durch die Hilfe der Gemeinde nun so gut wie vorbei. Die Gegenüberstellung von „Einst" und „Jetzt" zeigt am besten die Bedachtnahme, die bei der Aufstellung von Plakattafeln auf das Stadtbild genommen wird.

(Einst)



(Jetzt)



Auch die Litfaßsäulen gewinnen durch geschmackvolle Anordnung der Plakate bedeutend an Reklamewert und verletzen das ästhetische Gefühl nicht mehr.

Abschließend kann nach den bisherigen Erfahrungen ruhig behauptet werden, daß die Gemeinde durch die Errichtung einer e i g e n e n Ankündigungsunternehmung den richtigen Weg eingeschlagen hat.



Litfaß-Säule

Die städtische Versicherungsanstalt

Von Norbert Liebermann, Direktor der städtischen Versicherungsanstalt.

Zu den von der Stadtverwaltung des neuen Wien übernommenen selbständigen kommunalen Betrieben gehört auch die „Städtische Versicherungsanstalt", welche als Rechtsnachfolgerin der im Jahre 1898 gegründeten „Städtischen Kaiser Franz Joseph-Jubiläums-Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt" tätig ist. Es mag vielleicht heute noch bei einzelnen die Frage oder das Bedenken auftauchen, ob es notwendig, zweckmäßig und im Interesse der Bevölkerung gelegen ist, daß ein Gemeindebetrieb Versicherungsgeschäften nachgeht und als Unternehmung öffentlich-rechtlichen Charakters im Wettbewerb mit Assekuranz-Aktiengesellschaften Versicherungsverträge abschließt. Zur entschieden bejahenden Beantwortung dieser grundlegenden Frage führt die geschichtliche Entwicklung jener engen Beziehungen, die von altersher zwischen deutschen Gemeinden und dem Versicherungswesen bestanden. Über die nachweisbar zuerst in Deutschland beobachtete, Jahrhunderte alte Wechselbeziehung zwischen Versicherungseinrichtungen und Gemeinden konnte der Verfasser dieser Ausführungen schon in den Nummern 20 und 23 des Jahrganges 1925 der „Österreichischen Gemeindezeitung" beiläufig folgendes anführen:

Während die Uranfänge von Einrichtungen versicherungsähnlicher Art im Altertum und frühesten Mittelalter stets der Tätigkeit einzelner oder vereinigter Privatpersonen entsprangen, läßt sich — in Deutschland wenigstens — das Wirken öffentlich-rechtlicher Körperschaften auf dem Gebiete des Versicherungswesens erst im späteren Mittelalter wahrnehmen. In Deutschland traten nämlich im fünfzehnten Jahrhundert zum erstenmal einzelne Gemeinden gewissermaßen als Feuerversicherer auf, soweit sie mit den für einzelne Städte geschaffenen sogenannten Brandgilden identisch waren. Eine Versicherungstätigkeit ganz im Sinne gegenwärtiger Normen der Assekuranz zeigten diese Körperschaften wohl noch nicht; die Brandgilden der einzelnen Gemeinden konnten aber immerhin niedrig gestellten Forderungen zur Not — in jedem Sinne dieses Wortes — halbwegs entsprechen. Mit der Zeit hatten sie es ja gelernt, nach den Feuerschadenerfahrungen des jeweils abgelaufenen Jahres — also statistisch — Umlagen einzuführen, um Brandgeschädigten Darlehen, Nachlässe bei den Gemeindesteuern oder wenigstens kleine Unterstützungszahlungen, im schlimmsten Falle „Brandbriefe" zu gewähren. Diese Gemeindebrandbriefe geben den besten Aufschluß über die damals noch primitive Art der Hilfe bei Feuersnot; die Briefe enthielten bekanntlich nichts anderes als die von der Gemeindeobrigkeit erteilte Ermächtigung des Abgebrannten, — zu betteln! Aber auch die Sekurität der erwähnten Schadenreserven der Gilden und Gemeinden ist nach und nach sehr fragwürdig geworden, da später die Landesfürsten die zu Schadenszahlungen angesammelten Feuerumlagen für — andere Zwecke beschlagnahmten. Der Dreißigjährige Krieg machte schließlich diesen schüchternen Anfängen einer gutgemeinten Versicherungstätigkeit der Gemeinden ein Ende und es folgte dann — zunächst in Preußen — die Errichtung öffentlicher Feuerversicherungsanstalten, der sogenannten Feuersozietäten, die über das Territorium einer Gemeinde hinaus entwickelt wurden.

Schon während des Dreißigjährigen Krieges war in den durch ihn verschonten Hafenstädten, insbesondere in Hamburg, die Seeversicherung, einer der ältesten Zweige des kontinentalen Versicherungswesens, von Privatunternehmern zum Aufschwung gebracht worden, und 1634 erteilte der Kaiser dem Rate der Stadt Hamburg hinsichtlich aller Versicherungsfragen und -prozesse das „privilegium de non appellando". Der Stadtrat von Hamburg war also damals der höchste Appellationshof in Versicherungssachen und hatte dadurch — zumal die Seeräuberei überhandnahm — ein sehr schweres Amt, das sachlich erst entlastet wurde, als im Jahre 1663 die staatliche Zwangsversicherung der Seeschiffe (allerdings nur für kurze Zeit) aufkam. — Englische Kaffeehausbesitzer, allen voran der berühmt gewordene Edward Lloyd in der Towerstreet zu London, haben von der Stadt Hamburg die Einrichtung der Seeversicherung übernommen. London fand also an einer deutschen Gemeinde den Lehrmeister in Versicherungssachen! Die Stadt Hamburg war es übrigens auch, die im Jahre 1676 eine Generalfeuerkasse zum Zwecke der Versicherung von Häusern gründete, als Vorläufer der oben erwähnten, in Preußen gegründeten lokalen Feuersozietäten, die entweder Zwangs-, Monopol- oder Wettbewerbsanstalten wurden und später neben der Feuer- auch Lebens-, Hagel- und Viehversicherung gewährten.

Die Hamburger Feuerkasse konnte also Anfang Juni 1926 das schöne Fest des 250jährigen Bestehens der Anstalt feiern! Dieser öffentliche Feuerversicherungsbetrieb der Stadt Hamburg ist das älteste Versicherungsinstitut nicht nur Deutschlands und Europas, sondern überhaupt der ganzen Welt. Die Stadt Hamburg hat also schon vor Jahrhunderten in Fragen der Feuerversicherung vorbildlich gewirkt, ihr Stadtrat war damals auf Grund eines kaiserlichen Patentes Oberster Gerichtshof in Versicherungs-

angelegenheiten und hatte eine Feuerordnung erlassen, welche folgenden — heute noch gültigen — Grundsätzen zum Durchbruch verhalf:

Der Beitritt zu einer Versicherungsgemeinschaft ist nicht an die Person des Besitzers, sondern an das Grundstück gebunden;

die Gegenseitigkeit in der Versicherung muß gewahrt werden;

die Entschädigung darf nur zur Wiederherstellung des abgebrannten Gebäudes benutzt werden;

den Hypothekengläubigern wird ein Anspruch auf die Wiederherstellung zugesichert.

Das Wirken einer deutschen Gemeinde hat sich also schon im XVII. Jahrhundert als segensreich für das Gebiet der Versicherung erwiesen. Die Hamburger Feuerkasse hat schon vor 1700 Grundsätze für das Versicherungswesen aufgestellt, denen auch die Wiener städtische Anstalt, als einziger Gemeindeversicherungsbetrieb des neuen Österreich, folgen konnte und folgt. In Hamburg wurde allerdings damals nur die Feuerversicherung eingeführt, zumal die Lebensversicherung noch sehr primitiv und ohne mathematische Grundlage war; es gab Sterbekassen, die den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder aus den Einzahlungen der jeweils Überlebenden kleine Unterstützungsbeiträge boten, und Rentenkassen, die meist durch Stadtgemeinden gegründet und gefördert wurden; die Gemeinden bedienten sich nämlich dieser Einrichtungen zur Beschaffung von Geldmitteln in der Weise, daß sie bei wohlhabenden Bürgern Anleihen aufnahmen und diese durch Auszahlung von Leibrenten tilgten!

Es zeigt sich somit, daß die Verbindung der Gemeinden mit dem Versicherungswesen — wenngleich anfangs nur in primitiven Formen — jedenfalls schon seit Jahrhunderten besteht. Wenn somit ein Versicherungsbetrieb öffentlich-rechtlichen und kommunalen Charakter zeigt, ist dies schon durch die geschichtliche Entwicklung begründet; die Versicherungseinrichtungen deutscher Gemeinden zeigten meistens sogar monopolartige Formen oder Merkmale einer Zwangsversicherung, eines Versicherungszwanges.

Anders liegen die Verhältnisse in Österreich; hier sind die von öffentlichen Körperschaften errichteten Versicherungsbetriebe weder Zwangs- noch Monopol-, sondern Wettbewerbsanstalten. Lediglich diese Betriebsform öffentlicher Anstalten besteht hier, da in Österreich noch in den Zeiten der Monarchie einzelne Kronländer, aber nur zwei Gemeinden (Wien und Prag) Versicherungsanstalten errichtet und diese zu Wettbewerbsanstalten nach privatrechtlichen Bestimmungen ausgestaltet haben. Im Bundesstaat Österreich ist also nur mehr bei der Städtischen Versicherungsanstalt Wien die Gemeinde oder richtiger ein von ihr geschaffener und verwalteter Betrieb als Versicherer anzusehen. Dieser Versicherer und die ihn führende Gemeinde verfügen weder über gesetzlichen Versicherungszwang noch über ein Monopol und haben bisher über alle Schwierigkeiten des freien Wettbewerbes mit alten, durchwegs von Auslandskapitalien gestützten Aktiengesellschaften hinweg ihren Wirkungskreis über das Territorium der großen Gemeinde hinaus auf alle Bundesländer Österreichs erstreckt. Die große Gemeinde als Versicherer, die Rechts- und Schutzsicherheit, die das Wirken öffentlicher Gemeindefunktionäre als Kontroll- und Aufsichtsorgane des Betriebes mit sich bringt, verkörpern also sieghaft jenen Gedanken, der im dunklen Mittelalter bei den Gemeindebrandgilden nur als kümmerlicher Funke aufgeflammt und rasch erloschen war.

All diese Erwägungen und namentlich die hier besonders ausführlich dargelegten Züge der allgemeinen Geschichte des Gemeindeversicherungswesens führen zu dem eingangs angedeuteten Urteile, daß die Übernahme der Städtischen Versicherungsanstalt in das neue Wien nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig, weil im Interesse der Bevölkerung gelegen war.



Reumann-Büste

Mit der speziellen Geschichte des Städtischen Versicherungsbetriebes in der Zeit vor und unmittelbar nach dem Kriege befassen sich die Ausführungen an dieser Stelle nicht ausführlich, da hier ein kurzer Überblick genügt. Die Städtische Versicherungsanstalt hatte bis zum Jahre 1922 nur einen einzigen Betriebszweig, die Lebens- und Rentenversicherung, stand demnach damals noch nicht im Wettstreit mit den vielen großen Schadensversicherungsbetrieben, welche in Österreich tätig waren und heute noch tätig sind.

Durch den Friedensvertrag von St. Germain änderte sich die Situation auch für die Städtische

Versicherungsanstalt vollständig. Die Abtrennung großer Gebiete des Territoriums der früheren Monarchie schuf unter den Versicherungsbetrieben auf dem übriggebliebenen stark verkleinerten Arbeitsgebiete einen beispiellos scharfen Wettbewerb. Die Zahl der Versicherer wurde in dem eng gewordenen Arbeitsfelde durchaus nicht geringer; eine Änderung des österreichischen Assekuranzregulativs, welches fortan den Betrieb von Elementarversicherungen neben der Lebensversicherung zuließ, verdichtete die Konkurrenz im Versicherungsfache noch mehr und alle Betriebe wendeten sich nach dem Verluste ihres Geschäftes im neuen Ausland naturgemäß dem Wettbewerb in der einzigen Großstadt Österreichs, in Wien, zu.

Zum leichteren Verständnis der allgemeinen Situation und der Resultate des städtischen Versicherungsbetriebes seit dem Jahre 1919 muß hier noch folgendes erwähnt werden:

Wie alle österreichischen Versicherer, hat auch die Städtische Versicherungsanstalt ihre Gelder in Staats- oder Kriegsanleihen anlegen müssen, welche nicht valorisiert wurden; ebenso wurden ihr Hypothekardarlehen in nicht valorisierten Kronen zurückgezahlt; trotzdem kann sie ihr österreichisches Geschäft im Wettbewerb mit Besitzern ausländischer Geldmittel erfolgreich entwickeln.

Der jetzige Verwaltungsausschuß der Städtischen Versicherungsanstalt wurde aus Funktionären des Wiener Gemeinderates zusammengesetzt und konnte durch zähe Energie auch diesem Betriebe der Stadt Wien jene Entwicklung geben, die dem Werke eine sichere Grundlage für die Zukunft bietet. An der Spitze des Verwaltungsausschusses steht der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien; der erste Vorsitzende des erweiterten Betriebes in der Nachkriegszeit war Jakob Reumann, ihm folgte der jetzige Bürgermeister Karl Seitz in der obersten Leitung der Anstalt.

Zur bleibenden Erinnerung an den am 29. Juli 1925 im Alter von 72 Jahren verstorbenen ersten Vorsitzenden ihres Verwaltungsausschusses, Bürgermeister Jakob Reumann, hat die Anstalt die hier abgebildete Bronzebüste von Künstlerhand anfertigen und im Sitzungssaale (Wien, I., Tuchlauben 8) aufstellen lassen.

Die Geschäftsleitung der Firma „Gemeinde Wien — Städtische Versicherungsanstalt" befindet sich im ersten Bezirke Wiens, Tuchlauben Nr. 8, im eigenen Gebäude. Das Haus steht auf demselben Grundstück, auf welchem sich vorher das im alten Wien als „Schönbrunnen-Haus" bekannte Gebäude (so benannt nach einen schönen Brunnen vor dem Hause) befand. Im Jahre 1675 wurde das Alt-Wiener Objekt in einem Stiche dargestellt, der hier wiedergegeben sei:



Altes Haus



Neues Haus

Das jetzige Anstaltsgebäude war bis vor kurzem zum größeren Teile vermietet, während nur zwei Stockwerke dem Betriebe der Versicherungsanstalt dienten.

Die Anstalt betreibt auf Grund behördlicher Konzession im Sinne ihres der Aufsichtsbehörde vorgelegten Versicherungsplanes auf Grundlage ihrer Satzungen und amtlich genehmigter Musterbedingungen die folgenden Versicherungszweige:

I. Lebens- und Rentenversicherung, seit 1898.

II. Schadensversicherung, und zwar:

a) Feuerversicherung . . . . . seit 1922
b) Einbruchversicherung . . . . . „ 1922
c) Unfallversicherung . . . . . „ 1923
d) Haftpflichtversicherung . . . . . „ 1923
e) Kraftfahrzeugversicherung . . . . . „ 1923
f) Glasversicherung . . . . . „ 1922
g) Kleinere Versicherungszweige, wie Zeitkarten-, Steuertafelversicherung und dergleichen.

III. Rückversicherung

und ist überdies bemüht, ihren Klienten auch in jenen Assekuranzzweigen vermittelnd zu dienen, welche sie selbst — wie zum Beispiel die Transportversicherung — nach ihren Statuten noch nicht betreiben kann.

Der Wirkungskreis des Betriebes erstreckt sich derzeit auf das gesamte Gebiet der Republik Österreich, da die Anstalt in den Hauptstädten der einzelnen Bundesländer Bureaux ihrer Landesstellen und in den meisten Orten Österreichs Geschäftsstellen und Ortsvertretungen errichtet hat.

Wie die Verwaltung des neuen Wien in ihrer Funktion als „Versicherer" wirkt, wie weit ihr Einfluß auf den Versicherungsbetrieb reicht, wie sie die Überschüsse verwendet, den Betrieb kontrolliert, all das ist am klarsten aus den Satzungen der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt ersichtlich.

Der § 1 dieser Satzungen bestimmt: „Die Anstalt beruht auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit." Nach § 16 fungieren als leitende Organe der Anstalt:

a) der Gemeinderat der Stadt Wien;
b) der Verwaltungsausschuß der Anstalt;
c) die Anstaltsleitung;
d) der Überwachungsausschuß.

Der Verwaltungsausschuß besteht nach § 18 aus dem jeweiligen Bürgermeister der Stadt Wien und sechs vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern, während der Überwachungsausschuß laut § 21 aus drei vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern gebildet wird.

Der Betriebsüberschuß wird laut § 13 der Satzungen verwendet: für die allgemeine Sicherheitsreserve, für die Kursdifferenzen-, Kriegsreserve- und Pensionsfonds sowie zur Verteilung an die gewinnberechtigten Versicherten.

Die Anstalt unterliegt der Kontrolle der Mitglieder des Gemeinderates, und zwar aller politischen Parteien desselben, und überdies nach § 23 der staatlichen Aufsicht im Sinne des Gesetzes.

Die Ergebnisse des städtischen Versicherungsbetriebes werden alljährlich im Vewaltungsbericht über das jeweils abgelaufene Kalenderjahr zusammengefaßt und dem Wiener Gemeinderate zur Kenntnis gebracht. An dieser Stelle möge folgende Tabelle einen Gesamtüberblick jener Endresultate bieten, welche in den Jahren 1923, also seit Einführung der Schadenversicherungszweige, bis 1927 erzielt wurden:

	1923	1924	1925	1926	1927 I. Semester
	Schilling				
1. Prämieneinnahmen	1,101.913	2,459.201	4,386.200	5,902.000	4.255.197
2. Stand der Lebensversicherung .	5,272.900	14,126.000	23,984.000	42,000.000	54,000.000



Sitzungssaal

Die Höhe der in den einzelnen Versicherungszweigen in den Jahren 1922 bis 1926 ausbezahlten Gesamtentschädigungen konnte im Heft 30 der monatlichen „Mitteilungen" der Anstalt durch folgende Tabelle angegeben werden:

Auszahlungen seit 1922

I. Lebensversicherung . .	Schilling	606.359·—
II. Schadensversicherung:		
1. Feuerversicherung	Schilling	2,702.931·—
2. Einbruchversicherung	„	135.448·—
3. Glasversicherung	„	23.601·—
4. Unfallversicherung	„	121.132·—
5. Fahrzeugversicherung	„	556.771·—
6. Haftpflichtversicherung . . .	„	365.226·—
7. Sonstige Versicherungen . . .	„	7.370·—
	Summe: Schilling	4,518.838·—

Bis zum Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, hat die Städtische Versicherungsanstalt seit 1922 über 5 Millionen Schilling an Entschädigungen für ihre Versicherten ausbezahlt, wenn man die

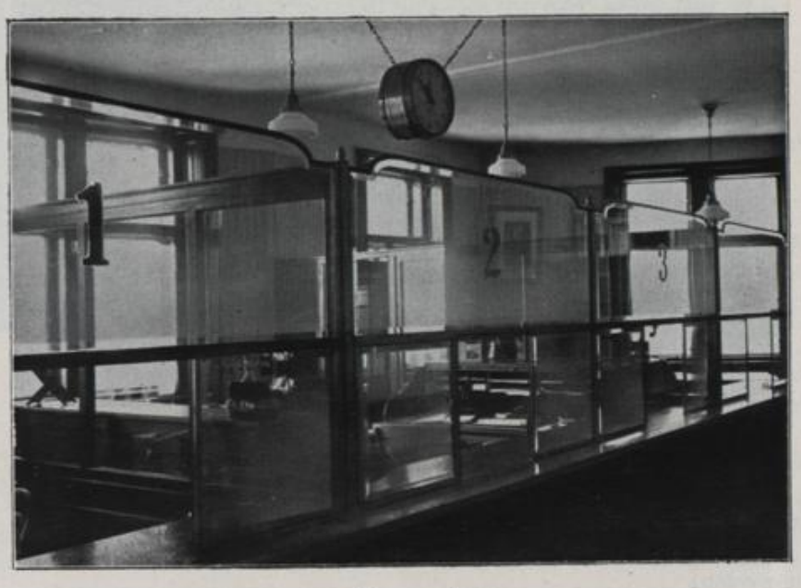
Auszahlungen vor dem 1. Jänner 1922 nicht berücksichtigt; diese vorher geleisteten Schadenzahlungen waren nämlich größtenteils in Kronen berechnet und betreffen nicht das neue Wien.

Die Versicherten der städtischen Anstalt.

Die stetig wachsende Zahl der Versicherungsnehmer, welche sich vertrauensvoll der von der Gemeinde Wien geführten Versicherungsanstalt zuwenden, umfaßt Einzel-Personen, Vereine, Körperschaften, Unternehmungen jeder Art, aus allen Bundesländern der Republik, aus allen Schichten der Bevölkerung. Als Resultat wiederholter Befragung von Versicherungsnehmern und, um ihren Mitarbeitern genaue Weisung dafür zu geben, was sie den Parteien zu sagen haben, hat die Anstalt das folgende Flugblatt herausgegeben:

Die Städtische Versicherungsanstalt ist ein heimisches, im Jahre 1898 gegründetes Unternehmen.

Die Anstalt ist ein wechselseitiges Institut, das nicht auf Gewinn gerichtet ist. Sie ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das alle etwaigen Gebarungsüberschüsse satzungsgemäß zur Gänze den Versicherten gutbringt. Weder die Gemeinde Wien noch irgendwelche Aktionäre nehmen an allfälligen Gewinnen teil.



Kassensaal

Die Anstalt steht in ihrer Gebarung unter der steten und strengen Kontrolle öffentlicher Gemeindefunktionäre aller politischen Parteien. Sie bietet daher höchste Sicherheit.

Sie ist nach streng kaufmännischen Grundsätzen geleitet und arbeitet darum mit geringstem Kostenaufwand.

Sie bietet Versicherungsschutz in allen gesetzlich gestatteten Versicherungszweigen, weshalb die Parteien ihre sämtlichen Versicherungen der „Städtischen" übertragen können, um nur mit einem Unternehmen zu verkehren.

Bei der Erledigung von Schadensfällen wird ausschließlich das Interesse der Versicherten berücksichtigt. Weder die Gemeinde Wien noch irgendwelche Aktionäre haben ein Interesse daran, daß bei den Schadenserledigungen Geld erspart werde.

Die Gemeinde Wien-Städtische Versicherungsanstalt berechnet in der Regel die billigsten Prämiensätze.

Wie aus dem folgenden Kapitel hervorgehen wird, zählen zu den bei der kommunalen Versicherungsanstalt Verträge abschließenden Versicherungsnehmern auch viele Gemeinden, eine Erscheinung, welche in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert ist. Die Gemeinde Wien selbst ist ein Versicherter der städtischen Anstalt.

Das Problem, wie sich Gemeinden zur Frage der Versicherungsnahme überhaupt zu stellen haben, ist oft erörtert und noch nicht einheitlich gelöst worden; im Deutschen Reiche, das im Gegensatz zu uns über eine beträchtliche Anzahl sehr großer Gemeinden verfügt, wurde dieses Thema besonders viel besprochen. In „Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie" (Jena 1922), in der „Kommunalen Praxis" (Berlin 1912), in der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik" (Berlin), in den „Mitteilungen für öffentliche Feuerversicherungs-Anstalten" (Kiel 1914, Nr. 1) und an anderen Orten

wurde sehr oft die Frage gestellt, ob eine Gemeinde ihr Eigentum und das von ihr verwaltete bewegliche oder unbewegliche Gut versichern soll und wie dies zu geschehen habe; die meisten Autoren kommen zu dem Schlusse, daß für die einzelne Gemeinde kein Grund vorliege, die durch unglückliche Zufälle entstehenden Schäden und Verluste selbst zu tragen, es demnach zweckmäßig sei, wo ein geeigneter Versicherer vorhanden ist, bei ihm Schadensversicherungen jeder Art aus den Mitteln der Gemeinde zu bestellen.

Die Mittel, verhältnismäßig geringe Jahreszahlungen an eine verläßliche Versicherungsanstalt zu leisten, bringt jede Gemeinde leicht auf; diese Beträge sind ja alljährlich fast gleichbleibend und verhältnismäßig gering im Verhältnis zu einem Geldverluste, den die Gemeinde erleiden muß, wenn ein nicht versicherter Schaden, sei es ein Gebäudebrand, ein Unfall der Angestellten, ein Einbruch, ein haftpflichtiger Vorfall eintritt. Die jährlich zu zahlende Prämie läßt sich leicht im Gemeindebudget unterbringen, für die unerwartet eintretenden und nicht versicherten Schäden dagegen fehlt eine normale budgetäre Bedeckung; die jährlichen Prämienzahlungen an eine Versicherungsanstalt sind von vornherein leicht festzustellen und übersichtlich, während ein unübersehbarer Schaden jedes Gemeindebudget dauernd aus dem Gleichgewicht bringen kann. Auch die sehr häufigen kleinen Schäden, wie Dippelbaum- und



Parteien-Empfangsraum

Dachbrände an Gemeindehäusern, Bruch von Maschinen in Elektrizitätswerken, hauptsächlich aber die kleinen Haftpflichtfälle, sind für jede Gemeinde eine Quelle steter Nachtragskredite, deren Anforderung bei den verschiedenen Verwaltungskörpern den normalen Gang des Betriebes überaus hemmt. Von einer Selbstversicherung auch nur dieser kleinen Schäden muß entschieden abgeraten werden; denn eine solche Selbstversicherung erfordert unbedingt die Anlage von Reservesummen, die weit höher sind als die für eine Abwälzung des Risikos auf einen Versicherer notwendigen Prämienzahlungen. Und wie schwer ist es, im vorhinein auch nur annähernd den Umfang eines Schadens zu bemessen, der beispielsweise in einem Haftpflichtfalle entstehen kann. Ob nun auf einer Straße oder Brücke, deren Instandhaltung der Gemeinde obliegt, oder in einem Elektrizitäts- oder Gaswerke der Gemeinde, in einem Kranken- oder Versorgungshaus, bei einem landwirtschaftlichen Betrieb, auf einem Bade- oder Sportplatz der Gemeinde irgendein Unfall vorkommt, es dauert oft jahrelang, ehe die Frage der Haftungspflicht dem Grunde oder dem Umfange nach gerichtlich festgestellt, der Schaden auf die mitbeteiligten Faktoren aufgeteilt ist; schon der Umstand allein, daß die Haftpflichtversicherung der Gemeinde auch die Kosten des Gerichtsverfahrens (zum Beispiel auch bei Armenrechtsklagen) ersetzt, macht es notwendig und vorteilhaft, daß die Gemeinde eine Versicherung gegen solche Schäden abschließe. Schon deshalb folgen die meisten Gemeinden dem Beispiele der Stadt Wien, die regelmäßig alle Schadengefahren durch Versicherung bei der Städtischen Versicherungsanstalt zweckmäßig so aufteilt, daß an jedem Schadenereignis die Anstalt und

deren Rückversicherer beteiligt sind und die Gemeinde kaum einen geringfügigen Verlust erleiden kann. Der von der Gemeinde Wien errichtete Versicherungsbetrieb dürfte demnach auch für alle anderen Gemeinden Österreichs der denkbar beste Vesicherungsträger sein, zumal er in Österreich der einzige nach gemeinnützigen Grundsätzen tätige Versicherungsbetrieb ist, der unter der Kontrolle von Gemeindefunktionären steht. Daß der Wiener städtische Versicherungsbetrieb von österreichischen Gemeinden, Vereinen und Unternehmungen wegen der besonders raschen und kulanten Schadensregulierung gern anerkannt wird, soll durch einige Auszüge aus den Schadensakten hier nur angedeutet werden:

Ein Brief der Gemeinde Salzburg:

An die Landesstelle Salzburg der Gemeinde Wien — Städtische Versicherungsanstalt, Salzburg.

Sie haben den am 22. September 1924 am städtischen Kurhaus durch Blitzschlag verursachten Schaden in derart kulanter Weise erledigt, daß wir uns veranlaßt sehen, Ihnen den besten Dank auszusprechen und Ihre Anstalt wärmstens zu empfehlen.

Stadtmagistrat Salzburg, der Bürgermeisterstellvertreter:
Dobler



Bild der äußeren Brandschäden an einem Gebäude der Gemeinde Wien

Von der Gemeinde Knittelfeld:

An die Landesstelle Steiermark in Graz.

Anläßlich des Brandschadens, von welchem eine der städtischen Liegenschaften am 15. Juni betroffen wurde, haben Sie die Liquidierung des Schadensbetrages derart kulant und raschest durchgeführt, daß wir uns veranlaßt sehen, Ihnen hiefür unseren verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Wir werden jede Gelegenheit wahrnehmen, Ihre Anstalt nicht nur den Gemeinden, sondern auch Privatparteien für den Abschluß von Versicherungen zu empfehlen.

Knittelfeld, am 28. Juni 1926.

Stadtgemeinde Knittelfeld:
Der Bürgermeister Regner

Von der Gemeinde Zeltweg:

An die Landesstelle Steiermark der Städtischen Versicherungsanstalt, Graz.

Anläßlich der kulanten und raschen Liquidierung unseres Gebäudeschadens, der sich im Februar l. J. ereignet hat, sprechen wir Ihnen unseren Dank aus und werden wir uns bei Bedarf stets Ihrer Anstalt erinnern.

Gemeindeamt Zeltweg, der Bürgermeister

Von der Gemeinde Mürzzuschlag:

An die Landesstelle Graz der Städtischen Versicherungsanstalt, Graz.

Die gefertigte Stadtgemeinde erklärt sich mit der Vergütung des gehabten Brandschadens einverstanden und anerkennt die rasche und zufriedenstellende Ordnung dieser Angelegenheit durch die dortige Anstalt.

Stadtgemeinde Mürzzuschlag:
Der Bürgermeister Preprost

Aus den Kreisen der Mietervereinigungen:

Wir erlauben uns, dem Leiter der Versicherungsstelle der Mietervereinigung Österreichs für sein korrektes, fachmännisches Gutachten über den Brandschaden, den wir am 29. September erlitten, den besten Dank auszusprechen. Durch die rasche Intervention der Schutzstelle sind wir schon heute in der angenehmen Lage, über den Entschädigungsbetrag zu verfügen, welcher uns von der Städtischen Versicherungsanstalt übermittelt wurde. Allen Mieterorganisationen empfehlen wir, von der überaus billigen Versicherung Gebrauch zu machen, damit jeder sein Heim gegen etwaige Unglücksfälle sichern könne.

Familie Julius Sklenar, Wien, XII.

Aus Lehrerkreisen:

Brief an unsere Haftpflichtversicherungsabteilung:

In Erwiderung Ihres geschätzten Schreibens vom 12. d. M. anerkenne ich, daß das Entgegenkommen der Anstalt ein geradezu unglaublich weitgehendes ist, woraus ich für mich die Verpflichtung ableite, den Interessen der Anstalt zu dienen, soweit es in meinen Kräften steht. Zunächst meinen verbindlichsten Dank für die tatkräftige Unterstützung.

Bürgerschuldirektor Sladek, Stein a d. Donau.

Aus Industriekreisen:

Mit Gegenwärtigem möchte ich mir erlauben, der Gemeinde Wien — Städtische Versicherungsanstalt sowohl in meinem als auch im Namen der Firma Josef Nindl, Scharlinz, den verbindlichsten Dank auszusprechen für das Entgegenkommen und für die Kulanz, die Sie mir bewiesen haben durch die prompte Auszahlung des anläßlich meines Fabriksbrandes entstandenen Schadens . . . Ich werde bestimmt nicht verfehlen, Ihr Unternehmen in jenen in Betracht kommenden Kreisen wärmstens zu empfehlen, mit denen ich in Berührung komme.

Dr. Oskar Lipburger,
Fabrikation chemischer Produkte

Kleinmünchen bei Linz, 5. August 1925.



Brandschäden im Kloster Jacquingasse, Wien, III.

Aus Sportkreisen:

Der Sportverein Kufstein spricht hiemit anläßlich der äußerst kulanten und raschen Liquidierung der Unfallschäden unserer Mitglieder der Städtischen Versicherungsanstalt der Gemeinde Wien, Landesstelle für Tirol in Innsbruck, Bürgerstraße 5, den besten Dank aus. Speziell heben wir hervor, daß die genannte Anstalt in einem Falle trotz verspäteter Anmeldung des Schadens die Vergütung in entgegenkommendster Weise leistete.

Sportverein Kufstein

Der Schrebergarten- und Kleintierzuchtverein „Sandleiten" schrieb:

An die Städtische Versicherungsanstalt, Wien.

Anläßlich des am 1. März ausgebrochenen Brandes, dem das Vereinsheim obigen Vereines vollständig zum Opfer fiel, erlaubt sich die gefertigte Leitung für die rasche und glatte Erledigung der Verhandlungen betreffs Bezahlung der Versicherungssumme Ihnen für das außerordentliche Entgegenkommen bestens zu danken und zeichnet usw.

Der Schriftführer Kollmann — Der Obmann Franz Gretz

Aus den Kreisen der Wiener Versicherten:

Von der „Kongregation der Töchter der göttlichen Liebe" in Wien, III., Jacquingasse:

Mit Dank bestätige ich den Empfang von 42.562 S, welche ich am heutigen Tage als Brandschadenersatz erhalten habe.

Es ist mir Bedürfnis, Euer Hochwohlgeboren gleichzeitig meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen für das große Entgegenkommen, mit dem Sie bei Erfüllung Ihrer Pflicht unserer schweren Lage Rechnung getragen haben.

Mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung und tiefer Dankbarkeit

Sr. M. Kostka Bauer, Generaloberin

Nicht nur in allen Zweigen der Schadens- und Lebensversicherung konnte die Städtische Anstalt des neuen Wien die Zufriedenheit ihrer Versicherten erzielen. Selbst bei den aus der Vorkriegszeit stammenden kleinen Leibrenten-Versicherungen war es ihr schon vor Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes möglich, Hilfsbereitschaft und Entgegenkommen zu zeigen: in der Gemeinderatssitzung vom 30. Oktober 1925 konnte der Berichterstatter erklären:

„Obwohl bisher in dieser Richtung von keinem anderen Institut in dieser Weise und in diesem Umfang etwas unternommen wurde, hat der Verwaltungsausschuß der Städtischen Versicherungsanstalt in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, neuerdings 500 Millionen Kronen für die ältesten Leibrentenversicherten der Anstalt auszuwerfen, welcher Betrag auf Grund der Berichte der Fürsorgeinstitute an die einzelnen Leibrentenversicherten ausgefolgt werden wird. Die Städtische Versicherungsanstalt hat zweifellos ein bedeutendes Opfer gebracht, das weit über das der anderen öffentlichen Körperschaften hinausgeht."

Urteile der Fachpresse über die Anstalt.

In der Vorkriegszeit, solange die städtische Anstalt sich lediglich auf einen einzigen Betriebszweig — die Lebens- und Rentenversicherung — beschränkte und keinerlei umfassende Propaganda durchführen mußte, hat sich die öffentliche Meinung verhältnismäßig wenig mit dem Betrieb beschäftigt. Seitdem sie so ziemlich sämtliche Schadensversicherungszweige führt und dem Anstaltsbetrieb einen früher nicht



Bild der inneren Verwüstungen
nach dem Brande in einem Fabriksmietgebäude der Gemeinde Wien

geahnten Wirkungskreis in allen Bundesländern Österreichs verschaffen konnte, befaßt man sich immer mehr mit ihren Arbeiten, zumal sie als reine Wettbewerbsanstalt, vom Grundsatz der Gegenseitigkeit nicht abweichend, den Wettbewerb mit den Versicherungsaktiengesellschaften nicht scheut und nicht zu scheuen hat. Namentlich, so oft ein Jahresbericht der Anstalt veröffentlicht wird, äußert auch die Presse des volkswirtschaftlichen Gebietes offen ihre Meinung und so wollen wir hier einige kurze Zitate aus den Besprechungen wiedergeben:

Das Fachblatt „Die Versicherung" sagt unter anderem:

„Außer dem beneidenswerten Ergebnis des Feuergeschäftes fallen die guten Erfolge der Einbruch- und der Glasversicherung sowie der diversen kleinen Sparten ins Auge. Auch Unfall schneidet nicht übel ab, außergewöhnlich günstig aber die Haftpflichtbranche, die übrigens zugleich als Beispiel für den Vorteil der öffentlich-rechtlichen Stellung der ‚Städtischen' dienen kann. Die Außenstände bei den Agenturen und Filialen, die fast doppelt so hoch sind wie die diversen Kreditoren oder zwei Drittel der verfügbaren Gelder, weisen auf eine rege Neuproduktion hin, desgleichen die ungemeine Liquidität der Anstalt, die 40 Prozent der Bilanzsumme nahekommt."

Ein anderes Blatt, und zwar der „Österreichische Volkswirt", meint hingegen, „bloß die relativ sehr hohen Außenstände bei Agenturen und Filialen wären als ein Schönheitsfehler anzumerken"; das Blatt berücksichtigt hiebei eben nicht die aus dem Bericht allerdings nicht ersichtliche, zufällig eingetretene und ständig wiederkehrende Erscheinung, daß ein sehr großer Teil der Prämienfälligkeiten bei der Anstalt auf den letzten Teil des Jahres entfällt und am 31. Dezember eben nur als Außenstand ausgewiesen werden kann. Dann fährt der „Volkswirt" fort:

„Die Städtische ist eine öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalt ohne die Privilegien der meisten deutschen öffentlich-rechtlichen Anstalten. Sie ist eine reine Wettbewerbsanstalt inmitten der Privatwirtschaft, und die Unterstützung, die sie seitens der Gemeinde genießt, ist nicht gesetzlicher, sondern tatsächlicher Natur. Worin liegt nun die Existenzberechtigung solcher öffentlichen Anstalten, wie es eigentlich alle unsere Landesanstalten sind? Grundsätzlich wohl darin, daß sie ein Gegengewicht gegen kartellmäßige Verabredungen der Privatanstalten bilden und sozial gemeinnützig wirken."

Ein Linzer Blatt äußerte sich erst vor kurzem anläßlich der großen Ausstellung in Linz wie folgt:

„Die Versicherungsanstalt hat ebenso wie die Zentralsparkasse Wiens in den letzten Jahren einen beispiellosen Aufschwung genommen. Man versteht ja den Grund. Inmitten der schmutzigen Flut von Korruption die reellen Geschäftsinstitute einer großen Gemeinde als einzig ruhender Pol! Sie haben sich rein erhalten in den wüsten Zeiten der Spekulation und des Schiebertums, sie haben sich des Vertrauens der Bevölkerung für würdig erwiesen und haben nun dieses Vertrauen!"

Eine Zeitung in Steyr schrieb anläßlich der Errichtung einer Filiale in diesem Orte:

„Bisher war es auf dem Gebiete der Assekuranz in unserem Bezirke tatsächlich schlecht bestellt. Unsere heimische Bevölkerung ist meist von Reiseagenten aufgesucht worden, die sich oft als nicht recht verläßlich erwiesen haben und



Dachstuhlbrand im Hotel „Hietzinger Hof"

für die verschiedensten, meist ausländischen Aktionären gehörenden Gesellschaften tätig waren. Eine Verantwortung für das, was die hier unbekannten Assekuranzreisenden versprochen haben, konnte niemand übernehmen. Man mußte sich ohne Kontrolle darauf verlassen, was sie einem über die Qualität und die Leistungen ihrer Gesellschaft erzählten, und wurde meist erst im Schadenfall, also durch Schaden, klüger. Die Wiener Städtische Versicherungsanstalt dagegen will den Versicherungsbetrieb für Steyr und Umgebung durch hier heimische Mitarbeiter führen. Da ferner der Verwaltungsausschuß der „Städtischen Versicherungsanstalt" aus dem Gemeinderat der Stadt Wien durch öffentliche Funktionäre gebildet wird, da die Wiener Gemeinde die Leitung der Anstalt und einen eigenen Überwachungsausschuß beistellt, die gesamte Geschäftsgebarung prüft und anordnet, konnte tatsächlich keine bessere Wahl der für Steyr und Umgebung fortan allein in Betracht kommenden Versicherungsanstalt getroffen werden."

Die „Spar- und Renten-Zeitung" schließt ihren Bericht mit den Worten:

„Im übrigen sind die Garantiemittel der Anstalt eine Grundlage, auf der sie nicht bloß das Schadengeschäft im gesamten Bundesgebiet mit Erfolg vergrößern, sondern auch die Lebensversicherung, in der sie durch eine kluge Haltung gegenüber notleidenden Rentnern und durch originelle Werbung auch im Kleingeschäft Sympathien zu gewinnen verstanden hat, nach Maßgabe der allgemeinen wirtschaftlichen Besserung ausgestalten kann."

Die „Neue Wirtschaft" anerkennt in ähnlichem Sinne die Leistungen der Anstalt; ebenso das in englischer Sprache erschienene Sonderblatt „Made in Austria".

Im großen und ganzen können wir also feststellen, daß die Presse über den Betrieb objektiv und mehr oder weniger anerkennend urteilt — wie schon die wenigen hier zitierten Beispiele zeigen — ein Fortschritt, den man mit Genugtuung verzeichnen kann.

Die Anstalt im geschäftlichen Wettbewerb.

Die Anstalt hat für den Wettbewerb im Versicherungsgeschäfte einen Stab von Mitarbeitern herangezogen, welche den an sie gestellten Forderungen in der Regel durchaus gerecht werden. In immer wiederholten Instruktionskursen werden Mitarbeiter fachlich ausgebildet, durch die monatlich erscheinenden „Mitteilungen" werden sie von allen Neueinführungen verständigt, durch sachliche Führung in ihrer Arbeit unterstützt, durch Preisausschreiben zu besonderem Eifer angeregt und stets zu durchaus einwandfreiem Verhalten gegen die Parteien und gegen die Anstalt verhalten. Ein kurzes Zitat aus der Nr. 6 der „Mitteilungen" (November 1925) möge jenen Geist andeuten, in welchem die Heranbildung der Versicherungsvertreter bei der Anstalt erfolgt; es heißt dort unter anderem:



Nach einem Brande im Lainzer Tiergarten

„Äußerste Zuverlässigkeit ist unbedingtes Gebot.

Nichts ist unzweckmäßiger und so verfehlt wie die Absicht, durch irgendwelche unhaltbare Versprechungen, durch nachlässige, verschleierte Angaben, durch Verschweigen wichtiger Umstände oder durch ähnliche unwürdige Mittel Parteien zur Unterschrift von Anträgen veranlassen zu wollen. Nicht nur, daß solche „Abschlüsse" bei der Präsentierung der Polizze scheitern müssen, ist auch zu bedenken, daß die betroffene Partei für lange Zeit dem Versicherungsgedanken verfeindet wird; anstatt einen ihn weiter empfehlenden Freund zu finden, hat der Vertreter, der unklug handelte, sich und der Sache mehr als einen Gegner geschaffen! Zuverlässigkeit und Rechtlichkeit sind dagegen die besten Hilfskräfte des Versicherungsvertreters."

Im Gegensatz zu ihren eigenen Tendenzen hat die Anstalt jedoch sehr oft ernsten Grund, darüber zu klagen, daß nicht auch die Vertreter und leitenden Funktionäre der mit ihr konkurrierenden Aktiengesellschaften und wechselseitigen Anstalten den Wettbewerb zu läutern trachten. Wie eigenartig sich die Konkurrenzverhältnisse manchmal gestalten, möge ein einziges Beispiel von vielen, die wörtliche Wiedergabe des Urteils eines Tiroler Gerichtes, zeigen:

Das Bezirksgericht R. hat in der Rechtssache der „Städtischen Versicherungsanstalt" gegen Herrn J. F. in E. den Standpunkt der „Städtischen" richtig befunden und dem zu deren Gunsten erflossenen Urteil Entscheidungsgründe beigefügt, welche wir wörtlich wiedergeben.

Entscheidungsgründe:

„Die Klägerin verlangte vom Beklagten Zahlung der rückständigen Feuerversicherungsprämie. Der Beklagte beantragt kostenpflichtige Klageabweisung und behauptet, der Versicherungsvertrag sei nicht verbindlich, da bei der Antragstellung dem Beklagten die Versicherungsbedingungen nicht übergeben

worden seien. Der ganze Vertrag sei übrigens deshalb ungültig, weil der Versicherungsagent sich den Anschein gab, er sei Vertreter der „Tiroler Landesbrandschadenversicherungsanstalt" und habe Beklagter bloß mit dieser einen Versicherungsvertrag abschließen wollen.

Auf Grund der Verhandlungsergebnisse ist das Gericht zur Überzeugung gelangt, daß der zwischen den Parteien abgeschlossene Versicherungsvertrag rechtsgültig sei. Um den Fall richtig beurteilen zu können, muß vor allem darauf verwiesen werden, daß es dem Beklagten nie eingefallen wäre, den Vertrag anzufechten. Dies beweist auch der Umstand, daß er die erste Versicherungsprämie anstandslos bezahlte; erst durch den Agenten der Tiroler Landesbrandschadenversicherungsanstalt ist der Beklagte veranlaßt worden, die weiteren Prämien nicht mehr zu bezahlen und es auf den Prozeß ankommen zu lassen; wie auch aus anderen derartigen Prozessen bekannt ist, trifft den Beklagten keinerlei Risiko, da die Prozeßkosten stets die Tiroler Landesbrandschadenversicherungsanstalt auf sich nimmt; es handelt sich daher letzten Endes um einen Konkurrenzstreit zwischen der letztgenannten Anstalt und der Klägerin.

Beim Abschluß des Versicherungsvertrages war außer dem Agenten Zeugen Franz G. niemand zugegen; daß sich derselbe dem Beklagten gegenüber als Agent und Vertreter der Tiroler Landesbrandschadenversicherungsanstalt ausgegeben hätte, konnte nicht bewiesen werden. G. bezeichnete sich als Vertreter der „Landesstelle Innsbruck", da die Klägerin eine Filiale in Innsbruck hat, die Landesstelle Innsbruck heißt.

Der Beklagte hat den Versicherungsantrag eigenhändig unterschrieben und trägt derselbe auf der ersten Seite oben den mit großen Buchstaben deutlich gedruckten Aufdruck: „Gemeinde Wien — Städtische Versicherungsanstalt"; der Antrag wurde am 17. September 1923 unterfertigt und bereits am 6. Oktober 1923 erhielt der Beklagte vom Zeugen G. die Polizze überreicht; bei diesem Anlaß zahlte Beklagter anstandslos und ohne irgendwelche Einwendungen zu machen die erste Versicherungsprämie aus. Auch die Polizze trägt mit großen Buchstaben die Aufschrift: „Gemeinde Wien — Städtische Versicherungsanstalt" und noch an mehreren Stellen die genaue Bezeichnung der Klägerin!

Nach diesen Beweisergebnissen kann nicht davon gesprochen werden, daß der Agent G. den Beklagten durch falsche Angaben über wesentliche Umstände zur Eingehung des Versicherungsvertrages verleitet hätte; alle für den Vertrag wesentlichen Umstände kannte und mußte der Beklagte aus dem Versicherungsvertrag und aus der Polizze ersehen; es hieße alle Grundsätze des redlichen Verkehrs ausschalten oder es wäre ganz gegen Treu und Glauben im Verkehr, wollte man bei dieser Sachlage von einer Ungültigkeit des Versicherungsvertrages sprechen.

Wenn der Beklagte die ihm vorgelegte Urkunde angeblich nicht gelesen hat, so ist dies seine Schuld und er kann sich daher nach anderthalb Jahren nicht mehr darauf berufen, er sei über die Versicherungsanstalt im unklaren, beziehungsweise im Irrtum gewesen. Wenn die Beklagtenseite weiter behauptet, daß dem Beklagten bei der Antragstellung die Versicherungsbedingungen nicht übergeben worden seien, so kann dieser Einwendung keine rechtliche Bedeutung mehr zukommen; unverbindlich wäre diesfalls bloß der Antrag. Durch die unbeanstandete Übernahme der Polizze seitens des Beklagten ist aber der Versicherungsvertrag trotzdem zustande gekommen. Es war daher dem Klagebegehren Folge zu geben." — — —



Modell des Brunnens

Um den Mitarbeitern die Werbetätigkeit in allen Kreisen der Bevölkerung zu erleichtern und die Anstalt überall bekannt zu machen, wo immer eines ihrer Organe Versicherungsabschlüsse empfehlen will, betreibt sie systematisch eine umfassende, zeitgemäße Reklame und Propaganda. Neben ausführlichen illustrierten Prospektbüchern, neben der in diesen Zeilen wiederholt erwähnten Monats-Zeitschrift, erscheinen regelmäßige Ankündigungen der Anstalt, und zwar in den gelesensten Zeitschriften, in

Kalendern, Programmen und ähnlichen Druckschriften, Plakate in Straßenbahnen usw. Die Anstalt widmet ihren Parteien alljährlich wertvolles Kalendermaterial, führt — mit gutem Uhrwerk versehene — Heimsparkassen ein, hat für die Perrons der Wiener Stadtbahn künstlerisch ausgeführte Kolossalgemälde bestellt, widmet zur Verschönerung und Belebung des Stadtbildes einen vor dem Anstaltsgebäude aufgestellten Brunnen und trägt durch all diese Maßnahmen zur Popularität des Betriebes, zur Hebung des Umsatzes, zur Beschäftigung österreichischer Künstler, österreichischer Gewerbetreibenden bei.

Die vorstehenden Ausführungen beanspruchen lediglich, als Bericht über einzelne Streifzüge auf dem immer größer werdenden Tätigkeitsgebiete der Städtischen Versicherungsanstalt gewertet zu werden. Eine genauere Kenntnis aller Einzelheiten des Betriebes kann nur aus dem Studium der Satzungen und Polizzen-Bedingungen, aus der Prüfung der Verwaltungsberichte, aus der Durchsicht der wichtigsten Bücher und Schriftstücke, Drucksorten und Tarife der Anstalt, aus aktenmäßigen Erhebungen gewonnen werden. Jedenfalls berechtigen die Ergebnisse der Anstalt zu der Feststellung, daß die Entwicklung, welche dem städtischen Versicherungsbetrieb durch dessen oberste Leitung im neuen Wien ermöglicht wurde, durchaus günstig und allgemein anerkannt ist.

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

Dr. Anton Schwarz, Direktor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

Bis zum Jahre 1907 bestanden in Wien neben der im Jahre 1819 als Vereinssparkasse gegründeten Ersten Österreichischen Sparkasse und der Neuen Wiener Sparkasse, einem Tochterinstitut der Boden-Credit-Anstalt, als einzige Gemeindesparkassen die fünf Wiener Kommunalsparkassen in den Bezirken Rudolfsheim (1881), Hernals (1890), Währing (1884), Döbling (1884) und Floridsdorf (1881). Diese Anstalten waren von den ehemaligen Vorortegemeinden Sechshaus, Hernals, Währing, Döbling und Floridsdorf in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegründet und nach der Einverleibung der Vororte in den Wiener Gemeindeverband als selbständige Sparkassen mit autonomer Verwaltung weitergeführt worden, deren Verbindung mit der Gemeinde Wien lediglich darin bestand, daß dem Bürgermeister der Stadt Wien alle Rechte der seinerzeitigen Vorortebürgermeister, so insbesondere der Vorsitz in den Sparkassendirektions- und Ausschußsitzungen und gewisse Aufsichts- und Kontrollbefugnisse statutenmäßig eingeräumt wurden, wofür die Stadt Wien die volle Haftung für die Einlagen der fünf Kommunalsparkassen übernahm. Eine weitere Eingliederung in den Verwaltungsorganismus der Stadt Wien, vor allem die Behandlung als Gemeindeanstalten, wurde von den Sparkassendirektionen aus lokalpatriotischen Gründen abgelehnt.

Die Kommunalsparkassen blieben daher vollkommen autonome Gebilde, die untereinander nur in loser Verbindung standen und nicht einmal einen Giro- und Überweisungsverkehr mit ihren Schwesterinstituten unterhielten. Sogar die Festsetzung der Konditionen im Einlagen- und Hypothekargeschäft erfolgte nicht einheitlich, sondern blieb vollständig den einzelnen Direktionen überlassen, so daß es zuweilen geschehen konnte, daß sich die städtischen Sparkassen untereinander konkurrenzierten.

Die damalige Gemeindeverwaltung, die zur Zeit der Einverleibung der Vororte im Wiener Stadtparlament regierte, vermochte diese Widerstände nicht zu überwinden. So wurde einem Vizebürgermeister der Stadt Wien, als er sich in die Kommunalsparkasse Rudolfsheim begeben hatte, um dort die Übernahme der Anstalt in den Gemeindebesitz durchzuführen, der Zutritt zu den Kassen verweigert, der Gemeinde Wien jede Berechtigung zu einer Verfügung über die Sparkasse abgesprochen und für den Fall weiterer Zentralisierungsmaßnahmen mit der Auflösung der Sparkasse gedroht. Aber auch als sich in den neunziger Jahren eine durchgreifende Änderung in der Zusammensetzung der Wiener Gemeindeverwaltung vollzog, konnte der neue Gemeinderat, der den Sparkassendirektionen politisch sehr nahe stand, nicht an eine Zusammenfassung der städtischen Sparkassen schreiten, da die lokalpatriotischen Bedenken der Sparkassendirektionen mit der steigenden Entwicklung ihrer Anstalten noch zunahmen. Bürgermeister Dr. Karl Lueger faßte daher die Idee, als vorbereitenden Schritt zur Zentralisierung der städtischen Sparkassen als künftigen Kristallisationspunkt ein zentral gelegenes städtisches Sparinstitut zu schaffen: die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Nach Überwindung zahlreicher interner Widerstände gelang es, diese Idee des Bürgermeisters Ende 1905 durchzusetzen. Der Gemeinderat beschloß die Gründung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Im November 1906 wurden die Vorarbeiten begonnen, um die Anstalt im ehemaligen Magistratssitzungssaale des Alten Rathauses, I., Wipplingerstraße 8, eröffnen zu können. Am 2. Jänner 1907 fand die feierliche Eröffnung in Anwesenheit der Spitzen der Wiener Gemeindeverwaltung statt. Die Stadt Wien hatte zur Bestreitung der Gründungsauslagen einen Gründungsfonds von 200.000 Kronen beigestellt. Bei Eröffnung der Anstalt wurden die Einlagen mit $3^1/_2$ Prozent, bloß die in der Einlagenhöhe mit 200 Kronen pro Jahr limitierten Heimsparkasseneinlagen mit 4 Prozent verzinst, der Einlagenzinsfuß mußte jedoch infolge schwachen Einlagenzuflusses ab 1. Juli 1907 auf $3^3/_4$ Prozent und ab 1. Oktober 1907 auf 4 Prozent erhöht werden. Vom 2. Jänner bis 30. September 1907 betrug der Einlagenzuwachs 7,283.516 Kronen; der Einlagenstand stieg in den letzten drei Monaten des Jahres 1907 auf 14,713.791 Kronen. Der durchschnittliche Einlagenzuwachs sämtlicher Wiener Sparkassen (Erste österreichische Sparkasse, Neue Wiener Sparkasse und fünf Kommunalsparkassen) hatte in den Jahren 1904 bis 1906 zirka 19 Millionen Kronen jährlich betragen. Während des Jahres 1907 erreichten die anderen Wiener Sparkassen, zweifellos infolge der Konkurrenz der Zentralsparkasse, insgesamt nur 1·6 Millionen Kronen Einlagenzuwachs. Der Hauptgrund für die rasche Entwicklung war die Einführung und Festhaltung der vierprozentigen Einlagenverzinsung, die bis zum 1. Jänner 1917 unverändert beibehalten wurde, die lebhafte Propaganda durch Einführung der Heimsparkassen (fast 19.000 Heimsparkassen wurden im Eröffnungsjahre

allein ausgegeben) sowie die rasche Ausbreitung des Filialnetzes. Im Herbst 1907 wurden bereits die ersten Zweiganstalten in den Bezirken Ottakring und Brigittenau eröffnet, im Herbst 1908 folgte die Zweiganstalt Leopoldstadt, 1910 Landstraße und Favoriten, 1911 Wieden, 1912 Josefstadt, 1913 Margareten und Meidling, so daß die Zentralsparkasse bei Kriegsausbruch neun Zweiganstalten besaß.

Die Veranlagung der eingelegten Gelder erfolgte vorwiegend in Hypothekardarlehen und eigenen Wertpapieren (mündelsicheren Effekten). Ende 1913 waren von dem Einlagenstande per 167,718.216 Kronen 92,550.730 Kronen (= 55·2 Prozent) in langfristigen Hypothekardarlehen, 54.075.818 Kronen (32·2 Prozent) in eigenen Effekten, 14,816.606 Kronen (8·8 Prozent) in Darlehen an öffentliche Körperschaften (Gemeinden, Bezirksstraßenausschüsse und dergleichen) veranlagt; der Rest der Einlagengelder war wie folgt veranlagt: Vorschüsse auf Wertpapiere (Lombarddarlehen) 2,520.812 Kronen, Bankakzepte 2,520.240 Kronen, Banken und Postsparkasse 3,819.652 Kronen und Bargeld 1,039.323 Kronen.

Die Kreditkonditionen der Zentralsparkasse waren ganz außerordentlich niedrig; der Zinsfuß für Hypothekardarlehen betrug bei Eröffnung der Anstalt $4^1/_4$ Prozent, erst Mitte 1912 wurde der Zinsfuß für neue Hypothekardarlehen mit $4^1/_2$ Prozent festgesetzt, während die bis dahin bereits bestehenden 80 Millionen Darlehen auch weiterhin (bis gegen Kriegsende) bei $4^1/_4$ Prozent Zinsen belassen wurden. Die außerordentlich niedrige Spannung zwischen Debet- und Kreditzinsfuß war infolge der Einhebung von Zuzählungsprovisionen (einmaligen Regiebeiträgen) für alle neu zugezählten Darlehen möglich; die Höhe dieser Provisionsbeträge war nach Lage des Geldmarktes $^1/_2$ bis $1^1/_2$ Prozent, zeitweilig sogar 2 Prozent. Der Umstand, daß die neu gegründete Anstalt über lauter junge Angestellte der unteren Gehaltsstufen verfügte und noch gar keine Pensionslasten zu tragen hatte, ermöglichte die niedrige Haltung der Regiequote; die Verwaltungsauslagen betrugen in Prozenten des Einlagenstandes im Jahre 1907 0·34 Prozent, 1908 0·25 Prozent, 1909 0·19 Prozent, 1910 0·17 Prozent, 1911 0·19 Prozent, 1912 0·22 Prozent, 1913 0·25 Prozent. Dieser niedrige Regiefaktor gab die Möglichkeit, in den ersten Jahren bedeutende Reserven anzusammeln. Nachstehende Tabelle zeigt die Debet- und Kreditzinsen und den jeweiligen Stand der Reserven:

Erträgnisse aus

Jahr	Einlagen-zinsen	Eigenen Wert-papieren	Guthaben bei Banken	Hypo-thekar-Darlehen	Darlehen an öffent-liche Körper-schaften	Effekten-vor-schüssen	Wechseln	Regie-beiträgen	Pensions-reserve	Reserve-fonds
1907	222.997	6.973	69.719	70.697	—	147.052	2.767	72.794	—	67.878
1908	1,125.257	389.951	42.742	448.072	—	358.561	25.902	143.308	—	155.477
1909	2,541.418	1,367.853	67.459	1,151.691	144.264	114.274	25.183	189.360	—	462.473
1910	3,848.172	1,537.216	40.499	1,932.668	733.966	120.732	1.712	249.888	60.000	645.666
1911	5,213.462	1,598.288	110.709	2,850.222	948.457	408.688	3.008	397.619	121.106	904.468
1912	6,320.847	1,739.998	163.137	3,565.840	644.771	713.971	277.189	349.139	121.925	—
1913	6,776.788	2,309.398	227.499	3,814.244	790.421	441.587	340.480	384.933	122.905	—

Infolge der Balkanwirren und der heraufziehenden Kriegsgefahr ergaben sich in den Jahren 1912 und 1913 bei den eigenen Wertpapieren der Anstalt derartige buchmäßige Wertminderungen, daß nicht nur die bis Ende 1911 angesammelten Reserven von 904.468 Kronen, sondern auch die ansehnlichen Gebarungsüberschüsse hievon vollständig aufgezehrt wurden und außerdem die Gemeinde Wien eine buchmäßige Haftung für Kursausfall im Gesamtausmaße von 417.192 Kronen übernehmen mußte.

In den ersten Tagen nach Ablauf des Ultimatums an Serbien und während der Mobilisierungstage hatte die Anstalt eine große Kraftprobe zu bestehen:

In der Zeit vom 25. Juli bis 3. August 1914 wurden an 15.861 Parteien Einlagen im Gesamtbetrage von 6,455.566 Kronen ausbezahlt; da die Kontizahl damals zirka 150.000 betrug, ergibt sich,

daß immerhin fast 90 Prozent aller Einleger ihre Einlagen unberührt ließen, im Verhältnis zum Einlagenstande betrugen diese Angstabhebungen bloß zirka 3·7 Prozent. Viel stärkeren Kraftproben war die Zentralsparkasse durch die Halbjahr auf Halbjahr einanderfolgenden Emissionen der Kriegsanleihen ausgesetzt. Gleich die erste österreichische Kriegsanleihe brachte im Oktober 1914 der Anstalt binnen acht Tagen einen Abfall von 40,226.154 Kronen, das ist $25^1/_3$ Prozent des damaligen Einlagenstandes. Es zeichneten bei der Zentralsparkasse 14.116 Parteien im Gesamtbetrage von Nominale 27,135.200 Kronen, der Rest wurde für Zeichnungen bei anderen Instituten abgehoben. Für eigene Rechnung subskribierte die Anstalt damals 11,200.000 Kronen. Die Entwicklung der Anstalt während des Krieges war nur mehr eine scheinbare, in Papierkronen gerechnet, zeigten sich freilich noch immer sehr ansehnliche Einlagenzunahmen; Ende 1916 war die Geldflüssigkeit sogar so groß, daß der Einlagenzinsfuß auf $3^3/_4$ Prozent herabgesetzt werden mußte, — jedoch ergibt sich aus den am Fuße angeführten Tabellen, daß der Einlagenstand in Goldkronen umgerechnet unaufhaltsam zurückging. Die Veranlagung im Hypothekargeschäft stagnierte infolge des Aufhörens jeder Bautätigkeit, nur die Emission der Kriegsanleihen blieb als einziges größeres Betätigungsgebiet. Die Scheinblüte der Anstalt während dieser Zeit zeigt folgende Tabelle:

Erträgnisse aus:

Jahr	Einlagen-zinsen	Hyp.-Darlehen	Öff. Körper-schaften	Eig. Wert-papieren	Guth. bei Banken	Effekten-Vorschüssen	Wechsel-Zinsen	Allg. und Spezialres.	Pensions-reserve
1914	7,035.995	4,086.708	759.679	2,870.021	279.120	203.359	110.064	—	123.267
1915	6,696.611	4,167.823	619.064	3,816.992	536.791	159.679	85.015	—	194.472
1916	7,775.808	4,158.086	588.106	4,314.269	825.804	408.033	84.250	845.811	407.276
1917	8,714.414	4,217.224	581.496	4,823.571	1,556.270	1,198.699	38.301	2,651.130	638.938
1918	10.814.230	4,227.349	574.439	5,593.446	1,928.235	2,843.528	—	4,757.500	1,019.942

Die Schwierigkeiten der Geschäftsabwicklung wurden durch den Mangel an Personal noch vermehrt. Bei Kriegsbeginn rückten fast 50 Prozent aller Angestellten zur Kriegsdienstleistung ein; der Ersatz bestand in ungeschulten Hilfsbeamten (Diurnisten) und Beamtinnen. Da das Personal der Anstalt durchwegs aus 20- bis 30jährigen Angestellten zusammengesetzt war, wurden im Laufe der Kriegsjahre im Wege der Musterung jahraus, jahrein eingearbeitete Beamte abgezogen, so daß gegen Kriegsende die Abteilungen und Zweiganstalten durchschnittlich 60 Prozent, ja manche sogar über 80 Prozent ihres Personales in Hilfskräften zugeteilt hatten.

Von Ende 1918 an vollzog sich der Rückgang im Goldkronen-Einlagenstande ganz außerordentlich rasch. Aus der Tabelle auf Seite 165 geht hervor, daß sich der Einlagenstand vom 31. Dezember 1918 bis zum 31. Dezember 1919 auf weniger als $^1/_{16}$ reduzierte; das Jahr 1920 brachte eine leichte Steigerung, dagegen sanken die Einlagen im Jahre 1921 auf nahezu $^1/_{10}$ des Vorjahres und blieben im Jahre 1922 fast unverändert. Den tiefsten Stand zeigt der 31. Dezember 1921 mit 630.034 Goldkronen, den kleinsten Einlagenstand seit Entstehen der Anstalt. Dabei war die Geldflüssigkeit in Papierkronen sehr groß, so daß der Einlagenzinsfuß vorübergehend sogar auf $3^1/_4$ Prozent herabgesetzt werden mußte. Der Stand der Hypothekardarlehen, der schon während des Krieges von Jahr zu Jahr gesunken war, verringerte sich jetzt sprunghaft; von 1918 auf 1919 auf $^1/_{15}$, von 1920 auf 1921 auf $^1/_{25}$ des Vorjahrstandes. Ende 1922 war mit 9304 Goldkronen der tiefste Stand erreicht. Der Regiefaktor, der sich schon während des Krieges infolge des riesigen Anwachsens der Personallasten sehr ungünstig gestaltet hatte, wuchs in katastrophaler Weise an und zwang die Anstalt, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Transferierung der überschüssig gewordenen Angestellten zum Wiener Magistrate eine Erleichterung der Personalregien herbeizuführen.

Mit Beendigung der Inflation setzte die Aufwärtsbewegung im Einlagenstande sofort ein. Seit Ende 1922 hat der Einlagenstand Monat für Monat zugenommen und zeigt sogar eine noch raschere Entwicklung als in den ersten Jahren nach Errichtung der Anstalt.

Diese Beschleunigung rührt zum Teil von der in den Jahren 1923 und 1925 durchgeführten Fusionierung der fünf Kommunalsparkassen mit der Zentralsparkasse her. In den Jahren 1921 und 1922 wurde über die Vereinigung mit den neu zusammengesetzten Direktionen der Kommunalsparkassen verhandelt und am 12. Jänner 1923 faßte der Wiener Gemeinderat den Beschluß, sämtliche Wiener Kommunalsparkassen, deren Ausschüsse sich hiemit einverstanden erklärten, mit der Zentralsparkasse der

Gemeinde Wien zu fusionieren. Die Fusionierung wurde im Februar und März 1923 hinsichtlich der Kommunalsparkassen Floridsdorf, Hernals, Döbling und Rudolfsheim durchgeführt. Die Kommunalsparkasse Währing konnte infolge Widerstandes der dortigen Körperschaften erst im April 1925 (Gemeinderatsbeschluß vom 20. März 1925, Pr.-Z. 911) nach Neuwahl der Verwaltungskörperschaften mit der Zentralsparkasse vereinigt werden.

Durch die Fusionierung wurde eine umfassende Reorganisation und Vereinheitlichung des städtischen Sparkassenbetriebes ermöglicht und bedeutende Personal- und Sachregieersparnis erzielt. Die überschüssig gewordenen Angestellten wurden zum Teile pensioniert, zum Teile dem Wiener Magistrate zugeteilt, jedoch im Laufe der Jahre 1924 und 1925, infolge ständigen Anwachsens der Geschäfte wieder von der Zentralsparkasse rückübernommen. Infolge der Fusionierung wurde die Zentralsparkasse zur größten Sparkasse Österreichs, deren Einlagenzuwachs durchschnittlich so groß ist als der sämtlicher anderer Wiener Einlageninstitute zusammen. Der gewaltige Einlagenzuwachs ist zum großen Teile auf die Ausgestaltung des Filialnetzes zurückzuführen, das derzeit 16 Zweiganstalten in den Bezirken Leopoldstadt, Landstraße, Wieden, Margareten, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Favoriten, Simmering, Rudolfsheim, Ottakring, Hernals, Währing, Döbling, Brigittenau und Floridsdorf umfaßt. Die letzten Zweiganstalten wurden am 10. Jänner d. J. auf der Mariahilferstraße, der Hauptgeschäftsstraße von Wien, am 20. Jänner d. J. in der Nußdorferstraße und am 23. Juni d. J. in der Simmeringer Hauptstraße eröffnet. Im Jänner nächsten Jahres wird die Eröffnung einer Zweiganstalt Ecke Schottenring und Schottengasse, einem Verkehrszentrum von Wien, erfolgen. Die Errichtung weiterer Zweiganstalten steht in Aussicht.

Die Verwaltung der Anstalt ist vorbehaltlich der dem Wiener Gemeinderat übertragenen Angelegenheiten einem Sparkasseausschusse übertragen, der aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden, je einem von den Bezirksvertretungen jener Bezirke, in denen sich Geschäftsstellen der Zentralsparkasse befinden, gewählten Vertreter und aus ebenso vielen vom Gemeinderate gewählten Mitgliedern besteht. In den Wirkungskreis des Sparkasseausschusses gehört die Festsetzung der Geschäftsordnung für die Sparkasseverwaltung, die Wahl der Wechselzensoren, die generelle Regelung der das Dienstverhältnis und die Besoldung des Personales betreffenden Angelegenheiten, die Festsetzung des Einlagenzinsfußes und der Kreditkonditionen, die Bestimmung des Mindest- und des Höchstbetrages der einzelnen Spareinlage und der Aufkündigungsfristen, die Vornahme unvermuteter Kassenskontrierungen sowie sonstiger Revisionen und die Prüfung des Rechnungsabschlusses durch ein aus der Mitte des Ausschusses gewähltes Revisionskomitee, die Beschlußfassung über Errichtung und Auflösung von Zweiganstalten und Sammelstellen und die Vorberatung und Antragstellung in allen dem Gemeinderate vorbehaltenen Angelegenheiten der Sparkasse (das sind die Genehmigung der Bilanz, die Beschlußfassung über die Verwendung des Verwaltungsgewinnes, Statutenänderungen und Auflösung der Sparkasse).

Der Sparkasseausschuß wählt aus seiner Mitte einen sechsgliederigen Vollzugsausschuß, der unter Vorsitz des Bürgermeisters seine Sitzungen abhält und mit Hilfe des angestellten und besoldeten Personales die Geschäfte der Anstalt führt; dem Vollzugsausschusse obliegt insbesondere die Beschlußfassung über die ordnungsmäßige Veranlagung der eingelegten Gelder (Bewilligung der einzelnen Kreditfälle) und die Erledigung aller individuellen Personalangelegenheiten (Aufnahmen, Beförderungen, Pensionierungen und dergleichen), sowie die Besorgung aller Geschäfte, die nicht ausdrücklich dem Sparkasseausschuß oder dem Gemeinderate vorbehalten sind oder instruktionsgemäß von den Beamten durchgeführt werden.

Zur Wahrung der besonderen Interessen jedes Gemeindebezirkes, in dem sich eine Zweiganstalt der Sparkasse befindet, sind außerdem aus je sechs Mitgliedern bestehende Beiräte bestellt; drei der Mitglieder werden vom Gemeinderate, die anderen drei von der betreffenden Bezirksvertretung gewählt. Die Prüfung der zum Eskont eingereichten Wechsel erfolgt durch Zensorenkomitees, die aus mindestens drei Mitgliedern bestehen müssen und aus der Zensorenliste, die die hervorragendsten branchekundigen Persönlichkeiten aus Industrie, Handel und Gewerbe enthält, entnommen werden.

Die Anstalt ist in 12 Abteilungen und 16 Zweiganstalten gegliedert. Die Abteilungen sind: Personal- und Organisationsbureau, Sekretariat, Hauptkasse, Hauptbuchhaltung, Hypothekarabteilung (zur Behandlung der Hypothekardarlehensgesuche von der Einreichung bis zur Zuzählung), Hypothekarrechnungs- und Wechselabteilung (Führung der Hypothekarkonti, Behandlung der Wechselkredite), Effekten- und Depotabteilung, Kreditvereinsabteilung, Kontrollabteilung (zur Kontrolle über sämtliche Zweige des Kreditgeschäftes), Ökonomat (Materialbeschaffung und -Verwaltung, Verwaltung der Sparkassenrealitäten), Spareinlagen- und Scheckabteilung, Revisionsbureau (Vornahme von Revisionen in der Einlagen- und Scheckabteilung und sämtlichen Zweiganstalten).

Die 16 Zweiganstalten betreiben das Spareinlagen- und Scheckgeschäft, die Auskunftserteilung und Entgegennahme von Ansuchen in Hypothekar-, Wechseleskont- und Kreditvereinsangelegenheiten, die Kontoführung im Effekten- und Kreditvereinsgeschäft, acht der größten Zweiganstalten betätigen auch das Safesgeschäft. Die Beschlußfassung über Hypothekar- und Wechselkredite aller Art ist zentralisiert und

obliegt dem Vollzugsausschusse, doch sind die Beiräte ermächtigt, Darlehen für Hausrenovierungen auf in ihrem Bezirke gelegene Realitäten auf Grund von zentralisiert durchgeführten Schätzungen zu bewilligen. Sämtliche Kreditvereinskredite werden zentral durch den Kreditvereinsausschuß beschlossen.

Das Einlagengeschäft wurde bei Gründung der Anstalt in der damals bei den österreichischen Sparkassen üblichen Form geführt. Die Parteienkonti waren in Folianten, den Interessenten-Kapitalienbüchern, gebunden und jede Einlage oder Rückzahlung wurde außer in der Liquidatur noch in einer zweiten Abteilung, der Einlagenkontrolle, auf einem Doppelkonto gebucht. Ende 1910 wurde zwecks Arbeitsersparnis und Beschleunigung der Parteienabfertigung in der Einlagenliquidatur das „Lose Kontensystem" eingeführt, Ende 1923 auch in der Einlagenkontrolle. Im November 1925 wurde nach eingehenden Untersuchungen und Besichtigung deutscher Schwesterinstitute die Einführung des Einkontensystems im Einlagengeschäfte durchgeführt; das Doppelkonto wurde aufgelassen und die Kontrollkontierung durch Saldenkontrolle und summarische Zinsenprobe ersetzt. An Stelle der Einlagenkontrolle trat das Revisionsbureau, das durch fliegende Revisionen aller kontoführenden Stellen und stichprobenweise Überprüfung des Einlagenzinsendienstes als „Betriebsunruhe" fungiert. Im Juni 1926 wurde probeweise in der Zweiganstalt Landstraße eine elektrisch betriebene Saldiermaschine aufgestellt, die gleichzeitig die Buchung in Sparbuch und Kontokarte vornimmt, den Kapitalsaldo auswirft und die Eintragung in das Kassenjournal besorgt. Der gesamte Arbeitsvorgang nimmt pro Buchung 20 bis 30 Sekunden in Anspruch. Der Kassaschluß dauert nur einige Minuten, da alle 20 Zählwerke (20 Journalkolonnen entsprechend) in 50 bis 60 Sekunden entleert und die Schlußsummen ausgeworfen werden. Die hiedurch eingetretene bedeutende Beschleunigung des Parteienverkehres, die erzielte Arbeitsersparnis und nicht zuletzt der erhöhte Schutz gegenüber unabsichtlichen und absichtlichen Fehlern aller Art bewogen die Anstaltsleitung, die neu errichteten Zweiganstalten Mariahilf-Neubau und Alsergrund von vornherein mit Saldiermaschinen auszustatten und im Februar 1927 die Einlagen- und Scheckabteilung der Hauptanstalt sowie die Zweiganstalt Favoriten auf maschinellen Betrieb umzustellen. Im Herbst d. J. wurden die Zweiganstalten Leopoldstadt, Margareten, Rudolfsheim, Hernals und Währing mechanisiert, so daß nunmehr 80 Prozent aller Einlagenkonti maschinell geführt werden. Die maschinelle Ausgestaltung der Anstalt wird in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Sämtliche Kontrollarbeiten (Saldenkontrolle und Tausenderkontrolle) werden auf 33 elektrisch betriebenen siebzehnstelligen Additionsmaschinen (Burroughs) durchgeführt, außerdem sind zwei Multiplikationsmaschinen mit elektrischem Antrieb zur Errechnung und Zerlegung der Pauschalraten im Hypothekargeschäft, eine Adressiermaschine zum Adressenschreiben und einige kleinere Rechenmaschinen in Verwendung.

Das Hypothekargeschäft wurde durch Zentralisierung der Schätzungen und Umwandlung der hypothekarisch sichergestellten Kontokorrentkredite in langfristige amortisable Hypothekardarlehen vereinfacht. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß das Hypothekargeschäft gegenüber der Vorkriegszeit eine ungeheure Steigerung hinsichtlich der Zahl der Darlehensfälle aufweist, was aus folgenden Daten hervorgeht:

Zahl der aushaftenden Darlehen am 1. Jänner 1914	1.651
„ „ „ „ beziehungsweise Kontokorrente am 31. August 1927 .	11.043
„ „ Hypothekarzuzählungen im Jahre 1913	197
„ „ „ „ „ 1926	2.963

Der Personalstand umfaßt derzeit 1 Direktor, 1 Direktorstellvertreter, 1 Direktionsrat, 25 Oberbeamte, 118 Beamte, 33 Beamtinnen, 26 Vertragsbeamte, 57 definitive Skontisten und Kassengehilfen, 5 Nacht- und Feuerwächter, 7 Vertragskassengehilfen, 2 Heizer, 1 Chauffeur und 2 Laufburschen.

Die Geschäftszweige der Anstalt

Derzeit werden folgende Geschäftszweige betrieben:

Spareinlagengeschäft: Einlagen auf Sparbücher. a) Täglich abhebbare Gelder $4^1/_4$ Prozent, Abhebungen bis S 10.000 täglich ohne Kündigung eskontfrei, höhere Abhebungen gegen 1 Promille Eskont oder dreitägige Kündigung; b) Einlagen von S 3000 aufwärts mit zweimonatiger Bindung $5^1/_4$ Prozent.

Scheckgeschäft: Einlagen auf Scheckkonti $4^1/_4$ Prozent, Abhebungsprovision von sämtlichen Abhebungen $^1/_2$ Promille.

Hypothekargeschäft: 1. Langfristige amortisable Darlehen mit einer Laufzeit von 10, 20 oder 40 Jahren; der Zinsfuß beträgt für Wiener Objekte $7^1/_4$ Prozent, für Realitäten in der Provinz $7^3/_4$ bis $8^1/_2$ Prozent. Die Pauschalrate der $7^1/_4$prozentigen Darlehen ist derzeit pro Semester 6·95 Prozent, beziehungsweise 4·70 Prozent und 3·85 Prozent.

2. Amortisable Darlehen zur Instandsetzung von Wiener Häusern (Renovierungsdarlehen) mit einer Laufzeit von 5 Jahren und einer Gesamtverzinsung von $7^1/_4$ Prozent p. a. ($6^1/_4$ Prozent Zinsen und 1 Prozent Regiebeitrag).

3. Kontokorrentkredite mit hypothekarischer Sicherstellung: Zinsfuß für Belehnungsobjekte in Wien $7^3/_4$ Prozent, außerhalb Wiens $8^1/_4$ bis 9 Prozent.

Darlehen an umlagenberechtigte öffentliche Körperschaften (Gemeinden usw.) zu einem Zinssatze von derzeit zirka $7^3/_4$ Prozent.

Wechselgeschäft: Eskont von Warenrimessen mit höchstens dreimonatiger Laufzeit mit mindestens zwei Unterschriften. Eskontzinsen je nach Lage des Geldmarktes und Bonität zirka $6^1/_2$ bis 8 Prozent.

Der Eskont von Warenrimessen hat sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

	Stückzahl	Gesamtbetrag
Gesamtumsatz im Jahre 1924	1.595	2,935.099·05
„ „ „ 1925	5.713	23,882.784·32
„ „ „ 1926	19.527	84,231.254·78

Die Anstalt hat durch ständige Herabsetzung des Eskontsatzes verbilligend gewirkt und der Industrie dadurch namhafte Ersparnisse an Kreditzinsen erwirkt.

Effektengeschäft: 1. Ankauf von mündelsicheren Anlagewerten für eigene Rechnung (Nostroeffekten).

2. Kommissionsweiser An- und Verkauf von Effekten aller Art im Auftrage und für Rechnung von Parteien.

3. Gewährung von Kontokorrentkrediten gegen Effektendeckung zu einem Zinssatze von zirka $8^3/_4$ Prozent.

4. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren gegen Depotbuch.

Safesgeschäft: Vermietung von Stahlkammerfächern in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten Leopoldstadt, Margareten, Mariahilf-Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Rudolfsheim, Hernals und Währing.

Die einzelnen Geschäftszweige zeigten am 31. Oktober 1927 folgenden Stand der Veranlagung:

	Anzahl	Geldstand
Spareinlagen	257.408	274,753.626·88
Scheckeinlagen	1.727	15,768.679·33
Langfristige amortisable Hypothekardarlehen	2.087	37,574.684·52
Renovierungsdarlehen	6.248	24,331.790·40
Hypothekarkontokorrent	2.757	27,689.037·94
Hypothekardarlehen (alt)	53	1,046.758·86
Öffentliche Darlehen	172	67,272.576·09
Wechseleskont	3.034	15,338.928·51
Effekten-Kontokorrent	257	569.045·79

Die Entwicklung des Einlagen- und Hypothekengeschäftes zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Parteienanzahl im Einlagengeschäfte	Einlagen-Konti	Einlagenstand in Goldkronen	Hypotheken-Konti	Aushaftende Hypothekarkredite in Goldkronen
1907	103.641	30.368	14,713.791·69	80	5,526.157·77
1908	171.045	48.128	41,924.567·63	316	17,281.989·30
1909	240.500	66.709	80,249.362·54	650	48,133.490·34
1910	299.596	84.424	112,359.588·65	1106	72,631.187·66
1911	364.792	101.913	142,217.310·21	1322	90,848.789·40
1912	420.720	122.745	157,056.430·38	1506	102,479.490·90
1913	448.094	138.872	167,718 216·02	1521	107,367.336·55
1914	454.770	153.517	136,999.056·45	1651	94,647.869·03
1915	436.671	166.888	115,537.631·62	1656	71,441.108·50
1916	477.967	178.011	117,151.818·06	1665	59,868.461·13
1917	487.924	192.016	116,397.105·80	1741	50,945.840·77
1918	527.499	207.247	88,254.014·06	1735	30,878.145·06
1919	443.065	222.898	5,405.395·81	1727	2,023.388·48
1920	311.094	229.838	5,965.890·85	1784	1,616.272·50
1921	233.231	228.669	630.034·10	1350	69.009·67
1922	168.265	68.271	670.245·28	143	9.304·78
1923	165.724	140.948	7,561.650·02	567	2,893.898·26
1924	265.371	162.476	36,132.788·23	3131	15,740.097·13
1925	579.821	226.657	89,763.915·43	6871	41,166.211·19
1926	841.657	214.605	148,115.620·65	9784	66,728.745·29

Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

Der Kreditverein wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 1. Juli 1910 gegründet, beruht auf wechselseitiger Haftung seiner Teilnehmer und hat den Zweck, durch Gewährung von Krediten den Wiener Handels- und Gewerbestand, vorzüglich aber das Kleingewerbe, wirtschaftlich zu fördern.

Als Teilnehmer des Kreditvereines können nur Wiener Handels- und Gewerbetreibende aufgenommen werden, welchen bei der Aufnahme ein Kredit eröffnet wird. Der niedrigste Kredit beträgt Schilling 500, der höchste Schilling 40.000. Von dem eröffneten Kredit hat jeder Teilnehmer 5 Prozent als Kautionseinlage in den Sicherstellungsfonds und 1 Prozent als einmaligen Beitrag zum Reservefonds einzuzahlen. Jedes Mitglied haftet für alle uneinbringlichen Forderungen des Kreditvereines, insoferne die vorhandenen Reserven hiezu nicht ausreichen sollten, nicht nur mit seiner Sicherstellungsfondseinlage, sondern auch mit einem weiteren Betrag in gleicher Höhe.

Der Kreditverein ist nur berechtigt seinen Teilnehmern Kredite zu gewähren, und zwar in der Weise, daß er denselben

a) Kredite gegen grundbücherliche Sicherstellung an erster Stelle oder unmittelbar nach einem von der Zentralsparkasse gewährten Darlehen zu einem Zinssatze von derzeit 6 Prozent p. a. antizipativ,

b) Kredite gegen Erlag von mindestens zweischriftigen Depotwechseln gegen 6 Prozent p. a. antizipativ Debetzinsen gewährt und

c) Warenrimessen eskontiert und das Wechselinkasso besorgt.

Die Repräsentation und Verwaltung des Kreditvereines erfolgt durch die Vollversammlung der Teilnehmer und durch den Kreditvereinsausschuß. Ersterer obliegt die Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß, über die Verwendung des Reinerträgnisses, über Satzungsänderungen und ferner über die Wahl der Hälfte der Mitglieder des Ausschusses und deren Ersatzmänner, sowie der Rechnungsrevisoren. Der Kreditvereinsausschuß besteht aus 20 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern, die zur Hälfte vom Vollzugsausschusse der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ernannt werden, welcher auch den Obmann und dessen Stellvertreter bestellt. Der Kreditvereinsausschuß vertritt den Kreditverein nach außen und führt die laufenden Geschäfte, insbesondere aber steht ihm zu: die Aufnahme und Ausschließung der Mitglieder, die Festsetzung der einzuräumenden Kredite und der Kreditbedingungen, die Aufstellung des Rechnungsabschlusses und die Einberufung der Vollversammlung.

Die ersten Anregungen zur Errichtung des Kreditvereines erfolgten bereits kurz nach Gründung der Zentralsparkasse, da seitens der Gewerbetreibenden in den Bezirksvertretungen und im Gemeinderate der Wunsch ausgesprochen wurde, einen Teil der einlaufenden Gelder dem Wiener Gewerbe wieder zur Verfügung zu stellen. Diesen Anträgen wurde Folge gegeben und die Zentralsparkasse beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten zur Errichtung des Kreditvereines in die Wege zu leiten. Nach längeren Verhandlungen mit den Aufsichtsbehörden konnten die wiederholt revidierten Satzungen zum eingangs erwähnten Termine vom Gemeinderate beschlossen werden, bei welcher Gelegenheit der ursprünglich mit Kronen 100.000 dotierte Gründungsfonds auf Kronen 150.000 erhöht wurde. Die rasche Entwicklung des Kreditvereines brachte es mit sich, daß dieser Fonds 1912 auf Kronen 200.000 und 1913 auf Kronen 250.000 erhöht wurde.

Die eigentlichen Einrichtungsarbeiten wurden nach definitiver behördlicher Genehmigung der Satzungen rasch in Angriff genommen und am 16. Oktober 1911 konnte die konstituierende Vollversammlung der Mitglieder des Kreditvereines bei Anwesenheit von 43 Mitgliedern abgehalten werden. Nach dieser Vollversammlung fand sofort die erste Sitzung des Kreditvereinsausschusses statt, welche die notwendigen Beschlüsse für die unmittelbare Aufnahme der Geschäftstätigkeit des Kreditvereines faßte.

Der erste Geschäftsbericht, welcher die Zeit bis 31. Dezember 1912 umfaßt, berichtet, daß in diesem Zeitraum insgesamt 356 Kreditgesuche mit einer angesprochenen Kreditsumme von Kronen 1,288.250 eingereicht wurden; hievon wurden 217 Gesuche im Betrage von Kronen 651.350 bewilligt. Am Ende des ersten Geschäftsjahres zählte der Kreditverein 189 Mitglieder.

Schon während des ersten Geschäftsjahres machte sich das Bedürfnis geltend, die ursprünglich mit Kronen 10.000 festgesetzte Höchstsumme der den einzelnen Mitgliedern zu gewährenden Kreditsumme zu erhöhen und es beschloß daher die am 17. März 1913 abgehaltene erste Vollversammlung die Erhöhung der Maximalkreditsumme auf Kronen 30.000·—.

Die beiden folgenden Jahre zeigten eine normale Entwicklung, da

1913	insgesamt	**296**	Gesuche mit Kronen	**1,970.750**	Kreditsumme und
1914	„	**268**	„ „ „	**2,372.400**	„

eingereicht wurden, von welchen 173 Gesuche per Kronen 951.650, beziehungsweise 151 Gesuche per Kronen 1,121.700 bewilligt wurden. Die Resultate für 1914 wären bessere gewesen, wenn nicht der Weltkrieg die weitere Entwicklung des Kreditvereines unterbunden hätte. Am Schlusse des Jahres 1914 zählte der Kreditverein 418 Mitglieder, welchen eine Gesamtkreditsumme von Kronen 2,691.700 zur Verfügung stand. Es entfiel daher damals durchschnittlich ein Kreditbetrag von Kronen 6400 auf ein Mitglied.

Die Berichte des Kreditvereines während der folgenden Jahre zeigen den verheerenden Einfluß des Krieges. Die Mehrzahl unserer heimischen Handels- und Gewerbetreibenden stand im Felde und die Zurückgebliebenen konnten infolge des immer intensiver einsetzenden Warenmangels nur unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Betriebe aufrechterhalten. Es war naturgemäß, daß das Kreditbedürfnis nur ein minimales war. Die Zahl der Kreditgesuche sank unter 100 und erreichte 1917 mit 51 Gesuchen den Tiefststand. Der Mitgliederstand hat sich infolgedessen bis Ende 1918 nur wenig verändert und betrug 479 mit einer eingeräumten Kreditsumme von Kronen 3,891.000.

Der Kreditverein entfaltete jedoch auch in diesen Jahren eine für die Gemeinde Wien ersprießliche Tätigkeit, da er die Funktionen einer Zahlstelle für die seitens der Gemeinde Wien zur Ausgabe gelangenden Konsumartikel kostenlos übernahm und diese Tätigkeit bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft ausübte.

Nach Abschluß des Weltkrieges hatte der Wiener Handels- und Gewerbestand die Folgen desselben auf das Schwerste zu tragen. Der wirtschaftliche Abschluß der Nationalstaaten, Verkehrsschwierigkeiten und vor allem der Zusammenbruch der Währung behinderten die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe und damit die Wiederbelebung unserer Betriebe. Der Kreditverein war bemüht, helfend einzugreifen; die Zahl der Kreditwerber schwankte in diesen Jahren zwischen 291 und 592 und betrug 1923 523. Zunächst machte sich das Bedürfnis nach einer Erhöhung der Höchstkreditsumme, welche bereits im Dezember 1916 mit Kronen 60.000 festgesetzt worden war, geltend. Ab 1919 mußten unter dem Einfluß der Geldentwertung alljährlich die Maximalkreditsummen erhöht werden, und zwar:

1919	auf	Kronen	100.000	
1920	„	„	200.000	
1921	„	„	500.000	
1922	„	„	5,000.000	
1923	„	„	15,000.000	
1924	„	„	50,000.000	
1926	„	Schilling	20.000	und schließlich
1927	„	„	40.000	

Im Zusammenhange damit erfolgte auch die Erhöhung der seitens der Zentralsparkasse dem Kreditvereine zur Verfügung gestellten Mittel, und zwar wurden 1919 diese Kredite vom Vierfachen auf das Sechsfache und 1922 auf das Zwölffache der eigenen Mittel des Kreditvereines beschlossen. Ende 1923 zählte der Kreditverein 916 Mitglieder, welchen eine Gesamtkreditsumme von Kronen 3.168,216.000 zur Verfügung stand.

Von diesem Zeitpunkte an berichten die Ausweise des Kreditvereines über einen bedeutenden Aufschwung der Geschäfte. Mit der sukzessive eintretenden Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelte sich neuerlich der Unternehmungsgeist des Wiener Handels- und Gewerbestandes und der Kreditverein war in der Lage, den gesteigerten Kreditbedarf dieser Kreise zu befriedigen, da die Zentralsparkasse infolge der außerordentlichen Entwicklung ihres Spareinlagenstandes die erforderlichen Summen zu einem billigen Zinsfuße zur Verfügung stellen konnte. Der Kreditvereinsausschuß war zunächst bestrebt, die in den ersten Vorkriegsjahren allgemein geltenden hohen Kreditbedingungen abzubauen. 1924 erfolgte zunächst in Abstufungen eine Ermäßigung der Kreditsätze um durchschnittlich 12 Prozent p. a. 1925 wurden die Zinssätze um 4 Prozent reduziert und 1926 weitere 3 Prozent abgebaut. Hiemit wurde ein Debetzinssatz von 10, beziehungsweise $10^1/_2$ Prozent p. a. netto erreicht.

Eine weitere Ausdehnung der Geschäfte ergab sich im Zuge der Vereinigung der ehemaligen Kommunalsparkassen der Vorortebezirke mit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Die Mitglieder der bei diesen Instituten bis dahin geführten Kreditvereine wurden mit den Beständen dieser Anstalten in den Bezirken Hernals und Floridsdorf mit 1. Jänner 1924 und jene der Sparkasse Währing mit 1. Jänner 1925 übernommen.

Das Ergebnis dieser Maßnahme war eine Steigerung der Geschäfte des Kreditvereines um nahezu das Zehnfache. Es wurden

1924	2093	Gesuche	mit	einer	Kreditsumme	von	Schilling	7,533.000
1925	3208	„	„	„	„	„	„	18,626.000
1926	2402	„	„	„	„	„	„	12,692.000

eingereicht. Von diesen wurden

1924	1087	Gesuche	mit	einer	Kreditsumme	von	Schilling	2,430.000
1925	1816	„	„	„	„	„	„	7,955.000
1926	1275	„	„	„	„	„	„	5,278.000

bewilligt und durchgeführt. Ende 1926 zählte der Kreditverein bereits 3622 Mitglieder, welchen ein Gesamtkredit von Schilling 15,318.000 zur Verfügung stand. Da auf ein Mitglied ein Kreditbetrag von nur rund Schilling 4200 entfällt, ergibt sich, daß der Kreditverein in erster Linie die Kreditbedürfnisse des Wiener Kleingewerbes befriedigt.

Unbeschadet der in erster Linie befolgten Zinsfußpolitik war der Kreditvereinsausschuß stets darauf bedacht, den Kreditverein in seinen eigenen Mitteln zu stärken und verwendete den größten Teil seines Reingewinnes zur Erhöhung seiner Reserven. Bereits Ende 1914 konnte der Kreditverein über eigene Mittel von Kronen 448.546 verfügen. Ende 1926 wurden einschließlich der Reingewinnzuweisung des letzten Geschäftsjahres bereits Schilling 1,422.875 eigene Mittel ausgewiesen, von welchen Schilling 624.276 auf die Reserven entfallen. Im Verhältnis zu den Ende 1926 tatsächlich ausstehenden Krediten von Schilling 11,609.286 ergibt sich eine Deckung von über 12 Prozent, beziehungsweise 5·4 Prozent, womit die Gefahr der eingangs erwähnten Haftung der Mitglieder außerordentlich eingeschränkt ist. Im laufenden Geschäftsjahr 1927 wurde ab 1. März 1927 der Zinssatz um 2 Prozent und ab 1. April 1927 um weitere 2 bis $2^1/_2$ Prozent bei gleichzeitiger Festlegung des einheitlichen Nettozinsfußes von 6 Prozent p. a. antizipativ bis Ende 1929 ermäßigt. Dieser außerordentliche Satz wurde durch einen Beschluß des Wiener Gemeinderates ermöglicht, laut welchem die Gemeinde Wien die Haftung bis Ende 1929 für einen eventuellen Zinsverlust für zu bewilligende Kredite bis zum Höchstbetrage von Schilling 50,000.000 übernahm. Diese den Wiener Handels- und Gewerbestand außerordentlich fördernde Tat hatte eine bedeutende Vermehrung der Einreichungen zur Folge. Es wurden bis 24. September 1927 3463 Gesuche mit einer angesprochenen Kreditsumme von Schilling 22,415.000 eingereicht und damit die Maximalanzahl und -summe aller bisherigen jährlichen Einreichungen weit überschritten. Von vorstehenden Gesuchen wurden bis 24. September 1927 1504 Gesuche mit einer Kreditsumme von Schilling 7,444.000 bewilligt und durchgeführt und der Kreditverein zählte zum letztgenannten Zeitpunkte bereits 5106 Mitglieder, welchen eine Gesamtkreditsumme von Schilling 22,752.000 zur Verfügung stand.

Übersicht

der Geschäftsgebarung des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vom 18. Oktober 1911 bis 31. Dezember 1926.

Geschäftsjahr	Im Geschäftsjahr eingereichte Ansuchen		Im Geschäftsjahr bewilligte Ansuchen		Mitgliederstand		Ausgenützte Kredite		Guthaben der Mitglieder	Guthaben der Zentralsparkasse
	Anzahl	Kreditbetrag	Anzahl	Kreditbetrag	Anzahl	Kreditsumme	im Eskompte	im Konto-Korrente		
	in Kronen									
1911/12	356	1,288.250	217	651.350	189	651.350	222.919	253.015	17.641	200.981
1913	296	1,970.850	173	951.650	316	1,603.000	499.549	786.153	65.854	786.157
1914	268	2,372.400	151	1,121.700	418	2,691.700	483.217	1,310.258	156.417	1,148.659
1915	108	859.500	51	391.000	452	3,053.550	444.985	1,361.020	479.983	772 333
1916	95	450.500	72	242.600	493	3,132.400	368.675	1,433.210	2,091.020	*— 930.743*
1917	51	436.400	32	252.700	483	3,186.500	322.185	975.493	3,738.007	*—3,167.088*
1918	74	1,205.700	55	868.700	479	3,891.000	177.625	1,387.336	11.424.368	*—10,470.488*
1919	592	3,171.400	493	2,290.400	954	6.085.700	660.465	1,969.308	15,297.684	*— 13,846.960*
1920	410	17,336.800	280	10,239.800	1072	16,237.500	1,522.460	7,878.217	68.779.094	*—61,419.700*
1921	428	82,122.400	297	44,475.900	1209	60,487.400	16,692.100	25,344.443	195.311.413	*—163,059.000*
1922	291	340,152.300	228	123,487.800	1220	182,383.100	75,388.000	48,100.030	108,780.137	*—40,180.000*
1923	527	5.130,943.700	358	2.901,395.200	916	3.168,216.180	921,935.000	1.635,024.185	750,327.719	1.383,810.000
1924	2093	75.330,923.000	1087	24.303,259.000	1595	27.421,910.000	8.600,545.000	14.074,721.100	1,422.239.300	18.633,800.000
					in Schilling					
1925	3208	18,626.059	1816	7,955.033	2812	10,693.800	2,057.400	6,733.486	281.882	7,490.830
1926	2402	12,692.085	1275	5,277.690	3622	15,308.230	2,626.360	8,982.927	179.413	9,548.705

Geschäftsjahr	Gründungsfonds	Sicherstellungsfonds	Spezial- und allgemeiner Reservefonds	Summe der eigenen Mittel	Reingewinn	Umsatz
	in Kronen					
1911/12	200.000	32.567	8 044	240.612	12.187	3,376.961
1913	200.000	80.150	31.522	311.672	17 804	10,893.335
1914	250.000	136.235	62.310	448.546	39.937	21,033.943
1915	250.000	154.135	94.559	498.694	58 415	110,437.149
1916	250.000	164.807	162.730	577.538	61.631	258,319.409
1917	250.000	169.255	229.268	648.523	53.246	306,000.606
1918	250.000	202.760	307.614	760.374	55.337	492,842.457
1919	250.000	309.070	468.740	1,027.810	149.015	2.009,086.435
1920	250.000	816.275	1,015.207	2,081.482	398.522	6.143,800.074
1921	250.000	3,035.020	3,715.439	7,000.459	1,840.757	29.278,668.579
1922	250.000	9,198.760	23,853 866	33,302.626	4,210.239	15.572,911.874
1923	250.000	158,871.524	146,902.308	306,023.832	45,095.250	93.711,011.344
1924	250.000	1.373,573.700	849,685.800	2.223,509.500	120,783.800	270.775,922.350
			in Schilling			
1925	25	540.249	358.327	898.601	85.918	73,078.554
1926	25	798.574	505.886	1,304.485	146.141	69,453.038

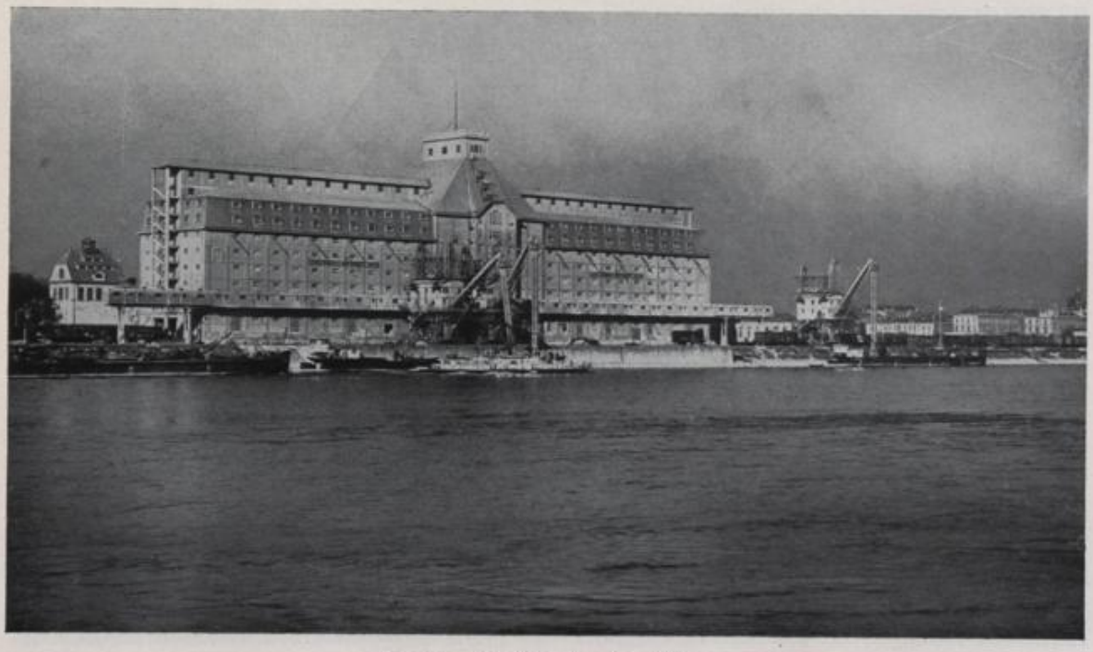
Die Städtischen Lagerhäuser

Von Dr. Erwin Hammer, Direktionsrat der städtischen Lagerhäuser

Die Lagerhäuser der Stadt Wien, das älteste städtische Unternehmen, wurden im Jahre 1876 unter Verwendung der im Prater nächst der Rotunde gelegenen Maschinenhalle der Wiener Weltausstellung gegründet. Der raschen Entwicklung der Großstadt und den gesteigerten Interessen des Handels- und Approvisionierungsverkehres entsprechend wurden sie wiederholt, zuletzt in der Nachkriegszeit von der Gemeindeverwaltung erweitert und technisch ausgestaltet, so daß sie heute nicht nur als größtes Lagerhaus Österreichs, sondern als wichtiges Hilfsmittel des zwischenstaatlichen Handels Mitteleuropas geschätzt werden.

Die städtischen Lagerhäuser besitzen Lagerraum für zirka 10.000 Waggons und befassen sich mit der Aufbewahrung von Waren aller Art für fremde Rechnung. Sie besorgen alle mit der Aufbewahrung, Ausfolgung und Versendung der Waren im Zusammenhang stehenden Arbeiten, wie Versicherung, Verzollung, Werteinhebung usw., und haben in den letzten Jahren auch die Trocknung und Veredelung von Früchten in ihre Geschäftstätigkeit einbezogen.

Organisatorisch zählten die städtischen Lagerhäuser bis zum 31. Jänner 1925 zu den städtischen Unternehmungen. Ihrer Eigenart entsprechend erhielten sie jedoch zu Beginn des Jahres 1925 ein besonderes Organisationsstatut, mit welchem sie unter die städtischen Betriebe eingereiht wurden. Sie werden unter der handelsgerichtlich registrierten Firma „Lagerhäuser der Stadt Wien" betrieben, deren Zeichnung durch den Bürgermeister oder den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI erfolgt. An der Spitze des Betriebes steht ein vom Stadtsenate ernannter Betriebsvorstand (Leiter), dem die Befugnisse eines Handlungsbevollmächtigten zukommen. Die übrigen Bestimmungen des Organisationsstatutes regeln die Stellung des Betriebes zu den übrigen Organen der Gemeinde, den Wirkungsbereich des amtsführenden Stadtrates und des Betriebsvorstandes und beinhalten im wesentlichen eine gegenüber den anderen Stellen des Magistrates erhöhte wirtschaftliche Selbständigkeit. Administrativ und technisch ist der Betrieb zentral geleitet, kaufmännisch ist eine Dezentralisierung nur insoweit durchgeführt, als die räumliche Entfernung der einzelnen Anlagen und Magazine dies im Interesse des Parteienverkehres zweckmäßig und erwünscht erscheinen ließ. So ist der Magazinsdienst und der unmittelbare Verkehr mit den Kommittenten eigenen Verwaltungen übertragen. Überdies ist, um dem Produktenhandel den



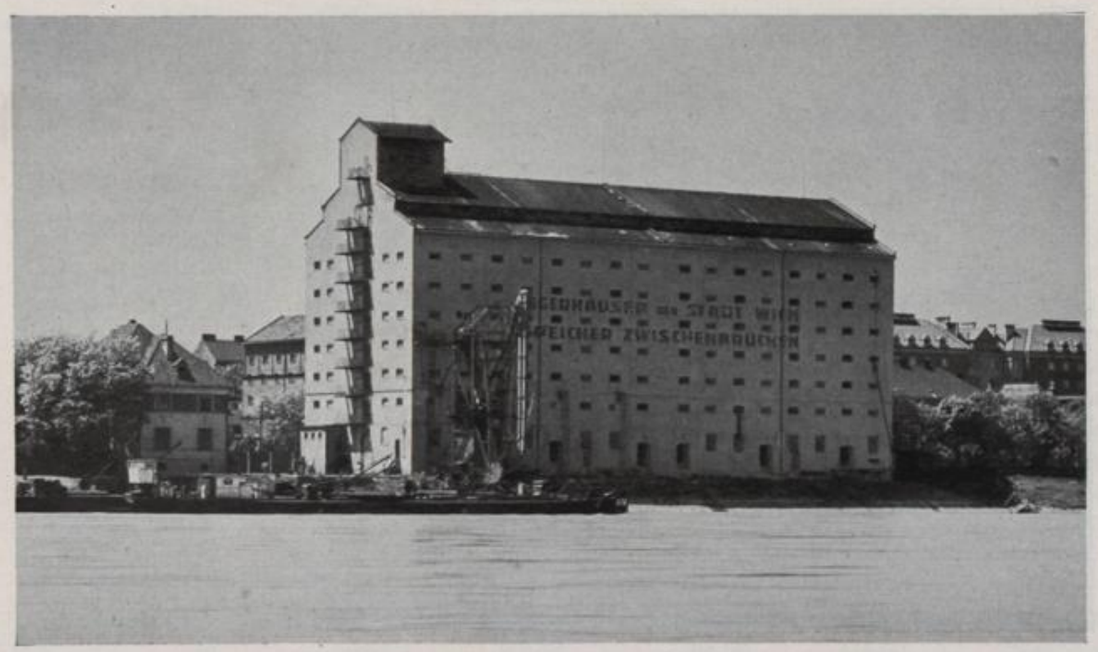
Kaianlage Speicher X, Handelskai

Kontakt mit dem Unternehmen zu erleichtern, an der Börse für landwirtschaftliche Produkte eine Expositur der städtischen Lagerhäuser eingerichtet.

Die für die Benützung der Lagerhäuser und ihrer Einrichtungen zu entrichtenden Gebühren sind in einem vom Gemeinderate genehmigten, auf einem gemischten (Wertklassen- und Raum-) System aufgebauten Tarif zusammengefaßt, während die Bedingungen für die Inanspruchnahme des Unternehmens in einem gleichfalls vom Gemeinderate genehmigten Reglement festgesetzt sind. Als Rechtsgrundlagen kommen das Gesetz vom 28. April 1889, R. G. B. 64, betreffend die Errichtung und den Betrieb öffentlicher Lagerhäuser und die handelsgesetzlichen Bestimmungen in Betracht. Die Lagerhäuser der Stadt Wien stellen als öffentliche Lagerhäuser im Sinne des vorerwähnten Gesetzes ihre Leistungen jedermann gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühren zur Verfügung und sind zur Ausgabe indossabler Lagerscheine (Warrants) über die zur Aufbewahrung übernommenen Waren berechtigt. Sie sind auch ein mit weitgehenden Zollverkehrserleichterungen ausgestattetes öffentliches Zollfreilager, in dem aus dem Auslande stammende Waren unter Wahrung ihrer Nationalität beliebig lange gelagert werden können.

Räumlich und zum Teil auch nach der Art der zu behandelnden Waren gliedern sich die städtischen Lagerhäuser in sechs verschiedene Teilbetriebe: Die Kaianlage, den Speicher Zwischenbrücken, den Freudenauer Winterhafen, das Kühllagerhaus, die Prateranlage und die Frucht-, Trocknungs- und Veredelungsanlage. Die erstgenannten drei Teilbetriebe, die an der Donau liegen, dienen zum überwiegenden Teile dem Donauumschlagsverkehr und dem Transitgeschäfte, während Prateranlage und Kühllagerhaus weit mehr für Zwecke des Wiener Approvisionierungsverkehres in Anspruch genommen werden.

Die Kaianlage, im zweiten Bezirke zwischen Donaustrom und Handelskai auf einer Fläche von 70.000 Quadratmetern errichtet, ist Landungsplatz der Lagerhäuser der Stadt Wien und Bahnhof der Station Wien Lagerhaus und bietet in dem modernen Boden- und Silospeicher, dem größten Getreidespeicher an der Donau, Platz für 3000 Waggons Getreide. Das imposante Speichergebäude ist in Eisenbeton ausgeführt, 140 Meter lang, 23 Meter breit und 46 Meter (elf Stockwerke) hoch und enthält maschinelle Förderungsmittel, wie Innenelevatoren, Transportbänder, Fallrohre und Verteilungsapparate, ferner fahrbare automatische Wagen, Getreideputzungs- und Entstaubungsanlagen. Zur Löschung der Getreideladungen stehen drei fahrbare Schiffselevatoren mit einer Stundenleistung von je 50 Tonnen zur Verfügung. Neben diesem wuchtigen, im Stadtbilde weithin sichtbaren Bau geben noch zwei zweigeschoßige Magazine Raum für je 400 Waggons und sind nicht nur für Getreide, sondern auch für Stückgutlagerung in Verwendung. Der Stückgutumschlag wird hier mit einem fahrbaren Portaldrehkran von 2·5 Tonnen, beziehungsweise fünf Tonnen Tragkraft besorgt.



Speicher Zwischenbrücken, Handelskai

Der Speicher Zwischenbrücken, im XX. Bezirk gleichfalls zwischen Handelskai und Donaustrom gelegen, ist ein sechsstöckiger Ziegelbau, der eine Fläche von 1434 Quadratmeter in Anspruch nimmt und einen Fassungsraum von 1000 Waggons Getreide besitzt. Auch dieser Speicher ist mit mechanischen Fördereinrichtungen, mit einer Getreideputzungsanlage und einem Schiffselevator versehen und bietet durch seine Lage zwischen Donaustrom und Donauuferbahn dieselben günstigen Verkehrsmöglichkeiten, wie sie in der Kaianlage zu finden sind.

Die Lagerhäuser im Freudenauer Winterhafen bestehen aus vier Magazinen, deren jedes 240 Waggons Ware aufnehmen kann. Diese Anlage, die mit einem eigenen Bahnhof und mit einem Halbportaldrehkran von fünf Tonnen Tragkraft ausgestattet ist, hat manchen Winter, wenn die Eisverhältnisse der Donau Schiffsumschlagarbeiten in der Kaianlage und in Zwischenbrücken nicht mehr zulassen, einen sehr starken Verkehr zu bewältigen. Auch den übrigen Teil des Jahres hindurch wird dieser Teilbetrieb insbesondere von der Motorschiffahrt aufgesucht, mit deren Entwicklung sich von Jahr zu Jahr eine Steigerung seines Verkehres bemerkbar macht.

Für die Aufnahme von Kühl- und Gefriergütern steht das mit den modernsten technischen Einrichtungen versehene Kühllagerhaus in der Engerthstraße zur Verfügung, das durch Bahngeleise mit der Kai- und Prateranlage verbunden ist. Die Waren, die als Lagergüter hauptsächlich in Betracht kommen, sind Fleisch, Wild, Geflügel, Fische, Eier, Butter, Obst und sonstige raschem Verderben unterliegende Waren. Das Kühllagerhaus enthält drei Geschoße mit einem Gesamtbelagraum von 6640 Quadratmetern und ermöglicht die Einlagerung von 4,000.000 bis 5,000.000 Kilogramm Ware. Die Temperaturen in den Räumen des Kühllagerhauses sind je nach der Verwendung verschieden. Die Einfrierräume weisen Temperaturen von Minus 12^0 Celsius, die Stapelräume von Minus 8^0 Celsius, die Kühlräume Plus 2^0 bis Plus 4^0 Celsius auf. Auch besonders eingerichtete Kühlräume für die Lagerung von Eiern sind vorhanden, in denen in den letzten Jahren jeden Sommer über zirka 100 Waggons Eier konserviert wurden. — Das zum Kühlhaus gehörige Maschinenhaus enthält drei Zwillingskompressoren mit einer Gesamtleistung von stündlich 900.000 Kalorien. Der Antrieb erfolgt durch drei Motore von je 125 Pferdestärke.

Die Prateranlage der Lagerhäuser der Stadt Wien, II., Ausstellungsstraße nimmt mit ihren neunzehn der Warenlagerung dienenden Magazinen eine Fläche von zirka 200.000 Quadratmetern ein. Das Hauptobjekt, eine zirka 800 Meter lange und 48 Meter breite, im Mittelschiff zirka 20 Meter hohe Halle ermöglicht die Lagerung einer Warenmenge von 2500 Waggons. Im Mitteltrakt dieser Halle bietet eine maschinelle Getreideputzerei und eine Misch- und Siebanlage für Mehl günstige Gelegenheit zur



Winterhafen, Freudenau



Kühllagerhaus, Engerthstraße

Veredlung und Konservierung dieser Produkte. Auch die Bureauräume des Betriebes, das Bahnamt der Österreichischen Bundesbahnen und die Zollzweigstelle sind hier untergebracht. Der Prateranlage ist seit den letzten Jahren die Fruchttrocknungs- und Veredelungsanlage angegliedert, in der die Etuvierung von Pflaumen, aber auch die Dörrung und Trocknung anderer Obstgattungen sowie das



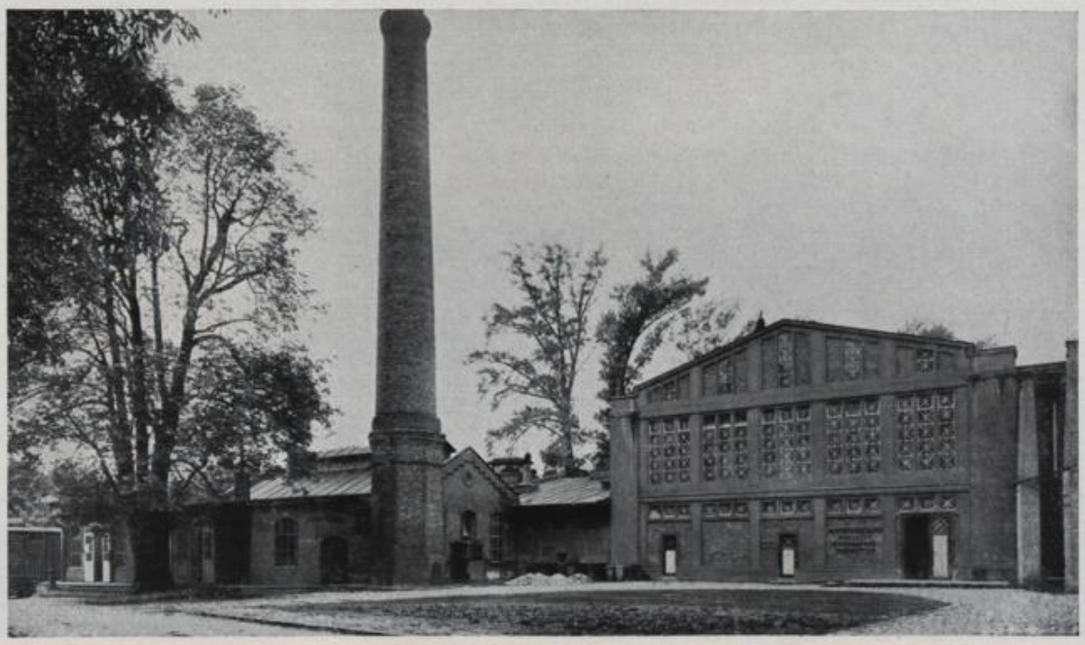
Magazin der Prateranlage

Schälen, Polieren und Halbieren von Erbsen vorgenommen wird. Dieser Betriebszweig stellt eine überaus günstige Ergänzung des Lagergeschäftes dar und erfreut sich eines immer stärkeren Zuspruches einheimischer und ausländischer Handelskreise. Diese Art der Warenveredelung, die ausschließlich als Lohnarbeit durchgeführt wird, verdient auch deshalb besondere Beachtung, weil sie bisher fast zur Gänze im Auslande besorgt werden mußte. Nun ist es möglich, in Wien täglich vier Waggons Pflaumen zu etuvieren und einen Waggon Erbsen zu schälen und damit nicht nur die Veredelungsarbeit für den gesamten Inlandskonsum an Dörrpflaumen und Schälerbsen zu besorgen, sondern auch zum Teil noch für den Transithandel und Export zu arbeiten.

Die Abwicklung des Verkehres erfolgt an drei Landungsplätzen mit einer Uferlänge von insgesamt 2200 Metern und in drei eigenen Bahnstationen: Wien Lagerhaus, Wien Speicher Zwischenbrücken und Wien Winterhafen, die auch Tarifstationen der Österreichischen Bundesbahnen sind und deren Geleise eine Gesamtlänge von 23 Kilometer aufweisen. Im maschinellen Betriebe stehen insgesamt 94 Motoren mit 1250 Pferdestärke in Verwendung.

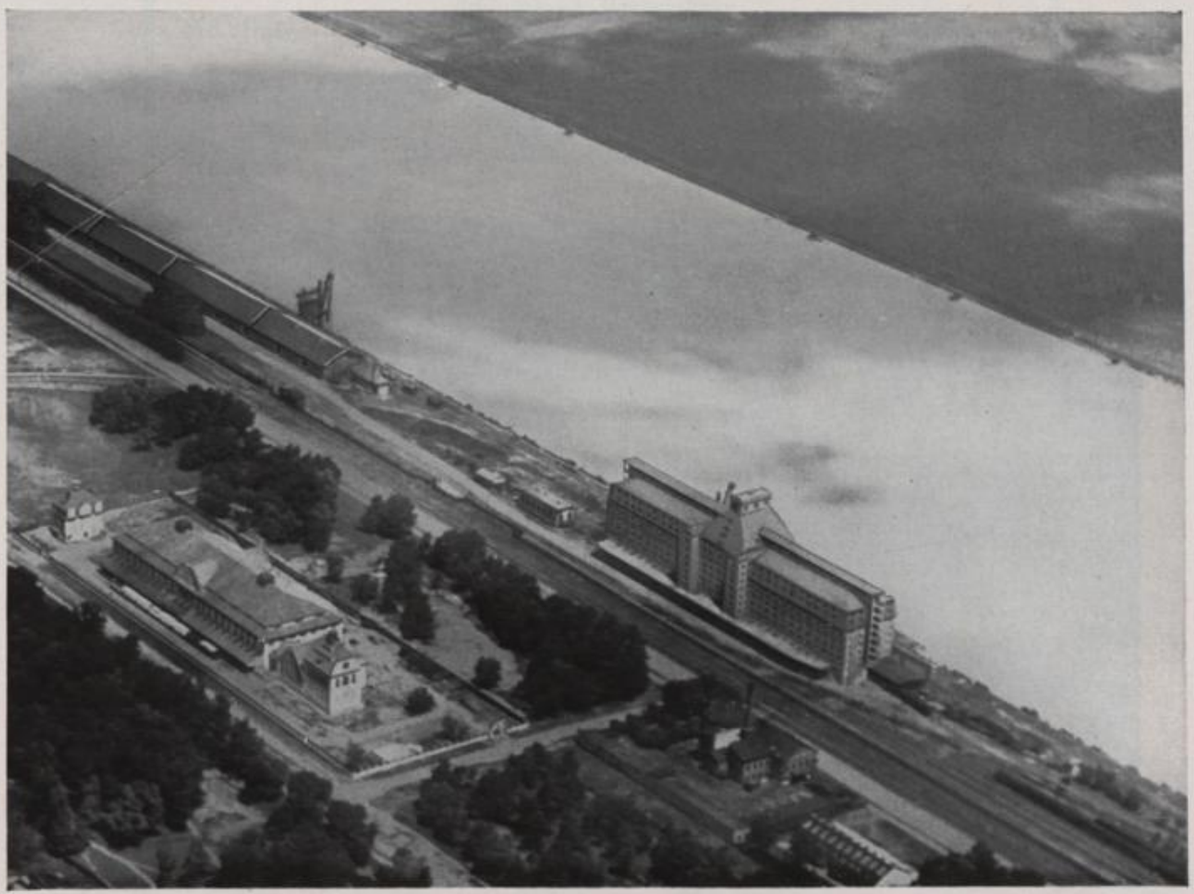
Mit der gewaltigen Ausgestaltung, die der Betrieb auf technischem Gebiete gegenüber dem Jahre 1913 erfahren hat, als er nur Kai- und Prateranlage umfaßte, geht auch eine sehr beträchtliche Verkehrssteigerung Hand in Hand. In der folgenden Übersicht sind die Verkehrsziffern des Jahres 1913 den Ergebnissen des wirtschaftlich gewiß sehr ungünstigen Jahres 1925 gegenübergestellt.

Verkehrsmittel	1913 Meterzentner	1925 Meterzentner
Bahnverkehr	1,345.393	2,524.569
Schiffsverkehr	562.248	1,013.874
Fuhrwerksverkehr	662.805	666.067
Gesamtverkehr	2,570.446	4,204.510



Veredlungsanlage, Ausstellungsstraße

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß der Fuhrwerksverkehr, der ausschließlich dem Wiener Konsum Waren zuführt, fast gleich geblieben ist, während der Schiffsverkehr gegenüber der Vorkriegszeit um rund 80 Prozent, der Bahnverkehr um zirka 87 Prozent zugenommen hat. Dieser Vergleich fällt noch wesentlich günstiger aus, wenn die Jahre 1914 bis 1924 dazu herangezogen werden. Allerdings entfällt der größte Teil des Verkehrszuwachses auf den Warendurchzug ohne Lagerbildung, eine Tatsache, die in den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen ihre Begründung findet, leider aber auch eine wesentliche Einnahmsquelle des Betriebes zum Versiegen gebracht hat. So ist es erklärlich, daß auch die städtischen Lagerhäuser, die keine Monopolstellung einnehmen, sondern neben anderen öffentlichen und privaten Lagerhäusern bestehen müssen, von der Wirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. — Von den im Jahre 1925 in den städtischen Lagerhäusern eingelangten Transporten waren 30 Prozent für die Versorgung Wiens bestimmt, 45 Prozent entfielen auf Weitersendungen nach den österreichischen Bundesländern, 25 Prozent auf den zwischenstaatlichen Handelsverkehr. Die Lagerhäuser der Stadt Wien, die ursprünglich nur Zwecken der Wiener Approvisionierung dienten, haben also heute eine Bedeutung erlangt, die weit über die Grenzen Wiens hinausreicht. Schreitet diese Entwicklung des Verkehres in der gleichen Richtung wie bisher fort, so erscheint der Betrieb dazu berufen, bei der Festigung und Erstarkung des neuen Wien im internationalen Handelsverkehr eine nicht unwesentliche Rolle zu spielen.



Kaianlage und Kühllagerhaus (Fliegeraufnahme)

Das Kontrollamt der Bundeshauptstadt Wien

Von Franz Rudolf Müllner, Kontrollamtsdirektor der Bundeshauptstadt Wien

Anläßlich der Verfassungsänderung der Bundeshauptstadt Wien und der dadurch hervorgerufenen Verwaltungsreform des Gemeindehaushaltes im Jahre 1920 ist dem allgemeinen Verwaltungsgrundsatz einer eigenen, unabhängigen Kontrolle durch die Schaffung des Kontrollamtes, d. i. eines Stadtrechnungshofes, Rechnung getragen worden (Gemeinderatsbeschluß vom 30. Juni 1920, Pr. Zl. 12.220). Das neu geschaffene Kontrollamt wurde mit einem neuartigen Wirkungskreis ausgestattet. Während bisher den Kontrollstellen öffentlicher Gebietskörperschaften hauptsächlich nur die Rechnungskontrolle oblag, wurden nunmehr in der öffentlichen Wirtschaft bisher unerforschte Kontrollgebiete insoferne erschlossen, als in den Wirkungskreis des Kontrollamtes außer der Rechnungskontrolle auch die Wirtschafts- und Organisationskontrolle einbezogen wurde.

Vor dem Jahre 1920 bestand bei der Gemeinde Wien die Stadtbuchhaltung, die die Gemeindebuchhaltung im eigentlichen Sinne besorgte und außerdem die Rechnungs- und Kompetenzkontrolle auszuüben hatte. Daneben sollte sie noch in Fragen von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung gutächtliche Äußerungen abgeben. Die Durchführung dieser Aufgaben hat sich jedoch nicht in der beabsichtigten Weise entwickelt, da die Tätigkeitsgebiete, von denen zwei (Liquidierungsdienst und Rechnungshilfsdienst) grundsätzlich dem dritten (Rechnungskontrolldienst) unterstellt sein sollten, nicht scharf voneinander abgegrenzt waren und im Laufe der Jahre immer mehr auf Kosten des Rechnungskontrolldienstes, und zwar ineinander verschmolzen.

Die Stellung und der Aufgabenkreis des Kontrollamtes sind in den §§ 13 und 76 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und in der Geschäftsordnung für das Kontrollamt festgelegt.

Das Kontrollamt untersteht unmittelbar dem Bürgermeister und dem Gemeinderat und ist vom Magistrat unabhängig. Es hat die Gebarung der gesamten Gemeindewirtschaft — der Ämter, Anstalten, Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde Wien — in formeller, sachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu prüfen. Sein Aufgabenkreis umfaßt daher folgende sachlich zwar zusammenhängende, begrifflich jedoch vollkommen getrennte Tätigkeitsgebiete:

1. die Gebarungskontrolle,
2. die Rechnungskontrolle und
3. die Organisationskontrolle.

Die Gebarungskontrolle als wichtigstes Tätigkeitsgebiet beinhaltet die Überprüfung der Gebarung der Gemeindewirtschaft in bezug auf die Wirtschaftlichkeit. Das Kontrollamt übt diese Kontrolle als unmittelbares Hilfsorgan des Gemeinderates aus. Die Gebarungskontrolle darf und kann aber weder in die verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse der Gemeindeverwaltung eingreifen, noch der Verantwortlichkeit der Gemeindeverwaltung vorgreifen. Die Kontrolle ist grundsätzlich „im nachhinein" auszuüben. Die Gebarung der anweisenden Dienststellen, Betriebe und Unternehmungen werden im Laufe des Verwaltungsjahres nach Entstehen der Geschäftsfälle überprüft. Ein Einspruchsrecht gegen Verwaltungsakte steht dem Kontrollamte demnach nicht zu, der Kontrollamtsdirektor ist daher für solche Verwaltungsakte auch nicht mitverantwortlich. Er allein trägt aber für die Ausübung der Kontrolle als solcher die volle Verantwortung. Diese Verantwortlichkeit bedingt, um jederzeit alle Schlußfolgerungen aus der Kontrolle ziehen zu können, das verfassungsmäßig gewährleistete Recht der unmittelbaren Berichterstattung an den Bürgermeister und an den Gemeinderat.

Die Notwendigkeit der Wirtschaftskontrolle und ihrer intensivsten Ausgestaltung ist im Wesen der öffentlichen Wirtschaft, die aus den Mitteln der Allgemeinheit bestritten wird, zwingend begründet. Gestützt auf die Autorität eines klar gefaßten Gesetzes und zielbewußt geführt, kann das Kontrollamt wesentlich dazu beitragen, die für eine straffe Führung des Gemeindehaushaltes unerläßliche formelle Ordnung der Gemeindewirtschaft aufrechtzuerhalten. Die oberste Pflicht des Kontrollamtes besteht darin, die Gemeindeverwaltung von seinen Feststellungen fortgesetzt in rückhaltloser Offenheit zu unterrichten und alle wirtschaftlichen Mängel aufzudecken. Die Kontrolle steht also nicht, wie häufig mißverständlich angenommen wird, im Gegensatze zur Verwaltung, sondern arbeitet in ihrem Interesse.

Das wichtigste Mittel zur wirksamen Gebarungskontrolle liegt darin, daß die Kontrollamtsbeamten die wirtschaftliche Kontrolle ständig an Ort und Stelle ausüben. Diesen Kontrollamtshandlungen kommt auch deshalb eine große Bedeutung zu, weil sie den lebendigen Kontakt zwischen dem Kontrollamt und dem Organismus der Gemeindeverwaltung herzustellen und ständig zu erhalten geeignet sind.

Das zweite Tätigkeitsgebiet betrifft die Rechnungskontrolle. Die Kontrolle der Rechnungsrichtigkeit bildet eine wertvolle Ergänzung und einen notwendigen Behelf für die Kontrolle der Wirtschaftlichkeit

der Gebarungen der gesamten Gemeindewirtschaft. Sie wird insbesondere dadurch wirksam gemacht und unterstützt, daß im Wege von Organisationsmaßnahmen Einrichtungen getroffen werden, durch die den einzelnen Ämtern und Betrieben eine zwangsläufige interne Gegenkontrolle ermöglicht wird.

Das dritte Tätigkeitsgebiet des Kontrollamtes umfaßt die Organisationskontrolle. Diese bildet das unentbehrliche Bindeglied zwischen der Gebarungskontrolle und der Rechnungskontrolle. Das Kontrollamt muß von jeder geplanten Änderung in der Organisation rechtzeitig vorher verständigt werden, um Gelegenheit zur Prüfung des Umstandes zu besitzen, ob und wie sich eine solche Organisationsänderung in die bestehende Betriebsorganisation einfügt und wirtschaftlich zu rechtfertigen ist. Das Kontrollamt hat die Pflicht, Organisationsänderungen nicht etwa nur abzuwarten und zu begutachten, sondern auch selbständig anzuregen. Das Kontrollamt ist dazu durch seine Stellung als zentrale Kontrollstelle nicht nur der Hoheitsverwaltung, sondern auch aller städtischer Unternehmungen und finanzieller Beteiligungen der Gemeinde Wien besonders befähigt, weil es in der Lage ist, bei seiner täglich sich erneuernden Kontrolle die reichsten praktischen Erfahrungen zu sammeln und sie hinsichtlich beobachteter Mängel oder Vorzüge der Organisation für alle Gemeindestellen nutzbar zu machen.

Dem Kontrollamt obliegt auch die Prüfung des Hauptrechnungsabschlusses der Stadt Wien und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen. Diese Prüfung, bei der besonders auf die Kontrolle der Kredite Bedacht zu nehmen ist, stellt das Endglied der laufend ausgeübten Kontrolle in formeller, sachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht dar.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet des Kontrollamtes liegt in der Kontrolle der privaten Unternehmungen, an denen die Gemeinde Wien finanziell in erheblicherem Umfang beteiligt und für deren Gebarung sie durch die Entsendung von Gemeindevertretern in die Verwaltung mitverantwortlich ist. Die Überprüfung der Gebarung solcher Unternehmungen beschränkt sich hauptsächlich auf die Wahrung der finanziellen Interessen der Gemeinde Wien.

Um nun diesem Aufgabenkreis entsprechen zu können, ist das Kontrollamt berechtigt, mit allen Dienststellen der städtischen Verwaltung, Betriebsverwaltung und Unternehmungsverwaltung unmittelbar zu verkehren und die Einsendung von Rechnungsbelegen und Schriftstücken usw. zu verlangen.

Die Kontrollamtsbeamten sind berechtigt, sich an Ort und Stelle ohne vorherige Anmeldung zu überzeugen, ob die in den Rechnungsunterlagen und Belegen enthaltenen Angaben mit den Tatsachen übereinstimmen. Hiebei haben sie ständig zu überprüfen, ob die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit eingehalten werden. Wenn der Kontrollamtsbeamte bei einer Überprüfung die Überzeugung gewinnt, daß die überprüfte Geschäftsgebarung in formeller, sachlicher, wirtschaftlicher oder organisatorischer Beziehung abänderungsbedürftig ist, darf er keine unmittelbaren Weisungen erteilen, sondern muß entsprechend begründete Berichte an den Kontrollamtsdirektor erstatten. Falls es sich nur um Mängel in formeller Beziehung handelt, wird die Behebung auf kurzem Wege und womöglich ohne Schriftenwechsel herbeigeführt. Beanständungen in sachlicher, organisatorischer oder wirtschaftlicher Hinsicht müssen den betreffenden Dienststellen schriftlich übermittelt werden. Solche Beanstandungen müssen in kürzester Frist, längstens innerhalb 4 Wochen von der betreffenden Dienststelle beantwortet werden. Wenn das Kontrollamt die Beantwortung für nicht entsprechend erachtet oder wenn die Beantwortung trotz Betreibung unterbleiben sollte, so wird der betreffende Fall, mit bestimmten Anträgen begleitet, dem Bürgermeister vorgelegt. Über diese Berichte entscheidet, falls die vom Kontrollamt vorgeschlagenen Maßnahmen in den Wirkungskreis des Bürgermeisters fallen, dieser selbst, sonst leitet er die Berichte an den Finanzausschuß oder an den Gemeinderat.

Die Geschäfte des Kontrollamtes werden vom Kontrollamtsdirektor, von den Kontrollamtsbeamten, den Kontrollamtsanwärtern und dem Hilfspersonal besorgt. Der Kontrollamtsdirektor wird über Vorschlag des Bürgermeisters vom Gemeinderat auf fünf Jahre bestellt. Er kann nur durch Beschluß des Gemeinderates abberufen werden. Das übrige Personal des Kontrollamtes ist nach Vorschlag des Kontrollamtsdirektors aus den städtischen Angestellten zuzuteilen. Dem Kontrollamt können dauernd oder vorübergehend auch Personen angehören, die vertragsmäßig angestellt sind. Der Kontrollamtsdirektor ist der Vorstand des zugeteilten Personals.

Die Kontrollamtsbeamten sind in einer eigenen Standesgruppe vereinigt. Für ihre Ergänzung gelten folgende Erfordernisse: Die Zuweisung zum Kontrollamt als Kontrollamtsanwärter ist an die Erfüllung der im § 13, Punkt 10, der allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien vorgeschriebenen Erfordernisse und die Zurücklegung einer mindestens zehnjährigen zufriedenstellenden Dienstleistung bei der Gemeinde Wien gebunden. Für die Überreihung in die Standesgruppe der Kontrollamtsbeamten ist weiters eine mindestens zweijährige, höchstens aber dreijährige zufriedenstellende praktische Verwendung im Kontrollamtsdienst und die Ablegung einer Fachprüfung für den Kontrollamtsdienst erforderlich.

Die Geschäftseinteilung des Kontrollamtes ist derart getroffen, daß sie eine zwangsläufige Kontrolle auf sämtlichen Gebieten der Gemeindewirtschaft gewährleistet und dabei dennoch die notwendige Bewegungsfreiheit besitzt, um die Kontrolltätigkeit den jeweiligen Bedürfnissen anpassen zu können,

auszubauen und zu vertiefen. In den ersten drei Jahren seines Bestandes mußte das Kontrollamt infolge der Durchführung der Verwaltungsreform in erster Linie auf die Organisationskontrolle eingestellt sein.

Das Kontrollamt erblickte zunächst seine Hauptaufgabe darin, eine Reform des Rechnungswesens der Gemeinde Wien sowohl hinsichtlich der Art der Verrechnung als auch hinsichtlich der Durchführung des Rechnungs- und Kassendienstes anzuregen und durchzuführen.

Der Übergang von der kameralistischen zur kaufmännischen Verrechnung wurde durch die Neugruppierung der Verwaltungszweige im Jahre 1920 begünstigt und in der Folge noch weiter ausgebaut. Gemäß § 111 der Gemeindeverfassung wurden nämlich solche Verwaltungszweige, die sich ihrer Natur nach dazu eignen, wie z. B. Baustoffbeschaffung, Gemeindefriedhöfe, Bäder, Wasserversorgung, Marktwesen, Lagerhäuser, Wirtschaftsamt, durch Gemeinderatsbeschluß als „Betriebe" organisiert. Für jene Verwaltungszweige, die infolge ihrer Wesensart nicht ausdrücklich als Betriebe erklärt werden konnten, wie z. B. Wohlfahrtsanstalten, Schulwesen, Feuerwehr, Kanalisationswesen, Amts-, Schul- und Wohnhäuserverwaltung, wurde späterhin die Einrichtung getroffen, diese Verwaltungszweige nach Art der Betriebe zu führen und zu verrechnen. Die Schaffung von städtischen Betrieben und betriebsmäßig geführten Verwaltungszweigen machte aber mit der kaufmännischen Führung dieser Agenden naturgemäß auch die Einführung der doppelten Buchhaltung erforderlich.

Da nun die zwangsläufige Verrechnung der doppelten Buchhaltung jederzeit ein klares Bild und eine zuverlässige Übersicht über den jeweiligen Vermögensstand und jede Vermögensbewegung bietet, wurde nach Tunlichkeit in allen Zweigen der einzelnen Verwaltungsgruppen an Stelle der kameralistischen Verrechnung die kaufmännische Buchführung eingeführt, so daß gegenwärtig in der Hauptsache nur mehr der Personalaufwand, soweit er nicht bereits betriebsmäßig erfaßt erscheint, ferner die Finanz-, Steuer- und Abgabengebarung und einzelne Agenden des Fürsorgewesens und der allgemeinen Verwaltung kameral verrechnet werden.

Das an Stelle der ehemaligen Stadtbuchhaltung errichtete städtische Rechnungsamt wurde in Fachrechnungsabteilungen, Rechnungsabteilungen und Betriebsbuchhaltungen gegliedert. Der Rechnungsdienst der kameralistisch verrechneten Aufwandswirtschaft obliegt den Fachrechnungsabteilungen, die den administrativen Rechnungshilfsdienst versehen, und den Rechnungsabteilungen, die die Liquidierung und Buchführung besorgen. Für die kaufmännisch geführten Verwaltungszweige wurden Betriebsbuchhaltungen eingerichtet, die in sich die Agenden der Fachrechnungsabteilung und der Rechnungsabteilung vereinigen und den Betrieben angegliedert sind.

Der Kassendienst wurde auf den Vollzug der Kassengeschäfte, die Verwahrung der Geld- und Wertbestände und die Führung der kassenmäßigen Nachweisungen beschränkt und von der Buchführung und Rechnungslegung vollständig getrennt. Ferner wurde durch die Einführung des Kontokorrentverkehrs innerhalb sämtlicher städtischer Kassen eine Vereinfachung der Kassengebarung erzielt, die im Verein mit dem Ausbau der Bankgebarung durch die Errichtung einer eigenen Girostelle im Rahmen der Zentralrechnungsabteilung auch eine weitgehende Ausgestaltung und Belebung des bargeldlosen Zahlungsverkehres nach sich zog. Durch die Schaffung von Fachrechnungs-, Rechnungs- und Kassenabteilungen in den magistratischen Bezirksämtern wurde weiters eine wesentliche Entlastung der zentralen Verrechnung und eine raschere Geschäftsabwicklung ermöglicht.

Zur strafferen Überwachung der Budgetkreditgebarung und zur Feststellung der zeitgerechten Erwirkung von Zuschuß-, Sach- und Nachtragskrediten wurden geeignete Kredit- und Bestellscheinevidenzen geschaffen.

Die Neueinteilung des Rechnungs- und Kassendienstes, für dessen Ausübung in einer eigenen Rechnungs- und Kassenordnung genaue Bestimmungen festgelegt wurden, ermöglichte die tägliche Aufbuchung der Geschäftsfälle und die tägliche Kontrolle der gesamten Gebarung.

In Ausübung der Organisationskontrolle arbeitet das Kontrollamt in erster Linie auf die Vereinfachung der Geschäftsgebarung und die Mechanisierung des Verrechnungsgeschäftes hin. So wurden bereits neben modernen Bureaumaschinen in der Steuerverrechnung das Karteisystem und in fast sämtlichen Betrieben und Unternehmungen der Gemeinde Wien die Durchschreibebuchhaltung eingeführt. Ferner wurde das Lochkartensystem (System Hollerith), das auf der maschinellen Verarbeitung der Geschäftsfälle, die auf Karten gelocht werden, beruht, bei einer Unternehmung der Gemeinde Wien bereits in Verwendung genommen. Versuche mit dem verbesserten Lochkartensystem Tauschek wurden in die Wege geleitet.

Die Ergebnisse der auf Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitsweise abzielenden Organisationskontrolle wirkten sich naturgemäß als wirtschaftliche Sparmaßnahmen aus. In den Jahren 1923 und 1924 waren die Organisationsänderungen bereits größtenteils durchgeführt, so daß die Kontrolle von nun an ihr Schwergewicht auf die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Gebarungen verlegen konnte.

Die Wirtschaftskontrolle ist die wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe des Kontrollamtes und zugleich das Endziel jeder Kontrolltätigkeit überhaupt. Ihre wirksame Ausübung erfordert eine fortgesetzte Spezialisierung und Verfeinerung der Kontrollmethoden. Um eine sichere Grundlage für die Ausübung

der Wirtschaftskontrolle zu gewinnen, die wirtschaftlichen Vorgänge rasch und verläßlich verfolgen zu können und die Wirtschaftskörper auf die größtmöglichste Ökonomie zu bringen, hat das Kontrollamt stets großen Wert auf den Ausbau von Wirtschaftsstatistiken gelegt. Eine Erweiterung der Wirtschaftskontrolle trat im Jahre 1923 durch die Errichtung einer eigenen Abteilung für Bauwirtschaftskontrolle ein. Die Spezialisierung der Kontrolle wird auch durch die Bildung von Abteilungen, z. B. für die Kontrolle der privaten Unternehmungen, an denen die Gemeinde Wien finanziell beteiligt ist, wesentlich gefördert. Ferner wurde eine Fachgruppe für Organisationswesen eingerichtet, um eine einheitliche Durchführung von Organisationsmaßnahmen zu gewährleisten und die Abteilungen für Hoheits-, Betriebs- und Unternehmungsverwaltungskontrolle auf dem kürzesten Wege in die Lage zu versetzen, sich mit allen Neuerungen auf dem Gebiete der Betriebswissenschaften, der Rationalisierungsmethoden, der Normungsvorschriften, der Bureautechnik usw. vertraut zu machen.

Das Kontrollamt hat mit Rücksicht auf seinen Wirkungskreis und Aufbau verschiedenen Rechnungshöfen, neugeschaffenen Kontrollämtern österreichischer Bundesländer und Städten des In- und Auslandes als Vorbild gedient.

Aus dieser Darstellung ist zu ersehen, welche wirtschaftliche Bedeutung einer Kontrollstelle im Rahmen der Wirtschaftsführung von Gebietskörperschaften zukommt. Aus diesem Grunde wird auch in Hinkunft jede Verwaltungsreform diese Art der Lösung der Kontrollfrage anstreben müssen.

Nachträge und Veränderungen während des Druckes

Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die wichtigsten Änderungen und Ergänzungen der im Hauptbande enthaltenen Darstellung über die Personalangelegenheiten und die Verwaltungsreform der Wiener Gemeindeverwaltung. Trotz aller gebotenen Kürze weist der folgende Beitrag einen verhältnismäßig großen Umfang auf. Es ist begreiflich, daß in einer Zeit, in der auf allen Gebieten sich ein Drängen nach Fortschritt und Verbesserung bemerkbar macht, auch die Fortentwicklung des Dienstrechtes der Angestellten und die Durchführung von Betriebsreformen in der öffentlichen Verwaltung stärker als sonst in Erscheinung treten. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß auch in dem kurzen Zeitraum seit der Drucklegung des Bandes I des Städtewerkes „Das neue Wien" eine ganze Reihe wichtigerer Maßnahmen auf dem Gebiete des Dienstrechtes und der Verwaltungsreform zur Durchführung gelangte, die sicher von allgemeinem Interesse sind.

Die Reihenfolge, in der in den folgenden Ausführungen die Ergänzungen gebracht werden, entspricht der Gliederung des bezüglichen Abschnittes im Hauptbande.

Personalstand, Personalverteilung und Personalaufwand*

Der Personalstand der Gemeinde zeigt gegenüber der Darstellung im Bande I keine nennenswerte Änderung.

Der Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1928 liegt folgender Personalstand zugrunde:

Eigentliche Hoheitsverwaltung	6.315
Betriebe	12.862
Schulen	6.852
Unternehmungen	26.758

Der im Band I ausgewiesene Personalstand, dem die Verhältnisse des Jahres 1926 zugrunde lagen, war um rund 2400 Personen niedriger als der angegebene Stand. Dies erklärt sich aus der Verschiedenheit der Stichtage bei beiden Aufstellungen, von denen der für die obige Personalstatistik maßgebende Stichtag in eine Zeit fällt, in der noch die Saisonarbeiter in den verschiedenen Betrieben und Unternehmungen in Beschäftigung standen, während der Stichtag der Personalstatistik des Hauptbandes außerhalb der normalen Beschäftigungszeit von Saisonarbeitern liegt.

Die Gesamtzahl der Pensionsparteien beträgt nunmehr 17.189, ist also um ungefähr 1700 gestiegen, zum Teile eine Auswirkung der Dienstzeitverkürzung durch begünstigte Anrechnung der Kriegsjahre.

Der Personalaufwand der Gemeinde Wien (ausschließlich des Personalaufwandes für die städtischen Unternehmungen) ist für 1928 mit S 169,862.930 veranschlagt. Hievon entfallen S 128,458.420 auf die Aktiven, S 41,404.510 auf die Pensionsparteien.

Gliederung der Gemeindeangestellten

Angestellte der Hoheitsverwaltung und Angestellte der Unternehmungen**

Das in der allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten der Stadt Wien niedergelegte Dienstrecht wurde im Jänner 1927 in einigen wichtigen Belangen einer Änderung unterzogen. Diese Änderung bezog sich neben der Kodifizierung bereits früher beschlossener Vorschriften hauptsächlich auf Bestimmungen des Disziplinarrechtes und bedeutete eine im Interesse sowohl der Verwaltung wie der Angestellten gelegene Neuordnung.

Nachstehend werden diese geänderten Bestimmungen im Wortlaute abgedruckt:

§ 15, Absatz 7 und ff.:

Wenn ein Angestellter gerechtfertigt als „ungenügend" beschrieben wird, so wird hiedurch die laufende Frist für die Vorrückung in die nächste Bezugsstufe (Bezugsklasse) um ein Jahr verlängert.

Die Beschreibung als „ungenügend" ist dem Angestellten von seinem hiezu berufenen Vorstand mit Begründung schriftlich bekanntzugeben. Es steht dem Angestellten frei, dagegen seine Einwendungen vorzubringen.

Über die Verlängerung der Vorrückungsfrist entscheidet der Magistratsdirektor. Von der Entscheidung ist auch die zuständige Personalvertretung zu verständigen.

* Siehe Band I, Seite 56 ff.
** Siehe Band I, Seite 63 ff.

Gegen diesen Ausspruch steht dem Angestellten die Berufung an die Beschreibungskommission offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen bei der Magistratsdirektion schriftlich einzubringen und hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Beschreibungskommission besteht aus einem vom Bürgermeister bestellten Gemeinderat als Vorsitzenden und zwei erfahrenen Angestellten, die mindestens zehn Jahre ununterbrochen im Dienste der Gemeinde stehen, als Mitgliedern, deren eines vom Magistratsdirektor, das andere von der zuständigen Personalvertretung zu entsenden ist.

Die Kommission entscheidet mit Stimmenmehrheit nach Anhörung des Angestellten und eines Vertreters der Dienststelle.

Vor Ablauf der verlängerten Frist ist der Angestellte neuerlich zu beschreiben. Lautet diese Beschreibung abermals auf „ungenügend", so tritt unter Einhaltung der obigen Verfahrensvorschriften eine neuerliche Verlängerung der Vorrückungsfrist um ein Jahr ein.

Nach Aufhebung der ungenügenden Beschreibung kann der Magistratsdirektor bei andauernd und vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung verfügen, daß die Verlängerung der Vorrückungsfrist ganz oder teilweise nachgesehen wird. Eine Nachzahlung findet jedoch in keinem Falle statt.

§ 18, 1. Absatz, hat zu lauten:

Die für die Zeitvorrückung, für den Genuß der von der Dauer der Dienstzeit abhängigen Rechte, für die Bemessung des Ruhegenusses und für die Dauer der provisorischen Anstellung anrechenbare Dienstzeit beginnt mit dem Tage des tatsächlichen Dienstantrittes. Die in einem der Unterstellung unter die Dienstordnung unmittelbar vorangegangenen Vertragsverhältnisse zur Gemeinde in Vollbeschäftigung zurückgelegte Dienstzeit wird für die Zeitvorrückung und für die Probedienstzeit gleich einer in dienstordnungsmäßiger Eigenschaft zurückgelegten Dienstzeit angerechnet.

§ 18, 2. Absatz, hat zu lauten:

Die im Bundes-, Landesdienste oder im Dienste einer fremden Gemeinde tatsächlich zugebrachte und nach den für diese Dienste geltenden Bestimmungen für die Ruhegenußbemessung anrechenbare, an den Antritt des Gemeindedienstes ohne Unterbrechung anschließende Zeit ist, soferne nicht für diese Dienstzeit ein Ruhegenuß gebührt oder eine Abfertigung gewährt wurde, für die Zeitvorrückung und die Bemessung der Ruhebezüge gleich einer im Gemeindedienste zugebrachten Dienstzeit anzurechnen, ebenso jene Privatdienstzeit, die unmittelbar vor dem Übertritt in den Gemeindedienst liegt, soweit sie Aufnahmsbedingung ist. Die bereits vorliegenden Zusicherungen der Einrechnung einer Dienstzeit bleiben in Kraft. Die im seinerzeitigen Militärdienste verbrachte Zeit, durch die eine Unterbrechung der Dienstleistung bei der Gemeinde erfolgte, gilt als anrechenbare Dienstzeit. Angestellten, welche nach dem 31. Dezember 1924 aufgenommen oder nach dem 31. Dezember 1924 dieser Dienstordnung unterstellt wurden oder künftig unterstellt werden, wird eine nach diesem und dem vorhergehenden Absatze anrechenbare Dienstzeit für die Bemessung der Ruhebezüge nur dann angerechnet, wenn sie die Pensionsbeiträge für diese Zeit nachzahlen. Diese Nachzahlung entfällt im Falle eines Diensttausches, weiters hinsichtlich einer im Bundes-, Landesdienste oder im Dienste einer fremden Gemeinde zurückgelegten Dienstzeit der vorbezeichneten Art, wenn und soweit die vorgenannten Körperschaften den aus dem Dienste der Gemeinde übernommenen Angestellten eine gleiche Anrechnung ohne Pensionsbeitragsnachzahlung gewähren. Die Dienstzeit ist als ohne Unterbrechung anschließend auch dann anzusehen, wenn die Unterbrechung drei Monate nicht übersteigt.

Im 3. Absatz hat es nach den Worten „Anrechnung einer . . ." zu lauten:

Dienstzeit für die Zeitvorrückung und den Ruhegenuß, für letzteren jedoch nur gegen Nachzahlung der Pensionsbeiträge bewilligen. Die Nachzahlung der Pensionsbeiträge entfällt für eine in den Jahren 1923 und 1924 bei der Gemeinde Wien zugebrachte Dienstzeit, soweit von den Bezügen Rückhalte für Rechnung der Einkommensteuer und Pensionsbeiträge gemacht wurden.

§ 18, als 4. Absatz wird eingefügt:

Die Pensionsbeiträge sind im Falle einer Anrechnung nach § 18, Absatz 1 oder 2, mit jenem Betrage zu bemessen, den gleichartige Angestellte mit gleichem Dienstalter während der angerechneten Zeit im Gemeindedienste als Pensionsbeitrag zu leisten hatten; die vor dem 1. Jänner 1923 liegende Dienstzeit hat hiebei außer Betracht zu bleiben. Im Falle einer Anrechnung nach § 18, Absatz 3, sind die Pensionsbeiträge nach jenen Bezügen zu bemessen, die der Angestellte im Zeitpunkte der Anrechnung hatte.

Als 5. Absatz wird eingefügt:

Werden Bedienstete, die Mitglieder der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen sind, dieser Dienstordnung unterstellt, so tritt an die Stelle der Nachzahlung der Pensionsbeiträge die Überweisung der bei der Pensionskasse eingezahlten Beiträge gemäß § 6, Absatz 4, der Satzungen der Pensionskasse. Diese Überweisung hat zur Folge, daß die im Zeitpunkte der Unterstellung des Angestellten unter diese Dienstordnung nach den Satzungen der Pensionskasse anrechenbare Zeit mit den nach dieser Dienstordnung gegebenen Prozentsätzen für die Bemessung der Ruhebezüge angerechnet wird.

§ 51, Absatz 3 und ff., haben zu lauten:

Wird das Dienstverhältnis eines definitiven Angestellten außer den im 1. Absatz erwähnten Fällen vor Erreichung des Anspruches auf einen Ruhegenuß (§ 45, Absatz 1) durch Versetzung in den dauernden Ruhestand aufgelöst, so erhält er für jedes tatsächlich vollstreckte Dienstjahr 20 vom Hundert der Ruhegenußbemessungsgrundlage als Abfertigung.

Wird das Dienstverhältnis eines provisorischen Angestellten durch eine nicht verschuldete Kündigung aufgelöst, so erhält er für jedes tatsächlich vollstreckte Dienstjahr einen Monatsgehalt als Abfertigung.

Bruchteile eines Jahres werden, wenn sie sechs Monate überschreiten, bei Berechnung der Abfertigung für ein volles Jahr gerechnet, sonst nicht berücksichtigt.

Der Absatz 4 erhält die Bezeichnung Absatz 6.

Im § 55 ist nach den Worten: „. . . zugefallen wäre" einzufügen:

wenn er im Zeitpunkte des Ablebens in den dauernden Ruhestand versetzt worden wäre.

§ 62 erhält folgende Fassung:

Bei Ableben eines Angestellten leistet die Gemeinde einen Beitrag (Todfallsbeitrag) im Höchstausmaße des dreifachen von ihm zuletzt als Gehalt oder Ruhegenuß bezogenen Monatsbetrages.

Dieser Beitrag gebührt der Witwe, soferne sie Anspruch auf einen dauernden Versorgungsgenuß oder eine Abfertigung hat, in Ermangelung einer solchen Witwe jener Person, die mit dem Verstorbenen im gemeinsamen Haushalte gelebt und ihn vor dem Tode gepflegt hat, in letzter Linie seinen Kindern, soferne sie Anspruch auf einen Versorgungsgenuß oder eine Abfertigung haben, in voller Höhe, unter der Voraussetzung, daß keine dritte Person die Beerdigungskosten aus eigenem bestritten hat und den Rückersatz dieser Kosten beansprucht.

In diesem Falle gebührt ihr bis zu dem nach Absatz 1 bestimmten Höchstausmaße der Ersatz dieser Kosten, den allenfalls vorhandenen, nach dem vorhergehenden Absatze anspruchsberechtigten Personen der hienach verbleibende Restbetrag.

§ 65 erhält folgende Fassung:

Der Pensionsbeitrag beträgt für Angestellte, welche nach 55, 52½ und 50 Dienstjahren den Anspruch auf einen Ruhegenuß im Ausmaße der vollen Ruhegenußbemessungsgrundlage erhalten, 2·8, 5 und 5·2 vom Hundert der Ruhegenußbemessungsgrundlage.

Für die Berechnung der Pensionsbeiträge sind der Ruhegenußbemessungsgrundlage auch bedingt anrechenbare Zulagen zuzuzählen.

Im § 84 sind als Absatz 5 und ff. einzufügen:

Wenn aus besonderen Gründen die bloße Androhung der Vollziehung allein zweckmäßiger erscheint als die Vollstreckung der Strafe, kann der Disziplinarausschuß die Vollziehung der im § 85, lit. a bis c, aufgezählten Disziplinarstrafen aufschieben, insoferne

a) der Beschuldigte bisher keine schriftliche Rüge oder Disziplinarstrafe erhalten hat oder eine erhaltene Strafe dieser Art bereits nach § 82, Absatz 7, oder § 93 gelöscht ist und

b) keine Handlung vorliegt, die nach den Bestimmungen der Dienstordnung mit Entlassung bestraft werden kann.

Neben der Beschaffenheit des Dienstvergehens und dem Grade des Verschuldens ist dabei vornehmlich auf das Alter des Bestraften, seine wirtschaftliche Lage und seine dienstliche Führung sowie darauf zu sehen, ob er den Schaden nach Kräften gutgemacht hat.

Wird die Vollziehung der Disziplinarstrafe aufgeschoben, so bestimmt der Disziplinarausschuß eine Probezeit von einem bis drei Jahren.

Wird gegen den Bestraften innerhalb der Probezeit eine neuerliche Disziplinarstrafe verhängt, so ist die aufgeschobene Strafe so zu vollziehen, wie wenn sie in diesem Zeitpunkte rechtskräftig verhängt worden wäre.

Im § 86, lit. c, sind nach den Worten „verflossen sind" die Worte einzufügen:

Die Androhung der Dienstesentlassung kann auch bei einer nach § 84 bedingt verhängten Disziplinarstrafe ausgesprochen werden.

§ 91, 1. Absatz, letzter Satz, hat zu lauten:

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 92, 1. Absatz, hat zu lauten:

Dem Bestraften steht gegen das Disziplinarerkenntnis binnen zwei Wochen, von dem der Zustellung folgenden Tag an gerechnet, die bei seiner Personalstelle einzubringende Berufung offen. Hat der Disziplinarausschuß die Vollziehung der Disziplinarstrafe nach § 84 aufgeschoben, so steht dem Bestraften die Berufung nur dann offen, wenn das Disziplinarerkenntnis auf eine der im § 85 unter lit. b und c aufgezählten Strafen lautet.

Im § 92, Absatz 5, sind die Worte „innerhalb derselben Frist" durch die Worte „innerhalb dreier Wochen" zu ersetzen.

§ 92, Absatz 7, hat zu lauten:

Auf das Verfahren vor dem Berufungssenat finden die Bestimmungen über das Verfahren vor dem Disziplinarausschusse sinngemäß Anwendung. Bei Stimmengleichheit gilt jedoch die dem Beschuldigten günstigere Meinung als Beschluß.

§ 93a (neu):

Nachsicht der Straffolgen.

Dem Bürgermeister steht das Recht zu, auf Ansuchen des Bestraften über Antrag des Magistratsdirektors die nachteiligen Folgen einer der im § 85, lit. a bis c, aufgezählten Disziplinarstrafen ganz oder teilweise nachzusehen, wenn die Verhängung der Strafe mindestens drei Jahre zurückliegt und der Bestrafte seither eine vollkommen klaglose dienstliche Führung aufweist. Die hieraus für die Vorrückung in höhere Bezüge sich ergebende Dienstzeitzurechnung wird mit dem der Verfügung folgenden Monatsersten wirksam.

Eine Nachzahlung findet nicht statt.

§ 94, Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens.

Einem im Disziplinarwege rechtskräftig Verurteilten steht das Recht zu, die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens zu begehren, wenn er neue Beweise und Tatsachen anführt, die geeignet gewesen wären, den Ausgang des Verfahrens zu beeinflussen, falls sie seinerzeit bekannt gewesen wären. Der Antrag auf Wiederaufnahme ist binnen vier Wochen von dem Zeitpunkte an, in dem der Verurteilte nachweislich von dem Wiederaufnahmsgrund Kenntnis erlangt hat, jedoch spätestens binnen fünf Jahren nach Zustellung des rechtskräftigen Erkenntnisses bei der Personaldienststelle einzubringen. Kommen solche Beweise und Tatsachen ohne Zutun des Verurteilten der bezeichneten Dienststelle zur Kenntnis, so hat sie von Amts wegen die Wiederaufnahme einzuleiten. Über die Wiederaufnahme des Verfahrens

entscheidet der zuständige Disziplinarausschuß (§ 80) endgültig. Hat jedoch das Disziplinarerkenntnis auf Entlassung gelautet, so ist gegen die Ablehnung der Wiederaufnahme die Berufung an den Berufungssenat binnen 14 Tagen zulässig. Durch die Wiederaufnahme tritt die Disziplinarsache wieder in den Stand der Untersuchung.

Wird im wiederaufgenommenen Verfahren auf eine andere Strafe als Entlassung erkannt, so besteht kein Anspruch auf Nachzahlung von Bezügen.

Zur Erläuterung der besprochenen Novellierung der allgemeinen Dienstordnung sei folgendes bemerkt:

Neu ist zunächst die Bestimmung des § 15, nach der künftig die ungenügende Beschreibung die Vorrückung in höhere Bezüge in der Weise hemmt, daß die laufende Vorrückungsfrist um ein Jahr verlängert wird. Hiedurch soll der bisher schwer empfundene Mangel beseitigt werden, daß die Dienstordnung keine Handhabe bietet, einen Angestellten wegen ungenügender Dienstleistung, ohne daß gleichzeitig eine disziplinär zu ahndende, dienstliche Verfehlung vorliegt, von der Vorrückung in höhere Bezüge auszuschließen.

Die geänderte Formulierung des § 18 verfolgt den Zweck, das Problem der Anrechnung von Vordienstzeiten bei anderen öffentlichen Körperschaften, wie Bund, Länder, Gemeinde, für die Dienstzeit bei der Gemeinde Wien zu regeln und eine Angleichung an die einschlägigen Vorschriften für die Angestellten des Bundes herbeizuführen.

Im § 84 wird zum erstenmal in das Disziplinarrecht der Wiener Gemeindeangestellten eine in den modernen Strafgesetzen fast überall vorkommende Einrichtung eingeführt — es ist dies die b e d i n g t e Verurteilung. Auch im Disziplinarverfahren soll es künftig, wie im Strafverfahren, möglich sein, unter bestimmten Voraussetzungen die Vollziehung der Strafe dann aufzuschieben, wenn nach der Sachlage die bloße Androhung der Strafe denselben Erfolg verspricht wie der Vollzug.

Der Absicht, die Möglichkeit von Fehlurteilen in der ersten Instanz tunlichst einzuschränken, dient die neue Bestimmung im § 91, 1. Absatz, nach der in der Schuldfrage bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Dafür wurde die bisher bestandene Beschränkung für die Einbringung der Berufung gegen ein Disziplinarerkenntnis beseitigt und bestimmt, daß künftig gegen j e d e Disziplinarstrafe Berufung eingelegt werden kann.

Wichtig ist schließlich die neuaufgenommene Bestimmung des § 93a, nach der dem Bürgermeister das Recht eingeräumt wurde, die nachteiligen Folgen einer Disziplinarstrafe gegebenenfalls ganz oder teilweise nachzusehen.

Gleichzeitig mit der eben besprochenen Novellierung wurde auch die Allgemeine Dienstordnung in der für die städtischen Unternehmungen geltenden Fassung abgeändert.

Abweichungen bestehen nur in folgenden Bestimmungen:

§ 7a. Dieser nur für die Unternehmungsangestellten geltende Paragraph lautet nunmehr:

„Wo in den pensionsrechtlichen Bestimmungen dieser Dienstordnung oder in anderen pensionsrechtlichen Vorschriften vom Gehalt die Rede ist, ist vom 1. Jänner 1927 angefangen der mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 28. Jänner 1927, Pr.Zl. 1564/27, festgesetzte Gehalt, vermindert um 18 vom Hundert, höchstens aber um monatlich 170 Schilling zu verstehen."

§ 15 erfuhr für die Unternehmungsangestellten keine Änderung, da in die Dienstordnung für Unternehmungsangestellte schon im Jahre 1920 die Bestimmung aufgenommen wurde, daß bei ungenügender Beschreibung eine Vorrückungshemmung einzutreten hat.

Die §§ 84 und 86 weisen infolge des verschiedenen Wortlautes der für den Magistrat und die Unternehmungen geltenden Bestimmungen geringfügige textliche Abweichungen gegenüber dem für die Magistratsangestellten geltenden Text auf.

Die Änderungen der §§ 91 und 92 finden auf die Angestellten der Unternehmungen keine Anwendung.

Der § 93a lautet:

„Nachsicht der Straffolgen.

Dem Bürgermeister steht das Recht zu, auf Ansuchen des Bestraften über Antrag der Direktion die nachteiligen Folgen einer der im § 83, lit a und b, aufgezählten Disziplinarstrafen ganz oder teilweise nachzusehen, wenn die Verhängung der Strafe mindestens drei Jahre zurückliegt und der Bestrafte seither eine vollkommen klaglose dienstliche Führung aufweist. Die hieraus für die Vorrückung in höhere Bezüge sich ergebende Dienstzeitzurechnung wird mit dem der Verfügung folgenden Monatsersten wirksam.

Eine Nachzahlung findet nicht statt."

§ 94 lautet:

„Einem im Disziplinarwege rechtskräftig Verurteilten steht das Recht zu, die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens zu begehren, wenn er neue Beweise und Tatsachen anführt, die geeignet gewesen wären, den Ausgang des Verfahrens zu beeinflussen, falls sie seinerzeit bekannt gewesen wären. Der Antrag auf Wiederaufnahme ist binnen vier Wochen von dem Zeitpunkte an, in dem der Verurteilte nachweislich von dem Wiederaufnahmsgrund Kenntnis erlangt hat, jedoch spätestens binnen fünf Jahren nach Zustellung des rechtskräftigen Erkenntnisses bei der Personaldienststelle einzubringen. Kommen solche Beweise und Tatsachen ohne Zutun des Verurteilten der bezeichneten Dienststelle zur Kenntnis, so hat sie von Amts wegen die Wiederaufnahme einzuleiten. Abweisungen dürfen nur vom Bürgermeister über Antrag des Disziplinarausschusses erfolgen. Durch die Wiederaufnahme tritt die Disziplinarsache wieder in den Stand der Untersuchung.

Wird im wiederaufgenommenen Verfahren auf eine andere Strafe als Entlassung erkannt, so besteht kein Anspruch auf Nachzahlung von Bezügen."

Mit 1. Jänner 1927 trat für die Angestellten der Hoheitsverwaltung und der Unternehmungen ein neues Besoldungsschema in Kraft.

Dieses bringt ein für die öffentlichen Angestellten bis dahin neues Entlohnungssystem, indem Sonderzahlungen im Ausmaße je eines halben Monatsbezuges am 1. Juni und am 1. Dezember neben den laufenden Monatsauszahlungen eingeführt werden. Dieses System trägt der Tatsache Rechnung, daß der Urlaub und der Weihnachtsmonat jedem Angestellten naturgemäß größere Auslagen verursacht.

Überdies bringt die Besoldungsänderung des Jahres 1927 den manuellen Arbeitern eine nicht unbeträchtliche Aufbesserung ihrer Bezüge. So wird ein Mindestbezug von 170 Schilling monatlich festgesetzt und die Entlohnung des Gehaltsschemas III wesentlich erhöht.

Nachstehend werden die nunmehr geltenden Gehaltsschemen abgedruckt:

a) Gehaltsschema der Verwaltungsangestellten und Lehrpersonen.

Gehaltsschemen der Verwaltungsangestellten und Lehrpersonen

I.

Leitende Beamte (Stellenbeförderung)

Bezugs-		Bezüge in Schilling		Vorrückungsfrist
Klasse	Stufe	jährlich*	monatlich	
1	4	15.456	1288	—
	3	14.496	1208	2
	2	13.536	1128	2
	1	12.576	1048	2
2	4	11.760	980	—
	3	10.944	912	2
	2	10.128	844	2
	1	9.312	776	2
3	4	8.676	723	—
	3	8.040	670	2
	2	7.404	617	2
	1	6.768	564	2

* Die Bezüge erhöhen sich um die am 1. Juni und 1. Dezember fällig werdenden Sonderzahlungen im Ausmaße je eines halben Monatsbezuges.

II.

Zugeteilte Angestellte (Zeitvorrückung)

Bezugs-		Bezüge in Schilling		Vorrückungsfrist in den Gruppen										
				I.		II.								
Klasse	Stufe	jährlich*	monatlich	*a*	*b*	*a*	*b*	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.
3	4	8676	723	—										
	3	8040	670	2	—									
	2	7404	617	2	2									
	1	6768	564	2	2									
4	4	6408	534	2	2	—								
	3	6048	504	2	2	2	—							
	2	5688	474	2	2	2	2							
	1	5328	444	2	2	2	2	—						
5	4	5052	421	2	2	2	2	2						
	3	4776	398	2	2	2	2	2						
	2	4500	375	2	2	2	2	2	—					
	1	4224	352		2	2	2	2	2	—				
6	5	4068	339						2	2				
	4	3912	326			2	2	2	2	2	—			
	3	3756	313	2	2	2	2	2	2	2	2			
	2	3600	300					2	2	2	2	—		
	1	3444	287	2	2	2	2	2	2	2	2	2	—	
7	5	3324	277				2	2			2	2	2	—
	4	3204	267						2	2	2	2	2	2
	3	3084	257			2	2	2	2	2	2	2	2	2
	2	2964	247						2	2	2	2	2	2
	1	2844	237	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
8	5	2760	230									2	2	2
	4	2676	223		2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
	3	2592	216					2	2	2	2	2	2	2
	2	2508	209			2	2	2	2	2	2	2	2	2
	1	2424	202				2	2	2	2	2	2	2	2
9	6	2352	196						2	2	2	2	2	2
	5	2280	190							2	2	2	2	2
	4	2208	184								2	2	2	2
	3	2136	178									2	2	2
	2	2064	172										2	2
	1	1992	166											2
	0	1920	160											2

Für Angestellte unter 22 Jahren und mit weniger als zwei Dienstjahren verringert sich der Gehalt um zehn Prozent.

* Die Bezüge erhöhen sich um die am 1. Juni und 1. Dezember fällig werdenden Sonderzahlungen im Ausmaße je eines halben Monatsbezuges.

Gruppe X

Zugeteilte Angestellte (Zeitvorrückung)

Bezugs-		Bezüge in Schilling		Vorrückungsfrist
Klasse	Stufe	jährlich*	monatlich	
7 a	5	2688	224	—
	4	2604	217	2
	3	2520	210	2
	2	2436	203	2
	1	2352	196	2
8 a	5	2292	191	2
	4	2232	186	2
	3	2172	181	2
	2	2112	176	2
	1	2052	171	2
9 a	6	2016	168	2
	5	1980	165	2
	4	1944	162	2
	3	1908	159	2
	2	1872	156	2
	1	1836	153	2

Für Angestellte unter 22 Jahren und mit weniger als zwei Dienstjahren verringert sich der Gehalt um zehn Prozent.

* Die Bezüge erhöhen sich um die am 1. Juni und 1. Dezember fällig werdenden Sonderzahlungen im Ausmaße je eines halben Monatsbezuges.

Stufe	Für leitende Beamte					
	Gruppe 12		Gruppe 11		Gruppe 10	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
	in Schilling					
17	1670	20.040	—	—	—	—
16	1590	19.080	—	—	—	—
15	1520	18.240	—	—	—	—
14	1450	17.400	—	—	—	—
13	1380	16.560	1380	16.560	—	—
12	1310	15.720	1310	15.720	—	—
11			1240	14.880	—	—
10			1180	14.160	—	—
9			1120	13.440	—	—
8			1060	12.720	1060	12.720
7			1000	12.000	1000	12.000
6			940	11.280	940	11.280
5					880	10.560
4					815	9.780
3					750	9.000
2					695	8.340
1					630	7.560

Dienstjahre	Stufe	Für zugeteilte Beamte und Angestellte															
		Gruppe 9		Gruppe 8		Gruppe 7		Gruppe 6		Gruppe 4		Gruppe 3		Gruppe 2		Gruppe 1	
		mtl.	jhrl.	mtl.	jhrl.	mtl.	jhrl.	mtl.	jhrl.	mtl.	jhrl	mtl.	jhrl.	mtl.	jhrl.	mtl.	jhrl.
		in Schilling															
31—32	16	—	—	—	—	705	8460	627	7524	539	6468	459	5508	434	5208	395	4740
29—30	15	940	11.280	825	9900	664	7968	593	7116	509	6108	438	5256	414	4968	380	4560
27—28	14	880	10.560	770	9240	618	7416	558	6696	479	5748	418	5016	394	4728	366	4392
25—26	13	815	9.780	715	8580	587	7044	523	6276	454	5448	395	4740	376	4512	352	4224
23 – 24	12	755	9.060	660	7920	553	6636	488	5856	429	5148	379	4548	361	4332	338	4056
21—22	11	715	8.580	610	7320	517	6204	460	5520	404	4848	365	4380	346	4152	325	3900
19—20	10	665	7.980	570	6840	475	5700	432	5184	384	4608	349	4188	332	3984	313	3756
17—18	9	630	7.560	530	6360	454	5448	403	4836	365	4380	329	3948	319	3828	301	3612
15—16	8	585	7.020	490	5880	431	5172	381	4572	347	4164	316	3792	306	3672	289	3468
13—14	7	545	6.540	460	5520	408	4896	362	4344	327	3924	303	3636	293	3516	277	3324
11—12	6	515	6.180	430	5160	390	4680	341	4092	312	3744	291	3492	280	3360	266	3192
9—10	5	480	5.760	400	4800	365	4380	318	3816	295	3540	276	3312	267	3204	255	3060
7—8	4	440	5.280	370	4440	340	4080	300	3600	281	3372	263	3156	255	3060	245	2940
5—6	3	370	4.440	340	4080	315	3780	280	3360	263	3156	252	3024	245	2940	237	2844
3—4	2	340	4.080	310	3720	290	3480	262	3144	250	3000	241	2892	235	2820	226	2712
1—2	1	290	3.480	285	3420	270	3240	245	2940	235	2820	230	2760	225	2700	218	2616

Für Angestellte unter 22 Jahren und mit weniger als zwei Dienstjahren verringert sich der Gehalt um zehn Prozent. Bezugsgruppe 5 wurde mit Gemeinderatsbeschluß vom 28. Jänner 1927, Pr. Z. 564, aufgelassen. Die Bezüge erhöhen sich um die am 1. Juni und 1. Dezember fällig werdenden Sonderzahlungen im Ausmaße je eines halben Monatsgehaltes.

Kollektivvertragsbedienstete*

Die Arbeitsverträge mit den Bediensteten der städtischen Straßenbahn erfuhren durch den Gemeinderatsbeschluß vom 29. Juli 1927 nachstehende Änderungen:

Vertrag I

Punkt 25 lautet:

„Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1927 haben nachstehende Monatsgehalte zu gelten.
In den Monatsgehalten ist das Quartiergeld nach Punkt 51 inbegriffen.

Klasse	*a* Schaffner und Fahrer, die ständig Fahrdienst leisten, Stellwerkswärter, Sperr- und Perronschaffner, Personen- und Lastkraftwagenlenker, Kartenverkäufer	*b* Schaffner und Fahrer in anderen Diensten, Leichtdienstler (Schreiber), Bahnwärter I. Klasse	*c* Bahnwärter II. Klasse	*d* Bahnhofsbedienstete (Kuppler und dergleichen)
1	254	250	236	229
2	257	253	239	232
3	260	256	242	235
4	263	259	245	238
5	266	262	248	241
6	269	265	251	244
7	272	268	254	247
8	275	271	257	250
9	278	274	260	253
10	281	277	263	256
11	284	280	266	259
12	287	283	269	262
13	290	286	272	265
14	293	289	275	268
15	296	292	278	271
16	299	295	281	274
17	302	298	285	277
18	306	302	289	280
19	310	306	293	283
20	314	310	297	286
21	319	315	301	290
22	324	320	305	294
23	329	325	309	298
24	334	330	313	302
25	339	335	318	306

Laufburschen, die bereits vor dem 1. Oktober 1927 im Dienste der städtischen Straßenbahnen gestanden sind, erhalten ab 1. Oktober 1927

a) bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahr . . . . . 86 Schilling monatlich
b) über sechzehn bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr . . . . 93 „ „

Nach dem 1. Oktober 1927 neu eintretende Laufburschen erhalten

a) im ersten Verwendungsjahr . . . . . 70 „ „
b) „ zweiten „ . . . . . 75 „ „
c) „ dritten „ . . . . . 80 „ „
d) „ vierten „ . . . . . 90 „ „

Punkt 34 lautet:

„Funktionärsubstituten, welche in Vertretung von Funktionären ganze Schichten leisten, erhalten eine viertel Normalstunde der Bezugsgruppe I der Verkehrsfunktionäre.“ (Beilage A).

Punkt 48 lautet:

„Funktionärsubstituten erhalten, wenn sie Funktionärdienst leisten, die Überstunden mit der niedersten Überstundenentlohnung der Verkehrsfunktionäre vergütet.“ (Beilage A.)

Punkt 49 lautet:

„Personenwagenlenker erhalten bei einer Leistung bis einschließlich drei Überstunden und ferner für Überstunden ab 22 Uhr bis 7 Uhr die volle Überstundenentlohnung, sonst die halbe.“

* Siehe Band I, Seite 109 ff.

Im Punkt 59 ist nach den Worten: „. . . der betreffenden Dienststelle“ die Wendung: „sofern die Bediensteten unmittelbar mit den bei dieser Dienststelle eingeteilten Angestellten zu arbeiten haben“ einzuschalten.

Im Punkt 62 ist unter *b)* die Wendung: „Kabelbureau mit Ausnahme der bei anderen Dienststellen befindlichen Sektionen“ herauszunehmen und unter *c)* einzuschalten; ferner ist unter *b)* das Wort „Stallwirtschaft“ gestrichen.

In Punkt 66 ist der Satz: „Jeder Bedienstete, der vor dem 1. September des vorangegangenen Jahres im Dienste stand, hat Anspruch auf Urlaub“ gestrichen.

Punkt 74 ist gestrichen und lautet:

„Jeder Bedienstete und Laufbursche erhält nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen jährlich einen Urlaubszuschuß und eine Weihnachtsremuneration von je 50 Prozent des im Auszahlungsmonate gebührenden Monatsgehaltes (Punkt 25).

Der Urlaubszuschuß gebührt, wenn der Bedienstete (Laufbursche) spätestens vor dem 1. April, die Weihnachtsremuneration, wenn der Bedienstete (Laufbursche) spätestens vor dem 1. Oktober des laufenden Jahres in den Dienst der Gemeinde Wien oder ihrer Unternehmungen getreten ist und in beiden Fällen am Auszahlungstage (16. Juni, beziehungsweise 16. Dezember) noch im aktiven Dienste der städtischen Straßenbahnen steht.“

Beilage A lautet:

„Der Normalstundensatz des Verkehrsfunktionärs der Bezugsgruppe I errechnet sich aus dem 208. Teil der Summe von der achten Klasse der Bezugsgruppe I (= S 540) und dem Zwölftel des Jahresqualifikationsdurchschnittswertes (= S 36·25).“

Vertrag II

Punkt 8 lautet:

„Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1927 haben nachstehende Monatsgehalte zu gelten. In diesen Monatsgehalten ist das Quartiergeld nach Punkt 44 mitinbegriffen:

Klasse	*a* Leitungsaufseher, Spezialarbeiter, Vorarbeiter	*b* Streckenaufseher, Facharbeiter	*c* Ang. Arbeiter, Bahnarbeiter I. Klasse, Werkstättenschreiber	*d* Ung. Arbeiter m. b. Verwendung, Bahnarbeiter II. Klasse	*e* Ung. Arbeiter	*f* Weibliche Bedienstete
1	271	270	250	236	229	166
2	274	273	253	239	232	168
3	278	276	256	242	235	170
4	281	280	259	245	238	172
5	285	283	262	248	241	174
6	289	286	265	251	244	176
7	292	289	268	254	247	178
8	295	292	271	257	250	180
9	300	296	274	260	253	182
10	303	299	277	263	256	184
11	306	302	280	266	259	186
12	309	305	283	269	262	188
13	313	309	286	272	265	190
14	316	312	289	275	268	192
15	320	315	292	278	271	194
16	323	318	295	281	274	196
17	327	322	298	285	277	198
18	331	326	302	289	280	200
19	336	330	306	293	283	202
20	341	334	310	297	286	204
21	346	338	315	301	290	206
22	351	343	320	305	294	208
23	357	348	325	309	298	212
24	362	353	330	313	302	216
25	367	358	335	318	306	220

Punkt 28 lautet:

„Bedienstete, welche Funktionärsubstitutendienst leisten, erhalten für eine ganze Schichte eine Zulage von einer viertel Normalstunde der Bezugsgruppe I der Werkstättenfunktionäre.“ (Beilage A.)

Im Punkt 59 sind nach der Wendung: „21 Uhr bis 5 Uhr“ die Worte eingeschoben: „und daran anschließende Überstunden“.

Im Punkt 48 ist nach den Worten: „. . . und an Leitungsanlagen“ eingeschoben: „oder außerhalb der Hauptwerkstätte“.

Im Punkt 54, Absatz 1, ist der Ausdruck: „und die Hochhebe im Bahnhof Koppreitergasse“ gestrichen.

Im Punkt 59 ist der Satz: „Jeder Bedienstete, der vor dem 1. September des vorangegangenen Jahres im Dienste stand, hat Anspruch auf Urlaub“ gestrichen.

Punkt 68 ist gestrichen und lautet:

„Jeder Bedienstete erhält nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen jährlich einen Urlaubszuschuß und eine Weihnachtsremuneration von je 50 Prozent des im Auszahlungsmonate gebührenden Monatsgehaltes (Punkt 8).

Der Urlaubszuschuß gebührt, wenn der Bedienstete spätestens vor dem 1. April, die Weihnachtsremuneration, wenn der Bedienstete spätestens vor dem 1. Oktober des laufenden Jahres in den Dienst der Gemeinde Wien oder ihrer Unternehmungen getreten ist und in beiden Fällen am Auszahlungstage (16. Juni, beziehungsweise 16. Dezember) noch im aktiven Dienste der städtischen Straßenbahnen steht."

Beilage A hat zu lauten:

„Der Normalstundensatz des Werkstättenfunktionärs der Bezugsgruppe I errechnet sich aus dem 208. Teil der Summe von der achten Klasse der Bezugsgruppe I (= S 346) und dem Zwölftel des Jahresqualifikationsdurchschnittswertes (= S 49·58)."

Vertrag III

Der Punkt 5 ist gestrichen und lautet:

„Werden Funktionäre im Instruktorendienste in einem anderen als dem ihnen zugewiesenen Heimatsdienstbereiche verwendet — ausgenommen die Zentrale — so gebührt ihnen eine Gehzeit von einer Stunde."

Der Punkt 6 ist gestrichen und lautet: „Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1927 haben folgende Monatsgehalte (mit zweijährigem Steiger) zu gelten, wobei das Quartiergeld nach Punkt 50 mitinbegriffen ist.

Gehaltsklasse	Bezugsgruppe						
	VII	VI	V	IV	III	II	I
1	308	300	292	286	280	274	270
2	318	310	302	296	290	284	280
3	328	320	312	306	300	294	290
4	338	330	322	316	310	304	300
5	348	340	332	326	320	314	310
6	358	350	342	336	330	324	320
7	368	360	352	346	340	334	330
8	378	370	362	356	350	344	340
9	388	380	372	366	360	352	348
10	398	390	382	376	370	360	356
11	408	400	390	384	380	368	364
12	418	410	398	392	388	376	372
13	426	418	406	400	396	384	380
14	434	426	414	408	404	390	386
15	440	432	420	414	410	396	392
16	444	436	424	418	414	402	398

Der Punkt 7 ist gestrichen und lautet:

„Für die im Bedienstetenstande zugebrachte Dienstzeit wird dem Funktionär bei seiner Ernennung zu diesem jener Geldbetrag in Anrechnung gebracht, der sich aus der Differenz des Anfangsbezuges und des Monatsgehaltes der Klasse des Schaffnerbezuges (25a des Vertrages I) ergibt, in welcher Klasse der Funktionär bis zum Tage der Ernennung war; dabei ist es gleichgültig, ob der zu ernennende Funktionär zuletzt Schaffner im Fahrdienst war oder nicht. Ist der zu ernennende Funktionär in dieser letzten Klasse mehr als 181 Tage eingereiht gewesen, so ist nicht die Differenz zu dieser Klasse, sondern zu der nächsthöheren zu nehmen."

Der Punkt 10 ist von „8. Gehaltsklasse" gestrichen und lautet:

„. . . 8. Gehaltsklasse der einzelnen Bezugsgruppen, vermehrt um den 208. Teil des Durchschnittsqualifikationswertes (= 12. Teil von S 455). Die Schlußsumme ist derart auf eine gerade Zahl zu runden, daß ein um 0·99 g die gerade Zahl übersteigender Betrag zu vernachlässigen, ein voller ungerader Groschenbetrag und mehr auf den nächsten geraden Groschenbetrag zu erhöhen ist."

Punkt 11 ist gestrichen und lautet:

„Ist ein bereits ernannter Funktionär infolge dauernder Verwendung auf einen höher bewerteten Posten von einer Bezugsgruppe in die höhere Bezugsgruppe zu überreihen, so erfolgt dies dergestalt, daß der betreffende Funktionär in die gleiche Klasse wie bisher (jedoch in der neuen Gruppe) und mit dem gleichen bisherigen Rangstag überführt wird."

Der Punkt 15 ist gestrichen und lautet:

„In die einzelnen Bezugsgruppen werden die Funktionäre nach ihrer tatsächlichen Verwendung und auf die Dauer derselben wie folgt eingereiht:

Bezugsgruppe I: Alle neu beförderten Funktionäre, ohne Rücksicht auf ihre Dienstverwendung bei vorzüglicher Dienstleistung, welche im Einvernehmen mit der Personalvertretung der Funktionäre festzustellen ist, bis zum vollendeten tatsächlichen zweiten Funktionärdienstjahre, bei nicht vorzüglicher Dienstleistung insolange, als eine solche nicht gegeben ist. Nach Ablauf dieser Zeiten werden sie entsprechend ihrer dauernden Verwendung in die für diese Verwendung vorgesehene Bezugsgruppe im Sinne des Punktes 7 überreiht. Außerdem alle in den Bezugsgruppen II bis VII nicht genannten Funktionäre.

Bezugsgruppe II: Alle den Expeditoren-, Revisoren-, Fahrmeister- und bei der Wiener elektrischen Stadtbahn den Stationsdienst leistenden Funktionäre.

Bezugsgruppe III: Alle den Verkehrsführerspringer-, Verkehrsmanipulanten-, Diensteinteiler- und Verrechnerdienst leistenden Funktionäre; weiters jene Funktionäre, die die Kontrolle über die Fahrscheinausrüstung der Schaffner und Sperrschaffner ausüben, sowie die im Fahrplanbureau dienstleistenden Funktionäre, schließlich die bei der Wiener elektrischen Stadtbahn den Blockverwalterdienst leistenden Funktionäre.

Bezugsgruppe IV: Alle in den Betriebsbahnhöfen bei der Wiener elektrischen Stadtbahn und beim Kraftstellwagenbetrieb den Verkehrsführerdienst leistenden Funktionäre, die als zweite Verrechner nominierten Funktionäre (Vertretung des ersten Verrechners) in jenen Verrechnungsstellen oder Gruppen, wo mehr als zwei Verrechner sind. Alle den fliegenden Revisoren- und Fahrmeisterdienst sowie den Zivilrevisorendienst leistenden Funktionäre; weiters die im Unfallsbureau zur Zeugeneinvernahme verwendeten Funktionäre.

Bezugsgruppe V: Alle den Instruktorendienst leistenden Funktionäre, die die Kontrolle über die Fahrscheinverkäufer und Blockverwalter für den Fahrscheinvorverkauf ausübenden Funktionäre, der im Fahrbegünstigungsbureau und der im Lastenbureau in besonderer Verwendung stehende Funktionär sowie die den ersten Verkehrsdienst leistenden Funktionäre der Bahnhöfe Hütteldorf, Heiligenstadt und Perchtoldsdorf.

Bezugsgruppe VI: Die in den Bahnhofverrechnungsgruppen, in den Wagenrevisionen, bei der Abteilung für Leitungsanlagen, beim Kraftstellwagen sowie bei der Wiener elektrischen Stadtbahn den ersten Verrechnerdienst leistenden Funktionäre; die bei der Betriebskontrolle den Partieführerdienst leistenden Funktionäre; der im Schulbureau den ersten Dienst versehende Instruktor sowie der im Unfallsbureau in besonderer Verwendung stehende Funktionär; ferner der bei der Verkehrskontrolle Dienst leistende Funktionär und zwei bei der Betriebsinspektion Dienst leistende Funktionäre, deren Vorrückung in die Bezugsgruppe VII bei vorzüglicher Dienstleistung möglich ist.

Bezugsgruppe VII: Der bei der Wiener elektrischen Stadtbahn und alle in den Bahnhöfen, ausgenommen Perchtoldsdorf, den Verkehrsmeisterdienst leistenden Funktionäre sowie der im Fahrplanbureau in besonderer Verwendung stehende Funktionär; schließlich zwei bei der Betriebsinspektion Dienst leistende Funktionäre.

Soweit in den vorstehenden Bezugsgruppeneinreihungen vom Verrechnerdienst, beziehungsweise von Verrechnern die Rede ist, ist der Verrechnerdienst bei der Zentralverrechnung ausgenommen.

Die Einreihung der bei der Zentralverrechnung Dienst leistenden Funktionäre erfolgt je nach der Bewertung des betreffenden Dienstpostens in der Bezugsgruppe III, IV, V oder VI seitens der Direktion nach Anhörung der Personalvertretung."

Der Punkt 16 ist gestrichen und lautet:

„Funktionäre, die aus eigenem Verschulden oder wegen Krankheit ihren bisherigen Dienst nicht versehen können, erhalten, wenn sie zu einem Dienst mit geringerer Entlohnung herangezogen werden, die Bezüge, die für diesen vorgesehen sind.

Im Falle der Erkrankung tritt die Verminderung der Bezüge erst nach Ablauf von zwei Quartalen (im Sinne des Punktes 8) ein.

Werden Funktionäre, die ohne eigenes Verschulden im Dienste einen Betriebsunfall erlitten haben, zu einem geringer entlohnten Dienste verwendet, so bleibt ihnen ihr bisher bezogener Gehalt gewahrt."

Punkte 17, 18 und 19 sind gestrichen.

Punkt 20 ist gestrichen und lautet:

„Wenn ein Funktionär durch längere Zeit, mindestens aber einen Monat (30 Tage einschließlich der hineinfallenden freien Tage) in einer höheren Bezugsgruppe Dienst leistet, erhält er für diese Zeit die Differenz seiner Bezugsgruppe und Klasse auf die höhere Bezugsgruppe und gleiche Klasse als Ergänzungszulage."

Punkt 22 ist gestrichen.

Punkt 23 ist gestrichen und lautet:

„Um die persönliche Leistung anzuspornen und dem Fleiße sowie der Fähigkeit ihre entsprechende Entlohnung zu sichern, werden Leistungszulagen gewährt.

Die Zuerkennung von Leistungszulagen erfolgt nach Maßgabe der Verwendbarkeit des betreffenden Funktionärs und auf Grund einer Qualifikation, welche von der Direktion über Vorschlag eines Ausschusses vorgenommen wird. Dem Ausschusse steht für die Qualifikation eine Höchstanzahl von Punkten zur Verfügung, die dem Funktionärstande nach Vertrag III A, vervielfacht mit S 435 pro Jahr, entspricht.

Bei der Qualifikation, die für 1927 für die Monate Oktober-Dezember im aliquoten Ausmaß künftighin am 1. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres vorzunehmen ist, wird eine Beschränkung der den einzelnen Funktionären zuzumessenden Punkte nicht auferlegt, jedoch darf der Wert sämtlicher Punkte die vorgesehene Summe nicht überschreiten.

Der Punktwert beträgt monatlich S 2·50.

Als Stichtag für die den Berechnungen zugrunde zu legenden Personalstandesziffern ist der einen Monat vor der Qualifikation fallende Kalendertag anzunehmen."

In Punkt 36 wird nach der Wendung: „der betreffenden Dienststelle" eingefügt: „sofern diese Funktionäre unmittelbar mit den bei dieser Dienststelle eingeteilten Angestellten zu arbeiten haben".

In Punkt 41 ist unter b) die Wendung: „Kabelbureau mit Ausnahme der bei anderen Dienststellen befindlichen Sektionen" herauszunehmen und unter c) anzuführen; ferner ist unter b) das Wort: „Stallwirtschaft" gestrichen.

Punkt 42, Absatz 2, ist gestrichen und lautet:

„Den Funktionären der Betriebskontrolle, des Schulbureaus und Unfallbureaus, der Abteilungen für Überprüfungsangelegenheiten und für Kraftstellwagen sowie der Dienststelle für Fahrkartenbegünstigungen, soweit diese Funktionäre Außen- oder Schuldienst haben, wird für jede volle derartige Schicht eine Zulage im Ausmaße von 75 Prozent eines Normalstundensatzes gewährt.

Den Funktionären bei der Betriebsinspektion und dem im Dreischichtendienst stehenden Funktionär des Kraftstellwagenbetriebes wird für die turnusmäßige Nachtdienstleistung, beziehungsweise für seine in die Nacht fallende volle Schichte eine Nachtzulage in der Höhe des zweieinhalbfachen Normalstundensatzes gewährt."

Punkt 44 ist gestrichen und lautet:

„Rangtitel." Die Rangtitel werden für die Funktionäre wie folgt festgesetzt:

Bezugsgruppe I: Vom Ernennungstage je nach ihrer Dienstesverwendung: Verkehrsführer, Rechnungsführer, Expeditor, Revisor, Fahrmeister.

Bezugsgruppe II: Vom Tage der Einreihung in diese Gruppe bis zum vollendeten vierten Funktionärdienstjahre: Expeditor, Revisor, Fahrmeister.

Nach vollendetem vierten Funktionärdienstjahre: Verkehrsführer.

Bezugsgruppe III: Vom Tage der Einreihung in diese Gruppe: Verkehrsführer, Rechnungsführer.

Bezugsgruppe IV: Vom Tage der Einreihung in diese Gruppe bis zum vollendeten zehnten Funktionärdienstjahre: Verkehrsführer, Rechnungsführer.

Nach vollendetem zehnten Funktionärdienstjahre, wenn hievon mindestens aber vier Jahre in der Bezugsgruppe IV zugebracht wurden: Verkehrsmeister.

Der Rangtitel der Verrechnungsfunktionäre bleibt auch nach dem zehnten Funktionärdienstjahre unverändert.

Bezugsgruppe V: Vom Tage der Einreihung in diese Gruppe bis zum vollendeten zehnten Funktionärdienstjahre: Instruktor, Verkehrsführer Rechnungsführer.

Nach vollendetem zehnten Funktionärdienstjahre, wenn hievon mindestens aber vier Jahre in der Bezugsgruppe V zugebracht wurden: Verkehrsmeister.

Der Rangtitel der Verrechnungsfunktionäre bleibt auch nach dem zehnten Funktionärdienstjahre unverändert.

Bezugsgruppe VI und VII: Vom Tage der Einreihung in diese Gruppen bis zum vollendeten zehnten Funktionärdienstjahre: Verkehrsmeister, Rechnungsführer.

Nach vollendetem zehnten Funktionärdienstjahre, wenn hievon mindestens aber vier Jahre in diesen Bezugsgruppen zugebracht wurden: Oberverkehrsmeister, Oberrechnungsführer.

In Punkt 48 ist der Satz: „Jeder Funktionär, der vor dem 1. September des vergangenen Jahres im Dienste stand, hat Anspruch auf Urlaub." gestrichen.

Punkt 56 ist gestrichen und lautet:

„Jeder Funktionär erhält nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen jährlich einen Urlaubszuschuß und eine Weihnachtsremuneration von je 50 Prozent des im Auszahlungsmonate gebührenden Monatsgehaltes. (Punkt 6.)

Der Urlaubszuschuß gebührt, wenn der Funktionär spätestens vor dem 1. April, die Weihnachtsremuneration, wenn der Funktionär spätestens vor dem 1. Oktober des laufenden Jahres in den Dienst der Gemeinde Wien oder ihrer Unternehmungen getreten ist und in beiden Fällen am Auszahlungstage (16. Juni, beziehungsweise 16. Dezember) noch im aktiven Dienste der städtischen Straßenbahnen steht."

Punkt 65 ist zu streichen und hat neu zu lauten:

„Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1927 haben folgende Monatsgehalte (mit zweijährigem Steigen) zu gelten, wobei das Quartiergeld nach Punkt 85 mitinbegriffen ist:

Gehaltsklasse	Bezugsgruppe				
	V	IV	III	II	I
1	312	304	290	281	276
2	322	314	300	291	286
3	332	324	310	301	296
4	342	334	320	311	306
5	352	344	330	321	316
6	362	354	340	331	326
7	372	364	350	341	336
8	382	374	360	351	346
9	392	384	370	359	354
10	402	394	380	367	362
11	412	404	388	375	370
12	422	414	396	383	378
13	430	422	404	391	386
14	438	430	412	397	392
15	444	436	418	403	398
16	448	440	422	409	404

Punkt 66 ist gestrichen und lautet:

„Die Bestimmung des Vertrages III, Punkt 7, findet mit der Abänderung Anwendung, daß an Stelle des Schaffnerbezuges bei den Werkstätten-, beziehungsweise Wagenrevisionsfunktionären und bei den Funktionären der technischen Anlagen und Bauleitung der Spezialarbeiterbezug (Vertrag II, Punkt 8a) und bei den Magazinsdienst leistenden Funktionären der Facharbeiterbezug (Vertrag II, Punkt 8b) zu setzen ist."

Die Bestimmung des Punktes 10 findet Anwendung, jedoch ist an Stelle des Betrages S 435 der von S 595 zu setzen.

Die Bestimmung des Punktes 11 findet Anwendung.

Punkt 68 ist gestrichen und lautet:

„In die einzelnen Bezugsgruppen werden die Funktionäre nach ihrer tatsächlichen Verwendung und auf die Dauer derselben wie folgt eingereiht:

Bezugsgruppe I:

Alle neu beförderten Funktionäre ohne Rücksicht auf ihre Dienstesverwendung bei vorzüglicher Dienstleistung, welche im Einvernehmen mit der Personalvertretung der Funktionäre festzustellen ist, bis zum vollendeten tatsächlichen zweiten Funktionärdienstjahre, bei nicht vorzüglicher Dienstleistung insolange, als eine solche nicht gegeben ist. Nach Ablauf dieser Zeiten werden sie entsprechend ihrer dauernden Verwendung in die für diese Verwendung vorgesehene Bezugsgruppe im Sinne des Punktes 7 überreiht. Außerdem alle in den Bezugsgruppen II bis V nicht genannten Funktionäre.

Bezugsgruppe II:

1 Werkmeister Lackiererei (W)
1 „ Dreherei (W)
1 „ Schlosserei (W)
1 „ Spenglerei (W)
1 „ Sattlerei (W)
1 „ Favoriten } Kraftstellwagenbetrieb
1 „ Zedlitzhalle }
1 „ Mastenpartie (E/2)
1 „ Signalwerkstätte Stadtbahn (E/2)
3 „ Oberleitungssektionen (E/2)
5 „ Elektrische Anlagen (E/2)
1 „ Oberbauwerkstätte (Fw)
1 Lagerführer Oberbaumagazin
1 „ Hauptmagazin.

Bezugsgruppe III:

1 Werkmeister Hochhebe Tischlerei (W)
1 „ Werkstättentransport (W)
1 „ Wagenabgang (W)
1 „ Montagewerkstätte Tischlerei (W)
1 „ Schneepflugwerkstätte (W)
1 „ Elektrische Anlagen (E/2) bei W
1 „ Telephonzentrale (Zentrale) (E/2)
1 „ Mechanische Werkstätte (E/2)
1 „ Instandhaltungswerkstätte (E/2)
2 „ Oberleitung Stadtbahn (E/2)
Alle Bauwerkmeister, welche Außendienst leisten
je ein Werkmeister der Wagenrevisionen, welcher Stellvertreter des ersten Werkmeisters ist
1 Werkmeister Signalwerkstätte Stadtbahn
1 Lagermeister Hauptmagazin
1 „ Oberbaumagazin
1 „ Holzplatz
1 „ Drucksortenverlag
1 „ Werkzeugmagazin der Hauptwerkstätte.

Bezugsgruppe IV:

1 Werkmeister Hochhebe Beiwagen (W)
1 „ Ankerwicklerei (W)
1 „ Holzübernahme (W)
1 „ Fenstertischlerei (W)
1 „ Versuchsraum (W)
1 „ Werkzeugschlosserei (W)
1 „ Maschinen-Instandhaltung (W)
1 „ Hochhebe Triebwagen (W)
1 „ Elektromechanische Abteilung (W)
1 „ Oberleitungsanlagen (E/2)
1 „ Elektrische Anlagen (E/2)
1 „ „ Weichen (E/2)
1 „ Unterstation Rodaun (E/2)
1 „ Oberbauwerkstätte
1 „ Druckerei (Zentrale)
1 Gebäudemeister Stadtbahn
1 „ Zentrale
1 „ Hochbauerhaltungsstelle
1 Werkmeister Versuche (E/1)
1 „ Wagenübernahme (E/1)
Alle dienstführenden Bahnmeister
je ein Werkmeister der Wagenrevisionen: Brigittenau, Erdberg, Favoriten, Gürtel, Hernals, Rudolfsheim, Vorgarten
1 Lagermeister Hauptmagazin
1 „ Oberbaumagazin
1 „ Kraftstellwagenbetrieb Favoriten
1 „ Werkzeugmagazin
1 „ Hochbauerhaltungsstelle
1 „ Kabelbureau.

Bezugsgruppe V:

1 Werkmeister Hochhebe Triebwagen (W/1)
1 „ „ „ (W/2)
1 „ Wagenbau Tischlerei (W)
1 „ Holzbearbeitung (W)
1 „ Elektromechanische Werkstätte (W)
1 „ Wagenbau Schlosserei
1 „ Schmiede (W)
1 „ Dreherei (W)
1 „ Lackiererei (W)
1 „ Schlosserei (W)
1 „ Montagewerkstätte Schlosserei (W)
1 „ Oberbauwerkstätte (Fw)
1 „ Oberleitungsanlagen (E/2)
1 „ Elektrische Anlagen (E/2)
1 „ Signalwerkstätte Stadtbahn (E/2)
1 „ Autowerkstätte Favoriten (St)
1 „ „ Zedlitzhalle (St)
1 Brückenmeister
2 Werkmeister, die Außendienst leisten (Fh)
6 Bahnmeister der Sektionen (F)
1 Lagermeister Hauptmagazin (M)
1 „ Oberbaumagazin (M)
1 „ Tauschmagazin (M)
1 „ Monturmagazin (M)
1 Werkmeister Wagenübernahme (E/1)
je ein Werkmeister sämtlicher Betriebsbahnhöfe (Wagenrevisionen) mit Ausnahme des Bahnhofes Perchtoldsdorf.

Punkt 69 und 70 sind gestrichen.

Punkt 71 lautet:

„Die Bestimmungen des Vertrages III, Punkte 16 und 20, finden Anwendung."

Punkt 73 lautet:

„Die Bestimmungen des Punktes 23 finden mit der Abänderung Anwendung, daß der Personalstand der B-Funktionäre (statt A-Funktionäre) und statt des Jahresbetrages von S 435 ein solcher von S 595 zu gelten hat.

Punkt 74 ist gestrichen.

Punkt 79 lautet:

„Arbeiten auf der Strecke, an Leitungsanlagen und außerhalb der Hauptwerkstätte in der Zeit von 21 Uhr bis 5 Uhr sowie allfällige noch daran anschließende Überstunden werden den Funktionären der Oberbauwerkstätte, Hauptwerkstätte, Bauleitung, Leitungsanlagen und Kraftstellwagenabteilung um 100 Prozent höher als die Normalstunde entlohnt."

Im Punkt 89 ist die Wendung:

„Hochhebe im Bahnhof Koppreitergasse" gestrichen.

Als neuer Punkt 92a ist eingeschaltet:

Rangtitel:

Punkt 92a:

Bezugsgruppe I und II: Werkführer, Lagerführer, Bahnmeister und Bauwerkführer.

Bezugsgruppe III und IV: Werkmeister, Lagermeister, Bahnmeister und Bauwerkmeister.

Bezugsgruppe V: Oberwerkmeister, Oberlagermeister, Oberbahnmeister und Oberbauwerkmeister.

Dienstrecht der Kollektivisten*

Die pensionsrechtlichen Bestimmungen für die Kollektivisten haben im Jahre 1926 eine grundlegende Änderung erfahren. Während bisher die Pensionen nach einer starren Grundlage bemessen wurden und von der Höhe des Lohnes des einzelnen Angestellten unabhängig waren, wurde nunmehr die Pensionsbemessung auf den individuellen Lohn aufgebaut. Damit wurden die Grundsätze des Pensionsrechtes der pragmatischen Angestellten auch auf das Pensionsrecht der Kollektivisten übertragen und ein wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung des Dienstrechtes der städtischen Angestellten gemacht. Die Pensionsbemessungsgrundlage beträgt nunmehr 90 Prozent des anrechenbaren Bezuges. Als anrechenbarer Bezug wurde das für eine wöchentliche Dienstleistung von 48 Stunden gebührende feste Entgelt, vermindert um fünf Prozent, festgesetzt. Im Zusammenhange mit der Änderung des Systemes der Pensionsbemessung wurde die Höhe der Pensionsbeiträge, die der Dienstgeber und die Dienstnehmer zu leisten haben, neu bestimmt.

* Siehe Band I, Seite 140—141.

Während diese bisher einheitlich mit sieben Prozent der Bemessungsgrundlage festgesetzt waren, wurde nunmehr in Anlehnung an die Bestimmungen für die Dienstordnungsangestellten eine Staffelung der Beiträge nach der Pflichtdienstzeit eingeführt. Die Beiträge für eine Pflichtdienstzeit von 35 Jahren betragen auch weiterhin sieben Prozent, dagegen für eine Pflichtdienstzeit von $32\frac{1}{2}$, beziehungsweise 30 Jahren siebeneinhalb, beziehungsweise acht Prozent.

In die zweite Hälfte des Jahres 1927 fällt der Abschluß eines neuen Kollektivvertrages für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke und der städtischen Gaswerke. Der Inhalt dieser Verträge stellt einen bedeutsamen Fortschritt sowohl in lohnrechtlicher als auch in sozialpolitischer Hinsicht dar. Die große Bedeutung des Abschlusses dieser Verträge liegt darin, daß in diesen beiden Werken zum erstenmal in der Industrie Österreichs und, soweit unsere Informationen reichen, auch des Auslandes, der reine Achtstundentag im kontinuierlichen Betriebe restlos zur Durchführung gelangt ist. Bisher bestand im kontinuierlichen Betriebe dieser Werke eine Einteilung der Arbeitsschichten, die es mit sich brachte, daß die Arbeiter ständig über die achtundvierzigstündige Arbeitszeit in der Woche hinaus arbeiten mußten. Diese Arbeitseinteilung wurde von der Gemeindeverwaltung seit langem als Mangel empfunden, da sie einen großen Teil der Arbeiter von den Wohltaten des Achtstundentages ausschloß. Die unleugbaren Schwierigkeiten, die der Umstellung eines kontinuierlichen Betriebes auf den reinen Achtstundentag entgegenstehen, waren die Ursache, daß man nur zögernd an die Lösung dieses Problemes schritt. Die fortdauernde Krise auf dem Arbeitsmarkte hat letzten Endes dazu geführt, die bis dahin nur theoretisch behandelte Frage in der Tat zu lösen. Es ist der Gemeindeverwaltung gelungen — und das zeugt sowohl für das große Verständnis der Arbeiter wie für die Tüchtigkeit der Betriebsleitung — ohne die geringste Beeinträchtigung des Betriebes die Umstellung in beiden Werken auf die neue Betriebsform durchzuführen.

Was diese Reform besonders bedeutsam macht, ist die Tatsache, daß sie ohne wesentliche Schmälerung der Verdienstverhältnisse der Arbeiter einer größeren Anzahl Arbeitsloser eine Lebensstelle sichern konnte.

Fürsorgeeinrichtungen*

Die Satzungen der städtischen Krankenfürsorgeanstalt erfuhren zu Beginn des Jahres 1927 durch einen Beschluß des Gemeinderates eine Reihe von Abänderungen.

So wurden die Reservefondsüberweisungen ab 1. Jänner 1926 von zwölf Prozent auf sechs Prozent herabgesetzt und das Höchstausmaß des anzusammelnden Reservefonds statt wie bisher mit dem dreifachen nunmehr mit dem zweifachen Jahreserfordernis festgesetzt.

Weiters wurde der Dienstgeberbeitrag, dem Grundsatze der paritätischen Beitragsleistung entsprechend, auf 1·4 Prozent der festen Bezüge erhöht, da den Dienstnehmern gleichzeitig die Zahlung gewisser Gebühren bei ärztlicher Inanspruchnahme und bei Medikamentenbezug auferlegt wurde. Die Einführung dieser Gebühren hatte sich als notwendig erwiesen, um das finanzielle Gleichgewicht der Anstalt zu erhalten und einer manchmal nicht ganz notwendigen Inanspruchnahme der Leistungen der Anstalt durch einzelne Mitglieder entgegenzuwirken.

Von den übrigen Abänderungen wäre noch zu erwähnen, daß eine freiwillige Versicherung jener Pensionsparteien, die eine nach den allgemeinen Gesetzen versicherungspflichtige Beschäftigung antreten, ermöglicht wurde.

Bei Pensionsparteien, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben und ein Gesamteinkommen über eine vom Vorstande der Krankenfürsorgeanstalt mit Zustimmung des Stadtsenates festzusetzende Höhe haben, soll der Anspruch auf vertragsärztliche Behandlung ruhen. Die Aufnahme dieser Bestimmung ist auf eine Forderung der Ärzteschaft zurückzuführen.

Bei Sterbefällen wird der Anspruch auf Beistellung eines Leichenbegängnisses in natura und erst, falls dies nicht möglich ist, auf einen Beerdigungskostenbeitrag eingeräumt. Der gleiche Anspruch wird nunmehr auch den Angehörigen beim Ableben eines Mitgliedes — soferne kein Todesfallbeitrag vom Dienstgeber gebührt — und beim Ableben eines anderen fürsorgeberechtigten Angehörigen eingeräumt.

Die Zahl der Mitglieder des Überwachungsausschusses wird um eines vermehrt, die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes neu geregelt.

Um die Übersichtlichkeit der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt nicht zu beeinträchtigen, wurde der Text der Satzungen zur Gänze neu beschlossen. Da die wesentlichen Änderungen durch die vorstehenden Ausführungen besprochen sind, kann von einem neuerlichen Abdruck der Satzungen füglich abgesehen werden.

Die Kreditanstalt, die die Gemeinde im Jahre 1922 als eigene, von den Angestellten selbst verwaltete Anstalt für die Beschaffung billiger Kredite ins Leben gerufen hatte, wurde durch einen Beschluß des Gemeinderates vom 26. Juli 1927 aufgelöst und trat mit diesem Zeitpunkte in Liquidation. Die Gemeinde-

* Siehe Band I, Seite 145 ff.

verwaltung sah sich zu dieser Maßnahme genötigt, da die Anstalt infolge der Verhältnisse auf dem Geldmarkte notgedrungen zur Forderung verhältnismäßig hoher Zinsen gezwungen war und solcherart nicht die Zwecke erfüllen konnte, für die sie bei ihrer Gründung bestimmt war. In dem Bestreben, in der schweren Zeit der wirtschaftlichen Krise das Los der unverschuldet in Not geratenen Angestellten zu erleichtern, sah sich die Gemeindeverwaltung verpflichtet, auf dem Gebiete der Kreditbeschaffung neue Wege zu beschreiten. Sie hat daher die Gewährung von Darlehen zu dem festen Zinsfuße von sechs Prozent selbst in die Hand genommen und eine dem Magistrate eingegliederte zentrale Stelle geschaffen, die nunmehr die Behandlung dieser Darlehensangelegenheiten zu besorgen hat. Die Angestelltendarlehen werden nicht mehr von einer außerhalb der Gemeinde stehenden Anstalt gewährt, sondern die Gemeinde selbst ist dem Angestellten gegenüber die Darlehensgeberin. Die Mittel zur Gewährung dieser Darlehen wurden durch Aufnahme eines Kontokorrentdarlehens der Gemeinde bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien beschafft. Die Gemeinde gewährt die Darlehen an die Angestellten zu dem gleichen Zinsfuß, den sie selbst für das Kontokorrentdarlehen zu zahlen hat, und trägt überdies die Verwaltungskosten für die Darlehensstelle. Neben dieser Form der Angestelltenfürsorge setzt die Gemeinde die Gewährung von Aushilfen und unverzinslichen Gehaltsvorschüssen in verstärktem Maße fort.

Verwaltungsreform*

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform wurde in dem Zeitraume, der für die vorliegenden Ausführungen in Betracht kommt, eine nicht unbeträchtliche Kleinarbeit geleistet. Es wurden in verschiedenen Verwaltungszweigen größere und kleinere Reformen durchgeführt, deren einzelne Anführung über den Rahmen dieser Darstellung hinausgehen würde.

* Siehe Band I, Seite 170 ff.

Die Finanzen*

Gemeindeschuld

Im Jahre 1927 ging die Gemeinde daran, für Investitionszwecke ihrer Unternehmungen ein Anlehen aufzunehmen. Dies wurde mit Landesgesetz vom 1. April 1927, L. G. Bl. für Wien Nr. 23, grundsätzlich beschlossen. Ende November wurde sodann unter Mitwirkung des Wiener Bank-Vereines mit der National City Company in New York ein Übereinkommen über die Begebung einer Anleihe von dreißig Millionen Dollar abgeschlossen. Die Anleihe hat eine Laufzeit von fünfundzwanzig Jahren und wird mit sechs Prozent des Nominales verzinst. Der Übernahmskurs beträgt $88^1/_4$ Prozent. Der Anleiheerlös ist ausschließlich für Investitionen der städtischen Unternehmungen bestimmt.

An dem Stande der bereits früher bestandenen Gemeindeschuld sind im Laufe des Jahres 1927 keine wesentlichen Änderungen eingetreten.

* Siehe Band I, Seite 177 ff.

Sozialpolitik und Wohnungswesen

Wohnungswesen*

Der Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien waren vom 1. Jänner 1926 an ganz neue Bahnen gewiesen. Den Anlaß hiezu bot der Umstand, daß das Wohnungsanforderungsgesetz vom 7. Dezember 1922, B. G. Bl. Nr. 873, gemäß § 39, Abs. 3, am 31. Dezember 1925 außer Wirksamkeit trat, ohne daß andere gesetzliche Bestimmungen über die öffentliche Bewirtschaftung von Wohnräumen an seine Stelle getreten wären. Bisher konnten alle freiwerdenden oder aus irgend welchen Gründen unrationell benützten Wohnräume, unter Umständen auch Geschäftsräume, von den Gemeinden in Anspruch genommen und an wohnbedürftige Parteien zugewiesen werden. Bisher hatten eben aus diesem Grunde die Gemeinden die Verpflichtung, alle sich bei ihnen meldenden Wohnungsuchenden auf ihren tatsächlichen Wohnbedarf zu prüfen und nach einem umfangreichen, bis ins einzelne gehenden Vormerkungssystem für die Zuweisung geeigneter Wohnungen vorzubereiten. Nunmehr war die Frage der Bewirtschaftung von Wohnräumen durch die Gesetzgebung zugunsten des freien Verkehres entschieden. Der weitgehende Einfluß der Gemeinden auf dem Wohnungsmarkt, die Möglichkeit, durch Anforderung und Zuweisung von Wohnräumen auf eine tunlichst gerechte, den sozialpolitischen Verhältnissen jedes Falles entsprechende Verteilung des knappen Vorrates an Wohnungen im Gemeindegebiete hinzuwirken, war den Gemeinden mit einem Schlage benommen, ebenso aber auch die Verpflichtung, sich für alle Fälle eines behaupteten Wohnbedarfes zu interessieren und die überprüften Fälle vorzumerken. Wohnungsanforderung, Wohnungszuweisung und Wohnungsvormerkung gehören der Vergangenheit an.

Dieser Umschwung ereignete sich in einer Zeit, in der das Wohnungsproblem alles weniger denn gelöst betrachtet werden konnte.

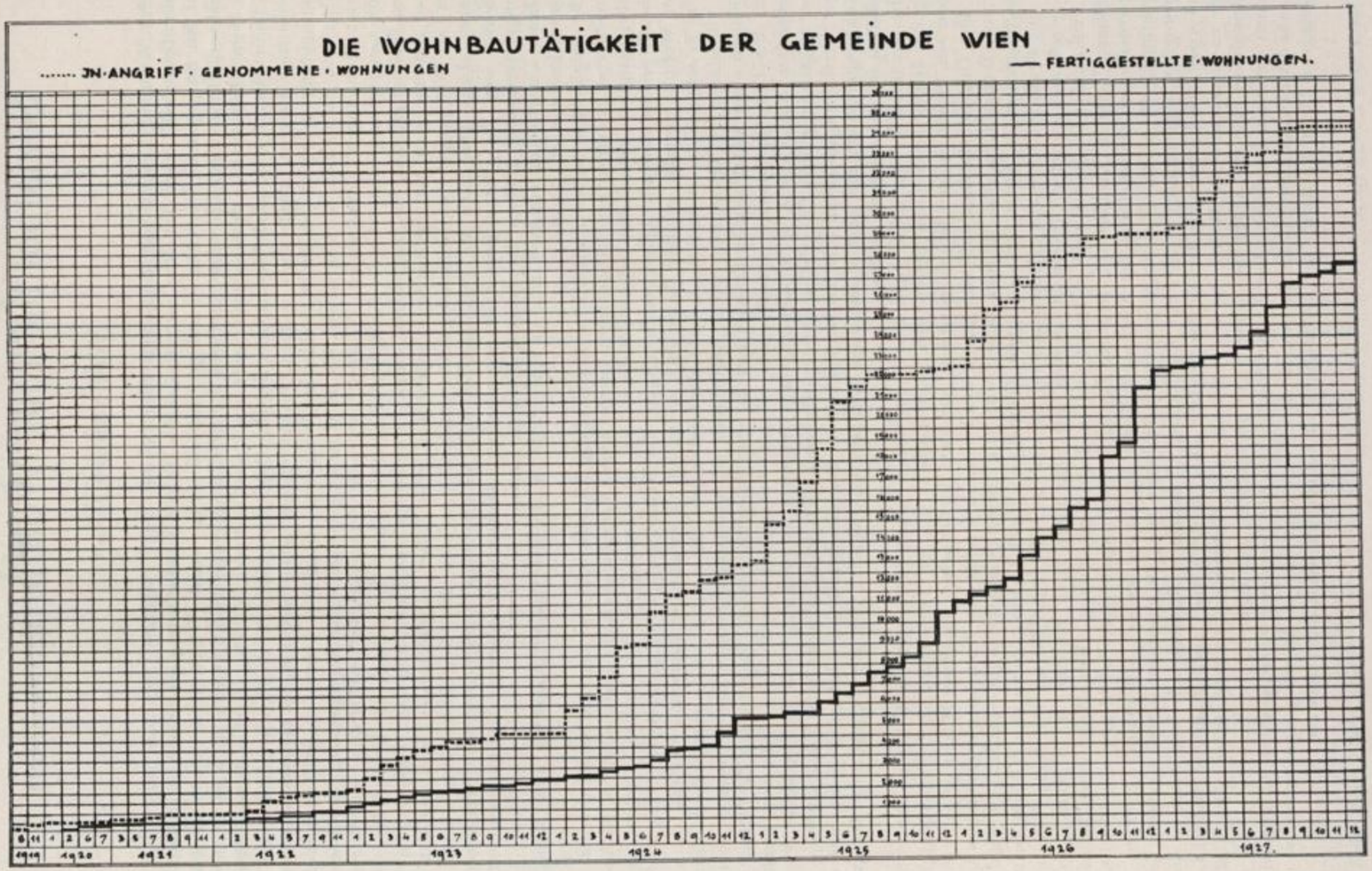
Die ungünstige volkswirtschaftliche Entwicklung Mitteleuropas in der Nachkriegszeit hat an den Grenzen Österreichs keineswegs Halt gemacht. Internationale Verkehrsbeschränkungen aller Art, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit veranlaßten einen Zustrom der Bevölkerung zu den großen Städten, dem eine ausreichende private Neubautätigkeit seit Beendigung des Weltkrieges nicht gegenüber stand. Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte mußten daher auch weiterhin als krisenhafte angesehen werden.

Um so schwieriger ist nun die Aufgabe der Gemeinden, ohne ausreichende gesetzliche Hilfsmittel die ärgsten Übelstände zu bekämpfen, vitale Bedürfnisse der wohnungsuchenden Bevölkerung zu befriedigen und hiedurch einer katastrophalen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkte, insbesondere der Obdachlosigkeit größerer Bevölkerungsschichten vorzubeugen. Wenn dies tatsächlich in Wien trotz der geschilderten Schwierigkeiten möglich war, so ist dies nur dem Umstande zu verdanken, daß die Gemeinde Wien unter äußerster Anspannung ihrer finanziellen und technischen Kräfte, teilweise sogar unter Zurückstellung anderer wichtiger Verwaltungsaufgaben, die Neubautätigkeit in den Mittelpunkt ihres Interesses rückte und dadurch dem Wohnungsproblem mit dem wirksamsten Kampfmittel, nämlich mit der Vermehrung des Angebotes von Wohnungen, zu begegnen wußte.

Die Voranschläge der Jahre 1926 und 1927 weisen einen Betrag von je S 118,000.000, der Voranschlag des Jahres 1928 einen Betrag von S 96,000.000 für die Fortsetzung der Neubautätigkeit der Gemeinde aus. Schon in den Jahren 1919 bis 1923 hatte die Gemeinde aus ihren Mitteln 4690 Wohnungen erstellt. Der Gemeinderatsbeschluß vom 21. September 1923 brachte ein Wohnhausprogramm im Umfange von 25.000 Wohnungen, das in fünf Jahren zur Ausführung gelangen sollte. Tatsächlich wurde dieses Wohnbauprogramm in derart beschleunigtem Tempo zur Verwirklichung gebracht, daß im Jahre 1924 Bauten mit 6726, im Jahre 1925 Bauten mit 11.701 und im Jahre 1926 Bauten mit 6599 Wohnungen in Angriff genommen wurden. Insgesamt wurden seit dem Jahre 1919 bis Ende 1926 Bauten, in denen 29.951 Wohnungen enthalten sind, vollendet und in Angriff genommen. Diese Wohnungen befinden sich zum größeren Teile in Hochbauten, teilweise (3363) in Siedlungsanlagen, bei denen die Flachbauweise unter gärtnerischer Einbeziehung des Siedlungsgeländes in die Anlage zur Anwendung gelangte. Es ist somit gelungen, das 25.000-Wohnungenprogramm des Jahres 1923 in einem bedeutend kürzeren Zeitraum, als ursprünglich angenommen wurde, zur Ausführung zu bringen. Die Gemeinde war daher in der Lage, im Jahre 1926, die Fortsetzung der Neubautätigkeit über den seinerzeit angenommenen Rahmen hinaus ins Auge zu fassen und die Errichtung von weiteren 5000 Wohnungen zu beschließen Der Ausführung dieses Beschlusses war die Arbeit des Jahres 1927 vornehmlich gewidmet.

Einen optischen Überblick über die Neubautätigkeit der Gemeinde Wien gewährt die angeschlossene Tabelle, auf der die punktierte Linie die Anzahl der Wohnungen der in Angriff genommenen Neubauten, die ausgezogene Linie die Anahl der Wohnungen in vollendeten Neubauten ausweist.

* Siehe Band I, Seite 198 ff.


DIE WOHNBAUTÄTIGKEIT DER GEMEINDE WIEN
..... IN ANGRIFF GENOMMENE WOHNUNGEN
— FERTIGGESTELLTE WOHNUNGEN.
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927.

Mit den bisher geleisteten Arbeiten konnte die Gemeinde Wien eine wichtige Etappe ihrer Neubautätigkeit als abgeschlossen betrachten. Einmal deshalb, weil durch die Schaffung zahlreicher Kleinwohnungen den brennendsten Bedürfnissen nach Obdach doch einigermaßen Rechnung getragen worden war und damit die Erscheinungen eines bis dahin unbekannten Wohnungsnotstandes verschwanden, dann aber auch deshalb, weil die Fülle des bisher Geleisteten einen Überblick ermöglichte und zu Schlußfolgerungen Anlaß bot, die für die weitere Ausgestaltung der kommunalen Wohnungsfürsorge in Wien richtunggebend sein konnten. Die technische Ausführung der Neubauten, ihre architektonische Gliederung, sowohl nach außen im Hinblick auf die Einfügung in den durch die Umgebung gezogenen Rahmen als auch im Hinblick auf die zweckmäßigste Gliederung und Anordnung der Wohnräume im Innern der Gebäude, endlich die Auswahl der Baugründe nach ihrer Lage zu Berufsmöglichkeiten, Verkehrsmitteln, Schulen, Spitälern und anderen öffentlichen Einrichtungen bildeten Probleme, bei deren richtiger Lösung die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre nicht außer acht gelassen werden durften. Von dem Bestreben geleitet, baureifes Gelände zur Verfügung zu haben, entfaltete die Gemeinde während der letzten Jahre eine großzügige Investitionspolitik auf dem Gebiete der Grundankäufe, wobei sie sich jedoch wegen der zentralen Verbauung der inneren Bezirke Wiens und wegen des Mangels durchgreifender gesetzlicher Zwangsbestimmungen für die im öffentlichen Interesse geforderte Erwerbung von Grundstücken manche Beschränkungen auferlegen mußte, die einer weitblickenden Aufschließung des Baugeländes mitunter hinderlich im Wege standen.

Gerade mit Rücksicht auf die letzterwähnten Schwierigkeiten wurde bereits im April 1927 mit Gemeinderatsbeschluß vom 27. Mai 1927 eine neue Ära der kommunalen Wohnbautätigkeit in Wien eröffnet und die Errichtung von weiteren 30.000 Wohnungen samt der entsprechenden Anzahl von Geschäftsräumlichkeiten, Werkstätten und den erforderlichen sozialen Einrichtungen, und zwar von je 6000 Wohnungen in den Jahren 1928 bis einschließlich 1932, grundsätzlich beschlossen, um alle mit der Vorbereitung der Bauten befaßten administrativen und technischen Organe rechtzeitig in den Stand zu setzen, mit den nötigen Vorarbeiten zu beginnen. Gleichzeitig wurde grundsätzlich beschlossen, auch für die Erstellung von größeren Wohnungen samt den erforderlichen Nebenräumen vorzusorgen. Auch auf die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Einzelwohnräumen wurde bei der immer steigenden Nachfrage hiefür Bedacht genommen, wobei die Projektierung derart erfolgt, daß die Einbeziehung der Einzelwohnräume in eine Nachbarwohnung nach Bedarf ohne weiteres möglich ist. Endlich sollten auch die in letzter Zeit immer mehr zutage tretenden Bestrebungen der Gartenstadtbewegung Berücksichtigung finden, soweit sich die wohnungspolitisch und sanitätspolizeilich so sehr erwünschten Vorteile der Flachbauweise und des Wohnens in kleinen, nicht allzusehr zusammengedrängten, mit luft- und lichtreichen Gärten verbundenen Häusern mit den finanziellen Mitteln der Gemeinde in Einklang bringen ließen. So wurden insbesondere zwei größere Gelände, eines am Tivoli, an der Grenze des XII. und XIII. Bezirkes, ein anderes an der Weißenböckstraße im XI. Bezirke zur gartenstadtmäßigen Verbauung in Aussicht genommen. Hier sollen freistehende Kleinhäuser mit je zwei Stiegenhäusern errichtet werden, in denen die Wohnungen entweder horizontal auf die Geschoße oder nach englischem Muster vertikal auf die übereinander liegenden Geschoße verteilt sind. Die Baugelände weisen, und zwar in besonderem Ausmaße das am Tivoli, einen so glücklich gruppierten Bestand an altverwurzelten Bäumen und Gesträuchern auf, daß die Bauführung unter weitgehender Schonung des alten Baumbestandes erfolgen kann. Es ist somit zu hoffen, daß die bereits in Ausführung genommenen Anlagen sich gefällig in ihre Umgebung einfügen und damit der Gartenstadtbewegung neue Freunde zuführen werden.

Neben der Flachbauweise muß bei den lokalen Verhältnissen Wiens die Hochbauweise auch entsprechend zum Worte kommen. Hier sollen bei der technischen Ausführung die modernsten Erfahrungen zur Anwendung gelangen. Die Projektierung nimmt, wie bisher, auf eine ausreichende Licht- und Luftzufuhr durch sparsame Verbauung und durch Einbau großer, meist gartenmäßig ausgestatteter Höfe gehörig Rücksicht. In größeren Bauten werden je nach dem lokalen Bedürfnis Gemeinschaftsanlagen aller Art untergebracht, so zum Beispiel Kindergärten, Turnsäle, Zahnkliniken, Jugendhorte, Bibliotheken, endlich eine entsprechende Anzahl von Geschäftsläden für Konsumvereine und dergleichen. In größeren Häusern finden sich zentrale Badeanlagen, in Häusern mit mehr als 300 Wohnparteien werden Zentralwäschereien errichtet, die — mit den modernsten Behelfen ausgestattet — eine möglichst rationelle und dabei einfache Manipulation mit der zu reinigenden Wäsche gestatten. Die Gemeinde hat sich somit für die nächsten Jahre auf dem Gebiete des Wohnungsbaues neuerlich eine bedeutende Aufgabe gesetzt, deren Erfüllung aber einen gewaltigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur sozialen Gesundung der Bevölkerung bilden wird.

Neben der geschilderten Neubautätigkeit der Gemeinde treten alle anderen administrativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge ihrer Bedeutung nach in den Hintergrund. Durch Kreditgewährung an die gemeinnützige Baustoff- und Siedlungsanstalt in Wien wurde die Errichtung von sogenannten Kernhäusern gefördert, die bei augenblicklicher Inanspruchnahme geringster Barmittel später Vergrößerung und Ausbau zu siedlungsmäßiger Verbauung gestatten. Ein interessanter Versuch zur Förderung der

Bautätigkeit unter Heranziehung privater Mittel der Wohnungsuchenden wurde mit der sogenannten Heimbauhilfeaktion gemacht. Die Gemeinde unterstützt die Errichtung von Einzelbaurechtshäusern dadurch, daß sie ein günstiges Gelände im X. Bezirke am Wasserturm parzellenweise für die Gewährung von Baurechten zur Verfügung stellt und außerdem der gemeinnützigen Baustoff- und Siedlungsanstalt ein langfristiges Darlehen gewährt, wodurch die erwähnte Anstalt in die Lage versetzt wird, die Bauführung für die Besteller zu äußerst günstigen Kreditbedingungen durchzuführen. Die Nachfrage besonders nach den größeren, mit Heimbauhilfe errichteten Wohntypen war so lebhaft, daß die Fortsetzung dieser Aktion in größerem Umfange ins Auge gefaßt werden konnte.

Der Erhaltung bestehender Häuser mußte die Gemeinde nach wie vor ihr lebhaftes Augenmerk zuwenden, denn zur Bekämpfung der Wohnungsnot gibt die tatsächliche Endsumme der Gesamtmenge von Wohnräumen den Ausschlag. Um der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien die Hinausgabe von Renovierungsdarlehen zu erleichterten Bedingungen in großem Maßstabe zu ermöglichen, wurde ihr ein bedeutender Kredit zur Verfügung gestellt. Das genannte Kreditinstitut wurde dadurch in die Lage versetzt, für die Renovierung von Häusern in Wien den Betrag von Schilling 9,091.500·— in Form von Hypothekarkrediten zu verwenden. Diese beispielgebende Aktion der Zentralsparkasse blieb naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Haltung anderer Kreditinstitute auf dem Hypothekenmarkte. Die Gemeinde Wien kann es als einen Erfolg buchen, daß in allen Teilen Wiens Hausrenovierungen in bedeutendem Umfange durchgeführt wurden, wodurch in gleicher Weise der Bestand an Wohnräumen gesichert und dem Baugewerbe eine wertvolle Anregung geboten wurde. Weiters wurde die Durchführung baupolizeilicher Aufträge, soweit die Erhaltung bestehender Wohnungen in Frage kam, von der Gemeinde überwacht und im Säumnisfalle in zahlreichen Fällen im Wege der behördlichen Ersatzvornahme vollzogen.

Mit dem Wiedereinsetzen des freien Verkehres schien es ein Gebot der Vorsicht, wenigstens eine amtliche Übersicht über alle Transaktionen zu ermöglichen, die sich auf dem Wohnungsmarkte abspielten und zu diesem Zwecke alle wohnungsrechtlichen Veränderungen zahlenmäßig zu erfassen und zu registrieren. In diesem Bestreben wurde auf die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 27. Oktober 1919, St. G. Bl. Nr. 515, zurückgegriffen, die den Landeshauptmann durch Kundmachung ermächtigt, Bestimmungen über den Wohnungsnachweis mit Wirksamkeit für sein Land zur Einführung zu bringen. Von dieser Ermächtigung wurde in Wien zufolge Kundmachung des Bürgermeisters als Landeshauptmannes vom 31. Dezember 1925, L. G. Bl. für Wien Nr. 54, Gebrauch gemacht, um den Wohnungsuchenden das Aufsuchen freiwerdender Wohnungen zu erleichtern und eine Evidenz über die Bewegung auf dem Wohnungsmarkte zu besitzen. Nach dieser Kundmachung sind freiwerdende Wohnungen anzumelden sowie nach ihrer Vermietung wieder abzumelden. Die Ergebnisse des Wohnungsnachweises haben gezeigt, daß von den freiwerdenden Wohnungen tatsächlich eine viel geringere Anzahl als bisher an wirklich Wohnungsbedürftige neu zur Vergebung gelangt, weil manche Bestandobjekte überhaupt nicht mehr vermietet werden oder nur unzulänglich von den Mietern benützt werden. Die Ergebnisse des Wohnungsnachweises können schon nach ihrer Bestimmung nicht mehr als bloße Feststellungen liefern, sie können aber auch in diesem Umfange nicht als befriedigend bezeichnet werden, weil trotz aller Strafsanktionen eine lückenlose Erfassung aller anzeigepflichtigen Fälle kaum möglich ist.

Die Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 28. März 1918, R. G. Bl. Nr. 114, über die Zusammenlegung von Wohnungen und die Umwandlung von Wohnräumen in Geschäftsräume, sowie das Mietengesetz mit seinem Schutz der Mieter gegen willkürliche Kündigungen und Mietzinssteigerungen sind auch nach dem Wegfall des Wohnungsanforderungsgesetzes in Wirksamkeit geblieben. In der Handhabung dieser beiden Materien entfaltet die Gemeinde Wien dieselbe Tätigkeit wie bisher. In dieser Richtung wird auf die Ausführungen des Hauptbandes verwiesen.

Die Städtische Häuserverwaltung*

Der Besitz an städtischen Wohnhäusern erfuhr in den Jahren 1926 und 1927 eine ganz bedeutende Vermehrung, wozu insbesondere die Wohnbautätigkeit beitrug; hat sich doch die Zahl der Wohnhausanlagen seit 1925 mehr als verdoppelt. Auch die Zahl der Althäuser ist nicht unwesentlich gestiegen, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl städtischer alter Objekte zum Teil wegen Baufälligkeit, zum Teil, um neuen Wohnhausanlagen Platz zu machen, abgetragen werden mußte.

Die Siedlungsgruppen erfuhren im Laufe der letzten zwei Jahre eine Ausgestaltung, so daß die Zahl der Siedlungshäuser um mehr als 50 Prozent stieg. Eine Verminderung erfuhr die Zahl der Barackenobjekte, da das Bestreben der Verwaltung darauf gerichtet ist, diese Behausungen allmählich zum Abbau zu

* Siehe Band I, Seite 264ff.

Anzahl der Wohnhäuser und sonstigen Wohnobjekte,

welche der Gemeinde Wien gehören und in städtischer Hausverwaltung stehen.

Stand vom 31. Dezember 1927 in den einzelnen Gemeindebezirken:	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	Außerhalb Wiens	Summe
1. Städtische Wohnhäuser	30	20	35	14	16	10	9	9	33	12	20	23	52	8	7	23	12	10	39	4	26	4	416
2. Wohnhausanlagen	—	5	7	—	7	—	2	3	6	12	9	5	8	1	11	11	6	9	6	8	12	—	128
(mit Stiegenhäusern)		(46)	(80)		(102)		(4)	(11)	(29)	(129)	(99)	(153)	(67)	(2)	(152)	(142)	(35)	(44)	(67)	(133)	(146)		(1.441)
3. Siedlungsgruppen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	4	5	—	—	2	1	2	—	—	11	3	30
(mit Einzelhäusern)										294	71	867	567			64	169	156			1435	71	3.694
4. Baracken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	2	—	—	—	—	—	1	1	—	—	8
(mit Objekten)										6	31		16						7	1			61
5. Bürgerspitalfondshäuser . . .	18	—	4	6	—	2	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	33
6. Allgem. Versorgungsfondshäuser	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	4
7. Bürgerladfondshäuser	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
8. Stiftungshäuser	1	6	9	5	1	1	2	1	1	1	—	1	—	—	1	3	—	4	—	—	—	2	39
9. Wohnhäuser städtischer Unternehmungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	2	—	—	—	—	—	—	—	7	—	15
10. Wohnobjekte in derzeitiger Verwaltung der Gemeinde Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	4

Anzahl der Wohnungen

in den der Gemeinde Wien gehörigen und in städtischer Verwaltung stehenden Wohnhäusern und Wohnobjekten.

Stand vom 31. Dezember 1927 in den einzelnen Gemeindebezirken:	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	Außerhalb Wiens	Summe
1. Städtische Wohnhäuser . . .	300	359	413	161	139	151	72	126	452	203	115	280	303	96	78	382	102	42	165	93	95	80	4.207
2. Wohnhausanlagen	—	1048	1303	—	2005	—	75	159	529	2382	1513	2581	1184	33	2167	2399	549	638	910	2727	2020	—	24.222
3. Siedlungsgruppen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	294	71	867	567	—	—	64	169	156	—	—	1435	71	3.694
4. Baracken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	436	—	107	—	—	—	—	—	99	1	—	—	718
5. Bürgerspitalfondshäuser . . .	196	—	77	111	—	46	7	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	10	453
6. Allgem. Versorgungsfondshäuser	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	35
7. Bürgerladfondshäuser	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
8. Stiftungshäuser	7	114	122	81	8	21	36	21	1	34	—	9	—	—	8	49	—	29	—	—	—	8	548
9. Wohnhäuser städtischer Unternehmungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118	—	12	—	—	—	—	—	—	—	108	—	238
10. Wohnobjekte in derzeitiger Verwaltung der Gemeinde Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	83	—	—	—	—	—	—	37	—	—	—	28	280	—	428
Summe . .	531	1521	1915	353	2152	218	190	306	1065	2988	2267	3737	2179	129	2253	2931	820	865	1177	2849	3938	169	34.553

Anzahl der Geschäftsräume

in den der Gemeinde Wien gehörigen und in städtischer Verwaltung stehenden Wohnhäusern und Wohnobjekten.

Stand vom 31. Dezember 1927 in den einzelnen Gemeindebezirken:	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	Außerhalb Wiens	Summe
1. Städtische Wohnhäuser . . .	152	35	52	60	24	38	27	17	56	22	21	40	51	11	16	37	19	11	28	6	24	5	752
2. Wohnhausanlagen	—	36	67	—	104	—	5	10	32	96	55	86	73	3	113	187	34	41	47	30	142	—	1.161
3. Siedlungsgruppen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	5	—	—	—	—	1	—	—	8	—	18
4. Baracken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	8	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	13
5. Bürgerspitalfondshäuser . . .	109	—	10	4	—	27	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	153
6. Allgem. Versorgungsfondshäuser	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6
7. Bürgerladfondshäuser	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
8. Stiftungshäuser	4	28	18	17	5	3	9	2	1	1	—	5	7	—	2	7	—	1	—	—	—	—	110
9. Wohnhäuser städtischer Unternehmungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
10. Wohnobjekte in derzeitiger Verwaltung der Gemeinde Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	8
Summe . .	281	99	147	81	133	68	44	29	89	123	82	134	141	14	131	231	53	54	77	36	182	5	2.234

bringen. In den übrigen Gruppen der Wohnobjekte der städtischen Häuserverwaltung sind keine nennenswerten Veränderungen eingetreten.

Über den Stand der der Gemeinde Wien gehörigen Wohnhäuser und sonstigen Wohnobjekte sowie über die in diesen Gebäuden befindlichen Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten geben die auf Seite 205 stehenden und die nebenstehende Übersichtstabelle Auskunft.

In siebzehn städtischen Wohnhausanlagen sind Zentralwaschküchen untergebracht, von denen dreizehn mit Hochdruckdampfkessel betrieben werden, während vier auch Gasbetrieb aufweisen. In diesen siebzehn Zentralwaschküchen sind insgesamt 413 Waschstände vorhanden, bei elf Zentralwaschküchen ist eine Badeanlage angeschlossen. Diese elf Badeanlagen haben 127 Brausebad- und 117 Wannenbadzellen. In 35 Wohnhausanlagen sind ebenso viele selbständige Badeanlagen vorhanden, von denen alle, mit Ausnahme einer, die mit Niederdruckdampfkessel betrieben wird, mit Gasautomaten zur Warmwasserbereitung ausgestattet sind. Diese 35 Anlagen enthalten 111 Wannen- und 154 Brausebadzellen. Endlich sind noch 66 selbständige Badezimmer vorhanden.

Von den 128 Wohnhausanlagen sind 110 mit Gartenanlagen ausgestattet. Diese 110 Anlagen haben ein Gesamtausmaß von 97.700 Quadratmeter.

Das ständige Anwachsen der Zahl der Wohnparteien mußte begreiflicherweise auch zu einem Ausbau des Verwaltungsapparates führen, da die Arbeiten von dem bisherigen Personal, das in den letzten zwei Jahren zusammen nur um etwa zehn Prozent vermehrt wurde, nicht mehr klaglos geleistet werden konnten. Es wurden daher zur Entlastung der Amtsstelle nach und nach fünfzehn Vertragsangestellte als Hausinspektoren in Dienst gestellt. Diese Einrichtung wurde zunächst versuchsweise nur für die Neubauten eingeführt, dann aber auch auf den alten Besitz der Gemeinde ausgedehnt. Keinem Hausinspektor sollen mehr als zweitausend Wohnungen unterstehen, damit jeder seiner Aufgabe gerecht werden kann. Die Hausinspektoren vermitteln vor allem den Verkehr zwischen der städtischen Häuserverwaltung und den Parteien, um die Dienststelle wenigstens teilweise von dem kolossalen Parteienandrange zu entlasten und den Parteien die Möglichkeit zu geben, an Ort und Stelle selbst mit einem Organ der Hausverwaltung in Verbindung zu treten. Die Hausinspektoren haben auch bei jeder Gelegenheit darauf zu sehen, daß die von der Gemeinde erbauten Häuser und Wohnungen sowie die technischen Anlagen und Gärten durch zweckentsprechende Benützung und Pflege in gutem Zustande erhalten werden und daß jede Verschwendung vermieden wird. Allenfalls auftretende kleinere Schäden haben die Hausinspektoren sofort im kurzen Wege beheben zu lassen, um den immerhin schwerfälligeren und längeren Amtsgang abzukürzen. Umfangreichere Instandsetzungen bleiben dem städtischen Bauamte vorbehalten und hat der Hausinspektor nur dies-

bezügliche Meldungen umgehend zu erstatten. Endlich haben die Hausinspektoren auch darauf zu achten, daß die Zinseingänge rechtzeitig und vollständig abgeführt werden.

Bei der der Magistratsabteilung 17 angegliederten Betriebsbuchhaltung Wohnhäuser wurde mit 1. Juli 1926 von den gebundenen Büchern zum Legeblätter-System übergegangen. Zur Einführung gelangte eine Kontograph-Durchschreibebuchhaltung. Die Buchhaltung auf losen Blättern bietet gegenüber der in gebundenen Büchern den Vorteil, daß sie unbeschränkt erweiterungsfähig ist, also der Entwicklung des Geschäftes in jeder Hinsicht gerecht zu werden vermag, was bei angelegten Büchern nicht möglich ist, ohne die einmal festgelegte Ordnung zu durchbrechen. Die lexikalische Einordnung der Konten ermöglicht die rascheste Auffindung und macht jeden Index überflüssig. Hiezu tritt bei der Durchschreibebuchhaltung der Entfall der gesonderten Führung von Hilfsbüchern, da sowohl die Saldakontibuchung als auch die Buchung auf die durch die Bestimmungen des Mietengesetzes notwendigen Zweckkonti für jedes einzelne Zinshaus im Wege der Durchschrift gleichzeitig mit der Journalbuchung erfolgt. Hiedurch erübrigt sich außerdem die Abstimmung zwischen Konto und Journal, da ja von vorne herein die absolute Übereinstimmung besteht. Von besonderem Vorteile ist die jedem Konto eigene Kennziffer, die, da bei jeder Buchung anzuführen, Fehlbuchungen sofort bemerkbar macht. Die Aufteilungsmöglichkeit der Journalbuchungen auf die Hauptbuchkonten mit Hilfe des eigenartigen Addierlineales ist die denkbar rascheste, was bei der durch die Vielfältigkeit der Häusergruppen bedingten großen Anzahl der Hauptbuchkonten (über 200) von großem Vorteil ist. Die Zinsbelastung und Zahlungsverrechnung erfolgt bei den Neubauten stiegenhausweise, bei den alten Häusern für das ganze Haus in einer Summe.

Das immer dringender werdende Bedürfnis, die bisher angewendeten Durchführungsmethoden in bureautechnischer Hinsicht zu vereinfachen, der immerwährende Neuzuwachs an städtischen Neubauten, ferner die Tatsache, daß die städtische Häuserverwaltung neben ihrer eigentlichen Funktion der Verrechnung der wirtschaftlichen Gebarung auch jene Verrechnungen durchzuführen hat, die ihr auf Grund der Bestimmungen des Mietengesetzes eindeutig vorgeschrieben sind, das ist die detaillierte Nachweisung des Grundmietzinses, des Instandhaltungszinses sowie die Betriebskosten, und zwar getrennt nach jedem einzelnen Wohnhaus, gab Veranlassung, diesen Arbeits- und Zeitmehraufwand durch eine weitere Rationalisierung der Arbeitsmethoden der Betriebsbuchhaltung Wohnhäuser wettzumachen. Aus diesem Grunde wurde bereits die Einführung der maschinellen Buchführung durch Anwendung von Lochkarten ins Auge gefaßt und alle Vorbereitungen getroffen, um dieses System zur Anwendung zu bringen.

Hand in Hand mit dieser Umstellung wird auch die Herstellung der Monatszinslisten mittels Buchungsmaschinen erfolgen, so daß in kürzester Zeit die Umstellung der gesamten Betriebsbuchhaltung durchgeführt sein wird.

Approvisionierung und Gemeinde*

Von den Anstalten und Einrichtungen, die die Gemeinde Wien in zielbewußter Verfolgung ihrer Approvisionierungspolitik seit Ende 1925 geschaffen hat, verdient hier in erster Linie die Freibank hervorgehoben zu werden.

Sie dient dazu, auch den ärmsten Bevölkerungsschichten den Fleischgenuß zu ermöglichen und gründet sich auf die Vieh- und Fleischbeschauordnung vom 6. September 1924, B. G. Bl. Nr. 342. Nach § 14 dieser Ministerialverordnung sollen in Gemeinden, insbesondere in solchen mit einem öffentlichen oder Gemeindeschlachthause, Freibänke — das sind unter besonderer amtlicher Kontrolle stehende Verkaufsstätten für minderwertiges und bedingt taugliches Fleisch — errichtet werden. Diesem Wunsche der Regierung hat die Gemeinde Wien auch Rechnung getragen und im Schweineschlachthause die Freibankzentrale errichtet, der zwei Verkaufsstellen, und zwar eine im Schlachthause Meidling und eine auf dem Markte X., Columbusplatz, angegliedert sind.

Die Freibankzentrale, die im Jahre 1926 erbaut und im Februar 1927 dem Betrieb übergeben wurde, ist mit allen modernen Einrichtungen ausgestaltet, um das bei der amtlichen Vieh- und Fleischbeschau für minderwertig oder bedingt tauglich erklärte Fleisch wieder für den menschlichen Genuß tauglich zu machen. In der Freibankzentrale selbst, die auch Manipulations- und Lagerräume enthält, findet jedoch ein Verkauf des Fleisches nicht statt.

Der Verkauf dieses Fleisches geschieht in den zwei oben erwähnten Verkaufsstellen, von denen die im Schlachthause Meidling befindliche im Februar 1926 eröffnet wurde, während die in einem Kiosk auf dem Markte X., Columbusplatz, errichtete im September 1926 der Benützung übergeben wurde.

Mit der Führung des Betriebes sowohl der Zentrale wie auch der beiden Verkaufsstellen wurde von der Gemeinde die Wiener Sterilisierungs-Gesellschaft betraut, eine bereits seit 1899 bestehende registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, die sich seit ihrer Gründung mit der Sterilisierung von Schweinefleisch, das amtstierärztlich beanständet wurde, sowie der Verwertung dieses Fleisches und auch des Fettes beanständeter Tiere auf gemeinsame Rechnung und Gefahr der Genossenschaftsmitglieder befaßte. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß weder die Freibank selbst einen Gewinn abwerfen, noch auch der Betriebsführerin ein solcher erwachsen darf, da die ganze Einrichtung ja eine Wohlfahrtsinstitution für die ärmsten Schichten der Bevölkerung darstellt, weshalb nur die Betriebskosten ihre Deckung finden müssen. Die Sterilisierungs-Gesellschaft führt den Betrieb auf Grund der von der Gemeinde Wien erlassenen Freibankordnung, welche die hauptsächlichsten Beziehungen zwischen den Interessenten regelt.

Weiters verdient hier der Blumengroßmarkt, der am 8. Dezember 1926 eröffnet wurde, besondere Erwähnung. Er wurde auf der Realität der Österreichischen Gartenbaugesellschaft im I. Bezirke, Parkring Nr. 12, mit Mitteln der Gemeinde Wien errichtet und ist der einzige Markt für den Großhandel mit Blumen und Pflanzen sowie mit Bedarfsartikeln für die Blumenbinderei und den Blumenhandel. Durch seine Errichtung wurde ein langgehegter Wunsch der interessierten Händler und Produzenten nach einer zentralen Zusammenfassung des Großverkehres mit Blumen erfüllt.

Eine weitere Erwähnung verdient der Umbau, beziehungsweise die Neuanlage des offenen Lebensmittelmarktes im XII. Bezirke, Niederhofstraße. Der neue Markt, aus 24 Zellengruppen und zwei Verkaufspavillons bestehend, wurde am 1. Dezember 1926 dem Verkehre übergeben.

Schließlich sei noch der Fertigstellung des vom XXI. Bezirke, Am Spitz, in die Pitkagasse, und zwar in den städtischen Wohnhausbau „Schlingerhof", verlegten Floridsdorfer Marktes gedacht, der am 22. Februar 1927 eröffnet wurde. Diese sanitär und hygienisch vorbildlich ausgestattete Marktanlage zählt 92 Verkaufszellen und einen Fischverkaufspavillon. Bei dieser Anlage wurden zum erstenmal in Wien mit allen erforderlichen Einrichtungen versehene Kellermagazine geschaffen.

Die in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, in der Nachkriegszeit begonnene umfangreiche bauliche Umgestaltung schreitet rüstig ihrem Ende entgegen. Der neue Wildbretmarkt, der in dem ehemaligen Fischverkaufspavillon errichtet wurde, wurde im Juni 1927 der Benützung übergeben. Die Arbeiten an der Neuanlage des Fischdetailmarktes nach dem Gitterzellensystem sind im vollen Zuge. Zur Einleitung reiner und frischer Luft in die über Kälteerzeugungsmaschinen von 600.000 Kalorien Maximalleistung verfügende Kühlanlage gelangte ein Luftkanal zur Ausführung, der aus dem der Halle zunächst gelegenen Teile des benachbarten Stadtparkes die Luft aufnimmt, welche Einrichtung auch betriebsökonomische Vorteile in der Hinsicht bietet, als die in der kälteren Jahreszeit aufgesogene Luft die Inbetriebsetzung der Kühlmaschinen unter Umständen gänzlich erspart.

* Siehe Band II, Seite 5 ff.

Was den Zentralviehmarkt St. Marx anbelangt, so nehmen die zum Teile sehr umfangreichen Erneuerungsarbeiten an zahlreichen Objekten ihren Fortgang. An Neuherstellungen ist die Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für die am Markte tätigen Reinigungsarbeiter, das mit Kleiderablagestellen, Speiseräumen und Duschbädern ausgestattet ist, zu verzeichnen.

In markttechnischer Hinsicht verdient die am 3. Jänner 1927 erfolgte Wiedereinführung des getrennten Beinlviehmarktes Erwähnung. Hiedurch wurde namentlich die Wägemanipulation mit Stieren und deren rascher Abtransport vom Markte wesentlich erleichtert.

Die Versorgung Wiens mit Vieh und Fleisch im Jahre 1926 veranschaulichen die folgenden vier Tabellen.

Herkunftsländer der auf dem Zentralviehmarkt St. Marx im Jahre 1926 aufgetriebenen

Rinder

Herkunftsland	Stück
Niederösterreich	13.206
Oberösterreich	18.127
Salzburg	325
Steiermark	1.057
Kärnten	261
Tirol	54
Burgenland	1.511
Ungarn	41.994
Jugoslawien	24.219
Rumänien	40.086
Tschechoslowakei	5.728
	146.568

Herkunftsländer der auf dem Zentralviehmarkt St. Marx im Jahre 1926 aufgetriebenen lebenden

Fleisch- und Fettschweine

Herkunftsländer	Stück	
	Fleischschweine	Fettschweine
Niederösterreich	2.234	1.052
Oberösterreich	68	7
Steiermark	291	—
Burgenland	1.146	122
Ungarn	8.818	82.442
Jugoslawien	64.259	122.132
Rumänien	35.804	78.650
Polen	393.485	2.279
Italien	30.201	—

Herkunftsländer des auf dem Zentralviehmarkt St. Marx im Jahre 1926 aufgetriebenen, beziehungsweise zugeführten Jung- und Stechviehes

Herkunft	Kälber lebend	Kälber ausgew.	Fleisch-schweine	Fett-schweine	Lämmer lebend	Lämmer ausgew.	Schafe	Kitze
			ausgeweidet				ausgeweidet	
Niederösterreich	7.817	54.075	45.926	3.023	292	2.730	3.598	10.491
Oberösterreich	12.826	29.629	191	—	7	652	1.417	1.576
Salzburg	1.631	9.307	34	—	—	27	1.017	102
Steiermark	1	1.514	1.165	—	—	104	550	9
Kärnten	—	19	13	—	—	—	—	—
Tirol	397	—	—	—	—	—	—	—
Vorarlberg	—	60	—	—	—	—	—	—
Burgenland	24	612	1.183	—	—	10	53	2
Ungarn	2.334	49	—	—	85	5.713	93	—
Jugoslawien	514	34	87	—	—	—	—	—
Rumänien	22	—	—	—	—	—	—	—
Tschechoslowakei	6	—	—	—	—	—	—	—
Polen	—	—	99	—	—	—	—	—

Herkunftsländer der Zufuhren in die Großmarkthalle im Jahre 1926

Herkunft	Rindfleisch kg	Kalbfleisch kg	Schweinefleisch kg	Rauchfleisch kg	Kälber Stück	Schweine Stück	Schafe Stück
Wien	20,466.579	252.362	20,528.992	1,549.959	21.989	94.706	2.219
Niederösterreich	1,327.890	14.473	1,058.911	42.565	89.753	85.798	6.283
Oberösterreich	7.450	—	—	—	134	—	—
Steiermark	20.711	47	13.086	2.123	9.508	21.917	2.176
Tirol	4.800	—	—	—	8	—	98
Burgenland	7.271	—	2.499	33	2.115	4.832	110
Tschechoslowakei	6.100	—	—	—	—	—	—
Polen	995.267	110.915	846.695	6.667	214.743	79.496	5.811
Ungarn	446.034	15.790	500.222	3.672	20 585	6.441	3.258
Jugoslawien	403.575	3.430	1,361.677	47.602	9.746	18.358	711
Rumänien	5,611.679	4.387	76.111	2.812	4.078	11.171	543
Amerika	301.787	—	—	—	—	—	—

Was die Tätigkeit des Marktamtes anbelangt, so sei darauf verwiesen, daß von den Organen der Lebensmittelpolizei im Jahre 1926 8527 Milchproben und 4197 Proben von anderen Lebensmitteln in den einschlägigen Betrieben entnommen wurden. Wegen Übertretung der Preistreibereivorschriften wurden 88 Anzeigen erstattet, wegen Übertretung der Marktordnung 368, wegen solcher der Sonntagsruhevorschriften 114, wegen Nichteinhaltung der Eichvorschriften 235, wegen Übertretungen der Gewerbeordnung 1336, wegen unterlassener Preisanschreibung 564 und wegen anderer Übertretungen 1515.

Die Veterinärverwaltung Wiens*

Das Hauptaugenmerk des Veterinäramtes war nach wie vor darauf gerichtet, den von der Veterinärpolizei in allen ihren vielfachen Zweigen diktierten Zielen möglichst nahezukommen und den Ausbau der veterinären Einrichtungen der Gemeinde Wien auch weiter zu verfolgen.

So gelang es, den günstigen Stand der Seuchen unter den in Wien gehaltenen Haustieren auch weiter beizubehalten. Lediglich die Wutkrankheit erforderte besondere Maßnahmen. Durch eine stärkere Ausbreitung dieser Seuche in dem nördlich der Donau gelegenen Teile Niederösterreichs waren auch die am linken Donauufer gelegenen Teile des Gemeindegebietes von Wien bedroht. Als in rascher Folge Wutfälle zur Feststellung gelangten, wurden mit Wirksamkeit vom 15. Juni 1926 mit der Magistrats-Kundmachung vom 9. Juni 1926 (Magistrats-Abteilung 43/2580) Maßnahmen zur Bekämpfung der Wutkrankheit der Hunde erlassen und gleichzeitig mit der Magistrats-Kundmachung vom 10. Juni 1926 (Magistrats-Abteilung 43/2682) für die Gemeindegebiete am linken Ufer des Donaustromes der Leinenzwang angeordnet. Er blieb bis zum 2. März 1927 in Kraft, von welchem Tage ab er infolge des günstigen Seuchenstandes mit der Kundmachung vom 25. Februar 1927 (Magistrats-Abteilung 43/1117) wieder aufgehoben werden konnte. Insgesamt wurden in Wien im Jahre 1926 24 und in den ersten neun Monaten des Jahres 1927 neun Wutfälle festgestellt.

In der städtischen Wasenmeisterei wurde die Leistungsfähigkeit des Betriebes durch Aufstellung eines elften Digestors erhöht und zur Verbesserung des Abtransportes der anfallenden Konfiskate drei neue Lastkraftwagen in Dienst gestellt. Der Fahrpark verfügt nunmehr über sechs solcher Lastautos und zwei Paar Pferde. Auch die Anzahl der eisernen, verschließbaren Konfiskatenbehälter wurden um zwölf vermehrt.

Die fakultative Trichinenuntersuchung hat zugenommen, so daß zu ihrer Durchführung und zur Vorbereitung auf ihre allgemeine Einführung außer den vorhandenen vier Trichinoskopen noch fünf weitere aufgestellt wurden.

Auf dem Zentralviehmarkte in St. Marx sind im Jahre 1926 und 1927 vermehrte Seucheneinschleppungen durch Viehtransporte aus dem Auslande zu verzeichnen, weshalb Einrichtungen

Siehe Band II, Seite 25 ff.



Großmarkthalle — Unterer Fleischuntersuchungsraum



Großmarkthalle — Oberer Fleischuntersuchungsraum

geschaffen werden mußten, die eine sicherere Desinfektion und Handhabung der Veterinärvorschriften ermöglichen. Auf dem Borstenviehmarkte wurden in einzelnen Schweineszallasen an Stelle der Sandlager Betonböden eingebaut und die schadhaften Straßen und Gänge einer gründlichen Ausbesserung unterzogen. Zur leichteren Durchführung der Sektionen verendeter Tiere und Verminderung der Infektionsgefahr der hiebei beschäftigten Personen werden die Sezierräume sowohl auf dem Rinder- als auch auf dem Schweinemarkte derzeit vergrößert und mit Bade-, Wasch- und Desinfektionseinrichtungen versehen. Ebenso ist ein neuer Unterkunftsraum für die am Borstenviehmarkte beschäftigten Arbeiter mit allen modernen Wohlfahrtseinrichtungen vor seiner Fertigstellung.

In der Wiener Kontumazanlage erwiesen sich die Kühlräume mit Rücksicht auf die große Zahl der Pferde- und Schweineschlachtungen als zu klein, weshalb die Erweiterung der Kühlanlage auf



Freibank — Zerteilungsraum für bedingt taugliches Fleisch

das doppelte Ausmaß der bestehenden in Angriff genommen wurde. Im Frühjahre 1927 haben die Bauarbeiten begonnen und dürften ebenso wie die Verstärkung des maschinellen Teiles der Anlage bereits im Frühjahre 1928 vollendet sein. Eine Erweiterung der Sammelstallungen für Schweine steht ebenfalls gegenwärtig in Arbeit.

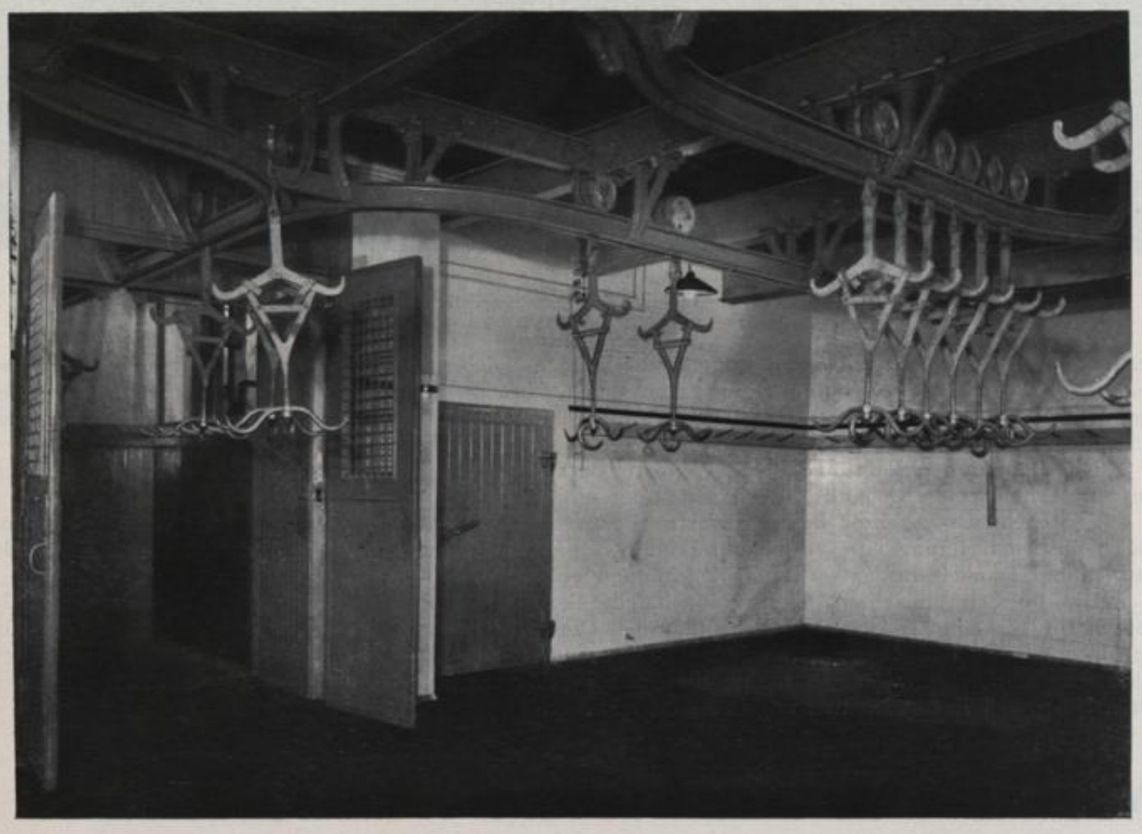
Im Schlachthofe St. Marx erfuhren die begonnenen Ausgestaltungsarbeiten ihre Fortsetzung. Für die im Schlachthofe beschäftigten Fleischhauermeister wurde ein neuer Garderobe- und Waschraum errichtet und dieser Raum auch mit einer Fernsprechanlage ausgestattet. In der Verwaltungskanzlei ist ein kleines Museum geschaffen worden, in welchem interessante Funde der Amtstierärzte anläßlich der Vieh- und Fleischuntersuchung als Anschauungspräparate zur Schau gestellt sind.

Im Schweineschlachthofe wurden in den Darmputzräumen neue Wässerungseinrichtungen für das Darmfett eingerichtet, die ebenso wie die aus Kunststein angefertigten Aufarbeitungstische ein reines Arbeiten ermöglichen.

In der Großmarkthalle mußte der bestandene Untersuchungsraum infolge anderweitiger Verwendung aufgelassen und an seiner Stelle ein neuer geschaffen werden. Trotz der räumlichen Ein-



Freibank — Neuer Übernahmsraum

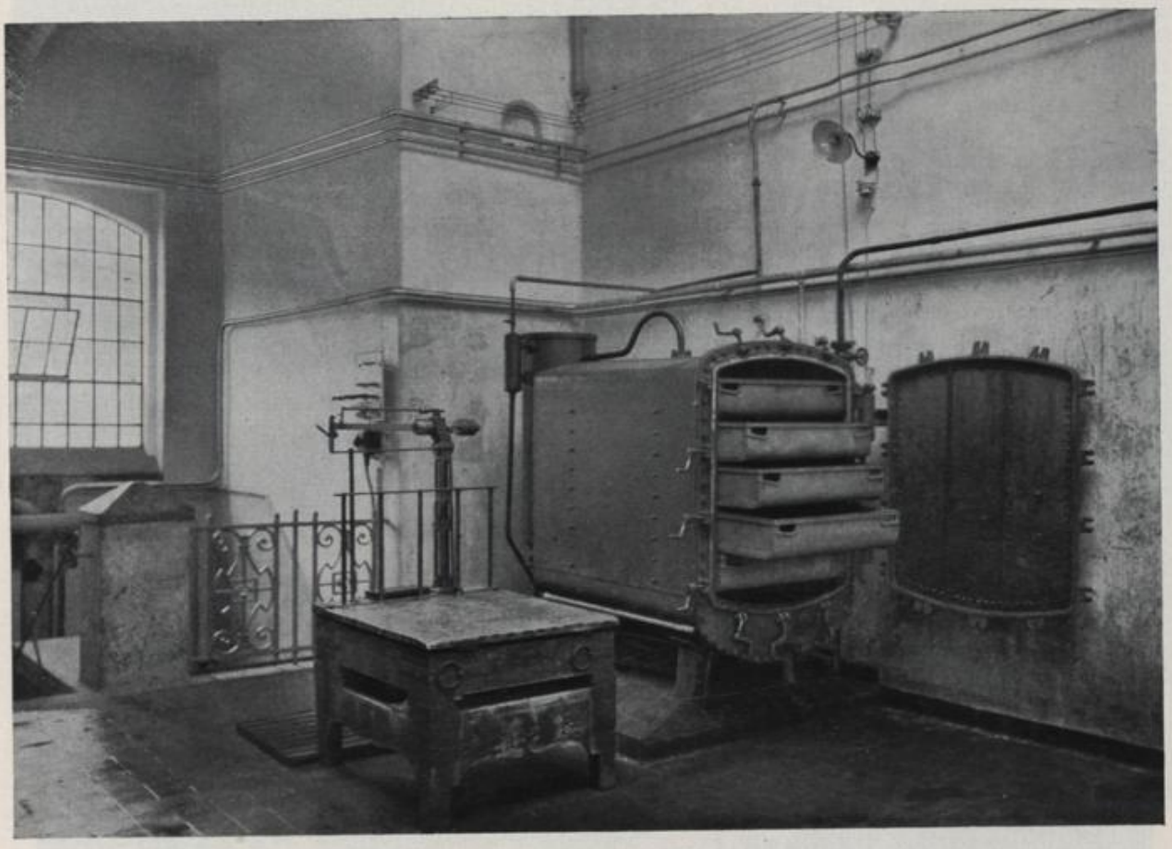


Freibank — Neuer Kühlraum

schränkung konnten die erforderlichen Räume für die Untersuchung der Fleischwaren und zur Unterbringung der Kanzlei gewonnen werden.

Die zur Untersuchung bestimmten Waren werden in den in gleicher Höhe des Marktniveaus gelegenen unteren Untersuchungsraum gebracht, wo sie auf Laufkatzen aufgehängt und auf diesen auf den Laufschienen überall hingebracht werden können.

Ergibt die Untersuchung die Genußtauglichkeit der Waren, so werden diese nach vorgenommener Abstempelung der betreffenden Partei ausgefolgt. Ist eine nähere und bakteriologische Untersuchung des Fleisches erforderlich, so müssen die Fleischstücke mittels eines eigenen elektrischen Aufzuges entweder in den im ersten Stocke liegenden oder in die unter dem Untersuchungsraume eingebaute Kühlzelle befördert und dort bis zur endgültigen Entscheidung belassen werden. Alle Räume sind mit gutem Licht,



Freibank — Fleischdämpfer

Ventilation, Kalt- und Warmwasserleitungen, direktem Kanalabflusse und waschbaren Fliesenwänden ausgestattet, so daß Reinigung und Desinfektion gründlichst durchgeführt werden können. Kanzleien für die Amtstierärzte, ein kleines Handlaboratorium, Unterkunftsräume für Aufseher und Arbeiter und Reinigungsbäder ergänzen die Einrichtung.

Die Räume der Veterinäramtlichen Untersuchungsstelle im Schlachthofe St. Marx wurden ebenfalls einer gründlichen Umgestaltung unterzogen.

Ein elektrisch geheizter Brutschrank zur Bakterienkultur ist als Neuerung besonders zu erwähnen. Durch die Angliederung eines Projektionsraumes für Mikro- und Trichinenprojektion, sowie eines als Kanzlei und Dunkelkammer verwendbaren Raumes erfuhr die Anstalt eine Erweiterung.

Die im Schweineschlachthofe untergebrachte Freibank erhielt durch einen Neubau und teilweisen Umbau eine vollständige Neugestaltung. Die vorhanden gewesenen Räumlichkeiten wurden für die Übernahme und Brauchbarmachung des bei der amtlichen Beschau als bedingt tauglich befundenen Fleisches herangezogen (siehe Bild) und zur Verwertung des minderwertig erklärten Fleisches ein Arbeits- und Kühlraum neu angebaut. (Siehe Bild.)

Eine eigene Kesselanlage zur Erzeugung des für die Sterilisierung des Fleisches erforderlichen Dampfes und eine neue, elektrisch betriebene Kühlmaschine bilden weitere Einrichtungen der Freibank. Ein neuer Hoenickescher Fleischdämpfer mit einem Fassungsraume für 300 kg Fleisch kam im Sterilisierraume zur Aufstellung.

Die früher bestandene Verkaufsstelle wurde aus dem Betriebe der Anstalt verlegt und in einem neugebauten Kiosk am Columbusplatze im X. Bezirke untergebracht.

Den Betrieb der Freibank führt die Wiener Sterilisierungs-Gesellschaft m. b. H., der auch bisher die Sterilisierung des brauchbar zu machenden Fleisches übertragen gewesen ist. Die Überwachung des Betriebes obliegt den städtischen Amtstierärzten, die der kommerziellen Gebarung der Magistratsabteilung 42 und dem Kontrollamte.

Mit der Fertigstellung dieser Anstalt verfügt auch Wien über eine modern eingerichtete Freibank, die den Zweck verfolgt, das bei der amtlichen Untersuchung beanstandete, jedoch zum menschlichen Genusse verwertbare Fleisch unter amtlicher Überwachung an den Konsumenten zu billigeren Preisen abzugeben.

Durch die angeführten Arbeiten haben die Fleischapprovisionierungsanstalten der Gemeinde Wien ihre weitere moderne Ausgestaltung erfahren.

Städtische Bodenpolitik*

Der Grundbesitz der Gemeinde innerhalb ihres Weichbildes hat sich gegenüber dem Stande vom Ende des Jahres 1925 um rund 250 Hektar erhöht und betrug am 14. Oktober 1927 rund 6939 Hektar.

An dem liegenden Besitze der Gemeinde Wien außerhalb ihrer Grenzen sind keine nennenswerten Veränderungen zu verzeichnen.

* Siehe Band II, Seite 60 ff.

Die Fürsorgeaufgaben der Gemeinde

Die städtische Mutterberatung

Nachdem der Magistrat bereits am 28. April 1926, A. Z. 211/1926, ermächtigt worden war, die städtischen ärztlichen Mutterberatungsstellen dreier Krankenkassen, nämlich der Krankenkasse der Gemeinsamen Gehilfenschaft der Genossenschaften der Gastwirte, der Kaffeesieder und des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber, der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien und der Krankenkasse der Bundesbahnen, über deren Ersuchen für ihre schwangeren Frauen und für ihre Säuglinge und Kleinkinder in den allgemeinen Beratungszeiten und in den Grenzen der allgemeinen Beratungstätigkeit zugänglich zu machen, trat im Sommer 1926 auch der Verband der Krankenkassen mit dem Ersuchen um Teilnahme seiner Mitglieder und Angehörigen an der städtischen Mutterberatung an die Gemeinde Wien heran. Nebst sonstigen Gründen war hiefür insbesondere die gute Führung und günstige Verteilung dieser Stellen über das ganze Wiener Stadtgebiet sowie die damit angestrebte Vereinheitlichung der Fürsorge maßgebend.

Hatte es sich bei den drei ersten Krankenkassen nur um einige hundert Kinder im Monat gehandelt, die sich auf die vorhandenen städtischen Mutterberatungsstellen verteilten, so war nunmehr mit der vertragsmäßigen Inanspruchnahme der städtischen Mutterberatung durch den großen Krankenkassenverband die Teilnahme von mehreren tausenden Kindern zu gewärtigen.

In Erwartung dieses starken Andranges wurde der Magistrat daher durch die Genehmigung des Bürgermeisters gemäß § 96 der Gemeindeverfassung am 29. Dezember 1926 auch ermächtigt, die für die Teilnahme von Kassenangehörigen nötigen Mutterberatungsstellen zu errichten oder selbst in Betrieb zu übernehmen.

Tatsächlich wurde mit dem Anwachsen der Zahl der beratenen Kinder im Jahre 1927 auch die Zahl der ärztlichen Mutterberatungsstellen allmählich immer mehr und mehr vergrößert. Während die Stadt Wien im Jänner 1926 nur fünfzehn ärztliche Mutterberatungsstellen besaß, die meist bei den Bezirksjugendämtern ihren Sitz hatten, betreibt das städtische Jugendamt heute bereits 34 Mutterberatungsstellen. Einem Besuch von 3669 Kindern im Jänner 1926 standen im September 1927 mehr als 14.800 Kinder, darunter 2500 Verbands-Krankenkassenkinder, in der ärztlichen Mutterberatung gegenüber. Die ökonomische Ausnützung der Mutterberatung ermöglichte also bei einer Verdoppelung der Mutterberatungsstellen die Erreichung der v i e r f a c h e n Besuchsziffer!

Durch diese bedeutende Verdichtung des Netzes der Mutterberatungsstellen im Jahre 1927 wurde den Müttern der Besuch der Mutterberatungsstellen auch wesentlich erleichtert.

Diese Verdichtung, dieses näher Heranbringen der Fürsorge an die Befürsorgten wurde durch die großzügige Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien, die eine planmäßige Einfügung neuer Mutterberatungsstellen in einzelne neue Gemeindewohnhausbauten gestattete, sowie durch die Heranziehung von sieben Krankenkassen-Ambulatorien besonders gefördert.

Im Jahre 1927 wurden zu den zwanzig städtischen Mutterberatungsstellen, die bis dahin bestanden, noch die nachfolgenden vierzehn in mehreren Abschnitten vom städtischen Jugendamt errichtet, beziehungsweise in Betrieb genommen.

Bis 31. Dezember 1926 vorhandene Mutterberatungsstellen:

II., Obere Augartenstraße 26—28 (Leopoldstädter Kinderspital); II., Lassalle-Hof, Vorgartenstraße 148; II., Schiffmühlenhof, Schiffmühlenstraße 60—62; III., Hauptstraße 96; V., Siebenbrunnengasse 78; VIII., Laudongasse 5; X., Laxenburgerstraße 47; X., Kennergasse 8—10; XI., Herbortgasse (ab 1. Juni 1927 Grillgasse 26—28); XII., Hauptstraße 2; XII., Fuchsenfeldhof, Am Fuchsenfeld; XIII., Eduard-Klein-Gasse 2; XV., Gasgasse 6—8; XVI., Arnethgasse 84; XVII., Kalvarienberggasse 29; XVIII., Kreuzgasse 87 (vorher: XVIII., Erndtgasse); XIX., Hofzeile 15; XX., Dammstraße 35; XXI., Brünnerstraße 29; XXI., Wurmbrandgasse 22 (Stadlau).

Im Jahre 1927 errichtete Mutterberatungsstellen:

III., Baumgasse 75 (Mautner-Markhofsches Kinderspital); VI., Königseggasse 10; IX., Sobieskigasse 31 (Karolinen-Kinderspital); X., Gellertplatz; XIII., Goldschlagstraße 193; XIII., Waidhausenstraße 4; XIV., Benedikt-Schellinger-Gasse; XVI., Effingergasse 23; XVI., Neulerchenfelderstraße 84; XVII., Beheimgasse 62; XX., Stromstraße 72 (Brigitta-Spital); XX., Denisgasse 39—41; XXI., Pitkagssse 2; XXI., Lenkgasse (Kagran).

Das Verständnis für die in den städtischen Mutterberatungsstellen durch entsprechende Belehrung und Beratung — eine Behandlung ist jedoch ausgeschlossen — gebotene v o r b e u g e n d e Fürsorge wächst immer mehr und wird binnen kurzem zu einer weiteren Vermehrung, wenn auch nicht der

Beratungsstellen, so doch der in denselben abgehaltenen zweistündigen Beratungszeiten, die heute bereits 77 betragen, zwingen, um so mehr, als seit 1. Oktober 1927 auch eine Erweiterung des Kreises derjenigen Kinder erfolgte, die nebst den auf Grund gesetzlicher Bestimmungen (Generalvormundschaft, Ziehkinderaufsicht) erscheinenden Kindern pflichtgemäß die Mutterberatung aufzusuchen haben. Nicht nur Pflegefamilien, die Säuglinge und Kleinkinder von der Stadt Wien in Obsorge nehmen, sondern auch Eltern und nächste Verwandte, denen die Pflege ihrer Kinder, Enkel oder Neffen, beziehungsweise Nichten, durch einen Pflegebeitrag der Gemeinde Wien ermöglicht wird, sind nämlich verpflichtet, mit diesen, wenn sie Säuglinge und Kleinkinder sind, die Mutterberatungsstellen regelmäßig aufzusuchen.

Durch diese Vorstellung des Kindes beim Jugendarzt soll die Pflegeaufsicht über dasselbe durch die Hausbesuche eine wertvolle Ergänzung erfahren.

Erwähnt sei ferner, daß sich auch noch weitere Krankenkassen um die Teilnahme an der städtischen Mutterberatung bewerben, was um so begreiflicher erscheint, als der von den Krankenkassen pro vorgestelltes Kind begehrte, an die Gemeinde Wien abzuführende Bauschbetrag ein äußerst bescheidener ist.

Zu diesen Krankenkassen gehört zum Beispiel die Arbeiter-Krankenkasse des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, die voraussichtlich ab 1. Jänner 1928 an der städtischen Mutterberatung teilnehmen wird.

Durch diesen geschilderten Ausbau der Mutterberatung wurde eine möglichst lückenlose Erfassung der gesamten fürsorgebedürftigen, vorschulpflichtigen Jugend bis zu dem Zeitpunkte gewährleistet, da sie der Schulfürsorge und dem Schularzte zur weiteren Betreuung überlassen werden kann.

Die Säuglingswäscheaktion der Stadt Wien

Die Gemeinde Wien hat im laufenden Jahre, in dem Bestreben, den werdenden Müttern die erste Sorge um ihr Kind abzunehmen, eine ganz einzigartige Säuglingswäscheaktion eingerichtet, durch die der einer Großstadt vom Range Wiens unwürdige Zustand beseitigt wurde, daß Mütter ihren neugeborenen Säugling in dürftige Fetzen, ja selbst Zeitungspapier einwickeln mußten.

Der Gemeinderatsausschuß III genehmigte bereits am 23. Februar 1927 die Bedingungen für die Ausgabe und die Zusammenstellung der Säuglingswäschepakete, worauf auch der Stadtsenat am 23. Februar 1927 und der neukonstituierte Gemeinderat am 3. Juni 1927 den Magistratsantrag annahm und die dafür erforderlichen bedeutenden Kosten von S 555.000 genehmigte.

Danach gibt die Gemeinde Wien allen Frauen, die in Wien wohnen und nach Wien zuständig sind, die notwendige Säuglingswäsche in bester Qualität vollkommen unentgeltlich sofort bei der Geburt des Kindes.

Die werdenden Mütter haben sich nur im achten oder neunten Schwangerschaftsmonate unter Vorweisung des Heimatscheines und Meldezettels im Bezirksjugendamte ihres Wohnbezirkes zu melden.

Jede Mutter, die sich rechtzeitig darum bewirbt, bekommt die Säuglingsausstattung. Eine Erhebung der Bedürftigkeit findet ebensowenig statt, als auch ein peinlicher Nachweis der Mittellosigkeit nicht verlangt wird.

Nach der Geburt des Kindes überreicht eine Beauftragte des Bürgermeisters der Mutter folgende Säuglingsausstattung gleichsam als Geburtstagsangebinde der Heimatsgemeinde mit den besten Glückwünschen der Stadt Wien:

24 Windeln,	2 Nabelbinden,
2 Flanelle,	1 Tragkleidchen,
6 Hemdchen,	1 Flanelldecke,
6 Jäckchen,	2 Gummieinlagen,
1 Badetuch,	1 Hautgarnitur (Seife, Creme, Hautpulver).

Frauen, die in einer der drei Gebärkliniken oder im Brigittaspital der Stadt Wien entbinden, erhalten das Säuglingswäschepaket von den dortselbst Dienst machenden städtischen Fürsorgerinnen sogleich beim Verlassen der Entbindungsanstalt.

Die Säuglingsausstattung befindet sich in einem schmucken roten Karton, der auf der Außenseite die bekannte Hanaksche „Mutter“ in Kunstdruck trägt.

Auf der Innenseite des Deckels ist nebst einem Verzeichnis des Inhaltes des Paketes auch ein Verzeichnis sämtlicher 34 vom städtischen Jugendamte betriebener Mutterberatungsstellen, zu deren regelmäßigen Besuch die Frauen in ihrem eigensten Interesse eingeladen sind, angebracht.

Das etwa $3^1/_2$ kg schwere Säuglingswäschepaket enthält nur erste Sorten, verursacht der Gemeinde rund S 60 Eigenkosten, stellt aber einen noch bedeutend höheren Wert dar.

Erwähnt sei noch, daß die Stadt Wien bei mehrfachen Geburten (Zwillingen usw.) auch die Säuglingswäsche mehrfach beistellt, und daß auch der formale Geschäftsgang absichtlich möglichst einfach gehalten wurde. Die sich im Bezirksjugendamte rechtzeitig meldenden Schwangeren erhalten bei der Anmeldung über diese eine bloße Bestätigung in Form einer Doppelkorrespondenzkarte, deren zweiter Teil unmittelbar nach der erfolgten Niederkunft an das ausstellende Bezirksjugendamt einzusenden ist.

Die Gemeinde Wien hat sich in einer Kundmachung, die in allen Amtshäusern und in jedem Wohnhause angeschlagen ist, an die Bevölkerung gewendet und die Bestimmungen über die Säuglingswäscheaktion bekanntgegeben. Sie begründet darin ihr Vorgehen ausdrücklich mit den nachfolgenden Worten:

> „Mütter! Die Gemeinde Wien will, daß ein gesundes und kräftiges Geschlecht heranwachse. Wenn sie jetzt jedem Kind ein praktisches Geburtsgeschenk überreicht, so ist das selbstverständlich kein Almosen. Die Gemeinde wirkt im eigenen Interesse, wenn sie durch umfassende Fürsorgeaktionen die kommende Generation fördert."

Welchem dringenden Bedürfnis die Gemeinde Wien mit ihrer neuen Säuglingswäscheaktion, für die sich bereits nicht nur ausländische, sondern auch viele inländische Gemeinden lebhaft interessieren, entgegenkam, zeigt der Umstand, daß sich vom Beginne der Aktion (15. März 1927) bis 15. Oktober 1927 insgesamt 9906 Frauen aller Berufsschichten um das Säuglingswäschepaket bewarben und daß bis 15. Oktober 1927 schon 7501 Pakete ausgegeben wurden, wonach mit einem Jahresbedarf von rund 13.000 Paketen gerechnet werden muß.

Die Gemeinde Wien hat diese neue Aktion aus Gründen einer gesunden Aufzuchtspolitik unternommen; sie verfolgt damit aber auch den erzieherischen Zweck, durch die Beistellung schöner und guter Säuglingswäsche die Eltern der Neugeborenen zu hygienisch einwandfreier Aufzucht, zu liebevoller Pflege und Wartung zu bringen, womit sicherlich auch ein größeres Interesse an dem Kinde als bisher verbunden sein wird.

Die Gemeinde Wien tut dies in der bestimmten Erwartung, daß auch durch diese Aktion das Verantwortungsgefühl der Wiener Mütter geweckt und gehoben und daß sie an ihnen wertvolle und kräftige Mitarbeiter in dem Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit finden werde.

Die Lehrlingsheime der Stadt Wien*

Auf Grund eines zwischen der Gemeinde Wien und der Lehrlingsfürsorgeaktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung abgeschlossenen Übereinkommens wurde dieser die Verwaltung und Betriebsführung der beiden städtischen Lehrlingsheime: II., Franzensbrückenstraße, und VIII., Josefstädterstraße 97, übertragen.

Die Lehrlingsfürsorgeaktion führt den Betrieb der Lehrlingsheime mit eigenem Personale, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung.

Sie hat das Lehrlingsheim II. Bezirk am 1. Oktober 1927 und das Lehrlingsheim VIII. Bezirk am 21. November 1927 in ihre Verwaltung übernommen.

Die Kleinkinderabteilung im Zentralkinderheime**

Als Ersatz für die zur Auflassung gelangende städtische Kinderherberge „Am Tivoli" wurde das Kinderheim Wilhelminenberg geschaffen, in welchem die größeren Kinder vom sechsten Lebensjahre angefangen zur Beobachtung vorübergehend untergebracht werden. Die bisher ebenfalls in der Kinderherberge „Am Tivoli" untergebracht gewesenen Kleinkinder werden jedoch in der mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. Oktober 1927, Pr.-Z. 4505, zur Errichtung gelangenden Kleinkinder-Abteilung im Zentralkinderheime der Stadt Wien, XVIII., Bastiengasse 36/38, Aufnahme finden.

Das Zentralkinderheim, das vor allem zur Aufnahme der der Gemeinde Wien zur Versorgung übergebenen Säuglinge bestimmt ist, hat einen mehr spitalsmäßig geführten Betrieb und ist daher auch für die Unterbringung von Kleinkindern, die einer größeren Infektionsgefahr ausgesetzt sind, besser

* Siehe Band II, Seite 455.
** Siehe Band II, Seite 467 ff.

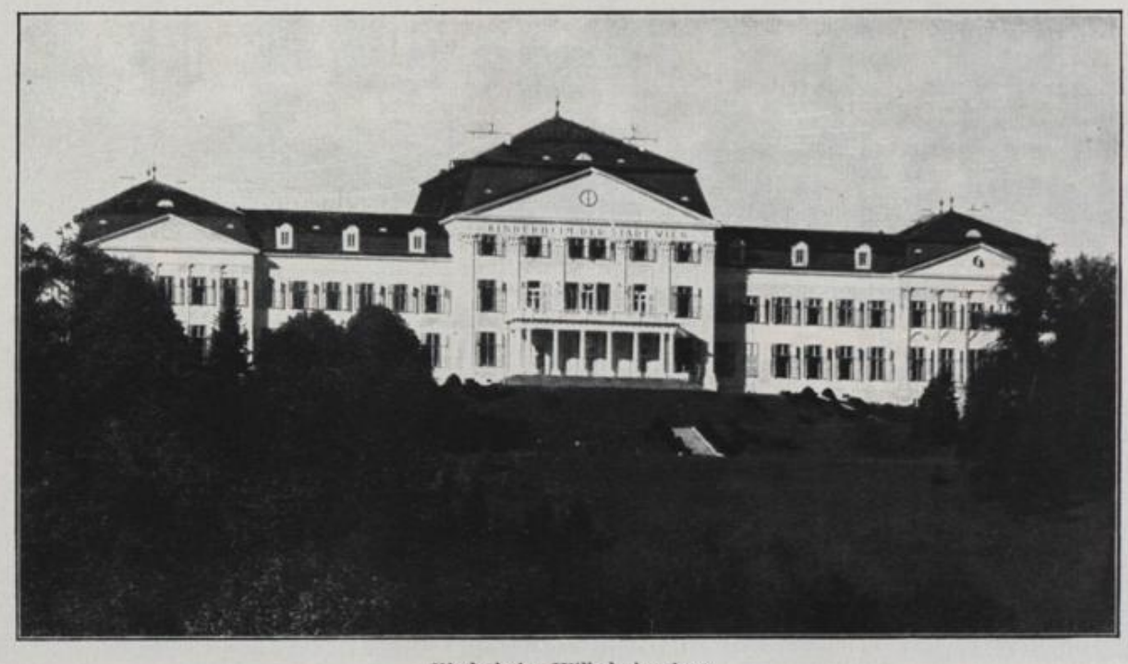
geeignet. Auch war in dieser Anstalt ohne besondere Schwierigkeiten und mit verhältnismäßig geringen Kosten die Adaptierung für diese Zwecke möglich.

Der Belagraum dieser Abteilung beträgt zirka 50 Betten. Die Abteilung selbst gliedert sich in eine Beobachtungsabteilung, in denen die neu aufgenommenen Kinder in ganz kleinen Gruppen untergebracht sind (Boxessystem), bis ihre Freiheit von Infektionskrankheiten angenommen werden kann und in eine offene Abteilung, in der die Kinder nach der Beobachtung sich aufhalten und bis zur Abgabe an andere Anstalten oder Kostenfrauen, beziehungsweise bis zur Rückübernahme durch die Angehörigen verbleiben können.

Beide Abteilungen sind voneinander streng getrennt. In der Beobachtungsabteilung, die eine eigene Teeküche besitzt, ist jedes Belagszimmer gesondert zugänglich, hat eigene Badegelegenheit mit Warm- und Kaltwasser sowie einen Trinkwasserauslauf. Alle Türen, die auf den Gang führen, haben Glaseinsätze, damit die Pflegerinnen auch vom Gange aus die Kinder beobachten können. Die offene Abteilung, die ebenfalls eine eigene Teeküche besitzt, enthält einen gemeinsamen Tagraum, drei Schlafräume, ein gemeinsames Bad und ein eigenes Besuchszimmer für die Angehörigen. Sämtliche Räume sind mit Zentralheizung versehen. Für die schöne Jahreszeit steht den Kindern der offenen wie der Beobachtungsabteilung ein eigener, gesonderter Spielplatz zur Verfügung, so daß sie genügend frische Luft und Sonne genießen können.

Das Kinderheim Wilhelminenberg*

Die Gemeinde Wien hat auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 27. Mai 1927 den ehemaligen erzherzoglichen Besitz „Schloß Wilhelminenberg", bestehend aus Schloßgebäude, Pförtnerhäuschen, Gärtnereigebäude, Wäschereigebäude, Wirtschaftsgebäude, einem großen Park und einem Obstgarten und anschließenden großen Grundflächen angekauft und das Schloßgebäude mit den Nebengebäuden und den umliegenden Grundflächen für ein städtisches Kinderheim an Stelle der bereits am 11. Dezember 1926 aufgelassenen Kinderherberge Grinzing und der zur Auflassung kommenden Kinderherberge „Am Tivoli" gewidmet. Diese Anstalt soll die Aufgabe haben, die im Heim der städtischen Kinderübernahmsstelle aufgenommenen und quarantainisierten Kinder weiter zu beobachten und zu befürsorgen, bis über ihr dem Bedürfnis und der Eigenart der einzelnen Kinder entsprechendes, weiteres Schicksal



Kinderheim Wilhelminenberg
Südansicht

* Siehe Band II, Seite 473 und 474.

entschieden ist. Die Anstalt wird also eine Durchzugsstation für Kinder beiderlei Geschlechtes vom sechsten Lebensjahr bis ins jugendliche Alter bilden. Sie wird für ungefähr 200 Kinder Platz bieten.

Die Gebäude wurden unter erheblichen Kosten vollständig hergerichtet und zweckentsprechend ausgestaltet. Insbesondere mußte die gesamte Gas-, Wasser- und elektrische Einrichtung sowie die Zentralheizung und Warmwasseranlage fast zur Gänze neu installiert werden, um den Anforderungen des neuen Betriebes zu genügen.

Das Hauptgebäude, bestehend aus einem Mittel- und zwei Seitentrakten, ist zweigeschoßig, während der Mitteltrakt noch einen Aufbau enthält. Die Anordnung der Räume wurde so getroffen, daß das Parterre und das erste Stockwerk zur Unterbringung von sechs Kindergruppen dient, wobei die Tag- und Schlafräume im allgemeinen südseitig gelegen sind.



Kinderheim Wilhelminenberg
Nordseite

Die baulichen und betriebstechnischen Vorkehrungen ermöglichen es, im Bedarfsfalle bei notwendiger Quarantänisierung oder im Falle aufgetretener Infektionskrankheiten die einzelnen Gruppen voneinander vollständig zu isolieren. Zu diesem Zwecke wurden zwei neue Ausgänge mit Freitreppen geschaffen, so daß jede der drei vorhandenen Stiegen abgesondert benützt werden kann. Auch wurde für jede Gruppe eine eigene Badegelegenheit eingerichtet.

Im Tiefparterre des Westtraktes befindet sich eine Zahnklinik für die Kinder der Anstalt und ein Vortrags-, beziehungsweise Kinosaal. Die Anstaltsküche samt Nebenräumen ist in dem im zweiten Stocke gelegenen Aufbau des Mitteltraktes untergebracht, von wo die Speisen mit Speisenaufzügen den einzelnen Gruppen zugeführt werden. In der Gruppe befindet sich außerdem eine Teeküche. Der zweite Stock enthält auch noch Personalunterkünfte.

Im Kellergeschoß sind untergebracht: Die Badeanlage, der Turnsaal, die Schulwerkstätte, ferner die Zentralheizanlage, eine Kühlanlage und Lagerräume.

Das Gärtnerhaus und Wäschereigebäude wurde zu einer ärztlichen Ambulanz und einer Krankenabteilung umgestaltet.

Der das Schloß umgebende Park wird gärtnerisch ausgestaltet werden. Auch sollen auf den großen Freiflächen mehrere Spielplätze geschaffen werden, so daß die Kinder nicht bloß in den lichten und weiten Räumen des Schlosses bei gewissenhafter Betreuung ein schönes Heim finden, sondern sich auch hinreichend in frischer Luft bewegen können.



Kinderheim Wilhelminenberg
Festsaal

Die Führung der Erziehung jeder Gruppe obliegt mit der Kinderpflege vertrauten Pflegerinnen unter Leitung einer qualifizierten Erziehungskraft. Die Kinder erhalten auch gruppenweise Nachhilfeunterricht. Auf Grund der Beobachtung der Kinder, an welcher sich das Erziehungs- und Pflegepersonal, die Heimmutter, der Anstaltsarzt und ein Heilpädagoge beteiligen, werden von der Anstaltsleitung die Anträge über die weiteren Maßnahmen hinsichtlich der Abgabe der einzelnen Kinder in Privat- oder Anstaltspflege gestellt und so dem städtischen Jugendamte wichtige Anhaltspunkte für die Bestimmung des weiteren Lebensschicksales jedes einzelnen Kindes gegeben. Das Kinderheim Wilhelminenberg wird sowohl durch seine herrliche Lage inmitten des Wald- und Wiesengürtels als



Kinderheim Wilhelminenberg
Krankenheim, Südseite

auch infolge seiner zweckmäßigen und modernen Ausstattung und Einrichtung seinen Schützlingen einen gesunden, der Großstadt entrückten Aufenthalt bieten.

Der Gedanke, welcher die Gemeinde Wien bei Erwerbung und Widmung des Schlosses für hilfsbedürftige Kinder leitete, findet seinen Ausdruck in den Worten der Widmungstafel:

„Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder."

Die Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe*

In dieser Anstalt wurde am 1. April 1927 ein zahnärztliches Ambulatorium für die Pfleglinge der Kinderabteilung eingerichtet, wo unentgeltlich zahnärztliche Untersuchungen und Behandlungen vorgenommen werden.

Mit Ende des Jahres 1927 wurde der Belag der Kinderabteilung auf 180 Betten erhöht, so daß die Anstalt nunmehr einen Gesamtbelag von 400 Betten aufweist.

Gesundheitswesen und Bevölkerungswesen**

Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes

Wiederholt war das städtische Gesundheitsamt seither veranlaßt, wegen der häufigen Auswandererertransporte aus den östlichen Ländern (Bessarabien, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und Polen) sanitäre Maßnahmen zu ergreifen, da diese Transporte, welche zumeist nach Südamerika bestimmt waren, auf der Durchreise häufig in Wien zu nächtigen pflegten und daher in Kontakt mit der hiesigen Bevölkerung kommen konnten. War auch die gesundheitliche Obsorge für die Teilnehmer dieser Auswanderertransporte durch Ärzte der Schiffahrtsgesellschaften sichergestellt, so mußte doch für die entsprechende Unterkunft bzw. für die Verhinderung der Weiterreise infektiös erkrankter oder verdächtiger Personen Sorge getragen werden. Es wurde daher im Einvernehmen mit dem Wanderungsamte im Bundeskanzleramt die Einrichtung getroffen, daß das städtische Gesundheitsamt von dem Eintreffen jedes geschlossenen Auswanderer-Transportes in Wiener Bahnhöfen oder Schiffslandungsplätzen durch die dortigen Polizeiexposituren verständigt und hiebei Zahl der Teilnehmer, Herkunftsort, Reiseziel sowie Dauer und Ort des eventuellen Aufenthaltes in Wien an die Zentrale des städtischen Gesundheitsamtes gemeldet wird. Dasselbe verfügt dann für den Fall des Aufenthaltes und der Nächtigung solcher Reisender in Wien die amtsärztliche Inspektion dieser Transporte in ihrer Herberge.

Hiebei werden die sanitären Verhältnisse der Unterkunftsstellen geprüft und die Auswanderer auf das Vorhandensein infektionsverdächtiger Symptome untersucht.

Insbesondere bei den Kindern dieser Transporte wurden wiederholt leichtere übertragbare Krankheiten, wie Masern, Trachom und dergleichen, festgestellt und die entsprechenden sanitären Maßnahmen getroffen. Der häufigste Grund zu Anständen lag in der Art der Unterbringung dieser Transporte, welche anfangs in oft räumlich unzulänglichen Quartieren kleinerer Hotels nächtigten. Aus diesem Anlasse wurde auf Grund der Ergebnisse wiederholter Verhandlungen schließlich durch die Bundesbahndirektion in einem Objekte derselben ein sanitär einwandfreier und räumlich entsprechender Aufenthaltsort geschaffen, der nunmehr zumeist bei Aufenthalt solcher Durchzugstransporte als Unterkunftsstelle und Verpflegsstelle der Auswanderer dient, wohin dieselben ohne näheren Verkehr mit der Bevölkerung vor der amtsärztlichen Untersuchung, welche jedesmal noch am Abend der Ankunft stattfindet, gebracht werden.

Der Wiener Landessanitätsrat hat in seiner Zusammensetzung und seinem Aufgabengebiete keine wesentliche Änderung erfahren.

Sanitätspersonen und Sanitätsgewerbe***

Die Zahl der Sanitätspersonen hat seit Abschluß des im Städtewerk vorliegenden Berichtes weiter zugenommen. Betrug die Zahl der Ärzte in Wien am Anfang des Jahres 1926 schon 4286, darunter 526 weibliche Ärzte und 570 Zahnärzte, so stieg dieselbe bis Ende 1926 bei den Ärzten überhaupt auf 4375,

* Siehe Band II, Seite 491.
** Siehe Band II, Seite 529ff.
*** Siehe Band II, Seite 550 ff.

bei den Ärztinnen auf 383 und bei den Zahnärzten auf 585. Ende Juni 1927 betrug die Zahl der Ärzte in Wien 4430, darunter 396 weibliche und 558 Zahnärzte.

Die größte Zahl der Ärzte wies, entsprechend dem dortigen Sitze der großen Krankenanstalten, der IX. Bezirk mit 730 Ärzten auf, darauf folgte nach der Zahl der Ärzte und dem Stande vom 31. Dezember 1926 der I. Bezirk mit 476 Ärzten und an dritter Stelle der VIII. Bezirk mit 429 Ärzten. Durchschnittlich entfielen in Wien zu dieser Zeit auf 1000 Einwohner 3·5 Ärzte, eine Zahl, die natürlich bezirksweise außerordentlich schwankte. Die geringste Zahl von Ärzten wies der XI. Bezirk mit 20 Ärzten auf, in welchem erst auf 8000 Personen die Durchschnittszahl der Ärzterelation in Wien überhaupt (3·5) entfiel, gegenüber 3·5 : 1000 in ganz Wien.

Die größte Zahl der weiblichen Ärzte fand sich ebenfalls im IX. Bezirk (84), woraus zu entnehmen ist, daß dieselben vorwiegend noch in den Krankenanstalten tätig waren, darauf folgte der II. Bezirk mit 44 weiblichen Ärzten. Es entfielen auf 10.000 weibliche Einwohner Wiens Ende 1926 3·8 Ärztinnen. Auch von diesen findet sich die geringste Zahl im XI. Bezirk.

Von Zahnärzten entfielen auf 10.000 Einwohner der Gesamtbevölkerung 3·1.

In derselben Zeit ist die Zahl der Zahntechniker von 916 am Beginn des Jahres 1926 auf 967 gestiegen. Der Zuwachs beträgt zirka 9 Prozent, bei den Zahnärzten dagegen nur 2·6 Prozent. Von den Zahntechnikern entfallen auf 10.000 Einwohner 5·2. Bis Ende Juni 1927 wurden in Wien 983 Zahntechniker gemeldet.

Die Zahl der Hebammen ist dagegen in Abnahme begriffen. Waren zu Beginn des Jahres 1926 noch 997 Hebammen in Wien tätig, so ging deren Zahl bis Ende 1926 um 10·6 Prozent auf 891 zurück. Somit entfielen Ende 1926 auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter 1·4 Hebammen in Wien. Am Ende des ersten Halbjahres 1927 praktizierten nur mehr 877 Hebammen in Wien.

Die größte Zahl der Zahntechniker befindet sich am Ende 1926 im II. Bezirk (106), die größte Zahl der Hebammen im X. Bezirk (76).

Darauf folgt hinsichtlich der Zahntechniker der III. Bezirk (67), hinsichtlich der Hebammen der II. Bezirk (73).

Der Stand der öffentlichen Apotheken hat sich seit dem letzten Berichte (im Verlaufe des Jahres 1926 um 7 auf 218) erhöht. Die größte Zahl der Apotheken findet sich mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr im I. Bezirk (26), die nächstgrößte Zahl im II. Bezirk (17). Die Apotheken teilen sich in 198 öffentliche Apotheken, 16 Anstalts- und 4 Klosterapotheken.

Die Apotheken wurden von 141 selbständigen Apothekern und 77 Provisoren, darunter 16 in Anstaltsapotheken, geleitet.

Die Zahl der Tierärzte hat sich im Jahre 1926 um 5 auf 231 erhöht. Hievon sind 109 Doktoren der Tierheilkunde.

Die größte Zahl der Tierärzte fand sich, wenn man vom III. Bezirk, in welchem mit Rücksicht auf den Sitz des Tierarzneiinstitutes 54 praktizierende Tierärzte gezählt wurden, absieht, im XIII. Bezirk (19), darauf folgten die Bezirke XII und XVIII mit je 18 Tierärzten.

Der Stand des ärztlichen Personales im städtischen Gesundheitsamte, welcher am Anfang des Jahres 1926 233 Ärzte umfaßte, stieg bis Ende 1926 auf 237 und bis Ende des ersten Halbjahres 1926 auf 243 Ärzte. Außerdem waren eine wechselnde Zahl von supplierenden Ärzten im Status des städtischen Gesundheitsamtes tätig, die Ende Juni 1927 den Stand von 22 supplierenden Ärzten erreichten.

In der Zentrale des städtischen Gesundheitsamtes waren hievon anfangs 1926 21, Ende 1926 18 und Ende Juni 1927 19 Ärzte tätig. Die Zahl der Physikats- und Stadtärzte in den Bezirken betrug anfangs 1926 117, Ende 1926 116 und Ende Juni 1927 120.

Die Zahl der städtischen Fachärzte blieb in der ganzen Zeit auf dem Stande von 11 Ärzten. Die Zahl der Schulärzte stieg im Jahre 1926 von 37 auf 45 am Ende dieses Jahres.

Die Zahl der Schulzahnärzte stieg von Anfang des Jahres 1926 bis Ende Juni 1927 von 17 auf 21.

Die Zahl der Tuberkulosefachärzte betrug Ende Juni 1927 20.

Der Stand des nichtärztlichen Sanitätspersonales für das Gesundheitsamt betrug Ende Juni 1927 64 im Desinfektionsdienst und 63 in anderen Dienststellen, vorwiegend im Fürsorgedienst tätige Hilfspersonen. Von letzteren waren 37 im Tuberkulosefürsorgedienst, 21 Ordinationsgehilfinnen im Dienste der Schulzahnkliniken, 2 Trinkerfürsorgerinnen, 2 Pflegerinnen in der Absonderungsanstalt und 1 Laboratoriumsassistentin tätig.

Der Gesamtstand dieses nichtärztlichen Hilfspersonales hat sich somit von Anfang 1926 um 8 Personen und zwar 2 Tuberkulosehilfsfürsorgerinnen, 4 Ordinationsgehilfinnen, 1 Sanitätsgehilfen und 1 Trinkerfürsorgerin erhöht.

Zur Heran- und Fortbildung des Desinfektions- und Fürsorgepersonales wurden wiederholt besondere Kurse abgehalten.

Der Stand der Drogisten und Inhaber einer Konzession nach § 15, Punkt 14, stellte sich am Ende des ersten Halbjahres 1927 wie folgt dar: Im Großhandel 88, im Detailhandel 308, im Gifthandel en gros 4, im Detail 30.

Im Stande der Masseure und Hühneraugenschneider sowie der Krankenpflege in und außerhalb der Anstalten sind wesentliche Änderungen nicht zu verzeichnen.

Öffentliche und private Heilanstalten*

Im Stande der öffentlichen und privaten Heilanstalten haben sich seit Abschluß des Berichtes folgende Änderungen ergeben:

Mit 18. Oktober 1926 wurde das Brigittaspital der Gemeinde Wien nach Vollendung des Erweiterungsumbaues mit einem Normalbelag von 123 Betten eröffnet.

Die Krankenkasse der Handlungsgehilfen hat im XVIII. Bezirk, Wielemansgasse, am 18. Juni 1926 eine geburtshilflich-gynäkologische Anstalt mit 76 Betten, davon zwei Drittel für geburtshilfliche Zwecke, der Rest für Gynäkologie, eröffnet.

Am 1. April 1927 wurde das Arbeiter-Unfallkrankenhaus, XX., Webergasse 2, mit einem Normalbelag von 48 Betten in Betrieb gesetzt.

Von den Agenden des städtischen Gesundheitsamtes wären folgende Einzelheiten im besonderen zu erwähnen:

In der Tätigkeit der in den einzelnen Bezirken dezentralisierten Organe der städtischen Gesundheitsverwaltung werden für das Jahr 1926 insgesamt 77.151 Amtshandlungen und 279.722 schriftliche Ausfertigungen gezählt. Einen namhaften Teil dieser Tätigkeit bildet die Bekämpfung der Infektionskrankheiten, auf welchem Gebiete 13.587 Amtshandlungen, davon 8475 persönliche Revisionen der Bezirksärzte, ausgewiesen werden.

Hinsichtlich der Schulhygiene ergaben sich in diesem Jahre 11.480 Amtshandlungen, vorwiegend die Begutachtung von Schulkindern hinsichtlich der Altersdispens und anläßlich der Wiedereinschulung nach Infektionskrankheiten betreffend.

An sanitären Revisionen der Bezirksärzte wurden 7427, darunter 3145 wegen sanitärer Übelstände, 1068 in diversen gewerblichen Betrieben und der Rest bei diversen nichtärztlichen Sanitätspersonen und Sanitätsbetrieben in den Bezirken, wie Badeanstalten, Masseuren, zahntechnischen Ateliers, Drogerien und Gifthandlungen, Rettungsanstalten, sowie in gewissen Lebensmittelbetrieben, wie Sodawasserfabriken, Mineralwasserhandlungen und dergleichen, vorgenommen.

Die Evidenthaltung und Aufsicht über die Tätigkeit der Hebammen in den einzelnen Bezirken erforderte in diesem Jahre 2313 Amtshandlungen.

Für die Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen und Schulkinderimpfung weisen die Bezirksärzte 28.111 einzelne Amtshandlungen in diesem Jahre aus.

Außerdem wäre die Intervention der Bezirksärzte bei der Versargung von Infektionsleichen, bei Operationen an der Leiche sowie die Überwachung der Leichenbestattungsunternehmungen, Leichenkammern und Leichenwagen und die Überwachung der Friedhöfe zu erwähnen. Schließlich wäre noch die Mitwirkung im Pflegekinderwesen, insbesondere Revisionen bei Parteien wegen Eignung zur Übernahme von Kostkindern hier anzuführen.

Noch umfangreicher waren die Agenden, welche die städtischen Ärzte im Dienste der Armenkrankenbehandlung ausweisen.

Insgesamt wurden im Jahre 1926 aus diesem Tätigkeitsgebiete 525.684 Amtshandlungen, darunter 76.935 Besuche im Hause der Kranken und 344.589 Ordinationen in der Wohnung des Arztes gezählt.

Dem Alter nach verteilten sich die Neuzuwächse in der armenärztlichen Behandlung im Jahre 1926 auf 34.728 Kinder, darunter 9329 Säuglinge und 82.581 Erwachsene.

Unter den Krankheitsformen, welche diese Neuzuwächse veranlaßten, standen an der Spitze die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane mit 30.206 Fällen, darauf folgten die entzündlichen Erkrankungen der Verdauungsorgane mit 16.165 Fällen. Insgesamt wurden 117.309 einzelne Erkrankungsfälle in diesem Jahre gemeldet.

Dieselben Ärzte wirken auch als Beschauärzte für die in ihren Wohnungen, beziehungsweise in Privatspitälern verstorbenen Kranken. Insgesamt wurden von den städtischen Ärzten im Jahre 1926 13.141 Beschauen, also rund 50 Prozent der vorgekommenen Beschauen nachgewiesen, während die übrigen Beschauen in öffentlichen Spitälern durch die betreffenden Prosektoren ausgeführt wurden. Hiebei ergab sich in 65 Fällen ein Anlaß zur Beantragung der gerichtlichen Obduktionen von

* Siehe Band II, Seite 556.

Leichen, in 284 Fällen war die Anordnung der sanitätspolizeilichen Leichenbeschau zur Feststellung der Todesursache von plötzlich verstorbenen, beziehungsweise totaufgefundenen Personen notwendig.

Von gerichtlichen Obduktionen wurden in diesem Jahre überhaupt ausgeführt: 335, darunter 23 wegen Kindesmord, 43 wegen Fruchtabtreibung, 20 wegen Totschlages oder Mord, 249 wegen Todes infolge fremder Fahrlässigkeit.

Von den 748 sanitätspolizeilichen Obduktionen betrafen 537 plötzlich Verstorbene und 214 ohne ärztliche Behandlung verstorbene Personen.

Bei allen diesen behördlichen Leichenöffnungen intervenierten ärztliche Organe der Zentrale des städtischen Gesundheitsamtes.

Von den städtischen Beschauärzten wurde in 8886 Fällen die Beisetzung von Leichen am Zentralfriedhof, in 885 Fällen in Leichenkammern angeordnet und 996 Anweisungen auf Gratisbeerdigungen sowie 690 Anweisungen auf Gratissärge ausgestellt. 131 Leichen, für welche keinerlei Angehörige auffindbar waren, wurden von städtischen Ärzten zu Studienzwecke an die anatomischen Universitätsinstitute abgegeben.

Von den Sanitätsrevisoren in den einzelnen Bezirken wurden 46.975 Revisionen von öffentlichen Versammlungsorten, Herbergen und Massenquartieren, Schanklokalen und Verkaufsläden für Nahrungs- und Genußmittel, 24.229 Revisionen in Häusern und Schulen, zumeist aus Anlaß des Auftretens von übertragbaren Krankheiten in denselben und 10.000 sanitäre Besichtigungen von Straßen, Plätzen, Fuhrwerksstandplätzen, Fluß- und Bachufern sowie 2677 in öffentlichen Anstandsorten vorgenommen.

Aus Anlaß dieser Revisionen und der hiebei festgestellten sanitären Übelstände wurden Anzeigen an die zuständige Sanitätsbehörde in 2844 Fällen erstattet.

Hievon betrafen 825 Fälle sanitär bedenkliche Zustände in Wohnungen und Schlafstellen, ferner 1259 Fälle in Höfen und Lichthöfen, Senk- und Mistgruben, Stallungen, Kellern und Bodenräumen. Außerdem wurden 40 lärmende Betriebe und 103 Betriebe wegen Rauch- und Geruchsbelästigung der Anrainerschaft sowie 118 Betriebe wegen nichteinwandfreier Betriebsstätten und 1499 diverse sanitäre Übelstände zur Anzeige gebracht.

In der Zentrale des städtischen Gesundheitsamtes liefen im selben Jahre 21.347 Aktenstücke ein und wurden 147 Rundschreiben an die in den Bezirken dezentralisierten Organe der Gesundheitsverwaltung erlassen. Zu den zentralen Agenden des Gesundheitsdienstes gehört ferner die Überwachung der Apotheken und des Arzneiwarenverkehres.

Von Apothekenrevisionen wurden im Jahre 1926 235 Revisionen in 218 Betrieben vorgenommen. Dabei ergaben sich 45 mal wesentlichere Anstände, aus deren Anlaß weitere Amtshandlungen notwendig waren.

Die Zahl der genehmigten Spezialitäten, welche im besonderen im Sinne des Spezialitätengesetzes zu überwachen waren, betrug Ende des Jahres 1926 2462. Außerdem wurden in der Zentrale des Gesundheitsamtes 366 Ansuchen um Arzneibezug aus dem Auslande von Privaten eingebracht und 108 generelle Bezugsbewilligungen für Arzneibezug aus dem Auslande an Institute, private Firmen und dergleichen erteilt.

Auch die Betriebe der Drogisten und Gifthändler sowie der Zahntechniker und Zahnärzte wurden fallweise, teils durch Organe der Zentrale, teils durch Bezirksärzte überprüft.

In der Zentrale wurden ferner 9509 amtsärztliche Untersuchungen, hauptsächlich von Aufnahmswerbern in den städtischen Dienst sowie zur Überprüfung dienstfähiger städtischer Angestellter ausgeführt. Hiebei wurden in 24 Prozent der Fälle bei den Neuwerbern allgemeine Erkrankungen, in 27 Prozent Erkrankungen des Nervensystems und der Sinnesorgane und in 11 Prozent Tuberkulose ermittelt. Bei den wegen Dienstfähigkeit Überprüften wurden in je 15 Prozent der Fälle Erkrankungen der Sinnesorgane und der Bewegungsorgane, in rund 14 Prozent Erkrankungen der Atmungsorgane, in 11 Prozent allgemeine Krankheiten und in je 9 Prozent Tuberkulose und Erkrankungen der Kreislauforgane gefunden. Bei den wegen Versetzung in den dauernden Ruhestand Untersuchten fanden sich in 80 Prozent Erkrankungen des Nervensystems und der Sinnesorganne und in je 20 Prozent der Fälle zum Teil neben obigen Befunden Erkrankungen der Kreislauforgane, der Atmungs- und Verdauungsorgane. Hinsichtlich der Urlaubsanlässe standen an der Spitze die Erkrankungen des Nervensystems und der Sinnesorgane mit 32 Prozent bei den Lehrpersonen und 23 Prozent bei Beamten und Angestellten und an Tuberkulose mit 17 Prozent bei den Lehrpersonen und 32 Prozent bei den Beamten und Angestellten. Von Unfallsfällen wurden durch Organe der Zentrale des städtischen Gesundheitsamtes 292 Fälle begutachtet.

Ärzte der Zentrale besorgten ferner den ärztlichen Dienst bei der Feuerwehr, welchem 800 Personen des Branddienstes, 17 Offiziere, 40 Meister und 52 Personen des Wirtschaftsdienstes zugewiesen waren. Unter diesen kamen im Jahre 1926 556 neue Erkrankungsfälle zur Beobachtung, von denen 555 wieder als genesen in den Dienst gestellt werden konnten und nur eine Person des Wirtschaftsdienstes gestorben ist. Außerdem wurden 1145 Personen, welche weiter im Dienst belassen werden konnten, ambulatorisch behandelt.

Außerdem wurde durch Ärzte des städtischen Gesundheitsamtes ein Inspektionsdienst im Schlachtviehhofe St. Marx, in mehreren städtischen Badebetrieben, insbesondere im Strandbad Gänsehäufel und im Asyl- und Werkhaus durchgeführt.

Auch die Fremdschüblinge, Korrigenden und Zwängler des städtischen Polizeigefangenhauses wurden regelmäßig durch einen Arzt des städtischen Gesundheitsamtes hinsichtlich ihres allgemeinen Gesundheitszustandes und ihrer Arrestfähigkeit überprüft.

Öffentlicher Rettungsdienst *

Zu den Agenden des Amtes gehört weiters auch die Überwachung des privaten Rettungsdienstes, der in Wien hauptsächlich durch die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft und die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft besorgt wird.

Erstere wies im Jahre 1926 an Interventionen 37.579 aus, darunter 14.111 Krankentransporte, die Hietzinger Rettungsgesellschaft berichtete für dieselbe Zeit über 6004 Hilfeleistungen mit 1867 Krankentransporten.

Im Dienste der Bau- und Gewerbehygiene wurden von der Zentrale des städtischen Gesundheitsamtes im Jahre 1926 48 gewerbliche und 158 Baukommissionen beschickt. In derselben Zeit intervenierten die Bezirksärzte in den einzelnen Bezirken bei 1273 gewerblichen und 1441 Baukommissionen.

Außerdem wurde die Zentrale des Gesundheitsamtes noch bei 582 kommissionellen Augenscheinen, hauptsächlich im Privatschulbetriebe und die Bezirksärzte bei 431 diversen Lokalaugenscheinen als begutachtendes Organ zugezogen.

Weiters wirken Ärzte des städtischen Gesundheitsamtes in der städtischen Berufsberatungsstelle sowie bei der Aufdingung der Lehrlinge für das Bäckergewerbe mit.

Zwecks genauer Erforschung der Reinheit des Einzugsgebietes der einzelnen Quellen der Wiener Hochquellenleitung wurde im Sommer 1927 ein bakteriologisches Laboratorium in Kaiserbrunn errichtet, welches unter Leitung des Mitgliedes der Quellschutzkommission, Prof. Dr. Heinrich Reichel, stand.

Die Aufarbeitung der Resultate dieser Untersuchung ist noch im Gange. Außerdem wurden in regelmäßigen Zeiträumen Proben aus verschiedenen Abgabestellen des Wiener Verteilungsnetzes der Wiener Hochquellenleitung entnommen und insgesamt je 389 Trinkwasseruntersuchungen auf den Keimgehalt und Gehalt an Gärungserregern sowie 122 chemische Trinkwasseruntersuchungen durchgeführt.

Diese Arbeiten oblagen der im Karolinen-Kinderspitale untergebrachten Untersuchungsstelle des Gesundheitsamtes, welche unter Leitung eines Arztes desselben steht. Insgesamt wurden daselbst im Jahre 1926 an verschiedenen Untersuchungen 2257 Gutachten erarbeitet und zwar hauptsächlich anläßlich der Untersuchung von Nasen- und Rachenabstrichen infektionsverdächtiger Kinder, Stuhl- und Harnproben von vermutlichen Bazillenträgern, Untersuchungen von Se- und Exkreten des menschlichen Körpers und von Blutproben, letztere in bakteriologischer und serologischer Hinsicht, vorgenommen. Hiebei wurden in 100 Fällen krankheitserregende Bakterien gefunden.

Im Dienste der Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung übertragbarer Krankheiten wurden im Jahre 1926 37.149 Blatternschutzimpfungen, darunter 25.712 an Schul- und Kindergartenkindern, vorgenommen. Damit weist die Impffrequenz erfreulicherweise wieder einen Anstieg seit dem Rückgang derselben in den Jahren 1922 bis 1925 auf.

Unter diesen Impfungen waren 14.960 (40 Prozent) Erstimpfungen, der Rest Wiederimpfungen und zwar waren unter den Schulkinderimpfungen 7238 Erstimpfungen (28 Prozent), unter den 11.437 sonstigen Impfungen befanden sich 7722 Erstimpfungen (68 Prozent). Es ist somit ein erfreulicher Zugang der Säuglinge zu der in diesen Ziffern vorwiegend ausgedrückten öffentlichen Impfung festzustellen. Freilich ist die Gesamtzahl der Erstimpfung und öffentlichen Impfungen gegenüber der Anzahl der Lebendgeborenen noch immer unbefriedigend, da sie nur kaum ein Drittel derselben zu erfassen vermag. Die Impferfolge sind dabei recht erfreuliche zu nennen. Es waren von den Erstimpfungen 87 Prozent, von den Wiederimpfungen 64 Prozent erfolgreich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter den zur Impfnachschau nicht Erschienenen, deren Impferfolg somit nicht ermittelbar ist, sicher auch noch ein Teil erfolgreich war.

Hieher gehört auch die Serumbehandlung bei Diphtherie, von welcher 1349 Fälle mit einer Letalität von zirka 4 Prozent ausgewiesen werden. Wenn man bedenkt, daß viele der Fälle relativ spät zum Arzt kommen und daher auch spät injiziert werden, kann dieses Ergebnis immerhin befriedigend genannt werden, da die Gesamtletalität der Diphtherie in diesem Jahre 6·5 Prozent erreichte.

Im Dienste der Infektionsbekämpfung stand weiter die Desinfektion, welche nach Abschluß der Erkrankungen in den Krankenwohnungen und nach Auftreten derselben in den vorher vom Kranken

* Siehe Band II, Seite 556.

besuchten Schulen, Arbeitsstätten und sonstigen Räumen und Objekten durch die Organe des städtischen Desinfektionsdienstes durchgeführt wurde.

Insgesamt wurden im Jahre 1926 7359 Desinfektionen ausgeführt in Wohnungen, 1216 in Schulen und 785 in sonstigen Räumen und diversen Objekten.

Diese Desinfektionen erfolgten 2509mal wegen Tuberkulose, 2375mal wegen Scharlach, ferner in 1702 Fällen von Diphtherie, in 367 Fällen von Typhus, 135mal wegen Ruhr und 98 sonstigen übertragbaren Erkrankungen, 66mal wurden solche Desinfektionen auf privaten Wunsch entgeltlich ausgeführt.

Unter den in der Desinfektionsanstalt durchgeführten Desinfektionen befanden sich 1980 Beschickungen des Dampfapparates und 734 Desinfektionen im Formalinkasten, beziehungsweise in der Formalinkammer. Außerdem wurden 39 Entlausungen in der städtischen Desinfektionsanstalt im X. Bezirk durchgeführt.

In der städtischen Absonderungsanstalt daselbst, wurden im Jahre 1926 fünf Personen und zwar teils wegen Scharlachverdacht, teils wegen Herkunft aus verseuchten Gegenden, teils wegen Milzbrandkontakt durchgeführt.

Ein Anlaß zu einem Belage der Notspitäler ergab sich während des Jahres 1926 nicht.

Außer den bereits oben angeführten Erhebungen und Anzeigen der städtischen Gesundheitsbeamten wegen sanitärer Übelstände wurden noch im städtischen Gesundheitsamte 414 Anzeigen wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen, 30 Anzeigen wegen Rauch- und Staubbelästigung, 15 Anzeigen wegen sanitätswidriger Beschaffenheit von Lebensmittelbetrieben und 20 Anzeigen wegen Rattenplage und Kleintierhaltung von privater Seite in der Zentrale zur Anzeige gebracht und zum Gegenstande von Erhebungen und Anträgen an die zuständigen magistratischen Bezirksämter, beziehungsweise an das Wohnungsamt gemacht.

Die Zentralstelle für Sport und Körperkultur der Gemeinde Wien

Im Dienste der körperlichen Ertüchtigung wurde in der letzten Zeit beim städtischen Gesundheitsamte ein neuer Fürsorgezweig angegliedert. Der riesige Aufschwung, den der Körpersport in der Nachkriegszeit genommen hat, erfaßte ganz besonders auch die arbeitende Bevölkerung. In dem Maße, als die wirtschaftlichen Verhältnisse für die breitesten Schichten der Bevölkerung schlechter wurden, wuchs glücklicherweise in diesen Schichten der Drang nach Licht und Luft und gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung.

Die Raschheit dieser Entwicklung führte jedoch bald zu einem Mangel an entsprechenden Übungsstätten, wie Spiel-, Sport-, Turnplätze und Schwimmhallen und dergleichen und zu einem Mangel an geeigneten Turn- und Sportführern. Der ganzen Bewegung fehlte eben eine zentrale Stelle, die zielbewußt die oft gegeneinander gerichteten Bestrebungen zusammengefaßt hätte. Auch fehlte es den körpersporttreibenden Vereinen, oft an einem entsprechenden Berater und Anwalt.

Auch war eine Vereinfachung und Zentralisation des Verkehrs dieser Vereine mit den zuständigen Behörden und Ämtern notwendig, aber auch diese brauchten einen Praktiker als Berater bei der Aufstellung neuer Pläne und Projekte.

Diese neue Einrichtung entsprach daher einem lange gehegten Wunsche und übernahm die Aufgabe, als Beratungsstelle für alle Angelegenheiten des Körpersportes zu dienen, die Subventionen für solche Zwecke zu verteilen und alle Ansuchen von Vereinigungen für Sport und Körperkultur und Förderung jeder Art durch die Gemeinde Wien entgegenzunehmen und sie an die zuständigen städtischen Dienststellen weiterzuleiten.

Um den Körpersportverbänden die Mitarbeit an diesem Aufbauwerke zu ermöglichen, wurde auch ein Sportbeirat geschaffen, dem drei Gemeinderäte und zehn Vertreter der vier größten Turn- und Sportverbände angehören. Da sowohl die Sportstelle als auch der Sportbeirat unter der direkten Führung des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler stehen, so ist alle Gewähr dafür gegeben, daß auch dieses, im Entstehen begriffene Werk zu einem wichtigen Gesundheitsfaktor für die Bevölkerung werden wird.

Der schulärztliche Dienst*

In derselben Richtung wirkt sich die städtische Schul- und Kleinkinderfürsorge aus. Derselben oblag hinsichtlich der Schulfürsorge die Aufsicht über mehr als 127.000 schulpflichtige Kinder. Den Dienst versahen im Einvernehmen mit den Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes 46 städtische Schulärzte im Nebenamte und zwei im Hauptamte, darunter 21 Ärztinnen. In den Hilfsschulen versahen besonders

* Siehe Band II, Seite 579ff.

vorgebildete Fachärzte den Dienst. An neuen gesundheitsfürsorgerisch eingestellten Sonderschulen wurde im Jahre 1926 eine solche für sehschwache Kinder im XVI. Bezirk, Kirchstetterngasse, mit etwa vierzig Kindern eröffnet.

Jedem in den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen und Hauptschulen diensttuenden Schularzte waren im Jahre 1926 zirka 3000 Kinder zugewiesen, welche täglich zwei Stunden in den ihnen zugewiesenen Schulen der Schülerfürsorge zu widmen hatten.

Von besonderer Bedeutung für die Tuberkulosebekämpfung ist die nunmehr bereits im zweiten Jahre mit Zustimmung der Eltern vorgenommene biologische Hautreaktion (Dermotubineinreibung) bei den Volksschülern der ersten Volksschulklassen.

Unter den 127.324 Schulkindern dieses Jahrganges, davon 82.673 Knaben, befanden sich in den ersten Volksschulklassen am Beginn des Jahres 10.967 Knaben und 10.314 Mädchen.

Von diesen Kindern erlangten 8028 Knaben und 7495 Mädchen die Zustimmung ihrer Eltern zur Vornahme der biologischen Hautreaktion. Hievon wurden dann tatsächlich 7346 Knaben und 6710 Mädchen eingerieben und zwar solche, bei denen die erste Hauteinreibung einen negativen Befund ergab, nach Ablauf einer Woche ein zweites Mal.

Hievon fanden sich im laufenden Jahre rund 30 Prozent positive Befunde bei den Knaben und rund 31 Prozent bei den Mädchen, gegen rund 39 Prozent bei den Knaben und 38 Prozent bei den Mädchen im Schuljahre 1925/1926. Durch die positiven Befunde der zweiten Einreibung stieg dann die Zahl der positiven Befunde überhaupt bei den Knaben auf rund 34 Prozent, genauer 33·7 Prozent, bei den Mädchen auf 34·5 Prozent. Von den negativen Befunden ließen sich 85 Prozent ein zweites Mal einreiben.

Es ergibt sich daher aus dieser Anordnung immerhin ein gewisser Rückgang der Zahl positiver Befunde im Schuljahre 1926/1927 gegenüber dem vorherigen Schuljahre, woraus vielleicht auf einen kleinen Rückgang in der Tuberkulosebedrohung der die erste Klasse besuchenden Kinder erschlossen werden könnte.

Zur weiteren Ertüchtigung der Schulkinder wurde das Schulschwimmen analog dem Turnunterrichte obligat gemacht und müssen auch für diesen Zweig der körperlichen Ertüchtigung Befreiungen auf Grund eines genauen schulärztlichen Befundes erwirkt werden.

Insgesamt wurden im Schuljahre 1925/1926 44.407 Knaben und 44.706 Mädchen der Normalschulen, ferner 1138 Knaben und 800 Mädchen der Hilfsschulen und 4063 Knaben und 3834 Mädchen der städtischen Kindergärten schulärztlich untersucht. Dabei ergab sich, daß von den Kindergartenkindern im Durchschnitt beider Geschlechter 9 Prozent schlechtester Befunde und 47 Prozent guter Befunde festgestellt wurden.

Die Untersuchung der schulpflichtigen Kinder ergab für durchschnittlich 29 Prozent der Kinder den Konstitutionsbefund III (schlecht) und für durchschnittlich 24 Prozent der Kinder den Konstitutionsbefund I (gut). Im vorhergehenden Schuljahre 1924/1925 wurden 27 Prozent Befunde Konstitution III und 23 Prozent Konstitution I erhoben. Es scheint also im allgemeinen in der Konstitution der Schulkinder eher ein leichter Rückgang gegenüber dem Schuljahre 1924/1925 festgestellt worden zu sein.

Bei den Kindergartenkindern wurden im laufenden Jahre durchschnittlich 15 Prozent Haltungsanomalien, bei den schulpflichtigen Kindern durchschnittlich 20 Prozent gegen 19 Prozent im Schuljahre 1924/1925 gefunden, also keine wesentliche Veränderung. An Rachitis ersten Grades fanden sich bei den Schulkindern der Normalschulen im Schuljahre 1926 durchschnittlich 23 Prozent, im Schuljahre 1925 dagegen 29 Prozent. Hier scheint also eine leichte Besserung der Rachitisbefunde erhoben worden zu sein.

Die Befunde an Kropf sind gegenüber dem Jahre 1925, in welchem durchschnittlich 33 Prozent Kropfkinder befunden wurden, deutlich auf 26 Prozent zurückgegangen, wobei jedoch die Mädchen den höheren Anteil stellen. Dagegen weisen die Befunde an Tonsillen und adenoiden Vegetationen wieder eine leichte Steigerung von 25 auf 26 Prozent auf. Auch die Befunde an nichttuberkulosen Drüsenschwellungen wurden im Jahre 1926 mit 27 Prozent durchschnittlich gegen 25 Prozent im Jahre 1925 erhoben. Auch die Befunde an Zahnkaries der schulpflichtigen Kinder weisen eine ganz leichte Steigerung auf, 55 Prozent gegen 52 Prozent, doch dürfte dies mit einer Erfassung einer größeren Anzahl von Schulkindern in der Schulzahnpflege und einer genaueren Feststellung zusammenhängen. Dagegen ist die Zahl der Fälle von behandelter Zahnkaries von 11 Prozent im Jahre 1925 auf 15 Prozent im Jahre 1926 angestiegen, ein deutlicher Erfolg der erst im Anfang der Entwicklung befindlichen Schulzahnpflege.

Bei den Hilfsschulkindern imponiert vor allem die hohe Zahl schlechter Befunde (30 Prozent) Konstitution III, ferner die Häufigkeit der Wirbelsäulenverkrümmungen (27 Prozent), der Tonsillen und adenoiden Befunde sowie der Drüsenbefunde mit je 29 Prozent. Die Fälle von Zahnkaries wurden hier mit 55 Prozent ermittelt. Bedeutend in den Vordergrund treten natürlich bei diesen Kindern die Befunde von Nerven- und Gehirnkrankheiten mit 37 Prozent gegen 8 bis 9 Prozent bei den Normalschulkindern, an Sprachstörungen mit 27 Prozent gegen 2 bis 3 Prozent der Normalschulkinder, an Schielen und Ohrenkrankheiten mit je 11 Prozent gegenüber je 3 Prozent bei den Normalschulkindern.

Der Ausspeisungsfürsorge wurden rund 7 Prozent der Normalschulkinder und 25 Prozent der Hilfsschulkinder teilhaftig. Der Erholungsfürsorge rund 9 Prozent der Normalschulkinder und durchschnittlich 6 Prozent der Hilfsschulkinder.

Bei den Kindergartenkindern imponiert die hohe Zahl leichterer Fälle von Blutarmut mit 25 Prozent, von Rachitis leichteren Grades mit durchschnittlich 40 Prozent, an Drüsenbefunden mit durchschnittlich 46 Prozent. Zahnkaries wurde bei den Kindergartenkindern in 60 Prozent der Fälle gefunden. Atmungskrankheiten fanden sich bei den Kleinkindern durchschnittlich 30 Prozent gegenüber durchschnittlich 7 Prozent bei den Schulkindern, an Skrophulose (Ekzem, Nasen- und Bindehautkatarrh) mit durchschnittlich 46 Prozent gegenüber 1 Prozent bei den Schulkindern.

Die große Zahl der Kinder mit Haltungsanomalien erforderte außer der Zuführung zum entsprechenden Heilturnen noch die Einrichtung einer Sonderschule für krüppelhafte Kinder im XIV. Bezirk, Kauergasse.

Um aus der Tätigkeit der Schulzahnkliniken einige Leistungen hervorzuheben, wurden im Betriebsjahre 1926 24.885 Füllungen und 9234 Zahnextraktionen durchgeführt und insgesamt in 56.841 Fällen der Zahnbürstenunterricht an die Kinder erteilt. Hinsichtlich der Entwicklung des Schulzahnpflegewesens wäre zu erwähnen, daß im Februar 1927 im V. Bezirk, Stöbergasse 14—16, die 10. städtische Schulzahnklinik mit zwei Behandlungsräumen, einem Kinder- und einem Begleiterwarteraum sowie einem Kanzleiraum eröffnet wurde. Hiedurch wurden neuerlich vierzehn Volksschulen mit 2940 Kindern der systematischen Schulzahnpflege zugeführt.

Im Budget für das Jahr 1928 ist für Schulzahnpflege ein Gesamtaufwand von rund S 438.000 vorgesehen, wovon auf den Betrieb der bereits bestehenden Kliniken rund S 196.000 und für Errichtung neuer Kliniken rund S 242.000 vorgesehen sind.

Im Dezember 1928 soll die 11. städtische Schulzahnklinik festgestellt werden und ist die Errichtung von fünf weiteren Kliniken in den Bezirken III, XVI, XVII, XVIII und XIX vorgesehen.

Im Dienste der Jugendfürsorge wirkt das städtische Gesundheitsamt ferner noch bei der Ziehkinderaufsicht mit, hinsichtlich welcher die privaten Einrichtungen für Jugendfürsorge durch einen Arzt des städtischen Jugendamtes im Einvernehmen mit Organen des städtischen Jugendamtes regelmäßig hinsichtlich ihrer allgemeinen und Schülerhygiene überwacht werden.

Mit Rücksicht auf die häufiger vorkommenden Systemerkrankungen steht den Schulärzten noch ein eigener Facharzt für Augen- und Ohrenheilkunde, von welch letzterem auch Nasen- und Kehlkopfkrankheiten begutachtet werden, zur Verfügung.

Von diesen weist ersterer 2630 Schulkinderuntersuchungen, darunter 1579 an Mädchen, aus, von denen 912 übersichtige, 684 astigmatische und 506 kurzsichtige Befunde erhoben wurden. Außerdem wurden 2020 Brillenbestimmungen durchgeführt.

Verschiedene Fürsorgemaßnahmen

Im Dienste der Krüppelfürsorge wurden im Jahre 1926 18.637 Amtshandlungen ausgewiesen, darunter 13.626 Behandlungen und 2271 Ordinationen im Hause des Arztes. Es ergaben sich bei insgesamt 1694 untersuchten Schulkindern, darunter 999 Mädchen, 1396 Verkrümmungen der Wirbelsäule, 202 Befunde tuberkulöser Natur, 69 mal Rachitis, 15 mal angeborene Hüftgelenksluxation, 8 mal Klumpfuß, 15 mal Polyomelitisfolgen, 18 mal Knochenbrüche und 334 Plattfüße, beziehungsweise genua valda.

Die Notwendigkeit einer Operation ergab sich in achtzehn Fällen. Behandelt wurden 824 Kinder wegen Rückgratsverkrümmungen, wovon 411 gebessert und 293 geheilt wurden.

Mit Quarzlicht wurden mit gutem Erfolg bestrahlt 227 Kinder, und zwar wegen Rachitis, Tuberkulose, Anämie und Halsdrüsen in insgesamt 4994 Sitzungen.

In der städtischen Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige wurden 12.200 Ansuchen im Jahre 1926 eingebracht, darunter für 6043 Kinder. Außerdem liefen 12.072 Ansuchen um Kurverlängerung ein. 11.301 Personen wurden davon ärztlich untersucht, darunter 5781 Kinder. Als nicht geeignet befunden wurden nur 686 Personen, darunter 389 Kinder. Aufgenommen wurden in die betreffenden Anstalten rund 3000 Kinder, rund 3800 Frauen und rund 300 Männer.

Die größte Zahl von Aufnahmen erfolgte für die Heilstätten Baumgartnerhöhe und Kreuzwiese. Überdies wurden 57 Kinder in Dauerpflege abgegeben. Im besonderen betraf die veranlaßte Unterbringung 843 Männer und Frauen für Rheumatismusbehandlung in Baden, ferner 218 tuberkulöse Männer, 3147 tuberkulöse Frauen und 3126 Kinder. Die Summe der Unterbringungen im Jahre 1926 belief sich auf 7314 Fälle.

Mit Ende des Jahres 1926 standen für Männer 63 Plätze, für Frauen 534 Plätze, für Kinder 907 Plätze und überdies in Baden für Erwachsene beider Geschlechter 140 Plätze zur Verfügung.

Die Zahl der Fürsorgestellen zur Tuberkulosebekämpfung wurde im Jahre 1926 von achtzehn auf neunzehn erhöht und ist seither auf zwanzig gestiegen. Die Fürsorgestelle im X. Bezirk übersiedelte in den Wohnhausneubau Staudiglgasse 12 und wurde bei diesem Anlasse der IV. Bezirk der Fürsorgestelle V. Bezirk zugewiesen.

In den neunzehn Fürsorgestellen wurden im Jahre 1926 26.045 Personen neu aufgenommen, davon 15.439 in städtischen Stellen. Dies entspricht einer Steigerung von 10·6 Prozent gegenüber dem Vorjahre.

Hiefür waren 89.529 ärztliche Untersuchungen notwendig (um 24 Prozent mehr als im Vorjahre) und 58.933 Wohnungsbesuche (um fünf Prozent mehr als im Vorjahre).

Die Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige sowie die Zentralstelle der Tuberkulosefürsorge befindet sich zurzeit im ehemaligen Bürgerversorgungshause, IX. Bezirk, Währingerstraße 45.

Die am 11. März 1926 eröffnete Beratungsstelle für Geistes- und Nervenkranke wies für das Jahr 318 neue Fälle auf, davon 120 an Nervenkrankheiten leidende Personen, 42 an Hirn- und Rückenmarksleiden erkrankte, 31 mit erblichen Defekten belastete, 53 an frühzeitigem Irresein, 32 an manisch-depressiven Zuständen leidende Personen und dreizehn durch endotoxische Störungen erkrankte sowie elf Psychopathen.

Von diesen Fällen konnten 128 außer der Beratung auch noch einer besonderen Heilbehandlung in entsprechenden Ambulatorien oder Heilstätten sowie der Fürsorge durch diverse Behörden und Dienststellen sowie Arbeitsvermittlung befürsorgt werden.

Die Trinkerfürsorgestelle der Gemeinde Wien berichtet aus dem Jahre 1926 über 202 Neuzuwächse, davon 191 Männer und einen Gesamtbehandlungsstand von 277 Fällen, darunter 263 Männer. 113 Fälle mußten als aussichtslos ausgeschieden werden, vier sind gestorben, 160 Fälle, darunter 155 Männer, verbleiben in Dauerfürsorge. Die Zuweisung erfolgte in 72 Fällen durch Angehörige, in 114 Fällen durch Ämter und Fürsorgestellen und Ärzte, sechzehn Fälle erschienen freiwillig.

Für die Befürsorgung und Beratung waren 49 ärztliche Sprechstunden, 828 Besuche von Trinkern und Angehörigen in der Beratungsstelle und 974 Hausbesuche der Fürsorgerin erforderlich.

Die Anzahl der mit alkoholischen Geistesstörungen auf dem Steinhof aufgenommenen Männer betrug im Jahre 1926 34·2 Prozent der Neuaufnahmen, bei den Frauen 3·7 Prozent.

Von der Beratungsstelle für Geschlechtskranke wird über einen Zugang von 456 Parteien im Jahre 1926 berichtet.

Darunter 297 Männer und 159 Frauen. Hievon waren 117 Männer (39 Prozent) und 43 Frauen (27) Prozent geschlechtskrank.

In den Behandlungsstellen für unbemittelte Geschlechtskranke wurden im ersten Halbjahr 1926 5044 Personen, darunter 3414 Männer, im zweiten Halbjahr 4294 Personen, darunter 2956 Männer, neu in Behandlung aufgenommen. Hievon waren im Durchschnitt beider Gechlechter 51 Prozent geschlechtskrank (bei den Männern 58 Prozent).

Von der Eheberatungsstelle des städtischen Gesundheitsamtes wird bei einem Gesamtzugang von 933 Personen über 471 neue Fälle berichtet (1925: 490). Von den neuen Fällen waren 257 Männer. Geschlechtskrank wurden hievon siebzehn Prozent, tuberkulös sieben Prozent, nicht ansteckende Sexualleiden verschiedener Art rund 27 Prozent befunden.

Zahlreiche Städte Deutschlands haben sich wegen der Einrichtung der Eheberatungsstelle um Auskunft an das städtische Gesundheitsamt Wien gewendet. Auch die französische und dänische Regierung haben Erkundigungen eingezogen. Anfragen liefen ferner ein aus der Tschechoslowakei, Rußland, Griechenland, Ägypten und Nordamerika.

Gesundheitsverhältnisse in Wien*

Als Maßstab für die Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse eines großen Gemeinwesens dient allgemein die Beobachtung der Sterblichkeitsziffern, Geburtenziffern und Erkrankungsziffern.

Für größere Zeiträume werden diese in der Regel in Promille der Bevölkerung zur Darstellung gebracht. Innerhalb kurz aufeinanderfolgender Jahre kann auch die Bewegung der absoluten Ziffernreihen, insbesondere bei großen Differenzen, wertvolle Ergebnisse liefern.

Es soll daher im folgenden diese Entwicklung für Wien im Jahre 1926 dargestellt werden.

Während im Jahre 1920 die Zahl der Sterbefälle in Wien auf 1000 Einwohner ausschließlich der Ortsfremden und Personen unbekannten Wohnortes 17·6 betrug, war sie im Jahre 1926 auf 12·8 Promille gesunken. Doch ist diese Ziffer um ein weniges (0·8 Promille) höher als im vorhergehenden Jahr 1925. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im Jahre 1920 15·1 auf 1000 Einwohner, sank jedoch bis zum Jahre 1926 auf 13·4 auf 1000 Einwohner. Diese Ziffer ist auch um 0·6 niedriger als im Jahre 1925.

* Siehe Band II, Seite 591 ff.

Die Sterblichkeit an Tuberkulose der Lungen sank von 1920, in welchem Jahre sie 3·1 Promille betrug, auf 1·7 Promille im Jahre 1926, doch ist auch diese Ziffer um 0·1 Promille höher als im Vorjahre. Insgesamt sind im Jahre 1926 um 4 Prozent Todesfälle mehr vorgekommen als im Jahre 1925. Betrachtet man nun die einzelnen Krankheitsgruppen, so ergeben sich interessante Differenzen. Während die Zahl der Todesfälle an übertragbaren Krankheiten epidemischen Charakters im Jahre 1926 ungefähr auf gleicher Höhe blieb wie im Vorjahre (sie stieg nur um 1 Prozent der vorjährigen Todesfälle dieser Art, war aber um 1·2 Promille der Bevölkerung niedriger als im Jahre 1920), so stieg die Häufigkeit der Tuberkulose-Todesfälle aller Art gegenüber dem Vorjahre um 6·5 Prozent der vorjährigen Todesfälle.

Unter den sonstigen allgemeinen Krankheiten findet sich auch bei der Ziffer der Krebs-Todesfälle eine ganz analoge Steigerung, gegenüber dem Vorjahre um 6·5 Prozent der Todesfälle an Krebsleiden im Jahre 1925.

Während die Zahl der Todesfälle an Nervenkrankheiten sich nur um die durchschnittliche Erhöhung der Todesfälle überhaupt (4 Prozent) gegenüber 1925 erhöhte, stieg die Zahl der Todesfälle an Herzkrankheiten und Krankheiten der Gefäße um das Doppelte (8 Prozent) gegenüber dem Vorjahre und der Durchschnittssterblichkeit.

Die Zahl der Atmungskrankheiten ist dagegen gegenüber dem Vorjahre und zwar in allen Einzelgruppen derselben durchschnittlich um 30 Prozent höher als im Jahre 1925. Es kommt also die Gesamtsteigerung des Jahres 1926 zum großen Teil auf Rechnung der Zunahme dieser Gruppe von Todesfällen.

Doch haben auch noch andere Gruppen eine beträchtliche Steigerung aufgewiesen, die aber in ihrer Gesamtziffer relativ so niedrig sind, daß sie das Ergebnis der Gesamtsterblichkeit nicht wesentlich zu beeinflussen vermögen.

So stiegen die Hautkrankheiten und die Zahl der Todesfälle an Mißbildungen der Neugeborenen um 24, beziehungsweise 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre, dagegen die Todesfälle an Knochenerkrankungen um mehr als 100 Prozent.

Die größte Zahl der Todesfälle nahm, wie immer in den Vorjahren, auch diesmal die Gruppe der Herz- und Gefäßerkrankungen ein, welche bereits 22 Prozent der Gesamtsterblichkeit allein ausmachen.

Die nächsthäufigste Zahl der Todesfälle stellte die Tuberkulose aller Art mit 3822 Todesfällen, das sind rund 16 Prozent derselben. Darauf folgte die Gruppe der Todesfälle an Atmungskrankheiten und die der Krebs-Todesfälle in fast gleicher Höhe mit je 15·5 Prozent der Todesfälle, während die Gruppe der Verdauungskrankheiten nur 6·2 Prozent der Todesfälle lieferte.

Einen Rückgang gegenüber dem Vorjahre zeigen außer den nicht epidemischen übertragbaren Krankheiten, darunter auch die Syphilis und die auf den Menschen übertragbaren Tierkrankheiten, welche gegenüber dem Stande des Vorjahres eine Abnahme um ein Drittel der Fälle des Vorjahres aufwiesen, noch die typischen Krankheiten des Säuglingsalters, welche, wenn man die Todesfälle an Mißbildungen in Abzug bringt, um zirka 10 Prozent niedriger war als im Vorjahre. Allerdings ist auch die Zahl der Lebendgeburten gegenüber dem Vorjahre um 11·5 Prozent gesunken.

Auch die Zahl der Todesfälle an Altersschwäche ist gegenüber dem Vorjahre allerdings nur um 4·4 Prozent der Fälle des Vorjahres zurückgegangen, und die Zahl der Todesfälle an gewaltsamen Todesarten mit Ausschluß des Selbstmordes um 7·2 Prozent gesunken, dagegen ist die Zahl der Selbstmorde gegenüber dem Vorjahre um 6 Prozent angestiegen.

Aus den im vorhergehenden dargestellten Ziffern ergibt sich das Wirksamwerden der Säuglingsfürsorge und der Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten, während sich die Bekämpfung der Tuberkulose mit Rücksicht auf die Verschlechterung der allgemeinen sozialen Lage und gewisse Lebensgewohnheiten der Bevölkerung unsozialer Art noch nicht so durchsetzen konnte, daß sie die seit dem Jahre 1920 zu konstatierende Abnahme der Tuberkulose-Sterblichkeit auch im letzten Jahre in gleicher Höhe hätte aufrechterhalten können, ja sogar eine gewisse Steigerung erkennen läßt.

Die Besprechung der Erkrankungsziffern kann nicht auf ein so umfassendes Material als die Sterblichkeitsstatistik aufgebaut werden, da von diesen nur die Zahl der übertragbaren anzeigepflichtigen Krankheiten genauer bekannt ist, während man hinsichtlich der übrigen Krankheitsformen nur auf Vermutungen angewiesen ist, da auch die Gesundheitsstatistik der großen Krankenkassen noch keine näheren Einblicke über die einzelnen Krankheitsgruppen ihrer Mitglieder gestattet.

Was zunächst die Todesfälle an übertragbaren Krankheiten überhaupt betrifft, so ist festzustellen, daß die Zahl derselben an epidemischen Krankheiten gegenüber dem Jahre 1920 um 1·2 Promille der Bevölkerung gesunken ist.

Hinsichtlich der nicht anzeigepflichtigen Krankheiten ist man überhaupt nur auf die Ziffer der Sterbefälle angewiesen. Die Beobachtung derselben ergibt bei den Masern im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre einen beträchtlichen Rückgang von 46 auf 9 Todesfälle. Die Ziffer der Todesfälle an Keuchhusten ist dagegen von 94 auf 119 Todesfälle gestiegen, dagegen die Ziffer der Rotlauf-Todesfälle von 93 auf 88 im Jahre 1926 gesunken. Die Ziffer der Poliomyelitis-Todesfälle ist im

Jahre 1926 von 2 im Jahre 1925 auf 8 gestiegen. Die Ziffer der Todesfälle an Encephalitis lethargica dagegen von 14 auf 13 gesunken. (Poliomyelitis war im Jahre 1926 noch nicht anzeigepflichtig.)

Die Zahl der Milzbrand-Todesfälle betrug in beiden Jahren glücklicherweise nur je einen Todesfall, der noch dazu aus der ortsfremden Bevölkerung gemeldet wurde, woraus zu entnehmen ist, daß die Milzbrandverordnung sich in den betreffenden Gewerbebetrieben bereits wirksam durchsetzen konnte.

Die Zahl der Syphilis-Todesfälle ist von 241 im Jahre 1925 auf 166 im Jahre 1926 gesunken.

Die Zahl der Erkrankungen an anzeigepflichtigen, übertragbaren Krankheiten hat in der Gesamtziffer eine Steigerung von 1925 auf 1926 im Ausmaße von zirka 15 Prozent der Fälle des Vorjahres auf 13.113 Fälle erfahren; zum Teil ist diese Steigerung allerdings auf die Verbesserung der Anzeigepraxis bei der Tuberkulose zurückzuführen, da sich die Zahl der Anzeigen über Lungentuberkulose um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahre steigerte, während sich die Zahl der Todesfälle an Lungentuberkulose nur um etwas mehr als 5 Prozent der Fälle des Vorjahres steigerte.

Gleichzeitig stieg allerdings auch die Zahl der Kinderinfektionskrankheiten. Dies hängt zum Teil mit der absoluten Steigerung der Zahl von Kindern in den für die Erkrankung an Infektionskrankheiten wichtigsten Altersstufen zwischen dem vierten bis achten Lebensjahre, in welcher Zeit erfahrungsgemäß durch den gesteigerten Verkehr dieser Kinder mit der Umwelt die Möglichkeit von Kontaktinfektionen sich erhöht.

Als Maßstab dieser Zunahme, die sonst nur in den Volkszählungsjahren erfaßbar wäre, kann die Zahl der Schulkinder in den ersten Volksschulklassen gelten. Diese hat nun im Schuljahre 1925/1926 gegenüber dem Durchschnitt des Standes der Schüler in den ersten Volksschulklassen während der Jahre 1922 bis 1926 um 39 Prozent, im Schuljahre 1926/1927 gegenüber dem Vorjahre um 24 Prozent zugenommen. Dies erklärt sich aus dem Einrücken der stärkeren Geburtsjahrgänge 1919/1921 in die ersten Volksschulklassen in diesen beiden Jahrgängen.

Die Zahl der Kinderinfektionskrankheiten erhöhte sich nun im Jahre 1926 bei den Feuchtblattern um 37 Prozent der Fälle des Vorjahres auf 3939, bei der Diphtherie um 4 Prozent der Fälle des Vorjahres auf 1549 im Jahre 1926. Beim Scharlach dagegen sank sogar diese Ziffer im Jahre 1926 um 12·5 Prozent auf 2642 Fälle. Hier zeigt sich deutlich die Wirksamkeit der Expositionsprophylaxe bei Scharlach und Diphtherie, die sich bei den Varizellen infolge des leichten Verlaufes derselben kaum je in Form der Spitalsabsonderung auswirkt und daher den größeren Kinderstand in der höheren Zahl der Infektionsquelle sofort nahezu parallel auswirkt, während sie sich bei Scharlach und Diphtherie auch später auszuwirken vermag, da diese Erkrankungen in glücklicher Weise in fast 70 Prozent der Fälle in Spitalspflege kommen.

Bei den Darminfektionskrankheiten zeigt sich, da auch hier die Expositionsprophylaxe und die übrigen Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen wirksam zu werden vermögen und es sich vorwiegend hier um Erkrankungen der Erwachsenen handelt, deren Ziffer gegen das Vorjahr wesentlich differenziert, ebenfalls eine erfreuliche Abnahme. So sind die Fälle an Abdominaltyphus und zwar nicht nur die Wiener, sondern auch die Zahl der ortsfremden Fälle, im Jahre 1926 um 34 Prozent auf 287 Fälle zurückgegangen, die an Paratyphus um 28 Prozent auf 44 Fälle, bei Ruhr sogar um 41 Prozent auf 87 Fälle.

Auch beim Trachom zeigt sich ein Rückgang um 26 Prozent auf 68 Fälle; die Zahl an Wochenbettfieber dagegen ist mit 40 Fällen gegenüber 41 Fällen im Vorjahre ziemlich gleichgeblieben, dagegen ist die Zahl der Anzeigen über Bißverletzungen um rund 12 Prozent auf 322 Anzeigen gesunken. Von Lyssafällen kamen jedoch im Jahre 1926 2 Fälle gegenüber 1 Fall im Jahre 1925 zur Anzeige.

Die Zahl der Anzeigen über Genickstarre ist um zirka 12 Prozent auf 14 Fälle gesunken, die der Malariafälle um 75 Prozent auf 2 Fälle zurückgegangen.

Die Zahl der im Jahre 1926 gemeldeten Poliomyelitiserkrankungen betrug 9; im vorhergehenden Jahre war keine solche Anzeige eingelangt. Zu bemerken ist hier, daß die Anzeigepflicht für Poliomyelitis erst im Jänner 1927 erlassen wurde.

Die Zahl der Milzbrandanzeigen ist im Jahre 1926 ebenfalls um 75 Prozent auf 2 Fälle zurückgegangen.

Hinsichtlich der Häufigkeit der Todesfälle an anzeigepflichtigen Krankheiten ist folgendes festzustellen:

Die Scharlach-Todesfälle sind von 77 im Jahre 1925 auf 41 im Jahre 1926 zurückgegangen (—45 Prozent), wodurch die Letalität des Scharlachs von 1925 auf 1926 um 0·9 Prozent gegenüber der des Vorjahres auf 1·6 Prozent der angezeigten Fälle zurückging. Dagegen stieg die Zahl der Diphtherietodesfälle im Jahre 1926 um 52 Prozent auf 99 Fälle an, so daß die Letalität der Diphtherie, welche im Jahre 1925 4·5 Prozent betrug, im Jahre 1926 auf 6·4 Prozent, also fast um 2 Prozent der angezeigten Fälle anstieg.

Die Zahl der Todesfälle an Grippe ist von 68 im Jahre 1925 auf 131 Fälle im Jahre 1926 gestiegen. Eine Letalität läßt sich hier mit Rücksicht auf die bloß ziffernmäßige Anzeigepflicht bei Grippe nicht errechnen. Dabei fand sich die Hauptmenge der Todesfälle an Grippe in den ersten vier Monaten des Jahres 1926.

An gemeingefährlichen Krankheiten: Blattern, Fleckfieber, Cholera, Pest und Aussatz, wurde kein Todesfall im Jahre 1926 gemeldet.

Die Todesfälle an Starrkrampf haben von 23 Fällen im Jahre 1925 um 10 Fälle abgenommen.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß auch die Expositionsprophylaxe und Bekämpfung dort, wo sie sich nach der Natur der Krankheit und den Gewohnheiten der Bevölkerung durchzusetzen vermag, im Jahre 1926 ausgiebig wirksam geworden ist.

Friedhofwesen*

Die Amtsräume im rechten Verwaltungsgebäude des Zentralfriedhofes, wo die Magistratsabteilung 13 a und die Friedhofsverwaltung untergebracht sind, genügten schon seit längerer Zeit nicht mehr den gesteigerten Anforderungen des Parteienverkehres und mußte daher immer wieder, um die klaglose Abwicklung der Geschäfte zu sichern, zu Notbehelfen gegriffen werden. Um diesen Übelstand zu beseitigen, wurde daher im Jahre 1927 ein großer, mit modernem Komfort ausgestatteter Parteienraum geschaffen, der nunmehr auch dem Massenverkehr des Publikums, wie er sich alljährlich in der Zeit um Allerheiligen einzustellen pflegt, gewachsen ist. Im Zusammenhange mit diesem Saalbau erfuhren auch die übrigen Amtsräume zweckentsprechende Ausgestaltungen. Da die bisher im Verwaltungsgebäude befindlichen Klosettanlagen unzulänglich waren, wurde neben dem Gebäude eine eigene Bedürfnisanstalt für das Publikum errichtet.

Die steigende Inanspruchnahme der im Jahre 1924 nächst der Gruppe 63 eröffneten neuen Leichenhalle machte eine Vergrößerung der Aufbahrungsräume derselben zur Notwendigkeit. Die Errichtung von Zubauten zu diesem Zwecke wurde bereits in Angriff genommen.

Der Beschluß der Gemeinde, auf einer Reihe von Friedhöfen in den westlichen Bezirken im Interesse der dortigen Bevölkerung eigene Urnenbeisetzstätten zu schaffen, wurde in den Jahren 1926 und 1927 auf dem Ottakringer und auf dem Meidlinger Friedhofe bereits verwirklicht. Beide Friedhöfe verfügen nunmehr über eine eigene Anlage, in welcher die Aschenurnen sowohl oberirdisch in Mauernischen beigesetzt als auch erdbestattet werden können. Der Urnenfriedhof in Ottakring wurde am 1. Jänner 1927, jener in Meidling am 20. Juli 1927 der allgemeinen Benützung übergeben.

Mit Ausnahme der Grundrißlösung, wofür in Ottakring die Viereckform, in Meidling die Halbkreisform maßgebend war, ist die Ausführung in beiden Friedhöfen im wesentlichen dieselbe: eine gemauerte Nischenanlage mit einem Fassungsraum für 99 Nischen zur oberirdischen Bestattung der Aschenurnen und ein Urnenhain für Erdgräber. Letztere sind — analog wie im Urnenhain des Krematoriums — verschieden dimensioniert, es stehen sogenannte einfache Grabstellen im Ausmaße von 60×60 Zentimeter und größere Grabplätze bis zu 170×170 Zentimeter zur Verfügung. Beide Urnenbeisetzstätten erfuhren eine würdige gärtnerische Ausgestaltung, indem die Flächen durch Thuyenhecken unterteilt und durch ebensolche Spaliere eingefaßt wurden.

Auf die Benützung dieser Anlagen finden die Bestimmungen der Bestattungsordnung für die Feuerhalle der Stadt Wien sinngemäße Anwendung.

Da die Aufbahrungsräume im Krematorium angesichts der stetigen Zunahme der Einäscherungen sich als zu klein erwiesen, wurde im Jahre 1927 eine Erweiterung derselben vorgenommen. Dies wurde — unter Vermeidung von Zubauten — dadurch bewerkstelligt, daß sowohl die zur Linken der Einsegnungshalle befindlichen Räume (Parteienraum, Vorplatz, Priesterzimmer und Klosette) als auch jene zur Rechten (Kanzleiraum und Vorplatz) zu je einem großen Aufbahrungsraum umgestaltet wurden. Der Parteienraum und die Kanzleiräume wurden in das bei der Einfahrt des Krematoriums befindliche sogenannte Stöcklgebäude, das Priesterzimmer in das erste Untergeschoß verlegt. Für das Publikum wurde in der Nähe der Einfahrt außerhalb der Umfassungsmauer eine Bedürfnisanstalt neu errichtet.

* Siehe Band II, Seite 628 ff.

Die technischen Aufgaben der Gemeinde

Die Stadtregulierung*

Zwischen der Gemeinde Wien und dem Fürsten Schwarzenberg als Eigentümer der Liegenschaften Evidenzzahl 1298 und 610 des Grundbuches Wieden (Schwarzenberg-Palais und Schwarzenberg-Garten) ist im Jahre 1927 ein Vertrag zustande gekommen, welcher die Verbreiterung der Prinz Eugenstraße, die Beseitigung des Engpasses bei den Häusern O.-Nr. 14—26 Prinz Eugenstraße und die bauliche Umgestaltung derjenigen Objekte des Palais betrifft, die an dem genannten Straßenzuge liegen. Gemäß diesem Übereinkommen sollen, nach Abtragung der unschönen Wirtschaftsgebäude, mit möglichster Anpassung an die architektonische Wirkung der verbleibenden Baubestände größere bauliche Umgestaltungen nach den Plänen des Architekten C. Schmidt (Frankfurt a. M.) bis 1. August 1928 durchgeführt werden, durch die das Stadtbild am Beginn der Prinz Eugenstraße sicher gewinnen wird. Um diese im Interesse des Verkehrs und der Stadtschönheit schon seit langer Zeit erwünschte Regulierung der Prinz Eugenstraße wirtschaftlich zu fördern, ist der an dieser Straße gelegene Grundstreifen des sogenannten Reservegartens, und zwar ungefähr bis zur Verlängerung der Plößlgasse, für die Verbauung mit vornehmen, palaisartigen Einfamilienhäusern freigegeben worden.

Auf Grund der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ist eine durchgreifende Regelung der Voraussetzungen, unter welchen Bauführungen in Kleingarten gestattet werden können, nicht mehr zu umgehen, weil sonst die zweckmäßige Einpassuung der Kleingartenanlagen in den Generalregulierungsplan unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen würde. Der Entwurf einer neuen Kleingartenordnung ist fertiggestellt. Nach diesem wird die Kleingartenzone nur mehr Lauben- und Sommerhüttengebiete umfassen. Die bisher als Siedlerhüttengebiete festgelegten Teile der Kleingartenzone sollen in die Siedlungszone einbezogen werden.

Städtisches Gartenwesen**

Die Gemeindeverwaltung hat im Jahre 1927 neuerlich bedeutende Mittel zur Fortsetzung des schon seit einer Reihe von Jahren in Durchführung begriffenen, umfangreichen Gartenprogrammes zur Verfügung gestellt, in der Erkenntnis, daß die Schaffung neuer Gartenflächen mit Spiel- und Sportflächen ganz außergewöhnlich viel dazu beiträgt, die Gesundheit und die Lebensfreude des Großstadtbewohners zu fördern. Daß durch die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten die vorhandene große Arbeitslosigkeit teilweise behoben wurde, war selbstverständlich ebenfalls ein mächtiger Antrieb zur Durchführung dieser großen, eine bedeutende Zahl Arbeitskräfte beanspruchenden Arbeiten.

Der besondere Vorteil dieser heuer geschaffenen Grünanlagen liegt darin, daß sie zum größten Teil innerhalb des alten, dichtverbauten Stadtgebietes oder in der Nähe der neugeschaffenen großen städtischen Wohnhausanlagen liegen, also inmitten von Gebieten, in denen der größte Bedarf an Gartenflächen vorhanden ist.

Wie bereits im ersten Beitrage für das Städtewerk erwähnt, sind von den zehn Friedhöfen, welche auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Februar 1922 in öffentliche Gartenanlagen umgewandelt werden sollen, bereits sechs ihrer Bestimmung zugeführt worden.

Im Laufe des Jahres 1927 ist nun mit den Umgestaltungsarbeiten des siebenten Friedhofes, des an der Kreuzung der Billrothstraße und Grinzinger Allee im XIX. Bezirke gelegenen

Döblinger Friedhofes

in eine öffentliche Gartenanlage begonnen worden. Dieser Friedhof ist deshalb interessant, weil er die Gräber des Walzerkomponisten Josef Lanner (1800—1843), des Musikers August Lanner (1834—1855) und des Tanzkomponisten Johann Strauß (1804—1849) enthält. Die Leichname dieser Persönlichkeiten sind seit Jahren exhumiert und in den ihnen gewidmeten Ehrengräbern am Zentralfriedhof beigesetzt.

Bei diesem Garten wird von der Anlage eines eigenen Denkmalhaines abgesehen, die erhaltungswürdigen Grabsteine, mit Ausnahme der Lanners und Strauß', die an Ort und Stelle belassen bleiben, werden am Zentralfriedhof an einer eigens hiezu bestimmten Stelle wieder aufgestellt.

* Siehe Band III, Seite 7.
** Siehe Band III, Seite 24.

Die gärtnerischen Anlagen sind zwar schon im Jahre 1927 fast vollendet worden, jedoch wird die Gesamtanlage erst im Jahre 1928 fertiggestellt, da infolge der äußerst ungünstigen Verkehrsverhältnisse an dieser Stelle die Billrothstraße eine bedeutende Verbreiterung erfahren muß, so daß die neuen Parkgrenzen um beiläufig 5·5 Meter hinter der derzeitigen Einfriedungsmauer zurückrücken werden. Neben dieser Zurückverlegung und dem Ersatz dieser unschönen Mauer gegen ein ansprechendes, den Einblick in den neuen Garten ermöglichenden Gitter sind noch umfangreiche Arbeiten, und zwar die Straßenherstellungen, Einbautenverlegungen usw. erforderlich.



Der Park wird von der Billrothstraße aus zwei Eingänge erhalten und mit einem ganz außergewöhnlich reichen Pflanzenschmuck ausgestattet werden. Flieder, Koniferen, Weiden, Rosen usw. werden in ihren großen Mengen hier einen ganz besonderen lieblichen Anblick bieten, zu Frühjahrsbeginn werden auf den Wiesen dieses Parks die ersten Lenzesboten ihre Blüten entfalten.

Die Größe der Anlage wird 7800 Quadratmeter betragen.

Der 15.900 Quadratmeter große Teil des ehemaligen

Schmelzer Friedhofes,

der zwischen Hütteldorferstraße, Wurzbach-, Sorbait- und Möringgasse gelegen ist, wurde im heurigen Jahre gärtnerisch ausgestaltet. Dieser alte Friedhof, in den letzten Jahren von Schrebergärtnern besiedelt,

ist deshalb von Interesse, weil nach der Exhumierung des ganzen Friedhofgebietes die Grabdenkmäler von geschichtlichem und künstlerischem Wert in der alten, den Friedhof überquerenden Allee aufgestellt waren. Leider hat der Unverstand der Jugend vor diesen hervorragenden Denkmälern nicht halt gemacht; ein Großteil derselben wurde zerstört.

Zu den Persönlichkeiten, die hier ihre letzte Ruhestätte fanden, gehören die bekannten Historienmaler L'Allemand, gestorben 1861, Dobiaschofsky, gestorben 1867, und Emler, gestorben 1862, weiters der Sohn des Dichters Friedrich Hebbel, Emil Hebbel. Besonders von der Generalität wurde dieser Begräbnisort bevorzugt, zahlreiche hohe Offiziere lagen hier begraben.



Freihof-Siedlung Kagran
Entwurf und Planverfassung: Ing. Architekt Karl Schartelmüller

Auch hier wurde von der Anlage eines Denkmalhaines Abstand genommen; die in der vorerwähnten Gedächtnisallee aufgestellt gewesenen Grabsteine wurden, soweit sie noch erhalten waren, wie beim Döblinger Friedhof, am Zentralfriedhofe wieder aufgestellt.

Ein geräumiger Kinderspielplatz, zahlreiche Wege mit Ruheplätzen bieten den Bewohnern der umliegenden Bezirksteile Gelegenheit, sich in gesunder, staubfreier Luft zu erholen. Die Erbauung einer Milchtrinkhalle ist geplant.

Außer diesen Umwandlungen von Friedhöfen in Gartenanlagen sind im Jahre 1927 eine große Zahl von öffentlichen Garten geschaffen worden oder es wurde im Laufe dieses Jahres mit den Arbeiten hiezu begonnen.

Die nunmehr folgende Zusammenstellung setzt die zwei großen Anlagen an die Spitze, während die übrigen, nach Bezirken geordnet, folgen.

Gartenanlage am Kongreßplatz

Die Gemeindeverwaltung hat beschlossen, auf diesem zwischen der Vorortelinie der Stadtbahn (Nauseagasse) und der Sandleitengasse, beziehungsweise zwischen Lobmeyergasse und Liebknechtgasse gelegenen, 86.000 Quadratmeter großen, teils mit Schrebergärten, teils mit unschönen Baulichkeiten bedeckten Gelände ein großes Sonnen-, Luft- und Schwimmbad sowie ein Kinderfreibad zu errichten und den restlichen Teil der Fläche (beiläufig 60.000 Quadratmeter) zu einer Gartenanlage auszugestalten.

Die Anlage zeigt als Hauptmerkmal eine durch mehrere Parkwege durchzogene große Rasenfläche, die, von Süden nach Norden sich verbreiternd, links und rechts von Bäumen und vorgepflanzten Ziersträuchern eingefaßt wird. Eine schöne Milchtrinkhalle mit vorgelagertem großen Kinderspielplatz, an der höchsten



Freihof-Siedlung Kagran
Entwurf und Planverfassung: Ing. Architekt Karl Schartelmüller

Stelle dieser Rasenanlage errichtet, wird dem Gesamtbilde einen wirkungsvollen Abschluß verleihen. Gegen die Stadtbahn zu werden im nördlichen Teile der Anlage zwei große Rasenspielplätze den Schulen, Horten, Vereinen usw. zur Verfügung gestellt werden, während daran anstoßend ein Sandspielplatz errichtet werden wird; ein Gebäude mit entsprechenden Garderobeeinrichtungen, Duschanlagen und einem Aufenthaltsraum soll dieser schönen, der Jugend gewidmeten Anlage beigegeben werden.

Den übrigen Teil des neuen Gartens durchziehen zahlreiche Wege, die teils durch neuanzulegende Waldpartien, teils durch Wiesen führen werden, in der südwestlichen Gartenecke wird ein Häuschen zur Verwahrung der Gartengeräte usw. gebaut. An geeigneter Stelle werden zum Schmuck des Parkes zwei Plastiken und zwar „Der Jüngling“ von Barwig und „Die Unbesiegbaren“ von der Bildhauerin Th. F. Rieß, aufgestellt werden.

XXI. Wasserpark

Das beiläufig 157.000 Quadratmeter große Gelände zwischen der neuen Floridsdorfer- und der Nordbahnbrücke einerseits, zwischen dem Überschwemmungsdamm und der Straße „An der Oberen Alten

Donau" andererseits war bis vor kurzem vollkommen brach liegend; ein Teil dieses Geländes füllte sich schon bei höheren Wasserständen der Donau mit Wasser, bildete Tümpel und dadurch Brutstätten für Gelsen und andere Insekten. Während auf dem gegenüberliegenden Donauufer im XX. Bezirk bei der Auffahrtsrampe zur neuen Brücke am Engelsplatz die bereits im Jahre 1926 geschaffene Anlage sehr zur Hebung des schönen Bauwerkes beiträgt, bildete die oben umgrenzte Fläche einen äußerst unschönen Anblick.

Um nun eine Verbesserung dieses Zustandes zu erzielen und außerdem die unwillkommene Ansiedlung von Schrebergärtnern usw. unmöglich zu machen, wurde an die Schaffung einer Gartenanlage geschritten, die, da hier zum erstenmal die großen Wasserflächen der Alten Donau in den Park einbezogen wurden, die Bezeichnung „Wasserpark" erhielt.

Die früher tiefstgelegenen Teile wurden noch mehr vertieft und zu nunmehr ständig wasserführenden Teichen ausgestaltet, die durch Kanäle in Verbindung miteinander und mit der Alten Donau stehen.



Freihof-Siedlung Kagran
Entwurf und Planverfassung: Ing. Architekt Karl Schartelmüller

Die Promenadewege wurden mit dem Aushubmaterial aus diesen Teichen so hoch gelegt, daß sie 40 Zentimeter über den bekannt höchsten Wasserspiegel der Alten Donau liegen, somit ihre Überflutung nur unter ganz außergewöhnlich ungünstigen Verhältnissen eintreten kann. Über die vorerwähnten Kanäle werden leichte, im Scheitel überhöhte Betonbrücken führen, die so hoch angelegt werden, daß sie ein Durchfahren mit Kähnen zulassen. Zahlreiche Wege, die hübsche Ausblicke auf die mit Booten belebten Gerinne bieten werden, sind überall angelegt. Die große Spielwiese und mehrere Sandspielplätze werden der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt, ebenso soll eine noch zu errichtende Milchtrinkhalle den Besuchern die Möglichkeit geben, Erfrischungen einzunehmen.

In der

Börsegasse

im I. Bezirk gelangen auf der Strecke vom Concordiaplatz bis zur Eßlinggasse Rotdornbäume zur Anpflanzung, die durch Festons von Schlingpflanzen mit hochstämmigen Rosen verbunden werden. Außerdem sind Einschnitte für die Aufstellung von Gartenbänken vorhanden.

Die an der Ausstellungsstraße gelegene ungeregelte und ungepflegte, beiläufig 2500 Quadratmeter große Fläche des

Santa Luciaplatzes

im II. Bezirk wird in eine schöne Gartenanlage umgestaltet, wobei auf die Anlage eines großen Kinderspielplatzes Bedacht genommen werden wird.

Vor der neuen evangelischen Kirche

Am Tabor

im II. Bezirk wird nunmehr nach Beseitigung des unschönen Lagerplatzes eine kleine Gartenanlage mit Sitzplätzen geschaffen.



Freihof-Siedlung Kagran
Entwurf und Planverfassung: Ing. Architekt Karl Schartelmüller

Der Czernin-Platz

erhält eine einfache gärtnerische Ausgestaltung durch die Anpflanzung mehrerer Bäume und Lingusterhecken. In die bestehende Anlage in der

Zentagasse

im V. Bezirk wird ein hübscher Sitz- und Spielplatz eingebaut.

Die vor kurzem von den Schrebergärtnern geräumten Flächen gegenüber den neuen Wohnhausbauten am

Margaretengürtel

im V. Bezirk, entlang der Südbahn zwischen Eichenstraße und Zufahrtsstraße zum Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof, werden in eine beiläufig 7000 Quadratmeter große Parkanlage umgestaltet. Hiebei wird

den Kindern der großen Gemeindewohnhäuser durch Schaffung von Spielplätzen Gelegenheit gegeben, sich fern von den Gefahren der Straße ihren Spielen zu widmen. Ruheplätze, die von Koniferen und Vogelschutzgehölzen eingeschlossen werden, Flieder und Rosenpflanzungen, sowie ein Blütengarten werden dieser neuen Anlage einen besonderen Reiz verleihen.

Die platzartige Erweiterung der

Diehlgasse

im V. Bezirk zwischen der Fendigasse und Siebenbrunnengasse wird gärtnerisch ausgestaltet, den Mittelpunkt der Anlage bildet ein runder Kinderspielplatz.

Die 2300 Quadratmeter große, an Stelle der aufgelassenen Chiavaccigasse errichtete Gartenanlage zwischen dem Margaretengürtel und Siebenbrunnenfeldgasse, die in der Mitte der großen Wohnhausbauten der Gemeinde Wien errichtet wird, stuft sich terrassenförmig ab, besteht aus einer in der Höhe des



„Lassalle-Hof". Ansicht Vorgartenstraße—Lassallestraße
Planverfassung: Architektengemeinschaft H. Gessur, H. Paar, F. Waage, F. Schloßberg

Margaretengürtels befindlichen Rasenfläche, der sich ein mit Steinplatten belegter Rundplatz anschließt; in seiner Mitte kommt eine Brunnenanlage (Bärenbrunnen der Bildhauerin Hanna Gärtner) zur Errichtung. In der nächsten Terrasse gegen die Siebenbrunnenfeldgasse wird ein Kinderplanschbecken angelegt; diesem schließt sich ein bekiester Kinderspielplatz an, worauf die nächste Terrasse, schon im Niveau der Siebenbrunnenfeldgasse gelegen — eine große Rasenfläche mit einem kleinen Rundplatz — den Abschluß der Anlage bildet.

Gegenüber der Feuerwache Mariahilf an der

Linken Wienzeile,

anschließend an den Verkaufsplatz der „Wihoko", wurde die dortige, vollkommen brach liegende Fläche einer gärtnerischen Ausgestaltung unterzogen, hübsche Baum- und Strauchgruppen werden nunmehr an Stelle der früheren Wüstenei ihr schönes Grün entfalten.

Der schon lange gewünschte und für den Verkehr äußerst notwendige Durchbruch des

Inneren Mariahilfergürtels

nächst der Stadtbahnhaltestelle Gumpendorferstraße verlangte, daß auch die bestehende Gartenanlage längs dieser Strecke verlängert wurde.

Der Spittelauerplatz

im IX. Bezirk erhielt eine einfache Baumpflanzung.



„Lassalle-Hof" — Hofansicht

Am Marschallplatz

im XII. Bezirk wird der Teil zwischen der Kirche und der Hervicusgasse gärtnerisch ausgestaltet, ein einfacher, mit Hecken eingerahmter Platz ladet die Besucher des Südwestfriedhofes zum Verweilen ein.

Der Steinbauer-Park

wird durch Einbeziehung des zwischen ihm und den großen städtischen Wohnhausblock Böckhgasse gelegenen Teiles der Herthergasse vergrößert.

Der Tannhäuserplatz

wird gleichfalls gärtnerisch ausgestaltet, er erhält einen geräumigen Kinderspielplatz, der durch Gehölzpflanzungen von der Straße abgetrennt wird.

Die vor dem neuen Straßenbahnhof Ottakring, zwischen Bahnhof und der Wernhardtstraße, beziehungsweise zwischen Montleart- und

Maroltingergasse

liegende Fläche wurde in einen 1300 Quadratmeter großen Garten umgewandelt, die einen schönen halbkreisförmigen Spielplatz und ein Rasenparterre mit Wildrosenpflanzungen enthält.

Die Gartenanlage am

Ludo-Hartmann-Platz

im XVI. Bezirk wird von der Nödlgasse durchschnitten. Da dieser Straßenteil vollkommen verkehrslos ist und deshalb auf seine Weiterbelassung verzichtet werden konnte, wurde er in den Park einbezogen und dadurch eine Erweiterung des Kinderspielplatzes erzielt.



„Ebert-Hof". Ansicht Löschenkohlgasse—Costagasse
Planverfassung: Architekten Z. V. K. Mittag, K. Hauschka

Innerhalb der großen Wohnhausanlage „Sandleiten" im XVI. Bezirke liegt an der Sandleitengasse

der Nietzsche-Platz,

der gartenmäßig ausgebildet wurde.

Der nunmehr fast vollständig ausgebaute

Frauenfelder-Platz

im XVII. Bezirk war vollkommen mit Schrebergärtnern besetzt. Diese Gärten wurden geräumt und an ihrer Stelle ein 4000 Quadratmeter großer Park mit einem geräumigen Spielplatz in seiner Mitte und einem Blumenbeet bei der Beringgasse angelegt.

Erweiterung des Hartäcker-Parkes.

Die an der West- und an der Ostseite befindlichen malerischen Felsabstürze werden in den Park einbezogen und dadurch eine weitere Verschönerung dieses sehr interessanten Parkes erzielt.

Vor dem städtischen Wohnhause „Jodl-Hof“ wurde durch die Anlage eines neuen Gartens auf dem

äußeren Döblinger Gürtel

und in der Guneschgasse eine 3200 Quadratmeter große Neuanlage geschaffen.

Brigittenauerlände.

Die Brigittenauerlände wurde heuer straßenmäßig vollkommen neu reguliert und ausgebaut; auf der Häuserseite ist durch die Änderung des Straßenquerprofiles neben der bestehenden Baumpflanzung eine Freifläche entstanden, die nun mit Rhododendrongebüschen, die Sitzplätze einschließen, bepflanzt wird.

Die dreireihige Baumallee in dieser Straße, welche sich längs des Donaukanales in der Strecke von der Friedensbrücke bis zum städtischen Steinlagerplatz hinzieht, erhielt eine Umfassung mit Ligusterhecken,



„Ebert-Hof.“ Ansicht Costagasse—Hütteldorferstraße

wodurch ein Abschluß dieser stark begangenen Promenade gegen die Kanalböschung und gegen die Straße erzielt wurde. Die Donaukanalböschung selbst wurde besämt, an den bestehenden Stiegenabgängen mit Wildrosen bepflanzt und in Entfernungen von je zwanzig Metern wurden Einschnitte für je zwei Bänke geschaffen; zur Beschattung dieser Sitzplätze ist die Pflanzung von Bäumen geplant.

In der

Konstanziagasse

in Stadlau wurde, um den in diesem Bezirksteile herrschenden großen Mangel an geschlossenen Kinderspielplätzen abzuhelfen, an der Kreuzung der Wurmbrandgasse ein besämter Spielplatz hergestellt.

An der

Hugergasse

bei der Kreuzung der Meißnergasse im XXI. Bezirk wurde eine Anlage mit Spielplätzen geschaffen.

Der Paul-Hock-Park

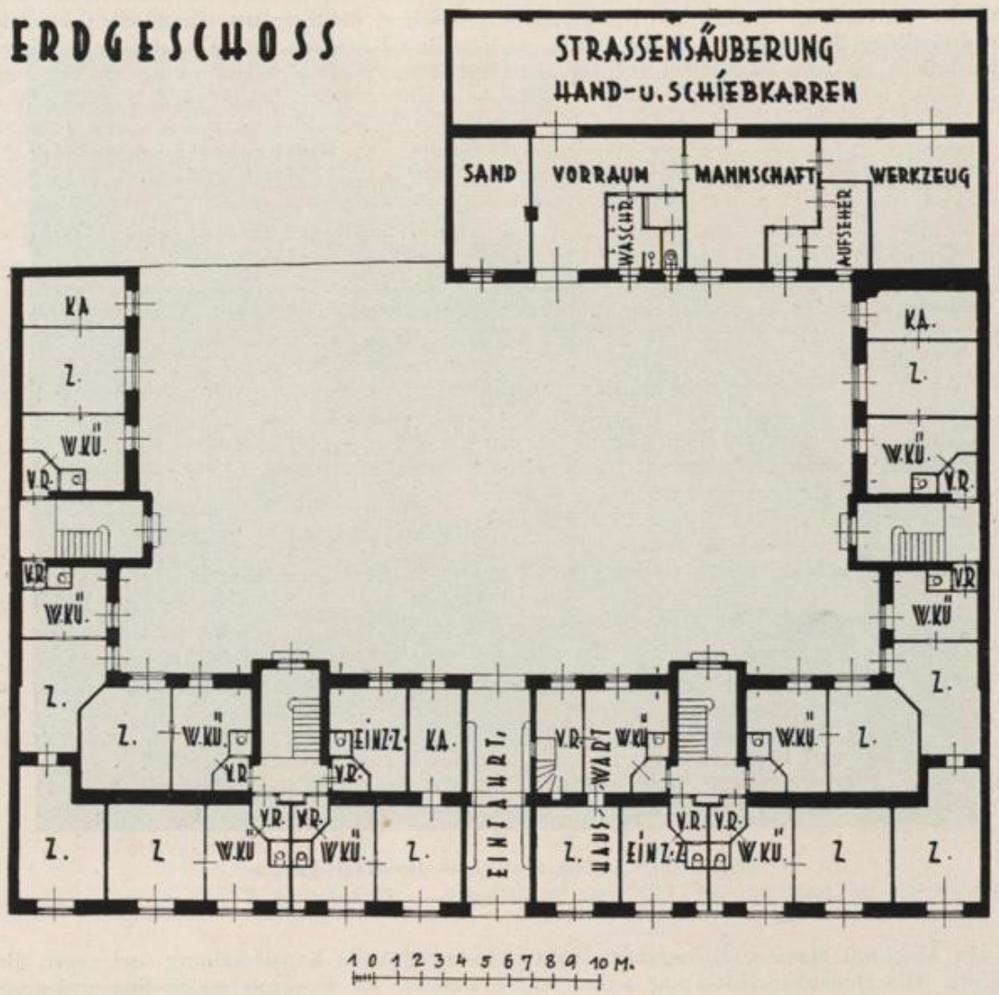
erhielt nach Abtragung des nicht mehr benützten Totengräberhauses eine kleine Erweiterung an der Brünnerstraße.

Beim

Floridsdorfer Aupark

wurde ein neuer, gärtnerisch ausgestalteter Zugang von der Jedleseerstraße angelegt.

In einzelnen kleinen Gärten im dichtverbauten Stadtgebiete, die bis jetzt unzugänglich waren, wurde durch den Einbau von Sitzplätzen den Umwohnern Gelegenheit gegeben, sich im Freien auszuruhen.



Die Wohnhausbauanlage der Gemeinde Wien im VIII. Bezirk, Pfeilgasse 47—49
Planverfassung: Architekt Z. V. Prof. M. O. Kuntschik

Solche Einbauten wurden hergestellt: Am Favoritenplatz im IV. Bezirk, in der Alserstraße nächst der Feldgasse im VIII./IX. Bezirk, in der Nußdorferstraße bei der Bleichergasse im IX. Bezirk, am Gellertplatz im X. Bezirk, in der Grundsteingasse bei der Fröbelgasse im XVI. Bezirk und in der Billrothstraße bei der Biedergasse im XIX. Bezirk.

Die Zahl der in den städtischen Wohnhausneubauten angelegten Gartenanlagen hat Ende 1927 120, mit einem Gesamtflächeninhalt von über 100.000 Quadratmetern, betragen.

Die Zahl der Alleebäume beträgt Ende 1927 59.750 Stück.

„Wien im Blumenschmuck."

Dieser Wettbewerb wurde auch in den Jahren 1926 und 1927 fortgesetzt. Im Jahre 1926 stieg die Zahl der Anmeldungen für diese Aktion auf 679 (gegenüber 494 Anmeldungen im Jahre 1925); es gelangten 60 erste Preise à S 50 in Gold, 94 zweite Preise à S 25 in Gold, 199 dritte Preise zu je S 20 in Silber, sowie 261 Diplome durch den Herrn Bürgermeister zur Verteilung.

Im Jahre 1927 erreichten die Anmeldungen die Zahl von 865; es wurden 22 erste Preise, 98 zweite Preise, 203 dritte Preise und 337 Diplome, die Preise in der gleichen Höhe wie im Vorjahre, verteilt.

Die Zahl der Gartenbänke ist neuerlich bedeutend gestiegen; derzeit sind 9700 in den öffentlichen städtischen Gartenanlagen aufgestellt.

Um in der Inneren Stadt, wo der größte Verkehr herrscht und wo wegen des Fehlens der Straßenbahn vielfach die Wege zu Fuß zurückgelegt werden müssen, Einheimischen und Fremden Gelegenheit zum



Die Wohnhausbauanlage der Gemeinde Wien im VIII. Bezirk, Pfeilgasse 47—49
Hofansicht mit Brunnen

kurzen Ausruhen zu bieten, wurden an einigen verkehrsreichen Punkten des ersten Bezirkes zunächst versuchsweise Bänke aufgestellt, wobei natürlich Bedacht genommen wurde, daß keine Verkehrsstörung eintritt.

Die Mechanisierung des Gartenbetriebes hat neuerlich Fortschritte gemacht. Es wurden neben Motorbodenfräsern mehrere Motorgrasmäher in Betrieb gesetzt, die durch ihre rasche Arbeitsweise nunmehr es ermöglichen, bei gleichbleibender Arbeiterzahl die Wiesen rechtzeitig zu mähen und dadurch vor Verunkrautung zu schützen.

Die Gesamtfläche der öffentlichen städtischen Gärten beträgt Ende 1927 2,484.000 Quadratmeter, ihre Zahl 402.

Die Gemeinde hat, wie aus dieser Zusammenstellung zu ersehen ist, auch im Jahre 1927 ganz Bedeutendes durch die Anlage neuer Grün- und Gartenflächen geleistet und dadurch nicht nur der Gesamtbevölkerung Wiens neue Stätten der Erholung zur Verfügung gestellt, sondern auch durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten außerordentlich viel zur Linderung der herrschenden Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die Nutzbauten der Gemeinde Wien

Nutzbauten für die Lebensmittelversorgung*

Großmarkthalle

Der älteste Teil der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, wurde im Jahre 1865. die neue Halle, welche mit der alten durch eine gedeckte Brücke verbunden ist, im Jahre 1899 gebaut. Die erste Vergrößerung der alten Halle wurde im Jahre 1911 durch den Zubau an der Landstraßer Hauptstraße durchgeführt. Die Markthalle ist mit einer im Jahre 1897 erbauten, wiederholt vergrößerten Kühlanlage ausgestattet, deren maschineller Antrieb noch bis vor zwei Jahren mittelst Dampf erfolgte.

Die Fleisch-Großmarkthalle dient nach der seit 1913 bestehenden Marktordnung ausschließlich dem Handel mit Fleisch in frischem, geräuchertem, gesalzenem oder auch eingefrorenem Zustande sowie mit Fleischwaren, mit Wildbret und Geflügel und mit allen tierischen Fetten, sowohl im Großen wie im Kleinen.

Die Großmarkthalle, die sich schon vor dem Kriege zu klein erwies, konnte den gesteigerten Anforderungen auf die Dauer nicht mehr genügen, so daß im Jahre 1924 der Plan einer großzügigen Reform und Reorganisation der Großmarkthalle gefaßt wurde.

Als erste Etappe des Umbauprogrammes wurde damals, weil insbesondere die veraltete, mit Dampf betriebene Kühlanlage den Anforderungen längst nicht mehr entsprechen konnte, die Elektrifizierung der Kühlmaschinenanlage ausgeführt. Um während des Umbaues keine Unterbrechung der für den Fleischhandel so wichtigen Kühlmöglichkeit eintreten zu lassen, mußte die ganze neue Maschinenanlage in dem zu diesem Zwecke freigemachten Eckturm der Großmarkthalle an der Vorderen Zollamtsstraße, gegenüber dem Stadtpark, vollständig fertiggestellt werden, ehe der frühere Dampfbetrieb eingestellt werden konnte. In diesem Eckturm ist nunmehr das neue Maschinenhaus samt Berieselungskondensatoren und Verdampfern untergebracht und mit allen der modernen Technik zur Verfügung stehenden Mitteln ausgestattet, so daß die neue Kühlanlage eine der technisch vollkommensten Anlagen auf dem ganzen Kontinente ist.

Die Kosten dieses Umbaues der Kühlanlage bezifferten sich auf rund S 1,000.000.

Da die vorhandenen Kühlräume zu klein waren und daher die Parteien im Falle der Notwendigkeit der Kühlung größerer Quantitäten Fleisches die einzelnen Fleischstücke oft übereinander auf einen Haken hängen mußten, wodurch es unmöglich wurde, die gekühlte Luft zu allen Flächen der Fleischstücke gelangen zu lassen, wurde bereits im Jahre 1925 mit dem Bau von zirka zwölf neuen Kühlzellen in den Räumen der ehemaligen Dampfmaschinenanlage begonnen und der Einbau weiterer 25 neuer Kühlzellen im Raume des alten Luftkühlers am Ende des Jahres 1927 vorgesehen.

Als zweite Etappe des Umbauprogrammes wurde an den Ausbau der Großmarkthalle selbst geschritten. Es wurde an Stelle des alten Kesselhauses der Kühlanlage an der am Bahneinschnitt Stadtparkseite gelegenen Ecke der Großmarkthalle ein eigener neuer Zubau errichtet.

Dieser Anbau hat eine Breite von 18·91 Meter und eine Länge von 28 Meter. Er wurde einstöckig ausgeführt und enthält im Erdgeschosse den neuen Sammelraum für die zur Abfuhr aus der Großmarkthalle bereitstehenden Fleischwaren. Dieser Raum ist mit eisernen Fleischriemen ausgestattet, welche insgesamt über 800 Fleischnägel besitzen, und steht durch eine vier Meter breite Öffnung mit dem rechten rückwärtigen Eckpavillon der alten Halle der Großmarkthalle in Verbindung. Dem Sammelraum ist eine zwei Meter breite Rampe zum Beladen der daran anfahrenden Fuhrwerke vorgelagert, die mit ihm durch vier je drei Meter breite Schubtore verbunden ist. Die Beladerampe und ein Teil des Aufstellungsplatzes für die Wagen ist mit einem Vordache aus Glas zum Schutze der Verladegüter versehen. An der Stadtbahnseite des Zubaues ist das Stiegenhaus angeordnet, welches die Verbindung der Geschosse vermittelt.

Im ersten Stock ist eine etwa 250 Quadratmeter große Kleiderablage für die Gehilfenschaft der Großmarkthalle untergebracht, die gleichzeitig als Aufenthaltsraum dient und mit Garderobeständern ausgestattet ist. Anschließend befindet sich ein Waschraum mit einer größeren Anzahl Waschbecken, zwei Brausebäderkabinen und eine Abortanlage. In diesem Stockwerke sind weiters noch ein Aufenthaltsraum für die in der Großmarkthalle bediensteten städtischen Reinigungsarbeiter und zwei Nebenräume vorgesehen.

Der ganze Zubau besteht aus gemauerten Wänden und Eisenbetondecken. Der Sammelraum wurde mit Klinkerpflaster und einer zirka zwei Meter hohen Wandverkleidung mit Fliesen ausgeführt. Im ersten Stock erhielten die Aufenthaltsräume Linoleumbelag, die Gänge, Waschräume, Bäder und Aborte Tonplattenpflaster. Die Beheizung erfolgt durch Gasöfen, die Beleuchtung durch elektrische Glühlampen.

Gleichzeitig mit dem Zubau wurde auch ein unterirdischer Frischluftkanal errichtet, der die Kühlanlage der Großmarkthalle mit dem Stadtpark verbindet. Dadurch wurde es möglich, die Erneuerung

* Siehe Band III, Seite 54.

der Luft in den Kühlräumen mit einer aus dem Stadtparke geholten reinen Luft durchzuführen, während früher die aus der unmittelbaren Umgebung der Verbindungsbahn stammenden rauchgeschwängerten Dünste für die Lufterneuerung verwendet werden mußten. Die Durchführung der Arbeiten gestaltete sich sehr schwierig, da einerseits durch eine außerordentliche Verkehrskonzentration die Baustofflagerung und die Bauentwicklungsmöglichkeit sehr behindert war, andererseits der tragfähige Grund erst in einer Tiefe von zirka neun Meter unterhalb des Straßenniveaus aufgefunden wurde und außerdem quer durch die Baugrube der sogar noch in Benützung stehende Wiener-Neustädter Kanal zog. Schließlich führt in unmittelbarer Nachbarschaft die elektrische Stadtbahn vorbei, deren Betrieb ebensowenig gestört werden durfte; es ergaben sich somit während der Bauzeit Komplikationen von unermeßlicher Tragweite.

Die Kosten des Zubaues einschließlich des Frischluftkanales bezifferten sich auf S 480.000. Die gesamte Anlage wurde im Dezember 1926 dem Betriebe übergeben.

Durch die Eröffnung des Zubaues wurde in der Halle selbst im rechten rückwärtigen Hallenschiff Platz gewonnen, so daß als dritte Bauetappe die Errichtung eines neuen Veterinäramtes auf diesem Platz zur Ausführung gelangte.

Das Veterinäramt befand sich bis zu jenem Zeitpunkte im Halleneckturm, welcher an der Landstraßer Hauptstraße und Vorderen Zollamtsstraße gelegen ist, in unzulänglichen Räumen, so daß der Umbau im dringendsten sanitären Interesse gelegen war.

Das neue Veterinäramt wurde in zwei Etagen ausgeführt und enthält neben den notwendigen Kanzleiräumen zwei mittelst eines Aufzuges und entsprechender Luftbahngeleise verbundene Untersuchungsräume, ein Laboratorium, eine eigene Trichonoskopie, ein Verbandzimmer zur Leistung erster Hilfe bei Unfällen sowie Brausebäderkabinen und ein Wannenbad. Die Einrichtung der speziell dem veterinäramtlichen Dienste gewidmeten Räume ist nach den modernsten wissenschaftlichen Erfordernissen durchgeführt worden.

Dieser Einbau besteht aus Eisenbetonsäulen und Eisenbetondecken, die Wände sind als Füllmauerwerk in Ziegel hergestellt und bis auf eine Höhe von zwei Metern verfliest.

Gleichzeitig mit der Inbetriebsetzung des neuen Veterinäramtes wurde der Umbau des ehemaligen Fischmarktes in der Großmarkthalle in Angriff genommen. Der Fischmarkt als solcher, der sich stets infolge der naturgemäß hiemit verbundenen Geruchsentwicklung in den benachbarten Fleischverkaufsständen recht unangenehm bemerkbar machte, wurde aufgelassen und an dessen Stelle der neue Wildbretmarkt etabliert.

Hiemit gelangten die Umgestaltungsarbeiten der Großmarkthalle in ein neues Stadium. Zwecks Regelung des Verkehres in der Großmarkthalle erschien es notwendig, nach Tunlichkeit den Kleinverkauf in einem Teile der Halle zu konzentrieren, und war die Errichtung des neuen Wildbretmarktes die erste Maßnahme dieses Gedankens.

Als zweite Maßnahme wurde auf gleicher Basis der Eckpavillon Vordere Zollamtsstraße—Landstraße Hauptstraße, in welchem ehemals das Veterinäramt untergebracht war, ausgebaut, worauf der zwischen dem neuen Wildbretmarkt und dem ehemaligen Veterinäramtspavillon gelegene Teil der Halle sowie der anschließende Pavillon des ehemaligen Wildbretmarktes zweckentsprechend umgestaltet wurde.

Um die Disposition so vorteilhaft als möglich treffen zu können, war es notwendig, eine möglichst große Hallenwirkung zu erzielen, welche dadurch erreicht wurde, daß störende Pfeiler und Mauern so viel als möglich aus dem Verkehrs- und Marktbereich entzogen wurden. Es sind zwei achtzehn Meter große Eisenbetonrahmen zur Aufnahme der Dachlasten sowie Eisenbetonunterzüge mit dreizehn Meter Spannweite hergestellt worden, welche eine günstige Aufstellung der Verkaufsstände ermöglichten.

Um eine der Hauptbedingungen, eine möglichst große Lichteinwirkung, zu erzielen, wurden die vorhandenen kleinen geteilten Hallenfenster durch große ungeteilte eiserne ersetzt, ferner eine große Anzahl Dachoberlichten hergestellt, welche durch Mattglas das Licht einfallen lassen, da die direkte Sonnenbestrahlung die in den Zellen aufbewahrten Fleischmengen schädlich beeinflußt.

Die Verkaufsstände sind als Gitterzellen hergestellt, die Seitenwände bis auf eine Höhe von zirka zwei Meter verfliest, die Verkaufspulte sind mit Marmorplatten versehen. Zirka viereinhalb Meter breite Gänge vermitteln den Verkehr zwischen den einzelnen Verkaufszellen.

Mit der Errichtung der neuen Verkaufsstände wurde erstmalig am Kontinente die Schaffung eigener Kühlschränke durchgeführt, deren Kühlung vom Maschinenhaus, somit zentral, hergestellt wird. Die Kühlung erfolgt durch Umlauf von Salzsohle mit einer Temperatur von Minus acht bis Minus zehn Grad Celsius, so daß in den Kühlschränken eine Temperatur von nur Plus vier Grad Celsius gewährleistet erscheint. Die Vorteile dieser Anlage, wobei keinerlei Manipulation mit Eis durchzuführen ist, sind offenkundig.

Außerdem wurde den Marktparteien die Inneneinrichtung der Verkaufsstände, welche aus Fleischriemen in verschiedener Dimension mit den entsprechenden Nägeln auf Grund der Erfahrungen im Approvisionierungsgewerbe besteht, einheitlich beigestellt. Die gesamten Adaptierungskosten belaufen sich auf zirka eineinhalb Millionen Schilling.

Jener Teil der Großmarkthalle, in welchem sich vornehmlich der Großverkehr abspielt, wird als nächste Etappe im Jahre 1928 modern umgestaltet und unmittelbar hierauf dem Betrieb übergeben, so daß die Großmarkthalle nach Fertigstellung der gesamten geplanten Adaptierungsarbeiten eine Verkaufshalle modernsten Stils darstellen wird.

Wiener Kontumazanlage — Erweiterung der Kühlanlage*

Mit Rücksicht darauf, daß der bestehende Schweineschlachthof zu klein ist, der in Aussicht genommene Ausbau der Anlage jedoch in der nächsten Zeit nicht zur Durchführung gelangen kann, wurde schon seit längerem die Schweineschlachtabteilung der Kontumazanlage zur Entlastung herangezogen und werden dort per Woche bis zu 2000 Stück Schweine geschlachtet.

Hiebei erwies sich nun der Mangel einer Kühlanlage für Schweine in dieser Anlage als eine sehr große Erschwernis, da die geschlachteten Schweine entweder in das ohnedies überfüllte Kühlhaus des Schweineschlachthauses geführt oder aber im Rinderkühlhaus der Kontumazanlage untergebracht werden mußten. Aus dieser Sachlage heraus ergab sich die Notwendigkeit des Baues einer neuen Kühlanlage.

Mit dem Bau wurde Anfang Mai des Jahres 1927 begonnen. Er umfaßt die Errichtung einer zweigeschoßigen Kühlhalle (Keller und Erdgeschoß) mit einer gesamten nutzbaren Bodenfläche von 1496 Quadratmeter und einem Fassungsraum von etwa 1800 Schweinen. Die beiden Geschoße stehen durch zwei Lastenaufzüge von je 4000 Kilogramm Tragfähigkeit und ein Stiegenhaus miteinander in Verbindung. Die Kühlräume wurden mittelst Korksteinplatten isoliert, erhielten ein Klinkerpflaster und eine etwa 2·3 Meter hohe Wand- und Säulenverfliesung. Die Anlage wurde mit Luftbahngleisen versehen, die sich auch auf die Aufzüge erstreckten und mit jenen der Schlachthallen in Verbindung stehen.

Gleichzeitig mit dem Bau der Kühlhalle wurde auch die bestehende Durchfahrt bis zum Ende der neuen Kühlhalle verlängert. Die gesamte Anlage wurde in architektonischer Weise harmonisch den bestehenden Bauwerken angegliedert.

Für den Betrieb der neuen Kühlhalle mußte die bestehende maschinelle Einrichtung ergänzt werden. Die Kesselanlage wurde durch die Aufstellung eines dritten Flammrohrkessels erweitert, ferner gelangte eine zweite Dampfmaschine für den direkten Antrieb eines neuen Kohlensäurekompressors zur Aufstellung und wurde der bestehende Berieselungskondensator ausgebaut. Alle vorerwähnten maschinellen Einrichtungen wurden in dem bestehenden Maschinen- und Kesselhaus auf hiefür schon seinerzeit vorgesehenen Plätzen untergebracht. Nur für den neu zu errichtenden Luftkühler wurde ein Raum unter der Straße zwischen der neuen Kühlhalle und dem Maschinenhause geschaffen.

Die Gesamtkosten für die baulichen Herstellungen und die maschinelle Einrichtung belaufen sich auf zirka S 2,000.000.

Der Betrieb der neuen Anlage wird anfangs 1928 aufgenommen werden.

Errichtung einer Freibankzentrale und -filiale

Um das bei der amtlichen Untersuchung beanständete Fleisch dem Genuß wieder zuführen zu können, wurde der Ausbau der schon seit längerer Zeit bestehenden Sterilisierung im Schweineschlachthofe durch Zubau eines zirka 180 Quadratmeter großen unterkellerten Traktes bewerkstelligt und gleichzeitig in den bestehenden Räumen Adaptierungen durchgeführt. Es wurde ein neuer Maschinenraum, ein Kesselhaus und ein Kohlendepot geschaffen. Für die Ableitung der Kesselgase wurde ein neuer, die Straße überquerender Rauchkanal hergestellt, welcher die Gase in den bestehenden Schornstein der Kesselanlage im Schweineschlachthofe überführt. Im Keller des Zubaues sind die Kühlräume und der Schmalzkeller untergebracht, im Parterre Arbeitsräume vorgesehen.

Die Gesamtkosten betragen S 325.000.

Das zum menschlichen Genusse hergerichtete Fleisch wird in den Freibankfilialen verkauft. Zu diesem Zwecke wurde neben der bereits bestehenden Filiale im XII. Bezirke auch eine solche im X. Bezirke am Columbusplatz errichtet. Es ist ein gemauerter, zirka 80 Quadratmeter großer Verkaufsstand, welcher neben dem Verkaufsraum auch einen Kassen-, einen Wasch- und einen Abortraum enthält.

Die Kosten betragen S 32.000.

Bau des Niederhofmarktes, XII. Bezirk

In der Niederhofstraße wurde an Stelle des alten Marktes eine neue moderne Anlage geschaffen. Es wurden insgesamt 26 Markthüttengruppen mit zusammen 138 Verkaufsständen, ein Marktaufsichtsgebäude samt Brückenwaage und einer Bedürfnisanstalt errichtet.

* Siehe Band III, Seite 55.

Die Gesamtkosten betragen außer den von den Parteien zu tragenden Kosten für die Stände S 200.000.

Bau des Marktes, XXI., Pitkagasse

Da der am Floridsdorfer-Platze bestehende Markt in verkehrstechnischer und sanitärer Hinsicht unzulänglich war, wurde die Verlegung dieses Marktes in die Pitkagasse durchgeführt.

Es kamen insgesamt 25 Markthüttengruppen mit 96 Verkaufsständen zur Ausführung. Ferner wurde noch ein ebenerdiges Gebäude mit einem Wagraum für die öffentliche Brückenwaage und für die Marktwaage sowie eine Bedürfnisanstalt errichtet. Die Gesamtkosten betragen außer den von den Parteien zu tragenden Kosten für die Stände S 300.000.

Bau der Jungschweinstallungen auf dem Zentralviehmarkte St. Marx

Da auf dem Zentralviehmarkte St. Marx mit den vorhandenen Stallungen das Auslangen nicht gefunden wurde, wurde der Bau einer weiteren Jungschweinstallgruppe durchgeführt. Es sind 28 Stallungen mit je 25 Quadratmeter Bodenfläche mit je einem Auslaufhofe zu 30 Quadratmeter Bodenfläche vorgesehen. Insgesamt können zirka 1100 Jungschweine in diesen Stallungen untergebracht werden. Ferner wurde auch ein Quertrakt mit sieben Kammern zur Lagerung von Requisiten angebaut. Die Gesamtkosten betragen S 132.000.

Die Volkswohnungen der Gemeinde Wien*

Außer den im Bande III genannten Volkswohnhäusern ist mittlerweile noch eine stattliche Anzahl von Wohnbauten durch die Gemeinde Wien errichtet worden. Dieselben sind im nachstehenden angegeben:

II., Taborstraße-Marinelligasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Leopold Schulz, enthaltend, 53 Wohnungen, 1 Geschäftslokal zu 40 Quadratmeter, 1 Krankenkassenzahlstelle zu 60 Quadratmeter.

III., Dietrichgasse-Drorygasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Bruno Richter, enthaltend: 75 Wohnungen.

III., Schlachthausgasse-Fruethgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekten Josef und Artur Berger, Martin Ziegler, enthaltend: 137 Wohnungen, 1 Lokal für die Straßenbahnexpedition und 8 Geschäftslokale.

III., Hagenmüllergasse 2, Entwurf und Planverfassung: Architekt Karl Dirnhuber, enthaltend: 133 Wohnungen, 1 Geschäftslokal, 1 Lokal für die Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung.

III., Krimskykaserne-Baumgasse-Rabengasse, Entwurf und Planverfassung Architekten Heinrich Schmid und Hermann Aichinger (Bauprogramm 1925):

Bauteil	I	154 Wohnungen	
„	II	263 „	
„	III	247 „	
„	IV	200 „	zusammen
„	V	165 „	1200 Wohnungen
„	VI	110 „	
„	VII	61 „	

Kindergarten, Zahnklinik, Krankenkassenzahlstelle, Bibliothek, Gast- und Kaffeehaus, Lokal für Konsumgenossenschaft, 37 Geschäftslokale, Zentralwäscherei, 4 Ateliers, Saal der „Kinderfreunde".

III., Riesgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Oskar Unger: 36 Wohnungen und Räume für Straßensäuberung.

III., Engelsberggasse, Entwurf und Planverfassung: Architekten Heinrich Schopper und Alfred Chalusch: 36 Wohnungen.

V., Geigergasse-Margaretengürtel, Entwurf und Planverfassung Architekt Ernst Lichtblau: 148 Wohnungen, 3 Geschäftslokale.

V., Margaretengürtel-Siebenbrunnenfeldgasse-Siebenbrunnengasse-Fendigasse, Architekten Heinrich Schmid und Hermann Aichinger:

Bauteil I, 1925, 404 Wohnungen,
Konsumgenossenschaft, Kindergarten, Zentralwäscherei,
Badeanlage, Werkstätten.

* Siehe Band III, Seite 49 ff.

Bauteil II und III, 1926, 334 Wohnungen,
6 Werkstätten, 8 Geschäfte, 1 Gasthaus.
Bauteil IV, 1926, 251 Wohnungen,
5 Geschäfte, 3 Werkstätten, Mutterberatungsstelle, Jugendamt. Gesamtzahl der Wohnungen aller Bauteile: 989.

VIII., Pfeilgasse 42, Entwurf und Planverfassung: Stadtbauamt, Magistratsabteilung 22, Architekt Wilhelm Peterle: 16 Wohnungen und 1 Turnsaal (anschließend an eine Schule).

IX., Thurygasse-Fechtergasse-Marktgasse (Thury-Hof), Entwurf und Planverfassung: Architekten Viktor Mittag und Karl Hauschka (Wohnbauprogramm 1925): 107 Wohnungen, 2 Geschäftslokale, 1 Kindergarten, 1 Vortragssaal, 1 Lokal für Straßensäuberung.



IX., Marktgasse-Wagnergasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Ernst Brandl: 35 Wohnungen, Räumlichkeiten für den städtischen Kanalbetrieb, 1 Bibliothek.

X., Laaerstraße-Gellertgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Oskar Wlach: 198 Wohnungen, Räume für eine Filiale der Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung, 1 Filialambulatorium der Arbeiterkrankenkassa, 12 Geschäftslokale.

X., Hasengasse-Herzgasse-Neilreichgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Georg Rupprecht: 174 Wohnungen, Räumlichkeiten für eine Zahlstelle der Krankenkassa.

X., Dampfgasse-Hasengasse-Neilreichgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Baurat Hugo Mayer: 102 Wohnungen, 1 Saalbau mit Unterrichtsräumen, 1 Bibliothek, Räume für die Konsumgenossenschaft Wien.

XI., Kopalgasse-Meichelstraße, Entwurf und Planverfassung: Architekt Karl Krist, enthaltend: 269 Wohnungen, Räume für diverse Geschäftslokale, darunter für 1 Gasthaus und 1 Konsumgenossenschaft, ferner 1 Badeanlage.

XI., Lorystraße-Herbortgasse-Herderplatz, Entwurf und Planverfassung: Architekten Franz Kaym, Alfons Hetmanek, Hugo Gorge:

Block	I (Karl-Höger-Hof) . .	294 Wohnungen
„	II (Friedrich-Engels-Hof)	180 „
	Zusammen	474 Wohnungen

Mutterberatungsstelle, Jugendamt, Kindergarten, Gasthaus, Saalbau, mehrere Geschäftslokale.

XI., Kaiserebersdorf-Landwehrstraße, Entwurf und Planverfassung: Stadtbauamt, Magistratsabteilung 22, Architekt Baurat Karl Schmalhofer: 36 Wohnungen und 2 Geschäftslokale.

XII., Malfattigasse-Böckhgasse-Herthergasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Karl Krist: 416 Wohnungen, Krankenkassa, Straßensäuberung, Gasthaus, Kaffeehaus, Zentralwäscherei, 4 Geschäfte.

XII., Steinbauergasse-Klährgasse (Bebel-Hof), Entwurf und Planverfassung: Stadtbauamt, Magistratsabteilung 22, Architekt Oberbaurat Karl Ehn (Wohnbauprogramm 1925): 301 Wohnungen, Tuberkulosen-



„Professor-Jodl-Hof" — Teilansicht
Planverfassung: Architekten Z. V. R, Perco, R. Fraß, K. Dorfmeister

fürsorgestelle, Räume für Straßensäuberung, Räume für Konsumgenossenschaft, 17 Geschäftslokale und 5 Werkstätten.

XII., Unter Meidlingerstraße-Wienerbergstraße-Cothmannstraße, Bauteil I, Ostblock, Entwurf und Planverfassung: Architekten Rudolf Perco, Rudolf Fraß, Karl Dorfmeister: 376 Wohnungen, Räume für Feuerwache, Kinderhort, Gasthaus und Kindergarten.

XII., Unter Meidlingerstraße-Wienerbergstraße-Cothmannstraße, Bauteil II, Westblock, Entwurf und Planverfassung: Architekten Kamillo Fritz Discher, Paul Gütl: 392 Wohnungen, 1 Zentralwäscherei, Badeanlage, Konsumgenossenschaft, 6 Geschäftslokale.

XV., Löhrgasse-Sorbaitgasse-Vogelweid-Platz, Entwurf und Planverfassung: Architekt Oberbaurat Professor Leopold Bauer: 130 Wohnungen, 1 Tuberkulosenfürsorgestelle, 1 Badeanlage, 1 Ärztewohnung, 1 Konsumgenossenschaft, 7 Geschäftslokale.

Bemerkenswert sind in den Arkaden der Bilderschmuck: 4 Wandgemälde vom akademischen Maler Professor Rudolf Jettmar, 6 Deckengemälde vom akademischen Maler Franz Wacik.

XV., Reuentalgasse-Vogelweid-Platz, Entwurf und Planverfassung: Architekt Baurat Rudolf Kraus: 216 Wohnungen, Räume für 1 Ambulatorium der Krankenkassa, 6 Geschäftslokale, 1 Volksbücherei.

XV., Hütteldorferstraße-Costagasse-Löschenkohlgasse-Pouthongasse, „Ebert-Hof", Entwurf und Planverfassung: Architekten Viktor Mittag und Karl Hauschka: 200 Wohnungen, 1 Kindergarten, 1 Jugendhort, Räume für Straßensäuberung, 6 Geschäftslokale.

XV., Wurmsergasse-Chrobakgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekt Arnold Hatschek: 58 Wohnungen, 6 Geschäftslokale.

XV., Neußer-Platz, Entwurf und Planverfassung: Architekt Michael Rosenauer: 90 Wohnungen.

XVI., Kreitnergasse-Klausgasse, Entwurf und Planverfassung: Architekten Franz Schuster und Franz Schacherl: 232 Wohnungen, 1 Tuberkulosenfürsorgestelle, 1 Bibliothek, einschließlich tschechische Bibliothek, 1 Krankenkasse, 4 Geschäfte.

XVI., Thalheimergasse 32/38-Brüsselgasse 19/23, Entwurf und Planverfassung: Architekt Cäsar Poppovits: 231 Wohnungen, 4 Geschäftslokale; bauliche Umgestaltung und Erweiterung des benachbarten Kindergartens in der Brüsselgasse.

XVI., Thaliastraße 113, Entwurf und Planverfassung: Architekt Rudolf Weiser: 25 Wohnungen, 2 Geschäftslokale, Räume für die Straßensäuberung.

XVI., Effingergasse-Spindeleggergasse (David-Hof), Entwurf und Planverfassung: Architekten Oberbaurat Alfred Keller, Walter Broßmann: 251 Wohnungen, 1 Badeanlage, 1 Geschäftslokal, Räume für Straßensäuberung.

XVIII., Gentzgasse 45, Entwurf und Planverfassung: Architekt Siegmund Katz: 32 Wohnungen, 2 Geschäftslokale.

XVIII., Gentzgasse, bei Aumann-Platz, Entwurf und Planverfassung: Architekt Ludwig Schöne: Architekt 22 Wohnungen, 2 Geschäfte.

XVIII., Antonigasse, Entwurf und Planverfassung: Stadtbauamt, Magistratsabteilung 22, Architekt Baurat Ing. Erich Leischner: 13 Wohnungen, 2 Geschäfte.

XIX, Billrothstraße-Phillipovichgasse-Ließbauergasse (Pestalozzi-Hof), Entwurf und Planverfassung: Architekt Ella Briggs:

Bauteil I, 119 Wohnungen, 2 Ateliers, 5 Geschäftslokale, 1 Badeanlage, 1 Kindergarten.

„ II, 1 Ledigenheim mit 25 Zimmern, 2 Aufenthaltsräumen, 4 Gemeinschaftsräumen, Garderoben, Wasch- und Baderäumlichkeiten, Teeküchen, Putzräumen usw.

XXI., Kinzer-Platz, Entwurf und Planverfassung: Stadtbauamt, Magistratsabteilung 22, Oberbaurat Ing. Adolf Stöckl: 109 Wohnungen, Geschäftslokale mit zusammen 230 Quadratmeter, Gastwirtschaft mit 240 Quadratmeter.

Im XXI. Bezirk, Jedleseerstraße, Mannlicher-Platz, Voltagasse, ist weiters eine große Wohnungsanlage nach den Entwürfen des Architekten Hubert Geßner im Entstehen begriffen, welche 1100 Wohnungen und die verschiedensten Wohlfahrtseinrichtungen erhalten soll.

Mit diesem letztgenannten Wohnhauskomplex ist die Zahl der Volkswohnhäuser der Gemeinde Wien noch nicht abgeschlossen.

Es reihen sich hier noch an die unfertige, mächtige Wohnhausanlage im XIX. Bezirk, Heiligenstädterstraße-Hagenwiese, mit nahezu 1300 Wohnungen, das Wohnhaus im XVIII. Bezirk, Währingerstraße-Weinhausergasse mit 259 Wohnungen, der Bau IX. Bezirk, Lustkandlgasse, Ecke Schubertgasse, mit 89 Wohnungen, einem angegliederten Schwesternheim und einem Ledigenheim für Männer. Ferner gehören dazu sämtliche im Entstehen begriffene Bauten des Wohnbauprogramms 1927, unter denen einige sehr bemerkenswerte Anlagen zu finden sind.

Die Gemeindevertretung betrachtet mit dem bisher Geschaffenen ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete noch lange nicht als abgeschlossen; es wurde vielmehr neuerdings der Bau von 30.000 Wohnungen beschlossen, der sich auf die Bauperiode 1928 bis 1932 erstrecken soll.

Das städtische Bäderwesen*

Die besondere Aufmerksamkeit, welche die Gemeinde Wien dem städtischen Bäderwesen widmet, hatte selbstverständlich zur Folge, daß auch im Jahre 1927 zahlreiche Ausgestaltungen sowie Neuerrichtungen an Bädern erfolgten. Im Volksbad VII. Bezirk gelangten eine neue Wannenbadabteilung und in den Volksbädern XVII. und XX. Bezirk eigene Einzelbrauseabteilungen zur Eröffnung. Im XXI. Bezirk, Genochplatz, wurde mit dem Bau eines Volksbades begonnen, das außer 44 Einzelbrausebädern noch 8 Wannenbadkabinen enthalten wird. Die Eröffnung der Badeanstalt ist für Mitte 1928 in Aussicht genommen.

Das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad „Am Kongreßplatz"

Der gute Erfolg, den das im Vorjahre in der Steinhofstraße erbaute städtische Ottakringer Schwimm-, Sonnen- und Luftbad zeitigte, bewog die Gemeinde Wien, die Errichtung eines neuen Schwimm-, Sonnen- und Luftbades am Kongreßplatz, an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes, zu genehmigen. Das Hauptgebäude ist an der verlängerten Nauseagasse gelegen und besitzt eine Vorhalle, die erforderlichen Kassen sowie Wäsche- und Schlüsselausgaberäume, die derart angeordnet sind, daß ihre Lage nicht nur die größte Personalersparnis, sondern auch die beste Übersicht und Kontrolle ermöglicht.

Im ersten Stockwerke ist eine Wohnung für den Badeaufseher angeordnet. Im rückwärtigen Teile des Hauptgebäudes ist ein Friseurraum vorgesehen, über welchem sich ein Eisenbetonreservoir zur natürlichen Vorwärmung des Brausenwassers befindet.

Links und rechts vom Hauptgebäude erscheinen, nach Geschlechtern getrennt, die Umkleidegelegenheiten für die Badegäste angeordnet. Diese bestehen aus Kabinen und Kästchen, welch letztere wieder in eigenen Holzobjekten untergebracht sind. Derzeit gelangten bloß 1200 Umkleidestellen zur Aufstellung, doch ist deren Erweiterungsmöglichkeit auf mehr als 4000 vorgesehen. Um die Badegäste vor der Benützung des Schwimmbeckens zur Reinigung des Körpers anzuhalten, sind zwangsläufig zwischen den Umkleidestellen und dem eigentlichen Schwimmbadeplatz entsprechende Brausegelegenheiten vorhanden, an welchen jeder Badegast vor dem Betreten des Badeplatzes gezwungen ist, vorbeizukommen. Derartige Brausen sind auch bei den Verbindungsgängen zwischen Sonnen- und Luftbad einerseits und dem Schwimmplatz andererseits angebracht.

Eine genügende Anzahl von Aborten ist nicht bloß von allen Umkleidestellen, sondern auch von der Schwimmbeckenseite leicht erreichbar. Das Badebecken weist eine Länge von 100 Metern und eine Breite von 20 Metern auf, und wurde das Profil derart gewählt, daß das Becken durch Hebung des Wasserspiegels auch für internationale Schwimmveranstaltungen verwendbar erscheint. Das Becken ist ganz aus Eisenbeton hergestellt und besitzt der Quere nach vier Dehnungsfugen. Zwecks besserer Abdichtung wurde dem Zementmörtelverputz Fluresit beigemengt. Um möglichst vielen Personen namentlich auch nicht Schwimmkundigen eine weitgehende Badebenützung zu geben, wird das Bade, becken bei normalem Wasserstande auf zwei Drittel der Länge für Nichtschwimmer zu gebrauchen sein. An der Schwimmerseite befindet sich ein aus Eisenbeton errichteter zweisäuliger (auf zwei Säulen ruhender) Sprungturm mit festen Plattformen von 5 Meter und 10 Meter Höhe sowie zwei je 3 Meter hohen federnden Sprungbrettern.

Außerdem ist auch noch ein Sprungbrett einen Meter über der Wasserfläche vorgesehen. Wegen der Sprungturmanlage mußte das Schwimmbecken, um Verletzungen der Springer zu vermeiden, auf eine Länge von 12 Metern als sogenannte Sprunggrube mit einer Größtwassertiefe von 4·50 Metern ausgestaltet werden. In das Schwimmbecken führen acht Doppelstiegen sowie acht eiserne Leitern, welche sämtlich in Wandnischen angebracht erscheinen. Bei Wettschwimmbewerbungen wird es möglich sein, die Einzelbahnen für die Starter in Wasserhöhe durch schwimmende rote Korkscheibenseile abzugrenzen. Für das Richtunggeben beim Rückenwettschwimmen werden jeweils Wimpelleinen zur Aufstellung gelangen können.

Bei Schwimmveranstaltungen ist zwecks Abhaltung des Jugend- und Stafettenschwimmens auch die Schaffung eines 50-Meter-Schwimmbeckens notwendig, und gelangt zu diesem Zwecke im nächsten Jahre eine eigene, aus einem eisernen Tragwerk hergestellte Startbrücke, welche das 20 Meter breite Schwimmbecken überbrückt und der Länge nach verschoben werden kann, zur Aufstellung. Für die Möglichkeit zur Absteckung eines Wasserballspielfeldes wurde gleichfalls Vorsorge getroffen. Für die Jugend wurde, vom großen Badebassin vollkommen getrennt, ein Kinderbecken mit einer Fläche von 50 Quadratmetern und einer Wassertiefe von 60 Zentimetern geschaffen.

* Siehe Band III, Seite 128ff

Die um die Badebecken führenden Umgänge weisen durchwegs Betonestrich auf, der im übrigen auch bei den Umkleidegelegenheiten angeordnet ist.

Zur Füllung des großen Badebeckens, welches einen Rauminhalt von 3300 Kubikmetern aufweist, wird, wie auch für das Kinderbecken, ausschließlich Hochquellenwasser zur Verwendung gelangen, das wegen seiner geringen Temperatur in einer eigenen elektrischen Kesselanlage bei Verwendung des billigeren Nachtstromes auf ungefähr 20 Grad Celsius vorgewärmt werden soll.

Die Kesselanlage erscheint mit der Filtrier- und Chlorierungsanlage sowie einem Geräteraum in einem eigenen gemauerten Gebäude untergebracht, das an der linken Seite vom Haupteingange anschließend an die Umkleideräume erbaut wurde.

Das Ausmaß der Filtrieranlage wurde derart gewählt, daß es möglich ist, das gesamte Beckenwasserquantum innerhalb von 24 Stunden zweimal umzuwälzen.

Die Sonnen- und Luftbadeflächen, vom Schwimmbadeplatz durch eine eigene Abgrenzung getrennt, erscheinen durchwegs mit einem Rasen versehen, und ist dortselbst außer von Ruhe- und Spielplätzen auch noch ein mit den verschiedensten Geräten ausgestalteter Turnplatz vorhanden. Auf diesen Flächen gelangte auch eine Erfrischungshalle mit den notwendigen Nebenräumen und Aborten zur Aufstellung.

Die Abgrenzung der ganzen Badeanlage erfolgte seitwärts und rückwärts nach außen zu durch ein rahmenförmiges Eisenbetongerippe, das mit Holzläden ausgefüllt ist.

Das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad „Hohe Warte"

Im März 1926 erwarb die Gemeinde Wien die ehemalige Dreamland-Fabriksrealität auf der Hohen Warte Nr. 8 im XIX. Bezirke, und bestand schon damals die Absicht, einen Teil davon zu einer Sommerbadeanstalt auszugestalten. Die Umgestaltung der gesamten Badeanlage erfolgte nach den Plänen der Magistratsabteilung 25a. Das frühere Aufnahmeatelier, welches ursprünglich sogar eine Flugzeughalle war, wurde als Schwimmhalle mit einem 25 Meter langen und 14 Meter breiten Schwimmbecken ausgestattet. Das Schwimmbecken wurde aus Eisenbeton hergestellt und mit einem zirka 4 Zentimeter starken Torkretverputz versehen. Zwei Stiegen und vier Leitern, in Wandnischen angebracht, ermöglichen den Ab-, beziehungsweise den Aufstieg im Badebecken. Für Springer gelangte ein sogenanntes Normalsprungbrett, aus Stahlblechtafeln hergestellt, zur Aufstellung. Die Umgänge in der Schwimmhalle sind durchwegs mit gekappten Klinkerplatten (Volksbadeklinker) gepflastert.

An das Filmatelier war ein zweistöckiger Anbau angeschlossen, der im wesentlichen die Garderoberäume für die Filmdarsteller und Statisten enthielt. Im Erdgeschoß dieses Anbaues gelangten nunmehr ein Raum mit 29 Männerkabinen, Abortanlagen für Frauen und Männer, ein Büfett-, ein Transformatoren-, ein Kanzlei-, ein Personal- sowie ein Geräteraum zum Einbau.

Im ersten Stockwerke wurden 40 Kabinen für Frauen und 42 Kabinen für Männer nebst den erforderlichen Aborten untergebracht.

Im zweiten Stockwerke wurde bloß ein Gasautomat zur Vorwärmung des Brausenwassers aufgestellt, während die übrigen Räume dortselbst einer künftigen Vermehrung der Umkleidegelegenheiten vorbehalten wurden.

Am Dachboden wurden die eisernen Reservoire für das Brausenwasser aufgestellt.

In der Halle, unmittelbar beim Eingange von dem Anbaue aus, wurden zwischen Monierwänden, mit weißen Fliesen verkleidet, die Vorreinigungsräume für Männer und Frauen mit einer entsprechenden Anzahl von Brausen- und Fußbecken errichtet.

Der Schwimmhalle vorgelagert, befindet sich auf grünem Rasen das Sonnen- und Luftbad mit zahlreichen Sitz- und Liegegelegenheiten. Die Halle selbst ist durch große, auf Rollen laufende Tore gegen das Sonnen- und Luftbad abgeschlossen, die bei schönem Wetter geöffnet werden können. Links und rechts von den Toren befinden sich gleichfalls Brausegelegenheiten, die für die Besucher des Sonnen- und Luftbades bei ihrer Rückkehr ins Schwimmbad zu Reinigungszwecken bestimmt sind.

Das links von der Halle befindliche Dekorationsmagazin wurde durch die Zwischendecke in zwei Geschosse unterteilt und im Erdgeschosse ungefähr 300 Kleiderkästchen für Männer und im ersten Stockwerke ebensoviele für Frauen nebst den notwendigen Aborten untergebracht.

In dem neu hergestellten Verbindungsbau zwischen diesem Umkleideobjekt und der Schwimmhalle wurde ein Raum zur Ausgabe der Wäsche und Schlüssel geschaffen.

Das rechts von der Halle gelegene ehemalige Dekorationsmagazin wurde zu einer Turnhalle umgewandelt und mit den neuzeitlichsten Geräten versehen. Der Turnsaal ist mit einem Parkettboden versehen und mit Gasheizkörpern eingerichtet, so daß eine Verwendung durch Turnvereine auch während der Wintermonate möglich erscheint. Eine Brausenanlage mit Gasheizung wird den Turnern auch in der Zeit, in welcher die übrige Badeanlage außer Betrieb ist, die Gelegenheit zur Abduschung geben. Die alten Kessel des benachbarten Heizhauses wurden zu einer Warmwasserbereitungsanlage umgebaut. Das

im Schwimmbecken zur Verwendung gelangende Hochquellenwasser wird dortselbst vorerst auf ungefähr 22 Grad Celsius vorgewärmt.

Der große Beifall, den die Kinderfreibäder bei der Wiener Bevölkerung fanden, ermunterte die Gemeinde Wien, im Jahre 1927 weitere fünf neue Kinderfreibäder auf nachstehenden Standorten zu eröffnen:

II.	Bezirk,	Augarten.
XI.	„	Simmeringerpark.
XV.	„	Vogelweidplatz.
XVI.	„	Kongreßplatz.
XVII.	„	Lorenz-Bayer-Platz.

Es sind dies Badeanlagen, die durchwegs mit Hochquellenwasser gespeist werden und eigene Filtrierungs- sowie Chlorisierungsanlagen aufzuweisen haben.

Erhaltung der Gebäude

An größeren Arbeiten wurden in der letzten Zeit die folgenden zur Durchführung gebracht:

Wohlfahrtsanstalten

Die Erweiterung des Waisenhauses „Hohe Warte" durch die Einbeziehung und Umgestaltung des ehemaligen Direktionsgebäudes der Filmgesellschaft Dreamland unter Schaffung von Schlafsälen, zwei Tagräumen, eines Erzieherraumes, eines Krankenzimmers, Wasch- und Klosettanlagen in dem genannten Gebäude (Belagsvergrößerung für 50 Zöglinge). Die Errichtung einer Kühlanlage für Lebensmittel im Versorgungshaus Liesing. Der Umbau der Küche des Versorgungshauses in St. Andrä a. d. Traisen, bestehend aus einer gründlichen baulichen Ausgestaltung und einer Erneuerung der Einrichtung (neue Kocheinrichtungen mit Entnebelungsanlage, elektrisch betriebene Küchenmaschinen, Warmwasserbereitungsanlage). Ausbau der Wasserbettanlage im Krankenhause Lainz durch Schaffung von zwei neuen Wasserbetten.

Kinderheim Wilhelminenberg

Umgestaltung des Schlosses Wilhelminenberg in ein Kinderheim mit den Kosten von rund S 800.000 und einem Belagraum für rund 200 Kinder. Außer den Unterkunftsräumen enthält das neue Kinderheim einen Festsaal, einen Raum für kinematographische Vorführungen, eine Zahnklinik, Schulwerkstätten, eine Badeanlage mit elf Brausen und fünf Wannen, eine Küche mit der zugehörigen Einrichtung, eine Kühlanlage und Magazinsräume, weiters in Nebengebäuden eine Ambulanz, eine Infektions- und eine Spitalsabteilung. Die Anstalt besitzt eine Zentralheizung und eine Zentral-Warmwasserbereitungsanlage für Küche und Bäder.

In der Erziehungsanstalt Eggenburg die Schaffung einer Zentralbadeanlage für Angestellte und Zöglinge (24 Brausen und 8 Wannen mit Niederdruckdampfheizung), weiters die Errichtung eines neuen Objekts (300 Quadratmeter Fläche) für die Holzlagerung der Werkstätten und eines neuen Glashauses daselbst.

Die Erweiterung der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe durch Einbeziehung und Umbau von zwei Pavillons des ehemaligen Sanatoriums für Tuberkulose, mit einem Belagraum für 170 Betten, weiters die Errichtung von zwei hölzernen, eingeschossigen und einer zweigeschossigen, in Eisenbeton erbauten Liegehalle mit einem Gesamtfassungsraum (aller drei Hallen) von 110 Betten.

Die Umgestaltung der Abteilung X der Heilanstalt Ybbs zu einer Wachabteilung samt Herstellung eines Bades (fünf Wannen) und die Herstellung von drei Spülküchen in der gleichen Anstalt.

Die bauliche Umgestaltung des Heimes III des Versorgungshauses Lainz zu einem Krankenheim mit 400 Betten, Ordinationsräumen, Laboratorium, Teeküchen, Apotheke, Krankenaufzug, Zentralheizung und Badeanlage.

Im Krankenhause Lainz der Neubau eines Lebensmittelmagazines und eines Laboratoriums für die Ohrenabteilung, weiters bauliche Arbeiten für die Erweiterung der Krankenpflegeschule unter Schaffung von Schlafräumen, eines Speisesaales und eines elektrisch betriebenen Bades.

Die Herstellung eines Spielplatzes (3000 Quadratmeter) und einer Klosettanlage in der Sommererholungsstätte Girzenberg.

Die Errichtung eines Umkleide- und Hortgebäudes am Spiel- und Eislaufplatze XIII., Karl-Goldmark-Platz (Holzriegelwandbau).

Die Schaffung von Hausgehilfinnen-Heimen für 90, beziehungsweise 150 Personen durch die Umgestaltung eines Teiles der Schule VI., Rahlgasse 2, und des ehemaligen Hotels „Stadt Prag", III., Radetzkystraße 5.

Die Umgestaltung der aufgelassenen Schule, II., Untere Augartenstraße 3, zu einer Zentral-Wanderherberge des Stadtschulrates mit 190 Betten (Schlafräume, Bad, Speiseräume und Küche).

Der Umbau des ehemaligen Fabriksgebäudes X., Alxingergasse 97/103, in eine Kaserne für die Gemeindewache mit einem Belagraum für 400 Mann.

Der Ausbau des einem Brande zum Opfer gefallenen Dachgeschoßes des Neuen Amtshauses I., Felderstraße; statt des früheren, hölzernen Dachstuhles wurde ein neuer, feuersicherer Eisenbetondachstuhl mit Blech-, beziehungsweise Preßkiesabdeckung hergestellt und gleichzeitig der hofseitige Teil des Dachgeschoßes (früher Bodenraum) zu Kanzleiräumen umgebaut. (Nutzbare Fläche der so gewonnenen neuen Amtsräume rund 460 Quadratmeter.)

Der Neubau der Filialfeuerwache Speising in massiver Ausführung mit einem Geräteraum, einem Tagraum, einem Schlafsaal, Telegraphenzimmer, Bad und Zentralheizung.

Kanalisationswesen

In den Jahren 1926 und 1927 wurde die Auswechslung der schadhaften Ziegelkanäle gegen Betonkanäle fortgesetzt. Durch den Neubau von Hauptunratskanälen anläßlich der Schaffung von Volkswohnhäusern hat das Kanalnetz abermals an Umfang zugenommen.

In den Jahren 1926 und 1927 wurden 17, beziehungsweise 14 Kanalneubauten mit einer Länge von 3485 und 4025 Metern, 27, beziehungsweise 37 Kanalumbauten in einer Länge von 6299 und 7294 Metern, ferner 5, beziehungsweise 2 Rohrkanalbauten mit Längen von 724 und 390 Metern durchgeführt. Ferner wurden im Winter 1926/27 12 Kanalsohlenerneuerungen in einer Länge von 4.194 Metern ausgeführt. Zum Zwecke der Kanalspülung wurden 15, beziehungsweise 23 Spülkammern hergestellt.

Zu Ende des Jahres 1926 bestand das Wiener Kanalnetz aus 760.391 Metern Betonkanälen, 189.824 Metern Ziegelkanälen, 16.613 Metern Rohrkanälen und hatte daher eine Gesamtlänge von 966.828 Metern.

Mit Ende des Jahres 1926 waren 1,664.820 Meter Hauskanäle, und zwar 1,253.385 Meter in Form von Rohrleitungen und 411.435 Meter in Form von Ziegelkanälen an das städtische Kanalnetz angeschlossen.

Für die Senkgrubenräumung wurde ein neues Latrinenauto, für die Schotterfangräumung ein Autokran, der die Aushubstoffe unmittelbar auf den Wagen verladet, angeschafft.

Die Wasserversorgung*

Arbeiten zur Reinhaltung der großen Höllentalquellen der ersten Wiener Hochquellenleitung

Wie bereits im Bande III auseinandergesetzt wurde, haben die Quellen der beiden Wiener Wasserleitungen neben zahlreichen großen Vorteilen den Nachteil, daß die Beschaffenheit und Menge ihres Wassers durch starke Wolkenbrüche und durch die Schneeschmelze beeinflußt wird.

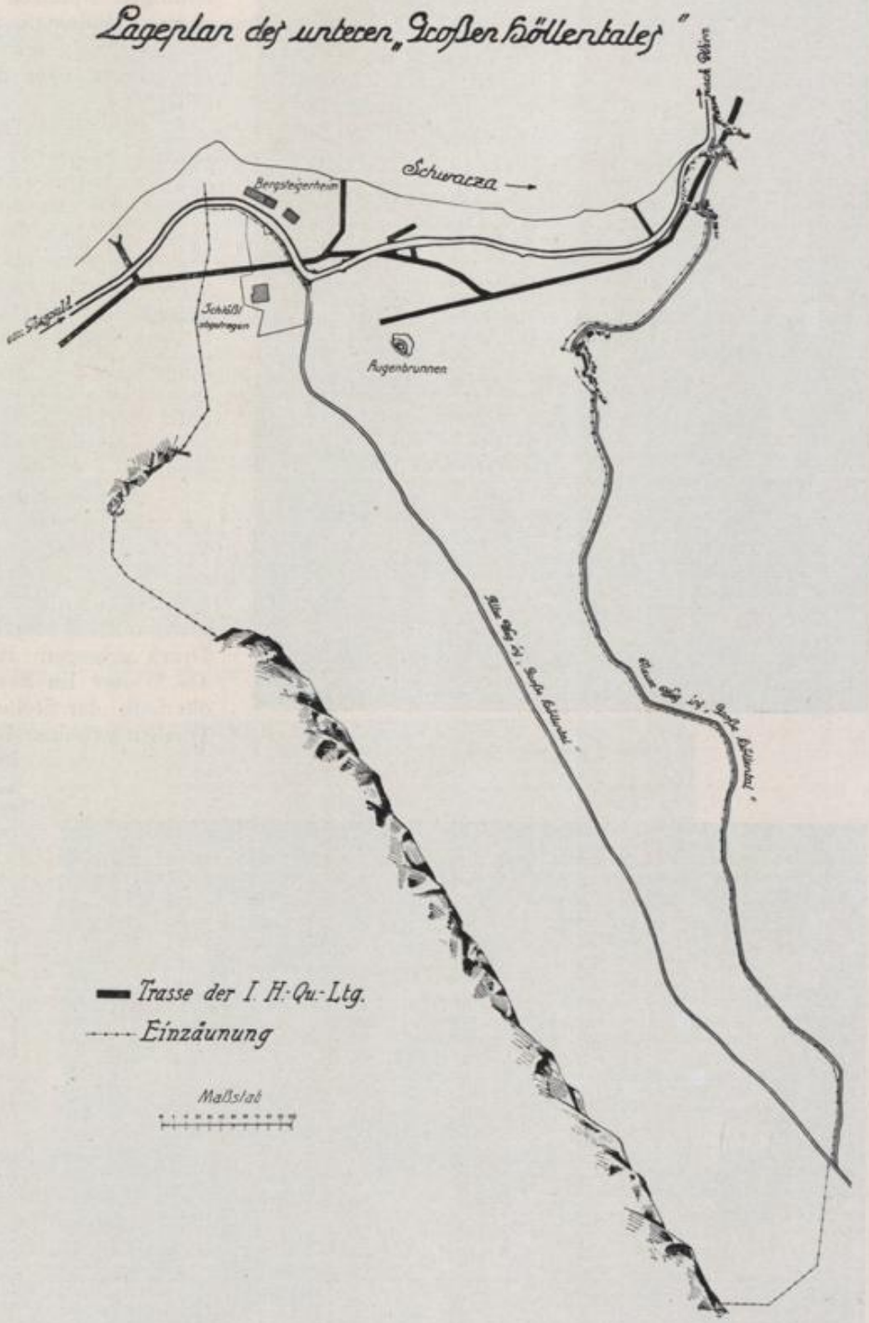
Diese Eigenschaft hatte es mit sich gebracht, daß man dem Quelleneinzugsgebiete, das ist jenem Gebiete, von welchem aus das versickernde Regen- und Schneeschmelzwasser auf seinem unterirdischen Laufe bis in die Quellen kommt, seit Jahren ein besonderes Augenmerk zugewendet hat.

Man sagte sich, daß bei der geringen Filtrationskraft des Gebirges die Reinhaltung des Quelleneinzugsgebietes von größter Wichtigkeit sei.

Der Idealzustand wäre natürlich der, daß dieses Gebiet vom menschlichen Verkehre und menschlicher Besiedlung abgesperrt werde. Da jedoch die Durchführung dieses weitgehenden Standpunktes mit Rücksicht

* Siehe Band III, Seite 190.

auf die große Ausdehnung des in Betracht kommenden Gebietes und die dort vorhandenen zahlreichen fremden Interessen nicht möglich war, mußte man sich bis in die letzten Jahre begnügen, der Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse nach Möglichkeit entgegenzuwirken.



Wiewohl dies in mancher Hinsicht möglich gewesen ist, hat insbesonders im Gebiete der ersten Hochquellenleitung durch die Erbauung der Raxbahn der Fremden- und Touristenverkehr dort so zugenommen, daß nunmehr allen Ernstes an eine stärkere Betonung des Schutzes der Wiener Hochquellen gedacht werden muß.

Nun ist jedoch heute die Erwerbung und Absperrung des ganzen Quelleneinzugsgebietes ebenso schwer durchführbar wie vor dreißig Jahren. Man entschloß sich daher, die notwendigen Schutzarbeiten vorläufig wenigstens in jenen Gebieten in Angriff zu nehmen, die sich im Eigentum der Gemeinde Wien befinden, und erwartet sich, daß es mit Hilfe des mit allem Eifer weiter zu betreibenden Quellenschutzgesetzes in Zukunft möglich sein wird, auch auf fremdem Gebiete den notwendigen Schutz der Wasserleitung durchsetzen zu können.

Man begann mit diesen Arbeiten bei einer der größten und wichtigsten Quellen der ersten Hochquellenleitung, nämlich der Quelle im großen Höllentale.

Das große Höllental, das als einer der Glanzpunkte der Raxalpe allen Wiener Touristen wohl bekannt ist, stellt einen sehr tiefen, kanonartigen Einschnitt in das Raxplateau dar, der von der Einmündung bis auf eine Entfernung von zirka zweieinhalb Kilometer von sechs- bis achthundert Meter hohen, steilen Felsen eingeschlossen ist. Auch den Hintergrund des Tales sperren mächtige Felswände, die nur auf Klettersteigen zu bezwingen sind.

Der Untergrund des Höllentales ist mit Geröllmassen, die teils fluviatilen, teils glazialen Ursprungs sind, bedeckt. Die letzteren treten hauptsächlich im unteren Teile des Höllentales zutage und zeigen sich



Das große Höllental

dort in einer Reihe von Schichtungen, die aus Sanden, Schottern, teilweise zu sehr festen Konklomeratbänken verkittet und aus rötlichen, lehmigen Absätzen bestehen. Der Boden des oberen Höllentales ist mit Geröllmassen der heutigen Zeit erfüllt, welche dort scheinbar eine Decke über den glazialen Ablagerungen bilden.

Das ganze Tal hat unter normalen Verhältnissen keine oberirdische Entwässerung. Es scheint vielmehr, daß sowohl die aus dem umgebenden Raxplateau in den Klüften des Kalkgebirges abfließenden Wassermengen als auch jene Niederschlagswässer, welche aus dem Höllental und seinen Felswänden selbst stammen, unterhalb der Geröllbedeckung bis zur Ausmündung des großen Höllentales abfließen. An dieser Stelle treten dann allerdings sehr mächtige Quellen auf, welche durch eine Reihe von unterirdischen Sammelstollen für die Wiener Wasserversorgung nutzbar gemacht sind.

Es hat sich nun gezeigt, daß zur Zeit der Schneeschmelze oder dann, wenn besonders starke Regengüsse niedergehen, jene Klüfte, aus welchen das Wasser gewöhnlich in unsere Sammelstollen abfließt, das zuströmende Wasser nicht mehr fassen können und förmlich unter Druck gelangen. In solchen Fällen staut sich das Wasser im Berge auf, bis es schließlich oberhalb der Stollen in zahlreichen größeren Quellen zwischen den Felstrümmern zum oberirdischen Abflusse gelangt. Von diesen oberirdischen Abflüssen hat einer, der sogenannte Augenbrunnen, unter den Besuchern des großen Höllentales dadurch eine gewisse Berühmtheit erlangt, weil das aufsteigende Wasser in einer großen, trichterförmigen Erweiterung oberflächlich eine Art Teich bildete, von dessen Rande es dann in zahlreichen Wasserfällen in die Schwarzau abfloß.



Der regulierte Augenbrunnen

So schön dieses Naturschauspiel der plötzlich hervorbrechenden und wieder versiegenden Quellen vom Standpunkte des Naturfreundes ist, so wenig erwünscht ist es mit Rücksicht auf die Wasserversorgung der Stadt, denn da die oberhalb des Sammelstollens zum Vorschein kommenden Quellen mit den in die Stollen einmündenden im engsten Zusammenhange stehen, wäre beim Überfließen

eine Verunreinigung denkbar. Die bakteriologische Untersuchung der großen Höllentalquelle hat diesen engen Zusammenhang zwischen Oberflächenwasser und eigentlichem Quellwasser nachgewiesen. Weiters



Fassung der Überfallquellen und deren Ableitung im Betongerinne



Fünf Betongerinne zur unschädlichen Abfuhr der Wildwässer

wurde folgender Versuch angestellt: Es wurde in den früher erwähnten Trichter des Augenbrunnens bei niedrigem Wasserstande eine Kochsalzlösung eingegossen und gleichzeitig das Quellwasser in den Sammel-

stollen auf seinen Chlorgehalt untersucht. Es ergab sich, daß das Kochsalz schon vier Minuten nach dem Eingießen der Salzlösung im Quellwasser festgestellt werden konnte.



Schotterfang



Gepflasterte Straße im Quellengebiete

Man ging nun daran, das ganze Gebiet oberhalb der Sammelstollen nach derartigen periodischen Quellausflüssen abzusuchen. Die festgestellten Quellen wurden durch eine sorgfältig ausgeführte Drainagierung

abgefangen und das aus denselben abfließende Wasser in dichten Betongerinnen bis in den Schwarzafluß abgeleitet. Es wurde durch diese Maßnahme erreicht, daß alle jene Wässer, welche die Quellstollen selbst nicht fassen können und die daher bis auf die Oberfläche der Erde emporsteigen, von dort in den Fluß abgeleitet werden.

Wir haben früher erwähnt, daß im Höllental gewöhnlich ein oberirdisch abfließendes Wasser nicht vorhanden ist. Es fällt jedoch auf, daß im oberen Teile des Tales ein sehr deutlich ausgeprägtes Wildbachgerinne besteht, welches beiläufig bis zu einem Punkte zirka 800 Meter oberhalb der Quellsammelanlage herabreichte. Dieses Gerinne hat seine Ursache darin, daß zur Zeit katastrophaler Regengüsse auch in diesem Teile größere Wassermengen oberflächlich abfließen müssen.

Auch diese verunreinigten Wassermengen gelangten bis in die Gegend der Sammelstollen; in solchen Fällen war die Trübung der Quellwässer mit freiem Auge bemerkbar.

Es mußte daher Vorsorge getroffen werden, daß diese Wässer nicht in die Sammelstollen gelangen können. Man löste diese Aufgabe in der Weise, daß man von der Schwarza aufwärts ein fast eineinhalb Kilometer langes, entsprechend dimensioniertes Betongerinne herstellte, welches die Aufgabe hat, die aus dem obersten Teile des Höllentales herabkommenden Wässer aufzunehmen und über das Quellengebiet so abzuführen, daß ein Abfließen der Schmutzwässer in die Quellstollen nicht möglich ist.

Da damit gerechnet werden mußte, daß derartige Hochwässer bedeutende Schottermengen mitbringen, wurde bei Beginn des Betongerinnes durch Errichtung einer quer durch das ganze Tal reichenden Mauer ein Schotterfang hergestellt, der 500 bis 600 Kubikmeter Geschiebe aufzunehmen imstande ist.

Ein am 4. August 1927 eingetretener katastrophaler Wolkenbruch zeigte, daß die beschriebenen Arbeiten ihrem Zwecke vollständig entsprechen.

Die an diesem und den nachfolgenden Tagen besonders intensiv vorgenommenen bakteriologischen Untersuchungen der Quellwässer haben erwiesen, daß trotz dieses katastrophalen Wolkenbruches eine Beeinflussung des Quellwasser, die ohne die getroffenen Vorkehrungen ganz sicher stattgefunden hätte, nicht eintrat.

Hand in Hand mit allen diesen Arbeiten ging man daran, die gesamte Umgebung der Höllentalquelle mittels eines soliden Drahtgitters vom menschlichen Verkehre abzusperren. Das auf diese Weise geschützte Gebiet hat ein Flächenausmaß von zirka 260 Hektar.

Trotzdem verblieb für die Höllentalquelle noch eine Gefahrenquelle. Es sind dies die einen sehr starken Verkehr aufweisende und gerade oberhalb der Sammelstollen verlaufende Bezirksstraße von Payerbach nach Schwarzau im Gebirge und die vor vielen Jahren ebenfalls am Ausgange des Höllentales errichteten Baulichkeiten, nämlich ein Jagdschloß und ein Gasthaus.

Hinsichtlich der Gebäude gelang es der Gemeinde, durch Ankauf der betreffenden Grundstücke und Abtragen dieser Gebäude jede Gefahr zu beseitigen.

Schwieriger war die Lösung hinsichtlich der Straße. Studien, welche wegen einer Verlegung derselben aus dem Quellengebiete angestellt wurden, ergaben, daß dies nicht oder nur unter ganz unverhältnismäßig hohen finanziellen Opfern möglich wäre. Man entschloß sich daher, die Straße in ihrer jetzigen Lage zu belassen und dafür zu sorgen, daß die Verunreinigungen der Straßenoberfläche nicht in die darunterliegenden Sammelstollen gelangen können. Man erreichte dies dadurch, daß man die Straße auf einer Länge von zirka 400 Metern mit Granitwürfeln sorgfältig pflasterte und dieses Pflaster durch einen Asphaltfugenverguß wasserundurchlässig machte.

Es ist natürlich, daß dabei Anordnungen getroffen wurden, durch welche bei Regengüssen die sich auf der Straße sammelnden Wässer unschädlich bis in die Schwarza abgeführt werden.

Durch diese Vorkehrungen wurde die große Höllentalquelle so geschützt, daß aus der unmittelbaren Umgebung der Quelle aller menschlichen Voraussicht nach eine Verunreinigung des Wiener Wassers nicht stattfinden kann.

Das Kontrollmessersystem

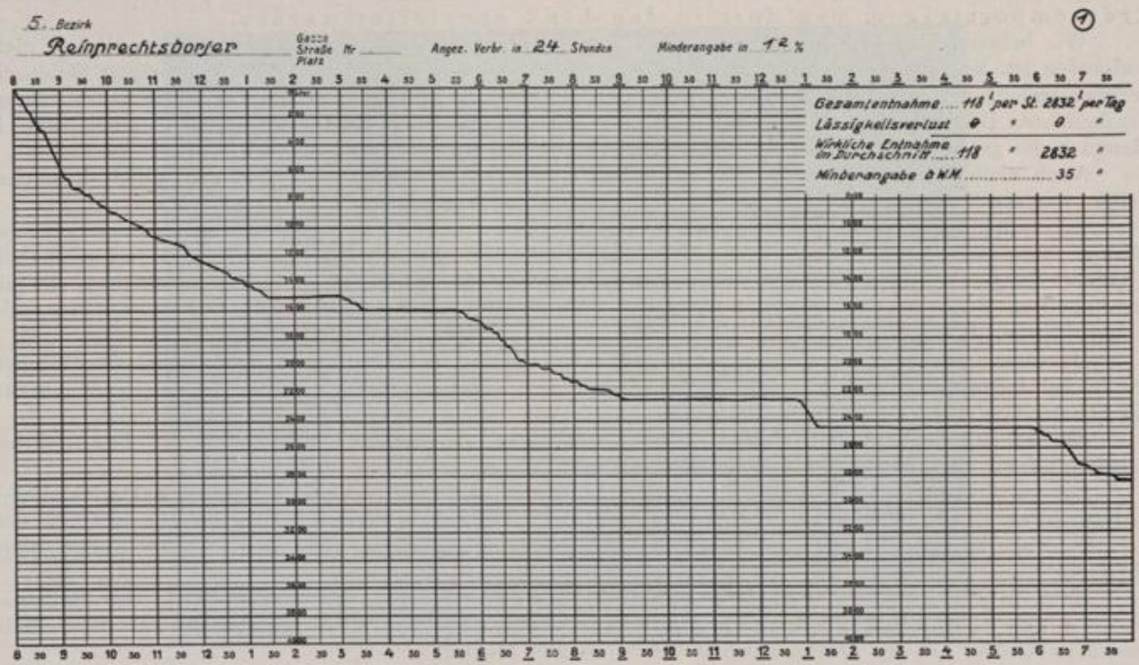
Die in Wien verwendeten Wassermesser messen nicht die Wassermenge, sondern die Geschwindigkeit des durchströmenden Wassers. Erst aus der Geschwindigkeit wird dann auf die Menge geschlossen. Es ist unvermeidlich, daß bei diesem Systeme die Wassermesser wegen der Abnützung ihrer feinen Bestandteile mit der Zeit unempfindlicher werden, d. h. kleinere durchfließende Mengen überhaupt nicht und bei größeren Mengen zu wenig anzeigen.

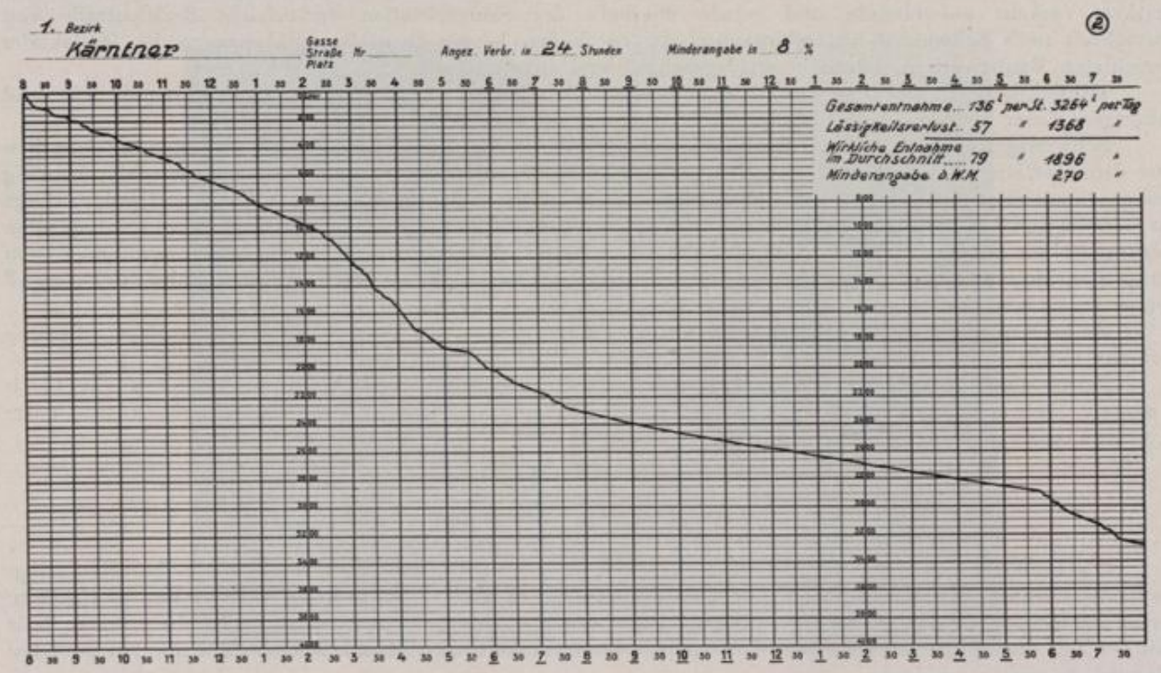
Dies ist natürlich ein Nachteil für das Wasserwerk.

Um dem abzuhelfen, wurde in Wien das sogenannte „Kontrollmessersystem" eingeführt.

Der Kontrollmesser ist ein genau zeigender Wassermesser, der, in eine Hausleitung eingebaut, die in das Haus hineinfließende Wassermenge auf einem Registrierblatt aufzeichnet. Man ist auf diese Weise in der Lage, den in dem betreffenden Hause eingebauten Hauswassermesser auf

seine Genauigkeit zu kontrollieren, und erhält außerdem darüber Aufschluß, wie der Wasserverbrauch in dem Hause selbst ist.





Es liegen nunmehr die Ergebnisse über die Kontrolle der Wassermesser in den Gemeindebezirken I bis XII vor.

Insgesamt wurden bisher 15.639 Wassermesser der Prüfung unterzogen. Diese Menge entspricht beiläufig einem Drittel der im Gemeindegebiet eingebauten Wassermesser.

In den zwölf überprüften Gemeindebezirken wurde eine „Minderanzeige" von durchschnittlich 11·4 Prozent des durch diese Wassermesser bezogenen Wassers festgestellt. Es wurden 6981 Wassermesser wegen Minderanzeige beanstandet und durch die Arbeitspartien ausgewechselt. Bei der bisher erfolgten zweiten Durchprüfung des ersten Gemeindebezirkes war die Minderanzeige von 10·5 Prozent auf 5·1 Prozent und im IX. Gemeindebezirk von 10·3 Prozent auf 7·6 Prozent heruntergegangen. Dies bedeutet für den Wasserleitungsbetrieb in diesen zwei Bezirken eine Erhöhung der Einnahmen um die Gebühr für 1000 m^3 täglich. Dadurch erscheint zur Genüge die Wirtschaftlichkeit der Einrichtung des Kontrollmesserdienstes und die Nützlichkeit des weiteren Ausbaues dieses Dienstzweiges bewiesen.

Die zugleich mit der Überprüfung des Hauswassermessers erfolgende Kontrolle der Hausinstallationsanlage auf ihre Dichtheit ergab, daß nur bei einem Drittel der Häuser die Leitung in Ordnung vorgefunden wurde. Der Wasserverbrauch, der auf Undichtheiten der Hausinstallation zurückzuführen ist, ist erheblich.

Die vorstehenden Abbildungen zeigen vom Kontrollmesser gelieferte Verbrauchskurven zweier Wiener Häuser. Bild 1 stellt den Verbrauch in einem Hause dar, in welchem keine Undichtheiten (Lässigkeitsverluste) vorhanden sind. Bild 2 zeigt eine Verbrauchskurve eines Hauses, in welchem sich die Leitungsanlage in schlechtem Zustande befindet. Die Kurve in Bild 1 weist Zeiträume aus, in welchen kein Wasser den Kontrollmesser durchflossen hat, was nur dann möglich ist, wenn die Leitung dicht ist. Die Kurve in Bild 2 zeigt eine ständige Entnahme von Wasser aus der Leitung. Nachdem Nichtentnahmen nur selten vorkommen und zumeist nur kurze Zeit andauern, muß auf das Vorhandensein von Undichtheiten der Leitungsanlage geschlossen werden; auch der gradlinige Verlauf der Wasserverbrauchsanzeige zwischen 9 Uhr abends und zirka 5 Uhr 50 Minuten früh beweist, daß eine nutzbare Entnahme nicht vorliegt. Diese Kurvenblätter werden nach Einlieferung in die Zentrale ausgewertet, und die gewonnenen Resultate dienen für die Beurteilung, ob der Wassermesser in der Leitung zu verbleiben hat oder ausgewechselt werden muß.

Die Baupolizei*

Zur technischen Baupolizei gehört auch die städtische Prüfungsanstalt für Baustoffe, die im Jahre 1879 gegründet und im Jahre 1910 für die mechanisch-technische Prüfung von hydraulischen Bindemitteln staatlich autorisiert wurde. Sie wurde ursprünglich zur Prüfung der bei Gemeindebauten verwendeten Zemente eingerichtet, befaßt sich aber seit dem Jahre 1910 auf Grund ihrer staatlichen Ermächtigung zur Ausstellung von Prüfungszeugnissen auch mit der Prüfung von Zement und Beton für die städtischen Unternehmungen und für Private. Die Versuchsanstalt besitzt für diese Zwecke die notwendigen Maschinen und Geräte, und auch Einrichtungen für die Prüfung von natürlichen Steinen und zur Untersuchung von Bitumen (Asphalt und Teer). Neben den laufenden Baustoffuntersuchungen, die sich im Jahre 1926 auf 750 Zementmuster und insgesamt auf 21.900 Versuchsproben erstreckten, werden auch eingehende Zement- und Betonstudien durchgeführt, die in fortlaufenden Mitteilungen verlautbart werden.

Die die letzten Jahre bis einschließlich 1925 umfassenden Angaben über die Baubewegung wären für 1926 wie folgt zu ergänzen: Im Jahre 1926 wurde für 399 Gebäude, darunter 368 Wohngebäude, 32 Stockwerksaufsetzungen und 30 Dacheinbauten, die Baubewilligung erteilt.

* Siehe Band III, Seite 214.

Die Fremdenverkehrsförderung

Durch den Friedensvertrag von St. Germain wurde in der Republik Österreich ein Staatswesen geschaffen, das infolge der willkürlichen Beschneidung seiner Grenzen, der Abtrennung von Gebieten, mit denen es in jahrhundertealter Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft gelebt hatte und durch die Armut seiner Bodenverhältnisse kaum imstande schien, als ökonomische Einheit sein Dasein zu fristen. Schon in den ersten Jahren seines Bestehens zeigte sich ein bedenkliches Anschwellen des Handelsbilanzpassivums, das durch ein infolge mangelnder Güterproduktion bedingtes Überwiegen der Einfuhrziffer ausländischer Waren hervorgerufen war. In den maßgebenden Stellen war man sich bald darüber klar, daß dieses Handelsbilanzpassivum und das damit verbundene stete Ausströmen heimischer Werte nach dem Auslande nicht allein durch Steigerung der heimischen Produktion behoben werden könne. Neben dem sichtbaren Export mußte auch der unsichtbare Export aufs tatkräftigste gefördert werden, um auf diese Art das zur Erhaltung von Währung und Staatshaushalt notwendige Gleichgewicht zu erzielen. Unter den Ländern, die von Natur aus unter ähnlichen Verhältnissen zu leben verhalten sind, wie die Republik Österreich, nimmt die benachbarte schweizerische Alpenrepublik eine beispielgebende Rolle ein; auch die Schweiz muß mit einem unfruchtbaren Boden ringen, um einen kleinen Teil des heimischen Nahrungsmittelbedarfes im Inlande zu bedecken; auch die Schweiz besitzt eine hochentwickelte Qualitätsindustrie, deren Erzeugnisse, so hoch sie im Auslande geschätzt werden, nicht in hinreichendem Maße abzusetzen sind, um damit die Lebensmitteleinfuhr zu kompensieren. So ist die Schweiz bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf den Ausweg verfallen, die reichen Mittel, die ihr aus dem durch ihre herrlichen Landschaften bedingten Fremdenverkehr zuströmen, der heimischen Wirtschaft nutzbar zu machen und im Fremdenverkehrswesen ein Gebiet zu schaffen, das heute zu den namhaftesten Quellen des Schweizer Wohlstandes zählt.

Zu den zahlreichen Aufgaben, deren Erfüllung sich Wien in der Nachkriegszeit gestellt hat, gehört auch die auf Grund der Bundesverfassung den Ländern überantwortete Förderung des Fremdenverkehrswesens. Im Wien der Nachkriegszeit bestand keine tragfähige und für einen großzügigen Ausbau geeignete Institution, die geeignet gewesen wäre, die Fremdenverkehrsinteressen des Landes Wien planmäßig zu wahren. Aus diesem Grunde wurde an die Errichtung einer neuen eigenen Institution geschritten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß eine zweckvolle Fremdenverkehrspropaganda für Wien im Auslande nur dann betrieben werden kann, wenn gleichzeitig mit der Anführung der Schönheiten Wiens auch jene seiner Umgebung erwähnt werden. Wien unterscheidet sich ja von allen anderen Großstädten der Welt durch seine viel innigere Verbundenheit mit der umgebenden Landschaft, die gerade in Wiens näherem und fernerem Umkreis oft von einer Großartigkeit ist, wie sie sonst nur mittels weiter Reisen erschlossen werden kann. Es war daher im vorhinein einleuchtend, daß die Auslandspropaganda für Wien und Niederösterreich — wenigstens zum Teil — gemeinsam betrieben werden müsse. Aus diesen Tatsachen erwuchs die Notwendigkeit einer Kooperation zwischen den beiden Bundesländern Wien und Niederösterreich, der in der Folge auch stattgegeben wurde.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen fanden die beiden Landesregierungen auch endlich die geeignete neutrale Stelle, welche die erforderliche Basis zum Aufbau des gemeinsamen Werbesystems zu bieten vermochte. Diese Stelle war die Wiener Messe, die durch ihre rein wirtschaftliche Struktur von allen politischen Nebenbeziehungen ausgeschaltet schien und zugleich über einen bereits im Auslandsverkehr geschulten Apparat verfügte, dessen Erfahrungen für die Tätigkeit der neuen Femdenverkehrsstelle naturgemäß von hohem Wert sein mußten.

Eine Frage war allerdings die Höhe der dieser neuzuschaffenden Institution zuzuweisenden Geldbeträge, die infolge der verschiedenen wirtschaftlichen Situation der Wiener und Niederösterreichischen Landesregierung nicht leicht zu lösen war. Da ein gemeinsamer, beide Teile gleich belastender Aufteilungsschlüssel nicht gefunden werden konnte, wurde von seiten des Landes Wien ein Betrag von 100.000 Schilling, von seiten des Landes Niederösterreich ein solcher von 50.000 Schilling bewilligt. Das diesbezügliche Länderübereinkommen, welches die Unterschriften der Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich trägt, wurde am 18. Februar 1926 unterzeichnet. Um der Fremdenverkehrskommission die erforderlichen Mittel zur Einleitung größerer Aktionen sowie zur Erweiterung ihres Apparates zu geben, wurde die Subvention der beiden Bundesländer im Jahre 1927 von seiten des Landes Wien von 100.000 auf 200.000 Schilling, von seiten des Landes Niederösterreich von 50.000 auf 100.000 Schilling, im darauffolgenden Jahre 1928 von seiten Wiens von 200.000 auf 350.000 Schilling, von seiten Niederösterreichs von 100.000 auf 150.000 Schilling erhöht.

Die neue Institution erhielt den Titel „Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich". Es wurde ein Exekutivkomitee eingesetzt, in das sowohl die Wiener als auch die niederösterreichische Landesregierung je drei Mitglieder entsendet hat. Es wurde ferner bestimmt, daß ein siebentes Mitglied der Kommission durch die Wiener Messe-Aktiengesellschaft, der die Geschäftsführung

der neuen Stelle anvertraut wurde, jeweils zu nominieren sei. Dieses Mitglied — Generaldirektor Kommerzialrat Julius Müller — führt auch den Vorsitz in der Kommission. Seitens des Landes Wien wurden in das Exekutivkomitee die amtsführenden Stadträte Hugo Breitner und Vizebürgermeister Georg Emmerling sowie der zweite Präsident des Landtages Franz Zimmerl entsendet. Neben diesem Exekutivkomitee wurde ein Wiener Beirat der Fremdenverkehrskommission geschaffen, dessen Vorsitz der Bürgermeister und Landeshauptmann führt. In diesem Beirat sind jene Behörden und Korporationen vertreten, die an der Gestaltung des Fremdenverkehres besonderes Interesse haben. Der Wiener Beirat zählt gegenwärtig 65 Mitglieder. Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Arbeitsausschuß, der die Sitzungen des Beirates vorzubereiten hat. Der Beirat nimmt die Berichte der Kommission entgegen, macht sie zum Gegenstand von Beratungen und gibt gelegentlich neue Anregungen, über deren Durchführung das Exekutivkomitee jeweils beschließt. Die Durchführung der Arbeiten der Fremdenverkehrskommission obliegt ihrem Bureau, das unter der persönlichen Oberleitung des Vorsitzenden steht und von einem Direktor geführt wird.

Die Aufgaben der Fremdenverkehrskommission sind einerseits Aufgaben der Fremdenverkehrswerbung, andererseits Aufgaben der Fremdenverkehrsfürsorge.

Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Herausgabe geeigneter Werbeschriften, die alljährlich in Auflagen von nahezu einer halben Million in deutscher, englischer, französischer, tschechischer, ungarischer, polnischer, rumänischer, slowenischer, kroatischer, serbischer, portugiesischer, spanischer, italienischer und holländischer Sprache und Esperanto erscheinen. Auch der Herausgabe von Plakaten wird großes Augenmerk zugewendet. Auf Grund eines Plakatwettbewerbes wurden je zwei Plakate von Wien und Niederösterreich mit Text in deutscher, englischer, französischer, tschechischer, italienischer und ungarischer Sprache hergestellt. Auch Dioramen wurden geschaffen und sowohl in ausländischen Reisebureaus und Warenhäusern als auch auf Ausstellungen zur Schau gestellt. So wurde auf der Theaterausstellung in Magdeburg schon im Sommer 1926 ein Diorama, das eine Vorstellung in der Wiener Oper darstellte, zur Aufstellung gebracht. Die Wochenendausstellung in Berlin im Jahre 1927 wurde ebenfalls mit einer Reihe von Dioramen und Bildern beschickt, die in der großen Funkhalle untergebracht waren. Auf der Utrechter Messe wurden mehrere Dioramen ausgestellt, unter denen einzelne — das Wiener Belvedere, das Beethoven-Haus in Heiligenstadt und die Hohe Wand — große Beachtung fanden. Ferner wurden große Photographien in Rahmen hergestellt, die den ausländischen Reisebureaus in größerer Anzahl überwiesen und von diesen gerne als Wandschmuck angenommen werden.

Der Wichtigkeit, Vorträge — womöglich solche mit Lichtbildern und Kinematogrammen — über Wien im Auslande zu veranstalten, wird ständig Rechnung getragen, indem derartige Vortragsreisen teils angeregt, teils entsprechend unterstützt werden. Bisherige Vortragsreisen gingen vor allem in die Nachfolgestaaten und nach Deutschland, Schweden, England, Holland und Amerika.

Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit der Presse zu, wie sie von seiten der Fremdenverkehrskommission sowohl durch Schaffung eines eigenen Pressedienstes als auch durch enge Fühlungnahme mit den Vertretern der Wiener und auswärtigen Presse gepflegt wird. Im Rahmen des selbständigen Pressedienstes der Fremdenverkehrskommission werden jährlich viele Hunderte von Zeitungsartikeln mit und ohne Illustrationen, Nachrichten, Telegramme und anderes Propagandamaterial an die gesamte Weltpresse zur Ausschickung gebracht, die in sehr vielen Blättern erscheinen. Einzelne dieser Artikel, die infolge ihres aktuellen Inhaltes oder ihres literarischen Niveaus besonderen Anklang fanden, erschienen schon in nahezu hundert Blättern aller Nationen. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der in- und ausländischen Presse wird durch die regelmäßige Abhaltung von Pressekonferenzen gepflegt, bei welchen den Pressevertretern nicht nur Nachrichtenmaterial, sondern auch Gelegenheit zur Erörterung aller einschlägigen Probleme und Erstattung von Vorschlägen gegeben wird.

Der Bedeutung des Rundfunks gemäß, legt die Fremdenverkehrskommission das größte Gewicht auf stete Fühlungnahme mit der Österreichischen Radioverkehrs-Aktiengesellschaft (Ravag), welche den Bestrebungen zur Hebung des Fremdenverkehrs stets das weitestgehende Interesse entgegenbringt. Es werden sowohl Vorträge über Wien und seine Umgebung als auch Verlautbarungen in großer Zahl durchgeführt. Hiebei haben sich auch die ausländischen Sender über Ersuchen der Ravag in den Dienst der Wiener Fremdenverkehrspropaganda gestellt.

Um die Schriftsteller des Auslandes zur Schaffung von Aufsätzen über Wien und Niederösterreich anzuregen, werden von Zeit zu Zeit Artikelpreisausschreiben veranstaltet, bei welchen für den besten einlaufenden Zeitungsaufsatz ein namhafter Preis zur Verleihung gelangt.

Mit der Wiener Messe-Aktiengesellschaft wurden bereits mehrmals gemeinsame Aktionen mit großem Erfolge durchgeführt. So gelangt auf den Ozeandampfern eine in deutscher, französischer, englischer, italienischer, spanischer und holländischer Sprache verfaßte Broschüre zur Verteilung, die in Form einer spannenden Novelle für Wien, Niederösterreich und die Wiener Messe wirbt.

Neben der Streuwerbung, deren Auswirkung sich heute nahezu über die ganze Welt erstreckt, wird aber auch der Zielwerbung Rechnung getragen. Zu diesem Zwecke wurde eine Reihe besonderer Aktionen eingeleitet, die sich bisher sehr gut bewährt haben und in der Zukunft weiter ausgebaut

werden sollen. Schon im Jahre 1926 — ein halbes Jahr nach der Gründung der Fremdenverkehrskommission — wurde am 12. September der erste Wiener Festsonntag veranstaltet, der im Anschlusse an die Herbstmesse stattfand und den Zweck verfolgte, die Messebesucher einen Tag länger in Wien festzuhalten. Das Programm dieses Festsonntages umfaßte Platzkonzerte, ein Fest im Prater, eine Festbeleuchtung des Rathauses und einen Festzug alpenländischer Volkstrachten.

Bereits im Spätherbst 1926 begannen die Vorarbeiten zu den Festwochen in Wien und Niederösterreich, die für die Zeit vom 5. bis 19. Juni 1927 festgesetzt wurden. Mit den Vorbereitungen zu den Festwochen wurde ein eigenes, in Unterausschüsse für Musik, Theater, Sport, bildende Kunst, Presse, Verkehr und Wirtschaft zerfallendes Festkomitee betraut.

Das Programm der Festwochen umfaßte: Konzerte im Freien und in den Konzertsälen, Volksliedaufführungen, kirchenmusikalische Aufführungen, Chorkonzerte, Tanzabende; in seinem musikalischen Teil: Festvorstellungen aller Wiener Theater, Kunstausstellungen aller Wiener Künstlervereinigungen; gesellschaftliche Veranstaltungen, Modenrevuen, einen Automobil-Blumenkorso, Produktionen der Spanischen Reitschule, einen Praterfestrummel, einen Ball bei Johann Strauß, ein Strandfest am Gänsehäufel, Concours d'elegance für Automobile, ein Wiener Künstlerfest im Türkenschanzpark; an sportlichen Veranstaltungen: Wurftaubenschießen, Handballspiele, Rasenradballspiele und Fußballspiele, internationale Polospiele, Schwimmfeste, Concours hippiques, Galopp- und Trabrennen, leichtathletische Konkurrenzen sowie ein Frauensportfest. In Niederösterreich wurden Rundflüge veranstaltet, ferner Trabrennen in Baden, Feste in Klosterneuburg und Kritzendorf, Aufführungen in Laxenburg und Mödling, ein Konzert in der Hinterbrühl, Sportveranstaltungen in Schwechat, auf dem Semmering und in Stockerau, Tanzaufführungen in Vöslau, Feste in der Wachau, und zwar in Krems, Melk, Spitz, in Weißenkirchen, sowie ein Narzissenfest im Ybbstal.

Die günstigen Erfolge, die nach dem Urteil aller maßgebenden Kreise durch die ersten Festwochen erzielt worden waren und die sich vor allem in einer Verlängerung der sonst mit dem Derby anfangs Juni endenden Saison ihren Ausdruck fanden, bewog die Fremdenverkehrskommission, einerseits die Festwochen zu einer dauernden Institution zu erheben und jeweils auf die Zeit zwischen dem ersten und dritten Sonntag im Juni festzulegen, andererseits aber auch andere Aktionen vorzubereiten, die gleichfalls zur Belebung verkehrsschwacher Jahreszeiten beitragen sollten.

In diesem Zusammenhange wurde im Spätherbst 1927 die Aktion „Fasching in Wien—Wintersport in Niederösterreich" eingeleitet, in deren Rahmen sowohl Plakate als auch eigene Prospekte zur Ausschickung gelangten. Die Festwochen 1928, für deren Programm sich bereits eine größere Zahl von Veranstaltungen gemeldet hatte, als im vorhergehenden Jahre, fanden in der Zeit vom 3. bis 17. Juni statt. Besondere Bedeutung gewannen die Festwochen dieses Jahres durch die Erstaufführung der „Ägyptischen Helena" von Richard Strauß, die unter persönlicher Leitung des Komponisten stattfand und durch die internationale Rennwoche, bei der zum erstenmal der Große Preis von Österreich, in der Höhe von 125.000 Schilling, zur Austragung gelangte.

Das Jahr 1928 stand im Zeichen des hundertjährigen Todestages Franz Schuberts, dessen Andenken von der ganzen Welt gefeiert wurde und dessen große Gedächtnisfeiern den Blick der ganzen Welt auf Wien lenkten. Die Gemeinde Wien betraute die Fremdenverkehrskommission mit der Ausarbeitung des Programmes für die offizielle Schubert-Feier und überwies ihr hiefür den Betrag von 40.000 Schilling. Der hohen kulturellen Verantwortung bewußt, die ihr aus diesem Auftrag zuteil wurde, stellte die Fremdenverkehrskommission das Programm der offiziellen Schubert-Feierlichkeiten zusammen. Diese umfaßten Aufführungen Schubertscher Musik im Freien, Chorkonzerte, Tanzvorführungen, Konzerte in Schuberts Geburtshaus, Empfänge und andere Festlichkeiten jeder Art. Das Programm der Schubert-Feier wurde in einem künstlerisch ausgestatteten Heftchen zusammengefaßt und über die ganze Welt verstreut. Für Hängeplakate des Schubert-Jahres 1928 gelang es der Fremdenverkehrskommission, eine bisher unbekannte Porträtlithographie Schuberts von Kriehuber aufzufinden, die wegen ihrer Seltenheit berechtigte Aufmersamkeit erregte.

Von besonderem Interesse ist es nunmehr, festzustellen, inwieweit sich die genannten Aktionen der Fremdenverkehrskommission bisher ziffernmäßig ausgewirkt haben. Die Fremdenverkehrsstatistik bietet uns folgende Zahlen: die Gesamtzahl der in Wien in Hotels, Pensionen, Sanatorien und Privatquartieren gemeldeten Fremden in den für den Fremdenverkehr besonders wichtigen Monaten Jänner bis September ergibt:

Im Jahre	1908	420.810
„ „	1925	409.245
„ „	1926	412.978
„ „	1927	431.775

Da erfahrungsgemäß viele Fremde, besonders solche, die bei Verwandten oder Bekannten absteigen, nicht gemeldet werden, so ist die tatsächliche Fremdenziffer stets höher als die der gemeldeten Fremden, um so mehr als auch sehr viele Fremde überhaupt nicht in Wien übernachten und daher nicht gemeldet werden können.

Das Kontingent an Ausländern ist im Wiener Fremdenverkehr ein sehr hohes. Die bezüglichen Ziffern und den Rang, welchen Wien im internationalen Fremdenverkehr gegenüber anderen Fremdenverkehrszentren einnimmt, zeigt die nachstehende Aufstellung:

	1925	1926
Wien	367.648	351.071
Berlin	192.636	195.877
Dresden	38.671	41.127
Hamburg	74.891	82.244
Prag	64.204	61.316
Venedig	229.681	
Rom	164.067	
Florenz	107.034	
Genua	106.430	
Ganz England	334.857	329.703

Die Pariser Ziffern sind statistisch nur teilweise bekannt, so daß der Fremdenverkehr in Paris zum Vergleich nicht herangezogen werden kann. Jedenfalls ergibt sich aber aus dieser Aufstellung, daß Wien im europäischen Reiseverkehr bezüglich des Besuches aus dem Auslande an zweiter Stelle kommen dürfte.

Die Entwicklung des Besuches von Ausländern in Wien zeigt eine ständig ansteigende Kurve. Wenn auch eine genau vergleichende Statistik deshalb schwer aufgestellt werden kann, weil durch den Zerfall der früheren Monarchie die Grundlage hiefür schwankend geworden ist, so können doch diejenigen Ziffern zum Vergleiche herangezogen werden, welche das Altausland einschließlich Ungarn erfassen und den Zuzug aus der Tschechoslowakei unberücksichtigt lassen. Hiebei ist das frühere Galizien ebenfalls als Ausland gerechnet, was jedoch deshalb keine besondere Rolle spielt, weil insbesondere in den letzten Jahren der Zuzug an Fremden aus Galizien durch die seitens der polnischen Regierung eingeführten hohen Ausreisetaxen ohnehin sehr geringfügig geworden ist. Demnach beträgt die Zahl der ausländischen Fremden in Wien:

1908	202.930
1913	223.815
1926	262.439
1927	377.326

An dieser Steigerung hatten folgende Länder den hauptsächlichsten Anteil:

	1908	1925	1926	1927
Deutschland	43.165	64.348	77.564	89.350
Amerika	77.375	14.374	17.104	21.948
Schweiz	2.694	3.893	3.856	6.498

Man sieht daher, daß es der Tätigkeit der Fremdenverkehrskommission gelungen ist, dem Fremdenverkehr Wiens Impulse kräftigster Art zu vermitteln. Gegenüber dem Jahre 1925 — also der Zeit vor Gründung der Fremdenverkehrskommission — ergibt sich eine Steigerung der Fremdenverkehrsziffer aus Belgien um 36 Prozent, aus Dänemark um 88 Prozent, aus Griechenland um 30 Prozent und aus Schweden um 18 Prozent.

Im Jahre 1927 befanden sich Fremde aus folgenden Ländern in Wien:

Ägypten	697	Belgien	906
Afrika	179	Bulgarien	3.379
Albanien	362	Dänemark	1.550
Amerika	21.948	Deutschland	89.350
Asien	1.812	Frankreich	3.562
Australien	244	Griechenland	1.931

Großbritannien	8.665	Rumänien	20.032
Italien	7.578	Rußland und Randstaaten	3.637
Liechtenstein	31	Schweden	1.988
Luxemburg	61	Schweiz	6.498
Monakko	8	S. H. S.	20.205
Niederlande	3.221	Spanien	717
Norwegen	527	Tschechoslowakei	91.478
Palästina	434	Türkei	1.217
Polen	22.484	Ungarn	62.487
Portugal	134		

Namhafte Steigerungen der Fremdenverkehrsziffer hat die Fremdenverkehrskommission ferner bei folgenden Ländern zu erzielen vermocht:

	1913	1927		1913	1927
Bulgarien	2.577	3.379	Rumänien	8.678	20.032
Dänemark	596	1.550	Schweiz	2.767	6.498
Deutschland	45.595	89.350	Spanien	456	717
England	5.339	8.665	Asien	1.002	1.812
Griechenland	492	1.931	Afrika	599	876
Italien	4.143	7.578	Amerika	8.212	21.948
Niederlande	928	3.221	Australien	230	244
Schweden und Norwegen	715	2.422			

Gegenüber der Vorkriegszeit, in der das Reisen das Vorrecht einer zahlungskräftigen, aber zahlenmäßig beschränkten Schichte von Menschen in allen Ländern war, hat der Fremdenverkehr sich nicht unwesentlich verändert. Weite Kreise der Bevölkerung, die die Welt vor dem Kriege nur aus Vorträgen und Büchern kennenzulernen trachteten, denen aber ein Kennenlernen aus eigener Anschauung nicht möglich war, kommen heute als reisendes Publikum in Frage. Die Fremdenverkehrskommission hat diese Demokratisierung des Fremdenverkehrs erkannt und ihr bewußt die Demokratisierung der Fremdenverkehrswerbung gegenübergestellt, indem sie Wien als Reiseziel beim reisenden Publikum des Auslandes auf der breitesten Grundlage populär zu machen sucht. Diesen Zweck verfolgt vor allem die bereits im Jahre 1926 begonnene Aktion „Kongreßstadt Wien". Die Maßnahmen, welche zur Hereinbringung von Kongressen und Tagungen getroffen werden, sind sehr mannigfache. An fast vergessene Traditionen Wiens als Kongreßstadt anknüpfend, ist die Fremdenverkehrskommission bemüht, die internationale Veranstalterwelt planmäßig auf die Möglichkeiten, die Wien den wirtschaftlichen und kulturellen Kreisen für ihre Tagungen bietet, aufmerksam zu machen. Der Konstruktion der Fremdenverkehrskommission gemäß wird hiebei immer wieder darauf besonderer Wert gelegt, daß die in Wien tagenden Kongresse auch Ausflüge ihrer Teilnehmer nach Niederösterreich machen. An alle irgendwie in Betracht kommenden Kongreßleitungen im Auslande wird die Einladung der Fremdenverkehrskommission gerichtet, ihre nächste Tagung in Wien abzuhalten. Gleichzeitig macht sich die Fremdenverkehrskommission erbötig, den Veranstaltern bei der Zusammenstellung ihres Aufenthaltes zur Seite zu stehen, den Teilnehmern überall, wo dies möglich ist, Fahrpreis- und andere Ermäßigungen durchzusetzen und ihnen, wenn es sich um wichtige Veranstaltungen handelt, bei maßgebenden Behörden offizielle Empfänge zu vermitteln. Wiewohl der Erfolg dieser Einladungsschreiben, die — wie der Fremdenverkehrskommission mitgeteilt wird — auf den meisten Tagungen des Auslandes im Plenum verlesen werden, schon ein recht bedeutender ist, begnügt sich die Fremdenverkehrskommission nicht damit, sondern — wo die geeigneten Adressen in Erfahrung zu bringen sind — wendet sie sich auch an Persönlichkeiten, die als Delegierte Wiener Stellen zu den auswärtigen Kongressen reisen, und bittet sie, ihren Antrag noch ausführlich mündlich zu unterstützen. Tatsache ist, daß diese Propaganda im Verein mit den Reiseermäßigungen und sonstigen Begünstigungen, die den Teilnehmern an Kongressen gewährt werden, weite Schichten — insbesondere kommt hier Deutschland in Betracht — veranlaßt, nach Wien zu kommen, und daß Wien durch diese Kongresse ein zwar nicht immer besonders zahlungskräftiges, aber ein stets dankbares und zahlreiches Reisepublikum erhält, das, wenn es uns verläßt, für unsere Heimat immer wieder in seinen Kreisen wirksame Propaganda macht.

Die Bemühungen der Fremdenverkehrskommission erstrecken sich auch darauf, die Veranstalter der einzelnen Kongressen zu veranlassen, ihre Tagungen zu verschiedenen Zeiten abzuhalten, um so einen möglichst stabilen Belag der Hotelzimmer zu erreichen, und es ist daher das Bestreben der Fremdenverkehrskommission, gerade in Zeiten, in denen keine besonderen Veranstaltungen vorgesehen sind, außerhalb der Hauptreisesaison Kongresse durchzusetzen. Diese Bemühungen sind leider nicht immer von

dem gewünschten Erfolge begleitet, weil die Verfügungen, die die einzelnen Veranstalter treffen, naturgemäß von den verschiedensten Gesichtspunkten (Urlaubszeit der Kongreßteilnehmer, übliche Jahreszeit der Tagung) beeinflußt werden. So kam es auch, daß zum Beispiel im Jahre 1927, trotz diesbezüglicher Interventionen der Fremdenverkehrskommission, das Ende des Kongresses deutscher Bahnärzte mit dem Anfang der Tagung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereines zusammenfiel, was gewisse Schwierigkeiten ergab, die sich aber dann zur Zufriedenheit der Gäste beseitigen ließen.

Auch auf die Veranstaltung von Gesellschaftsreisen nimmt die Fremdenverkehrskommission weitgehenden Einfluß. Die Kreise, die an diesen Gesellschaftsreisen teilnehmen, sind mannigfacher Art. Vor allem übt Wien als Stadt der weltberühmten medizinischen Schule auf Ärzte aus den Bundesländern, den Nachfolgestaaten, dem Balkan, aus Deutschland, aus Amerika, aus Frankreich und Holland außerordentlich große Anziehungskraft aus. Daneben sind es vor allem Berufsreisen von Arbeitern und Angestellten, Lehrern aller Kategorien, Studenten und Schülern, die in Wien ihr Reiseziel sehen. Kommunalpolitiker, insbesondere Baufachleute aus der ganzen Welt kommen zum Studium der Wiener Gemeindearbeit. Kaufleute und Industrielle fahren gerne in Reisegesellschaften zur Wiener Messe. Dazu kommen Reisen ehemaliger Pflegeeltern Wiener Kinder, insbesondere solcher aus Dänemark und Holland. Bei der Organisation dieser Gesellschaftsreisen steht die Fremdenverkehrskommission den Veranstaltern mit Rat und Tat zur Seite. Der Pflege der Gesellschaftsreisen wird auch in Zukunft besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die Fremdenverkehrskommission beabsichtigt mit dem Austrian American Institute und dem Österreichisch-Deutschen Reise- und Verkehrsbureau in Berlin in enger Fühlungnahme zu arbeiten.

Auch die Förderung von Ausstellungen läßt sich die Fremdenverkehrskommission angelegen sein. Gemeinsam mit der Wiener Messe hat die Fremdenverkehrskommission im Jahre 1927 an der Propaganda für die große Ausstellung „Wien und die Wiener" und im Jahre 1928 für die beiden Ausstellungen „Frau und Kind" sowie für die Schubert-Zentenarausstellung der Stadt Wien gearbeitet.

Besonderes Augenmerk wird auch einer möglichst regen Verbindung mit allen Kreisen zugewendet, die sich im Auslande berufsmäßig mit dem Fremdenverkehr beschäftigen oder als Berater des reisenden Publikums in Frage kommen. Hier kann auf eine Reihe von sehr bemerkenswerten Erfolgen hingewiesen werden. In erster Linie sind es die Hoteldirektionskurse, die zu einer Keimzelle einer überaus aussichtsreichen Propagandamöglichkeit werden können. Die bloße Tatsache, daß Wien die Ausbildungsstätte derjenigen wurde, die berufen sind, große Hotels im Auslande zu leiten, eröffnet außerordentliche Perspektiven. Im Jahre 1927 fand ferner eine Tagung des Internationalen Hoteldirektorenverbandes statt, die sich an die Besuche der amerikanischen und englischen Hoteliers reihte. Ausländische Hotelangestellte, darunter insbesondere solche aus Ungarn, wurden nach Wien gebracht und es wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, über die Verhältnisse aus eigener Anschauung Auskünfte zu erteilen. Die Industrielle Bezirkskommission hat eine Reihe von Arbeitnehmern des Hotel- und Gastgewerbes umgeschult und ihre Unterbringung in Holland durchgesetzt. Die Fremdenverkehrskommission hat von diesen Hotelangestellten offiziell Abschied genommen und sie durch einen bekannten Wiener Hoteldirektor darauf aufmerksam machen lassen, daß jedes Gespräch im Auslande ihnen die Möglichkeit biete, wirkungsvolle mündliche Propagandaarbeit für Wien und seine Umgebung zu leisten und so versucht, auswandernde Wiener zu freiwilligen Pionieren der Fremdenverkehrswerbung zu machen. Zwei Kongresse waren es insbesondere, die im Herbst 1927 und Jänner 1928 in Wien stattfanden und in der Folge für die Entwicklung unseres Fremdenverkehrswesens die allergrößte Bedeutung gewinnen sollten. Der Fremdenverkehrskommission war es gelungen, sowohl den VIII. Kongreß der Internationalen Reisebureauvereinigung als auch die VII. Tagung der Vereinigung Deutscher Reisebureaus nach Wien zu bringen, wo sich Gelegenheit ergab, mit maßgebendsten Vertretern des ausländischen Fremdenverkehrswesens innigen Kontakt zu nehmen und ihnen in der kurzen Zeit ihres Aufenthaltes einen so angenehmen Eindruck von Wien zu vermitteln, daß sie in Zukunft sicher zu den eifrigsten Werbern für Wien gehören werden.

Die Fremdenverkehrskommission bemüht sich jedoch nicht allein, ihre Tätigkeit auf einer möglichst weiten Grundlage aufzubauen; sie ist bestrebt, ihre Arbeit auch nach gewissen Richtungen hin zu vertiefen, indem sie sich an einzelne ganz prominente Vertreter des Kultur- und Wirtschaftslebens fremder Nationen wendet, um sie über ihre während ihres allfälligen Wiener Aufenthaltes gewonnenen Eindrücke zu befragen und ihre Urteile teils in der Wiener Presse, teils in der ihres eigenen Landes zu veröffentlichen. Die Persönlichkeiten, die solcherart als kulturell höchststehende Werber für Wien gewonnen wurden, sind unter anderen: Von Dichtern: Heinrich Mann, Claude Anet, Maurice Dekobra, Rabindranath Tagore und Anita Loos; von Musikern: Bronislaw Hubermann, Fritz Kreisler, Feodor Schaljapin und Mattia Batistini; Bühne und Film: Henny Porten, Ernst Lubitsch, Emma Grammatica und Josephine Baker; Sport: der Weltschwimmeister Arne Borg, der Läufer Paovo Nurmi und die Flieger Chamberlin, Roderick Carr und Eric Dearth; Politik und Wirtschaft: Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, Justizminister Dr. Simons, E. Filene, der amerikanische Brückenkönig Gustav Lindenthal, der Bürgermeister von Philadelphia Freeland W. Kendrick, Herbert N. Casson, der ägyptische Premierminister Achmed Ihsan Pascha und viele andere.

Im Zuge jener Propagandaaktionen, die auf Grund der einmal erkannten Demokratisierung des Fremdenverkehrs eingeleitet wurden, hat die Fremdenverkehrskommission im Jahre 1927 einen Weg beschritten, der für die künftige Fremdenverkehrswerbung nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Ländern von prinzipieller Bedeutung werden sollte: Die Fremdenverkehrswerbung wurde auf die breiteste Grundlage, die überhaupt noch möglich ist, gestellt, da die gesamte Wiener Bevölkerung von der Fremdenverkehrskommission aufgerufen wurde, ihre auswärtigen Verwandten, Freunde und Bekannten — aus Anlaß der damals bevorstehenden Festwochen — auf Wien und seine Umgebung aufmerksam zu machen. Der Aufruf, mit dem sich die Fremdenverkehrskommission damals an die Bevölkerung wandte, wurde in 45.000 Wiener Häusern plakatiert und lautete folgendermaßen:

Wiener und Wienerinnen!

Zum erstenmal ergeht an die Bevölkerung einer Großstadt der Aufruf, ihre persönlichen Beziehungen in den Dienst der Werbung für die Heimat zu stellen.

Durch wachsenden Fremdenverkehr werden der heimischen Volkswirtschaft neue und in Zeiten bedrängter wirtschaftlicher Verhältnisse besonders bedeutungsvolle Mittel zugeführt. Darum muß jeder daran mitarbeiten, daß unser Wien, schon heute eine Messe- und Kongreßstadt von internationaler Geltung, und Wiens schöne Umgebung in steigendem Maße von Fremden aufgesucht werden. Zu Ehren der Fremden werden

Festwochen in Wien und Niederösterreich
vom 5. bis 19. Juni 1927

abgehalten.

Jede Wienerin und jeder Wiener haben in den Bundesländern oder im Auslande Verwandte, Freunde oder Bekannte. Wiener Kinder haben in der Nachkriegszeit im Auslande geweilt und dort Freundschaft geschlossen. Arbeiter und Angestellte wissen in der Fremde Mitschüler von einst oder Berufskollegen. Kaufmannschaft, Gewerbe und Industrie pflegen vielfache Beziehungen zu auswärtigen Geschäftsfreunden. Die Angehörigen der anderen Berufe stehen ebenfalls mit vielen auswärtigen Freunden in Verbindung.

Jeder fordere mindestens einen Fremden auf, zu uns zu kommen!

Das In- und Ausland nimmt schon jetzt lebhaften Anteil an den Vorarbeiten für die Festwochen: auch Ihre Freunde erwarten bestimmt, von Ihnen nochmals auf die Festwochen und damit auf Wien und seine Umgebung aufmerksam gemacht zu werden!

Es ist nicht beabsichtigt, daß die auswärtigen Besucher von ihren Freunden verpflegt oder beherbergt werden: sie sollen lediglich aufgefordert werden, zur Zeit der Festwochen, für deren Besucher besondere Fahrpreisermäßigungen gelten, nach Wien und Niederösterreich zu kommen, wo ihnen Hotels, Gasthöfe und Pensionen in allen Preislagen zur Verfügung stehen. Ihr Hausbesorger wird Ihnen kostenlos Werbebriefe zur Versendung an Ihre auswärtigen Freunde ausfolgen. Möge die tausendfältige Einladung, die jetzt an die Freunde in aller Welt gerichtet wird, zum vollen Erfolge der Festwochen beitragen!

Fremdenverkehrskommission
der Bundesländer Wien und Niederösterreich
Wien, VII., Messepalast

Der Erfolg dieser Aktion war ein so guter, daß die Aktion im Jahre 1928 mit einigen Abänderungen wiederholt wurde. Der Versuch war gelungen: Zum erstenmal waren die persönlichen Beziehungen des Einzelnen zum Einzelnen jene Fäden persönlichster Art, die bisher der Allgemeinheit nur in verschwindend geringem Umfange nutzbar gemacht worden waren, planmäßig und mit Erfolg in den Dienst des Fremdenverkehrs gestellt worden.

Es wurden eine Million Werbebriefe herausgegeben, die im Jahre 1927 durch 1400 Angehörige des Wiener Pfadfinderkorps in 45.000 Wiener Häusern verteilt wurden, im Jahre 1928 durch den Reichsverband der Trafikantenvereine Österreichs in 2200 Tabaktrafiken unentgeltlich verschleißt wurden. Diese Werbebriefe haben ihren Weg ins Ausland gefunden. Man war dort der Ansicht, daß der Gedanke, die Bevölkerung einer Stadt in den Dienst der Fremdenwerbung zu stellen, von so prinzipieller Bedeutung ist, daß heute bereits andere Städte ähnliche Wege einschlagen. Der Verband Deutscher Reklamefachleute in Berlin schreibt hierüber in seinem Organ: „Wie geschickt wurden hier die Bewohner Wiens in den Dienst der Werbung gestellt. Es ist ein allgemeines Schreiben und doch ein persönliches. Die Unterschrift der Bekannten aus Wien ist letzten Endes auch unter den gedruckten Text gesetzt; die Versicherung, daß man in Wien an den Empfänger denkt, ihn gerne dort wieder einmal sehen würde, gewinnt an Eindruck,

schafft Überzeugungskraft. Die persönlichen Mitteilungen verschaffen dem Werbeschreiben an und für sich schon starke Beachtung. Ein allgemeiner Werbebrief hätte dies nie vermocht, die geschickte Vereinigung mit einer Mitteilung von lieben Bekannten erregt Aufmerksamkeit und Interesse. So scheint hier ein recht interessanter Versuch vorzuliegen, die Bewohner einer Stadt zu Helfern der Verkehrswerbung zu machen."

Für die Wiener Bevölkerung ist weiter eine Broschüre „Was zeige ich meinem Gaste" bestimmt. Es wird hier zum erstenmal der Versuch unternommen, eine Anleitung zur Führung von Besuchern aus dem Auslande zu bringen, die sich der Eigenart der Wünsche des einzelnen anpaßt und die Auswahl aus der Fülle des Sehenswerten trifft, daß der Fremde gleichsam ein Gebiet vorfindet, das ihm durch Herkunft, Berufszugehörigkeit und Bildungssphäre bereits vorgezeichnet ist. Der Fremde sucht auf der Reise vor allem das Ungewohnte, das ihn die Enge seines Alltags vergessen läßt. Wollen wir daher unserem auswärtigen Freund Wien in einer Weise zeigen, die auf ihn einen starken Eindruck macht, so müssen wir ihm Dinge vorführen, die bei uns schöner sind als in seiner Heimat. Ist unser Gast zum Beispiel ein Berliner, so wird ihm die Schönheit des Wiener Waldes und der Berge um Wien bestimmt sehr gut gefallen; kommt unser Gast aus der tschechischen oder ungarischen Provinz, so wird unser Großstadtverkehr, der auf den Berliner kaum einen Eindruck machen wird, zu einem Requisit von größter Wirkung; und die Amerikaner wieder werden sich vor allem für alle Dinge interessieren, die irgendwie mit der Geschichte Wiens zusammenhängen. Neben dem Kontrast ist es aber auch bisweilen die Verwandtschaft mit seiner Heimat, die dem Fremden wohltut: den Pariser interessieren in Wien bestimmt die Napoleon- und Reichstadt-Erinnerungen. Auch eine Gliederung nach Beruf und Bildungskreis wird man vornehmen müssen. Man wird manchem Kaufmann, der nach Wien kommt, vielfach kein Interesse für eine Kupferstichsammlung abgewinnen, dafür aber den ausländischen Kunsthistoriker wahrscheinlich kaum zum Verständnis der Wiener Messe zwingen können. Darum wird diese Broschüre darauf abzielen, daß doch in Hinkunft eine gewisse Differenzierung der Fremden nach ihren Interessenkreisen eintritt, und darüber hinaus, daß das tiefergehende Interesse, das sich vielleicht in einzelnen Fällen zu einem ernsten Studium ausbauen läßt, praktisch eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer des Fremden bewirkt.

Die großen Erfolge, die die Fremdenverkehrskommission in ihrer bisherigen Tätigkeit zu verzeichnen hat, haben in anderen Städten lebhafte Aufmerksamkeit erregt. Da die Fremdenverkehrskommission in ihren Propagandamethoden vielfach völlig neue Wege geht, ist es nicht zu verwundern, daß diese Methoden auch bereits vielfach Nachahmung finden.

Das Fremdenverkehrsprogramm der Stadt Berlin läßt sich auf Grund folgenden Schemas auf das Vorbild der Wiener Fremdenverkehrskommission zurückleiten.

Berlin:	*Wien:*
Am 1. Juli 1927 hat die Fremdenwerbung für Berlin die Berliner Messe übernommen.	Im Februar 1926 haben die beiden Bundesländer Wien und Niederösterreich beschlossen, die Geschäftsführung der zu errichtenden Fremdenverkehrskommission der Wiener Messe anzuvertrauen.
Im Jahr 1928 wurden zum erstenmal Festwochen („Berliner Mai") veranstaltet, um eine Verlängerung der Saison herbeizuführen.	Die ersten Festwochen in Wien haben im Juni 1927 stattgefunden und dem allgemeinen Urteil nach die Wiener Saison wirksam verlängert.
Berlin hat im Jahre 1928 einen „Werbezug" unter der Devise „Jeder Deutsche einmal in Berlin" eingeleitet.	Die Wiener Aktion „Jeder Wiener ladet einen Fremden ein" hat einen durchschlagenden Erfolg gezeitigt.
Berlin sieht „Berufswochen" und „Berufstage" unter Heranziehung wichtiger Kongresse und Tagungen vor.	In Wien wird die Aktion „Kongreßstadt Wien" seit dem Jahre 1927 mit großem Erfolge durchgeführt.
Ausstellung „Das neue Berlin".	Ausstellung „Wien und die Wiener" 1927 und Städtewerk „Das neue Wien".

Wie sehr die Verbesserung der in Wien dem Fremdenverkehr dienenden Einrichtungen Hand in Hand mit den großzügigen Werbemaßnahmen geht, beweist der Umstand, daß auf Grund des Gesetzes vom 1. April 1927, L. G. Bl. für Wien Nr. 22 (Investitionsbegünstigungsgesetz), den Eigentümern von Hotels, Pensionen, Sanatorien und Pensionaten freigestellt wurde, eine Steuerermäßigung unter folgenden Voraussetzungen und in folgendem Umfang in Anspruch zu nehmen: eine 40prozentige Ermäßigung

von der Fremdenzimmerabgabe für das laufende Jahr, soferne sich der betreffende Betrieb verpflichtet, für die Jahre 1927, 1928 und 1929 je 80 Prozent, also insgesamt 240 Prozent des Fremdenzimmerabgabebetrages vom Jahre 1926 für Investitionen anzulegen; einen Nachlaß von 50 Prozent der erwähnten Steuerkatagorie, soferne sich die betreffenden Betriebe verpflichten, einen Betrag in der Höhe von 250 Prozent des Fremdenzimmerabgabebetrages vom Jahre 1926 bis 31. Dezember 1928 für Investitionen auszuwerfen.

Der Erfolg des Investitionsbegünstigungsgesetzes stellt sich per Ende 1927 folgendermaßen dar:

Von dem Investitionsbegünstigungsgesetz wurde von seiten der Wiener Gastgewerbebetriebe in nachstehendem Umfange Gebrauch gemacht: von derzeit betriebenen 224 Hotels: 127, 108 Pensionen: 72, 11 Sanatorien: 10, 42 Pensionaten: 7.

Den 40prozentigen Nachlaß haben 48 Betriebe in Anspruch genommen, und zwar: 25 Hotels, 18 Pensionen, 3 Sanatorien, 1 Pensionat.

Den 50prozentigen Nachlaß haben 169 Betriebe in Anspruch genommen, und zwar: 102 Hotels, 54 Pensionen, 7 Sanatorien und 6 Pensionate.

Die Investitionsverpflichtung für Betriebe mit 50prozentigem Nachlaß beträgt 7,497.429 Schilling, während die Betriebe mit 40prozentigem Nachlaß per 1927, 1928 und 1929 je 386.432 Schilling zu investieren haben. Die bisher eingereichten Kostenvoranschläge überschreiten die Summe, und zwar mit 12,115.612 Schilling statt 7,883.861 Schilling. Hievon entfallen auf 50prozentige Steuernachlässe: 11,345.939 Schilling und auf 40prozentige Steuernachlässe 769.673 Schilling. Es wurden auch außerhalb des im Rahmen des Gesetzes vorgesehenen Investitionsprogrammes verschiedentliche Investitionen getätigt, deren Umfang der Magistratsabteilung 5 nicht zur Einsichtnahme vorliegt.

Die bis Ende 1927 liquidierten Investitionsbeträge verteilen sich auf die folgenden Gewerbekategorien:

Installationen 3,866.108 Schilling, Baugewerbe 2,536.084 Schilling, Teppiche 1,214.115 Schilling, Möbel 1,017.916 Schilling, Textilien 813.507 Schilling, Anstreicherarbeiten 530.066 Schilling, Malerarbeiten 266.922 Schilling, Tapeziererarbeiten 237.336 Schilling, Tischler 214.832 Schilling, Kücheneinrichtungen 118.684 Schilling, Glas- und Porzellanwaren 106.171 Schilling, Schlosserarbeiten 65.191 Schilling, Spenglerarbeiten 60.903 Schilling, Dachdeckerarbeiten 52.598 Schilling, Zimmermeister 33.502 Schilling, Glaser 20.942 Schilling.

DARSTELLUNGEN
WIRTSCHAFTLICHER UNTERNEHMUNGEN

BAND IV

Für den Inhalt des folgenden Monographienteiles übernimmt das Redaktionskomitee keine Verantwortung.
(Entgeltliche Einschaltungen.)

Statzendorfer Kohlenwerk A.-G.

„Zieglerschächte"

Wien

Von St. Pölten bis zur Donau in der Richtung Krems und über diese hinaus, in einer Breite von 12 km, erstreckt sich das mächtige, zirka 360 km² umfassende Lager der Statzendorfer Glanzkohle. Der Inhalt dieses Kohlenlagers wird in geologischen Gutachten übereinstimmend auf zirka



Julius-Schacht

500 Millionen Meterzentner geschätzt, welche Menge durch rund 600 Bohrungen sichergestellt ist. Angesichts der sehr günstigen geographischen Lage der Statzendorfer Gruben zum Industriezentrum Wien einerseits und den Industriebezirken St. Pölten, Wiener-Neustadt, Linz andererseits, erscheint dieses ausgedehnte Kohlenfeld um so bedeutungsvoller für die heimische Wirtschaft, als bekanntermaßen zirka zwei Drittel des Kohlenverbrauches Österreichs durch Auslandsbezug gedeckt werden. Die Qualität der Statzendorfer Glanzkohle ist eine vorzügliche. Bei einem Heizwert von 5000 bis 5200 Kalorien hat sie auch hervorragende chemische Eigenschaften, die eine Verwertung zur Öl- und Benzingewinnung besonders begünstigen. Die Ablagerung der Kohle ist eine sehr vorteilhafte, so daß die Gewinnung derselben leicht und nicht kostspielig ist.

Schon zu Zeiten Kaiser Josefs II. wurde in Thallern auf dem heutigen Freischurfgebiet der Gesellschaft ein Bergbau betrieben, dessen Strecken bis unter die Donau reichten. Die Kohle wurde damals auf dem Donauwege nach Wien gebracht und war ein sehr gesuchter Artikel. In der



Separation mit Seilbahnendstation

Zwischenzeit sind noch verschiedene Versuche gemacht worden, diesen wertvollen Kohlenschatz zu heben, doch sind fast alle Unternehmungen aus dem Grunde zum Erliegen gekommen, weil sie nicht mit den nötigen technischen Behelfen ausgerüstet waren. So haben beispielsweise in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts belgische Gewerken den Versuch gemacht, einen Bergbau zu errichten, haben auch tatsächlich einen Schacht niedergebracht, der aber fast unmittelbar nach Anfahren der Kohle ersoffen ist.

Die jetzige Gesellschaft hat heute vier Schächte in Betrieb, die eine Tagesförderung von zirka 600 Tonnen geben. Angesichts des gewaltigen, wertvollen Kohlenvermögens ist die Statzendorfer in erster Linie dazu berufen, durch Ausbau ihrer Werke und entsprechende Steigerung der Produktion für den Inlandsbedarf zu sorgen, wozu ihr nebst der vorzüglichen Kohle auch der große Frachtvorsprung gegenüber den ausländischen und allen inländischen Bergbauen zugute kommt. Dieser Frachtvorsprung wird noch ganz wesentlich vergrößert werden, wenn sich die Gesellschaft die unmittelbare Nähe der Wasserstraße Donau (8 km Luftlinie) für die Verschiffung der Kohle zunutze machen wird.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist auch die einsichtsvolle Haltung der Gemeinde Wien von Bedeutung, die der Statzendorfer Kohle in ihren Elektrizitätswerken in weitem Maße Eingang verschafft hat. Es ist zu hoffen, daß auch die anderen großen Abnehmer des Landes, diesem Vorbilde folgend, zur Deckung ihres Kohlenbedarfes in erster Linie Inlandskohle heranziehen werden. Es wäre dies ein gewaltiger Vorteil für die heimische Volkswirtschaft.



Julius-Schacht mit Seilbahnanfangsstation

Grünbacher Steinkohlenwerke A.-G.

Grünbach am Schneeberg, Niederösterreich



Der moderne Schacht Klaus

Die Ausbeutung dieses einzigen maßgeblichen Steinkohlenvorkommens im heutigen Österreich wurde im Jahre 1827 begonnen und kann somit dieser Bergbau bereits auf einen 100jährigen Bestand zurückblicken. Das Grünbacher Steinkohlenvorkommen gehört der Kreideformation an. Die Ablagerung hat die Form einer Mulde, deren Hauptflügel im Norden und Süden ziemlich steil aufgestellt sind. Im Bau befinden sich acht Kohlenflöze, welche eine Mächtigkeit von 0·4 bis 1·20 m haben.

Der Brennwert der Kohle schwankt zwischen 5900 und 7200 Kalorien. Bei den Kohlensorten mit niedrigerem Brennwert ist dieser durch höheren Aschengehalt bedingt, der von der unvermeidlichen Beimengung von taubem Gestein herrührt. Die Kohle ist in den Grobsorten (über 30 mm) eine ausgezeichnete Hausbrandkohle, in den Feinsorten eine sehr gute Kesselkohle. Die Nußkohle ist als Kesselkohle für sämtliche Rostsysteme verwendbar, die Erbskohle kann mit Vorteil auf allen mechanisch betriebenen Rosten, die Staubkohle auf Pluto-Stocker oder Kaskadenrosten sowie in modernen Staubkohlenfeuerungsanlagen verwendet werden. Für letztere Feuerungsart hat die Grünbacher Kohle gegenüber jeder anderen Kohle infolge des geringen Aschengehaltes und der leichten Mahlbarkeit und schließlich deshalb den Vorzug, weil sich wegen des niedrigen Feuchtigkeitsgehaltes ein Vortrocknen erübrigt.

Die Kohle ist infolge ihres großen Gehaltes an flüchtigen Bestandteilen (33 Prozent) leicht verbrennlich und können auch bei älteren Rostanlagen große Leistungseffekte ökonomisch erreicht werden. Der große Gasgehalt der Kohle sowie die Eigenschaft derselben, daß sie sich nicht kokt, gewährleisten eine rasche und vollständige Ausnützung der Brennstoffe in der Feuerung.

Die Grünbacher Steinkohlenwerke A.-G. hat in den vergangenen Jahren ihre gesamten Anlagen durch umfangreiche Neubauten vollkommen modernisiert. Besonders sei auf die seit Herbst 1925 in Betrieb stehende, den neuesten Errungenschaften der Technik entsprechende Separationsanlage verwiesen, durch welche die geförderte Kohle automatisch in die Sorten Staub 0 bis 5, Erbs 6 bis 15, Nuß 16 bis 30, Würfel 31 bis 60 und Stück über 60 mm gesondert wird. Die Förderung bewegt sich derzeit zwischen 650 und 700 t werkstäglich und wird getrachtet, im Laufe der kommenden Jahre eine weitere Steigerung durchzuführen.

Bei Verwendung von Grünbacher Steinkohle ist eine Änderung von Rost und Feuerungsanlagen bei den meisten Industrien nicht notwendig und es scheint lediglich der gute Wille und die richtige Erkenntnis des Wertes dieser Kohle für unsere gesamte Volkswirtschaft zu fehlen, wenn die Auslandskohle noch immer unserer einheimischen Kohle vorgezogen wird.

Die Gemeinde Wien, als Großerzeugerin elektrischer Energie, ist als Verbraucher von inländischer Kohle eine vorbildliche Förderin des österreichischen Bergbaues. Durch die Neuerrichtung der Kesselanlagen für das Kraftwerk Wien-Erdbergerlände, die mit Staubkohlen-Feuerungen ausgestattet werden, findet das Steinkohlenwerk Grünbach eine weitere bedeutende Förderung durch den Absatz an Staubkohle. Die Grünbacher Steinkohlenwerke A.-G. beschäftigt derzeit 70 Beamte und Angestellte und 870 Arbeiter.

Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft

Zweigniederlassung Bergwerksdirektion Hindenburg

Die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft ist die Eigentümerin der vom Preußischen Staate früher betriebenen Hütten und Bergwerke, mit Ausnahme der in Rheinland-Westfalen betriebenen Steinkohlenzechen, die der Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen übereignet sind.

Die Zweigniederlassung Bergwerksdirektion Hindenburg betreibt die Steinkohlenbergwerke Königin Luise, Delbrück und Guido, die Koksanstalt Delbrückschächte, die Sandgewinnung in Preschlebie mit Sandtransportbahn für die Zwecke des Spülversatzes der Steinkohlenbergwerke sowie eine Kalksandsteinfabrik.

Die Förderung dieser Steinkohlenbergwerke hat im Jahre 1926 3,700.000 Tonnen betragen, die gesamten Grubenfelder haben eine Größe von 18,600.000 Quadratmeter, die Gesamtbelegschaft betrug Ende 1926 12.394 Köpfe.

Die Königin-Luise-Grube besitzt 14 Schächte, von denen 7 Schächte der Förderung, die übrigen der Seilfahrt, Wetterführung oder dem Materialtransport dienen.

Die Delbrückschächte und Guido-Grube, die unter Tage miteinander verbunden sind und eine Betriebsgemeinschaft bilden, haben 5 Schächte, und zwar 3 Förder- und 2 Wetterschächte.

Die Koksanstalt Delbrückschächte besteht aus 4 Koksofenbatterien mit insgesamt 132 Öfen für eine Jahreserzeugung von etwa 200.000 Tonnen Koks, nebst den erforderlichen Anlagen zur Nebenproduktengewinnung.

Die Sandtransportbahn mit ihrer Sandgewinnung in Preschlebie bringt auf einer 16·8 Kilometer langen Strecke den für die Zwecke des Versatzes erforderlichen Spülsand bis zu den Einspülschächten der Königin-Luise-Grube; die Strecke wird gegenwärtig verlängert, um künftig auch den Sandbedarf der Delbrückschächte und Guido-Grube aus dem Sandlager in Preschlebie zu decken. Die Sandgewinnung hat im Jahre 1926 etwa 745.000 Kubikmeter betragen.

Die Kalksandsteinfabrik, die gegenwärtig durch Aufstellung neuer Pressen und Kessel auf eine Leistungsfähigkeit von 10,000.000 Steinen pro Jahr erweitert wird, dient hauptsächlich dem Eigenbedarf; ein Verkauf an Dritte findet nur in geringem Umfange statt.

Der Vertrieb von Kohle, Koks und Nebenprodukten obliegt dem Verkaufsbureau der Oberschlesischen Staatsgruben G. m. b. H. in Hindenburg, deren

Generalvertreter

für die Länder der ehemaligen Donau-Monarchie die

Hermann Winter Kohlenhandels-Aktiengesellschaft in Wien, I., Habsburgergasse 2

ist; diese Firma beliefert unter anderen in großem Umfange die Betriebe der Gemeinde Wien und die österreichischen Bundesbetriebe.

Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft

Die Stadt Wien spielt infolge ihrer stetig ansteigenden Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnbau- und Verkehrswesens als Auftraggeberin der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft, die ihr Schienen, Weichen und Tragfedern für die Stadt- und Straßenbahnen, Betoneisen für Wohnbauten und Kohle für ihre kalorischen Kraftwerke usw. liefert, eine erhebliche Rolle.

Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft ist als Urerzeuger von Erz und Kohle und als Schwereisenindustrie das größte Industrieunternehmen Österreichs.

Die Gesellschaft verfügt über eines der bedeutendsten Eisensteinvorkommen der Welt, über den steirischen Erzberg, dessen Erzführung stellenweise eine Mächtigkeit bis zu 200 Meter erreicht und ein Erzvermögen von mindestens 250 Millionen Tonnen aufweist. Der Eisenerzer Spat ist wegen seines günstigen Mangan- und geringen Kieselsäuregehaltes besonders geschätzt.

Die Gesellschaft besitzt weiters im Kärntner Erzberg ein Vorkommen, dessen Spat- und Brauneisensteine durch hohen Eisengehalt und hervorragende Güte ausgezeichnet sind. Das Erzvermögen der Hüttenberger Lagerstätte kann nach dem heutigen Stande der Aufschlußarbeiten mit fünf Millionen Tonnen bewertet werden.

Mit diesen beiden Erzbergbauen bringt die Alpine Montangesellschaft bei einer Jahreserzgewinnung von 1,087.859 Tonnen Roherz im Jahre 1926 mehr als 99 Prozent der Roherzerzeugung Österreichs auf. Die Erze des steirischen und kärntnerischen Erzberges werden zum größten Teil in den gesellschaftlichen Hochofenanlagen in Donawitz und Eisenerz verhüttet; es gehen aber auch nicht unbedeutende Mengen von Alpinen Erzen als Roh- oder Rösterze ins Ausland, zum Beispiel nach Deutschland, der Tschechoslowakei, Polen usw.

An die genannten Hochofenbetriebe Donawitz und Eisenerz gliedern sich eine Reihe von Hüttenwerken der Gesellschaft an, die alle Stufen der Verarbeitung vom Roheisen bis zur fertigen Walzware umfassen. Die Roheisenerzeugung Österreichs, die sich im Jahre 1926 auf 331.635 Tonnen belief, wurde von der Alpinen Montangesellschaft mit 330.666 Tonnen Erzeugung fast zur Gänze aufgebracht.

Die Gesellschaft nimmt aber auch in der Kohlenerzeugung Österreichs den ersten Platz ein. Sie förderte im Jahre 1926 aus ihren Gruben Fohnsdorf, Köflach-Karlschacht und Seegraben 903.065 Tonnen Kohle, das sind 34 Prozent der gesamten Kohlenförderung Österreichs. Die Alpine Montangesellschaft bringt damit nicht nur die für ihre eigenen Industrieanlagen notwendige Betriebskohle auf, sondern ist imstande, namhafte Mengen Kohle an fremde Verbraucher abzugeben.

Die Bergbaue Fohnsdorf und Seegraben fördern sogenannte „Glanzkohlen", eine durch „tektonische Veredelung" der Steinkohle ähnelnde schwarzglänzende Braunkohle, die die deutsche

Durchschnittsbraunkohle an Heizwert fast um das Doppelte übertrifft und über 5000 Wärmeeinheiten aufweist. Sie stellt für die Zwecke der Industrie und des Hausbedarfes einen vollwertigen Ersatz der Steinkohle dar.

Der gesellschaftliche Bergbau Köflach-Karlschacht fördert eine der besten Braunkohlen des mittelsteirischen Braunkohlenrevieres, die in ihrem Heizwerte (3400 Wärmeeinheiten) der Güte einer deutschen Durchschnittsbraunkohle nicht nachsteht. Durch ein von Professor Dr. Fleißner, Leoben, ermitteltes Dampftrocknungsverfahren wird der Großteil der geförderten Kohle der „Veredlung" zugeführt und dadurch ein hochwertiges Veredlungsprodukt von etwa 5000 Wärmeeinheiten, geringem Wassergehalte und sechs Prozent Asche erhalten.

Die Dampftrocknungsanlage in Köflach-Karlschacht arbeitet mit einer Jahresleistung von 150.000 Tonnen Trockenkohle, die infolge ihrer Formbeständigkeit, hohen Reaktionsfähigkeit sowie ihrer Aschen- und Schwefelarmut sich ganz vorzüglich als Generatorkohle eignet, aber auch zur Erzeugung von Doppelgas für Gasfabriken nach den Versuchen Professor Dr. Straches, Wien, vortrefflich verwendbar ist. Köflacher Trockenkohle findet bereits guten Absatz, da sie sich auch als Kesselkohle in industriellen Betrieben, zum Beispiel Elektrizitätswerken, Papierfabriken usw., und für Lokomotivfeuerungen vorzüglich bewährt. Die Gesellschaft gewinnt den für ihre Ofenbetriebe notwendigen Quarz und Magnesit in ihren Bergbauen Krieglach und Wald.

In der Energie- und Wärmewirtschaft hat die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet. Durch die Verbindung der Gaskraftwerke Donawitz und Eisenerz mit der kalorischen Kraftanlage in Fohnsdorf mittels einer Hochspannungsfernleitung von 35.000 kVA, die als einheitliche Werksammelschiene auf 60 Kilometer ausgebaut ist, wurde die gegenseitige Stromaushilfe der Alpinen Werke sichergestellt.

Eine Umwälzung in der Technik der Erzröstung brachte das Apold-Fleißner-Luftröstverfahren. Es wurden in den Werken Donawitz, Eisenerz und Hüttenberg Ofeneinheiten für dieses neue Erzröstverfahren gebaut, die bei einem bedeutend geringeren Kohlenverbrauche (28 bis 30 Prozent des Brennstoffaufwandes der Schachtröstöfen) das Dreißig- bis Fünfunddreißigfache der alten Schachtofeneinheiten durchsetzen.

Auf dem Wege der Rationalisierung ihrer Werke hat die Alpine Montangesellschaft die Herstellung der bisher im Hüttenwerk Neuberg in Steiermark erzeugten Stähle nach Donawitz verlegt, wo eine allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechende Elektrostahlanlage in erweitertem Ausmaße die Sonderstahlerzeugung betreiben soll. Ein Umbau der Walzwerksanlagen in Donawitz ist im Zuge.

Die Generaldirektion der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft befindet sich in Wien, I., Friedrichstraße 4.

Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft vormals

Louis Müller's Sohn, Fritz Müller

Wien, XIII., Gurkgasse 18—22

Unser Unternehmen, welches im Jahre 1860 mit einem Arbeiterstand von wenigen Leuten als Gießerei und Schlosserei gegründet wurde, hat dank zielbewußter Führung in den vielen Jahrzehnten seines Bestandes die heutige Höhe erreicht und beschäftigt zirka 300 Personen.

Wir sind seit Bestehen unseres Hauses unserem ursprünglichen Fache treu geblieben, ohne dabei zu vergessen, mit den Fortschritten der Technik entsprechenden Schritt zu halten.

Die Fabrikation in früheren Jahrzehnten war auf die Belieferung der mit Pferden betriebenen Fahrmittel hinsichtlich deren Bedarf an Beschlägen gerichtet. Unsere heutige Fabrik zerfällt in zwei Betriebsabteilungen. Einerseits in eine Fabrik zur Herstellung von Waggonbeschlägen, andererseits in eine Gießerei. Wir erzeugen heute in unserer Gießerei, welche eine Schwer- und eine Leichtmetallgießerei umfaßt, Automobilguß, Armaturen und den Gußbedarf für Maschinenfabriken und Elektrizitätsfirmen.

Die wiederholt vorgenommenen baulichen Erweiterungen unserer Gießereianlagen und die fortschreitende Modernisierung des Betriebes durch Einstellung der hochwertigsten Arbeitsmaschinen versetzen uns heute in die Lage, den weitestgehenden Ansprüchen, welche an Gußprodukte gestellt werden, vollkommen gerecht zu werden.

Wir haben in richtiger Erkenntnis des Bedarfes wertvolle ausländische Patente auf dem Gebiete der Leichtmetall-Legierungen im Lizenzwege erworben, wobei wir in erster Linie auf das in technischen Kreisen bereits bestens bekannte Silumin hinweisen.

Wir zählen in unserer Gießerei die prominentesten Firmen der Automobilindustrie Österreichs sowie des Waggonbaues, der Maschinen- und Elektroindustrie zu unseren Kunden und fügen zur Illustrierung der Leistungsfähigkeit hinzu, daß wir allein im Jahre 1927 für rund 1500 Automobile den gesamten Leicht- und Schwermetallguß hergestellt haben.

Unsere Gießerei weist einen dauernden Arbeiterstand von 150 Mann auf.

Wir betreiben parallel mit der vorgeschilderten Metallgießerei auch eine Fabrik zur Herstellung von Beschlagteilen für Eisenbahnwaggons, Straßenbahnwagen, Omnibusse und Schiffe. Dieses Spezialgebiet unserer Fabrikation umfaßt die Herstellung sämtlicher für die Zwecke der vorstehend genannten Fahrmittel erforderlichen Metallteile auf dem Gebiete der Beschläge, Fenster, der Heizungstechnik und der Hygiene. Diese Betriebsabteilung, in der wir dauernd einen Arbeiterstand von zirka 150 Mann beschäftigen, versetzt uns in die Lage, unsere anerkannten Qualitätsprodukte nicht nur im größten Umfange im Inland abzusetzen, sondern auch das Ausland ständig zu beliefern. Es ist uns gelungen, trotz schwerster Konkurrenz Exportgeschäfte größten Umfanges in das ferne Ausland zu tätigen.

Im folgenden wollen wir das Inlandgeschäft der entsprechenden Würdigung unterziehen: Wir beliefern außer den österreichischen Bundesbahnen die Gemeinde Wien – städtische Straßenbahnen sowie eine große Anzahl von privaten Eisen- und Straßenbahnen. Die großzügigen Elektrifizierungsarbeiten, welche in den letzten Jahren teils seitens der Gemeinde Wien und zum Teil seitens der österreichischen Bundesbahnen durchgeführt wurden, boten uns erneut Gelegenheit, uns in größtem Umfange als Lieferanten von Ausrüstungsteilen zu zeigen. Sämtliche Waggons, welche den Fahrpark der Wiener Stadtbahn bilden, sind mit unseren Leichtmetallfenstern, Leichtmetallscheinwerfern und vielfach auch mit unseren Metallbeschlägen ausgerüstet. Die bei den österreichischen Bundesbahnen in Verwendung stehenden elektrischen Lokomotiven weisen ebenfalls die verschiedensten Leichtmetallausrüstungsteile aus unseren Lieferungen auf. Die Leitungsanlagen bei den elektrifizierten Bundesbahnstrecken wurden vielfach unsererseits durch umfangreiche Lieferungen mit den notwendigen Klemmenmaterialien ausgerüstet. Als Neuestes befassen wir uns mit den in unser Fach einschlägigen Ausrüstungsteilen für schienenlose Fahrzeuge, und hoffen wir, auch auf diesem Gebiete Ersprießliches leisten zu können.

Das Vertrauen unserer Kunden, die zweckentsprechende Organisation unseres Hauses, das einträchtige und fortschrittliche Arbeiten unseres Beamtenkörpers sowie die fachliche Tüchtigkeit unserer Arbeiter lassen auch für die ferne Zukunft nur Gutes für unser Unternehmen erwarten.

Carl Luber & Sohn

Eisengießerei

Wien, XV., Beingasse 16–20

Telephon 36-1-10
Postsparkassen-Konto 9815

Giro-Konto: Wiener Bank-Verein
Depositenkassa und Wechselstube Neubau

Gegründet 1869

Die Firma Carl Luber & Sohn wurde im Jahre 1869 gegründet und befaßte sich in früherer Zeit hauptsächlich mit der Herstellung von Lokomotivbestandteilen, in erster Linie Zylinder. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde die Erzeugung auf Herstellung von größeren Massenartikeln, wie solche für die Maschinenindustrie benötigt werden, sowie von größeren Handelswaren umgestellt, und war es möglich, durch die Ausgestaltung des Betriebes mit den modernsten deutschen und amerikanischen Gießereimaschinen den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz, die bisher in diesen Artikeln den Markt beherrscht hatte, erfolgreich aufzunehmen.

In jüngster Zeit wurde die Erzeugung eines Dauerbrandofens für Braun- und Steinkohle aufgenommen, der besonders für Österreich von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, weil es mit demselben möglich ist, auch die minderwertigsten Braunkohlen einwandfrei zu verheizen, und ist zu erwarten, daß diese Neukonstruktion dazu beitragen wird, die unserer Handelsbilanz so schwer schädigenden großen Steinkohlenimporte einzuschränken.

Josef Hoffmann

Kupfer- und Kesselschmiede, Apparate- und Rohrleitungsbau

Wien, XXI., Hubertusstraße 24 und Rustongasse 34
Nächst der Nordwestbahnbrücke (am Damm)

Telephon 10-4-53

Das Unternehmen beschäftigt sich mit allen Kupfer- und Kesselschmiedearbeiten, dem Apparate- und dem Rohrleitungsbau. Als Spezialerzeugung pflegt das Unternehmen die Herstellung von Rohrbögen bis 400 Millimeter Durchmesser.

Insbesondere ist zu erwähnen: die Anfertigung von Apparaten für die gesamte Industrie, wie Dampfkesseln, Wasserdestillier-, Sterilisier-, Vakuumtrockenapparate, Duplikatkesseln, Röhren- und Schlangenkühler in Eisen, Kupfer, Aluminium, Nickel.

Der Betrieb befaßt sich auch mit der Erzeugung von Rohrklopfmaschinen und verfügt in dieser Beziehung über ein eigenes Patent in allen Kulturstaaten.

In allen angeführten Zweigen ist der Betrieb bei vielen prominenten Firmen bestens eingeführt, so daß Primareferenzen zur Verfügung stehen.

Auch Montierungen und Reparaturen von Dampfkesseln, Dampfmaschinen für Brauereien, Brennereien, Chemische Fabriken, Färbereien, Bleichereien, Leder-, Konserven-, Kerzen-, Seifen-, Magarin- und Zuckerfabriken usw. usw. werden vorgenommen.

Kostenvoranschläge unverbindlich und kostenlos.

Paul Schwarzstein

Wien, II., Freilagergasse Nr. 4 und 5

Generalrepräsentanz und Niederlage der Sosnowicer Röhrenwalzwerke und Eisenwerke, Warschau

Die Firma ist im Jahre 1920 aus der Firma Landsmann & Co. hervorgegangen und hat die Magazine sowie Bureauräume derselben inne. Sie befaßt sich mit dem Handel von Röhren aller Art, Fittings sowie anderer Eisenwaren. Im Jahre 1925 ist die Firma, als die Kartellbedingungen des bestehenden Röhrenkartells zu drückend wurden und aus diesem Grunde eine Erweiterung des Geschäftes, welche der Inhaber der Firma als gediegener Fachmann immer im Auge hatte, vom Kartell unmöglich gemacht wurde, aus dem Röhrenverband getreten und hat die Generalrepräsentanz obiger Aktiengesellschaft übernommen. Die Haupterzeugnisse der Werke dieser Aktiengesellschaft sind: Gas- und Wasserleitungsröhren, schwarz und verzinkt, Siederöhren, Bohrröhren, Flanschenröhren, Stahlmuffenröhren und Fassonstücke, Lichtmaste, Bohrstangen, Pflugscharen, Stahlflaschen, Stahlfässer usw. Die Aktiengesellschaft mit ihren großen Werken in Sosnowice und Zawiercie sowie ihrer kommerziellen Leitung in Paris und Warschau, die außer Kartell sind, gehören zu den bedeutendsten und leistungsfähigsten Röhren- und Eisenwerken des Kontinents. Mit den modernsten und präzisesten Maschinen ausgestattet, erzeugen die Werke das vorzüglichste Material, welches weit über die Grenzen Europas Weltruf genießt.

Hasenörl Ulrich & Co.

Röhrenhof

Wien, IV/1, Wiedener Hauptstraße 32 – 34

Fernsprecher für Kontore und Magazine 56-5-65 Serie

Röhren in Schmiede- und Gußeisen, Bleirohre, Rohrverbindungsstücke in Schmiedeeisen und Guß aller Art.

Armaturen für Gas-, Wasser- und Dampfleitungen.

Schieber, Hydranten, Werkzeuge für Installateure.

Guß-, Email- und Fayencewaren sowie sanitäre Einrichtungsgegenstände.

Gebrüder Romen, Maschinenfabrik

Zentrale: Wien, XII., Schönbrunnerstraße 240

Fabrik: Wien, XII., Fabriksgasse 11 Lagerplätze: Wien, XII., Fabriksgasse 9 und 18

Telephon: 83-1-83 (Tag- und Nachtdienst) Telephon: 89-6-41 (Werkstättenleitung)
Bankverbindung: Österr. Nationalbank, Wien, IX Wiener Bankverein, Filiale Meidling

Dieses Unternehmen zählt in ihren Spezialerzeugnissen: Kleindampfkesselbau, Turbinen- und Rohrleitungsanlagen, Reservoire und Lagerbehälter, Wäschereimaschinen, Desinfektions- sowie aller Art wärmetechnische Anlagen zu den führenden Maschinenfabriken am Platze. Im Jahre 1918 wurde das durch die politischen Ereignisse bis dahin in seiner Entwicklung gehemmte Unternehmen von den vom Kriegsdienste rückgekehrten Inhabern, durch Ankauf der ca. 4000 m² umfassenden Fabriksrealität Schönbrunnerstraße 240 und Fabriksgasse 9, 11 und 18 zum neuerlichen Aufschwung gebracht. Die Verlegung des alten und der Ausbau des neuen Werkes wurde Mitte 1920 beendet. Durch die überaus sinnreiche und praktische Ausgestaltung der neuen Fabriksanlage wurde eine sehr rationelle und übersichtsvolle Arbeitsmöglichkeit geschaffen, die eine besondere Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit sicherstellte. Das Unternehmen wird hauptsächlich von ihren auserwählten behördl. Kundenkreis, wie Landesregierung, Bundesbahnen, Gemeinde Wien und anderen kommunalen Aemtern, beschäftigt und hat sich durch sachgemäße und solide Arbeit das Vertrauen dieser bedeutungsvollen Abnehmer erworben. Die auf den Markt des In- und Auslandes gebrachten Fabrikate finden in Fachkreisen hohe Wertschätzung.

In den letzten zwei Jahren wurden besonders beachtenswerte Arbeiten geleistet, und zwar: 1. Maschinelle Einrichtung der städt. Desinfektionsanstalt St. Pölten. 2. Kleindampfkesselanlage „Romo" im städt. Wäschereibetrieb der Volkswohnbauten Robert-Blum-Hof, Wien, XX. 3. Waschanlagen in den Volkswohnbauten der Gemeinde Wien: a) Fendigasse, b) Längenfeldgasse, c) Wagramerstraße, d) Neilreichgasse usw. 4. Turbinenrohranlage des Elektrizitätswerkes in Gröbming.

Schäffer & Budenberg, Ges. m. b. H., Wien
Waldek, Wagner & Benda, Wien

Generaldepot von Schäffer & Budenberg, Magdeburg-Buckau, Aussig und Wien

Die Änderung der staatlichen Grenzen machte es notwendig, daß die im Jahre 1850 gegründete, Weltruf genießende Maschinen- und Dampfkessel-Armaturenfabrik Schäffer & Budenberg, Magdeburg-Buckau, die die frühere österreichisch-ungarische Monarchie von ihrem Werk Aussig, gegründet im Jahre 1899, belieferte, in Wien eine eigene Fabrik einrichtete, welche dazu bestimmt ist, in erster Linie Deutschösterreich, aber auch die südlichen Nachfolgestaaten zu beliefern. Erzeugt werden hier in Wien in erster Linie hochwertige Meßinstrumente für Druck- und Wärmemessung (Manometer, Thermometer usw.), und zwar sowohl normale Gebrauchsinstrumente als auch Sonderinstrumente für die neuzeitliche Wärmewirtschaft. Ferner werden neben normalen marktgängigen Armaturen insbesondere – dem Fortschritt in der Entwicklung von Hochdruckdampfanlagen entsprechend – Hochdruckdampfarmaturen erzeugt, in welchem Zusammenhange insbesondere das Hochdruckabsperr-Schieberventil, System Fischbach, zu erwähnen ist, das in großen Mengen in den allergrößten Hochdruckdampfkraftwerken Europas mit Erfolg verwendet wird.

Der Verkauf der Erzeugnisse der Firma Schäffer & Budenberg für Österreich und die Nachfolgestaaten liegt seit dem Jahre 1869 in den Händen der Firma Waldek, Wagner & Benda, Wien, welche das Generaldepot von Schäffer & Budenberg verwaltet, sowie auch in den Händen der Wiener Fabrik.

Die

MJR Metallwarenfabrik Josef Rosenthal Aktiengesellschaft

Wien

im Jahre 1887 gegründet

beschäftigt ca. 250 Arbeiter und 50 Beamte

Dieselbe befaßt sich vorzugsweise mit der Erzeugung und dem Vertrieb von Spezialapparaten für flüssige Brennstoffe, welche auf dem Vergasungsprinzip beruhen. Es sind dies insbesondere Lötlampen und Lötkolben für Benzin, Spiritus und Petroleum, Kochapparate für Petroleum und Spiritus. Beleuchtungsapparate für Ligroin (Benzin), Petroleum und Karbid. Der Inlandbedarf wurde seit jeher mit Erzeugnissen der MJR versorgt. Die Hauptproduktion wird indessen dem Export zugeführt. Vermöge der erstklassigen, technisch vollkommenen Einrichtung ist eine Produktion gewährleistet, welche jeden Vergleich mit maßgebendsten Auslandfirmen der Branche standhält.

Petroleumgaskocher „PHOEBUS" sowie „MJR"-Lötwerkzeuge sind Qualitätsmarken, welche überall in Europa, wie Übersee, Zeugnis von dem Können der heimischen Industrie geben.

Dem Konzern gehört auch die Perkeo-Feuerschutzunternehmung, Gesellschaft m. b. H., Wien, welche sich mit dem Vertrieb der Schaumlöschapparate PERKEO-STANKÖ, explosionssicheren Gefäße und Einrichtungen, Apparate für Öl-Manipulation und Lagerung befaßt, an.

Kommandit-Gesellschaft Rosenthal & Comp.

Wien, XX.

Donaueschingenstraße 20

Zweigniederlassungen:

Prag VII Budapest V

Vertretungen in allen Kulturstaaten.

Feuer- und explosionssichere Tankanlagen und Meßapparate.

Straßenzapfstellen für Benzin, Benzol usw. Öllagerungen.

Die Kommandit-Gesellschaft Rosenthal & Comp. wurde im Jahre 1907 gegründet. Sie befaßt sich mit der Erzeugung von feuer- und explosionssicheren Lagerungen, den dazugehörigen Meßapparaten und Pumpen für Garagen- und Straßenzapfstellen, für alle feuergefährlichen Flüssigkeiten, wie Benzin, Benzol, Alkohol, Äther usw., mit und ohne Schutzgas.

Die Firma, welche bereits tausende von Anlagen eingerichtet hat – unter anderem die größten Tankanlagen für militärische Zwecke und staatliche Betriebe, die einzeln mehrere Millionen Liter Inhalt besitzen – ist Lieferantin für die Republik Österreich, die Gemeinde Wien, Tschechoslowakische Republik, Republik Polen, Jugoslawien, Ungarn, ferner gehören die Balkanstaaten Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Türkei zu ihrem Absatzgebiet. – In den genannten Staaten sind eigene Firmen, bzw. Generalvertretungen vorhanden.

Die Lagerungen als solche sind in ganz Europa bekannt und wegen ihrer Explosions- und Feuersicherheit sowie Bequemlichkeit des Betriebes allgemein geschätzt. In Wien allein sind bereits über 50 öffentliche Zapfstellen von dieser Firma ausgeführt, welche durch ihr geschmackvolles Äußere und sicheren Betrieb allgemeine Anerkennung gefunden haben.

Das Unternehmen besitzt eine mit modernen Maschinen ausgestattete Spezialfabrik für ihre Erzeugnisse sowie ein erstklassiges technisches Bureau und war lange Jahre als einzige leistungsfähige Spezialfabrik dieser Branche vor dem Kriege bekannt.



WILHELM PITTNER

GESELLSCHAFT M. B. H.

WIEN

XIII, LINZERSTRASSE 150—158

Medaillen, Plakette, Münzen
und Abzeichen
Schlüsselmarken
Hundesteuermarken
Kontroll- und Werkzeugmarken
Erzeugung von Massenartikeln
Halbfabrikate in Preß-, Zug-
und Druckarbeiten
Gasmesser- und Elektrizitätszähler-
Gehäuse
Wetterfeste Touristenschilder
Warnungsaufschriften, Straßentafeln,
Haus- und Türnummern, Firmen-
schilder
Automobiltafeln
Schilder für Eisenbahnen
Verbleiung von Blechen und hieraus
verfertigter Gegenstände

Alle Arten Glühkörper
(Hauptlieferant der Gemeinde Wien)

Im Jahre 1856 errichtete der Gründer der Firma, Wilhelm Pittner, in dem Hause Magdalenenstraße 28 eine Erzeugungsstätte von Metallwaren. Dieser Betrieb wurde nach einiger Zeit in die Margaretenstraße 47 als Prägeanstalt und Metallindustriewerkstätte übertragen. Aber erst die Übersiedlung des Unternehmens in das eigene Haus Schönbrunnerstraße 19 am Theresientage 1888 gab die Möglichkeit größerer Ausgestaltung. Im Jahre 1896 übernahm der Sohn des Gründers, Hermann Pittner, die Firma und gliederte 1904 dem Werke eine Glühkörperfabrik an.

Auch jetzt galt es, sich alle Fortschritte der Technik dienstbar zu machen und der zunehmenden Ausdehnung des Betriebes Rechnung zu tragen, wobei umfangreiche Lieferungen für Land und Gemeinde Wien wesentliche Unterstützung brachten. Es gelang die Fabriksrealität Linzerstraße 150—158 zu erwerben und am 1. September 1916 war die Übersiedlung vollzogen. Im April 1923 erfolgte die Umwandlung der Firma in eine Gesellschaft m. b. H. durch Beitritt der langjährigen Mitarbeiter Josef Belschan und Johann Haslinger. In jüngster Zeit wurde dem Werke eine Verbleierei für Eisenbleche angegliedert, die in einem eigenen Gebäude untergebracht ist. Insgesamt dienen 5.700 m^2 verbaute Fläche mit rund 200 Arbeitsmaschinen der Produktion der mannigfachsten Metallwaren. Nur ein kleiner Teil der Arbeitsräume ist auf den untenstehenden Bildern ersichtlich; es gehören zu dem Werke auch eine Glüherei, Beizerei und eine galvanische Anstalt.



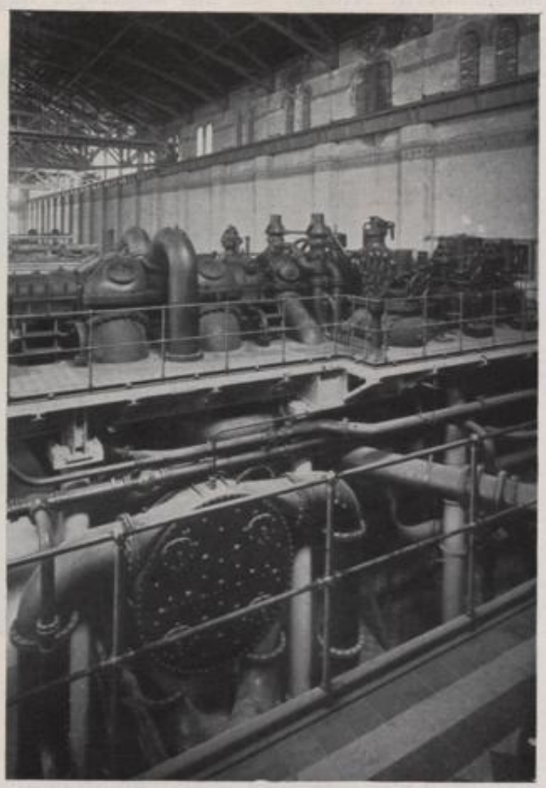


Pauker-Werk Akt. Ges.

vormals

Erste Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft

Das Pauker-Werk in Wien, IV., Weyringergasse 29, im Jahre 1860 von Josef Pauker gegründet, übersiedelte 1908 in das großzügig projektierte vergrößerte Werk, XXI/3, Siemensstraße 89, und fusionierte sich im Jahre 1913 mit der Ersten Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft. Die reichen Erfahrungen dieser Werke führten zu erfolgreichen Leistungen, wie aus nachstehendem hervorgeht:



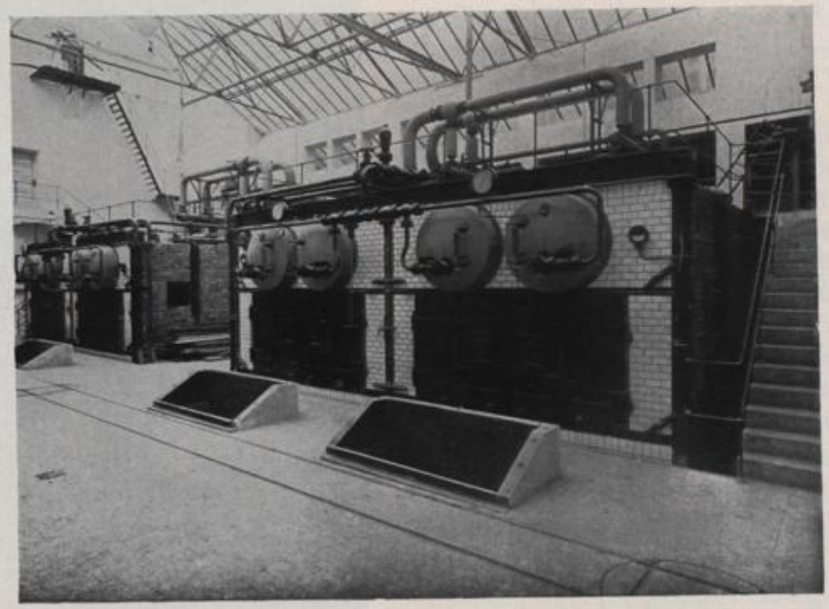
Von den Dampfmaschinen, die auch nach überseeischen Ländern versandt wurden, sei nur auf die großen Aggregate hingewiesen, die für die Stadtgemeinde Wien geliefert worden sind. Von Interesse ist es, zu erfahren, daß für Wien allein im ganzen zirka 100.000 Pferdestärke zur Ablieferung gelangten. Der Damp'maschinenbau entwickelte sich weiter bis zu den heutigen Hochdruck-Dampfmaschinenanlagen, die neuzeitlichen wärmewirtschaftlichen Problemen Rechnung tragen. Die erste Hochdruck-Dampfmaschinenanlage in Österreich wurde an die Zellulosefabrik-Akt. Ges., St. Michael in Hinterberg bei Leoben, geliefert. Die Eintrittsspannung des Dampfes beträgt 28 ata. bei 360° C und die Leistung 710 Pferdestärken.

Im Fortschreiten der modernen Technik fand die Dampfmaschine bald einen ernstlichen Konkurrenten in der Dampfturbine. Die mit dem Pauker-Werk eng liierte Erste Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft, die heute bereits auf 25 Jahre Dampfturbinenbau zurückblickt, hatte diese neue Maschine von der reinen Parsons-Turbine weiter auszubauen verstanden und schuf im Laufe der Jahre Eigenmodelle, die durch den Grundgedanken des Ausbaues des Hochdruckteiles bedingt waren. Einer der ersten Abnehmer, die sich die Vorteile dieser neuen Maschine zunutze machten, war die Gemeinde Wien, die bereits im Jahre 1904 für ihr Kraftwerk Simmering zwei reine Parsons-Turbinen für eine Leistung von je 10.000 Pferdestärke der Ersten Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft in Bestellung gegeben hatte. Zahlreiche weitere Aufträge folgten; erst in jüngster Zeit wurde eine Hochdruck-Dampfturbine im Kraftwerk Simmering aufgestellt, die bei einer Anfangsspannung des Dampfes von 33 ata. und 400° C eine Leistung von 25.000 Pferdestärken gibt.

Die umfangreiche Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien hat dem Pauker-Werk weiters lebhafte Beschäftigung sowohl auf dem Gebiet des Kessel- als auch auf dem Gebiete des Maschinenbaues gebracht. Für die schon im Zusammenhang mit dem Turbinenbau erwähnte Ausstattung des städtischen Kraftwerkes Simmering mit einem Hochdruckblock wurde dem Pauker-Werk ein Dampfkessel mit einer Heizfläche von 1150 Quadratmeter, 37 atü. in Auftrag gegeben, und zwar ein Steilrohrkessel mit geschmiedeten Trommeln. Ein Aggregat dieser Größe ist bisher in Österreich nicht in Betrieb.

Für die Städtischen Gaswerke Simmering und Leopoldau hat das Pauker-Werk nicht nur Dampfkessel verschiedener Größe und Systeme (Schrägrohrkessel, Steilrohrkessel, Generatorendampfkessel, Wassergasdampfkessel, Abhitzekessel) in großer Anzahl geliefert, sondern auch Rohrleitungen, Reservoire usw. Beim Bau des Städtischen Gaswerkes in Leopoldau im Jahre 1910 führte das Pauker-Werk einen Gasbehälter mit 150.000 Kubikmeter Inhalt und einen solchen für 20.000 Kubikmeter Inhalt aus.

Bei Erbauung des Städtischen Amalien-Bades, Wien, X., Reumann-Platz, wurde dem Pauker-Werk die ehrende Aufgabe zuteil, die Kesselanlage zu liefern, die in vier Stück Wasserrohrkesseln, System Babcock & Wilcox, von je 236 Quadratmeter Heizfläche, acht Atmosphären Betriebsdruck besteht. Es handelt sich hier um eine in ihrer Ausstattung und Disposition hochmoderne Anlage, wie das beigefügte Bild zeigt.



Auch für sonstige Gemeindebetriebe, wie Waschküchen- und Badeanlagen, Kühlhäuser usw., hat das Pauker-Werk eine Reihe von Dampfkesseln und Dampfmaschinen geliefert.

Außer auf dem Gebiete des Kesselbaues wurde das Pauker-Werk durch die Gemeinde Wien auch noch in Ziegeleimaschinen reichlich beschäftigt. Als nämlich die Gemeinde Wien das Ziegelwerk in Oberlaa errichtete, übertrug es dem Pauker-Werk die Lieferung eines Großteiles der maschinellen Einrichtung.

Neben der Gemeinde Wien zählt das Pauker-Werk auch die verschiedenen staatlichen Betriebe, wie Bundesbahnen, Technische Hochschule, Montanverwaltung, Bundesgebäudeverwaltung usw., zu seinen ständigen Kunden, die es mit Dampfkesseln, Dampfmaschinen, Rohrleitungen, Reservoiren, Werkzeugmaschinen usw. beliefert.

Einen besonders hervorragenden Anteil hat das Pauker-Werk im Verein mit der Ersten Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft an dem Ausbau der österreichischen Zuckerindustrie und schon seit vielen Jahren waren es ausschließlich diese Werke, welche die maschinellen Einrichtungen für sämtliche österreichische Zuckerfabriken lieferten. Besonders im Jahre 1927, durch die steigende Zuckerkonjunktur in Österreich angeregt, entschlossen sich die Zuckerfabriken zu großen Investitionen, wodurch die einzelnen Fabriken modernisiert und bedeutend leistungsfähiger gemacht wurden. Erwähnt sei der vollständige Umbau der Zuckerfabrik in Hirm (Burgenland) und die Rekonstruktion der Zuckerfabriken Dürnkrut und Hohenau.



ÖSTERREICHISCHE WERKE G.A.
◆ WIEN X. ARSENAL ◆

Aus der ehemaligen Waffenhauptfabrik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Arsenal entstanden in den Jahren 1919 bis 1921 eine Reihe von Industriegebilden, von welchen ein Teil als reine Bundesbetriebe, unter Verwaltung des Staates blieben, während andere als gemeinwirtschaftliche Anstalten oder als gemischtwirtschaftliche Unternehmungen unter Beteiligung der Privatindustrie weitergeführt wurden.

Die metallverarbeitenden Werkstätten wurden, soweit sie nicht zum Stahlwerk gehörten, in die Österreichischen Werke G.A. vereinigt, welche in ihrem heutigen, wenn auch verkleinerten Umfange eine der größten Maschinenfabriken der Republik darstellen.

Die Österreichischen Werke G.A., kurz „OEWA" genannt, besitzen derzeit eine Maschinenfabrik, eine Eisenkonstruktionswerkstätte, eine Gasgeräte- und Ofenfabrik, eine Blechwarenabteilung, Graugießerei und Galvanisierungsabteilung mit Schleiferei.

Die Verkaufsabteilungen der OEWA gliedern sich entsprechend den zwei Hauptgebieten der Erzeugung in eine Abteilung für Städtebedarf, die den Verkauf der Produktion der Eisenkonstruktionswerkstätte und Blechwarenabteilung sowie der Gasgeräte und Ofenfabrik über hat, und vornehmlich an österreichische Stadtgemeinden, insbesondere an die Gemeinde Wien und eine größere Anzahl Städte der Sukzessions- und Balkanstaaten Waren liefert, und in die

Abteilung für Maschinen und Motoren, welche die Erzeugnisse der Maschinenfabrik vorwiegend in den Sukzessionsstaaten, Rußland und Überseeländern absetzt.

Die Maschinenfabrik erzeugt alle Holzbearbeitungsmaschinen zur kompletten Ausrüstung von Tischlereien und Zimmermannswerkstätten; vor einem Jahre wurde auch die Fabrikation von kombinierten Maschinen sowie Maschinen mit elektrischem Einzelantrieb aufgenommen.

Von Metallbearbeitungsmaschinen werden außer kombinierten Leit- und Zugspindeldrehbänken in den Größen von 160 bis 260 Millimeter Spitzenhöhe und von 1 Meter bis 2·5 Meter Spitzenentfernung, drei verschiedene Größen Shapingmaschinen sowie Säulenbohrmaschinen, Horizontal-Bohr- und Fräßwerke mit 90 Millimeter Bohrspindeldurchmesser in Serien nach Önig-Normen erzeugt. Die Motorenabteilung baut nach eigenen Modellen Glühkopf-Stabilmotoren von 6 bis 65 PS., Schiffsmotoren 12 und 24 PS. sowie auf Grund eines Lieferungsübereinkommens kompressorlose Dieselmotoren, System Deutz, 40 und 60 PS.



Gesamtansicht der Maschinenfabrik der Österreichischen Werke G. A.

1926 wurde auch die Erzeugung von Wäschereimaschinen aufgenommen und zentrale Waschanlagen einiger großer Wiener Gemeindebauten mit diesen Maschinen bereits ausgerüstet. Die Gasgerätefabrik wurde in den letzten Jahren derart ausgebaut, daß sie heute mit den größten Spezialfirmen dieser Branche sowohl in der Qualität der Erzeugnisse als auch in bezug auf Leistungsfähigkeit erfolgreich konkurriert. Von den einfachen kleinen Gasrechauds und Backrohren, Type „Wiener Gaswerk", bis zu den Drei- und Vierlochgasherden in Luxusausführung werden diese Apparate durchwegs in Serienerzeugung gebaut.

Obwohl alle größeren Installationsfirmen in Wien und alle Provinzgaswerke OEWA-Gasgeräte vertreiben, bleibt nach wie vor der Hauptkonsument dieser Abteilung das Wiener städtische Gaswerk, in dessen Verkaufsstellen nebst den OEWA-Gasgeräten auch die Dauerbrand-Koksöfen, „Muster Wiener Gaswerk", ausgestellt sind. In den letzten zwei Jahren wurden an die Gemeinde Wien über 4000 Stück Gasherde geliefert, die hauptsächlich in den Gemeinde-Neubauten aufgestellt wurden.



Die Eisenkonstruktionswerkstätte hat in den letzten Jahren außer kleineren Konstruktionen die Eisendächer mit kittloser Verglasung für die Dampfbäder und das Kesselhaus des städt. Amalien-Bades geliefert und erzeugt hauptsächlich Schlachthauseinrichtungen sowie Auto-Zweiseitenkipper für Sand und Schottertransport nach den Patenten von Ochsner & Cie., Zürich.



Die Blechbearbeitungswerkstätten haben bisher mehr als 30.000 Kübel für das Colonia-System geliefert und erzeugen nebst diesen Papierabfallsammelkörbe und hauptsächlich die Kehrichteimer für das Kehrichtabfuhrsystem OEWA-Ochsner.

Semmering, Purkersdorf, Innsbruck und Villach wurden bereits mit diesem System ausgerüstet.

Die maschinell erstklassig eingerichtete Graugießerei liefert sowohl den Spezial-Grauguß für Gasgeräte, den feuerfesten Guß für Koksöfen als auch Maschinen- und Motorenguß für die eigene Erzeugung und einen großen Teil der Wiener Privatindustrie.





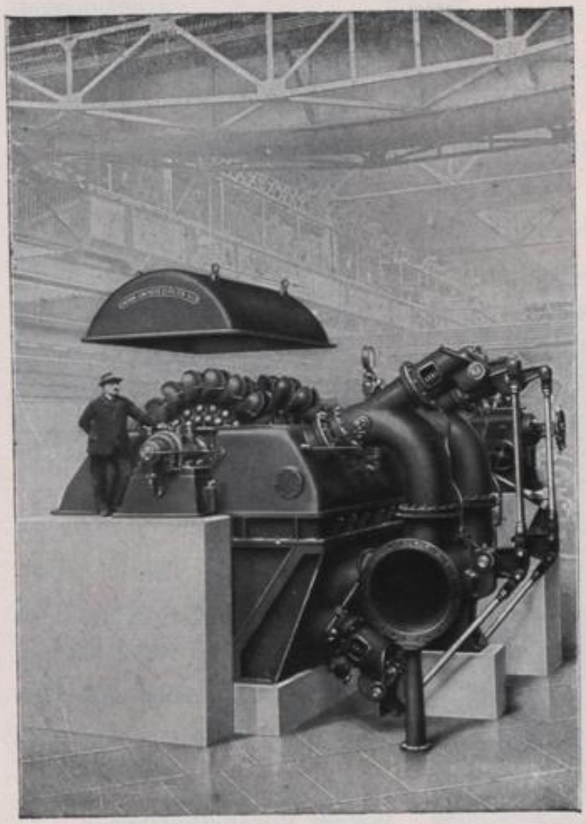
Stimmungsbilder aus den Umsturztagen. — Die große Halle unserer Maschinenfabrik bei der Übernahme und ein Jahr nachher.

In den Provinzstädten sowie in den Hauptabsatzgebieten in Europa besitzt die OEWA eigene Vertreter; nach Rußland werden die Erzeugnisse, soweit sie nicht durch die russische Handelsvertretung eingeführt werden, hauptsächlich durch die Russisch-österreichische Handels A. G. „Ratao", eine Gründung der OEWA, exportiert.

Die Entwicklung der Maschinenfabrik

J. M. Voith, St. Pölten.

Bureau: Wien, IV., Argentinierstraße 24.



Ruetzwerk-Turbinen.

a) Geschichtliche Entwicklung.

Von der Firma J. M. Voith in Heidenheim an der Brenz (Württemberg), welche die Fabrikation von Wasserturbinen und Maschinen für die Papierfabrikation als Spezialität betreibt, wurde in den Jahren 1903/1904 als Zweigfabrik die Maschinenfabrik und Eisengießerei von J. M. Voith in St. Pölten errichtet.

Die günstigen Absatzverhältnisse für diese Erzeugnisse einerseits, und die Schwierigkeiten, welche der Einfuhr deutscher Maschinen durch Einfuhrzölle in Österreich bereitet wurden, andererseits, veranlaßten den damaligen Inhaber des Heidenheimer Werkes, Herrn Geheimen Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Friedrich von Voith, diese Fabrikationsstätte erbauen zu lassen.

Die Stammfirma in Heidenheim ging aus einer kleinen Maschinenfabrik, welche Herr Geheimrat Dr. Friedrich v. Voith im Jahre 1864 von seinem Vater, Herrn Matthäus Voith, mit ungefähr 35 Arbeitern übernommen hat, hervor. Die Maschinenfabrik befaßte sich anfangs nur mit Ausbesserungen, fand jedoch auch bald im Neubau von Maschinen und Triebwerken für die damals in Heidenheim und Umgebung im Entstehen begriffenen Industrien, wie Weberei, Spinnerei, Papierfabrikation usw., Beschäftigung. Anfangs der siebziger Jahre verlegte die Firma J. M. Voith ihre Tätigkeit mehr und mehr auf die Herstellung von Holzschleiferei- sowie Papierfabrikationsmaschinen, und da diese Industrien damals fast ausschließlich auf die Ausnützung von Wasserkräften angewiesen waren, so war es naheliegend, daß J. M. Voith auch den Bau von Wasserturbinen aufnahm.

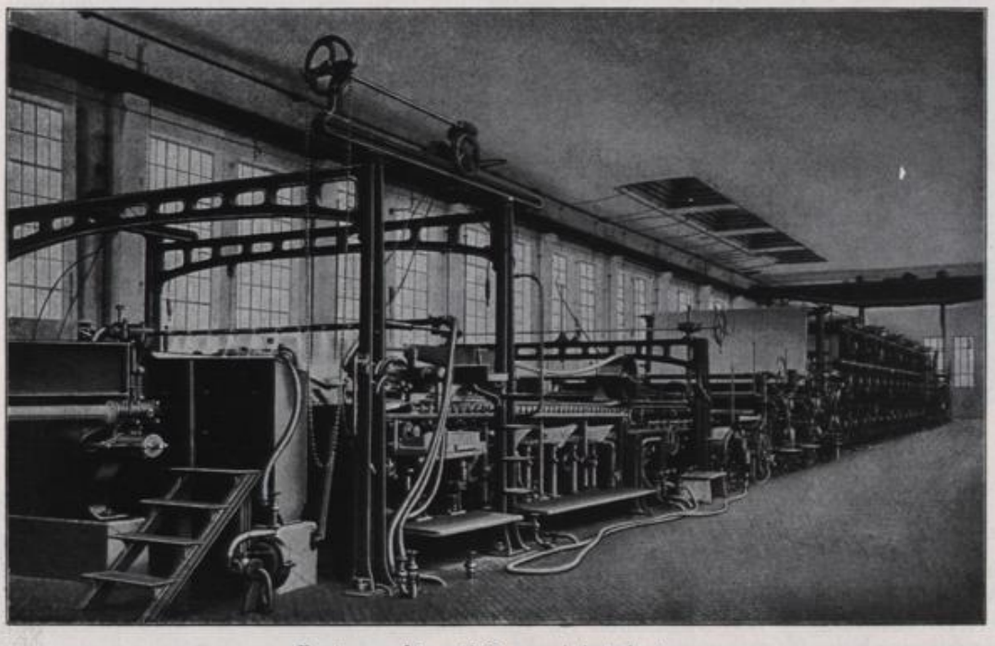
Beide Fabrikationszweige wurden von der Firma J. M. Voith großzügig entwickelt und die Firma nahm bald eine führende Stellung in der Erzeugung dieser Maschinen ein.

Der Aufstieg Heidenheims vollzog sich in sehr kurzer Zeit, so daß heute die Zahl der Angestellten und Arbeiter in dem Heidenheimer Werk auf über 3500 gestiegen ist.

Das St. Pöltner Werk, welches unter der Leitung des ältesten Sohnes, Herrn Dr. Ing. h. c. Walther Voith, steht, liegt an der Bahnlinie St. Pölten–Leobersdorf und ist durch ein Industriegeleis mit dem Lokalbahnhofe St. Pölten verbunden.

Es wurde als Maschinenfabrik mit Eisengießerei gebaut; beim Bau des Werkes wurden seinerzeit die neuesten Erfahrungen im Werkstättenbau, im Werkstättentransportwesen sowie in der Verwendung moderner Werkzeugmaschinen berücksichtigt. Die mustergültigen Werkstatteinrichtungen ermöglichten nicht nur die Übertragung sämtlicher Erzeugnisse von Heidenheim nach St. Pölten, sondern auch bezüglich der Qualität der Ausführung standen diese denen Heidenheims in keiner Weise nach.

Im Jahre 1904 wurden in St. Pölten 225 Arbeiter beschäftigt, die bebaute Grundfläche betrug 4226 Quadratmeter, die unbebaute Grundfläche 85.717 Quadratmeter.



Papiermaschine 4000 mm Arbeitsbreite.

Der Ausbau zahlreicher Wasserkräfte, die Neueinrichtung verschiedener Papier- und Holzstoffabriken in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie erforderten gleich in den ersten Jahren nach der Gründung eine Vergrößerung der Fabriksanlagen und des Personalstandes.

Heute sind in St. Pölten über 1300 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Die bebaute Grundfläche beträgt 24.000 Quadratmeter, die unbebaute 263.000 Quadratmeter, für die Fabrikation dienen nahezu 534 Werkzeugmaschinen und 231 Elektromotoren mit zusammen rund 2082 Pferdekräften.

b) Erzeugnisse

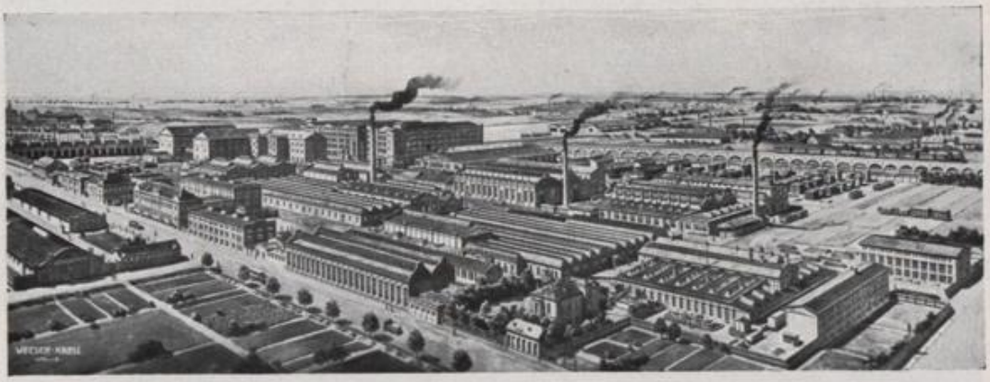
Die Haupterzeugnisse der Firma J. M. Voith in St. Pölten sind: Wasserturbinen von der kleinsten bis zu den größten Abmessungen, Einrichtungen für die Papier-, Holzstoff-, Zellulose- und Asbestschieferfabrikation, Transmissionen und Zahnrädergetriebe, sowie Zylinder- und Gehäuseguß für die Automobilindustrie, welcher in der Gießerei neben dem eigenen Gußbedarf hergestellt wird.

Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth

Landwirtschaftliche Maschinen-Fabrik A. G.

Wien, XXI.

Das Unternehmen wurde im Jahre 1912 errichtet durch die Vereinigung der beiden größten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen der damaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie, und zwar der seit dem Jahre 1869 bestehenden Firma Hofherr & Schrantz mit der im Jahre 1857 gegründeten Clayton & Shuttleworth Ltd. Infolge dieser Vereinigung erfuhr die von der Clayton & Shuttleworth Ltd. im Jahre 1905 in Floridsdorf neu errichtete Fabriksanlage eine bedeutende Erweiterung und dieselbe umfaßt derzeit ein Areale von 202.500 m² mit 87.200 m² verbauter Fläche, welche mit 20, zum Teil mehrstöckigen Objekten bedeckt ist. Im Vollbetriebe werden 300 Angestellte und 2500 Arbeiter beschäftigt.



Fabrik der Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth A. G. in Wien, XXI/1
Erbaut im Jahre 1905

Das Haupterzeugungsgebiet bildet der Bau von Dreschmaschinen und sonstigen landwirtschaftlichen Maschinen, Dampflokomobilen, Benzinmotoren, Dieselmotoren, Traktoren und – in einer gesonderten Abteilung – von Maschinen für die Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabrikation.

Die mit vier Kupolöfen ausgestattete, mit hydraulischen Großrüttelformmaschinen und sonstigen Hilfsmaschinen auf das Modernste eingerichtete Eisengießerei, welche mit 8650 m² Grundfläche die größte in Österreich darstellt, liefert außer dem im eigenen Betriebe verbrauchten Grauguß in ausgedehntem Maße auch Maschinen-, Zylinder- und feuerbeständigen Guß für fremde Rechnung.

Eine mehr als 3000 m² bedeckte Kesselschmiede mit einer hydraulischen Presse für 120.000 kg Druck und allen Einrichtungen und Behelfen für den Kessel- und Behälterbau befaßt sich mit der rationellen Herstellung aller Kesselschmied- und sonstigen einschlägigen Arbeiten.

Die Schmiede und Warmpresserei nimmt eine Fläche von 4500 m² in Anspruch und ist mit acht gasgefeuerten Glüh- und Anwärmeöfen, 52 Schmiedefeuern, drei Dampfhämmern, sechs Luftdruckhämmern, acht schweren Pressen und sonstigen Schmiedemaschinen ausgerüstet.

Eine Besonderheit bilden die beiden großen Maschinentischlereien mit ihren 68 Spezialmaschinen, Staubsauge- und Spänetransportanlagen.

In den Werksabteilungen für die Dreherei, Fräserei, Hoblerei, Stoßerei, Schleiferei, Bohrerei, Werkzeug- und Vorrichtungsbau sowie in den Montagehallen sind nahezu tausend verschiedene Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, Laufkrane und Aufzüge im Betriebe. Die erforderliche Antriebskraft wird von einer 200 PS Heißdampfmaschine und 130 an die Städtischen Elektrizitätswerke angeschlossenen Drehstrommotoren mit zusammen 3290 PS Leistung beigestellt.

Die Erzeugung des Betriebsdampfes für die Dampfmaschine und die Dampfhämmer sowie des Heißdampfes der verschiedenen Heizungsanlagen dienen vier Wasserrohrkessel und sieben Tischbeinkessel mit zusammen 1580 m² Heizfläche und einer Zentralökonomisieranlage. Zwei artesische Brunnen von 300 m Tiefe liefern das Speisewasser für das Kesselhaus und das Nutzwasser für den gesamten Betrieb.

Für die Abwicklung der Transporte im Innern des Werkes und im Anschlusse an die Bundesbahn und nach der Stadt sind 5·5 km Vollbahngeleise mit fünf Drehscheiben, eine



Dreherei



Kesselschmiede
Hydraulische Presse mit 200 t Preßdruck

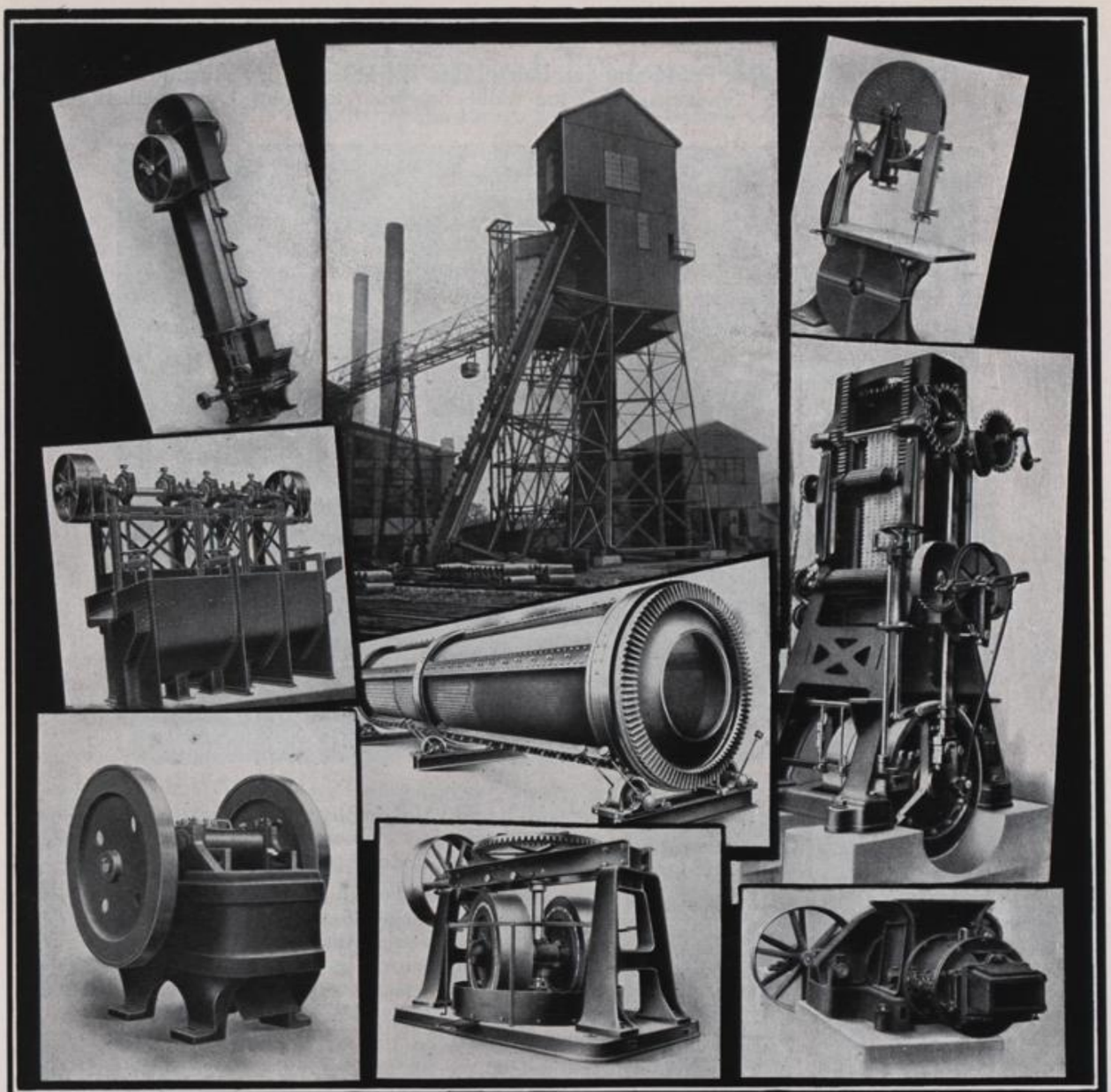
Motor-Verschublokomotive, eine elektrische Rangieranlage und drei Motortraktoren, 34 Straßenfuhrwerke und 18 Pferde vorhanden.

Besondere Erwähnung verdienen die Sicherheits- und Wohlfahrtseinrichtungen, bestehend aus der 45 Wehrleute zählenden Werksfeuerwehr mit zwei Motorkraftspritzen, dem werksärztlichen Ambulatorium und Verbandzimmer, zwei großen Speisesälen und Musikzimmer und einer sehenswerten Badeanlage.

Den Vertrieb der Erzeugnisse der Firma vermitteln eigene Filialen mit Werkstätten in Prag, Bratislava, Krakau, Lemberg, Warschau, Bukarest, Craiova, Braila, Rosiori, Sofia, Rustschuk, Plevna, Stara Zagora und Vertretungen in Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Südafrika usw.

Die Schwestergesellschaft Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth ungarische Maschinenfabriks-Werke Aktiengesellschaft, mit gleichgroßer Fabriks-Anlage, befindet sich in Kispest und deren Zentrale in Budapest, VI., Vilmos Csaszar ut 57.

Daß die Erzeugnisse der Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth A. G. Weltruf genießen, wird wohl am besten durch die Tatsache bewiesen, daß nur etwa 15 Prozent ihrer Erzeugnisse im Inlande verbleiben, während der übrige Teil nach dem Auslande und nach Übersee abgesetzt wird.



STEINBRECHER, WALZENQUETSCHEN, wie alle Arten MÜHLEN für die weitgehendste Zerkleinerung auch des härtesten Materials.
ZIEGELEIMASCHINEN, SÄGEGATTER, TISCHLEREIMASCHINEN, KOHLEN- und ERZ AUFBEREITUNGSANLAGEN, TRANSPORTANLAGEN.

MARCHEGGER
MASCHINENFABRIK AG
MARCHEGG OESTERREICH

FABRIKS ZEICHEN

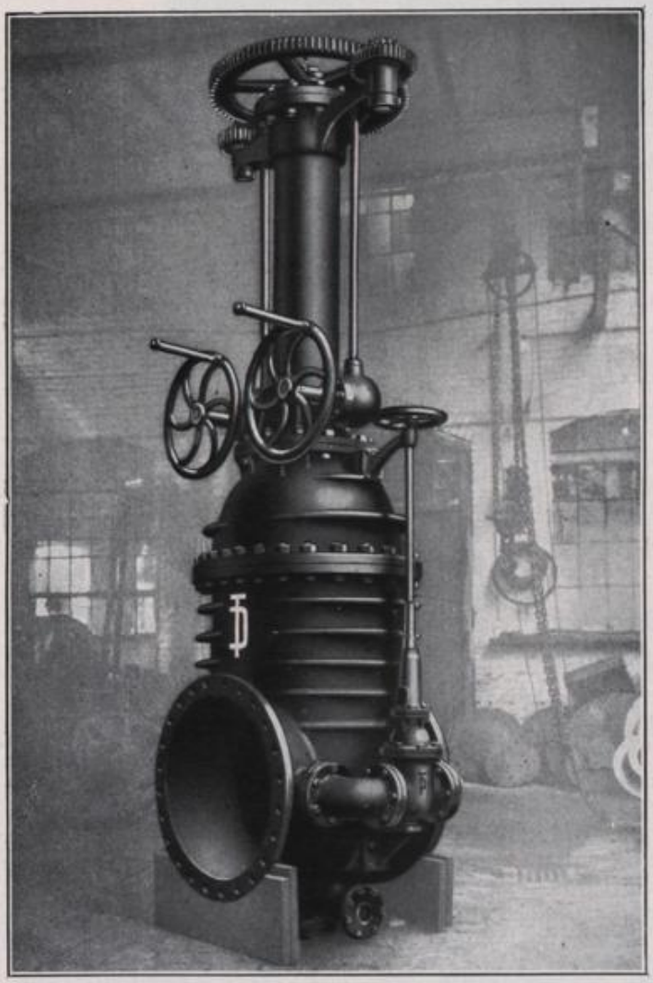
Wiener Armaturen und Maschinenbau Akt.-Ges.

vormals

Teudloff & Dittrich

Wien, XX., Dresdnerstraße 49

Die Entwicklung des modernen Dampfbetriebes stellt an Dampfarmaturen Forderungen, denen nur ein Werk mit langjähriger Erfahrung im Armaturenbau gerecht werden kann.



Hochdruck-Stahlgußschieber für Ruetzwerk der Österreichischen Bundesbahnen. (Elektrisierungsamt) 17·5 Atm. Betriebsdruck.

Das Armaturenwerk Teudloff & Dittrich, gegründet im Jahre 1880, pflegt mit besonderer Sorgfalt die Fabrikation sämtlicher Dampfarmaturen, unter denen Absperrventile, Absperrschieber, Manometer, Kessel-Abschlammventile, Dampfrohrbruchventile, Dampfstrahlapparate zu nennen sind. Hervorzuheben wären insbesondere Heißdampf-Schieber aus Stahlguß, die für den ökonomischen Dampfbetrieb anderen Absperrorganen vorzuziehen sind und vollste Betriebssicherheit bieten. (In Verwendung bei den Wiener Städtischen Elektrizitätswerken.)

Der Ausbau unserer heimischen Wasserkräfte bot dem Werke oft Gelegenheit, Großarmaturen (Wasserschieber, Drosselklappen und Rohrbruchklappen usw.) für Kraftanlagen zu liefern.

Zahlreiche Gasarmaturen, Gasschieber, Rohrschellen usw. stehen im Wiener Gaswerk und dem städtischen Rohrnetz in Verwendung und werden laufend in Serienfabrikation erzeugt. (Wasserarmaturen und Zentralheizungen siehe Band III.)

Österreichische Bamag-Büttner-Werke A. G.

Die „Österreichische Bamag-Büttner-Werke A. G." wurde anfangs des Jahres 1924 durch die Berlin-Anhaltische Maschinenbau A. G. Berlin, jetzt Bamag-Meguin A. G., die Büttner-Werke A. G., Urdingen a. Rh., und die Österreichische Eisenbahn-Verkehrs-Anstalt in Wien, mit dem Sitze in Wien, gegründet. Als Fabrikationsstätte wurden die bekannten Posselt-Werke in Linz a. D. übernommen, deren Gründung auf das Jahr 1882 zurückreicht.



Österreichische Bamag-Büttner-Werke

Das Arbeitsgebiet der vormaligen Posselt-Werke erstreckte sich auf den Dampfkesselbau, Erzeugung von Blattfederhämmern, Papiermaschinen, Asbestschiefermaschinen und Apparaten für alle Industriezweige. Durch die Verbindung mit den vorgenannten deutschen Werken von Weltruf hat das Lieferungsprogramm eine bedeutende Erweiterung erfahren. Den bereits bestehenden Fabrikationszweigen wurden durch Ausnützung von Patenten und Verwertung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Stammhäuser die Gebiete des Gasfaches, Wasserfaches, der chemischen Industrie, des Trockenbaues, der Wärmewirtschaft, der Kohlenveredelung und des Transmissionsbaues angegliedert.

Nach mehr als dreijähriger Tätigkeit können bereits eine Reihe von im In- und Auslande ausgeführten vollständige Anlagen, Lieferungen von Spezialmaschinen und Apparaten vermerkt werden, welche zur vollsten Zufriedenheit arbeiten und dem Namen der Firma den besten Ruf eingebracht haben. Lieferungen an städtische Unternehmungen, wie große Neueinrichtungen und Umbau bestehender Anlagen in Gaswerken, Aufstellung von Nebenproduktengewinnungsanlagen nach dem neuesten Verfahren, moderne Einrichtungen für Bäderbetriebe und wärmetechnische Neubauten, haben einen großen Anteil an den Aufbauarbeiten Österreichs. Die Wirtschaftlichkeit und die Qualität der Fabrikate der Gesellschaft haben auch die privaten Industriekreise bewogen, ihren Bedarf bei den Österreichischen Bamag-Büttner-Werken zu decken. In nachstehendem sei ein kurzer Überblick über die Anlagen und Maschinen gegeben, welche in das Arbeitsgebiet der vorgenannten Werke fallen. Vollständige Gaswerke für Steinkohlen-, Wasser- und Ölgas. Sämtliche Ausrüstungsteile für Gasöfen, Koksförder- und Aufbereitungsanlagen, Lade- und Stoßmaschinen für Retorten und Kammeröfen, sämtliche Apparate für den Gaswerks- und Schwelbetrieb, Nebenproduktengewinnungsanlagen, Festrost- und Hochdruckdrehrostgeneratoren, Gasbehälter, Gasfernversorgungsanlagen, Straßenbeleuchtung und Gasfernzünder, Gasmesser.

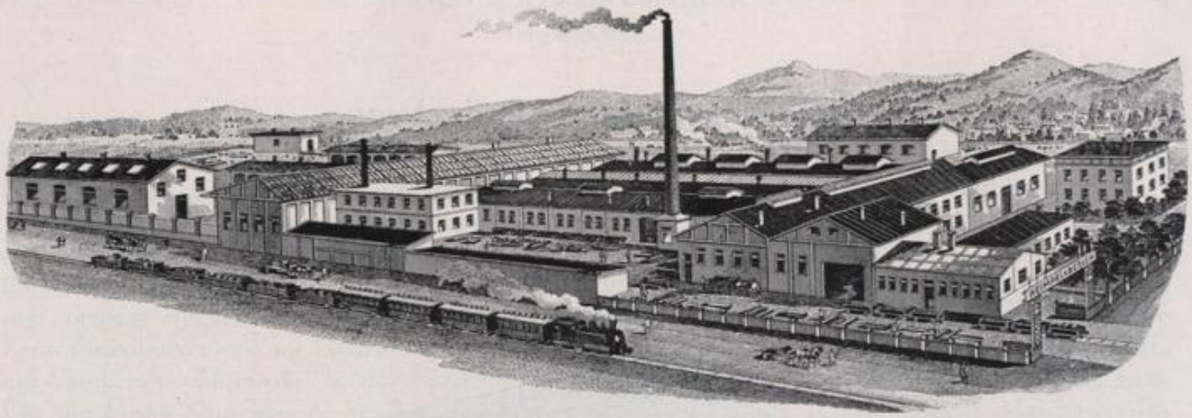
Vollständige Wasserwerke, Wasserreinigungs- und -Versorgungsanlagen, Badewasserreinigung, Abwasserreinigung und -Beseitigung. Wärmewirtschaft, Dampfkessel sämtlicher Systeme, komplette Kesselhauseinrichtungen, Abhitzekessel, Speisewasservorwärmer, Feuerungen, Wanderroste, Treppenroste, Schräg- und Planroste, Kohlenstaubfeuerungen. Trocknungsanlagen für Industrie und Landwirtschaft, Anlagen chemischer Fabriken, Apparate und Maschinen für die chemische Industrie. Transmissionen, Spannrollen, Kupplungen, Wellen, Lager usw. modernster Bauart.

Asphalt- und Bitumen-Makadam-Maschinen „Stradator", Maschinen und gesamte Anlagen für Erzeugung von Asbestschiefer. Transportanlagen: Eisengießerei und Eisenkonstruktionen, Posselt-Blattfederhämmer, gelochte Bleche.

Ventilatoren- und Maschinenfabrik

Heimpel & Besler

Telephon Az 516 — Mödling bei Wien — Telephon Az 516



Die Firma Karl Heimpel befaßte sich als erste Spezialfirma mit dem Bau von Späneabsaugungs- und Lüftungsanlagen und darf wohl mit Recht als die erste Firma in Österreich-Ungarn für diese Sondererzeugnisse gelten. Sie betrieb das Geschäft in einem mäßigen Umfange und hatte mit der Einführung dieser Einrichtungen anfänglich mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einerseits fehlte das Verständnis für hygienische Einrichtungen, andererseits, wo dasselbe vorhanden war, standen die Mittel nicht zur Verfügung. Dank des fortschreitenden Zeitgeistes wurde jedoch das Interesse allmählich größer, um so mehr, nachdem auch die Gewerbebehörde ihr besonderes Augenmerk auf hygienisch einwandfreie Arbeitsräume legte. Man fand auch gar bald, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in einem gesunden, gut ventilierten Raum sich wesentlich steigert und die aufgelaufenen Kosten durch die Errichtung solcher Anlagen sich recht bald bezahlt machen.

Im Jahre 1907 wurde die Firma durch den Eintritt des Herrn Ingenieur August Besler, welcher aus der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A. G., Werk Nürnberg, hervorging und in diesem Sondergebiete in Deutschland führend tätig war, in die Firma Ventilatoren- und Maschinenfabrik Heimpel & Besler umgewandelt. Damals war der Sitz des Unternehmens Liesing und wurden etwa 35 Beamte und Arbeiter beschäftigt. Auf Grund der neu eingebrachten Patente und der Übernahme der Ausführungsrechte der patentierten Absaugungsanlagen nach System Professor Dr. Prandtl nahm die Firma einen raschen Aufschwung und war gezwungen, an eine Vergrößerung zu denken. Besonders der Umbau alter vorhandener Einrichtungen nach obigen Patenten, wodurch Kraftersparnisse bis zu 70 Prozent erzielt wurden, erregte Aufsehen und hat diesen patentierten Ausführungen überall Eingang verschafft.

Im Jahre 1913 wurde die Röhrenkesselfabrik Mödling käuflich erworben. Die außerordentlich geräumigen Werkstätten dieses Unternehmens, die praktischen Transportanlagen wie auch insbesondere der Geleiseanschluß zum Bahnhof war für diese Erzeugnisse, welche viel Raum beanspruchen, wie geschaffen. Außer den seit Gründung des Unternehmens ausgeführten patentierten Späneabsaugungs-, Lüftungs- und Ventilationsanlagen nach System Professor Dr. Prandtl wurden auch Trockenanlagen für die Holzindustrie, Trockenapparate für die gesamte Textil- und Hutindustrie, aber auch Trockenanlagen für Sprengstoffe aller Art in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Ferner erzeugt die Firma sämtliche Ventilatoren und Exhaustorentypen, wie Hochdruck-, Mittel- und Niederdruck-Exhaustoren, Schrauben-Ventilatoren für Riemenantrieb oder direkte Kupplung mit Elektromotor. Außerdem werden Späne- und Holzabfälle-Feuerungsanlagen nach eigenem bewährten System gebaut, die eine außerordentlich große Wirtschaftlichkeit gewährleisten. Im übrigen werden noch Entnebelungsanlagen für Färbereien, Wäschereien usw. sowie Abwärmeverwertungsanlagen, desgleichen Unterwind- und Saugzuganlagen als Ersatz für Schornsteine ausgeführt und wird diesbezüglich auf die bei der Gemeinde Wien städtische Elektrizitätswerke Engerthstraße und Überlandzentrale Ebenfurth eingerichteten Anlagen hingewiesen.

Die Firma beschäftigt heute insgesamt zirka 120 Angestellte und Arbeiter.

Maschinenfabriken
Ing. Hans SIMMON

Fabriken in: Wien – Reichenberg

Ingenieurbureaux: Bratislava, Brünn, Karlsbad, Troppau, Budapest, Krakau, Mailand



Dieses Unternehmen beschäftigt sich mit der Spezialherstellung von Unterwindrosten, Ventilatoren, Ekonomisern, Vorwärmern und Wasserreinigern eigener Art, sowie mit der Herstellung von Anlagen für Heizung, Lüftung, Trocknung, Befeuchtung, Entnebelung, Entstaubung, Saugzug, mechanischen und pneumatischen Transport.

Maschinenbauanstalt und Modelltischlerei

Johann Hantak

Wien, III., Obere Bahngasse 22

Telephon 95-6-29

Hantak gründete seine Maschinenbauanstalt und Reparaturwerkstätte im Mai 1920, wo er durch zwei Jahre nur Holzbearbeitungsmaschinen, wie Bandsägen und Abrichthobelmaschinen erzeugte.

Infolge Übersättung des Maschinenmarktes mit diesen Maschinen verlegte er sich Ende 1922 auf sämtliche Reparaturen des Maschinenbaues sowie auf Auto und Motorräder. Das Unternehmen übernimmt auch Montagen sowie Demontagen von Maschinen, beziehungsweise ganze Anlagen, und erzeugt verschiedene Maschinen nach eingesandten Zeichnungen; unter anderen für die Zentralfriedhofverwaltung Hydranten sowie Ventile usw. Für die Firma A. F. Hager, Wien, XIII., ein Sandstrahlgebläse, das in der Fortbildungsschule, VI., Mollardgasse 85a, zur Ausstellung kam. Für die Firma Schneider & Wolkenberg, Wien, III., demontierte er im Arsenal Maschinen bis zum Gewichte von fünfzehn Tonnen.

Infolge seiner fünfzehnjährigen Meisterpraxis in den größten Unternehmen des gewesenen Österreich, wie Skoda-Werke, Kremenezky, Arsenal, Roth A. G., ist er auf dem Gebiete des modernen Maschinenbaues vollkommen bewandert.

Gustav Stifter

Wien, I., Eschenbachgasse 10

Gegründet 1880

Das Unternehmen wurde im Jahre 1880 von Gustav Stifter senior gegründet. Die Firma wurde nach dessen Ableben von den Erben Gustav und Else Stifter übernommen und wird von Ingenieur Gustav Stifter geleitet.

Das Unternehmen gilt als führend auf dem Gebiete der Gartenwerkzeuge sowie der gartentechnischen und landwirtschaftlichen Maschinen.

Die Firma ist seit ihrem Bestehen Lieferant der Gemeinde Wien, vieler öffentlicher Krankenhäuser, Bundesbetriebe, landwirtschaftlichen Schulen usw.

Ing. Holzer, Wehrhan & Co.

Maschinen- und Fabrik-Gesellschaft m. b. H.

Wien, XV., Tannengasse 22

Bohrmaschinen, Handspindelpressen, Schleif- und Poliermaschinen.



Johann Krainz

Ketten, Kettenräder und Kleinhebezeugfabrik

Wien, XIV., Preysinggasse 19

Maschinen- und Werkzeughandel **„Maweg,"** Inhaber: Julius Binder

Wien, I., Spiegelgasse 8

Das Unternehmen, seit vielen Jahren Kontrahent der Gemeinde Wien, beschäftigt sich in seinen Spezialabteilungen mit der Lieferung von:

a) Maschinen und Apparaten für die gesamte Getränke-Industrie;
b) wärmetechnischen Einrichtungen, insbesondere Gasgeneratoren;
c) sonstigen technischen Betriebserfordernissen.

EISENMÖBELFABRIK

Patent-Teppichbetten, Marke „Perfekt" / Patent-Kastenbetten / Drahteinsatzbetten Waschtische usw.

Stahlrohrbetten / Winkeleisenbetten / Kinderbetten / Betteinsätze in Eisen und Holz / Patent angemeldet

KARL FOSTEL

Telephon A 28-3-71 — Wien, XVIII., Martinsstrasse 10 — Telephon A 28-3-71



Alois Dürer

Türschoner

Telephon A 20-2-92 — Wien, XVIII., Herbeckstraße 65 — Telephon A 20-2-92

Postsparkassenkonto 144.350

Hygienische und zum Anstrich passende, aus prima Zelluloidmaterial hergestellte Türschoner.

Lieferant der Gemeinde Wien. Arbeiten wurden ausgeführt für: Städtische Straßenbahnen, Städtische Gaswerke, Städtische Elektrizitätswerke, Kindergärten, humanitäre Anstalten, Spitäler und viele Bank-, Geschäfts- und Privathäuser, sowie für die meisten großen Hotels.



Franz Wrbka & Sohn

Autoräderfabrik

Gegründet 1876 — Wien, X., Siccardsburggasse 84 — Telephon 53-4-43

Älteste Spezialfabrik

Sämtliche Fahrzeugräder und Bereifungen

Franz Albrecht

Wien, XX., Sachsenplatz 10

Diese Kupferschmied-Werkstätte beschäftigt sich mit der Herstellung aller Kupferschmiedearbeiten, Kupferrohrleitungen usw. Spezialist in Badeöfen, Kesseln, Wasserwannen. – Apparatebau in Kupfer, Nickel, Eisen usw.

Beseitigung von Maschinengeräuschen



Schutzmarke

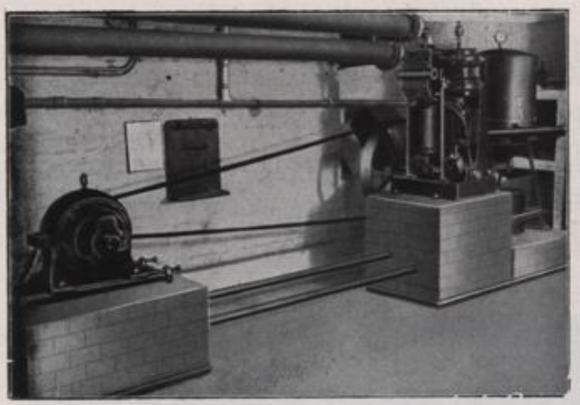
Bei allen größeren Neubauten, die in den letzten fünfzehn Jahren in Wien zur Ausführung gelangten, wurden fast alle in diesen Neubauten zur Aufstellung gebrachten Maschinenanlagen gegen die Übertragung von Geräuschen und Erschütterungen mit „Korfund" erfolgreich isoliert.

Von den Staatsbauten sind zu erwähnen die Neubauten der Telephonzentralen, der wissenschaftlichen Institute (Hydrographisches, Chemisches, Physikalisches, Anatomisches), der Universität, Postsparkasse, Eichamt, Ministerium am Stubenring usw., von den städtischen Bauten die städtischen Elektrizitätswerke, alle Krankenhausneubauten, Feuerwachen, städtisches Amalienbad usw., dann alle Bankneubauten, angefangen vom Wiener Bankverein, Niederösterr. Eskompte - Gesellschaft, Zentralbank Deutscher Sparkassen, Kreditanstalt usw. usw. bis zum letzten Bankbau, die Österr. Nationalbank, in dem sowohl der große Maschinenpark der Noten-, Wertpapier- und Hausdruckerei wie auch alle übrigen Maschinen, als Aufzüge, Paternoster, Ventilatoren, Kompressoren, Elektromotoren, Umformer, Kühlanlage, Holzbearbeitungsmaschinen, Waschmaschinen usw. usw., zufriedenstellend damit isoliert wurden. Aber auch in bereits fertigen Bauten Wiens ist „Korfund" nachträglich mit Erfolg verwendet worden. Es seien nur erwähnt das Parlament, Technische Hochschule, Neues Wiener Rathaus usw.

„Korfund" ist das bisher bestbekannte Mittel, um bei Maschinenanlagen aller Arten Störungen durch Übertragung von Geräuschen und Erschütterungen zu verhindern und zu beseitigen. Es wurde bei der letzten großen Internationalen Baufachausstellung in Leipzig mit der höchsten Auszeichnung, der Goldenen Medaille, bewertet.

Die Erfolge mit „Korfund" erstrecken sich jedoch nicht nur auf Wien, sondern auf ganz Europa und die übrige Welt. Die unten gezeichnete Firma ist eine Tochtergründung des Berliner Stammhauses, der Akt. - Ges. Emil Zorn, welch letztere auf diesem Spezialgebiet eine führende Stellung einnimmt.

„Korfund" wird mit Erfolg bei Neuaufstellungen von Maschinen als Fundament-Isolierung verwendet und vorteilhaft vor Errichtung der Fundamente berücksichtigt. Auskünfte, Prospekte und technische Vorschläge durch die ausführende und seit 1910 in Wien protokollierte Firma:



Isolierte Entstaubungsanlage



Isolierte Buchdruck-Maschinen



Isolierte Tischlerei-Maschinen

Gesellschaft für Beseitigung von Erschütterungen und Geräuschen

Genest & Stößel, G. m. b. H. Wien, XVIII., Währingerstraße 123
Fernspr. 23-1-25 Telegr. Adr.: Geneststößel

Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-Aktiengesellschaft in Simmering

vormals H. D. Schmid

Die Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-Aktiengesellschaft in Simmering vormals H. D. Schmid umfaßt eine geschlossene Gruppe von Maschinenindustrie-Unternehmungen, welcher außer der Stammfirma noch folgende angehören:

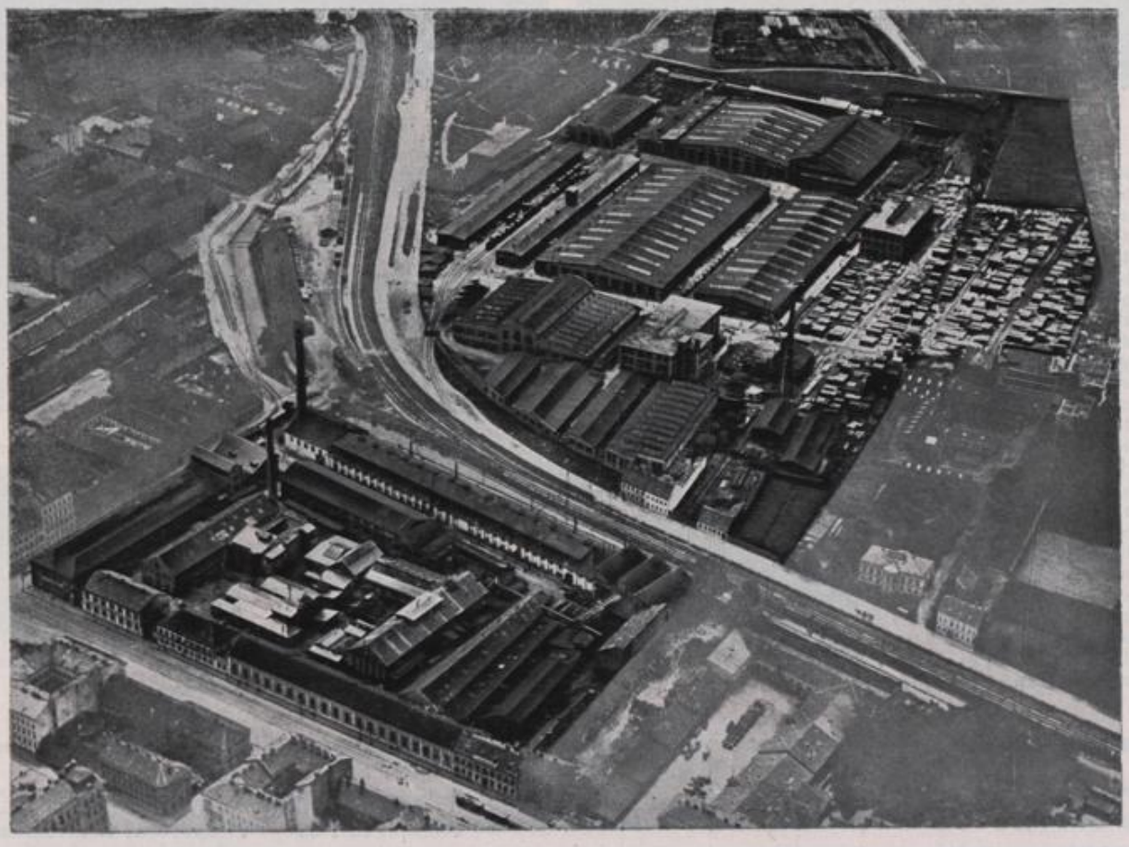
Brünn-Königsfelder Maschinen- und Waggon-Fabriks-A. G.,

G. Topham & Co., Gesellschaft m. b. H., Maschinenfabrik und Eisengießerei, Wien,

Maschinen-Fabriks-Aktiengesellschaft vorm. Tanner, Laetsch & Co., Wien,

Kran- und Hebezeugbau G. m. b. H. J. Petravic & Co., Wien.

Das Stammhaus wurde im Jahre 1831 durch zwei Straßburger Herren, den Kaufmann Heinrich Rollé und Joh. Bapt. Schwilgué, gegründet und unter die Leitung des Geschäftsführers

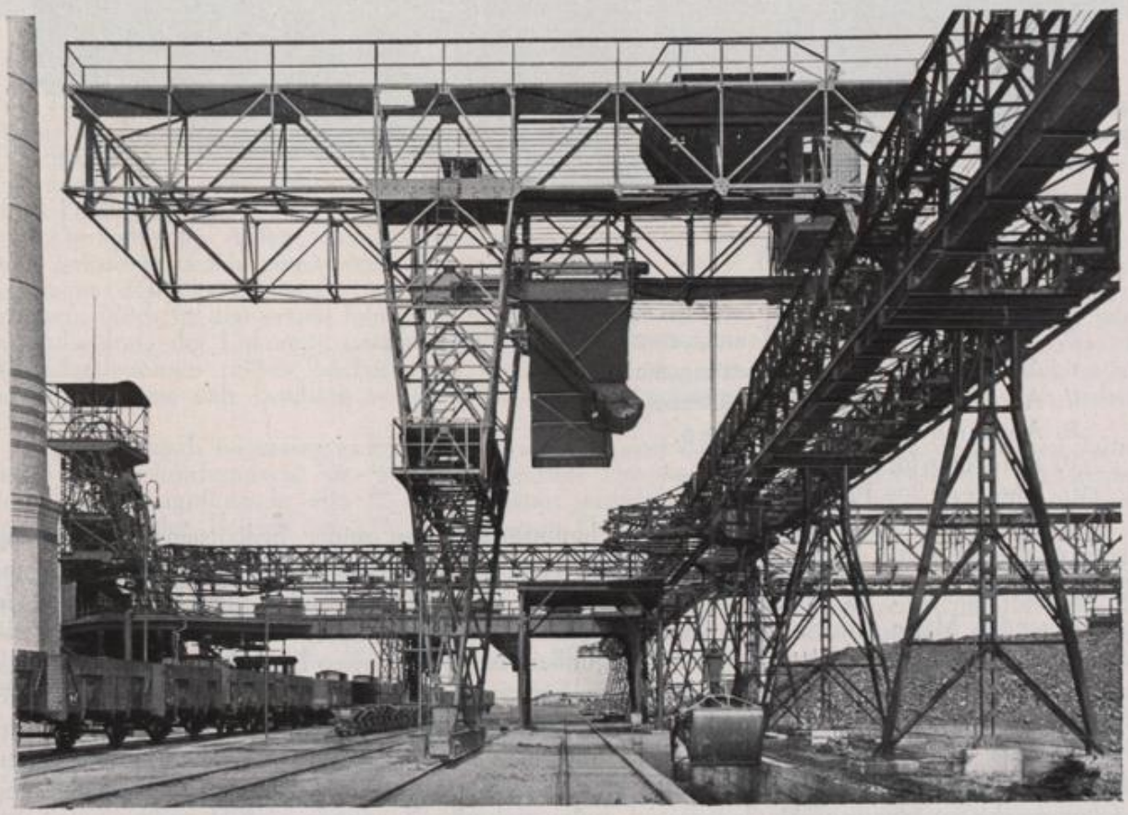


Heinrich Daniel Schmid gestellt, der es später auf eigene Rechnung unter der Firma „H. D. Schmid, Nachfolger von Rollé und Schwilgué" weiterführte.

Im Jahre 1869 wurde die Einzelfirma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die den Firmenwortlaut: „Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-Aktiengesellschaft in Simmering vormals H. D. Schmid" erhielt. Begünstigt durch die herrschenden Zeitläufte – fällt doch die Gründung der jetzigen Firma in die klassische Entwicklungsperiode der modernen Technik –, intern durch eine Reihe der fähigsten Köpfe zu rascher Entfaltung gebracht, stand das Werk bald in der vordersten Reihe der schwerindustriellen Unternehmungen des ehemaligen Österreich-Ungarn, in dessen Fachkreisen sein Name bald in der Abkürzung „Simmeringer Waggonfabrik" oder schlechtweg „Simmering" bekannt und geläufig wurde.

Die gesamten Werksanlagen des Unternehmens breiten sich derzeit zu beiden Seiten der Linie der Eisenbahn Wien—Aspang aus und umfassen eine Grundfläche von rund 155.000 Quadratmeter, wovon rund 90.000 Quadratmeter verbaut sind.

Der ältere Teil der Anlage beherbergt die Maschinenfabrik mit ihren großen mechanischen Betrieben, und zwar Modelltischlerei, Gießerei, Eisenbearbeitungswerkstätte und Schmiede. Die letztere ist nicht nur für die Alimentierung des Maschinenbaues, sondern auch für die Erzeugung sämtlicher Schmiede- und Preßteile für den Waggonbau eingerichtet; sie enthält neben 16 Dampfhämmern eine große Zahl mechanischer und hydraulischer Schmiedemaschinen und Pressen, deren größte für einen Preßdruck von 1,500.000 Kilogramm gebaut ist. Der Zusammenbau der angearbeiteten Maschinenteile geschieht in zwei Montierungshallen, welche mit schweren Kranen und allen notwendigen Behelfen ausgerüstet sind.

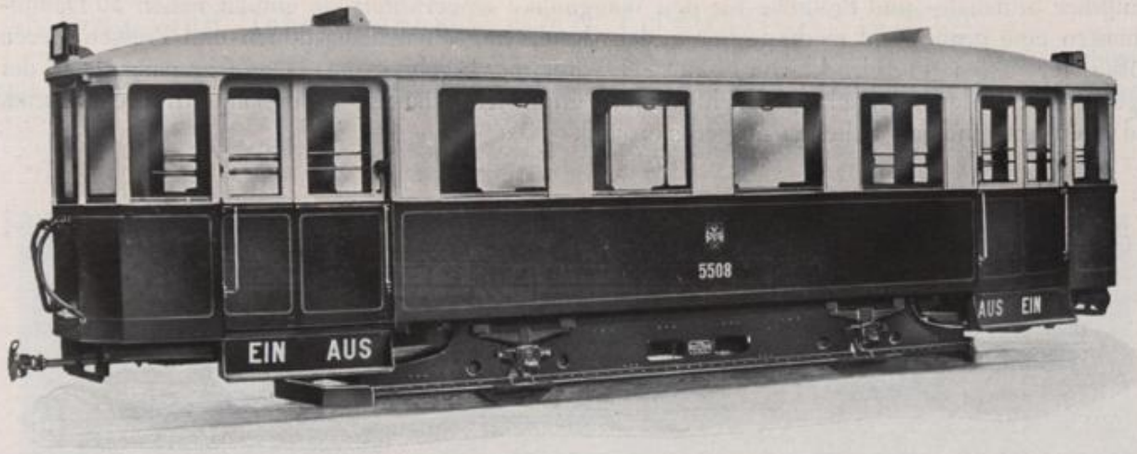


Die neue Anlage enthält den Hauptbetrieb, das ist der „Waggonbau", dessen Werkstätten – Eisenappretur, Schlossereien, Untergestellmacherei, Montierung und Holzbearbeitung, Feintischlerei, Lackiererei, Tapeziererei und Holztrockenanlagen – so angeordnet sind, wie es der Materiallauf während der Erzeugung verlangt. An die Waggonbauwerkstätten angegliedert sind die neuen geräumigen Hallen für Eisenkonstruktion und Kesselbau.

Einen gesonderten, für sich organisierten Betrieb bildet das als mehrstöckiger Baublock errichtete Motorenwerk, das seine eigenen feinmechanischen und mechanischen Werkstätten, Montagehallen und wissenschaftlich geführten Prüfräume hat.

Der technische Betrieb erscheint in folgende Sonderabteilungen zerlegt:

1. Abteilung für Waggonbau,
2. Abteilung für Zugmaschinen,
3. Abteilung für Petroleumfabrikseinrichtungen,
4. Abteilung für Dampfkraftanlagen,

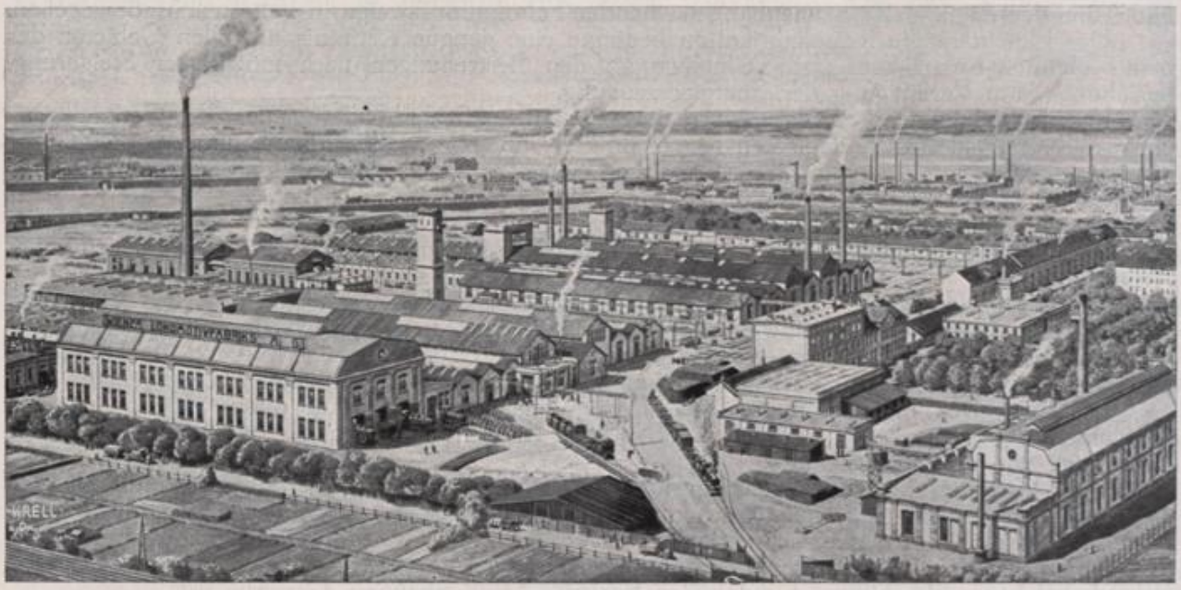


5. Abteilung für Krane, Transportanlagen und Brückenbau,
6. Abteilung für Holzbearbeitungsmaschinen,
7. Abteilung für Eis- und Kältemaschinen,
8. Abteilung für Generatorenbau,
9. Abteilung für Motorenbau,
10. Abteilung für Pumpenbau.

Die Entfaltung des Unternehmens hing hauptsächlich von seiner bedeutsamsten Abteilung, dem „Waggonbau", ab und diese wieder stand mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens und der Fahrbetriebsmittel im innigsten Zusammenhang. Sowohl der Bedarf der Eisenbahnen, im hervorragenden Maße jedoch auch jener der Straßenbahnverwaltung der Gemeinde Wien, hat auf die Durchbildung der Fabrikate der Waggonbauabteilung starken Einfluß genommen. Nichtsdestoweniger rollen auch die Erzeugnisse des Simmeringer Waggonbaus auf den Linien des Auslandes, woselbst insbesondere die Erzeugnisse der Simmeringer Kranbauabteilung, der Abteilung für Petroleumfabrikseinrichtungen und der Firma Topham, den Weltruf des Unternehmens begründen und befestigen halfen. Die Erzeugnisse dieser Abteilungen finden sich selbst in Überseegebieten einerseits bis Japan und andererseits bis Zentral- und Südamerika.

Wiener Lokomotivfabriks-Aktien-Gesellschaft

Wien, XXI., Floridsdorf, Brünnerstraße 57



Die Wiener Lokomotivfabrik in Floridsdorf ist das älteste der großen Industrieunternehmungen Wiens nördlich der Donau. Mit dem Bau der Fabrik wurde im Jahre 1869 begonnen.

Bereits wenige Jahre nach seiner Gründung gelang es dem Unternehmen, sich Auslandslieferungen, und zwar an Frankreich und an Rußland, zu sichern und Jahresleistungen bis zu 70 Lokomotiven und Tendern zu erzielen.

Die günstige Anlage des Unternehmens – eine Vorbedingung rationeller Fabrikation –, stets gefördert durch einen verständnisvollen Ausbau seiner Einrichtungen, gestattete es, die Kapazität des Unternehmens auf zirka 150 große Lokomotiven samt Tendern pro Jahr zu erhöhen. Noch in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruche der Monarchie – als die Wiederinstandsetzung der Lokomotivparks aller Staaten, insbesondere der Sukzessionsstaaten, sowie der Altauslandsstaaten reiche Beschäftigung durch Bedarf an neuen Lokomotiven und Lokomotivreparaturen mit sich brachten – erreichte das Unternehmen einen Arbeiterstand von nahezu 2000 Mann.

Als technisch interessantes Faktum sei erwähnt, daß das Unternehmen in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts als eines der ersten Unternehmen in Österreich den elektrischen Betrieb mit Dampfkesseln von 12 Atmosphären einrichtete und jetzt als allererstes Unternehmen in Österreich den Betrieb auf 120 Atmosphären Hochdruckdampf umstellt.

Gegenwärtig umfassen die Werkstätten folgende Spezialabteilungen: Grobschmiede, Gesenkschmiede mit hydraulischen Preßanlagen und Blechbiegeabteilung, Kesselschmiede mit allen modernen Blechbearbeitungsmaschinen, Werkzeugmaschinenabteilung mit einer weiteren Unterabteilung für Werkzeugherstellung, große Montagehalle mit allen neuesten technischen Behelfen und Krananlage für 120 Tonnen Tragkraft, Modelltischlerei, Metallgießerei, Graugießerei mit Formmaschinen modernster Bauart, Kupferschmiede, Werkstätte für Rohrbearbeitung.

Das Unternehmen pflegte neben der Herstellung von Dampflokomotiven und Tendern normaler Bauart als einziges in Österreich die Herstellung von Zahnradlokomotiven nach den Systemen Riggenbach und Abt.

Seit der Verwendung elektrischer Lokomotiven befaßt sich das Werk auch mit dem Bau des mechanischen Teiles dieser Lokomotiven und unterhält Fabrikationsbeziehungen zu allen großen österreichischen Elektrizitätsfirmen.

Insgesamt wurden bisher an 3000 Lokomotiven zur Ablieferung gebracht.

Die infolge des Zerfalles Österreichs eingetretene gänzliche Verschiebung der Absatzmöglichkeiten ergab für das Unternehmen, das sich bisher fast ausschließlich mit dem Bau von Lokomotiven befaßt hatte, die Notwendigkeit, nach einem Fabrikationszweig zu suchen, der sich sowohl hinsichtlich der werkstättentechnischen Einrichtungen als auch hinsichtlich allgemeiner technischer Unterlagen an Bestehendes anschließt. Dieses Erfordernis erschien mit der Aufnahme des allgemeinen Kesselbaues und der damit im Zusammenhange stehenden Fabrikationszweige in weitestem Maße gegeben.

Der Eintritt in die Kesselfabrikation bedingte eine genaue Kenntnis auf allen Gebieten des heute üblichen Kesselbaues und Teilnahme an den Bestrebungen nach möglichster Steigerung, beziehungsweise Verbilligung der Energieerzeugung.

Diesen Bedingungen wurde dadurch entsprochen, daß das Unternehmen die Generallizenz einer der renommiertesten deutschen Kesselfabriken, und zwar der Firma L. und C. Steinmüller in Gummersbach, auf Erzeugung ihrer sämtlichen Fabrikate, die in den größten deutschen Betrieben sich bestens bewährt haben, erwarb.

Darüber hinaus verfolgte es weiters die von Prof. Dr. Stephan Löffler in Charlottenburg eröffneten, ganz neuartigen Wege zur Hochdruckdampferzeugung und führte in gemeinsamer Arbeit mit Herrn Prof. Dr. Löffler die praktische Erprobung seines Verfahrens durch.

Die bezügliche Lizenz, die erste, die von Prof. Dr. Löffler erteilt wurde, betrifft stationäre und fahrbare Kesselanlagen sowie das Ausführungsrecht und die Alleinlizenzvergebung für Dampflokomotiven. Hinsichtlich Kesselerzeugung ist die Lizenz für Österreich und S. H. S. eine ausschließliche und umfaßt außerdem die Länder Rußland, Bulgarien, Rumänien, Griechenland usw.

Das Verfahren Löfflers, auf dessen Vorzüge im weiteren Verlauf dieses Artikels zurückgekommen wird, gilt heute in allen interessierten Kreisen als eines der aussichtsreichsten zur Erzeugung von Hochdruckdampf.

Der Wirkungsgrad der Kohlenausnützung ist in hundertjähriger Entwicklung bis auf 18 Prozent gestiegen, d. h. nur ein Sechstel der Kohlenwärme wird in mechanische Energie, respektive elektrische Energie verwandelt. Jede Verbesserung dieses Wirkungsgrades drückt sich in einer entsprechenden Verbilligung des Strompreises aus, die wiederum belebend auf das ganze Wirtschaftsleben wirkt, billiges Licht, billige Kraft für Straßenbahnen, Gewerbe usw.

Nun ist die Steigerung des Dampfdruckes ein ideales Mittel zur Verbesserung der Kohlenausnützung. Der Wirkungsgrad steigt bei Steigerung des Dampfdruckes von 12 auf 40 Atmosphären von 18 auf 23 Prozent und bei 120 Atmosphären auf 28 Prozent, das heißt aus der gleichen Kohlenmenge kann nunmehr um 50 Prozent mehr Strom erzeugt werden. Bei modernen Kohlenstaubkesseln mit Lufterhitzer kann dieser Wirkungsgrad noch weiter bis auf 32 und 33 Prozent getrieben werden, womit bereits der Ausnützungsgrad der Dieselmaschine erreicht ist, wobei zu bedenken ist, daß die Kohle nicht halb so teuer ist wie das Brennöl. Ein so tief eingreifender Fortschritt ist seit Jahrzehnten in der Energietechnik nicht zu verzeichnen. Die Nutzbarmachung dieses Fortschrittes kann nicht rasch genug in die Wege geleitet werden.

Die Gemeinde Wien hat durch den Neubau der elektrischen Zentrale in Simmering mit vier Kesseln von 40 Atmosphären und je 1150 Quadratmeter Heizfläche, welche mit den modernsten Einrichtungen, wie Kohlenstaubfeuerung, Lufterhitzung usw., ausgestattet sind, diesen Weg beschritten, und läßt dies hoffen, daß sie auch weiteren Fortschritten, wie sie die Ausnützung höchsten Druckes bedeuten, mit gleicher Tatkraft die Wege ebnen werde, um der Allgemeinheit die großen wirtschaftlichen Vorteile solcher Einrichtungen zugänglich zu machen.

Was die Arbeiten der Lokomotivfabrik auf dem Gebiete der Hochdruckdampferzeugung nach den Patenten des Prof. Dr. Löffler betrifft, sei nur darauf verwiesen, daß sich das Unternehmen seit dem Jahre 1924 mit diesem System beschäftigte und bald darauf in seinem Werke Floridsdorf eine Erprobungsanlage errichtete, in welcher nicht nur die gründliche Untersuchung des neuen Verfahrens und seiner Vorteile, sondern auch eine genaueste praktische Erprobung aller verwendeten Armaturen und Teile angestellt wurde.

Die glänzenden Resultate der Versuchsanlage veranlaßten das Unternehmen, die eigene elektrische Kraftzentrale auf Hochdruck umzubauen. Zu diesem Zwecke wurde ein 120-Atmosphären-Hochdruckkessel für eine Leistung von 8000 Kilogramm Dampf per Stunde bei 480 Grad Überhitzung, entsprechend zirka 2000 Kilowatt auf Kondensation gerechnet samt dazugehöriger Hochdruck-Gegendruckmaschine ganz neuartiger Konstruktion konstruiert und selbst hergestellt. Kessel sowie Dampfmaschine befinden sich seit längerer Zeit in Dauerbetrieb und berechtigen zu den schönsten Erwartungen hinsichtlich ihrer praktischen Verwertung.

Die betriebstechnischen Vorteile des Löffler-Systems sind im wesentlichen folgende:

Zwangsläufiger Dampfumlauf anstatt des bisherigen unkontrollierbaren Wasserumlaufes an der Heizfläche und daher größte Betriebssicherheit, keine Verschmutzung der Heizfläche, volle

Beherrschung der Überhitzertemperatur und leichte, rasche Regulierbarkeit des Kessels. Billiger Preis der Behälter mit unverletzten Wänden ohne Rohreinwalzstellen, äußerst geringer Platzbedarf.

Diese Tatsachen gestatten die Ausgestaltung des Kessels für alle Verwendungszwecke.

Er eignet sich für stationäre Anlagen aller Art sowie für Schiffskessel, Lokomotivkessel usw.

Die Ersparnisse im Lokomotivbau sind gegenüber den heutigen modernsten Dampflokomotiven mit zirka 40 Prozent Kohle zu werten. Bei der Berliner Maschinenbau A. G., vormals L. Schwartzkopff in Berlin, ist nunmehr eine solche Lokomotive, und zwar eine Schnellzugslokomotive von 2500 Pferdestärken, über Auftrag der Deutschen Reichsbahnen bereits im Bau; dieselbe wurde nach den Lizenzen der Lokomotivfabrik bestellt und deren Konstruktion von den Fabriken Schwartzkopff und Floridsdorf gemeinschaftlich durchgebildet.

Einer besonderen Zukunft geht die Kombination von elektrischer Krafterzeugung mit Wärmeerzeugung zu Heiz- und Kochzwecken für alle Betriebe des gewerblichen und privatwirtschaftlichen Lebens entgegen. Eine Lösung dieser Frage ist um so dringender, als die ökonomische Ausnützung der Energie mit den Fortschritten der Wärme- und Energiewirtschaft bisher nicht gleichen Schritt gehalten hat, wie die vielfach noch in Betrieb stehenden höchst rückständigen Heiz- und Kochanlagen beweisen. Die Schaffung eines Fernheizwerkes mit Hochdruckbetrieb, welche eine völlige Umgestaltung, aber auch eine ganz bedeutende Verbilligung unseres Wirtschaftslebens mit sich bringen würde, ist daher derzeit besonders aktuell.

Daß an einen Aufschub in der Erledigung dieser Frage um so weniger gedacht werden sollte, beweist, daß man hinsichtlich elektrischer Zentralen wieder der Aufstellung von Blockkraftwerken zuneigt.

Wie bereits bemerkt, hat die Lokomotivfabrik für das Elektrizitätswerk Simmering der Gemeinde Wien einen Hochdruckkessel für 40 Atmosphären Betriebsdruck und 400 Grad Celsius Überhitzung samt zugehörigen Einrichtungen in Auftrag und Bau; desgleichen den Hauptteil der Hochdruckdampfrohrleitungen für die gesamte Kesselanlage von vier Kesseln gleicher Größe.

Die im Betriebe der Fabrik befindliche 120-Atmosphären-Löffler-Anlage bietet die Möglichkeit, solche Rohrleitungen unter Verhältnissen, die dem Betrieb des Bestellers entsprechen, auszuprobieren.

Die Lokomotivfabrik hat Hochdruckkessel ähnlicher Bauart wie jener für die Gemeinde auch für andere österreichische Industrie-Unternehmungen in Ausführung; Schrägrohrkessel bisher üblicher Bauart wurden bereits in größerer Anzahl hergestellt; darunter vor kurzem auch ein solcher von 300 Quadratmeter Heizfläche für das städtische Gaswerk Simmering, für das auch eine große Generatoranlage zu liefern ist.

Besonderes Augenmerk wird von seiten des Unternehmens der Rostfrage zugewendet, beziehungsweise der Anpassung des Rostes an die verschiedenen Kohlensorten. Unter anderen sind für ein österreichisches Industrieunternehmen eine Anzahl Steinmüller-Treppenroste in Bau, die sich bereits in Deutschland für die Verwendung minderwertigen Brennstoffes ganz vorzüglich geeignet haben. Es sind daher im Hinblick auf die Qualität der österreichischen Brennstoffe von den in Arbeit stehenden Rosten mit Sicherheit günstige Resultate zu gewärtigen.

Eine große Zukunft hat die Kohlenstaubfeuerung; auch auf diesem Gebiete arbeitet die Wiener Lokomotivfabrik. Von Professor Dr. Löffler ersonnene Verbesserungen werden derzeit praktisch erprobt und versprechen günstigste Resultate.

Auch der Frage der Wasserreinigung wurde spezielles Studium gewidmet, da die Qualität des Wassers eine sehr wichtige Rolle sowohl hinsichtlich Leistung als Abnützung des Kessels spielt, und werden besondere Wasserreinigungsanlagen nach dem bewährten Kalk-Soda-Verfahren hergestellt, deren zweckmäßige Konstruktion die Bedienung derselben sehr einfach gestaltet.

Mit dem Wiederaufbau des österreichischen Straßennetzes finden auch die vom Unternehmen erzeugten Dampfstraßenwalzen sowie Motorstraßenwalzen, Patent „Lux", welche in verschiedenen Normaltypen serienweise hergestellt werden – meist in Verbindung mit dem Aufreißer –, lebhafte Nachfrage und konnten zu wiederholten Malen größere Exportaufträge auch auf diesem Fabrikationsgebiet erzielt werden.

Eine gut eingerichtete Abteilung für Blechbearbeitung ermöglicht auch die rationelle Herstellung von Behältern, Benzintanks und Sprengwagen.

Die Graugießerei, Gesenkschmiede und Spezialschmiede erfreuen sich stets wachsender Aufträge, besonders in hochwertigen Artikeln.

So hat die Wiener Lokomotivfabrik auf technischem Gebiete wertvolle Pionierarbeit geleistet, insbesondere auch durch die praktische Verwertung des Löfflerschen Hochdruckgedankens, und bewiesen, daß Österreich in der Verwirklichung technischer Fortschritte sich anderen Ländern ebenbürtig an die Seite stellen kann.

Die Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke

Die Aktiengesellschaft Österreichische Siemens-Schuckert-Werke ist durch die im Jahre 1904 vollzogene Vereinigung der Starkstromabteilung des Wiener Werkes der Siemens & Halske A. G. und der Aktiengesellschaft Österreichische Schuckert-Werke entstanden und stellt die größte elektrotechnische Fabriksunternehmung Österreichs vor. Sie umfaßt derzeit 3 Werke: Das Werk Engerthstraße im 20. Wiener Gemeindebezirk für die Erzeugung elektrischer Maschinen, Apparate und zugehöriger Massenartikel, das Werk Leopoldau im 21. Bezirk für den Bau elektrischer Maschinen und das damit örtlich zusammenhängende Kabelwerk für die Herstellung aller Arten von Kabeln und Leitungsmaterialien.

Das Wiener Werk der Siemens & Halske A. G. war hervorgegangen aus dem im Jahre 1879 in Wien gegründeten Technischen Büro der Berliner Firma Siemens & Halske und hatte schon im Jahre 1883 die Erzeugung in eigenen Werkstätten in der Hainburgerstraße in größerem Maßstabe aufgenommen. Dieses Unternehmen befaßte sich in erster Linie mit dem Bau von Maschinen und Apparaten der Starkstromtechnik und mit der Ausrüstung elektrischer Bahnen (erste elektrische Bahn Österreichs: Mödling–Brühl, Herbst 1883).

Die Vorgeschichte der Österreichischen Schuckert-Werke geht zurück auf die 1884 gegründete Kommanditgesellschaft, die 1896 in den Besitz der Elektrizitäts-A. G. vorm. Schuckert & Co., Nürnberg, überging und im Sommer 1897 zur Aktiengesellschaft „Österreichische Schuckert-Werke" umgewandelt wurde. Es wurde mit dem Bau großer Maschinen begonnen und zu diesem Zwecke eine neue Fabrik in Wien, XX., errichtet und im Laufe des Jahres 1899 bezogen.

Mit 1. Juni 1904 erfolgte die Vereinigung der Österreichischen Schuckert-Werke und der Starkstromabteilung der Siemens & Halske A. G. zu den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken, wobei jedoch eine Interessengemeinschaft mit der Siemens & Halske A. G. aufrecht erhalten wurde; zu Beginn des Jahres 1908 vollzog sich die Angliederung der Kabelfabrik der Siemens & Halske A. G. an die Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke (ÖSSW). Die ÖSSW beschäftigen gegenwärtig 5600 Angestellte und Arbeiter.

Die während des langen Bestandes der Firma gesammelten Erfahrungen ermöglichten es ihr, an der Entwicklung der Elektrotechnik in Österreich in den letzten Jahrzehnten führenden Anteil zu nehmen, was durch Errichtung zahlreicher Stadtzentralen und Überlandwerke, elektrischer Einzelanlagen für Industriebetriebe aller Art und für den Betrieb in Berg- und Hüttenwerken, für Vollbahnen, Straßen- und Seilbahnen zum Ausdruck kommt. Bis Ende 1927 wurden von den ÖSSW im In- und Auslande gegen 500 öffentliche Elektrizitätswerke mit einer Gesamtleistung von nahezu 550.000 PS erbaut.

Außer normalen Typenreihen für Motoren, Generatoren und Transformatoren wurde eine große Zahl von Sonderbauarten für Berg- und Hüttenwerke entwickelt. Im Kleinmotorenbau wird in Reihenfertigung mit sehr leistungsfähigen Erzeugnissen den Bedürfnissen des Kleingewerbes und der Landwirtschaft Rechnung getragen. Im Turbobau wurden in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung auf diesem Gebiete die oberen Leistungsgrenzen weiter erhöht. Der letzte Turbogenerator für das Kraftwerk Simmering der Wiener Städtischen Elektrizitätswerke ist für 25.000 kVA bei 3000 U/Min. bemessen. Große Turbogeneratoren der ÖSSW laufen außerdem unter anderen im Überlandwerk Türmitz der Nordböhm. Elektrizitäts-Werke A. G.,

Bodenbach: je eine Maschine für 15.000 und 18.000 kVA bei 1500, beziehungsweise 3000 U/Min., im städtischen Elektrizitätswerk Zagreb für 14.300 kVA, in den Elektrizitätswerken Krakau und Lemberg je ein Turbo 7500 kVA, alle für 3000 U/Min. Für die Stern & Hafferl A. G., Linz, lieferten die Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke im Jahre 1924 die gesamte maschinelle und elektrische Einrichtung des Dampfkraftwerkes Timelkam (Kessel, 2 Turbosätze, Transformatoren und Schaltanlage).

Auch Jugoslawien wird von den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken beliefert. Im Jahre 1926 vollendeten sie die vollständige elektrische Anlage für die Stadtgemeinde Osijek (Dampfturbozentrale, Hoch- und Niederspannungsnetz mit Transformatoren, Straßenbeleuchtung, Quecksilberdampf-Gleichrichter für die Straßenbahn und die gesamte Fahrleitungsanlage).

Der Ausbau der österreichischen Wasserkräfte gab den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken Gelegenheit, zahlreiche größere Wasserkraftgeneratoren zum Teil in besonderen Ausführungen zu bauen; besonders zu erwähnen sind die Ausrüstung des Achenseewerkes der Tiwag, Innsbruck (2 Drehstromgeneratoren je 13.000 kVA, 500 U/Min., samt Transformatoren für 110 kV), des Kraftwerkes Arnstein der Steweag, Graz (1 Drehstromgenerator 13.000 kVA, 750 U/Min.), des Wasserkraftwerkes Pernegg der Steweag (3 Drehstromgeneratoren je 8000 kVA mit Außendurchmessern von zirka 7 Metern und Gesamtgewichten je zirka 120 Tonnen, bedingt durch die niedrige Drehzahl von 150 U/Min.).

Vollständige elektrische Ausrüstungen lieferten die Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke für folgende Wasserkraftwerke: Strubklammwerk der Städtischen Elektrizitäts-Werke Salzburg, Bärenwerk Fusch der Safe, Salzburg, Arriachwerk der Städtischen Elektrizitäts-Werke Villach und Planseewerk des Elektrizitäts-Werkes Reutte; nach Bulgarien (Gemeinde Sofia) für das Hochdruck-Wasserkraftwerk Bojana (2 Drehstromgeneratoren mit Antriebsturbinen für 800 Meter Gefälle und die sonstige elektrische Ausrüstung), für das Wasserkraftwerk Simeonovo die gesamte maschinelle und elektrische Einrichtung.

Die größten Aufträge haben die ÖSSW für die österreichischen Bundesbahnen und für die Gemeinde Wien ausgeführt. Es wurden eingerichtet: Das Kraftwerk Steeg der Stern & Hafferl A. G. (elektrischer Teil) der Salzkammergut-Linie; das Spullerseekraftwerk der Arlberg-Linie (I. Ausbau: 3 Maschinensätze für 333 U/Min. samt Transformatoren 6300/55.000 Volt, je 7500 kVA Spitzenleistung, Vollausbau 6 solcher Sätze, Einphasenstrom $16^2/_3$ Per.). Für das Stubachwerk sind in Ausführung 4 Maschinensätze gleicher Leistung wie beim Spullerseewerk, jedoch für 500 U/Min. (Vollausbau 6 Maschinensätze).

Unter den größten von den ÖSSW gebauten Transformatoren ist ein solcher für 70 kV Oberspannung und 27.000 kVA Dauerleistung hervorzuheben. ÖSSW-Transformatoren sind fast auf allen elektrischen Anlagen in Österreich einschließlich der Nachfolgestaaten vorhanden, zum Beispiel im Unterwerk St. Pölten der Newag, in den Kraft- und Umspannwerken der Stern & Hafferl A. G., Linz, im Umspannwerk Graz-Süd der Steweag und auf vielen anderen Anlagen.

Das letzte Jahrzehnt brachte im Schaltanlagenbau durchgreifende Veränderungen sowohl in der Ausbildung der einzelnen Apparate als auch hinsichtlich räumlicher Anordnung der Schalteinrichtungen überhaupt. Die höchste Übertragungsspannung beträgt in Österreich derzeit 110 kV; es wurde damit auch neuer Bedarf an Schalteinrichtungen für diese Spannungen geschaffen, wobei als Hauptaufgabe die Durchbildung der sogenannten Hochleistungsschalter zu lösen war. Große Hochspannungs- und Hochleistungsschaltanlagen wurden außer für die Gemeinde Wien errichtet

in den Umspannwerken Wegscheid der Oweag, Linz; Graz-Süd und Ternitz der Steweag; Floresti der Electrica Bukarest und andere. Die neue Entwicklung brachte aber auch grundsätzliche Änderungen in der Anordnung der Schaltanlage selbst in Form der sogenannten Hallenbauart und der Freiluftstationen (50 kV-Umspannwerke Feldkirch und Hall für die österreichischen Bundesbahnen). Die Anzahl der Transformatoren (je 7600 kVA Spitzenleistung) für das Unterwerk Feldkirch beträgt im ersten Ausbau 3, im Vollausbau 4. Das Unterwerk Hall gleicht dem Unterwerk Feldkirch mit geringen Unterschieden.

Die planmäßige Elektrizitätsversorgung ließ ausgedehnte Hochspannungsnetze entstehen (in Österreich fast ausschließlich als Freileitungen ausgeführt), wie zum Beispiel die 110 kV-Fernleitung der Steweag über den Semmering, deren Abschnitt Kapfenberg–Mürzzuschlag von den ÖSSW ausgeführt wird und nahezu fertiggestellt ist. Für den sicheren Betrieb solch ausgedehnter Leitungsnetze ist ein systematisch angelegter Schutz gegen Überspannungen und Erdschlußstrom nötig. Hiefür bauen die ÖSSW die sogenannten Löschtransformatoren, die auch in Österreich in kurzer Zeit große Verbreitung gefunden haben. Die 100 kV-Leitung Wien–Gresten–Partenstein, dann das 22 kV-Netz der Newag sind damit ausgestattet, ebenso die Hochspannungsleitungen der Safe, Salzburg, der Alpinen Montan-Gesellschaft und viele andere. An sonstigen Überspannungs-Schutzeinrichtungen wurde der Drehstrom-Hörnerableiter mit Öldämpfungswiderstand, für höhere Betriebsspannungen mit Widerstandszuschaltung geliefert.

Für die Gemeinde Wien – Städtische Elektrizitätswerke (Stammwerk Simmering samt Unterwerken und Kabelnetz von den ÖSSW 1900 bis 1902 erbaut) wurden folgende neue Lieferungen und Arbeiten durchgeführt: Für das Dampfkraftwerk Simmering je 1 Turbogenerator, 25.000 kVA und 18.700 kVA, beide für 3000 U/Min., sowie Erweiterungen der Schaltanlagen; für das Braunkohlenkraftwerk Ebenfurth 1 Turbogenerator, 20.000 kVA, sowie Erweiterungen der Schaltanlagen; für das Dampfkraftwerk Engerthstraße 1 Turbogenerator, 18.700 kVA, und Erweiterungen der Schaltanlagen; für das Wasserkraftwerk Opponitz 3 Drehstromgeneratoren, je 5000 kVA, 600 U/Min., samt Transformatoren und Schaltanlagen, ferner eine 35 Kilometer lange Freileitung, 20 kV, vom Wasserkraftwerk durch das Ybbstal; für das Wasserkraftwerk Gaming 2 Drehstromgeneratoren, je 6000 kVA, 1000 U/Min., samt Schaltanlage; für das Umspannwerk Wien-Süd je 1 Transformator, 20.000 kVA und 10.000 kVA, samt Erweiterungen der Schaltanlagen; für das Umspannwerk Nord 2 Transformatoren, je 10.000 kVA, 28/5 kV, samt Transformatoren, 2 Erdschluß-Löschtransformatoren, je 2500 kVA, für die 100 kV-Fernleitung Opponitz–Wien, 1 Phasenschieber, 5400 kVA, 3000 U/Min., samt Schaltanlagen; für das Schalthaus Gresten 1 Erdschluß-Löschtransformator, 2500 kVA, für die 100 kV-Fernleitung Partenstein–Gresten; für das Umspannwerk Schmelz 3 Transformatoren, je 10.000 kVA, 28/5 kV, samt Schaltanlage, 4 Quecksilberdampf-Großgleichrichter, je 1000 Ampere Gleichstrom, 750 Volt, samt Transformatoren und Schaltanlagen für den Betrieb der Wiener Straßenbahn; für das Unterwerk Sechshaus 3 Umformer, je 1700 kW Gleichstromleistung, für Licht und Straßenbahn, 1 Zusatz- und Ladeumformer (1400 kW Gleichstromleistung) für die Lichtbatterie, 2 Quecksilberdampf-Großgleichrichter, je 1000 Ampere Gleichstrom, 750 Volt, für die Straßenbahn, samt Transformatoren und Schaltanlagen, die Batterieschaltanlage für 2500 Ampere Dauerstrom und die Gleichstrom-Verteilanlage für 12.000 Ampere Dauerstrom; für die übrigen Unterwerke 4 Umformer, je 1700 kW Gleichstromleistung, für Licht und Straßenbahn, 1 Zusatz- und Ladeumformer, 1400 kW, für eine Lichtbatterie samt Schaltanlagen, laufende Erweiterungen und Umbauten der Schaltanlagen.

Schließlich sind noch die in den letzten Jahren für das Verteilnetz gelieferten etwa 330 Stück Transformatoren von 10 bis 500 kVA sowie etwa 120.000 Stück Zähler zu erwähnen.

Zur Abscheidung von Kohlenstaub aus den Abgasen einer Kohlentrocknungsanlage wurde den ÖSSW auch ein Elektrofilter in Auftrag gegeben. Für das Luft- und Sonnenbad der Gemeinde Wien am Steinhof wurde ein Durchlauferhitzer für 450 kW, 5000 Volt, geliefert; ein zweiter für 800 kW, 5000 Volt, für das Luft- und Sonnenbad am Kongreßplatz ist im Bau; für das Direktionsgebäude der Städtischen Elektrizitätswerke in der Höfergasse wurde eine Warmwasserheizung (2×300 kW) eingerichtet.

An der Elektrisierung der Wiener Stadtbahn sind die ÖSSW weiterhin wie folgt beteiligt: Die gesamte Fahrleitungsanlage der Gürtellinie, des Verbindungsbogens Nußdorferstraße–Friedensbrücke, der Donaukanallinie und Station Hauptzollamt, insgesamt 23·789 Kilometer Einfachgleise; 150 Motoren, je 91 PS Stundenleistung, 675 U/Min., mit Selbstlüftung und Wälzlagern sowie die Ausrüstung von 50 Triebwagen mit Vielfachsteuerung. Ferner sind zu erwähnen: 3 Fernschaltstationen bei den Streckentrennungen Burggasse, Hietzing und Pilgramgasse samt Anschlußleitungen an die Fahrleitungen. Für sämtliche Triebwagen wurden Hörnerblitzableiter, für den gesamten Trieb- und Beiwagenpark 20-polige Vielfachkupplungen geliefert. Außer Straßenbahnmotoren wurden von den Städtischen Straßenbahnen zahlreiche Fahrschalter, elektrische Fahrzeugausrüstungen und Apparate bestellt. Mit den Arbeiten für die Erweiterung des Bahnhofes Michelbeuern und mit dem Einbau von Streckentrennern für die Wiener Stadtbahn wurden ebenfalls die ÖSSW betraut.

Für den elektrischen Betrieb auf den österreichischen Bundesbahnen haben die ÖSSW folgende Lokomotiven geliefert: 20 Güterzugslokomotiven, Achsanordnung E, Reihe 1080.000 und 10 Stück Reihe 1080.100, 4 Schnellzugslokomotiven, Achsanordnung 1-D_0-1, Reihe 1570; 25 Schnellzugslokomotiven, Reihe 1670, sind im Bau. Zu erwähnen ist ferner noch die elektrische Ausrüstung für eine dieselelektrische Lokomotive der österreichischen Bundesbahnen und für einen benzinelektrischen Triebwagen der Zillertalbahn. Weiters wurden 415 Kilometer Fahrleitung, 15 kV (Arlberg-Linie, Salzkammergut-Linie, Bregenz–Feldkirch, Jenbach–Wörgl–Kufstein, Wörgl–Kitzbühel), und 40 Kilometer Übertragungsleitung, 50 kV, über den Arlbergpaß (Landeck–Langen) gebaut. Die ÖSSW haben auch die elektrischen Ausrüstungen für 6 Seilschwebebahnen geliefert.

Die Arbeiten und Lieferungen für den österreichischen Fernkabelbau haben auch dem Kabelwerk der ÖSSW umfangreiche Aufträge gebracht. Einen wichtigen Fabrikationszweig der ÖSSW bildet die Erzeugung von Elektrizitätszählern aller Arten (Gleichstrom-, Wechselstrom-, Drehstromzähler usw.); ein eigener Eichraum ermöglicht die Eichung von 250 bis 300 Zählern täglich.

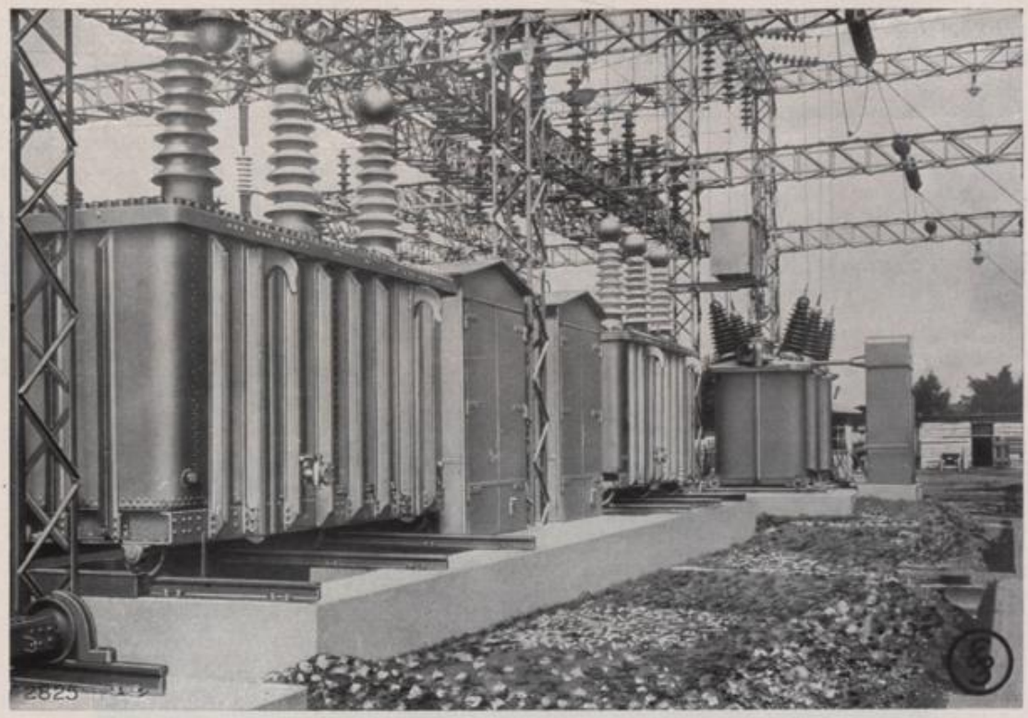
Mit diesen Ausführungen ist das gesamte Arbeitsgebiet der ÖSSW bei weitem nicht vollständig erschöpfend behandelt, doch wird die gegebene Übersicht immerhin einen Begriff von der überaus vielseitigen Tätigkeit des Unternehmens und seiner Bedeutung für die elektrotechnische Industrie geben. Durch eine umfassende kaufmännische Organisation pflegen die ÖSSW im In- und Auslande zahlreiche Geschäftsverbindungen und Beziehungen. In Österreich bestehen für die einzelnen Länder technische Büros in Wien, Dornbirn, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Leoben, Linz und Salzburg. In Verbindung mit der Firma und von ihr dauernd technisch gefördert bestehen in anderen Ländern mehrere Gesellschaften mit zahlreichen technischen Büros.



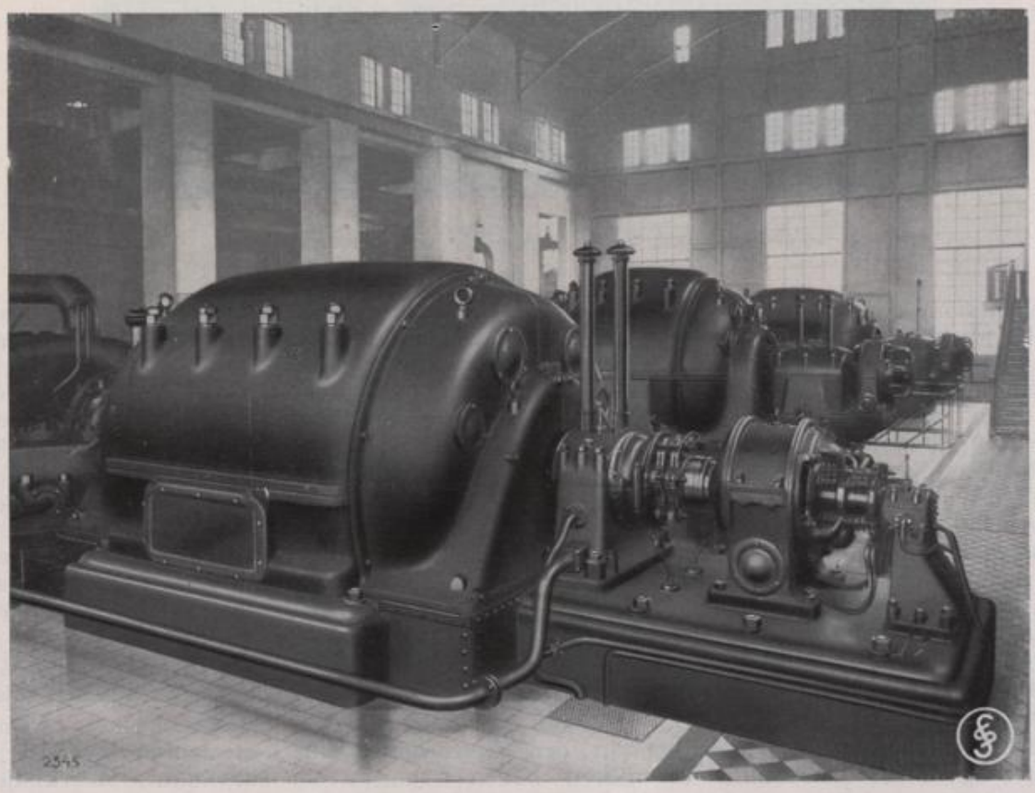
Blick in die neue Großmaschinenhalle
im Werk Siemensstraße der Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke, Wien



Elektrische Schnellzugslokomotive, Achsfolge 1-D_0-1, der ÖSSW für die österreichischen Bundesbahnen (3000 PS Stundenleistung, Höchstgeschwindigkeit 100 km/Std.)



Freiluftstation Floridsdorf der Wasserkraftwerke-A.-G., Wien (Wag). 2 Löschtransformatoren, je 2650 kVA, für 112 kV Netzspannung



Drehstrom-Turbogenerator für 20.000 kVA, cos phi = 0·7, 5250 Volt, für das Überlandkraftwerk Ebenfurth der Gemeinde Wien – Städtische Elektrizitätswerke

Siemens & Halske

Aktiengesellschaft

Die Geschichte des Wiener Hauses der Siemens & Halske Aktiengesellschaft reicht in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück. Die Firma hatte bereits in den fünfziger und sechziger Jahren eine Telegraphenbauanstalt an derselben Stelle, wo sich heute ihr großer Fabriksneubau erhebt, im Betriebe. Das eigentliche Geburtsjahr des Wiener Werkes ist jedoch das Jahr 1879.



Fabriksgebäude Wien, III., Apostelgasse–Hainburgerstraße

Damals bestand ein technisches Büro in Verbindung mit einer Werkstätte in der Magdalenenstraße. Bald jedoch erforderte die wachsende Geschäftstätigkeit auf dem Gebiete der Eisenbahnsicherungsanlagen, für welche die Siemenssche Type anfangs der achtziger Jahre auf den österr.-ungarischen Bahnen vorgeschrieben wurde, die Einrichtung eigener Fabrikationswerkstätten. Das Technische Büro bezog die Räume des schon früher der Firma gehörigen Hauses, III., Apostelgasse, und hier wurde mit etwa 50 Arbeitern die Fabrikation von Eisenbahnsicherungsanlagen aufgenommen.

In den Jahren 1888 und 1889 verknüpfte sich die Geschichte der Firma mit der Entwicklung der Stadt Wien durch die Errichtung der beiden ersten elektrischen Zentralen in der Neubadgasse und in Mariahilf. Hand in Hand damit entstanden Fabriksneubauten auf dem Grundstück in der Apostelgasse. In Floridsdorf wurde 1897 die Kabelfabrik, 1900 die Dynamofabrik dem Betriebe übergeben. Diese umfassenden Erweiterungen bereiteten die Durchführung der großen an die Firma herantretenden Aufgaben vor, darunter vor allem der Umbau der Wiener Straßenbahnen, die zu dieser Zeit von der Pferdebespannung auf elektrischen Betrieb übergingen.

Am 1. Januar 1904 erfolgte die Vereinigung der Starkstromabteilungen des Wiener Werkes mit den österreichischen Schuckert-Werken zu einer neuen Firma, den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken.

Die umfangreichen Werkstätten in der Apostelgasse, in den Jahren 1917/18 durch Erweiterungsbauten beträchtlich vergrößert, bilden nunmehr ein einheitliches Werk für die

Fabrikation und den Vertrieb von Eisenbahnsicherungsanlagen, Telegraphenapparaten, Wasserstandsfernmeldern, Feuermeldern, automatischen Amts- und Privatfernsprechanlagen, Meßinstrumenten, Apparaten für drahtlose Telegraphie, Telephonie und Rundfunk, elektrischen Uhren- und Signalanlagen, Röntgen- und elektromedizinischen Apparaten, Benzinmotoren und Wärmewirtschaftsapparaten.

Unter den großen, für die Gemeinde Wien geschaffenen Einrichtungen seien nur einige kurz erwähnt, so zum Beispiel die automatische Telephonanlage des neuen Wiener Rathauses.

Die Telephonanlage umfaßt derzeit zirka 700 Sprechstellen, welche alle auch in das staatliche Telephonnetz sprechen können. Der Verkehr im Hause und mit verschiedenen städtischen Betrieben erfolgt ebenso wie der Verkehr in das Staatstelephonnetz vollkommen automatisch. Die Bedienung des Vermittlungsschrankes beschränkt sich lediglich auf die Durchschaltung der von außen ankommenden Rufe. Für den Verkehr von und nach außen stehen zirka 70 Amts-



Tischtelephon (Sekretäreinrichtung), Wiener Rathaus

leitungen zur Verfügung. Bemerkenswert ist der Aufstellungsort der Zentrale, als welcher ein Teil des Dachbodens herangezogen werden mußte. Die Räume wurden in vorbildlicher Weise adaptiert und enthalten sowohl die Telephonanlagen, Telegrapheneinrichtungen und Akkumulatoren als auch eine Werkstätte für Mechaniker, Lagerräume, Erholungsräume für das Personal sowie Wasch- und Kocheinrichtungen und Bad.

Neben vielen anderen wurde eine ähnliche, aber kleinere Anlage für die Zwecke des internen Dienstverkehres der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof" eingerichtet.

Zur ständigen Überwachung des Wasserstandes sämtlicher für die Wasserversorgung der Stadt Wien in Betracht kommenden Hochbehälter dienen elektrische Wasserstandsmeldeanlagen.

Jedes Reservoir erhält entsprechend der Anzahl der darin eingebauten Wasserkammern einen oder mehrere Wasserstandsmelder. In den zugehörigen Aufsehergebäuden befinden sich die Zeigerapparate, welche die jeweilige Wasserstandshöhe der einzelnen Wasserkammern anzeigen.

In der Zentralstelle im VI. Bezirk, Grabnergasse, ist für jede der zahlreichen Wasserkammern ein besonderer Zeigerapparat mit Registriereinrichtung angebracht, wodurch eine dauernde Beobachtung und Registrierung der Wasserspiegelschwankungen sämtlicher Reservoire ermöglicht ist.

Die Zugsicherungsanlage der Wiener Elektrischen Stadtbahn, die in ihrer Gänze von der Firma Siemens & Halske Aktiengesellschaft erbaut wurde, ist nach den modernsten Grundsätzen auf dem Gebiete der Sicherung eines Schnellbahnverkehres eingerichtet.

35 halbautomatische und 107 automatische Signale, durchwegs Lichtsignale, übernehmen die Freifahrtmeldung – durch Grünlicht – und die Zugs-, beziehungsweise Weichendeckung – durch Rotlicht.

Zur Betätigung der Weichen, Fahrsperren, halbselbsttätigen Signale und Befehlsignale wurden in sieben Stationen Stellwerke errichtet. Die Weichen sind mit elektrischen Antrieben versehen, die durch Umlegen von Hebeln an den Stellapparaten eingeschaltet werden. Elektrisch gestellte Fahrsperren bewirken beim Überfahren eines Haltsignales das Auslösen der Wagenbremse.

Durch diese und eine Reihe anderer Einrichtungen wird erreicht, daß auf der oberen Wiental- und auf der Gürtellinie mit einer Zugsfolge von eineinhalb Minuten, auf der



Blockanlage der Stadtbahn

unteren Wiental- und auf der Donaukanallinie mit einer solchen von drei Minuten gefahren werden kann.

Im Herbst 1925 erhielt die Firma den Auftrag zur Einrichtung des neugeschaffenen Zählereichraumes der städtischen Elektrizitätswerke, in welchem insgesamt 24 Zählerprüfeinrichtungen zur Aufstellung gelangten, hievon je die Hälfte für Gleichstromzähler und für Wechsel-, beziehungsweise Drehstromzähler.

Die Leistungsfähigkeit der Station beträgt 60.000 Zählereichungen pro Jahr.

Der Raum verbietet, auf die große Zahl der sonstigen Anlagen hinzuweisen, die die Firma im Auftrage der Gemeinde Wien ausgeführt hat. So kann auch die Einrichtung für den Sprechverkehr der Kraftwerke in Gresten, Opponitz, Partenstein mittels leitungsgerichteter Hochfrequenztelephonie nur kurz erwähnt werden.

Es sei noch bemerkt, daß in Verbindung mit dem Wiener Werke technische Büros in Wien, Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Linz bestehen, in Wien außerdem noch eine Abteilung für Telephon-Mietanlagen und Verkaufsniederlagen für Röntgen- und elektromedizinische Apparate sowie für Radiogeräte; in den Nachfolgestaaten mehrere Gesellschaften mit zahlreichen Technischen Büros.

A. E. G.-Union Elektrizitäts-Gesellschaft

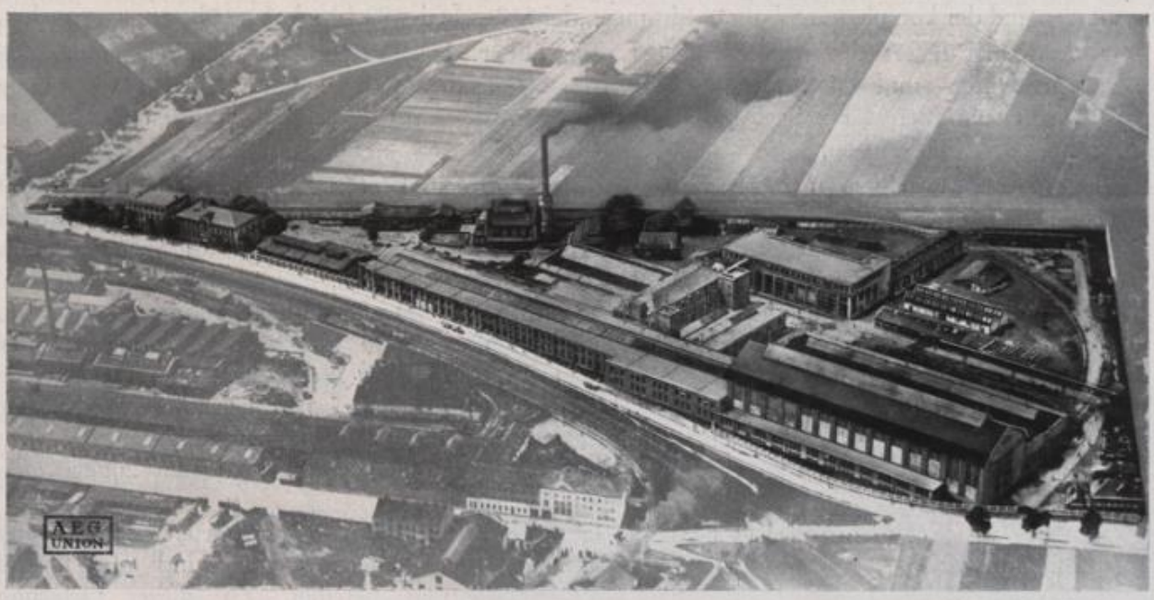
Wien

Die starke Zunahme des Bedarfs an elektrischer Energie, die sich bald nach Kriegsende bei der Versorgung von Städten und Gemeinden und auf vielen Gebieten des industriellen Lebens geltend machte, zu der aber auch die Einführung des elektrischen Betriebes auf größeren Strecken der Österreichischen Bundesbahnen wesentlich beigetragen hat, machte den Bau neuer Kraftwerke und die Erweiterung bestehender Anlagen notwendig. Sie gab im Besonderen den Anstoß zur Forderung nach weitgehender Nutzbarmachung der reichen Wasserkräfte Österreichs.

Als größtes Industrie- und Verkehrszentrum des Landes sah sich die Gemeinde Wien, die bis zum Kriegsende nur über Strombezug aus Dampfkraftwerken verfügte, dazu gedrängt, sowohl Wasserkräfte in größerem Umfang zu erwerben und eigene Werke zu deren Ausnützung zu bauen, als sich auch den Bezug elektrischer Energie aus durch fremde Initiative geschaffenen Werken zu ökonomischen Bedingungen zu sichern und gleichzeitig ihre älteren Dampfkraftanlagen bedeutend zu erweitern.

Ein großzügig aufgestelltes und durchgeführtes Programm führte so im Laufe der letzten Jahre zum Bau der Wasserkraftwerke Opponitz und Gaming, zum Abschluß und Bezug bedeutender Strommengen vom Kraftwerk Partenstein der Oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.-G., zum Bau ausgedehnter Fernleitungen für den Transport der gewonnenen Energien nach Wien, zur Vergrößerung und Modernisierung der vorhandenen Dampfzentralen, zur Errichtung von Umspannwerken, Unter- und Umformerstationen in der Stadt und zur Erweiterung der städtischen Unternehmungen und Einrichtungen, die dem Verkehr und der Verteilung von Licht- und Kraftstrom im Gebiet der Stadt Wien dienen.

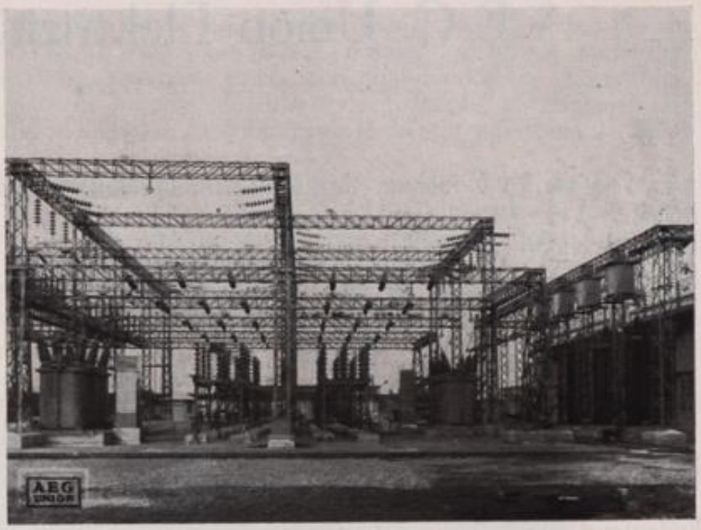
An den zur Durchführung dieses Programmes in dem genannten Zeitraum an die heimischen Elektrizitätsunternehmungen vergebenen Lieferungen hat die A. E. G.-Union, die auf eine mehr als 25jährige Wirksamkeit zurückblickt, einen bedeutenden Anteil erhalten.



Fabrik Wien XXI

Im folgenden sei auf eine Anzahl der wichtigsten von ihr in dieser Zeit durchgeführten Arbeiten und Ausführungen hingewiesen.

Bereits im Jahre 1919 wurde von der A. E. G.-Union für die Erweiterung des Ebenfurther Kraftwerkes ein 20.000-kVA-Transformator für 70-kV-Oberspannung, die bis dahin größte Einheit auf österreichischem Gebiet, geliefert, der die einige Jahre vorher fertiggestellte 37·5 km lange 70-kV-Fernleitung nach Wien zu speisen hatte, deren 19 km betragende Hälfte ebenfalls von der A. E. G.-Union ausgeführt ist. Ein zweiter, gleich großer Transformator wurde nachbestellt.



Freiluft-Umspannstation Wien-Nord

Von den später errichteten, dem Strombezug aus den Wasserkraftwerken Partenstein, Opponitz und Gaming dienenden, in die Umspannstation Wien-Nord mündenden 110-kV-Übertragungsleitungen mit einer Gesamtausdehnung von rund 220 km Länge hat die A. E. G.-Union die Strecken Opponitz–Gresten und Gaming–Gresten mit zusammen 30 km Länge ganz und von der vom Werk Partenstein über Gresten nach Wien führenden Leitung mehrere Streckenabschnitte von zusammen rund 60 km Länge ausgeführt.

Die Station Wien-Nord, die die mit 110 kV ankommende Spannung auf die Speisekabelspannung von 28 kV herabsetzt, ist von ihr 1924 als erste Freiluft-Transformatoren- und Schaltstation in Mitteleuropa erbaut und mit einer Transformatorenleistung von 18.000 kVA in Betrieb genommen worden. In den folgenden Jahren wurde ihre Leistung durch zweimalige Erweiterung auf 66.000 kVA erhöht und ist auch hiefür der Erbauerin jedesmal die Lieferung der Transformatoren und der kompletten Schalteinrichtungen der 110- wie der 28-kV-Anlage übertragen worden.

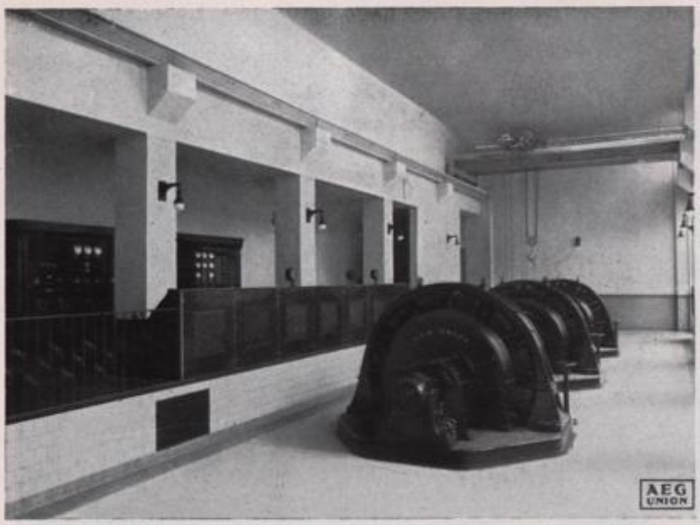
Wien-Nord liefert die transformierte Energie über den großen 28-kV-Kabelring an eine Reihe von Unter- und Umformerstationen, von denen die nachstehenden ebenso wie einige größere Schaltstationen für das 5-kV-Kabelnetz, von der A. E. G.-Union mit der elektrischen Einrichtung versehen wurden.

Das Werk Michelbeuern besitzt zwei Transformatoren zu je 10.000 kVA und liefert Strom in das Wiener 5-kV-Kabelnetz. In der Station Ottakring erzeugen drei über Transformatoren gespeiste Einankerumformer je 2200-kW-Gleichstrom mit 460 bis 530 Volt für die Speisung eines Teiles des Gleichstromnetzes.

Von den drei der Versorgung des elektrischen Bahnbetriebes dienenden Stationen Alsergrund, Döbling und Thury besitzen erstere zwei, beziehungsweise drei Quecksilber-Großgleichrichter zu je 1000 kW, deren Strom in das Netz der Wiener Straßenbahn fließt, die letztere vier solche Einheiten für je 750 kW, die den Fahrdraht der Stadtbahn speisen. Sämtliche Gleichrichter erhalten ihren Strom über entsprechende Transformatoren für 5 kV Oberspannung.

Im Werk Engerthstraße wurden drei Transformatoren zu je 8000 kVA mit zugehörigen Doppeldrehreglern aufgestellt.

An der von der Gemeinde Wien in den Jahren 1924 bis 1925 durchgeführten Elektrisierung des Stadtbahnbetriebes war die A. E. G.-Union mit der Lieferung von rund ein Drittel der insgesamt 54 km Länge besitzenden Streckenfahrleitung beteiligt. Zu dieser Lieferung gehörten auch die Fahrleitungsausrüstungen der Bahnhöfe Hietzing und Meidlinger Hauptstraße.



Einankerumformer in der Umformerstation Ottakring

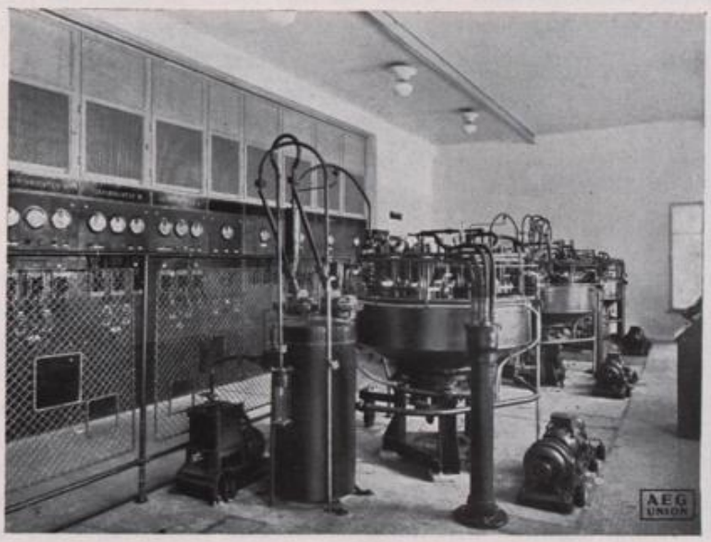
Für die Triebwagen wurden 100 Motoren mit einer Gesamtleistung von 9500 PS von der A. E. G.-Union geliefert.

Für die Erweiterung des Straßenbahnwagenparks sind ihr im Laufe der letzten Jahre 275 Motoren in Auftrag gegeben worden, deren Ausführung gegenüber derjenigen älterer Motoren durch die Anwendung von Rollenlagern und von Selbstbelüftung sowie durch die Anordnung einer Getriebebremse bemerkenswert ist. An der von der Gemeinde Wien begonnenen, noch in Durchführung begriffenen Herstellung des Netzes der elektrischen Straßenbeleuchtung ist die A. E. G.-Union von Anfang an umfangreich mitbeschäftigt. Bisher wurden von ihr Straßenzüge mit einer Gesamtlänge von mehr als 50 km mit Lichtinstallation, umfassend etwa 2000 Lampen, ausgerüstet.

Außer für die angeführten, sich über das gesamte Stadtgebiet erstreckenden Unternehmungen der Gemeinde Wien hatte die A. E. G.-Union auch umfangreiche Arbeiten in kommunalen Wohnbauten und für städtische Anstalten auszuführen. So erhielt die den Transport von Speisen und Rohstoffen innerhalb des Anstaltsbereiches des Versorgungshauses in Lainz dienende schmalspurige Bahn vier von der A. E. G.-Union gelieferte Akkumulatorenlokomotiven mit einem Dienstgewicht von 2900 kg.

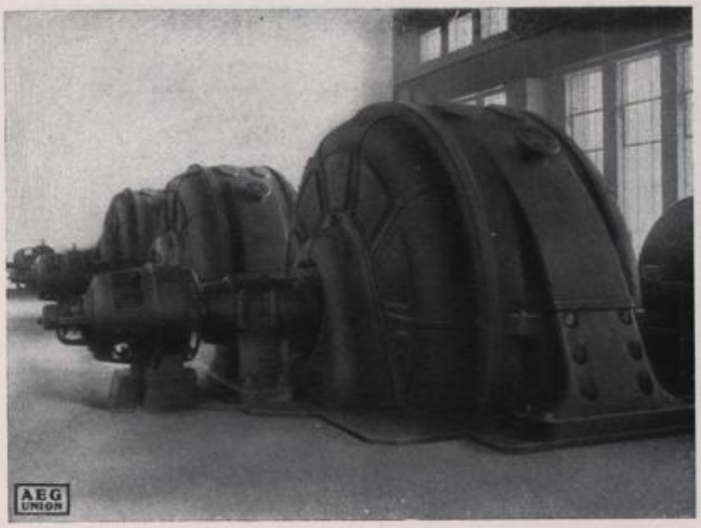
In den großen städtischen Wohnhausbauten Fuchsenfeld, Sandleiten und Wienerbergstraße wurden von der A. E. G.-Union rund 4000 Wohnungen mit elektrischer Beleuchtung und deren Großwäschereien mit elektrischem Antrieb mit gutgeschützten Spezialmotoren ausgestattet. Für das städtische Bad am Gaudenzdorfer Platz und das Ratschkybad wie für das Schlachthaus Meidling wurden die motorische und die Lichtinstallation, für das St. Marxer Schlachthaus die elektrische Einrichtung zur Sterilisierungsanlage, für die Großmarkthalle die elektromotorischen Antriebe der Kühlanlage mit einer Gesamtleistung von rund 400 PS geliefert.

Eine sehr zweckmäßige Verwendung haben von der A. E. G.-Union gebaute Elektrokarren im Betrieb der städtischen Müllabfuhr gefunden. Sie besorgen in großen Wohnhausbauten mit umfangreichen Höfen den Transport der Müllbehälter zwischen deren festem Standort und der Zentralstelle ihrer



Großgleichrichter in der Station Thury

Verladung in die Abfuhrwagen. Im vorstehenden ist in großen Zügen und unter Hervorhebung einzelner besonders bemerkenswerter Objekte ein annäherndes Bild der Beteiligung der A. E. G.-Union an der von der Gemeinde Wien im Laufe der letzten Jahre auf dem Gebiet der Beschaffung und Nutzbarmachung elektrischer Energie entfalteten Tätigkeit gegeben.



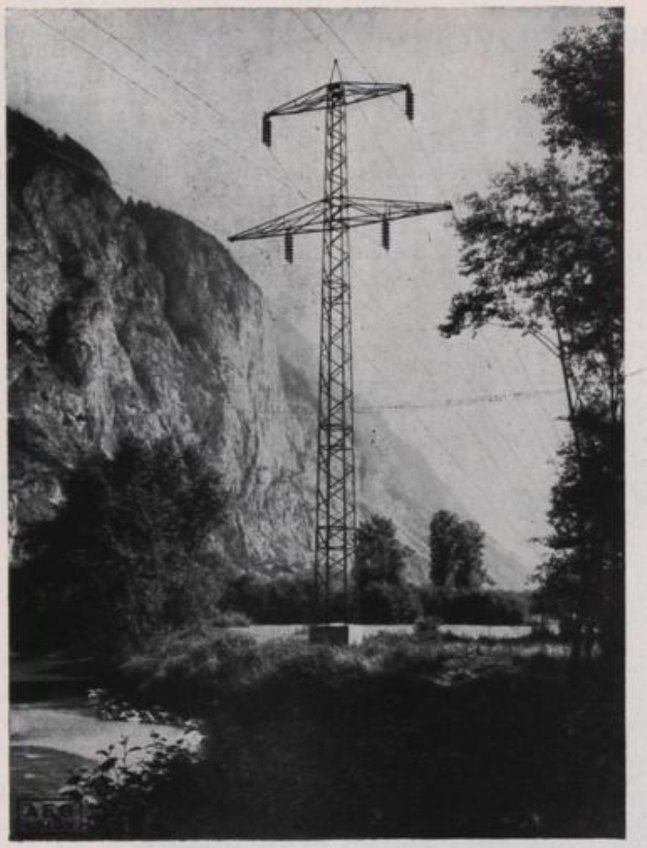
Bahngeneratoren im Achenseekraftwerk

Der Ausbau der österreichischen Wasserkräfte verschaffte der A. E. G.-Union aber auch im größeren Rahmen des Landes reichliche Beschäftigung. So wurden von ihr, um nur auf einige hauptsächliche Lieferungen hinzuweisen, für das Kraftwerk Partenstein der Oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.-G. drei Generatoren in Vertikalanordnung für je 12.000 kVA, 600 U. p. M., drei Transformatoren für die gleiche Leistung und für 115 kV Oberspannung, sowie die gesamte 115-kV- und 5-kV-Schaltanlage geliefert. Im Gampadelz-Kraftwerk der Vorarlberger Landes-Elektrizitäts A. G. wurden zwei Generatoren für je 4000 kVA, 500 U. p. M., im Rannawerk der Stern- und Hafferl A. G. zwei Generatoren für je 4500 kVA, 1000 U. p. M., im Kraftwerk der Leykam-Josefsthaler Papierfabrik zwei Generatoren in vertikaler Anordnung für je 3000 kVA, 167 U. p. M., im Ruetzwerk der Österreichischen Bundesbahnen ein Einphasengenerator für Bahnbetrieb und 5000/7500 kVA, 333 U. p. M., aufgestellt.

Für den Umbau des Sillwerkes der Stadt Innsbruck ist ein Generator für 7500 kVA geliefert, eine Nachbestellung auf zwei weitere solche Einheiten der A. E. G.-Union erteilt worden. Im erst vor kurzem dem Betrieb übergebenen Achenseekraftwerk der Tiroler Wasserkraftwerke A. G. liefern drei Einphasengeneratoren für 5000/7000 kVA, deren Spannung durch Transformatoren gleicher Leistung auf 50 kV erhöht wird, Strom in die Fernleitung der Österreichischen Bundesbahnen. Ein Drehstromgenerator für 25.000 kVA, 500 U. p. M., für dieses Werk als größte bisher in Österreich zur Ausführung gekommene, durch Wasserturbine angetriebene Maschine befindet sich zurzeit in den Werkstätten der A. E. G.-Union in Ausführung.


Güterzuglokomotive auf der Mittenwaldbahn

Die für die Überführung des Dampfbetriebes in den elektrischen Betrieb auf den westlichen Strecken der Österreichischen Bundesbahnen erteilten Aufträge boten der A. E. G.-Union von Anfang dieser Aktion



125-kV-Übertragungsleitung Innsbruck–Scharnitz

an laufende Beschäftigung. Bisher befinden sich 45 teils dem Personen-, teils dem Güterverkehr dienende Vollbahnlokomotiven auf den Strecken westlich Wörgl bis Bregenz und auf der Salzkammergutstrecke in Dienst. Von 22 in Auftrag gegebenen, schweren Güterzuglokomotiven, Achsfolge E, Leistung 2000 PS, ist ein Stück kürzlich abgeliefert worden. Diese Type stellt ihrer Leistung nach die stärkste Güterzugslokomotive und in bezug auf ihre Anfahrzugkraft von 24.000 kg die überhaupt stärkste, auf österreichischen Strecken laufende Lokomotive dar.

Als neuartige Ausführung sei noch die diesel-elektrische, normalspurige Nebenbahnlokomotive für die Gailtalbahn erwähnt, die kürzlich dem Betrieb übergeben wurde.

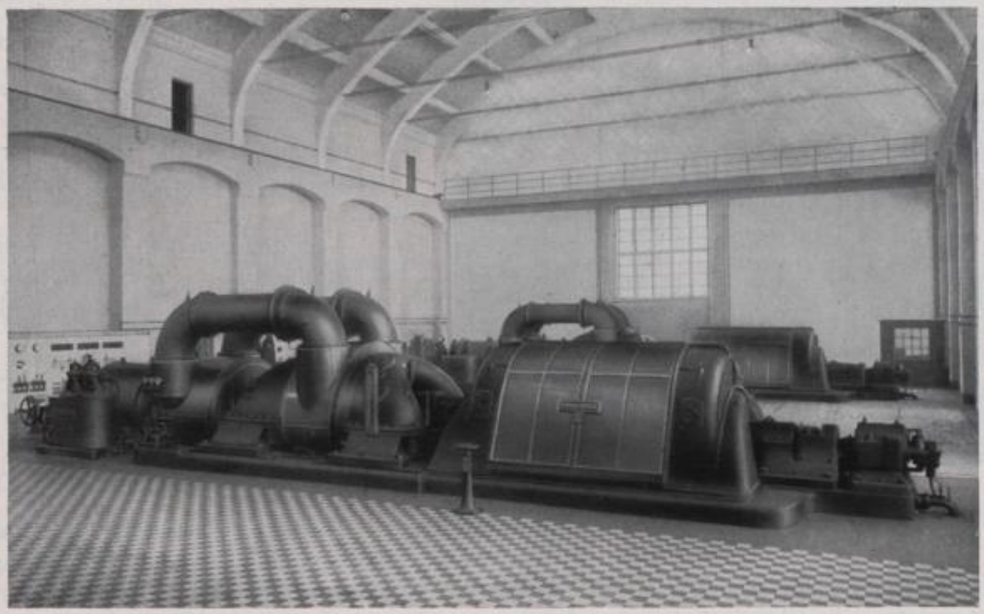
Von den bisher in Betrieb befindlichen Fahrleitungsanlagen der Westbahn-, Salzkammergut- und Brennerstrecke der Österreichischen Bundesbahnen ist von der A. E. G.-Union insgesamt eine Länge von 140 km ausgeführt worden. Die Länge der von ihr zwischen den Bahn-Kraft- und Unterwerken verlegten 50-kV-Fernleitungen beträgt 65 km.

Auch Fernleitungen für industrielle Zwecke mit Übertragungsspannungen von mehr als 40 kV wurden von der A. E. G.-Union in größerem Umfang gebaut. Es soll nur noch außer den schon genannten Leitungen die erste in Österreich für 100 kV dimensionierte, bisher mit 43 kV betriebene Leitung Linz–Steyr von 17 km Länge erwähnt werden, ferner die von Mürzzuschlag über den Semmering nach Ternitz führende 110-kV-Strecke der Leitung Graz–Ternitz der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.-G., die zur Stromlieferung des Achenseewerkes nach Bayern dienende 125-kV-Leitung mit ihrer auf österreichischem Gebiet zwischen Innsbruck und Scharnitz verlaufenden, 31 km langen Strecke, schließlich die vom Kraftwerk Brunnenfeld der Niederösterreichischen Elektrizitäts-Wirtschafts-A.-G. zum Umspannwerk Traisen führende 60-kV-Übertragungsleitung von 66 km Länge.

Nach Beendigung des Krieges machte sich auch bei der Landbevölkerung das Bedürfnis für elektrische Energie zu Beleuchtungs- und Kraftzwecken in erhöhtem Maße geltend; es kamen eine Reihe landwirtschaftlicher Überlandzentralen, meist unter Heranziehung von Wasserkräften, durch die A. E. G.-Union zur Ausführung, wie auch die Erschließung großer Gebiete durch Anlage von Hochspannungsfernleitungen durchgeführt wurde. So wurde insbesondere das Leitungsnetz der Niederösterreichischen Elektrizitäts- und Wirtschafts-A.-G. in ganz bedeutendem Umfang ausgebaut und zahlreiche Orte angeschlossen, bei welchen Bauten die A. E. G.-Union namentlich in den Bezirken Korneuburg, Stockerau sowie im Marchfeld sich betätigte. Genanntes Unternehmen ließ durch die A. E. G.-Union auch zwei größere Wasserkraftzentralen in Wr.-Neustadt erbauen und die dort bestandene kalorische Anlage mit neuen Generatoren versehen.

Österreichische Brown Boveri-Werke A.-G.

Die Österreichische Brown Boveri-Werke A.-G. wurde 1910 als Tochtergesellschaft der A.-G. Brown Boveri & Cie. in Baden (Schweiz) gegründet. Das Stammhaus, das 1891 von C. E. L. Brown und W. Boveri errichtet wurde, hat bahnbrechend an der Entwicklung der Elektrotechnik mitgewirkt. Dank des Weltrufes, den sich die Fabrikate der Firma erwarben, konnte sich diese sehr rasch ausdehnen und zahlreiche Tochtergesellschaften mit eigenen Werken in den hauptsächlichsten Industriestaaten errichten.



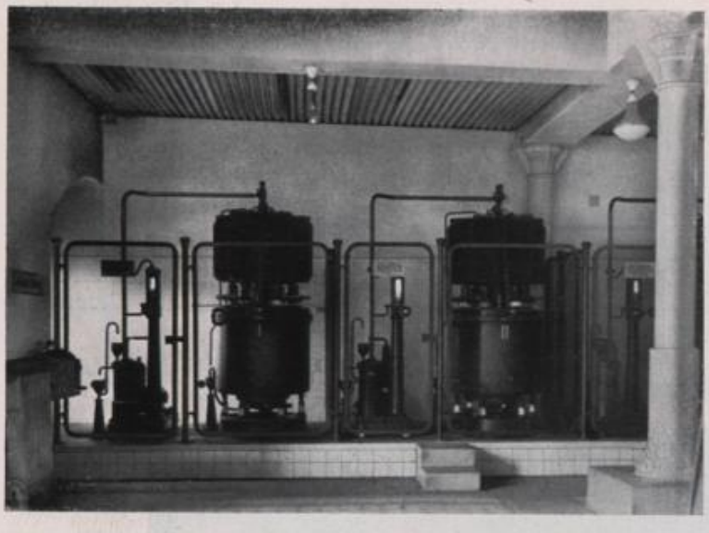
30.000 PS, 3-Zylinder-Hochdruck-Dampfturbine, Drehzahl 3000 U. p. M.

Das Fabrikationsprogramm des Konzerns umfaßt einerseits sämtliche Maschinen, Apparate und Einrichtungen für die Starkstromtechnik, andererseits auf dem Gebiete des allgemeinen Maschinenbaues in erster Linie Dampfturbinen und sonstige Einrichtungen für Dampfkraftwerke, Turbo-Kompressoren sowie als Spezialität Zahnrad-Übersetzungsgetriebe bis zu den größten Leistungen. Einige besonders bemerkenswerte Anlagen und Ausführungen sollen im folgenden hervorgehoben werden:

Die Österreichischen Brown Boveri-Werke haben an der Errichtung elektrischer Groß-Kraftwerke in Österreich hervorragenden Anteil genommen. Unter vielen anderen sei auf die Wasserkraftzentrale in Faal an der Drau mit einer ausgebauten Gesamtleistung von 48.000 PS bei 10.000 Volt Generatorspannung und 80.000 Volt Fernleitungsspannung hingewiesen, deren gesamte elektrische Einrichtung von der Firma geliefert wurde.

Für das Achenseekraftwerk der Tiwag – das größte Wasserkraftwerk Österreichs – das eine installierte Leistung von 125.000 PS erhalten wird, haben die Brown Boveri-Werke die gesamten Schaltanlagen ausgeführt, unter welchen insbesondere die ersten bisher in Österreich errichteten Freiluftstationen dieses Umfanges für einerseits 115.000 Volt Drehstrom, andererseits für 55.000 Volt Einphasen-Bahnstrom bemerkenswert sind.

Für das Kraftwerk Pernegg der Steweag mit einer installierten Leistung von 24.000 kVA wurde gleichfalls die gesamte Schaltanlage hergestellt. In dieser Anlage werden die ersten Brown



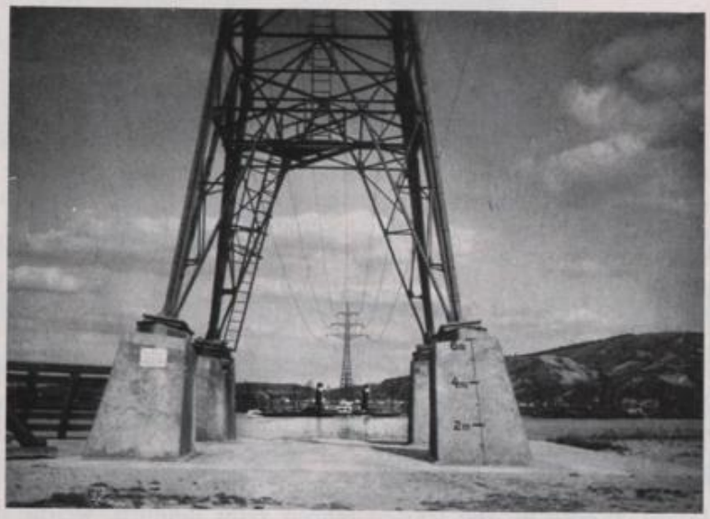
Zwei Einheiten à 1000 Amp. der 6000 Amp. Gleichrichteranlage Großmarkthalle für Stadt- und Straßenbahnbetrieb, Gesamtleistung 4500 KW

Boveri patentierten Solenoid-Ölschalter zur Bewältigung höchster Abschaltleistungen eingebaut.

Vor etwa dreißig Jahren wurde von dem Stammhaus in Baden bereits der Bau von Dampfturbinen, als der wichtigsten Antriebsmaschine für Wärmekraftwerke, aufgenommen. Für den bedeutenden Anteil der A.-G. Brown Boveri & Cie. an der großen Entwicklung, welche die Dampfturbine gerade in den letzten Jahren genommen hat, zeugt die 30.000 PS Turbine, welche als größte Kraftmaschine Österreichs derzeit für das Kraftwerk Simmering der Städtischen Elektrizitätswerke in Wien zur Aufstellung gelangt. – Die 3000 tourige Turbine, dreigehäusiger Bauart, ist für Frischdampf von 33 atm-abs., 400 Grad Celsius und Kondensationsbetrieb vorgesehen. Die gewählten Werte für Druck und Temperatur des Dampfes ermöglichen derzeit die wirtschaftlichste Ausführung für eine absolut betriebssichere Maschine. Die Bestrebungen zur Herabsetzung des Brennstoffverbrauches werden noch durch eine zweistufige Vorwärmung des Speisewassers durch Anzapfdampf vervollständigt.

Ein Spezialgebiet, dem die Brown Broveri-Werke ihr besonderes Augenmerk zugewendet haben, ist der Bau von Hochspannungsfernleitungen, von denen ein Großteil der in Österreich zur Ausführung gelangten von der Firma gebaut wurde. Es sei hier besonders auf die 110.000 Volt-Leitung von zirka 190 Kilometer Länge hingewiesen, welche die Elektrizitätswerke der Gemeinde Wien mit den Wasserkraftwerken Gaming, Opponitz und Partenstein verbindet und von welcher die Strecken Wien–Oberndorf und Gresten–St. Peter in einer Gesamtlänge von 141 Kilometer von Brown Boveri errichtet wurden. Die Donau wird in der Nähe Wiens bei Kritzendorf mit einem Spannfeld von 380 Meter Weite übersetzt, während die Maximal-Spannweite der Leitung 455 Meter beträgt. Die Brown Boveri-Werke können auch auf besondere Erfahrungen im Bau von Hochgebirgsleitungen hinweisen, wie Ausführungen bis zu 1600 m Scheitelhöhe der Trasse bei ungünstigen Schneeverhältnissen zeigen.

Für eine Reihe von Verwendungszwecken, insbesondere zum Beispiel für den Betrieb von Straßen- und Untergrundbahnen, ergibt sich die Notwendigkeit der Verwendung von Gleichstrom, der daher aus dem in den Fernkraftwerken erzeugten Wechselstrom umgeformt werden muß. Der Wunsch, hiefür rotierende Maschinen zu vermeiden, was insbesondere für vollautomatische Stationen wünschenswert ist, hat zur Ausbildung der Quecksilber-Groß-Gleichrichter geführt, an deren Schaffung die A.-G. Brown Boveri & Cie. führend mitgewirkt



Donaukreuzung bei Kritzendorf der 110.000-Volt-Leitung Wien–Gaming–Opponitz–Partenstein

hat. Für die Städtischen Elektrizitätswerke Wien sind daher auch von der Firma bereits sechs Umformerstationen mit einer Gesamtleistung von 9600 kW in Betrieb gesetzt worden, während drei weitere Stationen für eine Leistung von 5400 kW in Lieferung sind. Zwei Stationen der Städtischen Elektrizitätswerke Wien, mit Glasgleichrichtern von je 340 kW Leistung ausgerüstet, haben dabei als einzige Stationen in Wien vollautomatischen Betrieb, der von der Zentrale aus gesteuert wird.

Bei den Elektrifizierungsarbeiten für die österreichischen Bundesbahnen sei insbesondere auf die sechzehn gelieferten 1 C C 1 Lokomotiven von 2400 PS Leistung und 116 Tonnen Dienstgewicht hingewiesen, welche die derzeit größte und leistungsfähigste Type der Bundesbahnen bilden. Für das von der Gemeinde Wien durchgeführte große Werk der Elektrifizierung der Stadtbahn war die Firma, abgesehen von der bereits erwähnten Einrichtung von Gleichrichter-Umformerstationen und der Ausführung eines Teiles der Fahrleitung, bezüglich der Fahrbetriebsmittel durch die Lieferung der motorischen Antriebe für 51 Triebwagen beteiligt.



Gebirgsschnellzugslokomotive, Leistung 2400 PS, 116 Tonnen Dienstgewicht

Für die elektrische Ausrüstung industrieller Betriebe haben die Österreichischen Brown Boveri-Werke eine Reihe bewährter Motortypen entwickelt, welche je nach dem Verwendungszweck den verschiedensten Anforderungen gerecht werden. Um den Rahmen dieses Aufsatzes nicht zu überschreiten, sei nur auf einige wenige Sonderausführungen hingewiesen. Um die Vorteile des Asynchronmotors als der einfachsten und betriebssichersten elektrischen Maschine voll auszunützen, haben die Brown Boveri-Werke ihre Drehstrom-Zentrifugalanlassermotoren entwickelt, welche durch das Umlegen eines einzigen Schalters in Betrieb gesetzt werden, so daß die denkbar geringsten Anforderungen an die Bedienung gestellt werden. Eine Sonderbauart dieser Motoren ist als Spezialantrieb für Zentrifugen ausgebildet worden, von welchen zahlreiche beispielsweise für die Wäschereien der Wohnhausbauten an die Gemeinde Wien geliefert wurden.

Schließlich sei noch auf elektrische Schmelz- und Glühöfen hingewiesen, welche bei dem Ausbau der Wasserkräfte und dem dadurch möglichen Bezug von billigem Nachtstrom immer größere Bedeutung erlangen.

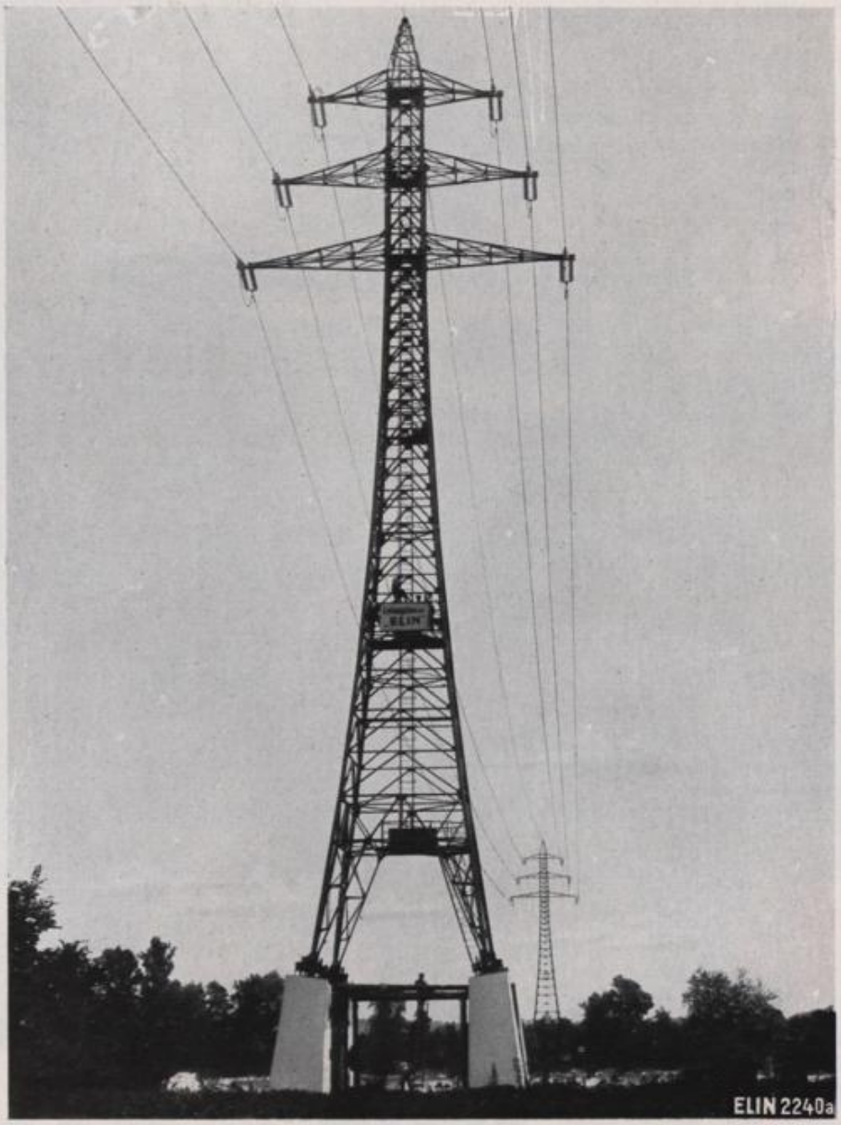
Die eben gegebene Zusammenstellung der wichtigsten Arbeiten der Österreichischen Brown Boveri-Werke in den letzten Jahren zeigt deutlich, welche Bedeutung gerade der Gemeinde Wien innerhalb des Bundesstaates in bezug auf Energieerzeugung und Energiekonsum und damit naturgemäß auch auf die Starkstromindustrie Österreichs zukommt.



"ELIN"

AKTIENGESELLSCHAFT F. ELEKTRISCHE INDUSTRIE
ZENTRALBÜRO: WIEN I, VOLKSGARTENSTR. 1—5
HAUPTFABRIKATIONSSTÄTTEN: WEIZ UND WIEN
NEBENBETRIEBE: INZERSDORF / MÖLLERSDORF

WENDEN



110 kV-Fernleitung Partenstein—Linz (Oberösterreich), Donauüberquerung

„ELIN" FERNLEITUNGEN

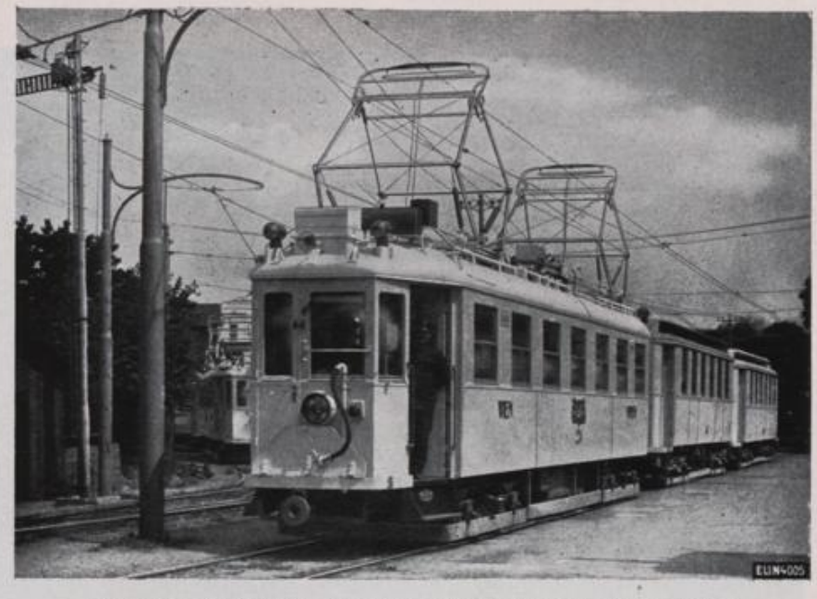


Lokomotive Reihe 1170 der österreichischen Bundesbahnen auf der Salzkammergutlinie

„ELIN" LOKOMOTIVEN

WENDEN

329

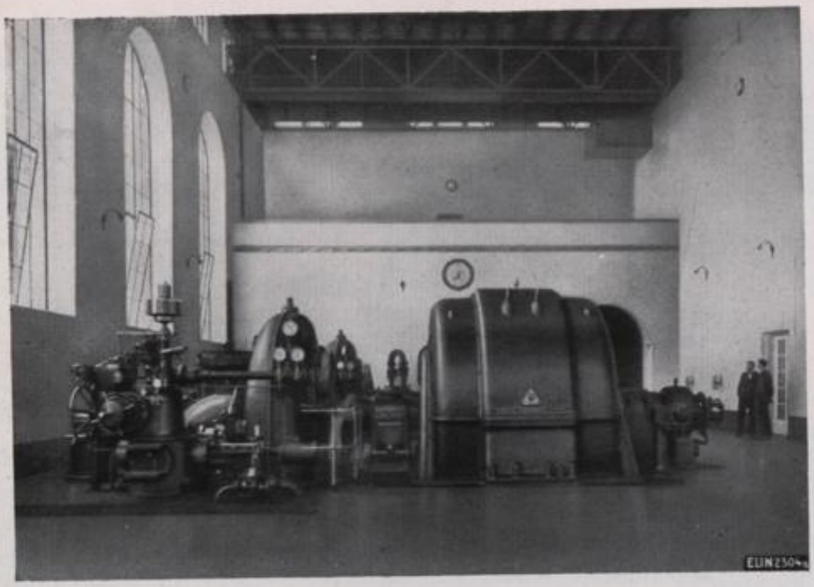


Triebwagen der Akt. Ges. der Wiener Lokalbahnen (Linie Wien—Baden)

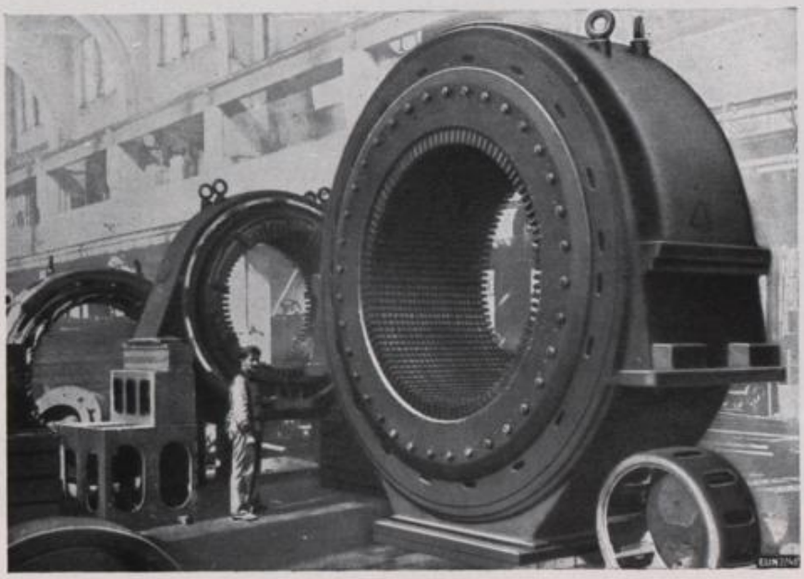


Wiener elektrische Stadtbahn: Motoren, Streckenausrüstung, Vielfachsteuerungen

„ELIN" MOTORWAGEN



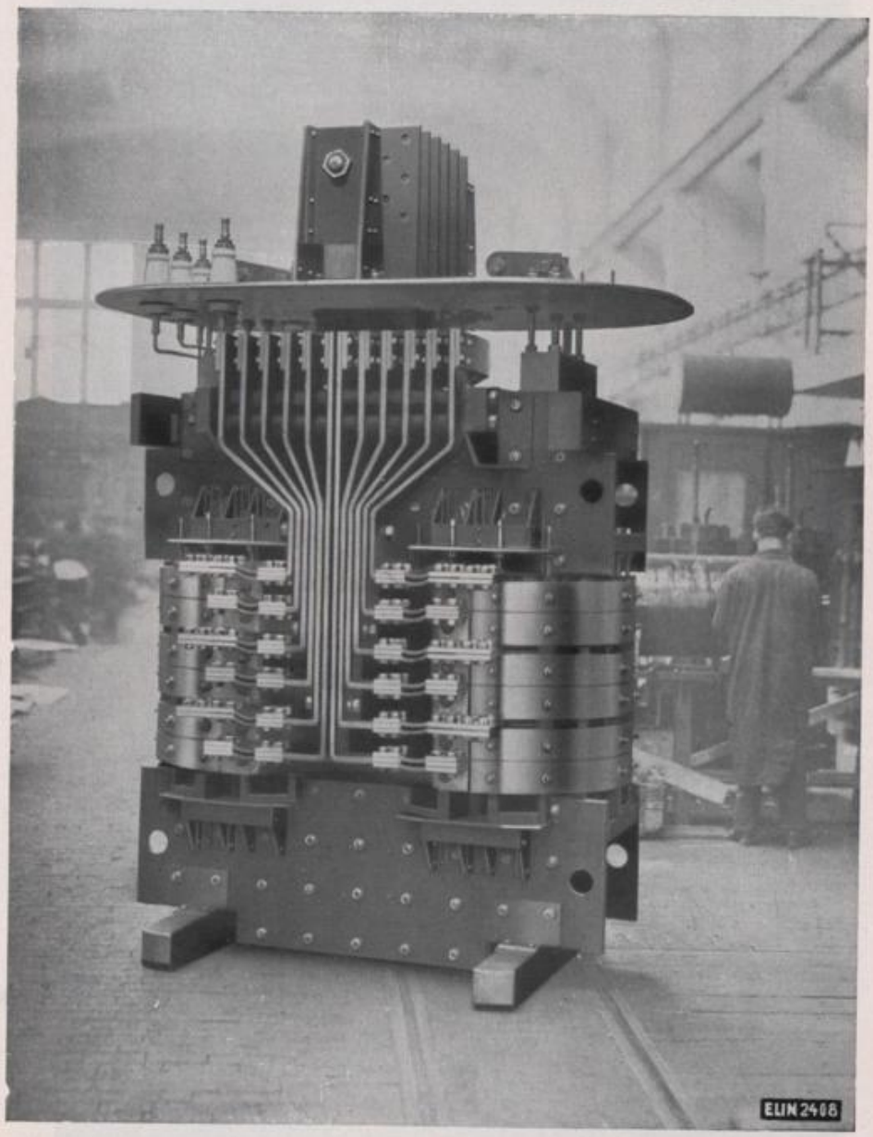
Generator im Teigitsch-Kraftwerk: 13.000 kVA, 5500 V, 750 U. p. M., 50 Per.



Bau von Drehstromgeneratoren in den Weizer Werken

„ELIN" GROSSMASCHINEN

WENDEN



Einphasen-Ofentransformator für 37.500 Amp. Sekundärstrom

"ELIN" TRANSFORMATOREN

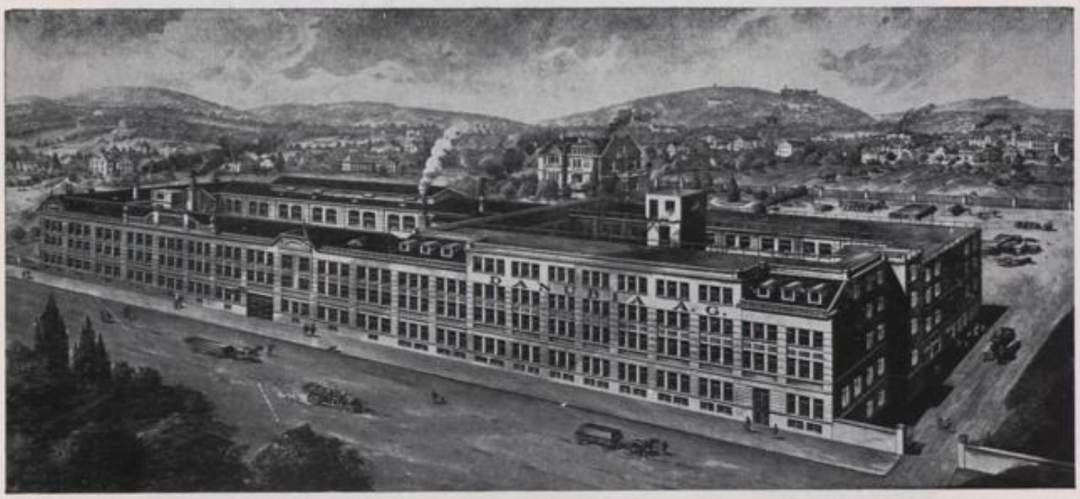
Danubia

Aktiengesellschaft für Gaswerks-, Beleuchtungs- und Meßapparate

Wien, XIX., Krottenbachstraße 88

Das Unternehmen wurde im Jahre 1911 gegründet und ist aus den schon im Jahre 1897 in Wien bestehenden Firmen Hess, Wolf & Co., Heeley & Co. und Singer & Co. entstanden.

Vorerst war der Sitz der Firma im IX. Bezirk, Porzellangasse 49, der mit Rücksicht auf den gesteigerten Bedarf der Gemeinde Wien durch Errichtung der Städtischen Elektrizitätswerke und



Gesamtansicht des Fabriksgebäudes Wien, XIX., Krottenbachstraße Nr. 82–88

Gaswerke bedeutend vergrößert und zu diesem Behufe in den XIX. Bezirk in ein neugebautes Fabriksgebäude verlegt wurde. Die komplette Betriebsaufnahme erfolgte im Jahre 1911, zu welcher Zeit sämtliche Spezialapparate in Elektrizitätszählern und Gasmessern in das Fabriksprogramm aufgenommen wurden. Die vorzügliche Qualität der erzeugten Apparate ließ uns immer neue Kunden gewinnen und als auch das Ausland Bestellungen in großem Maße einsandte, mußte an eine weitere Vergrößerung der Fabrikslokalitäten geschritten werden.

Im Jahre 1923 begonnen, wurde an den alten Fabriksbau ein Zubau architektonisch angegliedert, so daß im Jahre 1924 doppelt so große Räumlichkeiten als vorher zur Verfügung standen. Eine große, vorzüglich ausgerüstete Maschinenhalle, lichte große Montageräume sind vorhanden.

Die Eich- und Überprüfungsräume sind die größten in Österreich und übertreffen an moderner Einrichtung selbst die Versuchsräume der deutschen Industrie. Das Werk beschäftigt zirka 100 Beamte und zirka 500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß nur eine Spezialerzeugung stattfindet, bei welcher zum Großteile automatische Maschinen verwendet werden, kann die angeführte Ziffer als sehr hoch bezeichnet werden. In den Eich- und Überprüfungsräumen können leicht 1000 Stück Apparate täglich überprüft werden. Die in unserer Zählwerksabteilung hergestellten Zähl- und Uhrwerke sind mindestens gleichwertig den Erzeugnissen der schweizeri-



Eich- und Überprüfungsraum

schen und deutschen Uhrenindustrie. Die Wicklerei arbeitet mit den modernsten amerikanischen und deutschen Maschinen. Fast das gesamte Rohmaterial wird im Inlande eingekauft, unsere Apparate daher vom kleinsten Einzelbestandteil beginnend bis zur Vollendung im Inlande hergestellt. In der Gasmesserabteilung werden von der niedrigsten bis zur höchsten Flammenzahl Gasmesser sowohl trockenen als auch nassen Systems, sowie Hochleistungsgasmesser mit geringem Raumbedarf nach eigenen Patenten erzeugt. Technische Industriefeuerungen, deren Patente das Unternehmen von der Surface Combustion Co., New-York, erworben hat, bilden den Gegenstand der Erzeugung einer Spezialabteilung.

Für Österreich stellt der Betrieb das größte Spezialunternehmen seiner Art dar.

„Electra"

Apparatenbau-Gesellschaft m. b. H.

Wien, XIX., Mooslackengasse 17

Diese Spezialfabrik für Elektrizitätszähler ist ursprünglich eine Gründung des Geh. Reg.-Rates Prof. Dr. H. Aron in Berlin, der sich in den achtziger Jahren als Erster mit dem Problem befaßte, elektrische Energie zu messen. Es entstanden zunächst die Langpendelzähler, sodann die kurzpendeligen Zähler und im weiteren Verlaufe die billigeren, für den Massenkonsum in Frage kommenden rotierenden Zähler.

Im Jahre 1897 wurde die Fabrikation nach Österreich verpflanzt und in gemieteten Lokalen im IX. Bezirk, Elisabethpromenade 45, betrieben. Im Jahre 1906 erfolgte die Umwandlung in eine österreichische Gesellschaft m. b. H. Der gute Ruf der Erzeugnisse dieser Spezialindustrie hatte sich inzwischen so allgemein verbreitet, daß sich bei der stets steigenden Nachfrage die bisherigen Räume als zu klein erwiesen und so wurde im Jahre 1912 im XIX. Bezirk, gegenüber dem



Ansicht vom Hauptbahnhof Heiligenstadt.

Heiligenstädter Bahnhof, ein großes, mit allen modernen Einrichtungen versehenes Fabriksgebäude errichtet, welches die Firma in die Lage versetzte, dem großen Aufschwung der Elektrizitätswirtschaft zu folgen und allen sich hieraus ergebenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die Fabrikation umfaßt sowohl die Serienerzeugung normaler Licht- und Kraftzähler für Gleich-, Wechsel- und Drehstrom, wie auch die Herstellung von Spezialzählern, wie:

Gleichstromzähler für sehr hohe Stromstärken, Hochspannungszähler, Blindverbrauchs- (Sinus-) Zähler, Doppeltarif- und Dreifachtarifzähler mit zugehörigen Schaltuhren, Höchstverbrauchszähler, Subtraktionszähler, selbstkassierende Zähler.

Fast alle der vorerwähnten Typen wurden in großer Zahl auch an die Städtischen Elektrizitätswerke der Gemeinde Wien geliefert.

Ein besonderer Fabrikationszweig unseres Unternehmens beschäftigt sich mit automatischen Schaltapparaten, wie: Stiegenautomaten, Stiegenhausschalter, Schaltuhren für Licht- und Kraftanlagen, Schaltuhren für Schaufensterbeleuchtung, Blinkschalter und Reklamemotoren.



SCHEIBER & KWAYSSER, GES. M. B. H.

Fabrik elektrischer Starkstrom-Apparate

Wien, XIII/1, Linzerstraße 16

Unser Unternehmen wurde anfangs 1893 gegründet und 1919 in eine Gesellschaft m. b. H. umgewandelt. Der stete Erfolg im Apparatebau veranlaßte uns 1905 zum Ankaufe eines eigenen Hauses und 1912 zum Baue der heute bestehenden modernen und organisch erweiterungsfähigen Fabriksanlage.

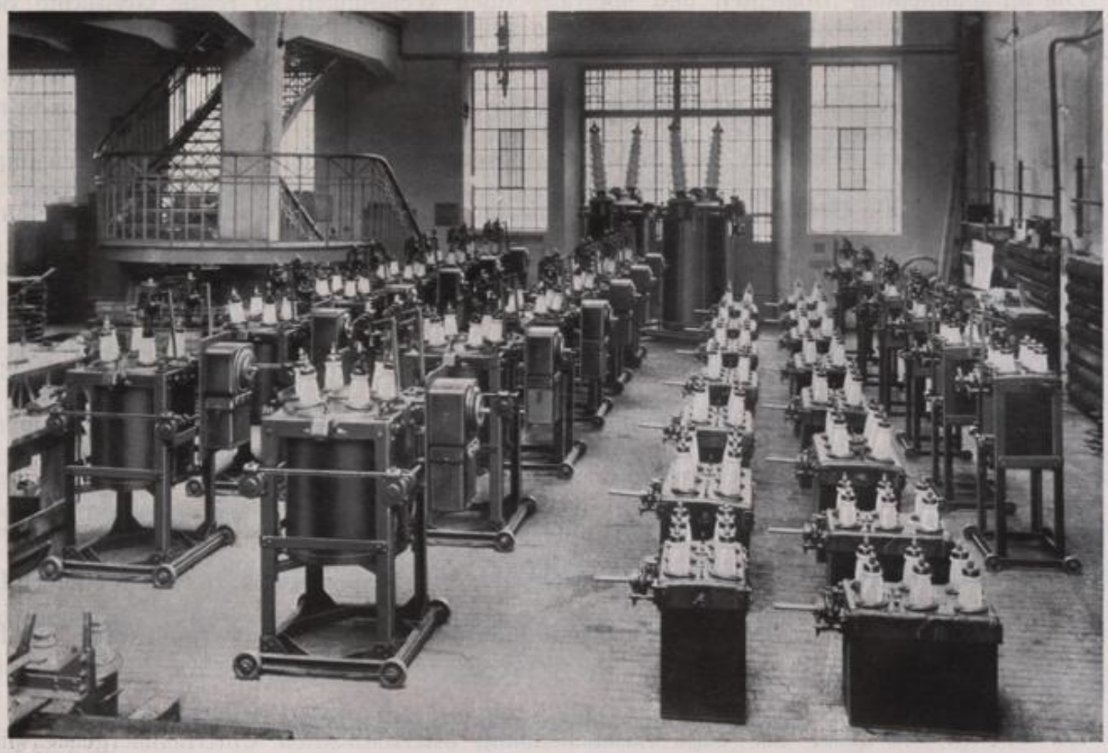
Wir erzeugen und liefern elektrische Starkstrom-Apparate für alle Verwendungszwecke, Stromstärken und Spannungen, insbesondere aber selbsttätige Schaltapparate. Großkraftwerke, Elektrizitätswerke, Bahnen, Elektro-Installateure, die Industrie als solche u. a. m. zählen zu unseren langjährigen ständigen Abnehmern. Wir exportieren auch nach dem Auslande, vor allem einige uns durch Patente geschützte Apparatetypen. In den letzten Jahren wurden wir von der Gemeinde Wien, und zwar den städtischen Elektrizitätswerken, den städtischen Straßenbahnen, dem Stadtbauamt u. a. stark beschäftigt und konnten wir unter anderem für die Unterstationen, für Triebwagen, für die Fahranlagen, für die öffentliche Beleuchtung u. a. Spezialapparate bis zu größten Leistungen in steigender Zahl zur Lieferung bringen.

„Kontakt" A.-G. Wien

Spezialfabrik elektrischer Starkstromapparate

XVI., Heigerleinstraße 36—40

Telephon Nr. 28-5-80 Serie | Gegründet 1892 | Telegramme: Kontakt Wien



Teilansicht unserer Montagehalle für Hochspannungs-Ölschalter

Die Kontakt A.-G. ist die erste und älteste Fabrik Österreichs, welche sich seit der im Jahre 1892 erfolgten Gründung ausschließlich mit der Herstellung von elektrischen Starkstromapparaten und Schaltanlagen jeden Umfanges für Nieder- und Hochspannung betätigt.

Das Unternehmen, welchem auf diesem Sondergebiete reiche, 36jährige Erfahrungen zur Verfügung stehen, erzeugt bei neuzeitlicher rationeller Serienherstellung seine bewährten Konstruktionen mit garantierter Zuverlässigkeit.

Die Glühlampenindustrie in Österreich und ihre Bestrebungen auf dem Gebiete der Lichtwirtschaft

Es dürfte kaum einen anderen Industriezweig in Österreich geben, der mit der technischen Entwicklung seines Erzeugnisses von den allerersten Anfängen an bis zum heutigen hohen Grade der Vervollkommnung mit Wien so innig verwachsen wäre wie die Glühlampenindustrie.

Die an spannenden Momenten und überraschenden Wendungen so reiche Geschichte der elektrischen Glühlampe nennt zahlreiche Namen österreichischer Forscher und Unternehmer, denen die Entwicklung der Glühlampe entscheidende und in der ganzen Welt anerkannte Fortschritte verdankt. Unter ihnen seien nur der in Wien geborene Schöpfer der ersten Metallfadenlampe Karl Auer-Welsbach, die Österreicher Just und Hanamann, die als erste Wolfram zur Herstellung von Glühfaden verwendeten, ferner der Badener Chemiker Dr. Kuschel und der Wiener Dr. Fritz Blau usw. genannt.

Aus dem Anteil, den Österreich an der Entwicklung der Glühlampe genommen hat, erklärt sich zum großen Teile die sonst recht auffällige Tatsache, daß in Österreich eine Glühlampenindustrie entstehen und sich erweitern konnte, deren Produktion schon vor dem Kriege den Eigenbedarf des Landes um ein Mehrfaches überschritt. Eine ganze Reihe von Komponenten wirkten in glücklicher Weise zusammen, daß gerade die Glühlampentechnik in Wien eine Höhe erreichen konnte, die weit über die sonstigen industriellen und handelspolitischen Kräfte Österreichs hinausragte.

Da war es vor allem der enge Zusammenhang österreichischen Unternehmergeistes mit der wissenschaftlichen Spezialforschung und die ausgezeichneten Beziehungen zu den gattungsgleichen Forschungs- und Erzeugungsstätten anderer Länder, vor allem Deutschlands, und nicht zuletzt eine durch natürliche Anlagen und intellektuelle Fähigkeiten hoch qualifizierte Arbeiterschaft, die in Österreich wie in Deutschland die denkbar günstigsten Voraussetzungen für die Erzeugung einer überall bekannten und durch die Marke gekennzeichneten Lampenqualität schufen.

Wenn trotz ihrer anerkannten Leistungen die Glühlampenindustrie bisweilen mit dem Aufgebot aller Kräfte um die Aufrechterhaltung ihres vollen Fabrikationsumfanges kämpfen muß, so liegen die Ursachen außerhalb ihres Machtbereiches. Neben manchen anderen Gründen trägt

hiezu die Kampftaktik verschiedener Zwergbetriebe bei, welche unbeschwert von qualitativen und kaufmännischen Hemmungen durch ihre Schleuderware zur Destruktion des Marktes beitragen.

Eine wirksame Abschwächung dieser Schwierigkeiten liegt, unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Qualitätsstandards der österreichischen und deutschen Glühlampenerzeugnisse, in einer möglichsten Erhöhung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades der Betriebe, das heißt, das Verhältnis zwischen erreichter Leistung und aufgewendeten Mitteln muß möglichst groß gemacht werden. Eine selbstverständliche Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles ist die Herabsetzung der Zahl der herzustellenden Typen und Formen. Gab es beispielsweise noch vor nicht allzu langer Zeit etwa 1100 verschiedene Glühlampentypen mit größtenteils verschiedenen Bestandteilen, getrennter Lagerhaltung, abweichender Herstellung, so brachte die in Angriff genommene Typisierung bis heute schon eine Verringerung auf nur noch etwa 130 Formen.

Hiebei wurde selbstverständlich auf die Interessen des Konsums volle Rücksicht genommen. Die Lampentypen sind nunmehr nach ihren licht- und lampentechnischen Eigenschaften ausgewählt und geben jedem Verbraucher die Möglichkeit, die für seine Bedürfnisse bestgeeignete Lampe zu erhalten.

Die Glühlampenindustrie ist aber bei diesen Verbesserungen nicht stehen geblieben, sondern hat lichtwirtschaftliche Studien und Arbeiten begonnen, um die Bedürfnisse der Konsumenten in jeder Richtung zu befriedigen.

Der neue Grundsatz dabei ist: „Verkauft dem Konsumenten nicht Lampen, sondern Beleuchtung!" Dieser in ihrer verblüffenden Selbstverständlichkeit überraschenden Parole liegt die zweifellos richtige Überlegung zugrunde: Auch die allerbeste Lampe bedeutet noch lange keine gute Beleuchtung. Werden bei der Verwendung der Glühlampe nicht jene Vorschriften und Regeln befolgt, wie sie die moderne Beleuchtungstechnik festsetzt, so wird alle Vollkommenheit der Lichtquelle es nicht verhüten können, daß die erzielte Beleuchtung unzweckmäßig, unwirtschaftlich, ja vielleicht geradezu gesundheitsschädlich wirkt.

Aus diesen den Interessen der Lichtkonsumenten dienenden Überlegungen entstand der Gedanke der Lichtwirtschaft. Sie verfolgt den Zweck einer allgemeinen Aufklärung, um so der Lichttechnik die Brücke der Verständigung auf lichtwirtschaftlicher Basis zu bauen.

Die Lichtwirtschaft hat die Aufgabe, den Grad der Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch die Beleuchtung zu ermitteln und die Verbraucherkreise hinsichtlich richtiger Beleuchtung zu führen. Diese Aufklärungsarbeit ist sowohl für den Erzeuger als auch für den Abnehmer ein

wertvolles Mittel, um die gegenseitigen Beziehungen angenehm und richtig zu gestalten, ein Bestreben, welches bisher rein kaufmännischen Beziehungen im allgemeinen nicht wichtig erschien.

Die Lichtwirtschaft wird bei der Erfüllung ihrer großen Aufgaben zweifellos auch dazu beitragen, das Bedürfnis nach elektrischem Licht zu steigern, von der Erkenntnis ausgehend, daß eine gesunde Zunahme des Lichtbedarfs im allgemeinen zur Hebung der Volkswirtschaft und des Wohlstandes beiträgt.

Die Steigerung des Lichtbedarfs bildet die Grundlage für eine gesunde Wirtschaft, deren wichtigstes Element ein reger Warenaustausch ist.

Durch Wort und Bild, Demonstrationen und Aufsätze soll der Verbraucher elektrischen Lichtes ganz allgemein über das Wesen einer guten Beleuchtung aufgeklärt werden, nachdem bereits früher die Grundsätze für richtige Beleuchtung von Lichttechnikern aufgestellt wurden, die fallweise den einzelnen Spezialgebieten angepaßt werden müssen. Es sollen beispielsweise Anleitungen zur Schaufenster- und Ladenbeleuchtung, Fabriks-, Straßen- und letzten Endes auch zur Heimbeleuchtung gegeben und gezeigt werden, wie durch gute und reichliche Beleuchtung erhebliche wirtschaftliche und kulturelle Vorteile erzielt werden können, sei es durch Steigerung der Produktion, des Umsatzes und der Behaglichkeit oder durch Verminderung der Unfälle und Herabsetzung der Kriminalität. Diese Verhältnisse im einzelnen zu untersuchen, das heißt, den tatsächlichen Wert der wirtschaftlichen Auswirkung, die durch gute Beleuchtung ausgelöst wird, festzustellen und ihn den für die Beleuchtung aufzuwendenden Kosten gegenüberzustellen, gehört mit zu den Aufgaben der Lichtwirtschaft.

Die Aufklärungstätigkeit der Lichtwirtschaft wird jedoch nicht nur durch Vorträge und praktische Vorführungen unterstützt, sondern es muß auch eine systematische Bearbeitung der in Frage kommenden Interessentenkreise durch wirksame Werbeaktionen folgen, die, auf eine breite Basis gestellt, zu nachhaltigem Erfolge führen.

Auf diesen Wegen will die Glühlampenindustrie in Österreich dafür sorgen, daß die von der Lichtforschung festgestellten Zusammenhänge zwischen Licht, Leistung und Leben planmäßig in allen Bereichen künstlicher Beleuchtung zur Auswertung gebracht werden.

So werden aus der Glühlampe alle im Lichte schlummernden Kräfte entbunden werden, sei es, um den Menschen bei der Arbeit Werte schaffend zur Seite zu stehen, sei es, um ihm, Freude und Stimmung gebend, das Leben zu erleichtern und zu verschönen.

Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabriks-Aktiengesellschaft

CZEIJA, NISSL & Co.

Wien, XX., Dresdnerstraße Nr. 75

Postsparkassenkonto: 5170 • Telegramm-Adresse: „Hekaphon—Wien" • Telephon: R-49-5-20 Serie

Im August 1884 trat Ingenieur Franz Nissl, der in den Jahren 1882/84 das erste Telephonnetz der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in Budapest einrichtete, als öffentlicher Gesellschafter in das von Carl Czeija in Wien, VII., Zieglergasse, betriebene Geschäft ein.

Die handelsgerichtlich protokollierte Firma Czeija & Nissl begann hiemit die fabriksmäßige Erzeugung von Telephonapparaten.



Wählerraum einer Vollautomatischen Telephonzentrale „Hekaphon 1000" mit vier Wählgestellen, Hauptverteiler- und Stromverteilertafel
(Städt. Elektrizitätswerke-Direktion IX., Mariannengasse)

Die Leistungsfähigkeit der Firma wurde im Jahre 1896 durch den Beitritt der Western Electric Company in Chikago wesentlich erhöht und die neue Firma unter dem Namen: Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabrik Czeija, Nissl & Co. in die Fabrik Wien, VII., Kaiserstraße verlegt.

Durch den Beitritt der Western Electric Company konnte die Firma die außerordentlich wertvollen Patente, insbesondere betreffend Telephonzentraleinrichtungen, dieser auch heute noch auf dem Gebiete des Telephonwesens größten und leistungsfähigsten Firma der Welt benützen.

Die im Jahre 1904 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Firma bezog im Jahre 1905 ihr großes modernes, neuerbautes Fabriksgebäude im XX. Bezirk, Dresdnerstraße 75, dessen erstklassige maschinelle und sonstige Einrichtungen die Leistungsfähigkeit der Unternehmung so erhöhten, daß sie allen zeitgemäßen Anforderungen gerecht werden konnte.

Sie pflegt als besondere Spezialgebiete den Bau vollautomatischer Telephoneinrichtungen, so daß sie beim Neubau der Wiener staatlichen Telephonanlagen und besonders jetzt beim Übergang auf das vollautomatische System als eine der leistungsfähigsten Firmen eine erste Stelle einnimmt.

Auch mittlere und Kleinanlagen sind ein Spezialgebiet von Czeija & Nissl, welche bei den Bundesbahnen und allen sonstigen Behörden und Ämtern, wie beim Finanzministerium, dem Bundeskanzleramt usw., erfolgreich installiert sind.

Mittlere Ablagen finden wir bei den meisten Großbanken und solche nach den modernsten Systemen bei allen größeren Anlagen der Gemeinde Wien.

Erst in der letzten Zeit wurden von Czeija & Nissl folgende Anlagen für städtische Betriebe eingerichtet:

Städtische Elektrizitätswerke-Direktion, IX., Mariannengasse; städtische Gaswerke-Direktion, VIII., Josefstädterstraße; städtische Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße; Kinderübernahmsstelle, IX., Sobieskygasse; Kinderherberge Wilhelminenberg; Kinderspital, III., Baumgasse; Großmarkthalle, III., Zollamtsstraße usw.



Vollautomatische Telephonzentrale „Hekaphon 37" mit Rangierobjekt und Ladeschalttafel
(Städt. Mautner-Markhof Kinderspital, III., Baumgasse)

Die Firma zählt heute nicht nur zu den führenden Unternehmen Österreichs, sondern der elektrischen Verkehrstechnik überhaupt, und durch ihre weltumspannende Verbindung mit dem Riesenkonzern der International Standard Electric Corporation ist ihr Gelegenheit gegeben, ihre Produkte in alle Erdteile und Länder dauernd zu exportieren.

Die Patentgemeinschaft mit diesem internationalen Konzern befähigt die Firma, auch in der Radiotechnik eine führende Stelle einzunehmen, der Name Radio-Hekaphon reicht weit über unsere Grenzen, wovon die von Czeija & Nissl erbauten Sendestationen in Graz, Innsbruck, sowie in Posen und Kattowitz ein beredtes Zeugnis geben.



Vermittlungsschrank der Telephonzentrale „Hekaphon 1000" bestehend aus zwei Arbeitsplätzen und einem Dienstarbeitsplatz
(Städt. Elektrizitätswerke-Direktion, IX., Mariannengasse)

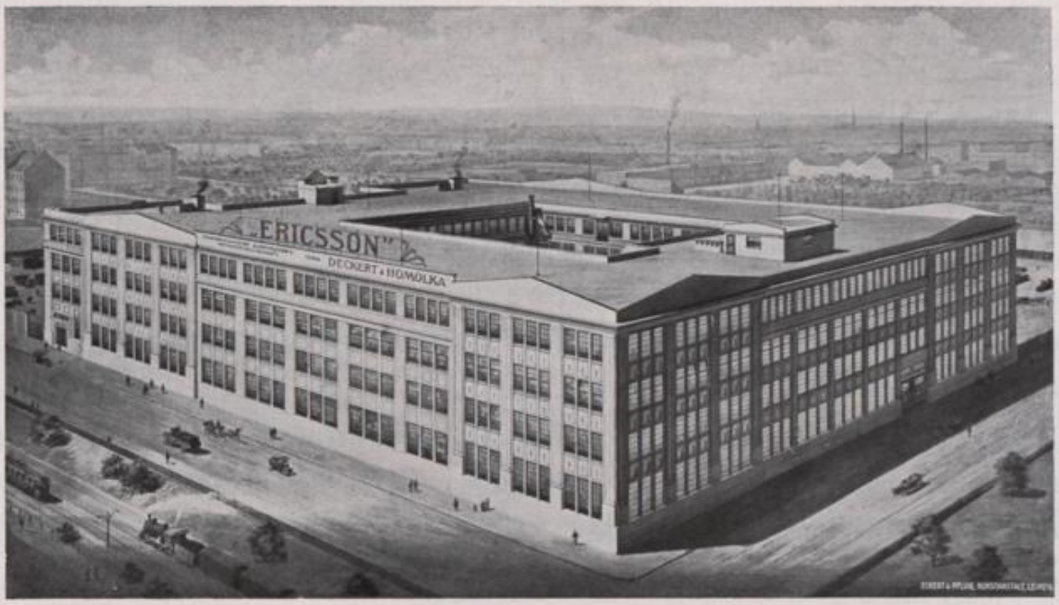
Der sozialen Fürsorge kommt die Radiotechnik zugute durch die Empfangsanlagen mit Kopfhörern und Lautsprechern für Spitäler und sonstige Heilanstalten und sollen nur die nachfolgend von Czeija & Nissl ausgeführten Radioanlagen Erwähnung finden:

Lungenheilanstalt Grimmenstein
Heilanstalt Judendorf bei Graz
Wiener Allgemeines Krankenhaus usw.

Aber auch für die gesunde sportlustige Welt sorgt Czeija & Nissl durch ihre Großlautsprecheranlagen, welche sie unter anderen bei den größeren Automobilrennen, den Festen und sportlichen Wettkämpfen des Wiener Eislaufvereines und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen in den Dienst der Allgemeinheit stellt.

„ERICSSON"
Oesterreichische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft
vorm. Deckert & Homolka

Gegründet 1874 Aktiengesellschaft seit 1912



Die Firma beschäftigt derzeit 600 Beamte und Arbeiter.

Sie befaßt sich hauptsächlich mit dem Bau und der Installation von Telephonzentralen und -apparaten jeder Art und jeder Größe.

Ferner betreibt sie Bau und Montierung von: Akkustischen und optischen Signalanlagen; Rohrpost-, Wasserstandsmelde-, Sicherheits-, Feuermelde-, Blitzableiter- und Radio-Empfangsanlagen und -Apparate.

Die Firma unterhält außer einer modernst eingerichteten Fabrik im XII. Bezirk auch ein im IV. Bezirke etabliertes Detailgeschäft und Montagebureau.

Letzteres befaßt sich mit allen Arten Installationsgeschäften, Spezialmontagen von Schwachstromerzeugnissen und auch Starkstrominstallationen jeder Größe. Sie betätigt sich nicht nur an dem Bau von Ortsnetzen, sondern führt auch als Kontrahentin der Gemeinde Wien Licht- und Kraftanlagen in den neuerbauten Gemeinde-Wohnhäusern und Betrieben aus, wie es auch intensiv an dem Ausbau der elektrischen Straßenbeleuchtungen mitarbeitet.

Schutzmarke



Dank ihrer Verbindung mit dem Ericssonschen Telephonkonzern in Schweden kann sich die Firma an den großen Aufträgen und Lieferungen ihres Mutterhauses beteiligen und trägt dadurch wesentlich zur Förderung des österreichischen Exportes bei.

Kabelfabrik- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft

Wien, III/1, Stelzhamergasse 4

Werke: Wien und Ferlach

Kabelwerke — Isolierrohrfabrik — Gummiwerke — Walzwerke
Drahtzugwerke

Die Kabelfabrik- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft, deren Aktienkapital S 3,375.000.– beträgt, wurde vor ungefähr vier Jahrzehnten gegründet und erfolgte der Neubau der Fabrik in Wien im Jahre 1906. Die Fabrikation umfaßt Erdkabel für Starkstrom bis zu den derzeit gebräuchlichen Höchstspannungen, Schwachstromkabel für Telephonie, Telegraphie, Block- und Signalanlagen, Fern- und Bezirkskabel, Fournituren für Stark- und Schwachstromkabel, Leitungsdrähte, Kabel und Schnüre für Innenmontagen, Dynamo- und Apparatedrähte, Emaildrähte, Flexo-Schnüre, Radioleitungen, Isolierrohre mit und ohne Armierung sowie die Zubehörteile zu denselben, ferner Kunstharz (Bakelit) für elektrotechnische und andere Zwecke, Walzdrähte, Kupferdrähte und Kupferseile, Fassondrähte, Bronzedrähte und Bronzeseile, Eisenwalzdrähte, Stabeisen, verzinkte Eisendrähte, Drahtstifte, Huf- und Sohlennägel, Isolierstücke für elektrotechnische Zwecke, Schalterkappen, Isoliermaterial für Straßenbahnen, Motoren, Transformatoren, Radiobestandteile usw. Die Produkte der Kabelfabrik- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft genießen in der Welt gutes Ansehen und wurden von derselben, abgesehen von den Kabelnetzen in der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie unter anderem auch Kabelnetze für Zürich, Luzern, Frankfurt a. M., Rotterdam, Trondjem, Stockholm, Brüssel, Gent, Madrid, Palermo, Riga, St. Petersburg, Sofia, Batavia (Java), Johannesburg (Südafrika), Kairo, Shanghai geliefert.

Die Wiederaufbauarbeiten der Gemeinde Wien in der Nachkriegszeit brachten umfangreiche Bestellungen für die Stadtbahn (Übertragung der Energie für die Stadtbahngleichrichter), den Ausbau des Hochspannungs- und Gleichstromnetzes, die Freileitungen 110 kV Partenstein—Opponitz—Wien sowie jene Gresten—Wegscheid—Wien und wurden von der Kabelfabrik- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft zirka 60 km Hochspannungskabel, zirka 180 km Niederspannungskabel und zirka 250 km Freileitungsseile für 110 kV geliefert, welche einen Kupferverbrauch von zirka 700.000 kg beinhalten.

Felten & Guilleaume

Fabrik elektrischer Kabel-, Stahl- und Kupferwerke Aktiengesellschaft

Wien X.

Die Geschichte unserer Werke unter ihrem heutigen Namen reicht in die Zeit der letzten Jahrhundertwende zurück. Die Brüder Guilleaume aus Köln-Mülheim erwarben im Jahre 1893 die Kabelfabriken von August Jacottet & Co. in Wien-Simmering und die Drahtseilfabrik von Th. Obach in Wien-Favoriten, welche von ihnen in kurzer Zeit zu stattlicher Höhe geführt wurden. Die beiden genannten Wiener Werke wurden auf dem heutigen Fabriksgrund im Bezirk Favoriten vereinigt und bereits im Jahre 1901 zu einer selbständigen Aktiengesellschaft umgewandelt. Der rasche Aufstieg dieses Unternehmens ermöglichte die Angliederung der in Bruck a. d. Mur befindlichen Draht- und Drahtstiftenwerke sowie des Stahlwerkes Diemlach des Friedrich Bruno Andrieu. Dort werden die für das Wiener Werk erforderlichen Vorprodukte hergestellt. Insbesondere sind dies gehärtete Drähte verschiedenster Fasson zur Verarbeitung auf Drahtseile sowie kaltgewalztes Bandeisen und Armierungsdrähte, welche bei der Kabelfabrikation Verwendung finden. Mit dieser Erwerbung vollzog sich die Verbindung zweier für unsere Volkswirtschaft überaus wichtiger Produktionszweige in der glücklichsten Weise: Eisen- und Stahlerzeugung und Verarbeitung auf Draht und Drahtwaren einerseits und die Herstellung von Leitungsmaterial für den elektrischen Strom andererseits durch gewisse Ähnlichkeiten in den Erzeugungsmethoden und vorteilhafte Zusammenstellung der beiderseits verwertbaren Erfahrungen in einem Unternehmen vereinigt. Unsere steirischen Werke, welche im Jahre 1906 durch die Erwerbung der Grazer Eisenwarenfabrik vermehrt wurden, sind im Laufe der Zeit in ihren technischen Anlagen auf einen derartigen Stand gebracht worden, daß der Hauptanteil der österreichischen Gesamterzeugung an Eisen- und Stahldraht, Drahtstiften und Möbelfedern diesen Werken zufällt. Die Arbeiterzahl derselben stieg zeitweilig über 2200 Mann.

Die Wiener Betriebsstätte ist vornehmlich im Genuß der technischen Erfahrungen und Methoden für die Herstellung von elektrischen Kabeln und Drahtseilen, die im Stammhaus Felten & Guilleaume Carlswerk A. G. in Mülheim am Rhein gesammelt wurden. Die mustergültigen Einrichtungen und Erzeugnisse dieser industriellen Schöpfung, deren Geschichte bis in das Jahr 1826 zurückreicht, dienten dem später erworbenen Etablissement in Wien als Vorbild. Von hier wiederum gelangen nicht nur Starkstrom- und Fernsprechbleikabel, sondern auch isoliertes Leitungsmaterial jeder Art mit allem Zubehör auf den Markt, welches in bezug auf Herstellung und Isolation allen Ansprüchen der rasch fortschreitenden elektrotechnischen Entwicklung zu genügen vermag.

Einen hervorragenden Platz unter den Erzeugnissen des Wiener Werkes nehmen die Drahtseile ein, welche unter anderem für Personenschwebe- und sonstige Transportbahnen, ferner für Hängebrücken, Bergwerke, Schiffahrt, Blitzableiter und Dampfpflüge in den erforderlichen verschiedenartigsten Dimensionen erzeugt werden. In gleicher Weise wie die Kabelerzeugung fortwährend vervollkommnet wurde, wendet die Gesellschaft auch bezüglich der Drahtseile Erfindungen an, welche die Nützlichkeit erhöhen und neue Verwendungsgebiete aufschließen. Die Gesellschaft ist auch alleiniger Lizenzträger in Österreich für vorgeformte drallfreie „Tru-Lay Neptun" Drahtseile, die vermöge ihrer besonderen Eigenschaften als spannungsfreie Seile wesentliche Vorteile gegenüber den gewöhnlichen rundlitzigen Drahtseilen aufweisen.

KRUGER & Co.

Kabel- und Drahtfabrikations-Kommanditgesellschaft

Postsparkassen-Konti:

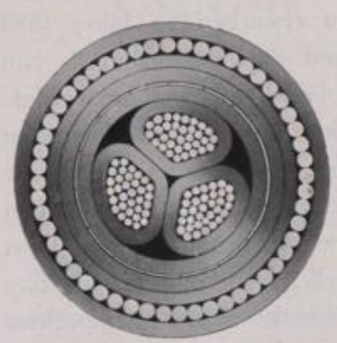
Deutsch-Österreich	106.105
Ungarn	26.068
Tschechoslowakei	500.756

Wien, III/2, Gärtnergasse 1
Fabrik: Wien, XXI., Brünnerstraße 60

Telephone:

Zentralbüro	96-3-30 und 96-4-30
Fabrik	10-0-36

Telegramm-Adr.: Krugerco Wien



Dieses Unternehmen wurde im Jahre 1909 von den derzeitigen Inhabern gegründet und der Betrieb zunächst provisorisch in Wien, VII., Schottenfeldgasse 60, geführt. Im Jahre 1912 wurde im XXI. Wiener Gemeindebezirk (Floridsdorf) ein in der Brünnerstraße 60 gelegenes, mit eigenem Bahnanschluß versehenes großes Grundstück erworben und in diesem und den folgenden Jahren die Fabrik dorthin verlegt. Gleichzeitig wurde das Unternehmen ganz bedeutend erweitert und mit den modernsten Arbeits- und Hilfsmaschinen versehen. Auch während und nach dem Weltkriege wurden weitere Vergrößerungen und Erweiterungen durchgeführt, der Kraft- und Arbeitsmaschinenpark neuerdings ganz bedeutend vermehrt und verbessert, so daß das Unternehmen heute mit den modernsten, den neuesten Errungenschaften der heutigen Kabeltechnik entsprechenden Maschinen ausgerüstet ist. Fabriziert werden:

Stark- und Schwachstrombleikabel für elektrische Beleuchtung und Kraftübertragung, Bleikabel für elektrische Zentralen, Schiffe und Werften für alle in Betracht kommenden Betriebsspannungen, Bleikabel für Eisenbahnen und Straßenbahnen für alle Betriebsspannungen, ferner Schwachstrombleikabel für Telephonie und Telegraphie, Block- und Signalkabel, Kabel für Eisenbahnsicherungsanlagen, Kabel für Grubenzwecke, wie Förderkabel, Abteuf- und Wasserhaltungskabel, Lüftungskabel, Kabel für Bohrmaschinen sowie alle Kabel für sonstige Spezialzwecke. Außer diesen mit Blei umpreßten und mit Eisenband beziehungsweise Flach- oder Rundeisendrähten armierten Kabeln werden auch alle sonstigen isolierten Leitungsmaterialien hergestellt, als da sind vulkanisierte Gummiaderdrähte, Glühlichtdoppelleitungen, mit Seide und Glanzgarn umflochten, Werkstättenkabel, armiert und nicht armiert, Panzerkabel, das sind mit verzinktem Eisendraht umflochtene Kabel, Wachsdrähte, Tapetendrähte, seidene Birntasterschnüre, mit Baumwolle und Seide umsponnene Dynamodrähte, mit Papier umsponnene Drähte, Autozündkabel, wetter- und säurefest isolierte Leitungen (Miniumleitungen) mit einfacher und doppelter Papierisolation sowie mit Gummiisolation, sowie überhaupt jedwedes isolierte Leitungsmaterial zur Leitung von Stark- und Schwachstrom.

Das Unternehmen ist Kontrahent der Gemeinde Wien — Städtische Elektrizitätswerke, der Magistratsabteilung 27 (Starkstrombleikabel für die öffentliche elektrische Straßenbeleuchtung), der Generaldirektion für Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen sowie nahezu sämtlicher Elektrizitätswerke Österreichs.

Export nach fast allen Ländern.

Das Unternehmen befaßt sich auch mit der Lieferung und Verlegung kompletter Kabelnetze und stehen Kostenvoranschläge jederzeit zur Verfügung.

Das Bosch-Haus in Wien

Weltumspannend ist das Netz von Verkaufshäusern und Werkstätten der größten europäischen Spezialfabrik für elektrische Kraftwagenausrüstung, der Firma Robert Bosch A.-G. in Stuttgart. Der unübertroffene Bosch-Magnetzünder hat schon vor Jahrzehnten seinen Siegeszug um die Welt angetreten, und viele dem Automobilisten wohlbekannte andere Erzeugnisse, Lichtanlagen, Anlasser, Zündkerzen usw., sind ihm gefolgt. Auch in Österreich hat der Name Bosch von jeher guten Klang gehabt, und alle führenden Motorfahrzeugfabriken des Landes



Das Wiener Bosch-Haus an der Friedensbrücke, erbaut von Architekt Prof. Robert Örley

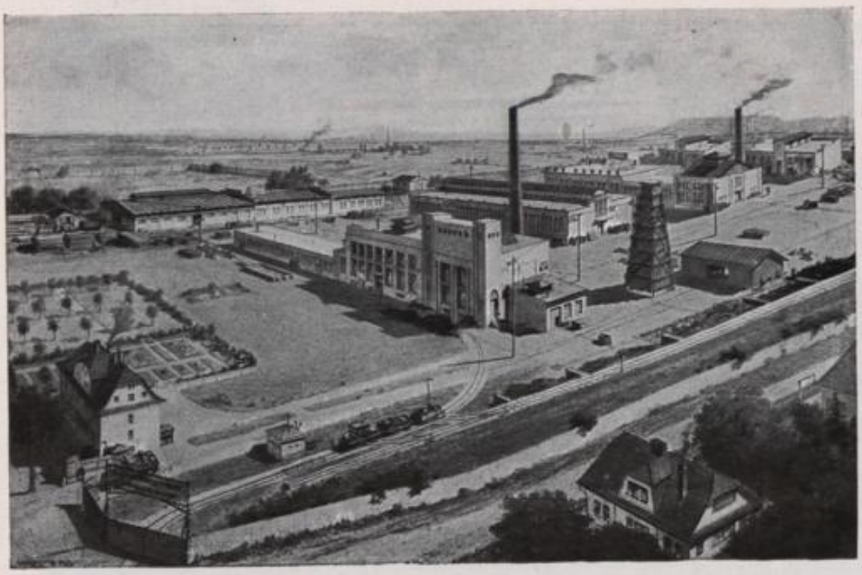
bevorzugen die Bosch-Ausrüstung. Um diese geschäftlichen Beziehungen noch enger und bequemer zu gestalten, wurde 1918 in Wien ein eigenes Verkaufsbureau errichtet, das 1924 in das neue stattliche Bosch-Haus an der Friedensbrücke übersiedeln konnte. Dieser moderne Bau ist nicht nur eine Zierde im Stadtbild, sondern auch durch seine vorbildlich eingerichtete Werkstätte ein Anziehungspunkt für alle Kraftwagen, deren elektrische Ausrüstung hier rasch, fachmännisch und gründlich nachgesehen, instandgesetzt und ergänzt werden kann. Die große Einbauhalle bildet den Kern des zweckmäßig und geschmackvoll im Sinne des Werkbund-Gedankens errichteten Gebäudes und bietet Raum für 30 Kraftwagen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten entstanden, ist das Bosch-Haus ein rechtes Wahrzeichen der Zusammengehörigkeit von Österreich und Deutschland.

Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft

Wien

Die Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft (AFA), Wien, ist im Jahre 1890 gegründet worden als Tochterunternehmen der gleichnamigen weltbekannten deutschen Gesellschaft.

Die Fabrik der AFA, welche aufs modernste und mit allen Hilfsmitteln der Technik ausgestattet ist, befindet sich in Liesing, die Zentralverwaltung in Wien, I., Wipplingerstraße 23, die Vertriebsstelle für Kleinakkumulatoren in der Waaggasse 17/19.



Werk Liesing bei Wien

Die AFA-Akkumulatoren, System „Tudor", erfreuen sich der größten Verbreitung und Anerkennung. Die allermeisten elektrischen Anlagen Österreichs und Jugoslawiens sind mit AFA-Akkumulatoren der Wiener Gesellschaft ausgerüstet, darunter teilweise in sehr großem Umfange, zum Beispiel haben die Elektrizitätswerke der Gemeinde Wien in ihren verschiedenen Unterstationen zirka 40 große stationäre Batterien aufgestellt mit einer Gesamtleistung von 26.000 Amperen. Außerdem befinden sich noch in vielen wichtigen Einzelanlagen, welche an die Wiener Elektrizitätswerke angeschlossen sind, eigene große Akkumulatorenanlagen, zum Beispiel im Rathaus, Oper, Burgtheater, Parlament, Ministerien usw. Kleine stationäre Akkumulatoren arbeiten daneben in sehr vielen städtischen Anlagen von Wien für Notbeleuchtung, Signalzwecke, Telephon- und Telegraphenbetrieb und dergleichen.

Einen großen Absatz haben besonders in den letzten Jahren auch die transportablen AFA-Akkumulatoren gefunden. Sie dienen, um auch hier nur einige Anlagen in der Stadt Wien als Beispiel anzuführen, zum Betriebe der Elektromobile der Feuerwehr der Stadt Wien, in den Elektro-Traktoren für die städtische Müllabfuhr, in den elektrischen Transportkarren der verschiedenen städtischen Betriebe, für die Elektro-Lastwagen der Wiener Postverwaltung usw. Bei den österreichischen Bundesbahnen haben die AFA-Akkumulatoren in großem Umfange Eingang gefunden für Zugbeleuchtung, ferner zum Betriebe von Triebwagenzügen, endlich besonders für verschiedene Privatbahnen für Elektro-Lokomotiven.

Die „Varta"-Abteilung der AFA beschäftigt sich ausschließlich mit dem Vertrieb, der Aufladung und der Reparatur von Kleinakkumulatoren für die verschiedensten Verwendungszwecke, zum Beispiel für Beleuchtung und Anlassen von Benzinautos, als Ersatz für Primärelemente, in Signalanlagen, für Post- und Telegraphenbetrieb, für elektrische Lampen, als Heiz- und Anodenbatterien für Radio.

Die Fortschritte der Technik haben gerade in den letzten Jahren für solche Kleinakkumulatoren ein immer größeres Anwendungsgebiet erschlossen.

Funtan & Janeschitz

Unternehmung für elektrische Licht- und Kraftanlagen

Wien, V., Hamburgerstraße 15

Telephon 60-92

Die Gründung der Firma erfolgte im Jahre 1923. Die Erfahrungen der beiden Firmeninhaber bewirkten es, daß trotz der schweren Zeit, in welche die Firmengründung fiel, fester Fuß gefaßt werden konnte. Gestützt auf einen Stock tüchtiger Facharbeiter und unter Anwendung eigener, erprobter Arbeitsweisen gelang es innerhalb kurzer Zeit das Vertrauen und die Zufriedenheit der Kunden zu erwerben und zu erhalten.

Erprobung und richtige Anwendung der elektrotechnischen Errungenschaften geben dem Unternehmen die Möglichkeit, den zeitgemäßen Wünschen der Kunde zu entsprechen und der schwersten Anforderung gerecht zu werden.

Die Aufträge von seiten der Stadtgemeinde Wien zur Herstellung elektrischer Anlagen in Schul- und Amtshäusern, Schüler- und Kinderherbergen, auf Friedhöfen, in Markthallen, in Spitälern, bestehenden städtischen Wohnhäusern und Neubauten sprechen für die solide und einwandfreie Ausführung der übertragenen Arbeiten und geben Zeugnis von der tätigen Mithilfe am Wiederaufbau, welchen die Stadtverwaltung durchführt.

Produktivgenossenschaft für Elektrotechnik

reg. Gen. m. b. H.

Wien

V., Jahngasse 38
Telephon 50-1-89, 52-1-70

VI., Hofmühlgasse 20
Telephon 131

Die Produktivgenossenschaft für Elektrotechnik in Wien gehört heute zu den leistungsfähigsten und bestens eingerichteten Unternehmungen dieser Art. Aus kleinen Anfängen hat sich diese Gründung von Arbeitern der Elektro-Installation im Jahre 1920 unter nicht unbedeutenden Schwierigkeiten zu ihrer heutigen Größe emporgearbeitet. Von der Leistungsfähigkeit dieses Unternehmens spricht vor allem die anerkannt gediegene Ausführung der Installationsarbeiten auf vielen Bauten der Stadtgemeinde Wien, worunter die Arbeiten im Gebäude der Fortbildungsschule XV., Märzstraße, in den Wohngebäuden V., Einsiedlergasse, beziehungsweise Margaretengürtel, XXI., Carro-Berzeliusgasse, III., Baumgasse, die elektrischen Einrichtungen in einigen Bädern und Waschküchenanlagen nebst den öffentlichen Beleuchtungen in Straßen- und Parkanlagen, wie Margaretenstraße, Währinger Park und andere mehr, besonders hervorzuheben sind. Außer einer eigenen Werkstätte, in welcher elektrische Apparate angefertigt, Um- und Neuwicklungen von Motoren vorgenommen werden, unterhält die Produktivgenossenschaft im VI., Bezirk, Hofmühlgasse 20, ein Verkaufsgeschäft mit reichhaltigem Lager von Beleuchtungskörpern, Glühlampen, Heizkörper und allem anderen Elektromaterial.

Des weiteren zählt die Produktivgenossenschaft für Elektrotechnik zu den ständigen Kontrahenten der städtischen Elektrizitätswerke der Gemeinde Wien und meisten Arbeiterinstitutionen.

Der Betrieb, der bei seiner Gründung nur einige Arbeiter umfaßte, beschäftigt heute unter sach- und fachkundiger Führung 110 Arbeiter und Angestellte.

Telephone: 51.3.97 und 51.2.50 Gegründet 1864 Telegrammadresse: Wolterslux Wien

W. Wolters

Wien, V., Kohlgasse 31

Bank-Konto: Kreditanstalt, Wien, I., Stephansplatz 8 Österreichisches Postsparkassen-Konto 14.575

Fabrik und Kontor: V., Kohlgasse 31

Die protokollierte Firma W. Wolters, welche im Jahre 1864 gegründet wurde, gehört zu den ältesten und bekanntesten Wiener Firmen ihrer Branche. Die Firma, welche im Zeitpunkte ihrer Entstehung eine feinmechanische und optische Werkstätte betrieb, in welcher die feinsten Präzisionserzeugnisse hergestellt wurden, erweiterte späterhin ihren Betrieb und widmete sich mit besonderer Sorgfalt der damals in Aufschwung befindlichen Elektrotechnik.

Es wurde in diesem damals neu aufgenommenen Zweig sowohl im Telephon als auch Telegraphenwesen bahnbrechende Arbeit geleistet und kann die Firma als besonderen Erfolg in dieser Richtung die Einführung des von ihr erfundenen und im eigenen Betrieb erzeugten Feuermeldeapparates verbuchen, welche Type allein heute im Gemeindegebiet der Stadt Wien laut behördlicher Vorschrift für die Zwecke der Feuer- und Unfallmeldung an die städtische Berufsfeuerwehr Verwendung finden kann. Sämtliche Wiener Theater- und Vergnügungsetablissements sowie zahlreiche öffentliche als auch private Unternehmungen sind heute mit einem derartigen Feuermeldeapparat ausgerüstet, welcher sich im Laufe der Jahre in unzähligen Fälle bestens bewährte.

Die Firma befaßt sich heute sowohl mit der Ausführung sämtlicher Stark- als auch Schwachstromanlagen, wie: Reklamebeleuchtungen, Licht- und Kraftanlagen, Telephon- und Telegraphen-Installationen und als besondere Spezialität die Errichtung von Feuermeldeanlagen mit elektrischer als auch automatischer Fernauslösung. Ein weiteres Spezialgebiet der Firma ist die Einrichtung von Theatern mit elektrischen Bühnensignal und Sicherungsanlagen und wurden dieselben in fast sämtlichen Wiener Theatern durch unsere Firma ausgeführt. Nicht unerwähnt soll die Errichtung von Wächter-Kontrollanlagen mittelst elektrischer Kontrolluhren bleiben, wie solche in zahlreichen Banken wie auch im Wiener Rathaus durch unsere Firma montiert wurden. Hierher gehören auch die nach eigenen Systemen ausgeführten Kassen und Einbruchssicherungen, welche sich ebenfalls in der Praxis bestens bewährt haben und an zahlreichen Orten Verwendung finden.

Ein weiterer Zweig des Unternehmens ist die Errichtung von Blitzableiteranlagen und möchte hier nur kurz darauf verwiesen werden, daß sowohl die beiden Staatstheater, die Hofmuseen sowie zahlreiche Wiener Theater und öffentliche Gebäude mit derartigen Anlagen durch unsere Firma versehen wurden.

Unsere Firma, welche seinerzeit Hoflieferantin war, ist fast seit ihrem Bestande Kontrahentin der Gemeinde Wien, der städtischen Feuerwehr sowie Lieferantin zahlreicher großer Institute und Unternehmungen und kann mit Befriedigung auf die im Verlaufe ihres 60jährigen Bestandes erzielte Arbeit zurückblicken.

Die Leitung der Firma, welche in den Händen bewährter Fachleute liegt, bietet auch weiterhin die Gewähr, daß durch reelle, gediegene und sachkundige Arbeit auch in Zukunft stets nur das Beste geleistet wird und hofft die Firma durch Befolgung der gleichen Geschäftsführung sich das Vertrauen ihrer langjährigen Kunden zu erhalten.

Proksch & Co.

Größtes Elektro-Reparaturwerk der Republik
Wien, XVI., Wattgasse 11



Elektro-Reparatur-Anstalt Josef Simon

Wien, XIV., Pfeifergasse 3

Gegründet 1913 Fernsprecher: 82-2-63

Bankverbindung: Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Postsparkassenkonto: 147.495

Der Inhaber war als Betriebsassistent bei den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken, sowie durch zehn Jahre als Betriebsleiter bei der AEG Berlin, AEG-Union Stadlau und bei den Österreichischen Brown-Boveri-Werken tätig und hat sein Unternehmen im Jahre 1913 gegründet. Auf Grund seiner reichlichen Erfahrung auf den Gebieten der Elektrotechnik und des Maschinenbaues ist er in der Lage, jede Reparatur in einwandfreier Weise durch geschultes Personal durchzuführen und zählt die größten Industriefirmen und Elektrizitätswerke sowie auch die Gemeinde Wien zu seinen Kunden. Da eine große parterregelegene Montagehalle mit Kran und eigenes Prüffeld zur Verfügung stehen, können Reparaturen an elektrischen Maschinen und Transformatoren bis zu den größten Einheiten durchgeführt werden. Auf Wunsch werden auch Reparaturen an Ort und Stelle vorgenommen. Ferner stehen eine große Anzahl Leihmotoren (Gleich- und Drehstrom) sowie einige Generatoren in den gangbarsten Spannungen während der Reparaturperiode kostenlos zur Verfügung oder werden auch im anderen Falle gegen monatliche Gebühr an Bauunternehmungen und Industrien verliehen. Gebrauchte garantiert betriebsfähige Motoren werden auch zu billigsten Preisen und günstigen Zahlungsbedingungen verkauft.

Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung.

Jede Reparatur wird in der denkbar kürzesten Zeit und gegen billigste Berechnung, bei Neuwicklungen mit einjähriger Garantie, ausgeführt.

Dorfstetter & Löscher

Elektrotechnische und mechanische Werkstätte
einschließlich Aufzugsbau, Revisionen, Reparaturen

Wien, V., Fendigasse 7

Nach einer mehr als zwanzigjährigen anerkannten Tätigkeit im Personen- und Lasten-Aufzugsbau bei nur erstklassigen Firmen im In- und Auslande wurde gemeinsam mit Herrn Löscher, einem tüchtigen Fachmanne im Elektromotorenbau, im Jahre 1923 die unter dem Namen Dorfstetter & Löscher protokollierte Firma, Spezialwerkstätte für Aufzugsbau, Revisionen und Reparaturen an allen Systemen, gegründet. Da bei den Hochbauten der Aufzug kein Luxus mehr, sondern eine Notwendigkeit darstellt, hat die Firma gleichzeitig eine eigene Motorreparaturwerkstätte mit modernen Einrichtungen geschaffen, die es ermöglicht, elektrische Reparaturen in der denkbar kürzesten Zeit durchzuführen. Der Betrieb ist auch in der Lage, alle Reparaturen im mechanischen Teil an den verschiedenen Systemen bestens und den heutigen Verhältnissen anpassend möglichst billig zur Ausführung zu bringen. Es wurden bereits mit großem Erfolg Neuanlagen ausgeführt, darunter auch für die Gemeinde Wien—Städtische Gaswerke. Weiters wurden verschiedene Personen- und Paternosteraufzüge auf modernen Betrieb umgebaut und damit volle Erfolge erzielt. Der Betrieb zählt zu seinen Kunden eine große Anzahl öffentlicher Institutionen, erstklassige Hotels, große Fabriken, Bureau- und Privathäuser usw.

Luster- und Bronzewarenfabrik-Aktiengesellschaft

Melzer & Neuhardt

Wien, VIII.



Stolzenthalergasse 6
Fernruf 21-4-17

Ingenieur Hugo Koditschek

Beh. konzess. Installationsunternehmen für elektrische Kraft- und Lichtanlagen

Wien, IX., Berggasse 4
Telephon 11-4-16

Das Unternehmen, das seit einer Reihe von Jahren besteht, hat sich, dank der Tatkraft und Energie seines Inhabers, aus kleinen Anfängen entwickelt und wird auf Grund langjähriger Erfahrungen auf solidester Basis geführt. Der Inhaber, Herr Ingenieur Hugo Koditschek, der vor 21 Jahren die Staatsprüfungen an der Wiener Technischen Hochschule absolviert hat, betätigte sich nachher durch eine Reihe von Jahren praktisch bei der österreichischen Großindustrie und hat während dieser Zeit genügend Erfahrungen gesammelt, um selbe in seinem eigenen Unternehmen zu verwerten.

Die Firma hat in den letzten Jahren ihrer Tätigkeit eine größere Anzahl von Fabriken und Werkstätten elektrisch eingerichtet und hat insbesondere für das Stadtbauamt der Gemeinde Wien umfangreiche elektrische Installationsarbeiten für Schulen und städtische Wohnhausanlagen ausgeführt, unter anderen die Wohnhausanlage X., Quarinplatz und XVI., Thalheimergasse usw.

Elektroschweißwerk

Ing. P. C. Wagner, Komm.-Ges.

Wien

Bureau: I., Hohenstaufengasse 4
Telephon 62-1-57

Werk: XXI., Scheydgasse 8
Telephon 10-4-36, 10-2-03

Lager: II., Holzhausergasse 3
Telephon 49-5-10
Bank: N.-Öst. Escompte-Ges.

Die Technik des Schweißens hat in den letzten Kriegs- und Nachkriegsjahren außerordentliche Fortschritte gemacht. Insbesondere auf dem Gebiete des Elektroschweißens wurden neue Spezialgebiete eröffnet.

Das Unternehmen hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle das Schweißen betreffende Arbeitsmethoden in Österreich zur Ausführung zu bringen. Die Firma wurde im Jahre 1924 gegründet und befaßte sich vorerst mit der elektrischen Kalt- und Warmschweißung. Letztere stellte eine hierzulande noch unbekannte Methode zur Reparatur von Graugußstücken bis zu den größten Dimensionen dar; sie bürgerte sich rasch ein, da es die einzige Art ist, Graugußschweißungen in großem Stil dicht, fest und vollkommen bearbeitbar zu schweißen. Die Zuverläßlichkeit dieser Methode machte es dem Unternehmen möglich, für ihre Graugußreparaturschweißungen Garantie zu geben, wie die das neue Werkstück liefernde Maschinenfabrik.

Ein weiteres Anwendungsgebiet der Elektroschweißung bildet die Herstellung und Erhaltung des Schienenmaterials für Straßen- und Vollbahnen. Hiebei sei insbesondere das Aufschweißen von ausgefahrenen Kreuzungen erwähnt, welches für die Gemeinde Wien in großem Umfange durchgeführt wird.

Für Kesselschweißarbeiten wurden stärkere Maschinen, Dynamos sowie Transformatoren verwendet, wodurch raschere und billigere Leistungen erzielt wurden.

Als neuesten Zweig hat das Unternehmen im Jahre 1926 gemeinschaftlich mit der Elektro-Thermit G. m. b. H., Berlin-Tempelhof, Thermitschweißungen in ihr Programm aufgenommen, welche auf der Wiener Stadt- und Straßenbahn in großem Umfange begonnen wurden.

Verband der Elektrizitätswerke

Wien, IX/2, Mariannengasse 4

Sekretariat: Wien, I., Teinfaltstraße 9

Telephon: 62-2-77, Telegrammadresse: Elektroverband Wien

Der „Verband der Elektrizitätswerke" wurde im Jahre 1903 zum Zwecke der Interessenvertretung der Elektrizitätswerke Österreichs unter dem Titel „Vereinigung österreichischer Elektrizitätswerke" gegründet und besteht somit bereits dreiundzwanzig Jahre.

Derzeit gehören diesem Verbande 265 Elektrizitätswerke als ordentliche Mitglieder und ein Bundes- sowie ein städtisches Amt und vier Personen, die sich auf dem Gebiete der Elektrotechnik, beziehungsweise der Elektrizitätswirtschaft besondere Verdienste erworben haben, als außerordentliche Mitglieder an.

Um die besonderen Interessen der Elektrizitätswerke vertreten zu können, wurden innerhalb des Verbandes für das Land Steiermark, Oberösterreich mit Salzburg, Kärnten und Tirol mit Vorarlberg je ein Landesverband geschaffen.

Der Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder den Behörden gegenüber, indem er zu geplanten Gesetzen und Verordnungen Stellung nimmt oder die Erlangung oder Novellierung bestehender, die Elektrizitätswerke tangierender Gesetze und Verordnungen anregt, er leistet teils selbst Arbeiten und Forschungen auf allen Gebieten der Stromerzeugung und -versorgung oder beteiligt sich an solchen und steht seinen Mitgliedern in allen juridischen, verwaltungs- und betriebstechnischen Fragen im Wege seiner Beratungsstelle zur Seite.

Monatliche gedruckte Mitteilungen, die allen Mitgliedern zugehen, halten die Mitglieder über die Tätigkeit des Verbandes am Laufenden.

In diesen Mitteilungen werden alle auftauchenden Fragen besprochen, Rundfragen gestellt, interessante Vorkommnisse veröffentlicht und Verordnungen und Gesetze mitgeteilt und erläutert.

Die Leitung des Verbandes besorgt der aus vier Mitgliedern bestehende Vorstand, derzeit:

Ing. Eugen Karel, Direktor der städtischen Elektrizitätswerke, Wien,

Ing. Rudolf Beron, Vizedirektor der städtischen Elektrizitätswerke, Wien,

Ing. Ernst Egger, Generaldirektor der Vereinigten Elektrizitäts A. G., Wien,

Heinrich Schlosser, Generaldirektor der Oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts A. G., Linz

und acht Ausschußmitglieder.

Der Sitz des Verbandes befindet sich in Wien, IX., Mariannengasse 4, das Sekretariat in Wien, I., Teinfaltstraße 9.

* * *

Im Rahmen des Verbandes wurde im Jahre 1904 eine Einkaufsorganisation für die Mitglieder gegründet.

Dieselbe führt den Namen „Einkaufsgenossenschaft des Verbandes der Elektrizitätswerke, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung", und besorgt für ihre Genossenschafter den gemeinsamen Einkauf von allen Betriebsmaterialien, wie Gasöl, Schmieröl, Kohle, Leitungs- und Installationsmaterial, elektrischen Apparaten und Maschinen usw. Sie ist nicht auf Gewinn berechnet.

Die Leitung der Genossenschaft obliegt einem dreigliedrigen Vorstand, derzeit wie folgt zusammengesetzt:

Vorsitzender: Ing. Eugen Karel, Direktor der städtischen Elektrizitätswerke, Wien,

Vorsitzenderstellvertreter: Ing. Rudolf Beron, Vizedirektor der städtischen Elektrizitätswerke, Wien, und Holm Reutter, Verwaltungsrat der Steiermärkischen Elektrizitätsgesellschaft, Graz.

Weiters besteht ein dreizehngliedriger Aufsichtsrat.

Der Sitz der Genossenschaft befindet sich Wien, I., Teinfaltstraße 9.

Vergasungs-Industrie A. G.

Wien, IV., Große Neugasse Nr. 8

Diese Gesellschaft ist aus den verschiedenen früheren Unternehmungen hervorgegangen, welche der in allen Gasfachkreisen bekannte Professor Dr. Hugo Strache auf Grund seiner Patente und Erfindungen ins Leben gerufen hat.

Die einzelnen Entwicklungsperioden waren:

1889 bis 1905 „Internationale Wassergas-Aktiengesellschaft", Sitz: Brüssel, Bureau: Wien;
1905 bis 1907 „Bureau für Wassergas" in Wien;
1907 bis 1919 „Professor Strache Wassergas- und Patentverwertungs-Ges. m. b. H." in Wien;
1919 bis 1922 „Vergasungs-Industrie Ges. m. b. H." in Wien.

Im Jahre 1922 wurde dann die heutige Vergasungs-Industrie A. G. gegründet.

Wie bereits aus den Anschriften der sich ablösenden Unternehmungen hervorgeht, handelte es sich vorerst um die Konstruktion und Erzeugung von Wassergasanlagen aus Koks und Kohlen nach den Strache-Patenten. Nachdem die Kokswassergaserzeugung auf einem gewissen Höhepunkt angelangt war, wendete sich das Interesse Prof. Straches und seines Unternehmens der Vergasung von Kohlen zu, und zwar in der Hauptsache minderwertigerer Kohlen, wie gasärmere Steinkohlen, Braunkohlen und Lignite. Gleichzeitig strebte aber Prof. Strache an, aus diesen Kohlen ein höherwertigeres Gas zu erzeugen als das Kokswassergas, und zwar durch eine restlose Vergasung der Brennstoffe, um es derart den Gaswerken zu ermöglichen, sich von den schwankenden Verkaufspreisen der Nebenprodukte, die bei der Entgasung der Kohle miterzeugt werden, möglichst unabhängig zu machen und ihr ganzes Interesse der Herstellung eines stabilen billigen Gases zu widmen. Dies führte nun zu der Schaffung der restlosen Vergasung in Generatoren, bei welchen im Unterteil Wassergas, im Oberteil (Retorte) Destillationsgas erzeugt wird und welches Gas zufolge seines Entstehens durch eine Mischung von Wassergas und Destillationsgas den Namen Doppelgas erhielt. Die ersten Generatoren dieses neuen Verfahrens zur Gewinnung eines Starkgases durch die restlose Vergasung wurden in Bergedorf und Elberfeld (Deutschland) und Esseg (seinerzeit Ungarn) in den Jahren 1911 und 1912 errichtet. Im Jahre 1915 wurde ein Doppelgasgenerator im Wiener Werke Simmering aufgestellt. Hier wurden in Anwesenheit Prof. Straches die ersten grundlegenden eingehenden Dauerversuche mit diesem neuen Verfahren gemacht. Während des Weltkrieges zeigte sich immer mehr der Wert dieser neuen Gaserzeugungsmethode; viele Gaswerke mußten eingestellt werden, da die Kohle zum Betriebe nicht erhältlich war, weil bei den alten Retortensystemen nur Kohlen hochwertigster Qualität aus fernen Revieren oder aus dem Auslande verwendet werden konnten. Sofort nach Beendigung des Krieges schritten nun die stillgelegten Gaswerke zu einer Wiederaufrichtung ihrer Gaserzeugungsanlagen und von diesem Zeitabschnitt angefangen beginnt die zahlreiche Anwendung der Strache-Doppelgasgeneratoren, von denen sich heute bereits 77 Anlagen teils im Betriebe, teils im Bau befinden, dies sowohl in ganz Europa als auch in den überseeischen Ländern. Je mehr die verschiedenen Länder an die Verwertung der einheimischen Kohle denken, um so mehr Bedeutung gewinnt für die gesamte Volkswirtschaft die Verwendung des Doppelgases, sei es je nach den lokalen Verhältnissen, entweder zwecks Alleinversorgung oder zum Zwecke der Beimischung zum Leuchtgase, und dies nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung mit Gas zum Kochen und Heizen, sondern auch für die Anwendung desselben in industriellen Betrieben, wo ein höherwertigeres Gas mit hoher Flammentemperatur verlangt wird, wie zum Beispiel zum Schweißen, zur Beheizung von Glühöfen, Schmiedeöfen, Schmelzöfen, Härteöfen usw. Alle die Gründe, die für die Verwendung des Gases sprechen, treffen auch in Österreich zu. Die Gemeinde Wien hat abermals in ihrem Werke Simmering jetzt allerdings eine ziemlich große Doppelgasanlage errichtet.

Gaswerksbau- und Maschinen-Fabriks-Aktien-Gesellschaft Franz Manoschek

Wien, XIII., Linzerstraße 160

Die seit dem Jahre 1850 bestandene Firma Franz Manoschek, welche im Jahre 1907 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, errichtete im Jahre 1894 das heutige umfangreiche, mit modernst eingerichteten Werkstätten ausgestattete Fabriksunternehmen in der Linzerstraße 160.

Ursprünglich Gasmesserfabrik, seit Jahrzehnten Erzeugung von sämtlichen Gaswerksapparaten, die nach allen Gaswerken der bestandenen Monarchie und vielen Gasanstalten des Auslandes geliefert werden, wurde die Firma beim Bau des ersten städtischen Gaswerkes in Simmering mit der Lieferung von Apparaten, als Gassauger, Teerscheider, Skrubber, Standardwäscher, Stationsgasmesser, Stadtdruckregler u. a. m., betraut.

Auch für das zweite städtische Gaswerk in Wien-Leopoldau lieferte die Firma zahlreiche Apparate, wie sie ja auch für alle folgenden notwendigen Erweiterungen und Erneuerungen der Wiener Gaswerke stets herangezogen wird.

Nebst der Rekonstruktion bestehender Gaswerke baut die Firma neue Gaswerke, von welchen sie eine ganze Reihe kompletter Werke samt Straßenrohrnetz in den Ländern der ehemaligen Monarchie zur Ausführung brachte.

Außer dem Bau und den Lieferungen städtischer Werke werden für die Privatindustrie Gaserzeugungsanlagen, und zwar für alle Gasarten, gebaut, ebenso Spezialeinrichtungen und Apparate für die verschiedensten Industriezweige, chemische Industrien usw., von denen zahlreiche für das In- und Ausland geliefert wurden.

Außerdem liefert die Firma Blech- und Kesselschmiedarbeiten, Eisenkonstruktionen usw.

Durch den vor Jahren aufgenommenen Bau von Leicheneinäscherungsöfen konnte die Firma die Krematorienöfen in Wien, Prag und Brüx, Steyr und Bukarest erstehen.

Neuerlich hat die Firma die Erzeugung von Spezial-Kapso-Pumpen (Patent Schmidt) aufgenommen, ebenso die Erzeugung aller Arten Sandstrahlgebläse und Kühlschränke nach einem patentierten Verfahren.

S. Elster

Fabrik für Gaswerkbau, Gasmesser und Gasapparate

Wien, XIV/101, Felberstraße 80

Fernsprecher 30-5-58, 31-2-30

Das Wiener Werk wurde im Jahre 1889 als Zweig des seit 1848 bestehenden Stammhauses in Berlin gegründet.

Dieses hat als eines der Ersten den Gasmesserbau aus England nach dem Festlande verpflanzt und sich aus kleinen Anfängen rasch zur führenden Stellung emporgearbeitet. In rascher Folge wurden dann in vielen Städten Deutschlands, Österreichs und anderer Länder Europas Zweigwerke gegründet; so entstand auch in Wien die Fabrik, die nach neuzeitlichen Gesichtspunkten gebaut und eingerichtet wurde.



An der Errichtung der beiden Wiener Großwerke in Leopoldau und Simmering nahm es hervorragenden Anteil.

Nach dem Kriege stieß der Bau von Gaswerken auf unüberwindliche Hindernisse, so daß die Erzeugung von Gasmessern und einschlägigen Apparaten in den Vordergrund trat.

Auf diesem Gebiete sind eine Reihe interessanter Neuerungen gelungen, so die Herstellung von Hochleistungsmessern, die bei gleicher Leistungsfähigkeit nur etwa ein Viertel des Raumes eines normalen Gasmessers einnehmen, von trockenen Eichkolben, tragbar, zur Nachprüfung von Gasmessern im Hause der Gasverbraucher usw.

Auch andere Spezialapparate befinden sich seit langem im ständigen Erzeugungsprogramm: so Faßkubizierapparate, Vorrichtungen zur Untersuchung der menschlichen Atmung u. v. a.

Um über die Hemmnisse der Nachkriegszeit leichter hinwegzukommen, wurde auch die Erzeugung von Elektromotoren und Elektrokleinmaschinen aufgenommen. Jedenfalls wird es noch eines guten Stückes unermüdlicher Arbeit bedürfen, um dem Wiener Werke die alte Basis zurückzuerobern; rastloses Vorwärtsstreben auf allen Gebieten der Betriebswirtschaft, im Gleichschritt mit den jeweils neuesten technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften, soll die Devise sein, dieses Ziel zu erreichen.



Fabrik in Wien, XI., Nemelkagasse 9

Julius Pintsch

Aktiengesellschaft

Wien, XI., Nemelkagasse 9

Zu Ende der neunziger Jahre, als durch die Auersche Erfindung des Gasglühlichtes die Gasindustrie eine ungeahnte Entwicklung nahm, ergab sich für die bekannte Weltfirma auf dem Gebiete des Gasfaches, Julius Pintsch in Berlin, die bereits in den meisten großen Staaten der Welt Fabriken besaß, die Notwendigkeit, auch für die österreichische Monarchie und den Balkan eine eigene moderne Fabrikationsstätte für das gesamte Gebiet des Gasfaches zu schaffen. So entstand 1897 als Tochterfirma der Berliner Gesellschaft die Firma Julius Pintsch in Wien. Es wurde eine Gasmesserfabrik und eine Kesselschmiede mit Dreherei, Schlosserei usw. errichtet und bald war die Firma in der Lage, auf eine Reihe von Neu- und Umbauten von städtischen Gaswerken hinzuweisen. Unter den Neubauten seien erwähnt die Gaswerke für die Städte Agram, Böhmisch-Brod, Rovigno, Mährisch-Weißkirchen, Weidenau, Parenzo, Wiener-Neudorf, Kopreinitz, unter den Umbauten und Erweiterungen solche in den Gaswerken Wien, Budapest, Salzburg, Innsbruck, Linz, Klagenfurt, Reichenberg, Gablonz, Debreczen, Lemberg, Krakau, Jaroslav, Koloszvar, Temesvar usw. Besonders betätigt sich die Firma bei der Einführung von Wassergasanlagen, mit welchen sie fast alle größeren Gaswerke der Monarchie ausgestattet hat. Daran anschließend wurde das Wassergas, dessen vorteilhafte Anwendung für die Industrie man rasch erkannte, in großen Industrieunternehmungen zur Anwendung gebracht.

Eine besonders große und interessante Aufgabe erstand der Firma in der Einführung der Gasbeleuchtung in den Eisenbahnwagen. Zu diesem Zwecke errichtete die Firma auf dem Gebiete der österreichischen Monarchie 14 Ölgasanstalten (hievon 5 in Wien), die das Gas für die Waggonbeleuchtung erzeugten. Hand in Hand damit ging die Einrichtung des Personenwagenparkes und somit gelang in kurzer Zeit die Einführung einer modernen Beleuchtung in den Eisenbahnwagen. Hervorzuheben ist, daß die Einführung der Invert-Glühlichtbeleuchtung für Eisenbahnzüge von Wien aus in die Welt ging und die von Pintsch-Wien geschaffenen Typen von Deutschland und von dort aus für alle anderen Staaten der Welt übernommen wurden.

Nach Beendigung des Krieges erhielt das angestammte Gebiet des Gasfaches eine Erweiterung durch Aufnahme des Baues von Steinkohlenwassergasanlagen, die in einigen bestehenden Gaswerken errichtet wurden und die wegen der weitaus geringeren Herstellungskosten kostspieligen Ofenanlagen vorgezogen werden.

In den Fabrikationsbereich der Firma fallen ferner Turbinenrohrleitungen, die in allen Dimensionen unter anderem für das Elektrisierungsamt ausgeführt wurden, dann elektrische Zugbeleuchtung, Dampfheizungseinrichtungen, Fensterrahmen, Luftsauger und Desinfektionsanlagen für Eisenbahnwagen sowie sonstige Sonderausführungen für Eisenbahnen.

Gebrüder Brünner A. G.

Zentrale: Wien, VI., Dreihufeisengasse 9

Die Firma Gebrüder Brünner A. G., welche im Jahre 1913 gegründet wurde, hat die Erzeugung und den Vertrieb von Heiz-, Koch- und Bügelapparaten für den Haushalt zum Ziele.

Dem Betriebstoff entsprechend, gliedert sich der Betrieb in die Erzeugung von Gasapparaten und transportablen Herden für Holz- und Kohlenfeuerung. Bei den Gasapparaten wird das Hauptaugenmerk auf die Produktion solcher Apparate gelegt, die allen Schichten der Bevölkerung erschwinglich sind. Dank diesem Vorgehen ist es gelungen, die bekannten Gebe-Erzeugnisse, wie: Gaskocher, Gasküchenherde, Gasbügeleisen, Gasbratrohre in den weitesten Kreisen einzuführen. Zu den genannten Apparaten kommen noch Gasheizöfen, wie Radiatoren und Reflektoren, die sich in kurzer Zeit bestens eingeführt haben. Ein spezielles Erzeugnis der Firma sind die Glühballen-Gaskamineinsätze, welche bei gewissen Raumheizungen sehr beliebt sind. Um den Bedürfnissen, hauptsächlich denen der Landbevölkerung, zu entsprechen, ist die Firma an die Konstruktion von Kohlenherden, das sind die sogenannten transportablen Sparherde, geschritten, welche in den verschiedensten Größen und Typen, wohl für jeden Haushalt passend, gebaut werden. Diese Gebe-Erzeugnisse haben sich überall dort sehr eingebürgert, wo der Bevölkerung Gas zum Kochen nicht zur Verfügung steht, da dieselben äußerst ökonomisch arbeiten und mit einem Minimum an Brennstoffverbrauch die höchste Leistung erzielt wird. Ein weiterer Zweig der Erzeugung, welcher in den letzten Jahren an Bedeutung sehr zugenommen hat, ist die Fabrikation von gewerblichen und industriellen Apparaten mit Gasbetrieb.

Die Erbauung von Großküchenanlagen für moderne Hotelbetriebe, Spitäler und Kaffeehäuser wird auch von dem Unternehmen in jüngster Zeit vorgenommen und sind schon mehrere Anlagen für Spitäler und Restaurants ausgeführt worden, welche zur vollsten Zufriedenheit arbeiten. Die von der Gemeinde Wien-Städtische Gaswerke vertriebenen Spezialtypen „Wiener Gaswerk" werden auch von der Firma erzeugt und wurden von diesen Apparaten bisher über 35.000 Stück an die städtischen Gaswerke abgeliefert. An den Lieferungen der Gemeinde Wien für die städtischen Wohnhausbauten ist die Firma ebenfalls in hervorragendem Maße beteiligt und wurden für diesen Zweck bereits 13.000 Herde geliefert.

Der Betrieb der Firma umfaßt ein Werk in Penzing und eines in Liesing bei Wien, welche zusammen über 200 Arbeiter beschäftigen. Eine eigene Gießerei sowie ein leistungsfähiges Emaillierwerk ermöglichen die kontinuierliche Bearbeitung des eintreffenden Roheisens und Feinbleches bis zum fertigen Gasapparat in den eigenen Werkstätten des Unternehmens.

In Wien besteht eine zentrale Verkaufsstelle am Getreidemarkt 10, welche infolge der Eigenart der Branche und der Kundschaft, welche sich hauptsächlich aus Wiederverkäufern zusammensetzt, die Errichtung eines ausgebreiteten Filialnetzes überflüssig macht. Die Exportbeziehungen der Firma, welche sie dank ihrem Namen in der Vorkriegszeit rege entwickeln konnte, sind wohl infolge der wirtschaftlichen Absperrung zurückgegangen, doch besteht die Hoffnung, dieselben wieder in starkem Maße aufleben zu lassen, da durch ein neuartiges Fabrikationssystem, welches große Ersparnisse in der Verzollung und Verfrachtung beinhaltet, wieder größere Geschäftsmöglichkeiten auch nach dem Ausland gegeben sind.

Zwecks ständiger Bearbeitung errichtete die Firma in Marburg eine Tochtergesellschaft unter dem Namen „Termotehnicki zavodi dd.", welche den Ausgangspunkt für den größten Teil des Auslandsverkehres nach dem Balkan der Firma Gebrüder Brünner A. G. darstellt. Auch diese Tochtergesellschaft verfügt über eigene Werkstätten und Montageräume.

Johann Koblischke

Spezialfabrik für moderne gewerbliche Gasapparate

Wien

Fabrik: X., Laxenburgerstraße 102

Telephon 59-3-91

Bureau: V., Castelligasse 10

Telephon 51-0-56

Der Firmeninhaber Koblischke war durch viele Jahre hindurch technischer Leiter einer größeren Gasapparatefabrik und gründete im Jahre 1909 sein eigenes Unternehmen.

Sein Ziel war: keine schablonenmäßige Massenerzeugung aufzunehmen, sondern nur Spezialapparate für hauptsächlich gewerbliche Betriebe herzustellen, welche allen an sie gestellten Anforderungen entsprechen, fortschreitend mit den neuesten technischen Verbesserungen ausgestattet sind und so immer eine Qualitätsarbeit darstellen.

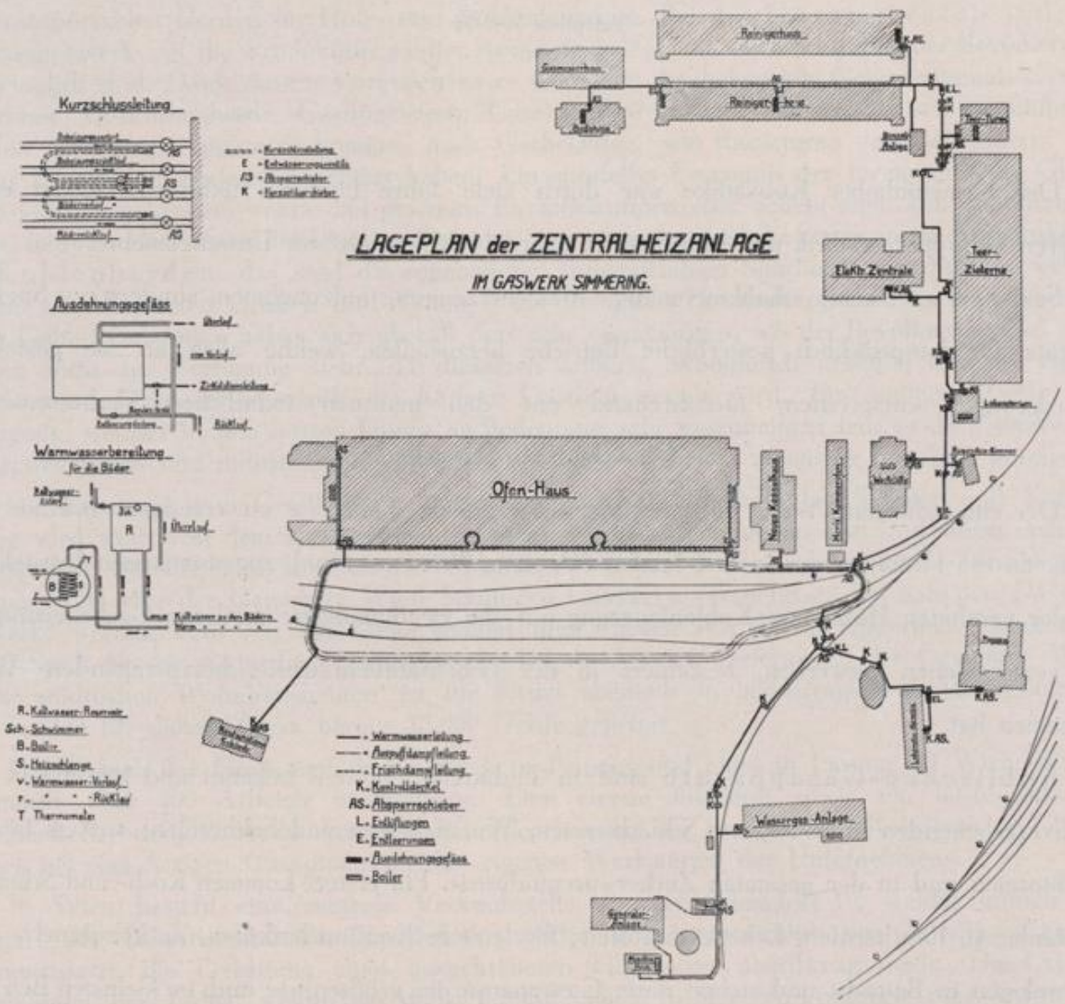
Der eingeschlagene Weg, nur wirklich mustergültige Fabrikate zu erzeugen, brachte den Erfolg, da die Firma an der in den letzten Jahren in Wien so rapid zugenommenen Umstellung von der veralteten Holz- und Kohlenfeuerung auf die zweckmäßigere moderne Gasbeheizung in den verschiedenen Gewerben, besonders in der Lebensmittelindustrie, hervorragenden Anteil genommen hat.

Koblischke-Gasapparate sind in Fachkreisen bestens bekannt und führend in der fleischverarbeitenden Industrie, wie Schlächtereien, Wurstfabriken und Selchereien; weiters in den Konditoreien und in der gesamten Zuckerwarenindustrie. Für erstere kommen Koch- und Schmalzkesselanlagen, Räucheröfen, Leberkäsbratöfen; für letztere Konditorbacköfen, Zuckerschmelz- und Siedeanlagen in Betracht und stehen diese Gasapparate im größten wie auch im kleinsten Betriebe zahlreich in Verwendung. Von den vielen Gasapparaten, welche von der Firma geliefert werden, sind hauptsächlich noch zu erwähnen: Trocken-, Lackier-, Glüh- und Härteöfen, Schmiedefeuer, Restaurations-, Wirtschafts- und Kaffeehausherde, Tellerwärmer, Kamine, Heizöfen und Industriebrenner.

Die Firma zählt auch zu den Lieferanten der Gemeinde Wien.

Die Entwicklung der Wärmewirtschaft

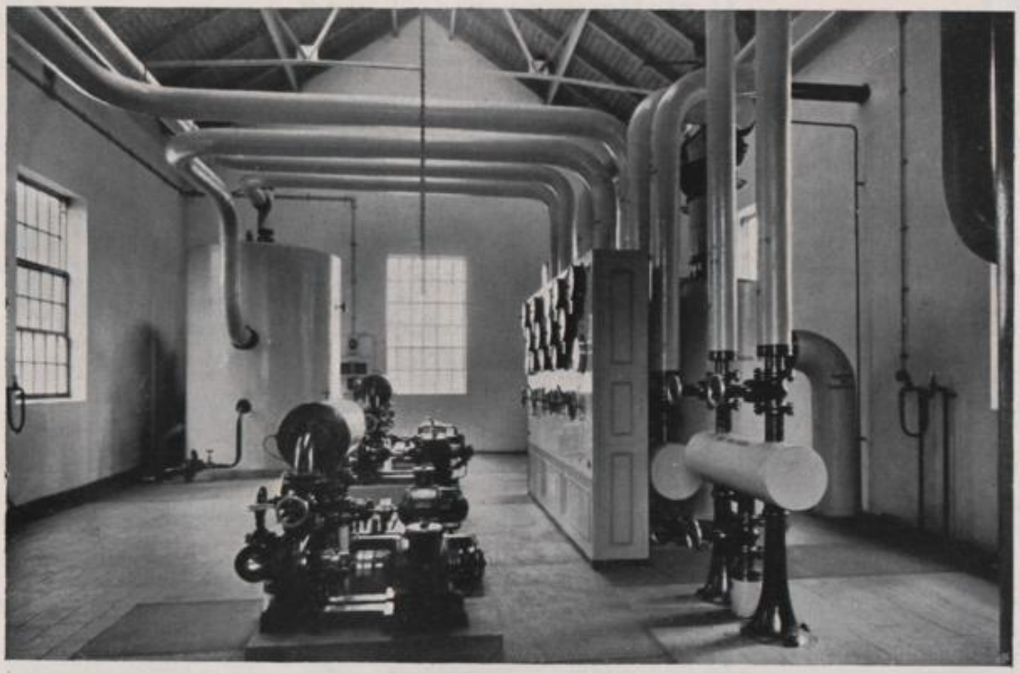
Ein Schlagwort schon, doch so inhaltsreich und für unsere Volkswirtschaft so bedeutend, daß es sich lohnt, der Industrie, die auf diesem und verwandtem Gebiete tätig ist, einige Zeilen zu widmen. Zu den Spezialfächern, welche in den letzten 50 Jahren eine hervorragende Entwicklung



erfuhren, gehört auch das Gebiet der Zentralheizungen, der sanitären Einrichtungen sowie der verwandten Fächer, als Wasserversorgung usw.

In dem Zeitraum um 1860—1870 war diese Industrie in Österreich nur spärlich vertreten, heute jedoch braucht sie keinen Vergleich mit dem Auslande zu scheuen und sie kann auch mit Erfolg für den Export arbeiten.

Sehr bemerkenswert ist nun die Wendung, welche die Entwicklung dieses Faches in den letzten Jahren genommen hat. Während man sich früher hauptsächlich damit begnügte, Zentral-



Heizhausanlage im Gaswerk Simmering



heizungen für größere Gebäude oder Gebäudegruppen (z. B. Krankenhausanlagen u. dgl.) möglichst vollkommen und unter Berücksichtigung günstiger Wärmeausnützung in der Kesselanlage zu erbauen,

haben die hohen Brennmaterialpreise dazu geführt, daß heute Wärmewirtschaft, insbesondere die Ausnutzung der Abwärme und die dadurch erzielte Kohlenersparnis in den Vordergrund gerückt ist.

So sind in den letzten Jahren, vor allem in größeren Industrieanlagen, z B. Kohlenbergwerken, Gasanstalten und Hüttenwerken, eine Reihe derartiger Abwärmeverwertungsanlagen geschaffen worden, die sich trotz der heutigen hohen Herstellungskosten im Laufe weniger Jahre amortisieren und außerdem unserer Volkswirtschaft unzählige Tonnen Kohlen erhalten helfen. Beispielsweise wurde bei einer derartigen Anlage durch Ausnutzung der Abwärme eine jährliche Ersparnis von rund S 100.000 erzielt und in der Heizperiode 1922/23 amtlich einwandfrei festgestellt.

Zu den Firmen, welche auf diesem Gebiete erfolgreich und hervorragend tätig sind, zählt die Firma Wilhelm Brückner & Co., Gesellschaft m. b. H. in Wien, die bereits seit mehr als 50 Jahren in diesem Spezialfach arbeitet.

Für die Gemeinde Wien lieferte diese Firma in jüngster Zeit die umfangreichen Abwärmeverwertungsanlagen für das städtische Gaswerk in Leopoldau und für das städtische Gaswerk Simmering.

Erwähnt sei noch, daß die Firma Brückner neben der wärmewirtschaftlichen Abteilung, die außer Abwärmeverwertungsanlagen, Zentralheizungen und Fernheizungen auch Trockenanlagen, Warmwasserbereitungen und ähnliche Anlagen ausführt, von jeher auch Spezialabteilungen für Wasserversorgungen, sanitäre Einrichtungen und verwandte Fächer unterhält.

G. Bernhardt's Söhne

Maschinen- und Wassermesserfabrik

Wien, XII., Schönbrunnerstraße 173



Dieses seit dem Jahre 1845 bestehende Unternehmen hat auf vielen Gebieten des Maschinenbaues für Landwirtschaft und Industrie einen guten Namen.

Die wirtschaftlichen Umwälzungen veranlaßte das Unternehmen zum Ausbau der feinmechanischen Werkstätten und zur Aufnahme der Erzeugung von Wassermessern nach System Meinecke. Diese erprobten Apparate finden bei allen namhafteren Wasserwerken in steigendem Maße Verwendung und Anerkennung und zählt die Firma zu den ständigen Lieferanten der Gemeinde Wien.

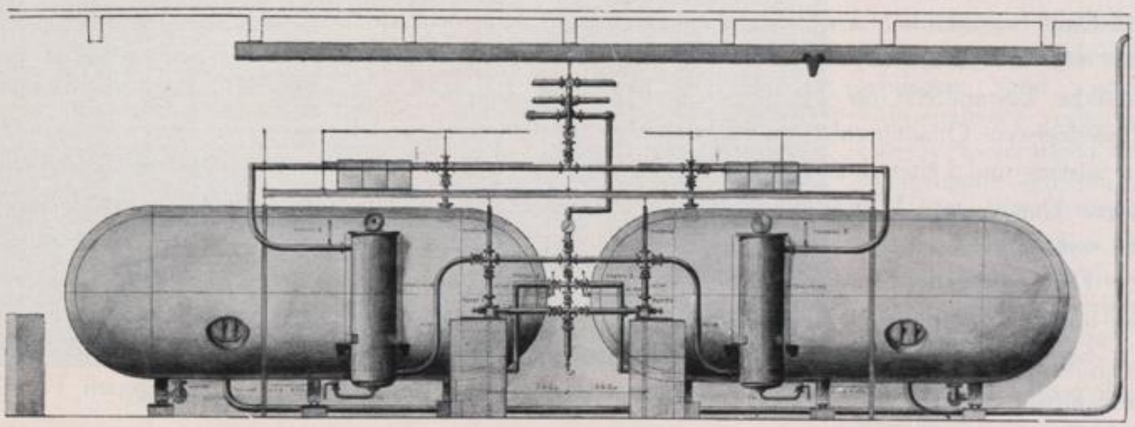
Als Spezialität erzeugt die Firma Egoutteure, deren Abnehmer, neben den inländischen, die größten Papierfabriken des Kontinents, von den nordischen Staaten bis nach dem Süden Spaniens sind.

J. L. Bacon

Wien, V., Schönbrunnerstraße 34

Die Gründung der Firma J. L. Bacon erfolgte im Jahre 1853 von dem Engländer dieses Namens, welcher vorher mit dem Ingenieur Perkins, dem Konstrukteur der sogenannten Perkins-Heizung, eine Firma unter dem Namen Bacon & Perkins betrieben hatte.

Die Firma J. L. Bacon gründete eine Anzahl Filialen auf dem Kontinent, darunter auch in Wien. Diese letztere ging im Jahre 1881 in den Alleinbesitz des Herrn Arnold Adamy über. Nach dem Hinscheiden des Genannten im Jahre 1919 befindet sich die Firma J. L. Bacon in dem Alleinbesitz seines Schwiegersohnes, Herrn Ing. Ernst Müller-Adamy.



Derzeit größte elektrische Speicher-Warmwasser-Heizungsanlage in Österreich
Inhalt eines jeden Speichers zirka 35.000 Liter. – Erwärmung des Speicherwassers auf zirka 130 Grad Celsius
Ausführung des elektrischen Teiles: Österr. Siemens-Schuckert-Werke

Die Firma J. L. Bacon, Wien, besitzt folgende eigene Häuser: In Oberösterreich: Linz a. d. D., Mozartstraße 47; in Ungarn unter dem Titel: Ung. Installationsunternehmung für Heizung und Lüftung, Budapest, IX., Marton utca 35a, ferner in der Tschechoslowakei J. L. Bacon, Brünn, Drevarska 14, sowie J. L. Bacon, Trautenau, Hohenbruckerstraße 2.

Die Firma beschäftigt sich ausschließlich mit der Projektierung und Herstellung von Zentralheizungs- und Ventilations- sowie mit der Einrichtung von Luftbefeuchtungsanlagen nach den früheren Patenten der Firma Jaennigen & Beiselen mit deren „Rapid"-Apparaten.

Die tieferstehend angeführten Bauten sollen nur ein kleines Bild über die Leistungsfähigkeit der Firma geben: Sieben Doppel-Volks- und Bürgerschulen für die Gemeinde Wien; Kehlkopfklinik des Jubiläumsspitales, Lainz; Versorgungshaus in Lainz; Elektrische Speicherheizung für das Verwaltungsgebäude II der Gemeinde Wien, städt. Elektrizitätswerke, Wien; Städtischer Straßenbahnhof Kreuzgasse; Städtischer Straßenbahnhof Erdberg; Neubau der Österreichischen Nationalbank, Wien; Neubau der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien; Neubau des Bankhauses Petschek & Co., Prag; Verwaltungsgebäude und Studios der Österr. Radio-Verkehrs-A. G., Wien; Neuanlagen für die Österreichische Waffenfabriks-Gesellschaft, Steyr; Sämtliche Anlagen der Österr. Daimler-Motoren-A. G., Wr.-Neustadt; Optische Fabrik Carl Zeiss, Wien; Wohn- und Geschäftshaus der Robert Bosch-A. G., Stuttgart, in Wien; Gesamtausführung derzeit zirka 3000 Anlagen.

Johannes Haag

Maschinen- und Röhrenfabrik A.-G.

Wien, VII., Neustiftgasse 98

Telephon 37-5-70

Das Unternehmen wurde im Jahre 1843 als älteste Fabrik auf dem europäischen Kontinent für Zentralheizungs- und Lüftungsanlagen durch Zivilingenieur Johannes Haag in Augsburg gegründet.

Das Geschäft kam rasch in Blüte und nahm an der Verbreitung der neu auftretenden Heizungssysteme hervorragenden Anteil. Gleichzeitig wurde auch die Einrichtung von Dampfkoch- und Dampfwaschküchen sowie Bädern und anderen sanitären Anlagen betrieben. Es wurde bald auch ein Fabriksbetrieb eingerichtet, der sich rasch ausdehnte. Die Maschinenfabrik fertigte sämtliche Bestandteile für Heizungs- und Lüftungsanlagen an, in der Röhrenfabrik wurden schmiedeeiserne Qualitätsröhren und besonders Rohrschlangen und Spiralen aus Eisen und Kupfer für wärme- und kältetechnische Betriebe hergestellt; in der Kesselschmiede schließlich schmiedeeiserne Dampf- und Warmwasserkessel für alle Zwecke, Reservoire und Boiler in allen Größen und andere Blecharbeiten.

Die Leitung der Firma war stets bestrebt, mit allen Fortschritten auf ihrem Gebiet mitzugehen und nach den modernsten Gesichtspunkten wissenschaftlicher Forschungen zu arbeiten.

Seit dem Jahre 1867 wurde ein eigenes Heizungssystem für Eisenbahnwagen propagiert, welches bald große Verbreitung fand. Auch dafür wurden alle Bestandteile in der eigenen Fabrik erzeugt.

Die Ausdehnung des Arbeitsgebietes machte schon frühzeitig die Gründung von Zweigniederlassungen nötig, und zwar zunächst im Jahre 1864 in Berlin und 1873 in Wien, später in München und Karlsruhe; schließlich in jüngerer Zeit noch in Breslau, Köln, Danzig, Dortmund, Königsberg, Lübeck, Nürnberg und Stuttgart. Im Jahre 1898 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1,200.000 Mark umgewandelt, welches nach der Inflation aufgewertet wurde.

Außer einer großen Anzahl preisgekrönter Wettbewerbsentwürfe hat die Firma viele Auszeichnungen auf Ausstellungen und ehrende Anerkennungsschreiben erhalten. Das Arbeitsgebiet blieb nicht auf Deutschland und Österreich-Ungarn beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf die Schweiz, Holland, Frankreich, Italien, Rußland und die Balkanstaaten.

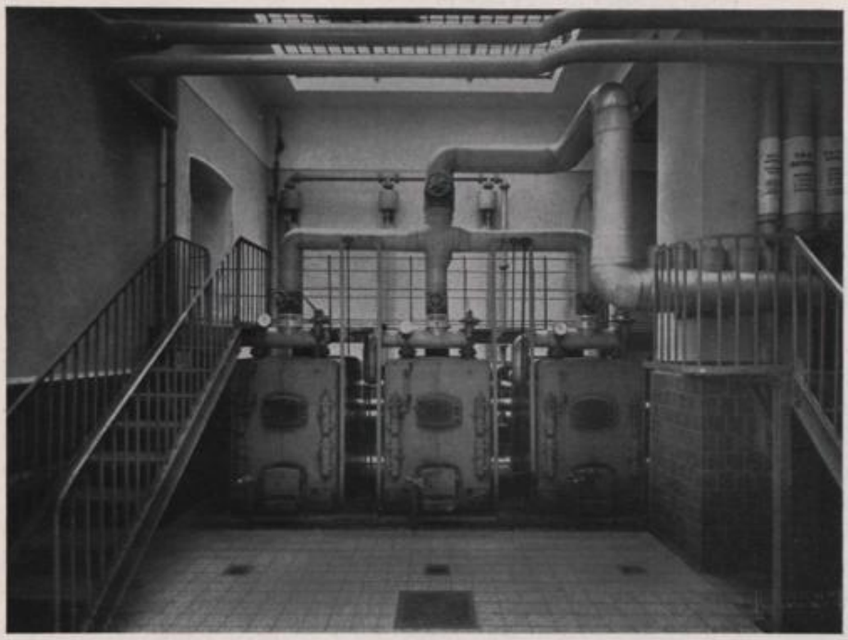
Die Wiener Niederlassung war die erste dieser Branche in Österreich und erhielt als solche viele der damals auszuführenden Anlagen in öffentlichen Gebäuden, unter andern das neue Rathaus in Wien, die Börse, das Burgtheater, das Kunsthistorische Museum, die ersten Bankpaläste, viele städtische Schulen, Bäder und Krankenanstalten, und wird auch heute in der Gemeindeverwaltung als eine der verläßlichsten Firmen geschätzt und besonders mit heiklen Aufgaben betraut, die viel technische Erfahrung verlangen. Vor einigen Jahren hat die Firma Haag auch die Konzession für Gas- und Wasserleitungsanlagen erworben und außer einer Reihe von Privatbauten auch einige große Wohnhausbauten der Gemeinde Wien mit insgesamt fast 1200 Wohnungen sowie Werkstätten, Geschäftslokalen, Bädern usw. eingerichtet.

Zentralheizungswerkstätte

MILISCHOWSKY

Wien, III., Leonhardgasse 9

Telephon Nr. 90-1-25



Telephonzentrale Rasumofskygasse, Kesselhaus, linker Teil

Das Unternehmen hat seinen Sitz in Wien, wurde am 1. März 1912 gegründet und befaßt sich mit Ausführungen von Zentralheizungs-, Sanitäre und Ventilations-Anlagen.

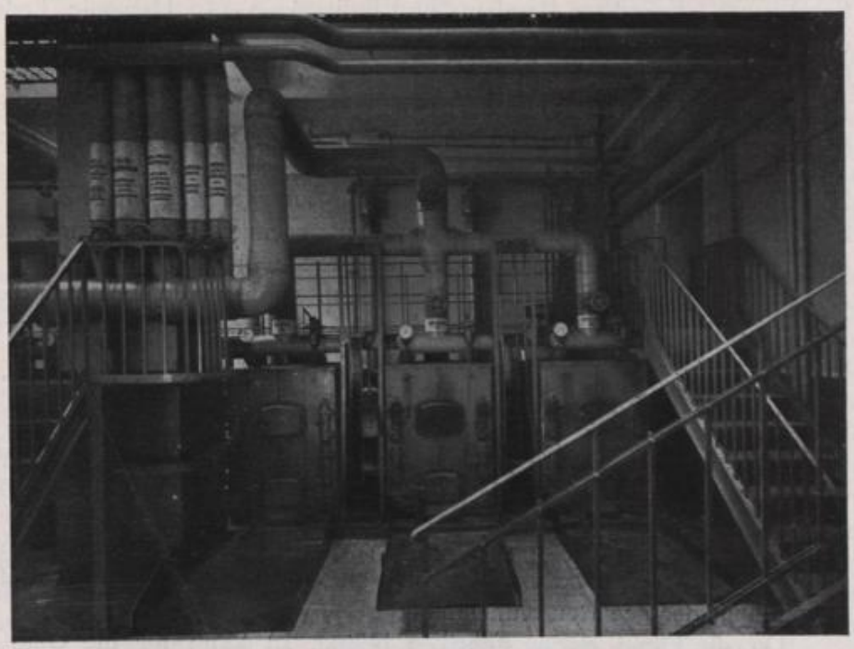
Eigene Werkstätten, autogene Schweißanlagen und große Materiallager verbürgen rasche Lieferungen und umgehende Ausführungen. Die eigenen Werkstätten ermöglichen die Herstellung sämtlicher Blech- und Eisenkonstruktionsarbeiten, Eisenständer, Podeste, Stiegen, Kohlenbahnen für Kesselhäuser, sämtlicher Ventilationsbestandteile usw.

Zentralheizungsanlagen:

Hochdruckdampfheizungen, Niederdruckdampfheizungen, Abdampfheizungen, Niederdruck-Warmwasserheizungen Warmwasser-Pumpenheizungen, Luftheizungen aller Systeme, „Narag"-Warmwasserheizungen, Kesselanlagen.

Sanitäre Anlagen:

Badeanlagen, Warmwasserbereitungen, Dampfwasch- und Dampfkochküchen, Trockenanlagen, Entnebelungsanlagen, Ventilationsanlagen, Gas- und Wasserleitungsanlagen, Färbereieinrichtungen, Bleichereieinrichtungen, Klosettanlagen.



Telephonzentrale Rasumofskygasse, Kesselhaus, rechter Teil

Kraft und Wärme

Gesellschaft für Zentralheizungs-, Installations- und wärmetechnische Anlagen

Wien, III., Landstraßer Hauptstraße 95

Telephone 90-1-93 und 98-1-48

Fabriken Wien und Gumpoldskirchen

Das Arbeitsgebiet dieser Firma ist in vier Abteilungen eingeteilt, und zwar befaßt sich:

Abteilung *A* mit dem Bau von Heizungs-, Lüftungs-, Bade-, Wasserleitungs-, Trocken-, Entnebelungs- und sanitären Anlagen, Dampfwasch- und Kochküchen, Schachtheizungen und sonstigen einschlägigen Gebieten.

Abteilung *B* (Wasserbau) befaßt sich mit der Projektierung und Herstellung von Wasserversorgungsanlagen, Quellfassungen und Kanalisationen für Gemeinden, Industrien und Private.

Abteilung *C* (Handelsabteilung) befaßt sich mit dem Vertrieb technischer und speziell elektrotechnischer Artikel und hat die Generalvertretung bedeutender reichsdeutscher Fabriken.

Abteilung *D* betrifft Metallwarenfabriken und Metallschmelzwerk. Die Fabriken erzeugen Metallwaren aller Art sowie Legierungen und werden sonst noch Eisenkonstruktionen hauptsächlich für eigenen Bedarf hergestellt.

Wie aus obigem zu entnehmen ist, umfaßt das Arbeitsgebiet dieser Firma alle wichtigen Arbeiten der Installationsbranche, so daß dieselbe in der Lage ist, durch ihre Abteilungen *A* und *B* die gesamten Installationen inner- und außerhalb der Gebäude durchzuführen, wodurch der geehrten Kundschaft die Möglichkeit geboten ist, nur mit einer Firma zu verhandeln, welche den verwöhntesten Wünschen der Kundschaft Genüge leisten kann. Genannte Firma hat für den Staat und Gemeinde Wien, Österreichische Alpine Montangesellschaft, Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbauges., Feistritzer Bergbau- und Industrie-A.-G., Humanic Leder- und Schuhfabrik A.-G. und so weiter, sowie diverse Privatkundschaften eine große Anzahl von Heizungs- und Wasserleitungsanlagen, darunter große Fernheizungen, ausgeführt. Für die Gemeinde Wien wurde von genannter Firma gleich nach Kriegsende die erste größere Badeanstalt, Wien, XII., Ratschkygasse, durchgeführt und hat außerdem die Firma für die Gemeinde noch nachstehende Arbeiten zur Zufriedenheit der Gemeinde fertiggestellt: Heizungsanlage im Werks- und Asylhaus, Badeanlagen und Heizungsanlagen IV., Klagbaumgasse 25, Gas-, Bade- und Wasserleitungsarbeiten in den von der Gemeinde erbauten Wohnungsbauten, ferner wurde von der Gemeinde genannte Firma mit der Durchführung der kompletten Installation in dem neuzuerbauenden großen Entbindungsheim XX., Stromstraße, betraut. Auch wurde der Firma die Einrichtung der Heizungs-, Lüftungs-, Wasserleitungs-, Gas- und sanitären Anlage in der neuen großen zweiten Fortbildungsschule für holzverarbeitende Industrie übertragen.

Wie aus Abteilung *C* zu entnehmen ist, ist auch genannte Firma Generalvertreter bedeutender reichsdeutscher Werke und befaßt sich diese Abteilung nur mit Lieferung sämtlicher elektrotechnischer Bedarfsartikel. Die Lieferung dieser Materialien kann stets promptest erfolgen, nachdem die Größe der vertretenen Werke hiefür jede Garantie bieten kann.

Besagte Firma besitzt einen großen Stand erfahrener Ingenieure sowie bewährter administrativer Beamte und werden stets die übertragenen Arbeiten in großzügigster Weise, auf streng moderner, wissenschaftlicher Basis beruhender Erfahrung durchgeführt, unter Berücksichtigung der konziliantesten Behandlung der geehrten Kundschaft.

Da die Firma eigene Fabriken besitzt, so kann für die Güte der gelieferten Materialien vollste Garantie geboten werden.

Die Verfeuerung geringwertiger Brennstoffe das Hauptarbeitsgebiet

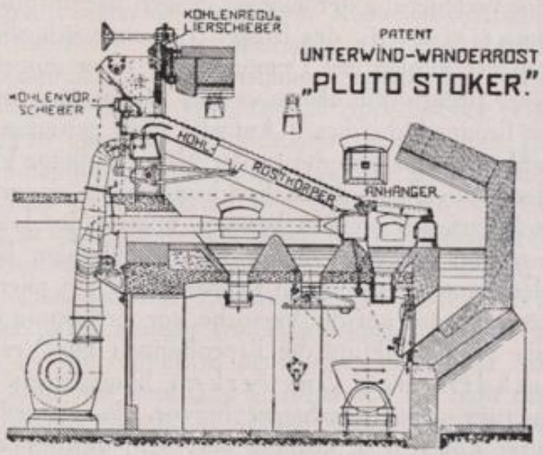
der

Pluto Stoker Company

Wien, III., Fasangasse Nr. 3

Während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit hat die Brennstoffnot die österreichische und deutsche Industrie vielfach gezwungen, unter ihren Kesseln und Öfen Brennmaterialien mit geringem Heizwert und hohem Aschen- und Feuchtigkeitsgehalt zu verfeuern, was oft einen vollständigen Umbau der bestehenden Feuerungsanlagen nötig machte.

Der Feuerungsingenieur war aber durch diese Ereignisse vor keine neue Aufgabe gestellt worden – es erweiterte sich lediglich der Umfang seines Arbeitsgebietes – denn schon einige Jahre vor dem Kriege war dieses Problem an die Rostkonstrukteure herangetreten. In jedem Kohlenbergwerksbetriebe gibt es beim Brechen, Waschen und Sortieren der Kohlen Abfallprodukte, die früher auf die Halde geschüttet wurden, die aber immer noch einen gewissen Brennwert besitzen, der noch ausgenützt werden kann und aus betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen auch ausgenützt werden soll. In Zeiten normaler Brennstoffwirtschaft rentiert sich natürlich eine Verfrachtung dieser Abfallkohlen nicht, doch wurden die Kraftbetriebe der Kohlengruben selbst und der ihnen benachbarten Industriewerke immer allgemeiner auf der Basis der Verfeuerung dieser Abfallprodukte projektiert und errichtet. Damit war also die Aufgabe gestellt, Staub, Schlamm, Waschberge und Klaubberge in wirtschaftlicher Weise bei höchsterreichbarem Nutzeffekt zu verfeuern.



Im Gebiete des heutigen Österreich gab es aber – ebenfalls schon in der Vorkriegszeit – für den Feuerungsingenieur noch ein weiteres Problem zu lösen. Hier sind große Fundstätten vielfach im Tagbau gewonnener, an sich mehr oder weniger geringwertiger Brennstoffe – Lignite und junger Braunkohlen –, für die ein wirtschaftlich arbeitendes Feuerungssystem gefunden werden mußte, um diese Fundstellen häufig erst überhaupt im großen Maßstabe abbauwürdig zu machen.

Ein typisches Beispiel hiefür ist das Zillingsdorfer Braunkohlenwerk der Gemeinde Wien, welches bis zum Jahre 1912, ehe es in den Besitz der Gemeinde gelangte, nur aus einem primitiven Tagbau und einem anschließenden kleinen Grubenbau bestand und welches heute nicht nur die alleinige Belieferung des großen Überlandwerkes Ebenfurth der Gemeinde Wien besorgt, sondern auch noch an die im Gemeindegebiet selbst liegenden Werke Kohle versendet. Diese Kohlenvorkommen wurden von der Gemeinde Wien natürlich erst dann erworben und entsprechend ausgebaut, nachdem mit dieser geringwertigen Lignitkohle entsprechende Versuche bezüglich deren Verwendungsmöglichkeit für den Kesselbetrieb angestellt worden waren.

Der österreichische Feuerungsingenieur stand also den Problemen der Brennstoffnot in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewappnet gegenüber. Heute ist die Kohlennot am Weltmarkt behoben, es liegt eher, den besonderen Umständen entsprechend, eine Überproduktion an hochwertigen Brennmaterialien vor. Trotzdem bleibt aber für Österreich die Verfeuerung von einheimischen geringwertigen Kohlen und allen Abfallprodukten eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, da im

Inlande hochwertiges Brennmaterial nur in geringen, nicht in die Wagschale fallenden Mengen gefördert wird und die ausgebreitete Verwendung einheimischer Brennmaterialien gemeinsam mit dem Ausbau der Wasserkräfte daher geeignet ist, uns vom Ausland unabhängiger zu machen und unsere Handelsbilanz zu bessern.

Auf welche Art und Weise werden nun derartige Brennstoffe am wirtschaftlichsten verfeuert? Solange man von den Kesseln keine großen spezifischen Dampfleistungen und keine hohe Wirtschaftlichkeit forderte, verfeuerte man alle diese Brennmaterialien auf den alten handbeschickten Plan- und Schräg-(Treppen-)Rosten. Die Unwirtschaftlichkeit derartiger Anlagen auch dann, wenn sie mit Wurfbeschickern, besonderen Einrichtungen für Unterwind und dergleichen ausgerüstet sind, liegt auf der Hand, so daß sie allenfalls nur bei ganz kleinen Anlagen, keineswegs aber in größeren Zentralen, wo auf die Wärmewirtschaft ein besonderes Augenmerk zu richten ist, in Frage kommen können. Bei jedesmaligem Kohlenauflegen, bei jedem Entschlacken treten Ströme kalter Luft in die Feuerung und stören die ohnedies schwierige Verbrennung. Handelt es sich nun gar um ein besonders schlackenreiches Material, so ist die Entschlackungsarbeit fast überhaupt nicht mehr zu bewältigen und es werden überdies noch große Mengen unverbrannter Kohle mit aus dem Feuer gerissen.

Die Wirtschaftlichkeit der Verfeuerung der minderwertigen Brennstoffe verlangte also unbedingt im Großbetrieb eine Automatisierung des Rostes. Es zeigte sich aber bald, daß der allgemein bekannte automatische Kettenrost infolge der Unmöglichkeit einer günstigen Unterwindverteilung, die sich zur Verfeuerung dieser Brennstoffe als notwendig erwies und infolge der Unfähigkeit des automatischen Schürrens der Brennschicht dieser Aufgabe nicht gewachsen war.

Bei einer großen Anzahl von Anlagen, die in der Nähe größerer Vorkommen geringwertiger Brennstoffe gegründet werden sollten und deren Errichtung allein davon abhängig war, daß diese Kohlen auch wirklich rationell verfeuert werden können, und wieder bei anderen Anlagen, deren wirtschaftliche Führung erforderte, daß sie lediglich mit Abfallkohlen betrieben werden, wurden daher vor Inangriffnahme des Baues ausgedehnte Erprobungen mit allen möglichen Rostsystemen durchgeführt. Es sei hier beispielsweise auf die Versuche vor Errichtung des Überlandwerkes Ebenfurth der Gemeinde Wien und auf die Erprobungen zur Verfeuerung des Abfallkoksstaubes in den Wiener städtischen Gaswerken hingewiesen. Aus allen diesen Wettbewerben ging stets ein Feuerungssystem als Sieger hervor, das speziell mit Rücksichtnahme auf diese Aufgaben erfunden und konstruiert worden war. Es war dies der Pluto Stoker der Pluto Stoker Company (K. & F. Weiß), Wien.

Es ist das Verdienst der Gründer der Pluto Stoker Company gewesen, frühzeitig die wirtschaftliche Notwendigkeit der rationellen Verfeuerung all der angeführten minderwertigen Brennmaterialien erkannt und einen geeigneten Weg zur Erreichung dieses Zieles gesucht und gefunden zu haben. Als das geeignete Rostsystem, mit dem gleich anfangs brauchbare Resultate erzielt wurden, so daß man erwarten konnte, durch geeignete Maßnahmen und Verbesserungen zu einem durchschlagenden Erfolg zu gelangen, wurde eine neue Konstruktion des Ingenieurs Hoffmann erkannt.

Zur geschäftlichen Verwertung dieser Konstruktion wurde anfangs des Jahres 1907 die Pluto Stoker Company in Wien gegründet. Der Erfinder des Rostes erlebte leider den großen Erfolg seiner Konstruktion nicht mehr. Der Nachfolger Ing. Hoffmanns Herr Karl Weiß aber, der mit glücklich gewählten Mitarbeitern weitere Versuche und wesentliche Verbesserungen durchführte, brachte das Unternehmen von Erfolg zu Erfolg.

Im Jahre 1923 starb der Inhaber der Firma, Herr Karl Weiß, an einem Herzschlag. Sein Werk aber wird von seinen Erben und Mitarbeitern in seinem Sinne und seinem Geiste weitergeführt.

Die Pluto Stoker Company entwickelte sich in den 18 Jahren ihres Bestehens aus bescheidenen Anfängen zu einem der angesehensten feuerungstechnischen Unternehmungen. In dieser verhältnismäßig kurzen Zeit wurden über 10.000 m² Rostfläche zu zirka einer Viertelmillion Quadratmeter Kesselheizfläche geliefert. Die Roste sind zum größten Teil unter Dampfkesseln, aber

auch unter Industrieöfen, Sudpfannen, Trockenapparaten usw. eingebaut und bewähren sich auch in dieser Anwendung glänzend. Der Pluto Stoker ist heute wohl die bekannteste automatische Feuerung für alle Arten geringwertiger Brennstoffe.

Infolge der vorhin geschilderten besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit tauchten allerdings eine Unzahl Neukonstruktionen auf, die teilweise geradezu eine Nachahmung des Pluto Stokers darstellen oder sich zu mindestens seine ursprüngliche Konstruktionsidee zunutze machten. Ohne auf diese Konstruktion selbst näher einzugehen, soll nur erwähnt werden, daß bei diesen Neukonstruktionen noch nicht die langjährigen Betriebserfahrungen vorliegen, die mit dem Pluto Stoker seit Bestand des Unternehmens gewonnen und zu ständigen Verbesserungen ausgenützt wurden.

Das stetige Wachsen des Unternehmens führte in die Dampfbetriebe aller Industriezweige und ermöglichte die Sammlung von Erfahrungen, die sich natürlich nicht nur auf das Spezialgebiet des Feuerungsgebietes beschränken, sondern sich auf den Kesselhausbetrieb im allgemeinen erstrecken. Dementsprechend wurde das Arbeitsgebiet erweitert und es werden heute auch Unterwind- und Saugzuganlagen, Bekohlungs- und Entschlackungsanlagen von der Pluto Stoker Company geliefert und Projekte für komplette Kesselanlagen ausgearbeitet. Auch mit einer der wichtigsten Fragen des modernen Kesselhausbetriebes hat man sich bei der Pluto Stoker Company in intensiver Weise beschäftigt. In den Kessel- und Maschinenhäusern zeigen sich Schäden an Economisern, an einzelnen Stellen der Speiseleitungen und an der Turbinenverschaufelung, verursacht durch Sauerstoff im Speisewasser. Die Pluto Stoker Company führt nun ein neues Verfahren ein, das auf richtigen theoretischen Erwägungen aufgebaut ist und mit hervorragenden Fachmännern auf diesem Gebiete gemeinsam erprobt wurde und das geradezu eine Umwälzung auf dem Gebiete der Speisewasserentgasung hervorrufen wird. Besondere Bedeutung gewinnt dieses Verfahren für die Dampfkraftanlagen mit sehr hohen Drücken, bei denen die Ausführung gußeiserner Economiser schwierig wird. In diesen Anlagen werden fast ausschließlich schmiedeiserne Economiser verwendet werden müssen, die gerade gegen die Angriffe des Sauerstoffes weniger widerstandsfähig sind als gußeiserne. Für Anlagen, in welchen das Speisewasser in anderer Form als durch Economiser vorgewärmt wird oder wo noch ein Überschuß an Abwärme aus Rauchgasen vorhanden ist, baut die Pluter Stoker Company Lufterhitzer nach dem bestens bewährten System Schwabach, bei welchem System die Wärme aus den Gasen von den Blechlamellen einer zwischen Rauchgas- und Luftstrom langsam rotierenden Trommel aufgenommen und auf die Luft übertragen wird.

*

Außer der Wiener Pluto Stoker Company bildeten sich im Auslande folgende Unternehmungen zum Bau und Vertriebe von Pluto Stokern:

Pluto Rost G. m. b. H. & Co., Kommanditgesellschaft, Berlin.
N. V. Mij. Pluto Ned. Mij. tot het inrichten van Ketelhuizen, Nijmegen, Holland.
Skandinaviska Aktiebolaget för Eldningsteknik, Malmö, Schweden.
Les Epargnes Industrielles, S. A. Bruxelles, Belgien.
Pluto Stoker Company, London W 2.
Pluto Stoker Company, Paris.
Oficina Tecnica Astra, Barcelona.

Friedr. Siemens-Werke, Aktiengesellschaft

Unternehmung für Wärmetechnik

Wien, XXI., Wagramerstraße 96

Telephon 47-5-65 Serie

Diese weltbekannte Firma wurde im Jahre 1882 von dem berühmten Gastechniker Ingenieur Friedrich Siemens aus Dresden gegründet, besteht also fast 50 Jahre am Platze, und



Rathausküche

befaßte sich seit Beginn mit der Fabrikation von gastechnischen Apparaten. Vom Sonnengas-Glühlichtbrenner beginnend, nahm die Firma im Laufe der Jahre auch die Fabrikation von Gasapparaten für Kochzwecke, Raumheizung und zur Erzeugung von warmem Wasser sowie Gasapparate für gewerbliche Betriebe auf.

Seit zirka 20 Jahren befassen sich die Siemens-Werke auch mit der Anfertigung von Kochapparaten für Großküchen-Betriebe, z. B. für Gasthäuser, Restaurationen, Hotels, Kaffeehäuser private, kommunale und staatliche Anstalten für Massenverpflegung. Die Siemens-Werke sind das erste führende Unternehmen in der Branche und genießen ihre Apparate durch die Güte und Vorbildlichkeit derselben vollste Zufriedenheit bei ihren zahlreichen Abnehmern im Inland, in den Nachfolgestaaten sowie auch im Auslande.



Backgruppe für Gasheizung im Versorgungshause Wien-Lainz

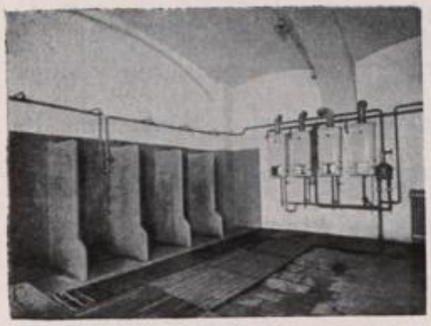


Gas-Küchenanlage des Wiener Versorgungshauses (Baumgarten)



Küchenanlage für Gas und Dampf im Jubiläumsspital, Wien XIII.

Die Firma ist seit ihrer Gründung auch bedeutender Lieferant der Gemeinde Wien und wird von letzterer steigend in großem Umfange mit der Lieferung von gastechnischen Apparaten für die verschiedensten Zwecke beschäftigt. Vom Küchenherd an für Kleinwohnungen bis zu Großküchenanlagen zur Ausspeisung von mehreren 1000 Personen, unzählige Bade- und Brauseanlagen, Warmwasserversorgungen für Laboratorien und Spitäler, Waschanlagen für Waisenhäuser und in umfangreichen Raumheizungsanlagen für Gasheizung, in Form von Reflektoröfen



Gas-Badeanlage im
Lehrlingsheim, Wien, IX., Canisiusgasse

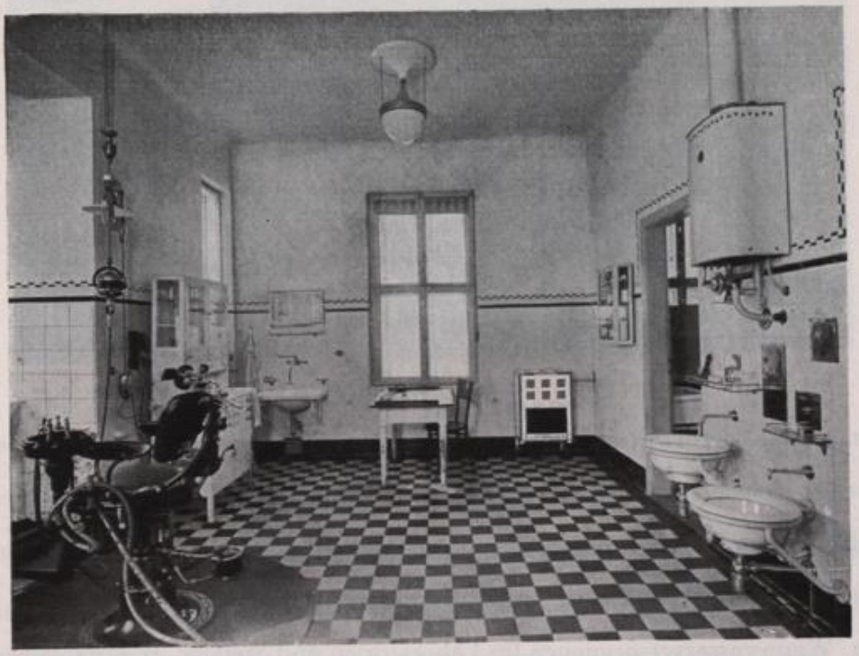


Gas-Küchenanlage im Lehrlingsheim
Wien, IX., Canisiusgasse

und Radiatoren, bewegen sich die Arbeiten. An Kleinküchen-Gasherden, Gasbratröhren, Gaskochern und Gasbügeleisen allein wurden viele tausend Stück im Laufe der Jahre geliefert.

Die Siemens-Werke sind vom Anfang ihres Bestehens ein österreichisches Unternehmen. Im Frühjahr 1923 wurden sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Aus der überreichen Anzahl ihrer durchgeführten Anlagen zeigt die Firma bildlich einige ausgeführte Projekte für die Gemeinde Wien.



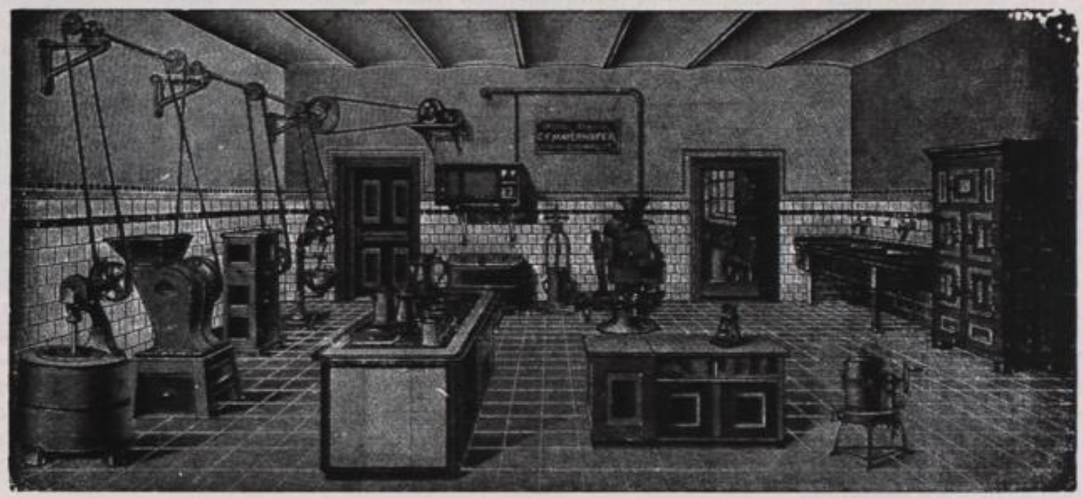
Warmwasserbereitung und Heizung mit Gas in
der Schulzahnklinik des Jugendamtes, Wien XXI.

Spezialfabrik C. F. Mayerhofer Wien, VIII.

Gegründet 1850 — Lerchenfelderstraße 74 — Telephon 21-2-63

Diese altrenommierte Firma wurde im Jahre 1850 gegründet und hat sich seit dieser Zeit insbesondere für die Einrichtung von modernen Großküchen und Kaffeekoch- und Kläranlagen spezialisiert.

Fast sämtliche Wiener und ausländische Gaststätten, Sanatorien, Spitäler arbeiten mit ihren patentierten Original Wiener Kaffee-Extrahier- und Klärmaschinen „Kolschitzky" und hat die Gemeinde Wien große Dampf-Kaffeekoch- und Kläranlagen in der Landes-Irrenanstalt „Steinhof", Wien, und in dem Wiener Versorgungsheim Wien-Lainz. Auch in den kleineren Spitälern und Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien arbeiten ihre Küchenmaschinen.



Original Wiener Kaffee-Schulküche der Wiener Kaffeesieder-Genossenschaft

---

Kühlanlagen- und Eisschränkefabrik

Hugo Schramm

Wien, II., Franzensbrückenstraße 14

Inhaber: Friedrich Hüttner

Die Firma wurde im Jahre 1907 von ihrem seinerzeitigen Chef Hugo Schramm mit dem Sitze in der Radetzkystraße gegründet. Nachdem sich jedoch in kürzester Zeit die Lokalitäten als zu klein erwiesen, wurde eine Übersiedlung in das jetzige Lokal in die Franzensbrückenstraße 14 vorgenommen. Die Firma befaßt sich hauptsächlich mit der Erzeugung von Eiskästen jeder Art und in jeder Größe für Gast- und Kaffeehäuser, Fleischhauer, Konditoreien und Delikatessenhandlungen, insbesondere mit Einrichtung von Kühlanlagen für Eis- und maschinelle Kühlung. Unter anderen Arbeiten wurden an größeren Anlagen durchgeführt in Wien: Gesamteinrichtung für die Restaurants „Kärntnerhof", Restaurant „Kaiser-Josef-Keller", Restaurant „Münchenerhof", „Hubertus-Keller", ferner Grand Hotel, Hotel Metropole, Hotel Imperial, endlich Excelsior-Hotel in Triest, Kurhotel in Joachimsthal und viele andere.

„ECCO"

Gesellschaft für technische Bedarfsartikel und industrielle Betriebserfordernisse m. b. H.

Wien, Mährisch-Ostrau, Teplitz-Schönau, Brünn



Ing. Oskar Battré

Techn. Büro

Wien, VI/2, Gumpendorferstraße 116 — Fernsprecher 935

Glühlampen für alle Zwecke, Autolampen, Zwerglampen.

Ingenieur A. Freissler

Maschinen- und Aufzügefabrik

Gesellschaft m. b. H.

Wien, X/1, Erlachplatz 3

Die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen nach dem unglücklichen Ausgange des Weltkrieges haben ihre Schatten auch auf den heimischen Aufzugsbau geworfen. Das Bestreben der Nachfolgestaaten nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und der nahezu vollständige Stillstand der Bautätigkeit im eigenen Lande wirken hemmend auf die mit dem Baugewerbe naturgemäß engverwachsene Aufzugsindustrie.

Um so begrüßenswerter ist es, daß die Gemeinde Wien im Rahmen ihres großen Wohnbau-, Investitions- und Wohlfahrtsprogrammes zur Wiederbelebung der Bautätigkeit beiträgt. Kommen auch Personenaufzüge in den neu erbauten Wohnhäusern – der Armut des Landes entsprechend – nicht in Betracht, so können doch die öffentlichen Wohlfahrtsgebäude dieser modernen Verkehrsmittel zur Beförderung von Personen und Lasten in vertikaler Richtung nicht entraten.

Seit einem halben Jahrhundert Kontrahentin der Gemeinde Wien, wurde der Firma A. Freissler auch Gelegenheit geboten, an den neuen öffentlichen Bauten mitzuwirken. Die Aufzugsanlage in der städtischen Übernahmsstelle wurde in modernster Ausführung, durch Kombination von Druckknopf- und Hebelsteuerung zwecks präziser Einstellung des Fahrstuhles in den Haltestellen, geschaffen. Im Versorgungsheim Lainz wird den alten und siechen Bürgern die mühsame Bewegung auf den Treppen durch den abermaligen Einbau eines Krankenbettenaufzuges abgenommen und in dem großzügig angelegten neuen Amalienbad wird durch zwei Personen-Paternosteraufzüge für den Massentransport Vorsorge getroffen. Desgleichen brachte die Investitionstätigkeit der städtischen Unternehmungen und deren technische Ausgestaltung der Firma mannigfache Beschäftigung.

Den technisch höchstgesteigerten Wünschen der Gemeinde Wien als Auftraggeberin gerecht werden zu können, war der Firma nur auf Grund ihrer fast 60jährigen Erfahrungen im Aufzugsbau möglich und mögen daher einige Daten aus dem Werdegang der Firma gleichzeitig auch die Entwicklung des Aufzugsbaues im vormaligen Österreich-Ungarn veranschaulichen:

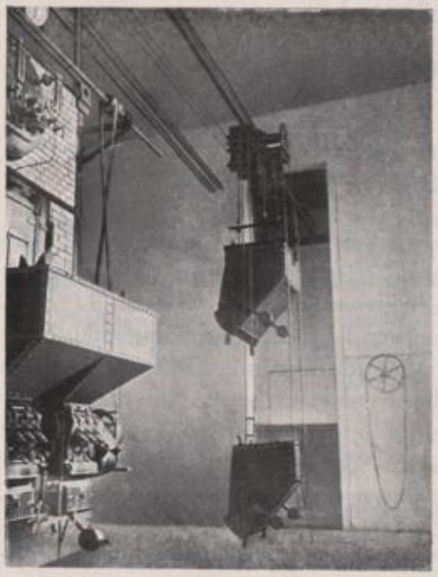
Von Ingenieur Anton Freissler im Jahre 1868 in ganz bescheidenem Umfange gegründet, schuf die Wiener Weltausstellung im Jahre 1873 der Firma die günstige Gelegenheit, dem großen Publikum Aufzüge verschiedener Konstruktionen im Betriebe vorzuführen und so die Allgemeinheit von der Nützlichkeit der Aufzüge zu überzeugen. Die nachfolgende rasche Entwicklung der österreichischen und ungarischen Industrie und die gleichzeitig rege Bautätigkeit in Wien und den Landeshauptstädten zeitigten den Einbau vieler Lasten- und Personenaufzüge mit Hand-, Transmissions-, hydraulischem und elektrischem Betrieb und waren der Anlaß zu umwälzenden technischen Neuerungen im Aufzugsbau überhaupt und zur künstlerischen Ausgestaltung der Personenaufzüge im besonderen.

Der breiten Öffentlichkeit bekannt sind die von der Firma ausgeführten elektrisch betriebenen Personenaufzüge auf den Mönchsberg in Salzburg und auf dem Laurenziberg in Prag, welche im Laufe der Jahrzehnte geradezu die Bedeutung eines allgemeinen Verkehrsmittels gewonnen haben.

Als Spezialfabrik für den Bau von Hebezeugen aller Art führte die Firma auch Hebewerke für bestimmte Zwecke aus, und zwar: Zwei elektrisch betriebene Waggonhebewerke mit je 30 Tonnen Tragfähigkeit im Wiener Hauptzollamt, zwei gleiche Waggonhebewerke im städtischen Elektrizitätswerk in Simmering, eine 60-Tonnen-Lokomotiv-Hebevorrichtung mit Spindelantrieb für die Lokomotivwerkstätte der Nordbahn in Floridsdorf, elektrische Spills für den Verschub von Waggons, Transport- und Rollwagen für die leichte Zuführung des Ladegutes zu den Aufzügen.

Der zunehmende Umfang des Geschäftes in der ungarischen Reichshälfte führte im Jahre 1895 zur Gründung einer Schwesterfabrik in Budapest, welche technisch auf gleicher Höhe wie die Wiener Fabrik steht und für die Entwicklung des Aufzugsbaues im südöstlichen Europa von großer Bedeutung ist.

Von den bisher ausgeführten über 11.000 Aufzugsanlagen wurde ein Großteil in das Ausland geliefert und stehen Freissler-Aufzüge nicht nur in unserem engeren Wirtschaftsgebiet, sondern auch in der Tschechoslowakei, Holland, Rußland, Italien, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien, Spanien, Lettland, in der Schweiz, Türkei, Ukraine, in Ägypten und Südamerika.



Bekohlungs- und Entaschungsanlage für „Gemeinde Wien – Städtische Dampfwäscherei", XII. Schwenkgasse

Aufzugfabrik

Ferd. Bauers Nachfolger

Wien, VII., Zieglergasse 67

Telephon Nr. 37-5-22

Die Anfänge der Firma reichen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als sich in Anschmiegung an den damaligen Stand der Technik auch dieser Fabrikationszweig noch bescheidene Ziele stecken mußte. Aber auch schon damals hatte die Gemeinde Wien für die Heizanlagen in den öffentlichen Anstalten sich der Kohlenaufzüge der Firma bedient. Das ist allerdings schon lange her, aber mit dem Wachsen der Aufgaben erhob sich auch der Standpunkt, von welchem aus ein Überblick über die Bewältigungsmöglichkeiten genommen werden mußte. Es kann heute nicht mehr auf den ersten Blick gesagt werden, welcher Art das nötige Hebe- und Fördermittel sein soll, da jeder Bedarfsfall eine individuelle Behandlung erfordert. Nur durch Jahre geübte Vertrautheit mit dem Gegenstande und eingehende Kenntnis aller in Betracht kommenden Faktoren kann eine befriedigende Lösung aller Fragen gewährleisten. Demgemäß erstreckt sich auch die Fabrikation auf eine große Anzahl von Sondergebieten, deren Objekte für den jeweils gedachten Zweck entweder einzeln oder miteinander kombiniert verwendet werden.

Rudolf Geburth

Ofen- und Herdfabrik

Wien, VII., Kaiserstraße 71

Gegründet 1862

Telephon 37-2-04

Bahnbrechend für Österreich-Ungarn, führte Rudolf Geburth vor fast siebzig Jahren als Erster die Idee aus, einen brauchbaren Regulierofen aus Eisen statt aus Tonkacheln zu erzeugen. Er vervollkommnete diese Öfen immer mehr und erwarb viele Patente und Privilegien. In weiterem Ausbau der Fabrik befaßte er sich auch mit Gasöfen und Kochherden. Selbstverständlich folgten im Laufe der Jahrzehnte viele andere Firmen dem Beispiele der alten Ofenfabrik Rudolf Geburth, doch gelang es dieser nach weiterem Ausbau des Werkes stets an der Spitze zu marschieren. Heute ist dieselbe in der glücklichen Lage, sämtliche Einzelzweige der Erzeugung im eigenen Betrieb durchzuführen.

Hochbetagt – im gesegneten Alter von 87 Jahren – starb der Begründer Herr Rudolf Geburth im Jahre 1915. Bis zum letzten Tage seines arbeits- wie erfolgreichen Lebens im Betriebe tätig, war Rudolf Geburth der in Wien sehr bekannte Repräsentant der Branche, dem im Laufe der vielen Jahre seiner geschäftlichen Tätigkeit mancherlei Ehrungen und zahlreiche Anerkennungen für seine Leistungen zuteil geworden sind.

Das Geschäft war in der glücklichen Lage, auch in dem seit 35 Jahren tätigen Direktor Herrn Gustav Bartosch eine vorbildliche Führung zu besitzen.

Der Arbeiterstamm der Firma besteht ohne Ausnahme aus Arbeitnehmern, die – gewiß ein sehr seltener Fall – viele bereits das 10-, 20-, 30- und 50jährige Jubiläum ihrer Zugehörigkeit zum Fabrikationsbetriebe der Firma Rudolf Geburth feiern konnten.

Die technische Leitung hat in den letzten Jahren der Gesellschafter Herr Ingenieur Oskar Göhring übernommen. Er ist ein Enkel des Gründers Rudolf Geburth.

Dauerbrandofenwerke und Eisengießerei der

Automatofen-Baugesellschaft

Alois Swoboda & Co.

Rainfeld an der Gölsen, Niederösterreich
Zentrale Wien, XVIII., Theresiengasse 1

In alten Zeiten legte man auf offene Feuerstellen großen Wert, wovon noch die vervollkommneten Kamine einen Überrest dieser Heizung bilden. Später ging man auf Heizung mit Kachelofen über, die aber von den eisernen Öfen allmählich verdrängt werden. Letztere wurden zuerst in Amerika gebaut und sind auf dem Wege über England und Deutschland zu uns gelangt, selbstverständlich nicht ohne mannigfacher Veränderungen. Eine wesentliche Verbesserung erfuhr der eiserne Ofen noch durch die verdienstvollen Arbeiten des Freiburger Arztes Hofrat Dr. Suchier, welchem es durch eine Erfindung gelungen ist, denselben unter strengster Berücksichtigung aller hygienischen Anforderungen auch ökonomisch zu vervollkommnen. Nachdem dieser Ofen im Auslande bedeutende Erfolge aufzuweisen hatte, so war man bestrebt, dieses System auch in Österreich einzuführen.

Die Einführung dieser wertvollen Ofenkonstruktion in Österreich ist dem Mitinhaber der Automatofen-Baugesellschaft Alois Swoboda & Co., Wien, Herrn Alois Swoboda, zu verdanken, der schon vor 22 Jahren mit aller Sachkenntnis und Aufwand beträchtlicher Kapitalien bemüht war, dem neuen System bei uns Eingang zu verschaffen und durch weitere umfassende Verbesserungen zum Renommee zu verhelfen. Binnen kurzem hat dieses verbesserte Dauerbrandofensystem sowohl im Auslande als auch im Inlande derart bedeutende Erfolge zu verzeichnen, daß sich Herr Swoboda veranlaßt sah, die Fabrikation für Österreich im Inlande aufzunehmen. Zu diesem Behufe wurde im Verein mit der Schweizer Ofenfabrik Affolter Christen & Co., Basel, die Automatofen-Baugesellschaft Alois Swoboda & Co. im Jahre 1894 gegründet, eine im Ausmaße von 52.000 Quadratmeter in Rainfeld an der Gölsen, Niederösterreich, befindliche Fabriksrealität angekauft und mit den erforderlichen maschinellen Einrichtungen versehen. Der Betrieb wurde damals mit 50 Mann aufgenommen.

Durch die Erfolge mit dem verbesserten Automatofen, welcher auf Grund der selbsttätigen Regulierung die Brennmaterialien derart rationell ausnützt, daß bei einer kontinuierlichen Brenndauer innerhalb 24 Stunden pro 100 Kubikmeter Heizraum nur acht Kilogramm konsumiert werden, ermutigt, wurde dem Rainfelder Betriebe im Jahre 1910 eine große eigene, modern eingerichtete Gießerei, ein Emaillierwerk sowie Schleiferei und Galvanisierung angegliedert, um in die Lage zu kommen, scharf gegossenen, feuerbeständigen und für die Ofenerzeugung geeigneten Guß herstellen und die Fabrikate besser auf den Markt bringen zu können. Im Jahre 1911 wurde das kommerzielle Bureau als Zentrale nach Wien verlegt und ein großes Verkaufslokal sowie eine Reparaturwerkstätte errichtet, um eine Füllungnahme mit den Behörden sowie großen Interessentenpublikum, beziehungsweise Durchführung der eventuell nach Jahren erforderlichen Reparaturen zu ermöglichen.

Infolge reger Nachfrage nach gewöhnlichen Dauerbrandöfen und um den Betrieb vollkommen auszunützen wurde auch die Erzeugung gewöhnlicher Dauerbrandöfen „Tantal" mit Handregulierung, Rund- und Vierkantmodell, Dauerbrandsätze verbessertes System für Kachelöfen und Kamine, Kaminverkleidungen, Heiztüren für Kachelöfen, sowie sämtliches Zugehör aufgenommen. Gegenwärtig beschäftigt die Firma 170 Beamte und Arbeiter in Wien und Rainfeld.

Die Fabrikate erfreuen sich stets wachsender Beliebtheit, kolossaler Verbreitung nicht nur in Österreich, sondern auch weit über dessen Grenzen, so daß der Absatz in rascher Zunahme begriffen, die Firma daher auch zur fortgesetzten Erweiterung ihres Etablissements genötigt ist, so daß dieselbe voraussichtlich in naher Zukunft eine sehr hervorragende Stellung unter den Unternehmen Österreichs erlangen dürfte.



Fabriken: Atzgersdorf, Budapest
Musterlager: Wien, I. Wollzeile 24, Telephon Nr. 71-1-17
Direktion: Atzgersdorf b. Wien, Südb.-St.: Atzgersdorf-M.
Drahtanschrift: Telefon Schember Atzgersdorf
FERNSPRECH-NUMMERN: WIEN AZ 412, AZ 537 oder AZ 730
Rudolf Mosse-Code
REPARATURWERKSTÄTTE: WIEN, III., MARXERGASSE 10, TELEPHON 93-1-54
Carlowitz-Code

Im Jahre 1852 gründete Conrad Schember, der Mann, der die erste Lokomotive der kaiserlich und königlich privilegierten Kaiser-Ferdinands-Nordbahn geführt hatte, eine kleine Werkstätte zur Erzeugung von Brückenwaagen. Der Raum, der zur Verfügung stand, betrug etwa 20 Quadratmeter, die Arbeiterzahl 3 bis 4 Mann. Den Bemühungen des Gründers und seiner Söhne Carl August und Ludwig gelang es, den Wirkungskreis der kleinen Werkstätte zu erweitern und die Qualität der Erzeugnisse derart zu entwickeln, daß ihnen auf der Weltausstellung in Paris im Jahre 1867 die ersten Preise zuerkannt wurden. Dieser Erfolg sicherte den „Schember-Waagen" wachsende Beachtung und hatte zur Folge, daß die Firma in schnellem Aufstieg sich zu einer der bedeutendsten Waagfabriken des Kontinents entwickelte. Im Jahre 1878 wurde die Zweigfabrik in Budapest gegründet, zehn Jahre später übersiedelte das Wiener Werk in das bedeutend geräumigere Werk Atzgersdorf. Auch diese Anlagen erwiesen sich schließlich zu klein und umfangreiche Zubauten auf neuerworbenen Gründen wurden errichtet.

Der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie machte die Errichtung von Zweigfabriken in den neu entstandenen Nationalstaaten notwendig. Die Gründung der Firmen „Wage" G. m. b. H. in Štepánov, Tschechoslowakei, „Cântarul S. A." in Cernăuți, Rumänien, „Vaga D. D." in Zagreb, Jugoslawien, „Waga" G. m. b. H. in Bielsko, Polen, kennzeichnet diese Epoche der Ausbreitung.

Nichts charakterisiert das Wachstum der Firma besser als die Gegenüberstellung ihres Umfanges im Jahre 1852 und im Jahre 1928. Während die Größe der Firma im Jahre 1852 durch 20 Quadratmeter Werkstättenraum und durchschnittlich 4 Arbeiter gekennzeichnet ist, umfaßt sie heute 6 Werke mit 23.200 Quadratmeter verbauter Fläche und einem Durchschnittsstand von 600 Arbeitern.

Zwei Eigenschaften der Gründer und Pioniere der Firma haben sich zur Tradition entwickelt: Verläßlichkeit und Solidität in der Arbeit und ständiges Streben nach Fortschritt.

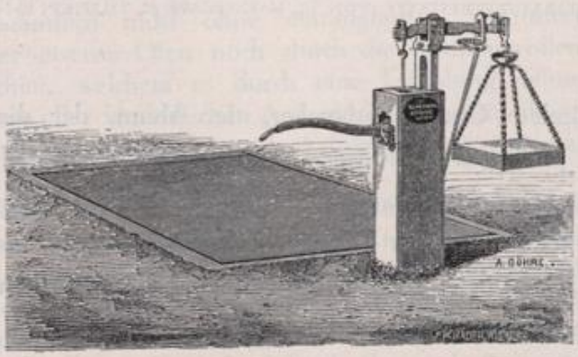
Schon auf der Weltausstellung im Jahre 1867 brachte die solide und fachlich reife Arbeit den Erzeugern wohlverdiente Ehrungen. Dieser einmal beschrittene Weg wurde niemals mehr verlassen. Die Firma blickt mit Stolz auf die Tatsache, daß die Kunden, die zu den ersten

zählten, auch heute die treuesten sind, und daß das Vertrauen, das sie in die Qualität und Verläßlichkeit der „Schember-Waagen" gesetzt haben, zu keiner Zeit enttäuscht wurde. Das Leitmotiv: „Das Interesse des Kunden ist auch das Interesse des Lieferanten", hat sich als oberstes, die Produktion der Firma beherrschendes Gesetz in unverminderter Kraft erhalten.

Die Wirksamkeit dieser Grundeinstellung geht wohl am eindrucksvollsten daraus hervor, daß Brückenwaagen, die bereits vor fünfzig Jahren geliefert wurden, auch heute noch zur Zufriedenheit der Besitzer arbeiten. Diese erprobten Wägemittel weichen wohl, dem Zwange der Technik ist das zweite Gesetz, dem die Produktion der Firma unterworfen ist. Als im Jahre 1880 die ersten Laufgewichtswaagen gebaut wurden, nahm die Firma nicht nur diesen Zweig sofort auf, sondern sie verstand es auch, den Anwendungsbereich namhaft zu erweitern. Im Jahre 1895 verfügte Schember über vierzehn wichtige internationale Patente. Das Jahr 1897 sieht die Firma im Besitze der ihr geschützten Einrichtung der Waggonbrückenwaage ohne Geleiseunterbrechung, die in Mitteleuropa zur ausschließlichen Verwendung gelangte.

einer neuen Zeit folgend, moderneren, rationelleren, niemals aber wurden sie Opfer des normalen Verbrauches.

Das Streben nach Fortschritt, das Verständnis für die Forderungen des Tages, die Anpassung an die Entwicklung



Brückenwaage, Bauart um 1860

Um dieselbe Zeit etwa lieferte die Firma die erste automatische Rollbahnwaage und erschloß sich damit ein Gebiet, auf dem ihr noch heute zahlreiche Erfolge beschieden sind.

Die Vervollkommnung der Arbeitsmethoden in der Herstellung, die Zunahme der Maschinenarbeit boten neue Möglichkeiten, die die Firma rechtzeitig wahrzunehmen verstand.

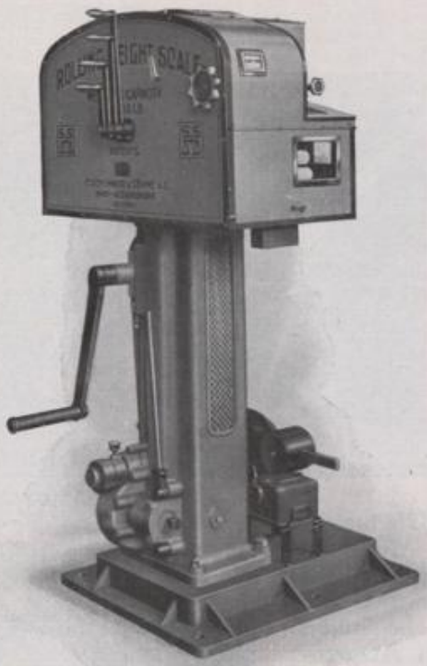
Diesem Umstand verdankt die Neigungswaage, insbesondere aber die patentierte Mehrzeigerwaage ihre Entwicklung. Die Firma scheute keine Opfer, um ihren Maschinenpark zu erneuern und um aller Mittel habhaft zu werden, mit denen das gesteckte Ziel erreicht werden konnte. Die Erfolge blieben nicht aus. Die vollautomatische Waage mit der kürzesten Wägedauer – mit und ohne Registrierung – war das Ergebnis der unermüdlichen Bemühungen. Damit war eine der Forderungen des Tages, „schnellste und sichere Wägung", restlos und befriedigend gelöst. Die Waage hörte auf, ein störendes Element im Ablaufe eines Betriebsvorganges zu sein, ihre Eigenschaften als Kontrollmittel kommen unbeeinträchtigt zur Geltung.

Lag nun auch eine Forderung der Zeit in der Erhöhung des Arbeitstempos, so wurde doch eine zweite nicht minder nachdrücklich erhoben: die nach organischer Gliederung des Arbeits-

ablaufes. Das Wort Organisation wurde zum Schlagwort des Tages. Es galt nun, auch im Waagenbau Mittel zu finden, die diesen Forderungen gerecht werden können, die sich einfügen lassen in die Struktur eines bestehenden Organismus und ihn dabei um ein wertvolles Glied bereichern. Die Firma hat ein solches Mittel in der „Patent-Rollgewichtswaage" gefunden. Ausgehend von der Erkenntnis, daß nicht das Arbeitstempo allein ausschlaggebend ist, sondern daß für die



Mehrzeiger-Waage Type 117/3



Rollgewichtseinrichtung für Brückenwaagen

Bewertung so erheblicher Vermögensteile, wie sie die Waren darstellen, auch die absolute Sicherheit der Gewichtsermittlung sowie die Unabhängigkeit von Irrtum oder vom bösen Willen des Wägers wesentlich sind, hat die Firma den Rollgewichtsapparat entwickelt. Nicht genug daran, besorgt dieser Apparat gleichzeitig die Aufzeichnung nicht nur des Gewichtes, sondern auch aller anderen für die Buchung notwendigen Angaben.

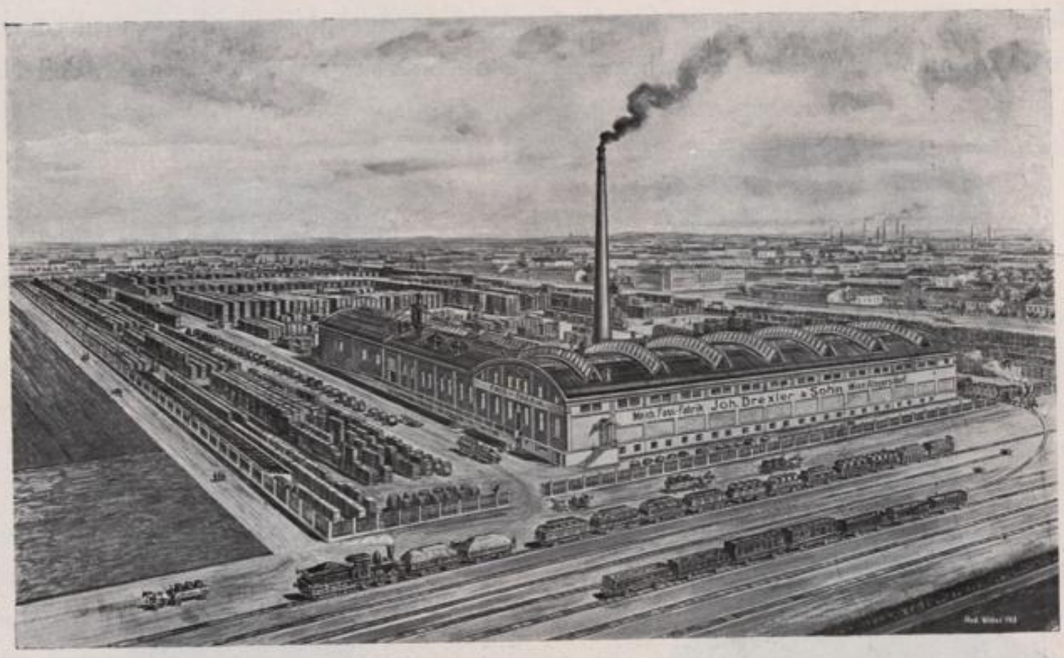
Diese Beispiele zeigen, daß die Firma es stets verstanden hat, dem Geist der Zeit zu folgen und jene Wägemittel zu schaffen, deren der zeitgenössische Industrielle, Kaufmann und Landwirt bedarf.

Modern in dem Bestreben nach Vervollkommnung, konservativ in der Bewahrung der traditionellen Solidität und des guten Rufes, findet die Firma die Belohnung für ihr Streben im Bewußtsein, ihren Kunden einen Dienst zu leisten, der Zufriedenheit und Anhänglichkeit zur dauernden Folge hat.

Mechanische Faßfabrik Wien–Atzgersdorf

Joh. Drexler & Sohn

Telephon Az 458 und 619



Die fortschreitende Entwicklung der Brauindustrie des ehemaligen Österreich-Ungarn bestimmte unser Münchener Stammhaus, die seit dem Jahre 1862 bestehende Firma Mechanische Faßfabrik München Joh. Drexler & Sohn, München, in Österreich ein eigenes Unternehmen zu errichten. Im Jahre 1909 begannen wir in Atzgersdorf unter der Firma Mechanische Faßfabrik Wien - Atzgersdorf Joh. Drexler & Sohn mit der Herstellung unserer auch damals schon in Österreich anerkannten Patent-Drexler - Fässer.



Unsere Fabrikate werden ausschließlich nach den eigenen Patenten unseres alleinigen Firmeninhabers Herrn Geheimer Kommerzienrat Ludwig Drexler erzeugt.

Dank der überragenden Qualität unserer Erzeugnisse fanden dieselben in der österreichischen Brauindustrie einen derartigen Anklang, daß wir schon nach drei Jahren genötigt waren, unseren Anfangsbetrieb zu vergrößern. Im Jahre 1912 erbauten wir deshalb unsere heutige Fabrikationsstätte und haben damit eine der modernsten und größten Faßfabriken Europas geschaffen. Unsere Fabrikation umfaßt die Herstellung von Bier- und Weintransport- und Lagerfässern sowie Bottichen beliebiger Form, Größe und Verwendungsart, für alle einschlägigen Industrien, wie Brau-, chemische, Spiritus-, Lederindustrie usw. Speziell auf dem Gebiete der Großgefäßekonstruktion und Ausführung ist es uns gelungen, ganz bedeutende Neuerungen und Verbesserungen durchzuführen. Obenstehendes Bild zeigt den größten Holzbottich der Welt, dessen Ausführung in Fachkreisen seinerzeit für unmöglich gehalten wurde. Der Bottich hat einen Inhalt von 5100 Hektoliter und ist fast fünfmal so groß wie das Heidelberger Faß.

F. A. Dreibholz & Co.

Wiener mechanische Faßfabrik, Kommanditgesellschaft

Wien, XIII/2, Altmannsdorfer Anger 83

Fernrufe 82-2-49, 80-2 94



Hydraulische Faßpresse

Die Firma besteht seit dem Jahre 1909 und wurde von den Herren F. A. Dreibholz und Rudolf Linsmayer gegründet. Aus bescheidenen Anfängen entwickelte sich die Fabrik im Laufe der Jahre zu dem heutigen erstklassigen Unternehmen, welches mit den modernsten maschinellen Einrichtungen ausgestattet ist, die auf dem Gebiete der Faßindustrie überhaupt aufzuweisen sind.

Die Tätigkeit der Firma erstreckt sich auf die maschinelle Erzeugung von Bier-, Wein- und Spirituosenfässer, vom kleinsten Transportfaß bis zum größten Lagerfaß. Außerdem werden noch Bottiche und Großgefäße jeder Art für Brauereien, Weinkellereien, Lederfabriken, chemische Fabriken, Färbereien usw. erzeugt.

Das Spezialerzeugnis sind insbesondere Biertransportfässer, Pressionsfässer, hydraulisch unter 150 Atmosphären gepreßt, welche wegen ihrer hervorragenden erstklassigen Qualität sowohl im Inlande als auch im Auslande bestens eingeführt sind und in der Brauindustrie die vollste Anerkennung finden.

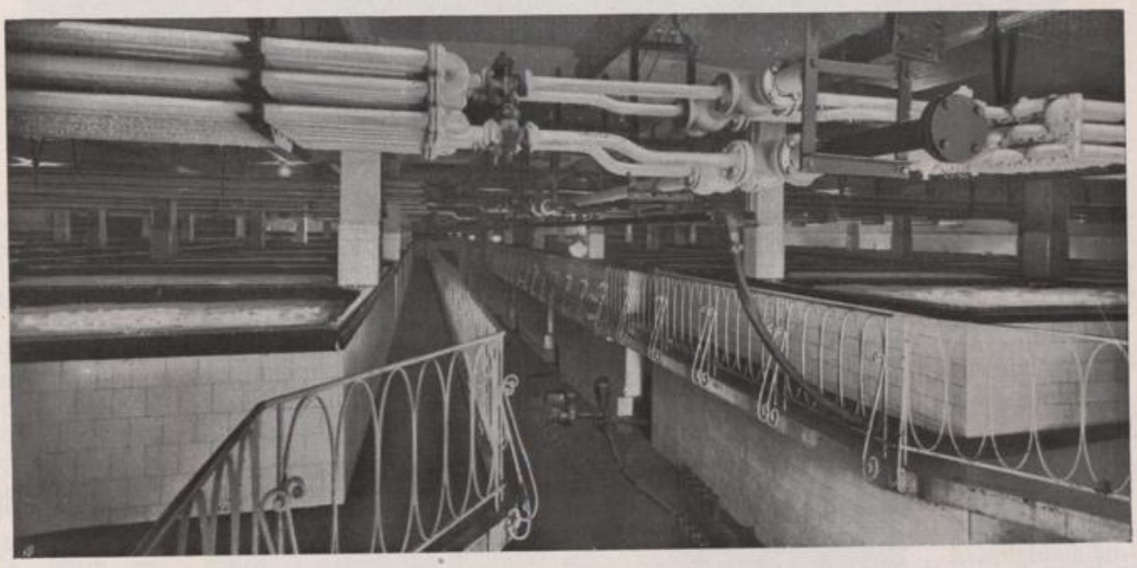
Außer dem Inlandabsatz betreibt die Firma auch sehr lebhaften Export.

STANDFASSWERKE
ROSTOCK & BAERLOCHER
KLOSTERNEUBURG BEI WIEN

Die Standfaßwerke Rostock & Baerlocher sind in der Brauindustrie Europas als führende Firma für den Bau von Eisenbeton-Großgär- und Lagergefäßen bestens bekannt.

Ihre modernen Etagentankkonstruktionen und Hochkellereibauten mit direkter Innenkühlung haben auf dem Gebiete des Kellereiwesens bahnbrechend gewirkt, so daß heute derartige Anlagen wegen ihrer großen Wirtschaftlichkeit in Hunderten von Brauereien eine von Jahr zu Jahr steigende Verwendung finden. Die letzte Jahresproduktion der Standfaßwerke betrug 300.000 Hektoliter.

Die Firma wurde im Jahre 1898 gegründet, sie besitzt eine Zweigniederlassung in Berlin und eine Tochtergesellschaft in Paris.



Gärkeller des Brauhauses der Stadt Wien in Rannersdorf belegt mit 54 „Rostockbottichen" zusammen 19.000 Hektoliter Fassungsraum

Vorteile der Rostock-Standgefäße:

Kühltechnisch die besten Gefäße
Qualitätsverbessernd
Zwangsläufige Temperaturregulierung
Direkt gekühlt, enorme Kälteersparnis
Maximale Raumausnützung
Keine Unterhaltungskosten.

Richard Spiegler & Co.

Autogen-Schweißerei – Eisenkonstruktionswerkstätte

Wien, II., Große Mohrengasse 23

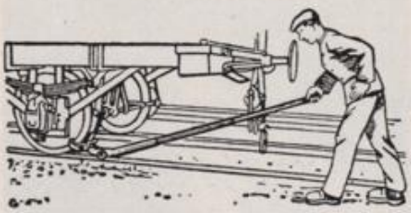
Fernruf Nr. 40-5-74 und 41-8-42

Die Firma wurde 1921 protokolliert und befaßt sich hauptsächlich mit Erzeugung neuer Eisenfässer jeder Größe, ebenso Reservoire und Standgefäßen, der Reparatur und dem Handel von Eisenfässern für alle Industrien. Die Firma ist ständiger Lieferant der Bundesbahnen, der Landesregierung, der Gemeinde Wien, und der größten Benzin- und Petroleumfirmen, Spiritusraffinerien und Terpentinfirmen der Republik.

Die Firma hat ständig ein großes Lager gebrauchter Eisenfässer, verzinkt und unverzinkt, und ist daher in der Lage, jedes Quantum prompt zu liefern.

Waggonschiebezeug „Rullux", Wien

Ingenieur Adolf Svoboda



Das Verschieben der Eisenbahnwagen auf den Anschlußgeleisen zu bewerkstelligen, werden die verschiedensten Mittel angewendet. Viele Betriebe, die eine Rangieranlage infolge der hohen Investitionskosten nicht anschaffen können, haben durch den Waggonschieber erreicht, daß die Rangierkosten ganz besonders herabgesetzt werden. Ohne Abrichtung kann ein einziger Mann einen Waggon in angemessener Schnelligkeit fortbewegen. Die Arbeitswirkung wird durch Glätte der Schienen nicht aufgehoben, Kurven, Weichen usw. bilden kein Hindernis.



Albert Menzel

Werkzeugfabrik

Wien, XIII., Einsiedeleigasse 3

Telephon 86-9-55 Gegründet 1876

Elektrotechnik – Steigeisen – Flaschenzüge – Zangen

Maschinen – Werkzeuge

Anton Eichler

Fernsprecher 57-1-82 und 58-206 Wien, IV., Favoritenstraße 20 Fernsprecher 57-1-82 und 58-206

Transportgeräte – Schläuche

Eisenschutz-Gesellschaft, Ges. m. b. H.

Wien, IX., Schubertgasse 22

Telephon 16-0-12

Spezialunternehmung für Erhaltung und Sanierung von Eisen-, Beton-, Holz- und sonstigen Bauwerken unter Anwendung neuzeitlicher Methoden und Verfahren. Maschinelle und manuelle Entrostungen, rostverhindernde Anstriche, Schutzanstriche gegen Witterungseinflüsse, schädliche Dämpfe und Gase, Feuer, Wasser und Fäulnis usw. Holzanstriche und Lackierungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung. Maschinelle Reinigung von Fassaden. Torkret- (Spritzbeton-) Arbeiten jeder Art, wie Betonummantelungen von Eisen- und Holzkonstruktionen, Auskleidung von Behältern. Herstellung von wasser- und gasdichtem Verputz. Sanierung von verwitterten Ziegel- und zerstörten Betonbauwerken. Herstellung von Torkretwänden usw.

Langjährige Lieferantin der Gemeinde Wien, der österreichischen Bundesbahnen und der größten Industriewerke Österreichs.

Feld- und Industriebahn-Bauunternehmung

Ing. Felberbaum & Co.

Kommandit-Gesellschaft

Wien, I., Zedlitzgasse 8

Telephon 78-1-25 Serie

Das Unternehmen beschäftigt sich mit der Herstellung von Bahnbauten, Straßenbauten und Baumeisterarbeiten.

Hoch- und Tiefbauunternehmung

V. Kronsteiner & F. Barta

Architekt und Stadtbaumeister

Telephon Nr. 82-3-64 — Wien, XII., Meidlinger Hauptstraße 73 — Telephon Nr. 82-3-64

Ein junges Unternehmen, hat die Firma es zuwege gebracht, durch die von der Gemeinde Wien entfaltende rege Bautätigkeit und daher notwendig gewordene Ausführung von Straßenhauptkanal-Neu- und -Umbauten, bei den öffentlichen Offertausschreibungen erfolgreich mitzugehen.

Die der Firma der Reihe nach von der Gemeinde Wien zur Ausführung übertragenen Hunderte von Metern Straßenhauptkanal-Neu- und -Umbauten wurden durch die reichen Fachkenntnisse und langjährigen praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete des Tiefbaues der beiden Firmenchefs sowie deren Umsicht und reelle Geschäftsgebarung in vollkommen einwandfreier Ausführung fertiggestellt und der Gemeinde Wien zur Benützung übergeben.



Ingenieur **EDUARD IVENZ** Stadtbaumeister

Wien, XIII., Fasangartengasse 70

Telephon 84-5-81 Bahnlager: Aspangbahnhof Telephon 92-4-80

Die Erwerbung der Braunkohlenschürfe in Zillingdorf und Neufeld durch die Gemeinde Wien und die dadurch bedungene Errichtung des Überlandkraftwerkes in Ebenfurth, die beständige Vergrößerung des ganzen Werkes hat mich im Mai 1918 veranlaßt, meine Bauinspektionsstelle bei den städtischen Elektrizitätswerken nach elfjähriger Dienstzeit aufzugeben, um hier ein Baugeschäft zu errichten und habe ich eine Reihe von Bauarbeiten zur Vergrößerung des Kraftwerkes ausgeführt.



Kohlenförderanlage Ebenfurth

Ich habe sofort die Betonarbeiten für die Kohlenförderanlage mit zwei je 250 Meter langen Kran-Laufschienenfundamenten und drei Einwurfsgruben übernommen. In rascher Reihenfolge wurden von mir in Ebenfurth ein Markscheiderwohnhaus, im Überlandkraftwerk die Erweiterung des Betriebsmaterialmagazins, eine Ölkühlanlage, die Erhöhung der Transformatorenkammern durchgeführt. In der Trytolfabrik Theresienfeld wurden große Kessel ausgehoben und in der Zentrale für Ablagerung auf Postamenten zur Aufstellung gebracht.

Die große Ausdehnung des Werkes in den Kriegs- und Nachkriegsjahren hatte einen großen Zuzug von Arbeiterfamilien zur Folge. Es mußten für diese Familien und auch für russische Kriegsgefangene Unterkunftsräume und Wohnungen geschaffen werden.

Bis zum Jahre 1922 habe ich im Offertwege nachstehende Bauten erstanden und zur Ausführung gebracht, und zwar im Überlandkraftwerk Ebenfurth ein Ledigenheim, für die Braunkohlenbergbau-Gewerkschaft Zillingdorf ein Aufseher-, zwei Steiger- und ein Werkleiterwohnhaus, ferner Wohn- und Konsumbaracken nebst Keller, eine Wohnkolonie mit Objekten nebst Holzlager, ein Familienwohnhaus, ferner in Neufeld Wohn- und Konsumbaracken, kleinere Objekte wurden ständig zur Ausführung gebracht.

Die rasch steigende Kohlenförderung in den Bergwerken Zillingdorf und Neufeld und die damit verbundene vermehrte Stromerzeugung machte auch den technischen Ausbau des Überlandkraftwerkes in Ebenfurth notwendig.

Durch die erworbenen Betriebsmittel war es mir schon im Jahre 1923 möglich, die Erbauung einer Kohlenseparation mit einer Einwurfsgrube zu übernehmen und nach viermonatiger Bau-



Kohlenseparationsanlage Ebenfurth



Brikettierungsanlage Ebenfurth

zeit bei einer 3·80 Meter tiefen Wasserabteufung dem Betrieb zu übergeben. Zu gleicher Zeit wurde von mir auch die Brikettierungsanlage mit einer 20 Meter langen Einwurfsgrube erbaut.

Durch Verwendung von Leitern und Aufstellung nach eigenem System konnte ich die umfangreiche, bis 24 Meter hohe Riegelwandausmauerung samt Verputzarbeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Ausführung bringen. Hiezu gehörte auch eine Destillationsanlage, die ebenfalls von mir ausgeführt wurde.

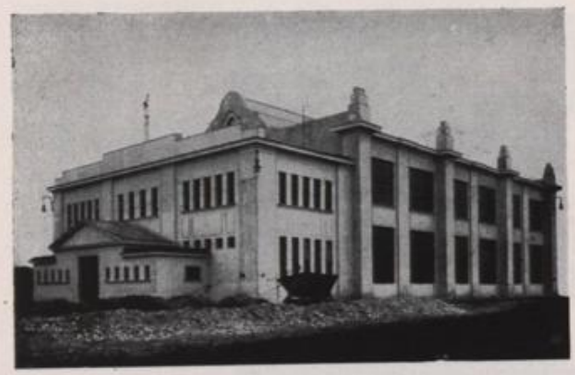
Zur sicheren Betriebführung des Kesselhauses war auch die Vergrößerung der im Jahre 1918 von mir erbauten Kohlenförderanlage in Ebenfurth notwendig. Diese Arbeit wurde mir im Jahre 1924 übertragen. Es kam eine 250 Meter lange, 11 Meter breite, 3 Meter tiefe Einwurfsgrube mit einer, in der Mitte der Grube durchlaufenden Betonfahrbahn für eine Kleinbahn von 60 Millimeter Spurweite, bestehend aus 52 Betongewölben, zur Ausführung.

Für die umfangreichen Maschinenreparaturen, welche der Betrieb erforderte, habe ich auch eine große Werkstätte mit Schmiede und allen erforderlichen Nebenräumen erbaut.

Die von der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke ausgeschriebenen zwei Arbeiterwohnhäuser für 48 Parteien wurden mir samt allen Professionistenarbeiten übertragen. Um den Fuhrwerkstransport und die umfangreichen Umladungen der für diese beiden Objekte erforderlichen Materialien zu ersparen, habe ich mir im Anschlusse an das bestehende Werksgeleise eine 1200 Meter lange Schmalspurbahn mit eigenen Mitteln erbaut. Im Kraftwerke habe ich dann noch neue Rauchkanäle, Sickergruben, Lokomotivputzgruben, Zubauten zum Kohlenförderturm, Gerüstungen für die Fangnetze der Hängebahn ausgeführt.



Zwei Arbeiterwohnhäuser Ebenfurth



Werkstättengebäude Ebenfurth

Besonders rasch habe ich auch zwei je 20·5 Meter hohe, 5·20 × 5·20 Meter große Betonpostamente für die 70 Meter hohen Rauchfänge zur Ausführung gebracht.

So ist auch das Überlandkraftwerk Ebenfurth mit seinen modernen Einrichtungen ein Beweis des großen Aufstieges der Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke in den Kriegs- und Nachkriegsjahren.

Sie bauen **solid**

Sie bauen **billig**

Sie bauen **rasch**

durch die Firma

Ing. Rudolf Kautz & Julius Lenz

Architekten und Stadtbaumeister

Wien, VIII., Langegasse 74

Telephon: A 21-0-93

Projektierung, Ausführung und Finanzierung aller Arten
von Tief-, Hoch- und Eisenbetonbauten für öffentl. Gemeinden und Privatpersonen.
Wasserversorgung und Kanalisierungen von Gemeinden

Bauunternehmung für Eisenbeton und Hochbau

Oskar Dohan

Architekt und Stadtbaumeister

Telephon Nr. B 45-3-51 — Wien, VIII., Piaristengasse 56 — Telephon Nr. B 45-3-51

Das Unternehmen wurde im Jahre 1923 von den Stadtbaumeistern Akad. Architekt Oskar Dohan und Ing. Ernst Dohan gegründet. Von der Gründung an mit größeren privaten Bauarbeiten betraut, deren gewissenhafte und technisch einwandfreie Ausführung das in die Firma gesetzte Vertrauen rechtfertigte, gelang es dem rasch aufstrebenden Unternehmen auch bald öffentliche Bauarbeiten zu erstehen. Vornehmlich ist es der moderne Industrie- und Wohnhausbau, der in das Hauptbetätigungsfeld des Unternehmens einbezogen wurde.

Für das Brauhaus der Stadt Wien in Rannersdorf wurden ausgeführt: im Jahre 1924 der Neubau einer Großgarage, siehe Seite 125, Hofüberdachungen in Eisenbeton, der Neubau einer Treberntrockenanlage und eines Ölmagazins, im Jahre 1925 der Umbau des Bierdepots Floridsdorf, im Jahre 1926 der Umbau des Bierdepots XIII., Baumgartner Kasino, im Jahre 1927 der Neubau eines Sudhauses, wobei umfangreiche und schwierige Eisenbetonkonstruktionen auszuführen waren, der Aufbau für eine Beriesleranlage, Neubauten eines Wohlfahrtsgebäudes mit Bäderanlage und eines Saalbaues und schließlich der Umbau des Bierdepots XI., Simmeringer Hauptstraße 30—32. Für die Städtische Dampfwäscherei Wien, XII., Schwenkgasse, wurden umfangreiche Um- und Zubauten ausgeführt, darunter die Einziehung von zwei Eisenbetondecken in einem bestehenden Gebäude. Im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien wurde das Unternehmen mit der Baudurchführung des Volkswohnhauses Wien, VII., Neustiftgasse 143, mit 45 Wohnungen (siehe Band III, Seite 71) betraut.

Neben der Tätigkeit für die Gemeinde Wien war das Unternehmen auch mit größeren Bauarbeiten für öffentliche Körperschaften, Industrien und Private beschäftigt.

Franz Benesch

Maler und Anstreicher

Telephon 57-8-69 — Wien, IV., Kettenbrückengasse 8 — Telephon 57-8-69

Obiges Unternehmen besteht seit dem Jahre 1910. Die Firma hat einen großen Kundenkreis, arbeitet augenblicklich auch für die Gemeinde Wien und hat bereits mehrere Wohnhausbauten ausgeführt, u. a. „Bebelhof", Wienerberg, Rottstraße, Heiligenstadt usw.

Das Leitmotiv obiger Firma ist:

Erstklassige Arbeit, großer Umsatz bei billigen Preisen.

Alois Koriska

Maler- und Anstreichermeister

Wien, V., Margaretengürtel Nr. 116

Von dem Unternehmen werden alle sowohl einfache als auch reichere Maler- und Anstreicherarbeiten oder Stilarbeiten durchgeführt.

Unter anderem wurden auch die Arbeiten im Schreibsalon des Fürsten Auersperg in Wien und im Kurhotel „Maria Schutz" am Semmering ausgeführt.

Heinrich Neugebauer

vormals Ladislaus Mólnár

Optiker

Wien, IX., Währingergürtel 2



Gegründet 1865 vis-à-vis Votivpark Postsparkassenkonto 193.113

Das Unternehmen verfügt über ein bestassortiertes Lager von modernen Brillen und Zwickern, Operngläsern, Feldstechern, Thermometern, Barometern, Reißzeugen und allen optischen Instrumenten. Alle Reparaturen werden prompt und billigst ausgeführt.

Schötterl & Co.

Inh. Siegfried Windt

Gummiwaren und Sportartikel

Wien, VII., Westbahnstraße 31

Telephon B 36-2-42



Karl Rungaldier

Atelier für Stempel jeder Art – Stempelkissen – Stempelfarben

Wien, V., Zeuggasse 1

Telephon 50-4-38

R. Artner

Wien, IV., Kleinschmidgasse 3

Telephon 33-105



Elektrizitäts-Gesellschaft „VERA"

Wien, IV., Schaumburgergasse 14



Telephon 52-1-34 Postsparkassenkonto 131.729

Die Firma besteht seit über 40 Jahren und befaßt sich mit der Erzeugung von Spezialartikeln, und zwar elektrischen Beleuchtungskörpern für Außen- und Innenbeleuchtung für Fabriksanlagen, Straßenbeleuchtung, Elektrizitätswerke usw., und dürfte die einzige Spezialfabrik in diesen Artikeln sein. Außerdem erzeugt sie noch Tischstehlampen und ist selbstverständlich auch in der Lage, andere Armaturen und Wandarme nach eingesandten Mustern oder Zeichnungen anzufertigen.

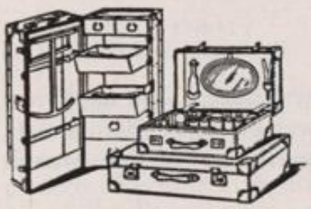
Nur eigene Erzeugung – Spezialität: Wasserdichte Beleuchtungsarmaturen, Steckkontakte, Schalter.

Josef Winkler & Söhne

Koffer- und Lederwarenfabrik, Schutzmarke: Koffer-Winkler

Wien, I., Himmelpfortgasse 7

Fernsprecher 77-1-52 und 31-3-38



Das Unternehmen wurde im Jahre 1876 gegründet. Es beschäftigt sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Lederwaren. Diese Geschmacksindustrie hat den Ruf des Wiener Kunstgewerbes im Auslande seit vielen Jahren aufzubauen mitgeholfen.

JACOB BADL

Wien, VII/$_2$, Neustiftgasse 32—34

Interurbanes Telephon Nr. B 30-0-70

Gegründet 1810

Das Unternehmen ist seit vielen Jahrzehnten ständige Lieferantin der Gemeinde Wien, des Bundes und der Bundesbahnen in allen Sorten Leder für Wagen-, Waggon- und Autobau, für technische Zwecke usw.

Llosent & Forschner

(Inhaber: Kom.-Rat Zd. Hussa)

Korkfabrik

Wien, X., Davidgasse Nr. 97

Die Firma wurde im Jahre 1870 von dem Spanier Eduardo Llosent und Friedrich Forschner in Stuttgart begründet. Da von Anbeginn ein lebhafter Geschäftsverkehr mit Österreich Pflege fand, wurde im Jahre 1890 das Zentralbureau nach Wien verlegt. Im Jahre 1898 wurde die Firma vom jetzigen Inhaber Kom.-Rat Hussa erworben. Im letzten Dezennium des vergangenen Jahrhunderts vollzog sich in der Korkindustrie der Übergang von der Handarbeit zur maschinellen Verarbeitung der Korkrinde, der die Vergrößerung der Fabriksanlage in Llagostera (Spanien) und den Neubau des Fabriksgebäudes in Wien, X., Davidgasse 97, zur Folge hatte.

Die Eigenartigkeit des Rohmateriales und seine Verarbeitung stempeln den Korkstopfen zu einem Vertrauensartikel. Wir blicken auf eine mehr als 50jährige ununterbrochene Geschäftsverbindung mit fast allen größeren Konsumenten von Korken in Österreich zurück, die der einzige und beste Beweis für die Art und Weise unserer Geschäftsführung ist. Im Jahre 1916 wurde in der Wiener Fabrik auch die Fabrikation von Preß- (Kunst-) Kork aufgenommen. Leider erfährt die Fabrikation im Inlande dadurch eine Beschränkung, daß nur jene Mengen Korkrinde verarbeitet werden können, die in ihren Qualitätssorten zur Gänze in Österreich selbst Verwendung finden, da ein Export nach den Nachfolgestaaten von hier unmöglich geworden ist. Die Verbindung mit letzteren wird ab Spanien aufrecht erhalten.

Die Fabrikation jener Korksorten, die in ganz großen Mengen konsumiert werden, erfolgt zum größeren Teile in Llagostera (Spanien), während in der Wiener Fabrik Spezialsorten und Preßkork erzeugt werden.

Wollwarenfabrik Felix Eisenhammer

Wien, X., Absberggasse, Obj. 124

Stadtbureau:
Wien, I., Schottenring 17

Mode- und
Uniformstoffe
aller Art aus
Kammgarn und
Streichgarn.

Lieferant für öffentliche Unternehmungen und Anstalten.

F. Kaliwoda & Sohn

Wien, III/2, Hetzgasse 27 und Seidlgasse 3

Fernsprecher 92-1-88 — Gegründet 1857

Leinen- und Baumwollwaren
Hanf- und Jutegewebe, Bettdecken, Kotzen, Arbeiter-Schutzkleider
Lieferanten der Gemeinde Wien

„Koh-i-noor"-Tinten-, Tuschen- und Klebstoff-Fabrik

Karl Kastner & Co.

Wien, VIII., Albertgasse 13–17 und 21 (Ludo-Hartmann-Hof)

Unsere heimische „Koh-i-noor"-Tintenfabrik macht Österreich heute vollkommen unabhängig vom Auslande für den Bezug von Tinten und Tuschen aller Art sowie Klebstoffe.

Vereinigte Kohlenfirmen
Jos. Binder, Moriz Schüller, Franz Josef Eltz

Telephon Nr. 41-3-36 — Wien, II., Lassallestraße 6 — Telephon Nr. 41-0-70

Prima oberschlesische Steinkohle und Heizkoks

Dechant & Weinlinger

Wien, II., Lassallestraße 2

Telephon Nr. 41-2-52 — Telephon Nr. 41-307

Brennholz, Bundholz, Sägespäne

C. J. Weinlinger & H. Polzer

Wien, II., Lassallestraße 2

Telephon Nr. 41-307 — Telephon Nr. 41-0-70

Alle Holzkohlensorten und -Sortimente für Industrien und Bügelzwecke.

Kast & Ehinger, Ges. m. b. H.

Druckfarbenfabrik

Wien, XI., Fickeysstraße 13

Drahtanschrift: Wienerfarben — Fernsprecher 99-3-35, 99-3-36

Das Unternehmen ist die bedeutendste österreichische Druckfarbenfabrik und versorgt außer dem inländischen Markt die Sukzessionsstaaten, den Balkan und den nahen Orient. Die Fabrik ist eine Tochtergesellschaft der gleichnamigen, weltbekannten Firma in Stuttgart und wurde von dieser im Jahre 1917 zur rascheren Belieferung des heimischen graphischen Gewerbes käuflich übernommen.

Von Anfang an hat sich die Firma Kast & Ehinger, Ges. m. b. H., lediglich der Herstellung der Farben für graphische Zwecke gewidmet und sie hat hierin im Laufe der Jahrzehnte einen Weltruf erlangt. Außer den eigentlichen Farben für Buch- und Steindruck, Buchbinder, Blech-, Kupfer- und Tiefdruck, Offset-, Licht- und Reliefdruck fabriziert sie auch Firnisse für die verschiedensten Zwecke, Walzenmasse, lithographische und chemigraphische Kreiden, lithographische Tusche, Autographietinte und ähnliche Artikel für das gesamte graphische Gewerbe. Die hervorragende Beschaffenheit der Fabrikate geht deutlich aus den zahlreichen Auszeichnungen mit ersten Preisen, goldenen und Staatsmedaillen, die ihnen auf Ausstellungen der ganzen Welt zuteil wurden, hervor. Das Bestreben der Direktion geht unablässig dahin, durch fortschreitende Vervollkommnung der Fabrikate und Neuerscheinungen den bisherigen vorzüglichen Ruf der Firma zu erhalten und noch zu heben.

Das Werk ist in den letzten Jahren bedeutend ausgebaut worden und die Produktion wurde seither um das Dreifache gesteigert. Das Anwesen mit über 6000 Quadratmeter ist Eigentum der Firma. Sie verfügt über eine eigene Kraftzentrale, Dampfkessel und etwa 80 Maschinen und Hilfsmaschinen; etwa 70 Personen finden Beschäftigung.

Die von der Firma in den letzten Monaten herausgebrachten lichtechten Spektralfarben haben in der Fachwelt berechtigtes Aufsehen erregt.

Zusammen mit ihrem deutschen Stammhaus hat sich Kast & Ehinger, Ges. m. b. H., Wien, einen bekannten und guten Namen geschaffen und in hohem Maße dazu beigetragen, der österreichischen und deutschen chemischen Industrie in der Welt zu Ansehen und Achtung verhelfen.

Gottlieb Voith

Chemische Waren für Haushalt und Wirtschaft

Geschäftsleitung und Fabrik:
Wien, III., Schwalbengasse 8–12
Telephon 97-5-25 Serie

Niederlage:
Wien, I., Bäckerstraße 7
Telephon 76-1-77

Eines der angesehensten Wiener Häuser unter den Fabriken und Großhandlungsgeschäften von chemischen Wirtschaftsprodukten ist die Firma Gottlieb Voith, Wien, III., Schwalbengasse 8–12.

Diese Firma wurde von dem aus Heidenheim in Württemberg stammenden Gründer seit dem Jahre 1881 in streng rechtlichem und dabei fortschrittlichem Sinne geführt und hat eine solche Entwicklung genommen, daß das Unternehmen heute einen Großteil der Wiener und österreichischen Detailkaufmannschaft mit allen chemischen Produkten für Haushalt und Wirtschaft versorgt. Insbesondere wird von der Firma Voith seit 20 Jahren das hervorragende selbsttätige Waschmittel „Persil" hergestellt, das, von einer der größten einschlägigen Fabriken Europas, der Firma Henkel & Cie. A. G., Düsseldorf, erfunden, in Österreich, Ungarn usw. sich den Markt im Sturm erobert hat und heute das führende Waschmittel genannt werden muß. Außer diesem ganz ausgezeichneten und bekannten Produkt erzeugt die Firma Voith den allen Hausfrauen gut bekannten echten Macks Kaiser-Borax und führt die von allen Verbraucherkreisen sehr geschätzten Braunsschen Farben; zu den letzteren gehört auch die moderne Kaltfarbe „Citocol".

Eine reichhaltige Artikelliste, die, von Zündhölzern und Zahnstochern angefangen, alle Wirtschaftsartikel für den Haushalt und die Bauernwirtschaft umfaßt, die zur Behandlung der Wäsche, Schuhe, Metalle usw. gehören, und ein ausgezeichneter Ruf bei der ganzen Kundschaft in Österreich und in den Nachbarstaaten beweist, daß diese Firma mit ihren zirka 300 Angestellten und Arbeitern auf dem rechten Wege ist.



Wien, V., Strobachgasse 6 und Traiskirchen, N. Ö.

Rappolds Weißglüh-Schmirgelscheiben von längster Schleifdauer.

Coriolanus-Corundum-Feilen und -Steine in allen gewünschten Formen, aus garantiert echtem, härtestem Naxos-Schmirgel, höchstwertigen Natur- und Kunst-Edel-Korunden und Silizium-Karbid.

Echter Monopol-Naxos-Schmirgel höchster Härte, gekörnt und geschlämmt, garantiert rein, ohne jedwede wertlose Steinbeimengung.

Löwen-Schmirgelleinwand aus bestem Köperstoff mit echter Naxos-Deckung.

Herstellung und Lager sämtlicher Schleif- und Poliermaterialien in anerkannter Güte.

Werk in der Tschechoslowakei: Schnaderbach bei Graslitz.

Gegründet 1896

Telephon 44-4-10

Andreas Zinkl

Spezialautokarosserie und Wagenbau

Wien, XX., Leithastraße 20–22

Das Unternehmen besorgt die Herstellung sämtlicher Luxus-, Last-, Geschäfts- und Industriewagen-Autokarosserien, sowie Omnibusse-, Leichen- und Sanitätswagenkarosserien in Serien- und Einzelerzeugung.

Auch einschlägige Reparaturen werden besorgt.



Franz Schich

Wagen- und Autoschlosserei, Spezialist in Automobilfedern

Wien, III., Schimmelgasse 9

Telephon 91-2-19

Dieses Unternehmen, das sich in allen Fachkreisen des größten Ansehens erfreut, wurde im Jahre 1880 gegründet. Der gegenwärtige Inhaber, Herr Franz Schich, erwarb es käuflich. Schon bei seiner Gründung beschäftigte sich das Unternehmen mit der Erzeugung von Equipagen und anderen Luxusfahrzeugen. Zu den Kunden der damaligen Zeit gehörte auch der österreichische Hof.

Auf den Weltausstellungen in Paris und London erregten die Erzeugnisse der Firma die besondere Aufmerksamkeit der dort versammelten Fachwelt.

Für die ersten Autofirmen, wie Benz, Opel usw., wurden die Federungen erzeugt. In raschem Tempo verbreiterte sich der Kundenkreis der Firma, da die gediegene Ausführung ihrer Erzeugnisse allgemein Anklang fand. Während des Krieges – 1915 – wurde die Firma Kontrahent der städtischen Straßenbahnen, im Jahre 1917 kam der städtische Lastkraftwagenbetrieb mit einigen seiner Garagen hinzu.

Nach Beendigung des Krieges wurde der ausgedehnte Kundenkreis im In- und Auslande wieder ausgebaut. Auch der städtische Stellwagen- und Sanitätsbetrieb wurde beliefert. In jüngster Zeit übernahm das Unternehmen auch Arbeiten für den Fuhrwerksbetrieb der städtischen Leichenbestattung. Auch die Coloniawagen und Schneepflüge der Gemeinde Wien wurden teilweise durch die Firma Schich gefedert.

Hotel Ritz

Wien

Das jetzige Hotel Ritz, auf einem der schönsten Plätze Wiens, dem „Neuen Markt", früher „Mehlmarkt", gelegen, befindet sich auf einer historisch interessanten Stelle; denn mit dem ehemaligen Bau, dem alten Hotel Munsch, das vor 25 Jahren dem jetzigen Neubau Platz machen mußte, sind die größten Namen der Wiener Kunstgeschichte des XVII. und XVIII. Jahrhunderts und interessante Einzelheiten aus dem Wiener Kultur- und Sittenleben in Verbindung zu bringen. Der schöne alte Barockbau, der seit den frühesten Zeiten im Besitze der Gemeinde Wien gewesen war, wurde vom Altmeister des Wiener Barock Joh. Bernh. Fischer v. Erlach im Jahre 1698 erbaut. Angeblich soll auch der italienische Architekt Burnaccini seinen Anteil am Bau gehabt haben, was nicht unwahrscheinlich erscheint, da Fischer v. Erlach und Burnaccini auch an der Pestsäule am Graben gemeinsam arbeiteten.



Von der „Mehlgrube" – unter diesem Namen ist nämlich das alte Haus bekannt gewesen – dienten der Gemeinde die unteren Räumlichkeiten als Magazine, die oberen zu Festlichkeiten und Bällen. Besonders im Karneval soll hier das regste Treiben geherrscht haben. Noch größere Berühmtheit erlangte dann die „Mehlgrube" von dem Jahre 1726 an, zu welcher Zeit Prinz Eugen von seinem Garderobier und Festarrangeur Accriboni Maskenbälle veranstalten ließ, zu denen nur der höchste Adel Zutritt hatte.

1728 arrangierte Accriboni neben diesen „Adelsbällen" noch die sogenannten „Kinderbälle", die auch ihre Berühmtheit erlangten. Die Exklusivität, Vornehmheit und Eleganz dieser Bälle wurden bis zum Jahre 1730 vom österreichischen Hochadel in beinahe übertriebener Weise gewahrt, bis zum Jahre 1790 nahmen sie jedoch immer mehr an Eleganz ab und wurden schließlich ganz aufgelassen.

In den dreißiger Jahren bemächtigten sich die Journalisten der oberen Räumlichkeiten, und der damals tonangebende Satiriker Wiens M. G. Saphir wußte es durchzusetzen, daß allwöchentlich sogenannte „Journalistenabende" während des Winters gegeben werden durften, die man „Concordia" nannte. Aus ihnen entstand der heute noch bestehende Wiener Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia".

Um das Jahr 1866 wurde die Mehlgrube von Ferdinand Munsch zu einem vornehmen Hotel umgestaltet, 1897 wurde das alte Gebäude von Josef Krantz erworben, der es niederreißen und an dessen Stelle von den Baumeistern Kupka und Orgelmeister das jetzige Haus erbauen ließ, welches in den Jahren 1921 und 1922 vollständig neu renoviert mit dem modernsten Komfort, wie fließendem Kalt- und Warmwasser und interurbanem Telephon in allen Zimmern, Bade- und Toilettezimmern, elektrischen Uhren und dergl., ausgestattet wurde.

Außer dem Hotelspeisesaal befinden sich ein erstklassiges Gassenrestaurant, der Majolikasaal, eine Sehenswürdigkeit Wiens, und ein Konzertkaffeehaus, ferner ein Volkskeller, im Hause.

Die Einrichtung des Hotel Ritz entspricht den verwöhntesten Ansprüchen und war dieses Haus der Sammelpunkt selbst weltgeschichtlich bedeutungsvoller Personen, von diesen seien in kleiner Auswahl genannt: König Albert von Belgien, Königin Elisabeth und König Carol von Rumänien, Carola, Königin-Witwe von Sachsen, Königin-Mutter Emma der Niederlande, Friedrich August, König von Sachsen, Luitpold, Prinzregent von Bayern, Theodore Roosevelt und viele andere.

Das Dianabad



Das Dianabad, welches sich seit seiner Gründung der größten Beliebtheit in allen Kreisen des Wiener Publikums erfreut, besteht nunmehr 122 Jahre. Es wurde im Jahre 1804 an derselben Stelle errichtet, an der es sich in seiner neuen imposanten Form noch heute befindet.

Schon im Jahre 1810 wurde es künstlerisch umgebaut und späterhin mit zwei neuen Trakten versehen; im Jahre 1830 wurde ein Stockwerk aufgebaut und schließlich eine große gedeckte Schwimmhalle, als erste in Europa, hinzugefügt. Diese Schwimmhalle, welche in den sechziger Jahren für die Wintermonate als Konzert- und Ballsaal eingerichtet wurde, stand lange Zeit hindurch als „Diana-Saal" im Mittelpunkte des geselligen Lebens von Wien.

In diesem „Diana-Saal" dirigierte Johann Strauß sein berühmtes Orchester und brachte dort seinen populärsten Walzer „An der schönen blauen Donau" im Jahre 1865 zur Uraufführung. Auch viele andere seiner Kompositionen haben ihre ersten Triumphe im „Diana-Saal" gefeiert.

In den achtziger Jahren wurde die Anstalt durch das Dampfbad und eine Sommerschwimmhalle erweitert; aber auch diese Zubauten vermochten dem stetig zunehmenden Besuch nicht zu genügen und den Anforderungen, welche berechtigterweise an eine großstädtische Badeanstalt gestellt werden können, nicht mehr zu entsprechen. So entschloß sich denn die Unternehmung, den mehr als hundertjährigen Bau zu demolieren und an die Errichtung eines Neubaues zu schreiten.

Der Abbruch des alten Hauses erfolgte im Jahre 1913, in welchem Jahre auch der Neubau nach dem preisgekrönten Projekte des jüngst verstorbenen Architekten Peter Paul Brang begonnen wurde. Die großen, durch die Kriegszeit verursachten Schwierigkeiten bereiteten der

Bautätigkeit mannigfache Hindernisse und Verzögerungen; dennoch aber konnte das neue Haus im September 1916 vollendet und dem Betriebe übergeben werden.

Das neue Dianabad, welches mit seinen Nebengebäuden einen Flächenraum von mehr als 12.000 m^2 bedeckt, nimmt unter allen bestehenden Badeanstalten den ersten Rang ein und trägt in Architektur und Ausstattung den Stempel gediegener Eleganz. Der Bau und seine Inneneinrichtung bilden einen Beweis für die große Leistungsfähigkeit von Österreichs Industrie und Gewerbe. Das Dianabad verfügt über die modernsten und geräumigsten Dampfbäder für Damen und Herren, die mit jedem nur möglichen Komfort ausgestattet sind und mit den dazugehörigen Auskleidekabinen, den prächtigen Frisiersalons, den Handpflege- und Fußpflegeräumen usw., durch drei Stockwerke reichen und über eine große Zahl von Wannenbädern, die auch den verwöhntesten Ansprüchen zu genügen vermögen.

Außerdem besitzt die Anstalt zwei herrliche Schwimmhallen mit einer Wasserfläche von 40, bzw. 33 m Länge und 12 m Breite. Eine dieser Schwimmhallen ist gegenwärtig den Damen allein reserviert, während die andere als gemischtes Bad (Familienbad) verwendet wird. Die Glasdächer dieser Hallen werden bei schönem Wetter vollständig geöffnet, so daß in hellem Sonnenschein gebadet werden kann. Die Bassins werden täglich gereinigt und mit frischem 22gradigen Wasser gefüllt. In der als Familienbad verwendeten Halle wird das Wasser durch eine sinnreiche Maschine in kräftige Wellenbewegung versetzt und dadurch die angenehme und gesunde Wirkung eines Seebades hervorgerufen.

Das Dianabad besitzt auch eine Kuranstalt, die in ihrer Größe und Reichhaltigkeit der Kurmittel von keinem ähnlichen Institut übertroffen wird. Alle Heilbehelfe für Wasser- und Heißluftkuren, elektrische Behandlungen aller Art, Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne usw. sind in reichstem Ausmaße und modernster Konstruktion vorhanden. In der groß angelegten Medizinalbäderabteilung können Kuren mit Original-Franzensbader-Moor, Original-Pistyaner-Schlämm, Moorsalz, Jod, Schwefel und allen sonstigen Badezusätzen gebraucht werden.

Besonders hervorzuheben sind die Kohlensäurebäder, die vermöge ihrer technisch vollkommenen Einrichtung nach dem Ausspruche von Ärzten und vielen Patienten, die in Franzensbad, Marienbad oder Nauheim diese Bäder gebraucht haben, diesen gleichwertig sind; Sauerstoff-, Luftperl- und Radiumbäder stehen gleichfalls zur Verfügung, so daß Kuren, die früher in den verschiedenen Badeorten der alten Monarchie gebraucht wurden, nunmehr mit dem gleichen Vorteile im Dianabad absolviert werden können, eine Annehmlichkeit, die insbesondere in der jetzigen Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise und der noch immer bestehenden Reiseschwierigkeiten nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Ein herrlicher Zandersaal mit einer großen Menge von Apparaten, ein modernst eingerichtetes Inhalatorium sowie ein Radiumemanatorium vervollständigen die Ausstattung dieser wahrhaft zeitgemäßen Anstalt.

Selbstverständlich fehlt es nicht an entsprechenden Abteilungen für Schönheitspflege, Gymnastik, Körperkorrektur und Rhythmik. Während der schönen Jahreszeit kann auch natürliche Sonne in den herrlichen Sonnenbädern der Dachgärten genossen werden.

So vereinigt das Dianabad in selten harmonischer Art die reichste Fülle der für Gesundheit und Körperkultur notwendigen Behelfe und bildet eine Sehenswürdigkeit und Zierde unserer Stadt.

Pfann'sches Mineralbad

Wien, XII., Meidling, Mandlgasse 4

Einzige Schwefelquelle Wiens (Radioaktiv), gegen Gicht, Rheumatismus, Gelenkaffektionen usw. Saison ganzjährig. Gegründet 1820. Neu erbaut 1910.

W. J. Rohrbecks Nachfolger

Wien, V., Wehrgasse 18

Chemische, physikalische und meteorologische Apparate — Chemische Reagenzien und Präparate — Chemische Herde, Experimentier- und Laboratoriumstische, Spülvorrichtungen usw.

Giessl & Czeika



Wien, II., Obere Donaustraße 81

Telephon 43-2-12



Dieses im Jahre 1846 gegründete Spezialhaus liefert Glas und Porzellan für Hotels, Gast-, Kaffeehäuser und Bars.

Auskunftei W. Schimmelpfeng

Wien, I., Schottenring 7 — Berlin, Charlottenstraße 23

Im Jahre 1872 gegründet, hat die Auskunftei W. Schimmelpfeng unter dem Wahlspruch „Für Recht und Ehr' im Weltverkehr" in systematischer Arbeit und in unbeirrtem Festhalten an den als richtig anerkannten Grundsätzen und Zielen sich Geltung verschafft und Ansehen erworben. Ihre Organisation umfaßt die ganze Erde. Dort, wo sie eigene Niederlassungen nicht unterhält, steht sie in engster Zusammenarbeit mit den ersten Auskunftsanstalten der betreffenden Länder.

Der Aufgabenkreis der Auskunftei W. Schimmelpfeng umfaßt:

1. Erteilung von Auskünften über Firmen, Einzelkaufleute und Gewerbetreibende zu geschäftlichen Zwecken.
2. Inkassi, Rechtshilfe in allen geschäftlichen Angelegenheiten usw.
3. Auswahl von Adressen für Bezug und Absatz, Nachweis geeigneter Agenten usw.
4. Berichte über Märkte, Marktlagen, Industrie und Industriezweige.

Getragen von dem Vertrauen der Geschäftswelt, gestützt auf über fünfzigjährige Erfahrungen im kaufmännischen Auskunftswesen, erfüllt von ernster Berufsauffassung von der obersten Leitung bis zu jedem einzelnen Gliede des großen Organismus, ist die Auskunftei W. Schimmelpfeng berufen, ein unvoreingenommener Berater und Gehilfe in allen Fragen des kaufmännischen Lebens zu sein.

„TETRA" Aktiengesellschaft

Wien, IX., Rossauergasse 3 – 5

Telephon A 11-5-20 Telephon A 19-3-21

Die „Tetra" A.-G., Wien, erzeugt nach einem eigenartigen Webverfahren hygienische Gewebe und alle aus demselben hergestellten Artikel; sie befaßt sich insbesondere mit der Lieferung von Windeln und Säuglingswäsche, wofür sich die von ihr hergestellten Gewebe ganz hervorragend eignen.

Der Ruf der unter der Marke „Tetra" bekannten Artikel ist in der ganzen Welt anerkannt, was durch ihre Verbreitung in ganz Europa und in Übersee bewiesen wird.

Allen voran verwendet die Gemeinde Wien für ihre Säuglingsaktion (siehe Seite 215) in weitestem Umfang die hygienischen Tetra-Artikel.

Thermotechnik

Gesellschaft für Zentralheizungs-, gesundheits- und wärmetechnische Anlagen

Wien, IX., Hahngasse 33 Innsbruck, Bruneckerstraße 6

Das Arbeitsgebiet der Firma umfaßt die Projektierung und Einrichtung von Zentralheizungs- und Lüftungsanlagen aller modernen Systeme, Abwärmeverwertung, Trockenanlagen, Warmwasserbereitungs- und sanitären Einrichtungen sowie alle sonstigen in die Gesundheitstechnik einschlägigen Arbeiten.

Die Firma besitzt in Innsbruck eine Zweigniederlassung, um auch das westlichste Gebiet Österreichs von dort aus bearbeiten zu können. Die Leitung der Firma liegt in Händen von Fachleuten mit mehr als 25jähriger Praxis auf dem Gebiete der Heizungs- und Gesundheitstechnik, daher alle übertragenen Arbeiten unter Zugrundelegung moderner Berechnungsarten technisch vollkommen einwandfrei durchgeführt werden. Die Leistungsfähigkeit der Firma ist daraus leicht zu ersehen, daß sie in der kurzen Zeit ihres Bestandes seit 1925 eine große Anzahl von modernen Anlagen zur vollsten Zufriedenheit der P. T. Besteller ausgeführt hat, und zwar:

Für die Gemeinde Wien: Städtische Schule Argentinierstraße, Schule Einsiedlergasse, Lorenz-Mandl-Gasse, Kindergarten, XVI., Sandleiten, städtischer Turn- und Festsaal, XXI., Voltaplatz, Städtische Bäckerei, XVI., Städtische Feuerwache, XIX., und Sanitätsstation X.

Gemeinde Wien städtische Straßenbahn: Bahnhof und Betriebsgebäude Michelbeuern, Bahnhof-Betriebsgebäude und Halle Breitensee usw. Ferner für diverse Gemeinden, wie Neunkirchen, städtische Schule, Wr.-Neustadt, städtische Schule, Fern-Warmwasserbereitungsanlage für das Greisenasyl, Wien, XVIII., und viele Anlagen für Privat- und öffentliche Gebäude. Für die Gemeinde Innsbruck führt genannte Firma die Warmwasserbereitungsanlage mit Abwärmeverwertung für das neue Hallenschwimm- und Wannenbad derzeit aus.

Strombad der Gemeinde Kritzendorf

Wiens größtes Strombad an der Donau in der landschaftlich schönsten Gegend verfügt über einen herrlichen, zirka $1^1/_2$ Kilometer langen Badestrand.

Nur 8 Kilometer von Wien entfernt, verfügt das Bad über die beste Verbindung durch Bahn, Schiff und Autobus. Während der Badesaison besteht auch direkter Motorbootverkehr Wien–Kritzendorf-Bad.

Schwimmdock, Sand- und Sonnenbäder, Duschanlagen stehen ebenso wie die modernsten hygienischen Einrichtungen zur Verfügung.

Badearzt, Sanitätswache und ein vorbildlich ausgebildeter Wasserrettungsdienst dienen der Sicherheit der Besucher.

Strandkonzerte durch erstklassige Orchester, Restaurationen, eine Milchtrinkhalle, eine Konditorei, eine Feinkosthandlung und diverse andere Verkaufskioske, ein Strandphotograph stehen zur Verfügung.

Beim Bade liegt ein schattiger Auwald und ein großer Sportplatz.

Die gesamte Frequenz des Bades betrug 1925 über 120.000 Badegäste.

Eisenbahn Wien-Aspang und Schneebergbahn

Die in Privatbetrieb befindliche Eisenbahn Wien–Aspang bildet die Verbindungslinie zwischen Wien und dem durch den Gebirgszug des Wechsels (1738 m) gekennzeichneten südöstlichen Grenzgebiete zwischen Niederösterreich einerseits und der Oststeiermark und dem südlichen Burgenlande andererseits.

Durch das mit vielfachen Industrieniederlassungen (Waggonfabrik, Ziegelfabriken, Eisenwerke, Textilfabriken, chemische Industrien) ausgestattete südliche Vorland Wiens und das Steinfeld gelangt man mittels der bequemen Zugsverbindungen, die auch einen sehr günstigen Schnellzugsverkehr umfassen, über Wr.-Neustadt in das naturschöne Pittental (Papierfabriken, Chamottewerke, Pappenfabriken, Holzindustrie) und damit in das Wald- und Bergland des Wechsels und seiner Ausläufer (Bucklige Welt). Die Endstation der Privatbahnlinie Aspang (Wien–Aspang 2 Stunden) ist zugleich die Übergangsstation auf die durch reizvolle Landschaftsbilder führende Wechselbahn (im Betrieb der österr. Bundesbahnen) und von derselben in Friedberg abzweigend in das liebliche südliche Burgenland um Pinkafeld.

In der Station Sollenau schließt die im Betriebe der Eisenbahn Wien–Aspang stehende Schneebergbahn, die auch in Wr.-Neustadt eine Verbindung mit der Eisenbahn Wien–Aspang hat, an. Auf dieser Linie wird in zweistündiger Fahrt in direkten Zügen von Wien das romantische Gebiet der Hohen Wand und des Schneeberges erreicht. Von der Endstation der Adhäsionsstrecke Puchberg führt eine hochinteressante Zahnradbahn auf das Plateau des Alpenhochgipfels des Schneeberges (2075 m), auf welchem in 1800 m Seehöhe das allen Ansprüchen entsprechende Eisenbahnhotel Hochschneeberg errichtet ist.

Das Verkehrsgebiet der Eisenbahn Wien–Aspang und Schneebergbahn umfaßt zahlreiche vielbesuchte Sommerfrischen und der berg- und wintersportlichen Betätigung dienende Orte und Gegenden (Pitten, Seebenstein, Scheiblingkirchen, Edlitz, Kirchberg a. W., Aspang, Mönichkirchen, Thermalbad Fischau, Winzendorf, Willendorf, Grünbach, Puchberg a. Sch). Einen ausgezeichneten und sehr reichhaltigen Überblick hierüber bietet der Spezialführer Wintermahr-Peege: „Das Gebiet der Aspang- und Schneebergbahn" (A. Hartlebens Verlag, Wien und Leipzig 1925).

Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen

Das Unternehmen umfaßt die Schnellbahnlinie von Wien-Oper nach dem Kurorte Baden die Straßenbahnlinien in Baden, die Linie Baden–Vöslau und die Linie von Baden nach der Station Traiskirchen der Eisenbahn Wien–Aspang; außerdem bestehen Verbindungslinien mit den österr. Bundesbahnen bei Unter-Hetzendorf und bei Mödling.

Die Linie Wien–Baden, im Wiener Volksmunde kurz die „Badener Elektrische" genannt, stellt mit ihren hellen freundlichen Waggons in wenig mehr als 1 Stunde Fahrzeit die bequemste und kürzeste Verbindung ohne jedes Umsteigen zwischen dem Zentrum Wiens und dem herrlichen Baden her.

Diese Linie wurde im Jahre 1906 für den elektrischen Schnellverkehr eingerichtet und wird wegen der vorerwähnten Bequemlichkeit und Raschheit der Verbindung sehr stark frequentiert.

Die Straßenbahnlinien in Baden sowie die Linie von Baden nach Vöslau führen in die herrlichste Umgebung Badens und werden insbesondere während der Sommersaison sehr stark benützt.

Durch die Verbindungslinie mit den Bundesbahnen und der Eisenbahn Wien–Aspang wurde ein direkter Übergang der Frachtgüter auf die Linie Wien–Baden ermöglicht. Dies hatte ein bedeutendes Aufblühen der Ortschaften zwischen Wien und Baden zur Folge, da sich eine große Zahl von bedeutenden Industrien ansiedelte.

Die unaufhaltsame Entwicklung der Ortschaften und die immer größer werdenden wechselseitigen Beziehungen zwischen Baden und Wien lassen ein weiteres Aufblühen dieses Unternehmens in Zukunft erwarten.

Die Raxbahn

Von Albert Geßmann, Direktor der Wiener Baukreditbank

Nach einer Pause während des Krieges hat der Touristenverkehr in den Alpen wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen und die Berge sind im Sommer bevölkert wie nie zuvor. Diese Entwicklung macht trotz der wirtschaftlichen Depression noch weitere Fortschritte, denn die Touristik als Sport und Reisevergnügen ist in die breitesten Schichten des Volkes gedrungen und die Alpen sind heute Gemeingut aller, die sich kräftiger Gliedmaßen erfreuen oder das Geld dazu haben, sich mit Fahrzeugen fortbewegen zu lassen. Aber das Bergsteigen erlernt man nicht von heute auf morgen und Tausende können es niemals erlernen, weil sie hiezu nicht die physische Eignung besitzen; und doch gibt es auch unter ihnen ungezählte Verehrer der Alpen, die die Berge sehen wollen und auch ein Anrecht darauf haben, sie zu bewundern. Für diese hauptsächlich werden die Bergbahnen gebaut, die den Fahrgast von den tiefgeführten Verkehrswegen der Vollbahnen in kühner Anlage bis zur Wolkenhöhe hinaufheben und mitten hinein in die unberührte Alpenwelt bringen, wo der ganze Zauber des Hochgebirges auf sie einwirken kann.



Die Trasse durch den Bahngraben

Das klassische Vorbild der Alpenbahnen ist die Jungfraubahn. Sie ist zweifellos das gewaltigste Werk ihrer Art, aber sie ist eine Zahnradbahn und diese Art Bergbahnen wurde durch die Technik schon überholt. Wohl befördern sie eine größere Anzahl von Fahrgästen auf einmal, aber sie befördern langsam, und wenn man in der Aufstiegzeit eines Zahnradbahnzuges von drei Waggons auf einer Seilschwebebahn drei einzelne Auffahrten mit je einem Waggon bewerkstelligen kann, so ist die Wirkung die gleiche. Wenn aber die moderne Seilschwebebahn nur einen Bruchteil der anderen Anlage kostet und im Betriebe durch vollständige Ausschaltung der toten Last weitaus billiger kommt, so hat sie unter allen Umständen den Vorzug, um so mehr, als sie das ganze Jahr hindurch betrieben werden kann, während der Winterschnee dem Zahnradbetriebe ein Ende bereitet.

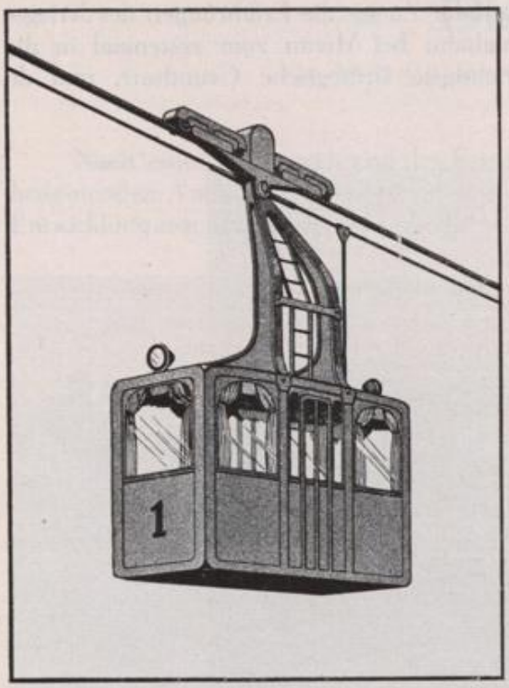
Die alten Seilschwebebahnen, die noch vor dem Kriege gebaut wurden, hatten den Nachteil, daß sie wegen der geringen Seilspannung und des dadurch hervorgerufenen starken Durchhangs viele Stützen brauchten und daß die Seile, deren Anschaffung bekanntlich die Hälfte der Bahnkosten verschlingt, nach acht bis zehn Jahren unbrauchbar wurden. Daß solche Bahnen im Bau und Betrieb noch viel Geld kosteten, liegt auf der Hand, und wenn sie außerdem auch langsam beförderten, so war der Vorteil gegenüber den Zahnradbahnen trotz Ausschaltung der toten Last nicht eben bedeutend.

Das wurde mit einemmal anders, als der geniale Erfinder Zuegg die Erfahrungen der Kriegsseilbahnen in ein System brachte und mit der Haflingbahn bei Meran zum erstenmal in die Öffentlichkeit trat. Im Krieg war Schnelligkeit der wichtigste strategische Grundsatz, und da



Der Tiefblick in das Große Höllental

man bei den alten Seilbahnen viel Stützen brauchte und diese Zeit und Geld kosten, so suchte man durch immer stärkeres Spannen der Seile an Stützen zu sparen. Es ging wider Erwarten, und da zeigte sich auf einmal, daß die Seile nicht nur den starken Zug vollständig aushielten, sondern daß sie sogar noch viel länger in gutem Zustande blieben. Die Seile gehen nämlich erfahrungsgemäß weit weniger durch Abscheuern zugrunde als durch das oftmalige Knicken an der Stelle der Seilrollen des darüberfahrenden Wagens. Durch dieses Knicken brechen die Drähte,



Ein Wagen der Raxbahn

das Seil wird borstig und wird geschwächt. Es leuchtet nun ein, daß der Knick bei einem stark gespannten Seile viel schwächer ist als bei dem wenig gespannten und darin liegt das Geheimnis der großen Haltbarkeit der Seile auf den modernen Seilschwebebahnen. Nach eingehenden praktischen Proben auf besonderen Seilprüfungsmaschinen beträgt sie beiläufig das Zehnfache der Dauerhaftigkeit bei den alten Bahnen, so daß die Amortisationsquote der neuen Seilschwebebahnen nicht viel mehr als ein Fünftel der bisher üblichen ausmacht. Damit entfällt auf die Verzinsung des Kapitales ein wesentlich höherer Betrag.

Der Erfinder des neuen Systems, Ingenieur Louis Zuegg in Meran, machte zunächst eine Probe seiner Erfindung, indem er auf eigene Kosten eine solche Seilbahn von Meran auf die Höhe von Hafling führte. Diese Bahn steht seit dem Jahre 1926 in ununterbrochenem Betrieb und hat die in das System gehegten Erwartungen so glänzend gerechtfertigt, daß in Italien allein mehr als ein Dutzend solcher Bauten ausgeführt oder vorbereitet werden. Die Wiener Baukreditbank, die die Wirtschaftlichkeit dieses Systems schon frühzeitig erkannte, faßte vor eineinhalb Jahren den Beschluß, eine solche Schwebebahn auf die Raxalpe zu bauen. Sie setzte sich sowohl mit dem Erfinder als auch mit der ausführenden Firma Bleichert & Co. in Leipzig in Verbindung; am 29. Juli 1924 wurde die Vorkonzession erteilt und am 4. September des gleichen Jahres mit der Trassierung begonnen. Die Konzession wurde am 13. August 1925 verliehen.

Das System Bleichert-Zuegg sucht die Seile, den kostbarsten Bestandteil der Bahn, im Interesse der Wirtschaftlichkeit und der Sicherheit auf jede ordentliche Weise zu schonen und braucht hiezu im Gegensatz zu den alten Seilbahnen mit ihrer konvexen Linie ein ausgesprochenes Hohlprofil. Der idealste Zustand wäre in dieser Hinsicht der, daß das Seil, stark gespannt, ohne Stützen durch die Luft geführt wird. Theoretisch ist das durchaus möglich, praktisch genommen aber haben sich Spannweiten von mehr als 1500 m als nicht zweckmäßig erwiesen, insbesondere deshalb, weil dabei ein starker Seitenwind die Seile allzusehr ins Schwanken bringt und häufiger zu Verkehreinstellungen führt. Man wählt daher das Bahnterrain am besten so aus, daß das Seil auf der theoretisch idealen Linie des freien Durchganges an einigen Zwischenpunkten durch Stützen leicht gehoben wird. Dieses Heben muß so stark sein, daß das Seil an den Stützen noch genügend kräftig in die Riemen der Auflagerschuhe gedrückt wird, um auch durch den stärksten Seitenwind nicht herausgeschoben zu werden, andererseits nicht so stark, daß die ideale Linie an den Stützen allzusehr geknickt wird, weil die Knicke, je stärker sie sind, desto ärger das Seil schädigen. Es gilt hier das gleiche wie für die Durchhangstelle des fahrenden Wagens, nur sind die Knicke hinaufgebogen.

Eine praktisch ideale Linie der geschilderten Art ist in der Natur an verkehrstechnisch geeigneten Punkten nur selten zu finden. Die Trasse der Raxbahn kommt ihr sehr nahe, und nur ganz oben mußte eine leichte Wölbung des Hanges mit in den Kauf genommen werden, welche aber dort, wo die Seilverschiebungen schon äußerst gering sind, nur mehr wenig schadet und überdies durch Einfügung einer eigenen Stütze geteilt wurde.

Die günstige Linie der Trasse, welche für die Raxbahn die größte Dauerhaftigkeit und Sicherheit verbürgt, ist auch in anderer Hinsicht die denkbar beste. Sie ist mit 2150 m Länge die

kürzeste Verbindung des Tales mit dem Plateaurande des Berges, die Talstation liegt nächst dem Endpunkt der Lokalbahn Payerbach-Hirschwang, ist auch für den Automobilverkehr der nächstgelegene Fußpunkt der eigentlichen Rax und vom Bahnhof Payerbach aus in zehn Minuten erreichbar. Die Linie führt durch das windgeschützteste Tal der Raxalpe, den sogenannten Lahngraben, der, von der Richtung der Stürme abgewendet, von zwei weit ausladenden Talseiten schützend flankiert ist. Endlich erreicht die Bahn das Plateau an der weitaus schönsten Stelle des Südrandes, einem Punkte, wo sich das Panorama der steirischen Alpen und der Semmeringberge mit dem schönsten Blick auf das Reichenauer Tal und dem großartigsten Bilde des nahen Hochschneeberges vereint.

Die Seilschwebebahn auf die Raxalpe hat eine Länge von 2150 m und überwindet einen Höhenunterschied von 1010 m. Die beiden Tragseile sind in 5 m Entfernung voneinander parallel über fünf eiserne Stützen geführt. Die Höchste davon ist 30 m hoch und erhebt sich an der kühnsten Baustelle, einem steilen Felsgrat, der die Lawinengänge dieser Bergseite 40 m hoch überragt. An dieser Stelle wird man im Winter mitunter das großartige Naturschauspiel eines Lawinensturzes aus sicherer Höhe beobachten können. Die erste, vierte und fünfte Stütze sind sogenannte Torstützen, weil hier die Eisenkonstruktion die Fahrbahn torähnlich umgibt. Die Vigiljochbahn des alten Systems hat noch 39 Stützen.

Die beiden Tragseile sind 50 mm stark, wiegen je 24.000 kg und bestehen aus 144 Stahldrähten eines Materials, das so hart ist, daß es eine gewöhnliche Stahlfeile nicht angreift. Sie führen über die Stützen, von denen die zweite und dritte fast 800 m von einander abstehen, sind in der Bergstation in solidester Weise verankert und in der Talstation durch gewaltige Betongewichte von je 34.000 kg, welche in tiefe Gruben hinabhängen, gespannt. So bilden sie die glatteste Schienenbahn für das aus 8 Rädern bestehende Laufwerk, an welches die beiden 24 Personen fassenden Wagen gehängt sind.

Die Bewegung besorgt ein 3 cm starkes Zugseil, das über Rollen läuft, die unter den Auflagerschienen der Tragseile an den Stützen befestigt sind. An die Enden des Zugseiles sind die Wagen so angehängt, daß der eine in der Bergstation hält, wenn der andere in der Talstation zum Einsteigen bereit ist. Oben läuft das Seil um die Antriebscheibe, welche mit motorischer Kraft bewegt wird, wodurch der eine Wagen hinaufgezogen und der andere gleichzeitig hinabgelassen wird. In der Mitte der Strecke begegnen sich beide und nach beendeter Fahrt bewegen sich Antriebscheibe und der Wagen in umgekehrter Richtung.

Das Zugseil ist mittelst eines sogenannten Ballastseiles, das in der Talstation um eine Scheibe läuft, nach unten in steter Spannung erhalten und bildet mit diesem einen in sich geschlossenen Ring. Ein drittes noch schmäleres Seil, das Sicherheitsseil, das über den anderen Seilen gespannt ist, dient als Zugseil für einen Rettungswagen, der dann in Tätigkeit tritt, wenn die Personenkabinen aus irgend einem Grunde stecken bleiben oder am Weiterfahren



Turmstütze III gegen den Schneeberg

gehindert sein sollen. Er bringt die Monteure, die das Hindernis beheben, und holt bei länger andauernder Verkehrsstörung die Fahrgäste ab.

Der Antrieb geschieht durch einen Elektromotor, der die Kraft einer Akkumulatorenbatterie entnimmt. Diese wird aus einer Stromerzeugungsmaschine geladen, zu deren Betrieb ein 70 PS-Dieselmotor samt gleich großer Reservemaschine dient.

Da beide Wagen einander im Gleichgewicht erhalten, so fällt die Beförderung einer toten Last hier vollständig weg und die Maschine braucht bloß den Reibungswiderstand zu überwinden und die Differenz der Personen, um welche mehr Leute hinauf- als hinunterfahren, zu heben. Die größte Arbeitsleistung ist darnach zu verrichten, wenn ein vollbesetzter Wagen hinauf- und ein leerer hinabfährt. Wenn mehr Leute hinunter- als hinauffahren, dann müßte der Antrieb eigentlich gebremst werden; doch das wäre Kraftverlust und Abnützung. Man schaltet daher in diesem Falle den Dynamo ein und ladet mit der gewonnenen Elektrizität die Akkumulatorenbatterie. So erzeugen die abends heimkehrenden Touristen durch ihr Körpergewicht einen Rückstrom, der am nächsten Morgen wieder neue Touristen hinaufbringt. Ökonomischer kann ein maschineller Betrieb kaum gedacht werden.



Die Bergstation

Besondere Sorgfalt wurde auf den Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen gelegt. — Diese Einrichtungen sind höchst sinnreich und so einfach, daß sie schon aus diesem Grunde allein nicht versagen können. Hieher gehört die automatische Bremsvorrichtung, die in jedem Stück auf einer eigenen Vorrichtung mehrfach erprobt wird, ferner die automatische Stillegung der Wagen bei heftigen Windstößen, das automatisch ausgelöste, langsame Einfahren in die Stationen, die stete telephonische Verbindung des Wagens mit dem Maschinisten der Antriebsstation und vieles andere.

Alle wichtigen Bestandteile der Bahn sind vier- bis zehnfach überdimensioniert, und da die Seile statt acht mindestens achtzig Jahre lang benützt werden können, so fährt man mehrere Dezennien lang auf fast neuen Seilen. Das erhöht die Sicherheit derart, daß ein hervorragender Fachmann, der Bundesbahnpräsident a. D. Ing. Saurau, die Behauptung aufgestellt hat, daß eine Fahrt auf der modernen Seilbahn sicherer sei als auf jeder Vollbahn, wo Zusammenstöße, Schienenbrüche und Entgleisungen viel eher vorkommen können als auf der Schwebebahn ein Seilriß, der nach den heutigen Vorkehrungen vollkommen ausgeschlossen erscheint.

Die moderne Seilschwebebahn fährt fast dreimal so rasch wie die der älteren Systeme. In acht bis zehn Minuten ist die Höhe der Raxalpe erreicht, und wenn man bis Payerbach den Schnellzug benützt und im Auto zur Talstation weiterfährt, braucht man zu dem Wege Wien–Raxalpe keine zwei Stunden. Die Bergfahrt ist an und für sich ein hoher Genuß, aber auch das Bergplateau bietet dem Besucher ganz Außerordentliches. Ist er ja einer der berühmtesten Gipfel der Alpen und sicher das Schönste, was die wegen ihrer landschaftlichen Reize berühmte Umgebung von Wien hat. Und wenn dann der Winter kommt, bietet das 30 km² große Plateau der Raxalpe fünf Monate lang ein Schiterrain, wie es keine zweite Großstadt der Welt hat.

Höhenkurort Semmering

Zwei Eilzugsstunden von Wien entfernt liegt der Semmering in 1000 m Seehöhe, ein Alpenparadies, voll einzigartiger Schönheiten. Inmitten ausgedehnter Nadelwaldungen eingebettet, erheben sich die fashionablen Hotels, Pensionen und Sanatorien. Die Alpenlandschaft wird beherrscht durch das grandiose entzückende Gebirgspanorama mit der Rax- und Schneeberggruppe. Im Schutze hoher Berge gelegen, ist der Semmering frei von rauhen Winden und hat ein ausgesprochenes Hochgebirgsklima mit allen seinen bekannten Vorzügen, wie reine, staub- und keimfreie Luft, geringe Niederschlagsmengen und viel Sonnenbestrahlung; nebelfreie, sonnige Wintertage, blütenreiche Frühlingswochen, lauwarme, herrliche Sommermonate, ein farbenprächtiger Herbst sind für den Semmering besonders charakteristisch.



Weinzettelwand

Die Heilwerte des Hochgebirgsklimas treten auf dem Semmering in Anbetracht seiner günstigen Lage ganz besonders in die Erscheinung. Die typischen Eigenschaften und heilende Wirkung des Hochgebirgsklimas auf den menschlichen Organismus sind berühmt und es gibt kein Heilmittel, das gesundheitlich an den Wert des prächtigen Alpenklimas heranreicht. Diese ozonreiche Alpenluft ist von einer unvergleichlichen Klarheit und Reinheit, sowohl im Sommer als auch im Winter.

Im Sommer finden auf dem Semmering mannigfaltige Zerstreuungen und Unterhaltungen statt. So ist besonders das bereits eingebürgerte internationale Automobilrennen hervorzuheben, welches immer eine ungeheure Menschenmenge auf den Semmering zieht. Der Tennissport findet eine intensive Pflege und den Höhepunkt der Saison bildet das internationale Tennisturnier. Die neueste Attraktion aber bildet am Semmering der bereits langersehnte Golfplatz, der mit neun Hols auf den Wiesen der Südbahnmeierei angelegt wurde. Außerordentlich reich ist das Programm der gesellschaftlichen Veranstaltungen. Es werden Konzerte, Vorträge gegeben, Bälle, Redouten und Tanzunterhaltungen veranstaltet.

Entsprechend seiner internationalen Bedeutung hat der Semmering dem Sport stets eine hervorragende Pflege gewidmet. Speziell als Wintersportplatz erfreut sich der Semmering eines internationalen Rufes und ist derselbe von den besten Schneeverhältnissen begünstigt, sowohl was die Menge als auch die Qualität betrifft.

Für den Skisport ist durch die Vortrefflichkeit des Terrains eine gute Basis gegeben. Ein fesselndes Schauspiel persönlicher Kühnheit und Geschicklichkeit bildet das Skispringen, das vornehmlich auf der großen Liechtenstein-Sprungschanze ausgeübt wird. Springer aus aller Welt versammeln sich hier jährlich, um die Siegespalme ringend. Ebenso findet der Mannschaftsschlitten („Bobsleigh" genannt) besonderen Anklang. Ideale Rodelbahnen stehen ebenfalls zur Verfügung und ist da besonders die 2000 m lange Pinkenkogelbahn hervorzuheben. Eissport und Curling findet auf dem Eislaufplatze Pflege.

Der Semmering verfügt über eine Reihe erstklassiger Hotels, die selbst den verwöhntesten Wünschen in Bezug auf Einrichtungen, Luxus sowie Verpflegung Rechnung tragen. Was die Sanatorien betrifft, so sind sie mit allen der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen und Bequemlichkeiten ausgestattet und durchwegs in sonniger, ruhiger, aussichtsreicher Lage gelegen. Die Sanatorien sind Musterinstitute und haben internationalen Ruf. Die Preise für Verpflegung und Wohnung halten sich in bescheidenen Grenzen und in der Vor- und Nachsaison gewähren fast alle Häuser wesentliche Ermäßigungen.

Auskünfte über Unterkunft, Preise und über alle den Kurautenthalt betreffenden Fragen erteilt bereitwilligst die Kurkommission.



Großer Teich, Familienbad

Thermalbad Vöslau, Niederösterreich

in 45 Minuten von Wien mit der Donau-Save-Adria-Bahn (Südbahn) oder der Elektrischen Lokalbahn zu erreichen. Seehöhe 276 m. Radioaktive Akratotherme von 24° C

Wenn der Reisende mit dem Zuge der Donau-Save-Adria-Bahn (Südbahn), von Wien kommend, die Stadt Baden verläßt, wird er nach einigen Minuten gewahr, daß die Bergkette, die bei Mödling nahe an die Bahn herantritt, fast in einem rechten Winkel weit nach Westen zurückbiegt.

Ein mäßig hoher Berg, der Harzberg, gekrönt mit einer Aussichtswarte, mit Föhrenpflanzungen dicht bedeckt, fällt flach ab, und trägt an seinem Südostabhange eine reizende Gartenstadt, die sich auch noch in die Ebene des Wiener Beckens weit ausbreitet. Wir haben Vöslau vor uns, den zweitgrößten Kurort Niederösterreichs, der nach Funden auch den Römern schon bekannt war.

Knapp am Bergabhange in einem Talkessel, dem lieblichen Maital, entspringen die Akrato-thermen von 24° C, die ihrer Natur nach in jene Klasse von Heilquellen einzureihen sind, wie Gastein, Römerbad, Badenweiler, Tüffer usw.

Die Anwendung der Bäder erfolgt in Voll-, Schwimm-, Wannen- und Duschbädern. Die großen, vollkommen windgeschützten Gartenanlagen um den Teichen dienen Licht- und Luftbädern.



Kurpark mit Kiosk



Hotel Bellevue

Ebenso werden medikamentöse Bäder (Kiefernadel, Salzsole, Moorsalz usw.) und Kohlensäurebäder verabreicht.

Auch zu Trinkkuren und, mäßig mit Kohlensäure versetzt, als Tafelwasser eignen sich die Thermen vorzüglich.

Für Kaltwasser-, Milch-, Molken-, Massage-, Trauben- und Terrainkuren und Heilgymnastik sind die nötigen Einrichtungen vorhanden.

Von besonderer Wichtigkeit für die Vöslauer Thermen war die Entdeckung ihrer Radioaktivität. Darauf sind die mannigfachen Heilerfolge zurückzuführen.

Mit großem Erfolge wurde Heilung oder mindestens Linderung erzielt bei: Erkrankungen des Herzmuskels und des Blutkreislaufes. Die seit langem konstatierten vorzüglichen Erfolge, die bei diesen Krankheiten durch Gebrauch unserer Therme erzielt wurden, während andere kühle Bäder gerade das Gegenteil hervorriefen, sind wohl der Radioaktivität zuzuschreiben. Für schwere Fälle sind die Kohlensäurebäder mit Thermalwasser zu empfehlen.



Blick gegen Baden

Nervenleiden, wie: Neurasthenie, beginnende Tabes sowie Migräne, Ischias, Chorea, Hysterie, Lähmungen usw.

Frauenkrankheiten: Speziell Leucorrhoe, Metritis, Menstruations-Anomalien, Sterilität, Neigung zu Abortus.

Krankheiten der Digestionsorgane, wie: Magen- und Darmkatarrh, Hämorrhoidalzustände, Gicht usw.

Allgemeinerkrankungen, wie: Rhachitis, Skrophulose, Chlorose, übermäßige Fettbildung, dann Erschöpfung durch geistige Überanstrengung und nach schweren Krankheiten usw.

Ausgezeichnete Resultate wurden ferner erzielt bei schwächlichen, in der Entwicklung zurückgebliebenen Kindern sowie bei Mädchen in der Entwicklungsperiode. Einen ganz besonders guten Ruf genießt Vöslau als Erholungsstätte für Kinder nach Erkrankungen der Luftwege.

In jüngster Zeit wird auch das Quellwasser unter dem Namen: „Vöslauer Thermal-Tafelwasser" wieder zu Trinkkuren angewendet.

Wie bereits erwähnt, liegt der Kurort am Südostabhange des Harzberges. Durch diesen sowie die dahinterliegenden Höhen ist Vöslau von rauhen Nordwestwinden geschützt. So der Sonnenbahn frei und offen zugekehrt und der Wärmespenderin kein Hindernis bietend, ist

Vöslau auch als Winterkurort sehr beliebt. Geringe Niederschläge und das Kalkgebirge schließen eine unangenehm fühlbare Luftfeuchtigkeit aus.

Zahlreiche Hotels, Pensionen und Privatwohnungen ermöglichen jedermann, sich den Aufenthalt nach seinen speziellen Wünschen möglichst angenehm zu machen.

Ärzte, Apotheke, Post, Telegraph, Telephon stehen dem Kurgaste zur Verfügung.

Während der Saison (Mai–Oktober) konzertiert täglich mehrmals ein erstklassiges Kurorchester. Auch für andere ernste und heitere Unterhaltung ist gesorgt. Der Sport in seinen modernen Arten kann geübt werden.

Aber nicht nur Kranke, sondern auch viele Gesunde, die nach harter Arbeit ruhebedürftig sind, suchen Vöslau besonders gern im Frühling und Herbst auf.

Jedes kleine Haus dieses rein und sauber gehaltenen Gemeinwesens hat auch seinen Garten, und wenn er noch so winzig ist. Die Straßen sind mit Alleebäumen bepflanzt.

Die verschwenderische Blütenpracht des Frühjahres mit ihrem betäubenden Duft und die wohlig warme Luft können ruhig mit jenen der französischen Riviera wetteifern.

Für Touristen bildet Vöslau die Endstation vieler Ausflüge, mögen sie nun aus dem Schwechattale, vom berühmten Zisterzienserkloster Heiligenkreuz oder vom Eisernen Tor oder dem Triestingtale kommen. Hochtouristen finden im nahen Schneeberg, der Rax und den Bergen des Semmerings ein Feld für ihre Betätigung.

Die Bahnverbindung mit Wien und den sonstigen Stationen der Südbahn ist die denkbar beste, verkehren doch von und nach Wien täglich 80 Züge. Überdies ist Vöslau durch eine elektrische Bahn über Baden mit Wien verbunden.

Wer sich nach Ruhe sehnt, wer Erholung bedarf und doch die Großstadt nicht missen will, der komme nach Vöslau!

Hotels:

1. Ranges: Grand Hotel Bellevue 100 Zimmer, Hotel Hallmayer 20 Zimmer, Hotel Schweizerhof 40 Zimmer.

2. Ranges: Hotel Stefanie 30 Zimmer, Hotel Jägerhorn 80 Zimmer, Hotel Vöslauerhof 20 Zimmer, Hotel Bahnhof 30 Zimmer

Pensionen:

Pension Kraft, Pension Schöne Aussicht, Pension Links-Eberhard, Pension Kadisch, Pension Brößler, Pension Rakus, Pension Ulm, Pension Idyll, Pension Rosenberger (rituell).

Über Privatwohnungen erteilt die Kurkommission in Vöslau Auskunft.



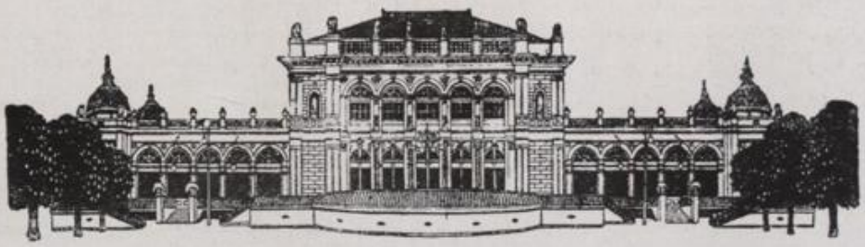
Rodelbahn

Hans Hübners

Restaurants und Cafés

Kursalon der Stadt Wien

Täglich Konzert — Feinste Küche



Cobenzl Schloßhotel

Schönste Fernsicht über ganz Wien

Täglich Konzert — Feinste Küche

Autobusverkehr ab Endstation Grinzing

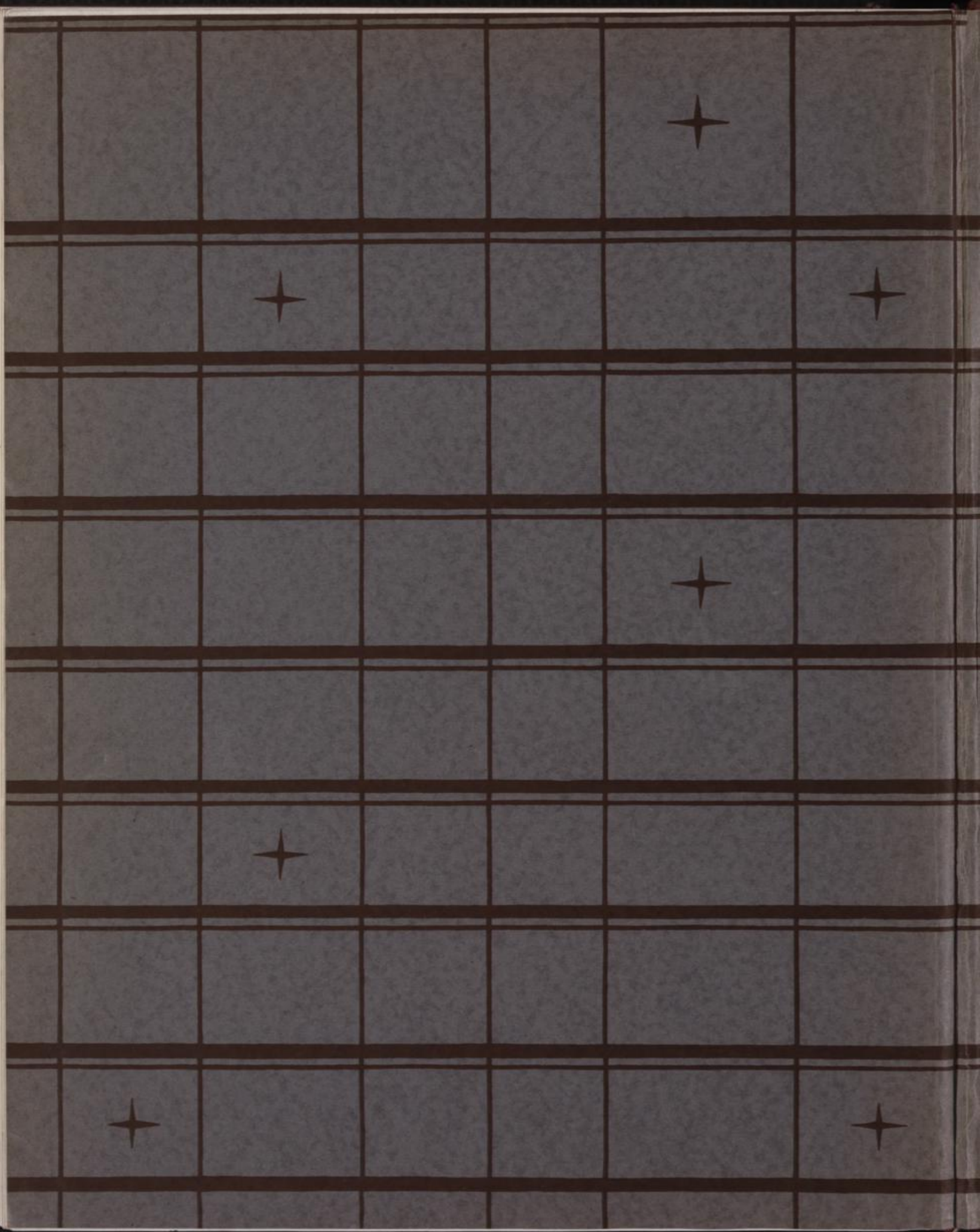


Aussichts-Restaurant Cobenzl

Inhaltsbericht

über den Abschnitt Darstellungen wirtschaftlicher Unternehmungen

	Seite
Accumulatoren-Fabrik Akt.-Ges.	348
A. E. G.-Union Elektrizitäts-Gesellschaft	319
Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen	403
Albrecht Franz	302
Artner R.	391
Automatofen-Baugesellschaft Alois Swoboda & Co.	378
Bacon J. L.	365
Badl Jakob	392
Battré, Ing. Oskar	375
Bauers Ferd. Nachfolger	377
Benesch Franz	390
Bernhardts G. Söhne	364
Bosch Robert G. m. b. H.	347
Brückner Wilhelm & Co., Ges. m. b. H.	362
Brünner Gebrüder A. G.	360
Czeija, Nissl & Co.	341
Danubia Akt.-Ges. für Gaswerks-, Beleuchtungs- und Meßapparate	333
Dianabad A. G.	398
Dohan Oskar	390
Dorfstetter & Löscher	353
Dreibholz F. A. & Co.	383
Drexler Joh. & Sohn	382
Dürer Alois	302
„Ecco" Gesellschaft für technische Bedarfsartikel und industrielle Bedarfserfordernisse m. b. H.	375
Eichler Anton	385
Eisenbahn Wien—Aspang- und Schneebergbahn	402
Eisenhammer Felix	393
Eisenschutz-Gesellschaft, G. m. b. H.	385
„Elin" Aktiengesellschaft für elektrische Industrie	327
„Elektra" Apparatenbau-Ges. m. b. H.	335
Elektroschweißwerk Ing. P. C. Wagner Komm.-Ges.	354
Elster S.	358
„Ericsson", Österr. Elektrizitäts-Akt.-Ges.	343
Felberbaum Ing. & Co.	386
Felten & Guilleaume	345
Fostel Karl	302
Freißler, Ing. A., G. m. b. H.	376
Funtan & Janeschitz	349
Gaswerksbau- und Maschinen-Fabriks-Aktien-Gesellschaft Franz Manoschek	357
Geburth Rudolf	377
Genest & Stössel, G. m. b. H.	303
Gießl & Czeika	400
Glühlampenindustrie, Die, in Österreich	338
Grünbacher Steinkohlenwerke A. G.	277
Haag Johannes A. G.	366
Hantak Johann	301
Hasenörl, Ulrich & Co.	283
Heimpel & Besler	299
Hoffmann Josef	282
Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth A. G.	294
Holzer, Ing. Werhan & Co.	301
Hübner Hans	415
Ivenz, Ing. Eduard	387
Kabelfabrik- und Drahtindustrie-Akt.-Ges.	344
Kaliwoda F. & Sohn	393
Kast & Ehinger, Ges. m. b. H.	394
Kastner Karl & Co.	393
Kautz, Ing. Rudolf und Julius Lenz	389
Koblischke Johann	361
Koditschek Ing. Hugo	353
Kontakt A. G.	337
Koriska Alois	390
Kraft- und Wärme-Gesellschaft für Zentralheizungs-, Installations- und wärmetechnische Anlagen	368
Krainz Johann	301
Kritzendorf, Strombad der Gemeinde	402
Kronsteiner V. & F. Barta	386
Kruger & Co.	346
Llosent & Forschner	392
Luber Carl & Sohn	282
Marchegger Maschinenfabrik A. G.	290
Marmorek Fr.	386
Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-Akt.-Ges. in Simmering, vorm. H. D. Schmid	304
„Maweg" Maschinen- und Werkzeughandel	302
Mayerhofer C. F.	375
Melzer & Neuhardt A. G.	353
Menzel Albert	385
Metallwarenfabrik Akt.-Ges. vorm. Louis Müllers Sohn Fritz Müller	281
Milischowski, Zentralheizungswerkstätte	367
M J R Metallwarenfabrik Josef Rosenthal Akt.-Ges.	285
Neugebauer Heinrich	391
Österreichisch-Alpine Montangesellschaft	279
Österreichische Bamag-Büttner-Werke A. G.	298
Österreichische Brown Boveri-Werke A. G.	324
Österreichische Siemens-Schuckert-Werke	310
Österreichische Werke G. A.	289
Pauker-Werk Akt.-Ges. vorm. Erste Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft	287
Pfannsches Mineralbad	400
Pintsch Julius A. G.	359
Pittner Wilhelm, Ges. m. b. H.	286
Pluto Stoker Company	369
Produktivgenossenschaft für Elektrotechnik r. Gen. m. b. H.	350
Proksch & Co.	352
Rappold Ferdinand	395
Raxbahn	404
Ritz Hotel	397
Rohrbecks J. W. Nachfolger	400
Romen Gebrüder, Maschinenfabrik	284
Rostock & Baerlocher, Klosterneuburg	384
Rungaldier Karl	391
Schäffer & Budenberg, Ges. m. b. H.	284
Scheiber & Kwaysser, Ges. m. b. H.	330
Schember C. & Söhne	379
Schich Georg	396
Schimmelpfeng W., Auskunftei	400
Schötterl & Co., Inh. Siegfried Windt	391
Schramm Hugo	375
Schwarzstein Paul	283
Semmering, Höhenkurort	409
Siemens-Werke, Friedr. A. G.	372
Siemens & Halske Akt.-Ges.	316
Simmon, Ing. Hans, Maschinenfabriken	300
Simon Josef	352
Spiegler Richard & Cie.	385
Statzendorfer Kohlenwerke „Zieglerschächte" A. G.	275
Stifter Gustav	301
Svoboda, Ing. Adolf	385
„Tetra" A. G.	401
Thermotechnik, Gesellschaft für Zentralheizungs-, gesundheits- und wärmetechnische Anlagen	401
„Vera", Elektrizitätsgesellschaft	391
Verband der Elektrizitätswerke	355
Vergasungs-Industrie A. G.	356
Vöslau, Thermalbad	411
Voith Gottlieb	295
Voith J. M., St. Pölten	292
Waldek, Wagner & Benda	284
Weinlinger C. J. & H. Polzer	393
Wiener Armaturen und Maschinenbau Akt.-Ges. vorm. Teudloff & Dittrich	297
Wiener Lokomotivfabriks-Aktien-Gesellschaft	307
Winkler Josef & Söhne	392
Winter Hermann, Kohlenhandels-Akt.-Ges.	278
Wolters W.	351
Wrbka Franz & Sohn	302
Zinkl Andreas	396






PNW